This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

FCC
BISMARCK

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1902 L

Anhang

zu den

Gedanken und Erinnerungen

von

Otto Fürſt von Bismarck

II

Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'ſche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

Aus

Bismarcks Briefwechsel

Stuttgart und Berlin 1901
J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger
G. m. b. H.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
251580

Alle Rechte, insbesondere das Uebersetzungsrecht, vorbehalten

Inhaltsverzeichniß

Seite

1. Bismarck an Albert v. Below, 12. April 1848 . . 1

Das Votum des Landtags auf Bewilligung eines Credits von 40 Millionen Thaler ein Votum der Angst. David Hansemanns Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen.

2. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juni 1851 . . 2

Assessor Rudloff. Günstiger Verlauf der Warschauer Zusammenkunft. Kaiser Nicolaus als Gegner des Constitutionalismus. Unzufriedenheit Manteuffels mit dem Gange der Dinge in Frankfurt a. M. Oesterreich und Preußen am Bundestag: Oesterreich hat ein Interesse daran, alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, Preußen muß mit Gründen der Vernunft kämpfen.

3. Edwin v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1851 . 4

Die geringe Besoldung der preußischen Officiere ist in der Armeegeschichte traditionell. Die Hebung des preußischen Officierstandes kann weniger durch Geldzulagen als durch die Beseitigung der Ranggleichheit preußischer Officiere mit den Officieren anderer deutscher Contingente geschehen. Die russischen Großfürsten in Berlin.

4. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. Juni 1851 . 6

Manteuffel in vielfacher Hetze: russischer Besuch, dänische Verhandlung, kurhessische Verfassungsfrage, Besetzung von Ministerien. Personalien. Preußen und Oesterreich am Bunde in Mißtrauen gegen einander.

5. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 11. Juli 1851. . 7

Der König hat die Abberufung Rochows und die Ernennung Bismarcks zum Bundestagsgesandten genehmigt. Ungeschicklichkeiten v. Klützows in Behandlung der ständischen Fragen; Verstöße der Kreuzzeitung und ihre extremen Forderungen. Ihre Kriegserklärung gegen Manteuffel, von dem sie als Zeichen der Unterwerfung die Entlassung Quehls fordert. Rudloffs Ausfall gegen die Kölnische Zeitung. Bitte an Bismarck, vor dem Eintritt ins Amt noch einmal in Berlin zu nothwendigen Besprechungen zu erscheinen.

Seite

6. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Auguſt 1851 . 11

Der König hat gegen Bismarcks Abſicht, ihm bis nach Mainz entgegenzukommen, nichts zu erinnern.

7. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 28. Auguſt 1851 . 11

Die Kammerwahl in Brandenburg. Verhandlungen des Miniſteriums mit einzelnen Mitgliedern der Provinzial-landtage ſind unmöglich. Weſtphalen und Klützow ſind keine politiſchen Köpfe, und auf den Landtagen ſelbſt iſt die Ungeſchicklichkeit heißſporniger Rittergutsbeſitzer zu fürchten. Sollen ſich die Kammern dem Ausſpruch der Landtage beugen, ſo müſſen die Landtage einmüthig ſein. Eine Rechtsverwahrung der Rittergutsbeſitzer iſt nicht bei den Landtagen, ſondern bei König und Staatsminiſterium anzubringen. Geringe Betheiligung an den Wahlen; Weiterwuchern des conſtitutionellen Geiſtes.

8. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. September 1851 14

Einverſtändniß des Miniſters mit dem Verfahren Bismarcks in Sachen des Austritts der preußiſchen Oſtſeeprovinzen aus dem Bunde. Sächſiſche Inſinuationen gegen den preußiſchen Antrag und ihre Einwirkung auf den König. Ermächtigung Bismarcks, eventuell die rauhe Seite herauszukehren. Oeſterreichs Aufforderung an Preußen, die Verfaſſung zu brechen. Angſt des Königs vor den Kammern im Hinblick auf den für 1852 erwarteten déluge général. Manteuffels Rath: den Kammern gegenüber keine Schwäche und Nachgiebigkeit zu zeigen und ohne Verfaſſungsbruch das Mittel der Auflöſung anzuwenden. Beſorgniß des Königs vor der von der Bethmann-Hollwegſchen Partei geplanten Gründung einer neuen Zeitung. Graf R. v. d. Goltz als Verfaſſer des Programms.

9. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. October 1851 . 17

Ein merkwürdiger Erlaß des Fürſten Schwarzenberg; ſeine Beantwortung durch Manteuffel.

Anlage:

Fürſt Schwarzenberg an Freiherr v. Prokeſch-Oſten, 20. September 1851 18

Die günſtige Aufnahme der Kaiſerlichen Handſchreiben über die Regierungsform in Oeſterreich bei dem Könige von Preußen erweckt die Hoffnung, daß Preußen darin einen neuen Beweggrund zu engſter Verbindung mit Oeſterreich erkennen wird. Die übrigen deutſchen Staaten ſind über die Rückkehr Oeſterreichs zum Abſolutismus ſehr erfreut und verleugnen nicht den Wunſch, aus der Beſeitigung des Repräſentativſyſtems in Oeſterreich Vortheil für ihre eigenen

Seite

schwankenden Verhältnisse zu ziehen, vorausgesetzt, daß die beiden deutschen Großmächte mit gleichmäßigem Beispiele vorangehen. Die Hoffnungen der Umsturzpartei auf einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen werden zu Schanden werden, wenn auch in Preußen der Wille des Königs die Richtung der Politik bestimmen wird. Einladung zu einem Gedankenaustausch im Sinne dieser Betrachtungen.

10. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. October 1851 . 21

Hannöversche Mahnung an Preußen, die hannöversche Regierung in Erfüllung eines Herrn Klenze gegebenen Versprechens in der Verfassungsfrage zu unterstützen. Antwort Manteuffels wohlwollend, doch ohne Verbindlichkeit, die Frage aus anderen als rechtlich-politischen Gründen zu behandeln. Ungünstige Nachrichten aus Kopenhagen: Sieg der eiderdänisch-demokratischen Partei in Aussicht. Diner zu Ehren des Königlichen Geburtstags.

11. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 13. October 1851 23

Klenzes Ansicht von der Pflicht Preußens, um des Vertrags vom 7. September willen das Ministerium Münchhausen bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen, ist rein individuell. Der finanzielle Werth des Vertrags und seine politische Bedeutung für die Conservativen Hannovers. Das Ministerium Münchhausen fühlt sich durch die Beschwerde der Landstände und die Behandlung des Bundestags nicht bedroht, sofern der letztere in seinen Beschlüssen der hannöverschen Regierung gegenüber in milden Formen auftritt.

12. General v. Rochow an Bismarck, 1. November 1851 25

Die leberne Tretmühle in der Eschenheimer Gasse. Wien und Berlin verständigen sich leichter mit einander als die Vertreter der beiden Großmächte in Frankfurt a. M. Ein faules Ei des Herrn v. Beust in Bezug auf den Hannoververtrag. Politische Wichtigthuerei des Herrn v. Beust, der zwischen Preußen und Oesterreich gern den Vermittler spielen möchte. An eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein ist noch nicht zu denken. Zur Charakteristik der Bundestagsgesandten. Die demokratische Richtung des Kopenhagener Cabinets hat Rußland auf Preußens Seite geführt. Personalien. Nothwendigkeit einer Oberpolizeibehörde für Deutschland.

13. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 28

Das dänische Cabinet geht nicht darauf ein, dem Herzog von Augustenburg eine eventuelle Succession nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian

Seite

einzuräumen. Die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz hat das Verdienst der Einfachheit, jede Stipulation zu Gunsten des Augustenburgers zwingt zur Regulirung anderer Erbschaftsfragen und gefährdet die durch europäische politische Interessen gebotene Integrität der dänischen Monarchie: Bereitwilligkeit des Ministers Bluhme, auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche einzugehen. Der Herzog von Augustenburg muß sich dem Rathe des preußischen Königs fügen. Differenz in der Berechnung der Abfindungssumme.

14. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 3. November 1851 29

Ein Schreiben des Grafen Nostitz über sächsische Machinationen gegen den Anschluß Hannovers an den Zollverein. — Bodelschwinghs Tenacität.

Anlage:

Graf Nostitz an Otto v. Manteuffel 30

Beusts Antrag auf eine Besprechung mit Minister v. Münchhausen und Münchhausens Antwort. Intriguen gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover und den Zollverein überhaupt, den man zu einer Sache des Bundes zu machen bestrebt ist, um dem Bundestag bei der Neuorganisation Einfluß zu verschaffen. Gesundheitszustand des Königs Ernst August.

15. Karl v. Manteuffel an Bismarck, 13. November 1851 32

Anstellung eines Polizeiagenten in Frankfurt a. M. Schellwitz' Versetzung nach Schlesien, Oppermanns Ernennung zum Dirigenten der landwirthschaftlichen Abtheilung in Merseburg. Westphalen und v. Klützow, Angriffsobjecte für die Kammern.

16. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. November 1851 35

Empfehlung des Staatsanwalts Meyer. Die Frankfurter Behörden müssen in gutem Zuge erhalten werden bei Verfolgung der auf den Umsturz Preußens gerichteten Conspirationen.

17. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. November 1851 36

Die deutsche Flotte und die Deutschthümler. Beschwerde Manteuffels bei Fürst Schwarzenberg über preußenfeindliche Machinationen. Die Einigkeit der beiden Großmächte ist die Voraussetzung des Gedeihens Deutschlands. Charakteristik Oesterreichs: bei unmäßiger Größe und Kraft häßliche Krankheitsformen. Was folgt daraus für den Verkehr Preußens mit Oesterreich? Die Folgen eines Zusammenbruchs Oesterreichs müssen für Europa verhängnißvoll sein. Fürst Schwarzenberg der einzige Mann, der Oesterreich noch zusammen-

Seite

hält, ihn zu stürzen liegt nicht in Preußens Interesse. Der Bundestag nicht die Form, aus Deutschland etwas zu machen, aber das Mittel, den inneren Zerfall zu verdecken und ein fester Punkt für die kleinen Staaten. Ersuchen, zur Präsidentenwahl in der Kammer zu erscheinen. Graf Th. zu Stolberg.

18. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40

Aufforderung zur Anwesenheit bei der Präsidentenwahl.

19. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. November 1851 40

Einladung, bei dem Minister während des Berliner Aufenthaltes Quartier zu nehmen. Die Thronrede wird kein Wort von auswärtiger Politik enthalten, da die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht machen können.

20. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. December 1851 41

Personalien. Bitte, gegenüber den kleinlichen Intriguen am Bundestag kaltes Blut zu bewahren. Beschwerde bei Fürst Schwarzenberg ist eingelegt. Annäherung Oesterreichs an Louis Napoleon, der zur Beseitigung der Verfassung in Sardinien und zur Einmischung in Belgien gestachelt wird. Auch gegen Rußland sucht Oesterreich Frankreich aufzureizen. Preußens Stellung zu Rußland und England ist gegeben; doch neigt der König um Neuenburgs willen zur Gemeinschaft mit Frankreich. Aufforderung, zur Besprechung aller schwebenden Fragen nach Berlin zu kommen.

21. Otto v. Manteuffel an Bismarck, ? Januar 1852 . 44

Rückgabe von Briefen des Herrn v. Schele und des Grafen Thun. Zustellung eines v. Canitzschen Schreibens.

22. Bismarck an Otto v. Manteuffel, ? Februar 1852 . 45

Staatsrath Fischer als Vertrauensmann der altconservativen Partei in Oesterreich. Angriffe auf den Fürsten Windischgrätz wegen seines Feldzugs in Ungarn und seine Vertheidigungsschrift. Bitte, den Sympathien des Fürsten Windischgrätz für Preußen durch eine günstige oder wohlwollende Beurtheilung seiner Selbstvertheidigung in den militärischen Zeitschriften entgegenzukommen. Gereiztheit des österreichischen Adels über die zugefügten materiellen Verluste.

Anlage:

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer, 27. December 1851 47

Im Kampfe zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen muß der Conservative dem unbeweglichen den Sieg wünschen. Dazu ist der Freihandel das Mittel, der Schutzzoll der Weg, zum Freihandel zu gelangen. Abfällige

Seite

Beurtheilung eines Artikels des Grafen Wurmbrandt durch die Kreuzzeitung. Preußens Haltung in der Zollfrage ist durch politische Erwägungen bestimmt. Preußen erstrebt das Aufgehen Deutschlands in Preußen. Was ist Deutschland? Seit der Reformation giebt es kein wahres Deutschland mehr. Oesterreich erstrebt ein engeres Bündniß, ausgedehnt auf größere Staaten, und will um des guten Zweckes willen diesen mitteleuropäischen Bund Deutschland nennen lassen. Der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland bricht dem Katholicismus in Deutschland das Genick und gefährdet die Selbständigkeit der kleineren Staaten. Im Interesse der österreichischen conservativen Partei liegt es, wenn die Conservativen Preußens gegen den österreichischen Zollverein nicht Opposition machen.

23. Hausminister Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. April 1852 50

Glückwunsch zum Geburtstag: der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen die Freundeshand.

24. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. April 1852 . 51

Die Betheiligung des Bundes an den Londoner Conferenzen gestattet weder England, noch dient sie dem preußischen Interesse. Bitte, sich über die geäußerten Bedenken auszusprechen und im Falle des Einverständnisses die Gründe in den Berichten aus den Frankfurter Verhältnissen heraus zu reproduciren.

25. Graf v. Nostitz an Bismarck, 6. April 1852 . . . 52

Der Tod des Fürsten Schwarzenberg, ein wichtiges Ereigniß für Preußen. Ansichten des Herrn v. Schele hinsichtlich eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes.

26. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. April 1852 . 53

Bitte um baldige Erstattung eines amtlichen Berichts über die Londoner Convention im Sinne des Privatschreibens.

27. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54

Der Besuch der Seelmesse für den Fürsten Schwarzenberg durch den preußischen Bundestagsgesandten in amtlicher Eigenschaft ist nicht angemessen.

28. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. April 1852 . 54

Dank für das Privatschreiben vom 7. April. Bevorstehende Eröffnung des Berliner Zollvereinscongresses: Preußen wird mit Hannover eine starke Ermäßigung der Eisenzölle vorschlagen. Der König wünscht, daß Bismarck den Grafen Nesselrode kennen lerne und deshalb nach Berlin komme.

Seite

29. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. April 1852 . 56
Mittheilungen über den Kaufmann Weck. Unzufriedenheit des Königs mit der Eröffnungsrede Manteuffels. Bunsens Theorie von der zukünftigen Organisation Europas.

30. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 21. April 1852 . 58
Uebersendung eines Königlichen Handschreibens, das Bismarck zur Verhandlung über die Pairiebildung nach Berlin ruft. Gäste beim Abendconcert im Schlosse. Klage über des Königs Inconsequenz, Willkürlichkeiten, schlechte Laune. Inhalt der Darmstädter Verabredungen.

31. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. April 1852 . 60
Meldung des Beginns der Verhandlungen über Bildung der Ersten Kammer.

32. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 60
Verschiebung des Termins der Verhandlungen.

33. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 24. April 1852 . 61
Lassen sich nicht zwingende Gründe finden, Bismarcks Fernbleiben von Berlin zu rechtfertigen?

34. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. April 1852 . 61
Zwingende Gründe lassen sich nicht finden.

35. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. April 1852 . 62
Meldung der Ankunftszeit.

36. Karl v. Manteuffel an Bismarck, ? April 1852 . . 62
Amendement des Grafen Burghausen, betr. die Bildung der Ersten Kammer.

37. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. Mai 1852 . 62
Aufforderung nach Berlin zu kommen, um dem Kaiser Nicolaus vorgestellt zu werden.

38. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 29. Mai 1852 . 63
Bitte um Entschuldigung wegen Oeffnung eines an Bismarck gerichteten Briefes.

39. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 3. Juni 1852 63
Weisung, sich in Vertretung des Grafen Arnim nach Wien zu begeben.

40. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 14. Juni 1852 . 64
Eine Befragung des Königs betr. der Aushändigung des Königlichen Handschreibens an den Kaiser ist zur Zeit unmöglich. Des Ministers Rath ist, auf der Reise nach Ungarn nicht zu bestehen und den Brief durch sichere Beförderung dem Kaiser zuzustellen. In der Zollsache hat Oldenburg acceptirt,

Seite

Hannover sucht noch Preußen zur Nachgiebigkeit gegen Oesterreich zu bestimmen. Herr v. Klindworth in Berlin im Auftrage des Königs von Württemberg. Gründe der Ablehnung der württembergischen Vorschläge. Oesterreich ist jeder Nachgiebigkeit gegen Preußen abgeneigt. Der vorläufige Zerfall des Zollvereins würde Preußen die eigenmächtige Regelung seines Tarifs gestatten. Weisung für Bismarck: das Verhandeln nicht zu sehr zu suchen, sondern nach Constatirung der Willfährigkeit es an sich kommen zu lassen. Personalbemerkungen: Graf Grünne, Graf Platen, Linden. Bitte um Vorsicht im Gasthof und gegen v. Hinckeldey.

41. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. Juni 1852 . 68

Die Darmstädter Coalition hat Frankreichs Beistand nachgesucht und dagegen das Versprechen der Neutralität in allen zwischen Frankreich und den deutschen Großmächten vorkommenden Collisionsfällen gegeben.

42. Résumé d'une conversation du Comte Nesselrode avec le Comte de Buol 69

Oesterreich wünscht nicht die Auflösung, sondern die Ausdehnung und Befestigung des Zollvereins, gönnt auch Preußen das Uebergewicht über die kleinen Staaten; es wünscht nur eine Prüfung seiner Vorschläge nach Handelsvertrag Lit. A und Verhandlungen mit Preußen darüber während der Dauer der Zollvereinsverhandlungen. Hinsichtlich des Handelsvertrages Lit. B zwischen dem Zollverein und Oesterreich ist letzteres zufrieden, wenn Preußen sich den Verhandlungen nicht widersetzt, sondern für später wohlwollende Prüfung verheißt. Die auf dem Wiener Zollcongreß vertretenen Staaten glauben an die Möglichkeit eines Vertrages nach Schema Lit. A, sowie in Zukunft nach Lit. B. Warum versagt sich Preußen einer von ganz Deutschland verlangten Prüfung der Frage?

43. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 25. Juni 1852 . 71

Das Schreiben v. Scheles scheint einigermaßen unter russischem Einflusse geschrieben zu sein und klingt an das Résumé an. Schele ist über das österreichische Intriguenspiel aufzuklären. Die Antwort auf die preußische Erklärung vom 7. Juni ist in München formulirt und mit Herrn v. Prokesch besprochen worden. Hannover denkt nicht an Rücktritt vom Septembervertrag. Schmähliche Haltung des Ministeriums gegenüber der Kammer. Weisung an Bismarck, freundlich und eingehend zu sein, aber allen festen Engagements zu entschlüpfen. Der Schein des Bruchs ist zu vermeiden; der Urlaub genehmigt. Entsendung Rochows an das Hoflager des Königs von Württemberg. Eine neue Erklärung Preußens in der Zollconferenz.

Seite

44. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juni 1852 . 75

Verſchiedenheit des Standpunktes in Wien und Berlin: Oeſterreich ſtellt den politiſchen Zweck an die Spitze des Zollvereins, Preußen ſucht durch den materiellen Vortheil des Zollvereins den politiſchen Zuſammenſchluß homogener Staaten zu erreichen. Oeſterreich will auch die heterogenſten Theile, eventuell durch einen der Bundesacte widerſprechenden Zwang, zuſammenſchmieden.

Anlage:

Graf Buol an Miniſter v. Manteuffel, 21. Juni 1852 76

Würdigung der Entſendung Bismarcks nach Wien. Uebler Eindruck der in Berlin ausgeſprochenen Ablehnung der von den deutſchen Regierungen vorgeſchlagenen Zolleinigung mit Oeſterreich. Der von Preußen vorgeſchlagene Weg bietet wegen der daran geknüpften Bedingung einer vorhergehenden Umgeſtaltung und Erweiterung des Zollvereins größere Schwierigkeiten als der öſterreichiſche Antrag auf Anerkennung des Princips der Einigung mit Oeſterreich. Letzteres legt auf die Erweiterung des Zollvereins durch Aufnahme Oeſterreichs großen Werth, nicht aus finanziellen, ſondern aus politiſchen Gründen, da auf die Dauer eine der beiden deutſchen Großmächte nicht neben dem Bunde ſtehen darf. Haltbares in Deutſchland kann nur aus dem Zuſammenwirken von Oeſterreich und Preußen hervorgehen; will Preußen die materielle Spaltung durch Ausſchluß Oeſterreichs verlängern, ſo muß das die politiſche Einigung der deutſchen Staaten bedrohen.

45. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Juli 1852 . . 80

Urlaubsbewilligung.

46. Graf Platen an Bismarck, 8. Juli 1852 81

Graf Buols Anſicht von Platens Vermittelungsvorſchlag: annehmbar, wenn die Staaten der Darmſtädter Coalition zu den Verhandlungen zugezogen werden. Bitte, den Vorſchlag der preußiſchen Regierung zu unterbreiten.

47. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1852 . 82

Desavouirung falſcher Gerüchte. Schädlichkeit des Neſſelrodeſchen Vermittelungsvorſchlags. Baron Prokeſch als Verfaſſer hämiſcher Artikel gegen Preußen. Klenzes Verdächtigungen Bismarcks.

48. Graf Platen an Bismarck, 30. Juli 1852 84

Bitte um Auskunft über das angebliche Zerwürfniß zwiſchen Manteuffel und Bismarck. Bevorſtehende Ankunft Beuſts. Platens Vermittelungsvorſchlag und Berichtigung einer mißverſtändlichen Auffaſſung. Perſonalien.

Seite

49. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Auguſt 1852 . 85
Glückwunſch zur Geburt des zweiten Sohns und Annahme der Pathenſchaft.

50. Graf Platen an Bismarck, 13. Auguſt 1852 . . . 86
Indiscrete Mittheilungen, die Platen zur Laſt gelegt werden. Ueberweiſung von Auszügen aus den amtlichen Berichten.

51. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. Auguſt 1852 . 91
Gruß an Junker Wilhelm. Dummen Klatſchereien iſt Manteuffel nicht zugänglich. Die beabſichtigte Berufung des Generals v. Radowitz zum Chef des Militärbildungsweſens würde Manteuffel zur Einreichung ſeiner Demiſſion nöthigen. Württembergs Uebertritt zu den Darmſtädtern.

52. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. September 1852 92
Vertretung Manteuffels bei der Taufe. Feſtes Auftreten Preußens in der Zollſache, auch gegen Württemberg. Bismarcks Urlaubsgeſuch.

53. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. September 1852 94
Die Münchener Erklärung ſchlau und dehnbar gefaßt, für Preußen aber nicht annehmbar. Graf Noſtitz als Befürworter hannöverſcher Vermittelungsgelüſte. Entſendung des Grafen Alvensleben nach Hannover, v. Roſenbergs nach Darmſtadt. Klindworths Ruf ſchlimmer als er verdient.

54. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. September 1852 95
Die Notiz des Preußiſchen Wochenblatts über die Luxemburger Angelegenheit Gegenſtand polizeilicher Ermittelungen. Geheimrath Matthies als wahrſcheinlicher Verfaſſer auf Grund Frankfurter Mittheilungen aus der preußiſchen Geſandtſchaftskanzlei. Erſuchen, weitere Nachforſchungen anzuſtellen. Anlage: Zwei Polizeiberichte über die Mitarbeiter des Preußiſchen Wochenblatts und ihre Verbindungen.

55. v. d. Schulenburg an Bismarck, 28. September 1852 101
Taufeſt im Hauſe Bismarck. Beitritt Kurheſſens zu den bayeriſchen Propoſitionen in Sachen des Zollvereins. Haſſenpflugs Proteſtationen kaum ehrlich gemeint. Man hofft auf Hannovers Rücktritt vom Septembervertrag; die Bevölkerung Kurheſſens aber ſteht zu Preußen. Kurheſſiſche Wünſche und Zumuthungen an Preußen.

56. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 18. October 1852. 103
Graf Thuns Verſetzung als Geſandter nach Berlin iſt angenommen worden, ſein Nachfolger in Frankfurt a. M. noch

Seite

nicht bestimmt. Hohe Meinung des Königs vom Werthe des Bundestags; abweichende Ansicht des Ministers. Ein Auftrag für Klindworth. Ein Memoire in der Zollangelegenheit als Erwiderung eines österreichischen Memoires. Verblümte Andeutungen Buols wegen einer privaten Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich. Verlegenheit des Ministers. Umkehr Württembergs unter russischem Einflusse. Unhaltbarkeit des österreichischen Tarifs. Allein zu bleiben hat für Preußen nichts Bedenkliches. Bismarcks Wahl in die Kammer.

57. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 19. November 1852 107

Stand der Zollangelegenheit: österreichische Redensarten von einer Verständigung, die Preußen nicht wolle. Herabstimmung der österreichischen Forderungen. Voraussetzung der Verhandlungen mit Oesterreich ist die Reconstitution des Zollvereins. Hannovers Haltung, seine preußenfeindliche Einwirkung in Oldenburg und Braunschweig. Antinapoleonische Gesinnung des Königs, englisches Memorandum gegen die Ziffer III.

58. Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck, 5. December 1852 . . 110

Mittheilung von einer Reise nach Coburg.

59. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. December 1852 111

Antrag der Rothschilds in Frankfurt auf Verleihung des Titels Hofbanquier. Ersuchen um Berichterstattung.

60. Friedrich Wilhelm IV. an Otto von Manteuffel, 2. Januar 1853 113

Die Einführung des dänischen Commandos beim holsteinischen Contingent darf der Deutsche Bund nicht dulden.

61. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 4. Januar 1853 . 113

Ernennung Prokesch's zum österreichischen Bundestagsgesandten. In Paris verweigert man die Annahme der russischen Creditive. — Glückwunsch zum neuen Jahre.

62. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 18. Januar 1853 114

Begrüßung Bismarcks bei Uebernahme der Präsidialstellung: Absichten und Hoffnungen.

63. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 1. Februar 1853 . 116

Der König befiehlt dem General v. Herwarth mit dem preußischen Officiercorps dem Feldmarschall-Lieutenant v. Prokesch Besuch zu machen. Thorheit der Kreuzzeitungsartikel gegen das französische Kaiserthum: Preußen darf nicht im Schlepptau Oesterreichs und Rußlands gehen, sondern muß sich suchen, aber auch finden lassen.

Seite

64. Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck, 14. Febr. 1853 118
Ein Artikel der Kölnischen Zeitung: legale Giftbereitung.

65. Quehl an Bismarck, 11. März 1853 120
Einverständniß des Ministers mit Bismarcks Verfahren gegenüber Prokesch. Oesterreichs Wunsch nach einem gemeinschaftlichen Protest gegen England wird abschlägig beschieden werden. Mit Bayern sind freundliche Beziehungen zu unterhalten. Freude Quehls über die Uebereinstimmung zwischen Minister und Gesandten. Anfeindungen Manteuffels durch die doctrinär-feudal-pietistische Partei und durch kurzsichtige oder ränkesüchtige Collegen. Mangel an Activität gegen unbrauchbare Freunde und gefährliche Gegner: Preußens Action nach außen darf nicht durch inneres Siechthum aller Basis beraubt werden.

66. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 15. März 1853 . 123
Verkauf zweier zur deutschen Flotte gehörigen Schiffe. Einvernehmen Manteuffels mit Bismarcks Auffassung von der Stellung Preußens zu Oesterreich. Für Preußen empfiehlt sich die Schonung der mittleren deutschen Staaten, damit sie die preußische Führung suchen. Abfällige Kritik des Prinzen von Preußen. Neue Schwierigkeiten von Seiten Hannovers. Erkrankung der Frau v. Manteuffel. Erwählung des Prinzen Karl zum Herrenmeister des Johanniterordens. Graf Thun, die österreichische Note gegen England und Preußens ablehnende Haltung.

67. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 30. Mai 1853 . . 126
Charakteristik der Mitglieder des Bundestags und ihrer Stellung zu Preußen.

68. Freiherr v. Prokesch an Bismarck, 3. Juni 1853 . 141
Ein Vorschuß für den Ulm-Rastatter Baufonds.

69. König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck, 12. September 1853 142
Ein Mißverständniß in den Regionen des Prinzen von Preußen.

70. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., ? September 1853 143
Was bestimmte Bismarck zu den Mittheilungen an den Prinzen von Preußen?

71. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 6. Januar 1854 . 144
Kriegsdrohungen im Osten. Miserable Rolle Oesterreichs, widerspruchsvolle Haltung Buols. Pourtalès' Sendung nach London. Spaltung im englischen Cabinet. Der Befehl an

Seite

die Flotte zum Einlaufen ins Schwarze Meer wird vermuthlich die russische Kriegserklärung nach sich ziehen. Kammervorlagen. Beust in Berlin.

72. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 28. Januar 1854 147

Bismarcks Sendung nach Karlsruhe kann ersprießlich für das Verhältniß Preußens zu Baden sein. Bedenken gegen eine Verhandlung Badens mit Rom, nachdem der Papst für die Bischöfe Partei genommen hat. Ruhiges Abwarten imponirt, jede Beeiferung zur Beilegung des Streites wird als Schwäche gedeutet werden. Bedeutung des Ausgangs des oberrheinischen Kirchenconflicts für die Stellung der ultramontanen Partei in Deutschland und der protestantischen Regierungen zur katholischen Kirche.

73. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 1. Februar 1854 152

Bitte um baldiges Erscheinen in Berlin.

74. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode an Bismarck, 5. Februar 1854 153

Erneute Bitte um Erscheinen auf dem Berliner Kampfplatz.

75. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 24. Februar 1854 154

Oesterreichs Ultimatum an Rußland.

76. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Februar 1854 154

Vertragsabschluß zwischen Oesterreich und Frankreich.

77. Handschriftliche Notizen Bismarcks, ? März 1854 . 154

Preußens Interessen sind defensiver Natur, ein Bündniß mit Oesterreich nur möglich, wenn Oesterreich neutral bleiben will. Militärischen Beistand kann Oesterreich nur verlangen, wenn Deutschland ohne österreichische Provocation in Kriegsgefahr geräth.

78. Entwurf von Bismarcks Hand zu einer Erklärung in der Kammer, März 1854 156

79. Entwurf von Manteuffels Hand zu einer Ansprache an die Kammern, März 1854 160

80. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 7. April 1854. 162

Entwurf eines österreichisch-preußischen Schutz- und Trutzbündnisses auf Grund gegenseitiger Garantie für die außerdeutschen Provinzen. Der Bund soll zum Beitritt aufgefordert werden. Verhüllte Ministerkrisis in Berlin.

Seite

81. Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV., 25. April 1854 164

Ergebung des Prinzen von Preußen in die Willensmeinung des Königs unter Verurtheilung jedes Protestes im Namen der Armee. Bereitwilligkeit des Prinzen, durch ein Schreiben an den König den letzten Rest der Verstimmung zu beseitigen.

82. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. April 1854 . 166

Drohendes und drängendes Auftreten der Westmächte in Berlin. Graf Esterhazy. Wunsch des Prinzen von Preußen, von der Großherzogl. hessischen Regierung in Mainz ein Regierungsgebäude als Wohnung angeboten zu erhalten.

83. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. April 1854 . 168

Der Vertrag mit Oesterreich ein fait accompli, aber ohne allzu starke Verbindlichkeit für Preußen. Werth des Bündnisses gegenüber Rußland und Oesterreich und ein Schutz gegen den Druck der Westmächte. Bunsens Entfernung vom Londoner Posten.

84. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Mai 1854 . . 170

Befehl des Königs an Bismarck, zur Besprechung über die Behandlung des preußisch-österreichischen Bündnisses am Bund in Berlin zu erscheinen.

85. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 27. Mai 1854 . 171

Sendung des Grafen Alvensleben nach Wien und seine Berichte: Oesterreich wünscht den Krieg mit Rußland zu vermeiden und den Druck der Westmächte auf Preußen abzuleiten. Die österreichischen Aushebungen und Rußlands Gegenmaßregeln. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung muß preußisches Programm sein. Die französische Flotte bei Kiel.

Anlage:

Graf Rostitz an Otto v. Manteuffel, 26. Mai 1854. 173

Preußens Politik muß sein, Oesterreich von jedem Schritte, der zur Action führen könnte, abzuhalten und in Collisionsfällen zwischen Rußland und Oesterreich zu vermitteln. Das Bündniß vom 20. April ist die richtige Basis für eine solche Friedenspolitik.

86. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 9. Juni 1854 . . 175

Die Bamberger Beschlüsse und ihre Beantwortung. Oesterreichische Auslegung des Zusatzartikels. Klage des Kaisers über Preußens Rückständigkeit hinsichtlich der Rüstungen. Buols Raisonnement: Oesterreich und Deutschland müssen die Westmächte gegen Rußland unterstützen, sonst wird der Friede

Seite

auf Oesterreichs und Deutschlands Kosten geschlossen werden. Rußland will keine Erweiterung seines Gebietes, wohl aber Ausdehnung seines Protectorats über die europäische Türkei und dann über Deutschland. Dem muß entgegengetreten werden, indem man es so bald als möglich Frieden zu schließen nöthigt.

87. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 22. Juni 1854 . 179

Eine erobernde Politik für Preußen saure Trauben. Das Bündniß vom 20. April ist auf die Initiative des Königs zurückzuführen; nachdem es geschlossen ist, muß man es sich nutzbar machen, indem man sich nicht ziehen und zerren läßt. Das Bündniß ist auch ein Rußland erwiesener Dienst. Oesterreichs Verhalten ist bisher correct. Unkluges Vorgehen der Bamberger. Ungünstige Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Umstimmung der Prinzessin von Preußen.

88. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 27. Juni 1854 . 182

Neigung der Bamberger, einzulenken und dem österreichisch-preußischen Bündniß beizutreten. Absicht der Bamberger Juristen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oesterreich sich abermals zu versammeln. Uneinigkeit im Lager der Mittelstaaten. Anregung eines Fürstencongresses in Brüssel. Mission des Obersten Kowalewski. Heidelberger Zusammenkünfte und Umtriebe des Freiherrn v. Burstan. Besuch des Königs Ludwig von Bayern in Coblenz.

89. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 3. Juli 1854 . . 186

Einverständniß aller Mittelstaaten mit Ausnahme Württembergs zum Bündniß vom 20. April. Eine englische Note an die bayerische Regierung. Einrücken der Oesterreicher in die Walachei.

90. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. Juli 1854 . . 187

Günstige Aufnahme der russischen Antwort in Wien. Erbitterung in England gegen Preußen.

91. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 9. Juli 1854 . 188

Günstige Aufnahme der russischen Antwort auf die preußische Note in Berlin. Der Kurhessische Verfassungsstreit. Geneigtheit, Landau ganz an Bayern zu überlassen.

92. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 10. Juli 1854. 190

Oesterreich hat sich erboten, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken.

93. Graf Wrschowetz an Bismarck, 19. Juli 1854 . . 191

E. Manteuffel geht als Träger der russischen Antwort nach Wien und München.

Seite

94. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Juli 1854 . 191
Die österreichische Antwort auf die preußische Depesche vom 15. Juli. Ein Immediatbericht des Grafen Alvensleben: Unklarheit des gemachten Vorschlags. Bericht E. Manteuffels aus Wien. Einrücken des Generals Heß in die Walachei.

95. Bismarck an Otto v. Manteuffel, 25. Juli 1854. . 195
Der Zeitpunkt zur Mittheilung der russischen Antwort an die Bundesversammlung ist eingetreten; bei der Schwerfälligkeit des Geschäftsganges am Bunde ist schnelles Vorgehen nützlich. Eine Betheiligung des Bundes an den Wiener Conferenzen ist bedenklich, von den Mittelstaaten auch nicht gewünscht. Die österreichische Politik, die mehr und mehr ehrgeizig und kriegerisch wird, kann nur im Zaume gehalten werden durch die öffentliche Kundgabe, daß muthwilliges Händelsuchen mit Rußland Preußen und den Bund nicht zur Unterstützung Oesterreichs verpflichtet. Preußen muß den Mittelstaaten Anlehnung gewähren und die wirklichen deutschen Interessen kräftig vertreten. Feindschaft Oesterreichs und der Ultramontanen gegen Preußen. Preußen darf eine Vergrößerung Oesterreichs nicht zugeben, wenn es nicht im gleichen Maße wächst. Westmächtliche Pläne einer Herstellung Polens, Oesterreich steht dieser Frage nicht absolut verneinend gegenüber, da die Herstellung Polens seinem System bedeutende Vortheile bietet.

96. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. Juli 1854. . 203
Der preußische Standpunkt in der orientalischen Frage ist für die mittleren und kleinen deutschen Staaten sehr angenehm. Ihre Hinneigung zu Preußen aber ist nur temporär, ein Product der Furcht; beim Eintritt großer politischer Katastrophen werden sie von Preußen abfallen. Kommt es zu einem großen Kriege, so gehen sie ihrem Untergang entgegen. Preußen kann Bürgschaften für den Fortbestand der Staaten in ihren jetzigen Verhältnissen nicht übernehmen.

97. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 3. August 1854 205
Prokesch weigert sich, die russische Antwort ohne Ermächtigung durch Bismarck dem Ausschuß der Bundesversammlung vorzulegen. Die Mobilisationsforderungen in der österreichischen Circulardepesche vom 28. Juli 1854.

98. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 4. August 1854 207
Der österreichische Mobilisirungsantrag. Die dänische Beitrittserklärung. Bentinckſche Beschwerde.

99. Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck, 22./23. August 1854 208
Der Mangel der preußischen Politik ist nicht Mangel an Wahrheit nach außen, sondern Unwahrheit gegen Preußen

Seite

selbst. Preußen fürchtet seine Großmachtstellung zu verlieren, die doch einzig auf seinem guten Schwerte beruht. Die Folge der Unwahrheit ist die Unklarheit in den Entschließungen. Gedanke des Königs, den Artikel 2 des Aprilvertrags durch einen article unique zu ersetzen. Mögliche Gegenstände der neuen Vereinbarung. v. Hinckeldey und seine Machinationen zum Nachtheil der Autorität und Ruhe des Königs. Befinden des Königs.

100. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 7. September 1854 212
Verlängerung des Urlaubs wird gewährt.

Anlage:

Depesche Wentzels an Otto v. Manteuffel.

101. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 11. September 1854 213
Ausfall der Sitzung in Frankfurt a. M. Instructionen der deutschen Bundestagsgesandten im Hinblick auf die preußische Circulardepesche. Der Conflict zwischen Großherzogthum Hessen und Preußen.

102. Graf R. v. d. Goltz an Bismarck, 31. October 1854 215
Dank für Bismarcks Theilnahme an der Reactivirung von Goltz. Klage über die Zunahme unpreußischer Gesinnung und den Rückgang der adligen Tugenden. Bitte an Bismarck, auch den Schein der Solidarität mit diesen Menschen zu meiden.

103. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 30. November 1854 218
Gründe für die erneute Annäherung Preußens an Oesterreich durch den Zusatzartikel vom 26. November. Was hat Preußen durch den Act der Liberalität erlangt? Erste Wirkung auf Rußland.

104. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 4. December 1854 223
Der kurze Aufenthalt des Prinzen v. Preußen in Berlin unterstützt den Glauben an unfreundliche Beziehungen zwischen dem König und seinem Bruder, und dies beeinträchtigt Preußens Stellung nach außen. Die Heranziehung des Prinzen zu den Staatsgeschäften ist darum erwünscht, vorerst seine Rückkehr nach Berlin. — Der Tractat vom 2. December.

105. Oscar v. Arnim an Bismarck, 6. December 1854 . 226
Bitte an Bismarck, unter irgend einem Vorwande auf einige Zeit nach Berlin zu kommen. Antrag Vincke auf Beantwortung der Thronrede.

106. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 12. December 1854 227
Noch einmal die Rückkehr des Prinzen v. Preußen nach Berlin. Der Vertrag vom 2. December ist für Preußen un-

Seite

annehmbar, da er Preußen nicht berührende Dinge enthält. Die Hoffnung, Oesterreich vom Bunde mit den Westmächten zurückzuhalten, war trügerisch. Graf Arnim wahrscheinliches Opfer der Enttäuschung.

107. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 17. December 1854 228
Amtliche Mittheilung des Vertrags vom 2. December in Berlin mit Einladung zum Beitritt. Skizze der preußischen Antwort. Am Bunde ist jede Entscheidung nach Möglichkeit hinzuhalten. Oesterreich wünscht, daß Preußen die Verständigung mit den Westmächten nicht gelinge. Usedoms Sendung nach England.

108. Assessor Zitelmann an Bismarck, 31. December 1854 231
Zweck der Wiener Conferenzen eine Verständigung über die Präcisirung der vier Punkte. Oesterreich ist zum Kriege entschlossen, Napoleon III. besteht auf der Eroberung Sebastopols.

109. Assessor Zitelmann an Bismarck, 3. Januar 1855 . 232
Oesterreich fordert Preußens Mobilmachung und die des halben Bundescontingents.

110. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Januar 1855 . 233
Preußische Antwort auf Oesterreichs Antrag. Bitte um strengste Discretion. Die Westmächte wünschen zwar den Frieden, aber erst nach der Einnahme von Sebastopol.

111. Legationsrath Wentzel an Bismarck, 12. Januar 1855 235
Scheinbare Nachgiebigkeit Oesterreichs. Darf Oesterreich ohne Preußen in Wien verhandeln? Und müssen die Westmächte nicht Preußens Zuziehung wünschen? Prokeschsche Reden. Bayerische Wünsche hinsichtlich der Wahl eines Bundesoberfeldherrn.

112. König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachsen, 18. Januar 1855 237
Einsendung des Entwurfs einer Note an die deutschen Höfe zur Prüfung. Zweck der Sendung Usedoms nach London. Preußens Ausschluß von den Friedensverhandlungen.

113. König Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel, 22. Januar 1855 238
Weisung, Bismarck über die „Kriegsfälle mit Rußland" zu instruiren.

114. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 23. Januar 1855 . 239
Uebersendung einer Abschrift des Schreibens Friedrich Wilhelms an König Johann und Weisung, sich am Bunde im Sinne dieses Schreibens auszusprechen.

Seite

115. v. Savigny an Bismarck, 2. Februar 1855 . . . 240
Zur Frage der Wahl eines Bundesoberfeldherrn. Preußen muß für die specifisch preußische Politik bestimmte Zielpunkte ins Auge fassen; es muß in deutscher Politik den Boden für seine europäische Position finden und auf dem Boden der Bundesverträge sich zum Schutze der kleineren deutschen Genossen bereit erklären. Das Unzweckmäßige der Sendung Wedells nach Paris. Mangel an Festigkeit und Muth in Berlin. General Willisen und Schlegell in Karlsruhe.

116. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 5. Februar 1855 . 242
Preußen kann schnell große Truppenmassen aufstellen, aber nicht lange stehen lassen. Eine französische Invasion in Süddeutschland zwänge Preußen zu marschiren. Muthlosigkeit der süddeutschen Fürsten. Frankfurter Indiscretionen an die französische Gesandtschaft in Berlin. Ankündigung der Blockade der Ostseehäfen durch die Franzosen bei fortgesetzter Waffenausfuhr nach Rußland.

117. v. Savigny an Bismarck, 8. Februar 1855 . . . 244
Badens Schwenkung auf die Seite Oesterreichs. Ungleichheit des diplomatischen Kampfes zwischen Oesterreich und Preußen. Niemand fürchtet Preußen.

118. Graf Alexander Keyserling an Bismarck, 25. Febr. 1855 246

119. v. Savigny an Bismarck, 27. Februar 1855 . . . 248
Prokesch Abgang und seine Ersetzung durch Graf Rechberg.

120. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 2. März 1855 . 249
Bevorstehender Tod des Kaisers Nicolaus.

121. v. Savigny an Bismarck, 5. Mai 1855 249
Oesterreich droht mit Austritt aus dem Bunde. Baden ist vorsichtiger geworden. Graf Kielmansegge in Karlsruhe.

122. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 10. Mai 1855 . 251
Bitte an Bismarck, recht vorsichtig in seinen Aeußerungen zu sein; die deutschen Gesandten in Berlin als Zuträger des französischen.

123. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 26. November 1855 252
Der König überläßt die Reise nach Berlin der Erwägung Bismarcks.

124. Leopold v. Gerlach an Bismarck, 26. November 1855 252

125. General Graf Münster an General v. Gerlach, ? December 1855 253
Rußland ist zum Frieden bereit. Die Schwarze Meer-Flotte für Rußland kein Luxusartikel.

Seite

126. Graf Platen an Bismarck, 29. December 1855 . . 254
Zur Motivirung des hannöverschen Gesetzes wegen Beschränkung der Zuständigkeit der Schwurgerichtshöfe.

127. Graf Platen an Bismarck, 2. December 1856 . . 255
Zweck der Reise des dänischen Ministers Scheel nach Berlin: Preußen durch Drohung mit der scandinavischen Union von einer Unterstützung der holsteinischen Beschwerde am Bunde abzuschrecken und durch Scheinconcessionen den Frieden zu erkaufen. Pariser Nachricht über die Neuenburger Angelegenheit: eine Aeußerung Walewskis, eine Mahnung zur Vorsicht. Der Bundesversammlung kommt nicht zu, zu vermitteln, sondern Preußens Anträge abzuwarten.

128. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1857 258
Bitte um discrete Behandlung des Pro memoria der holsteinischen Conservativen. Hannovers Einspruch gegen eine directe Bahn von Minden nach dem Jahdebusen. Pergler v. Perglas als Typus des kleinstädtischen Diplomaten.

129. Freiherr v. Rosenberg an Bismarck, 9. Mai 1857 . 260
Die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin Gegenstand weitgehender Vermuthungen. Hatzfeldts Einladung nach Fontainebleau. Napoleon III., von Palmerston in englische Händel verwickelt. Rothans Ordensbedürftigkeit. Großfürst Constantin in Paris.

130. Graf K. v. d. Goltz an Bismarck, 15. December 1857 262
Unpolitisches Verhalten Preußens gegen die preußischen Rittergutsbesitzer, Hamburg und Lübeck. Der Prinz von Preußen durch weiblichen Einfluß zur Reise nach England gedrängt.

131. Der Prinzregent von Preußen an Kaiser Franz Joseph, 15. Februar 1858 263
Dank für die Theilnahme bei der Vermählung des Sohnes und für die Aufnahme der nach Wien gesandten militärischen Deputation. Erkrankung des Königs. Preußens Antrag auf Erweiterung der Festungsbauten in Mainz, desgleichen auf die Uebertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim. Strategische Wichtigkeit von Germersheim als Rheinübergang. Anspruch Preußens auf das Mitbesetzungsrecht von Germersheim.

132. Graf Platen an Bismarck, 9. März 1858 268
Graf Rechberg, der „kleine Tyrann". Beust und alle mittelstaatlichen Diplomaten in Aufregung über Preußens und Hannovers Anträge auf Reform der Bundestagsgeschäftsordnung.

Seite

133. Fürſt Gortſchakow an Budberg, 16. Juli 1858 . . 270
Unerwarteter Widerſtand des Berliner Cabinets in der däniſchen Frage. Mißbrauch einer privaten Aeußerung Manteuffels zu Baron Pleſſen durch das däniſche Cabinet. Ernſtlicher Wunſch der däniſchen Regierung, zu Verhandlungen zu gelangen. Die Suspenſion der Geſammtverfaſſung in ihrer Anwendung auf die Herzogthümer iſt ein entgegenkommender Schritt.

134. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 20. Juli 1858 . 272
Ankündigung eines Beſuchs Manteuffels in Frankfurt a. M. zur Beſprechung der däniſchen Frage.

135. Graf K. v. d. Goltz an Bismarck, 28. Juli 1858 . 273
Reiſedispoſitionen des Prinzen von Preußen.

136. Otto v. Manteuffel an Bismarck, 12. October 1858 . 274
Verlauf der Regentſchaftsangelegenheit. Weſtphalens Entlaſſung und ihre Geſchichte. Abreiſe des Königs nach Meran. Oeſterreichiſche Eröffnungen in Betreff Raſtatts. Parteinahme Schwedens für Dänemark in der holſteiniſchen Frage. Hannovers Drängen auf Execution.

137. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 7. November 1858 278
Mittheilung vom Wechſel im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

138. Bismarck an Miniſter v. Schleinitz, ? November 1858 279

139. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 13. November 1858 280
Falſche Prophezeiungen auf Grund falſcher Prämiſſen. Bitte um weitere Mittheilungen.

140. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 9. Januar 1859 281

141. J. L. Motley an Bismarck, 16. Februar 1859 . . 281

142. Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck, 28. Februar 1859 285
Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommiſſion. Die Ernennung eines Legationsſecretärs für Petersburg. Wichtigkeit des Petersburger Poſtens. Petersburg kein „ehrenvolles Exil“.

143. Bismarck an Miniſter v. Schleinitz, 12. Mai 1859 . 287
Ergebniß der Frankfurter Amtsführung: die dermaligen Bundeseinrichtungen ſind für Preußen im Frieden eine drückende, in kritiſchen Zeiten eine lebensgefährliche Feſſel. Uebergewicht Oeſterreichs am Bunde durch die Herrſchaft über die kleineren deutſchen Staaten. Majoriſirung Preußens

Seite

in allen wichtigen Fragen. Die Zeit ist günstig, eine Aenderung zum Besseren in diesen Verhältnissen herbeizuführen. Die Haltung des Prinzregenten verdient ungetheilten Beifall; die Berufung der Bamberger Staatsmänner auf bundesrechtliche Theorien, wenn sie Preußen zum Kriege treiben wollen, beweist, daß die sog. deutschen Interessen, die sie zu vertreten vorgeben, nicht auch die preußischen sein können. Preußen muß jede Gelegenheit benutzen, um zu einer Revision seiner Beziehungen zu den deutschen Staaten zu gelangen. Einfluß österreichischen Geldes auf die deutsche Presse. Die officiöse Presse Preußens muß gegen die Ueberhebungen der süddeutschen Bundesgenossen die Saite selbständiger preußischer Politik anschlagen. Das Wort „deutsch" für „preußisch" kann erst nach engerer und zweckmäßigerer Verbindung Preußens mit den deutschen Staaten auf die preußische Fahne geschrieben werden. Das Bundesverhältniß ein Gebrechen, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen.

144. Bismarck an General Gustav v. Alvensleben, 14. Mai 1859 294

Uebersendung einer Abschrift des Briefes vom 12. Mai an Alvensleben.

145. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 29. Mai 1859 . 295

Die deutschen Collegen in Petersburg ein chronisches Uebel für Bismarck. Charakteristik derselben.

146. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 24. Juni 1859 . 298

Motiv der preußischen Mobilmachung und ihre verständige Auffassung in Petersburg. Beruhigende Wirkung der Truppenaufstellung auf den Kriegsfuror in Preußen und Deutschland. Preußens Absicht, in London und Petersburg den Anstoß zu einer friedlichen Intervention zu geben. Verdächtigung der amtlichen Wirksamkeit Bismarcks durch seine Gegner.

147. Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck, 1. Juli 1859 301

Bitte, der preußischen Anfrage für die Wiederherstellung des Friedens in Petersburg eine möglichst gute Aufnahme zu verschaffen.

148. Bismarck an Minister v. Schleinitz, 25. September 1859 301

Russische Wünsche betr. des Ortes der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten. Befürwortung von Breslau. Umschlag der Stimmung in demokratischen Kreisen zu Gunsten Preußens. Reisedispositionen.

Seite

149. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 29. September 1859 304

Einverständniß des Prinzregenten mit der Wahl Breslaus zum Orte der Entrevue. Preußens Antwort auf die österreichische Note an den Herzog von Coburg.

150. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 31. December 1859 306

Die Wichtigkeit des Petersburger Postens macht eine anderweitige Vertretung Bismarcks als die bisherige nothwendig. Wahl des Grafen Perponcher zu dieser Mission. Persönliches.

151. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 25. Juni 1860 . 308

Eine Aufforderung zum Abschluß einer Coalition mit Preußen gegen Frankreich ist an Rußland nicht ergangen, konnte also auch von russischer Seite nicht abgelehnt werden. Erfreulicher und zugleich peinlicher Eindruck des Referates Bismarcks über seine Audienz beim Kaiser. Es fehlt an jedem Einverständniß zwischen russischen und preußischen Interessen mit denen Frankreichs in allen schwebenden politischen Fragen. Die Unmöglichkeit eines Bündnisses mit den Imperatoren des Ostens und Westens schließt freundschaftliche Beziehungen für Preußen nicht aus. Die Entrevue in Baden-Baden und Frankreichs Befriedigung über deren Verlauf. Eindruck der Persönlichkeit des Prinzregenten auf die deutschen Fürsten. In der orientalischen Frage kann Preußen Rußland nach Kräften unterstützen.

152. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 3. August 1860 312

Die Teplitzer Zusammenkunft, ihre beruhigende Wirkung auf Handel und Wandel und ihre politische Bedeutung Frankreich gegenüber. Rußlands gerechte Beurtheilung der preußischen Intuitionen. Rußlands Nachgiebigkeit in der syrischen Frage. Immediatberichte. Depeschenbeutel. Die Werke Friedrichs des Großen als Geschenk für Gortschakow. Persönliches. Montgelas ein übler Tausch gegen Bray.

153. Bismarck an Fürst Gortschakow, 3. September 1860 315

Ueberweisung der Werke Friedrichs des Großen an Gortschakow als Geschenk des Prinzregenten.

154. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. September 1860 316

Die Warschauer Zusammenkunft darf nicht den Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration tragen. Die Abberufung des russischen Gesandten von Turin ein „logischer Hiatus“. Personalien (Großfürstin Helene, Königin Victoria).

Seite

155. Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck, 28. September 1860 318

Mißgeſchick des Depeſchenbeutels, der in Stettin zurückgelaſſen wurde.

156. Prinz Karl v. Preußen an Bismarck, 18. November 1860 319

157. Fürſt Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck, 22. November 1860 320

Ueberſendung einer kunſthiſtoriſchen Abhandlung von Andr. Müller für die Akademie der Künſte. Die Armeereform.

158. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 30. November 1860 320

Pourtalès wird angewieſen werden, ſich mit dem franzöſiſchen Hofe über den Gegenſtand der Warſchauer Beſprechungen in directes Einvernehmen zu ſetzen. Verſchlechterung der Lage in Oeſterreich. Das eigentliche Motiv für den Liberalismus Napoleons III. eine Stärkung gegen den Ultramontanismus. Mißverſtändliche Auffaſſung einer Aeußerung des Prinzregenten hinſichtlich Sardiniens. Schwarz-Stieber.

159. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 25. December 1860 323

Ueberſendung von Schriftſtücken betr. die Warſchauer Beſprechungen. Beantwortung der Thouvenelſchen Depeſche an Montebello. Intereſſe Deutſchlands an der Erhaltung Venetiens bei Oeſterreich. Strategiſcher Werth des Feſtungsvierecks. Gefahren der italieniſchen Nationalitätsbewegung für Deutſchland und ihr revolutionärer Charakter. Das Königreich Italien wird für Preußen immer ein unſicherer Verbündeter ſein. Minutolis Tod. Perſönliches.

160. Graf Neſſelrode an Bismarck, 30. December 1860 . 326

Bitte um eine Unterredung für Staatsſecretär Reutern.

161. Bismarck an Großfürſt Conſtantin, 6. Februar 1861 327

Bitte um eine Audienz für den Kaufmann Luhdorf.

162. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 14. Februar 1861 328

Antwort des Königs auf die Adreſſe des Abgeordnetenhauſes. Kühle Aufnahme der holſteiniſchen Sache in der Kammer. Gaetas Capitulation.

163. Miniſter v. Schleinitz an Bismarck, 5. März 1861 . 329

Eindruck der Warſchauer Vorgänge. Oeſterreichs Conflict mit Ungarn. Syriſche Frage. Dänemarks Unnachgiebigkeit. Gaetaceremonie.

Seite

164. Minister v. Schleinitz an Bismarck, 21. Juni 1861 . 331
Bismarcks Wunsch nach Urlaub. v. Schlözer als sein Vertreter. Schwierigkeiten in der schleswig-holsteinischen Frage, durch England gefördert, rücken die Execution immer näher. Nachtheile und Vortheile einer europäischen Conferenz. Die Huldigungsfeier ein Gegenstand der Differenz zwischen dem König und seinen Ministern. Reisedispositionen des Königs.

165. Bismarck an die Fürstin Menchikow, Herbst 1861 . 335
Bitte um Zusendung des Statut organique Kaiser Nicolaus I.

166. Fürstin Menchikow an Bismarck, Herbst 1861 . . 335

167. Minister Graf v. Bernstorff an Bismarck, 17. März 1862 336
Mittheilung der bevorstehenden Abberufung.

168. Bismarck an Minister Graf v. Bernstorff, 22. März 1862 336
Glückwünsche des Kaisers für den König. Dank für Telegramm vom 17. März.

169. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. October 1862 337

170. Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck, 10. November 1862 338
Dankbarkeit des Kronprinzen für Mittheilungen politischer Natur, seine Empfänglichkeit für Aufmerksamkeiten.

171. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. December 1862 339

172. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 27. December 1862 339

173. Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm, 31. December 1862 340
Das preußische Volk und Art. 99 der Verfassung.

174. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 11. Januar 1863 341

175. Minister a. D. v. d. Heydt an Bismarck, 24. Januar 1863 341
Bitte um den Stern zum Hohenzollernorden als Zeichen der Allerhöchsten Zufriedenheit.

176. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 24. Februar 1863 342

Seite

177. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 25. Februar 1863 343

178. Oberpräsident Senfft v. Pilsach an Bismarck, 9. Mai 1863 344

Der Kronprinz und die Fortschrittspartei.

179. Minister v. d. Heydt an Bismarck, 7. Juni 1863 . 345

Theilnehmender Glückwunsch zu den Preßverordnungen. Der Danziger Vorfall ein bedauerliches Ereigniß.

180. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 11. Juni 1863 346

Antwort des Königs auf das Schreiben des Kronprinzen.

181. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 21. Juni 1863 346

Kaiser Napoleon über Preußens Vorgehen in der polnischen Frage. Grund der französischen Einmischung. Drouyn de L'Huys der heftigste Polenagitator. Fürst Metternich über Oesterreichs politische Haltung.

182. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni, 2. Juli 1863 349

Principieller Gegensatz des Kronprinzen gegen das Ministerium. Verfassungsmäßigkeit der Preßverordnung. Wahrscheinlicher Erfolg der Politik des Ministeriums: Untergrabung der Achtung vor der Verfassung, Stärkung anarchistischer Bestrebungen auf Seiten des Volks, Verfassungsbruch auf Seiten der Regierung. Verzicht auf die Theilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums.

183. Graf F. zu Eulenburg an Bismarck, 7. Juli 1863 . 352

Die Berliner Pöbelzusammenrottungen. Gute Haltung der Schutzmannschaft. Fräuleinstift in der Niederlausitz. Personalien (Seiffarth, Graf Villers).

184. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 10. Juli 1863 354

185. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Juli 1863 355

186. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 16. Juli 1863 355

Preßmittheilungen über den Inhalt der Correspondenz des Kronprinzen mit dem König.

187. Bismarck an General E. v. Manteuffel, 16. Juli 1863 356

Seite

188. Geheimrath v. Lecoq an Bismarck, 3. Januar 1864 357
Augustenburger und Glücksburger haben durch ungleiche Heirathen das Recht auf die Erbfolge in Holstein verwirkt, in Dänemark bleiben sie nach der lex regia successionsfähig.

189. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 20. Januar 1864 358
Einschränkung der Instruction für Graf v. Wrangel, entsprechend den Erwägungen der Diplomatie. Bitte um Nachsicht bei Mißverständnissen und ungeduldigen Aeußerungen von maßgebender Seite.

190. König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon, 2. April 1864 360
Zur Frage der Reduction der auf Kriegsstärke gesetzten Truppen. Gründe gegen die Reducirung.

191. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. April 1864 361
Die nach Jütland gesandten Truppen genügen. Die Unbekanntschaft mit den Zielen der preußischen Politik macht ihm ihre Unterstützung unmöglich.

192. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. April 1864 362
Die Aufstellung eines festen Programms für Preußen ist nothwendig. Der Grundsatz, nach den Umständen zu handeln, läßt Hintergedanken einer preußischen Vergrößerungspolitik vermuthen, deren Verfolgung die deutsche Politik Preußens verfälschen würde.

193. Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck, 6. Juni 1864 364
Stimmung am Hofe Bückeburg und im Lipper Lande. Vertrauen des Fürsten Adolph in Bismarck. Conferenz des Prinzen Friedrich von Holstein-Glücksburg mit seinem Bruder in Sachen der Erbfolge in den Herzogthümern.

194. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Juni 1864 366
Bitte um Uebersendung des Berichts, betr. die Unterredung mit dem Erbprinzen von Augustenburg.

195. Fürst Gortschakow an Bismarck, 9. Juli 1864 . . 367
Reisedispositionen des Zaren und Gortschakows. Pariser und Londoner Meldungen von Aeußerungen Gortschakows und Bismarcks.

196. Herzog v. Morny an Bismarck, 7. September 1864 368
Napoleon III. ist in Uebereinstimmung mit Bismarck gegen Berufung einer Conferenz zu dreien.

Seite

197. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 21. September 1864 369

Befriedigung der Kaiserin Eugenie über den Besuch des Königs. Warum der Kurfürst von Hessen-Kassel nicht nach Berlin gehen will.

198. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 13. October 1864 370

Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der Zollvereinsstaaten über den Termin für Einführung des neuen Tarifs und die Neugestaltung der Beziehungen des Zollvereins mit andern Staaten. Bahnbrechende Bedeutung des Handelsvertrags mit Frankreich.

199. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1864 375

Glückwunsch zum Friedensschluß mit Dänemark und zum Erfolg in der Zollvereinsfrage. Die italienisch-französische Convention. Der Zollverein mit Oesterreich unmöglich. Köln-Trierer Bischofswahl, Gefahren des Listenwahlsystems.

200. General Graf v. Nostitz an Bismarck, 26. November 1864 378

Begrüßung Bismarcks als Ritter des Schwarzen Adlerordens.

201. Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck, 2. Januar 1865 379

Die Bestätigung des Beitzkeschen Ehrengerichtsurtheils eine Sache des Princips. Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers.

202. Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck, 7. Juni 1865 379

203. v. Natzmer an Bismarck, 7. Juni 1865 380

204. Bismarck an Professor Virchow, 8. Juni 1865 . . 381

205. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

206. Kriegsminister v. Roon an Virchow, 8. Juni 1865 . 382

207. Kriegsminister v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 382

208. Minister F. zu Eulenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 383

209. Bismarck an Minister F. zu Eulenburg, 8. Juni 1865 383

210. v. Hennig an v. Keudell, 8. Juni 1865 384

Seite

211. v. Keudell an Kriegsminiſter v. Roon, 8. Juni 1865 385

212. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 385

213. Prof. Virchow an Kriegsminiſter v. Roon, 8. Juni 1865 385

214. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 8. Juni 1865 386

215. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387

216. Regierungsrath Zitelmann an Bismarck, 8. Juni 1865 387

217. Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck, 8. Juni 1865 387

No. 202—217 Correſpondenz über die Herausforderung Virchows zum Zweikampf.

218. General Graf v. Noſtitz an Bismarck, 9. Juni 1865 388

219. Miniſter F. zu Eulenburg an Bismarck, 9. Juni 1865 388

220. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 389

221. Bismarck an Kriegsminiſter v. Roon, 18. Juni 1865 389

222. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 18. Juni 1865 390

223. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 9. Juli 1865 390

v. Senffts Bitte um Verabſchiedung und ſein Vorſchlag, den Kronprinzen an die Spitze der Civilverwaltung von Pommern zu ſtellen. Sein Vorſchlag nur ein Verſuch, zu erfahren, wie das Miniſterium zum Kronprinzen ſteht. Unannehmbarkeit des Projects.

224. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 15. Juli 1865 392

Summariſche Wiedergabe des Schriftwechſels mit Wien. Aufforderung an den Kronprinzen, einer am 21. Juli in Regensburg angeordneten Conſeilſitzung beizuwohnen. Sorgfältige Geheimhaltung der Situation und der zu faſſenden Entſchließung liegt im politiſchen wie finanziellen Intereſſe.

225. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 15. Juli 1865 394

Zuſage, zum 21. Juli in Regensburg zu erſcheinen.

226. Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck, 14. December 1865 394

227. Marquis Wielopolski an Bismarck, 8. Mai 1866 . 395

Glückwunſch zur Errettung aus Lebensgefahr.

228. Hofmarſchall A. zu Eulenburg an Bismarck, 24. Mai 1866 396

229. Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck, 11. Juni 1866 396

Seite

230. Professor Gelzer an Bismarck, 13. Juni 1866 . . 397
Anfrage wegen einer Audienz.

231. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 15. Juni 1866 . 398
Anfrage wegen des Einmarsches in Sachsen und der Kriegserklärung an Bayern.

232. Prinz Friedrich Karl an Bismarck, 17. Juni 1866 . 399
Aufnahme der Preußen in Sachsen. Bitte, v. Radowitz als diplomatischen Beistand zu senden.

233. Fürst Heinrich LXVII. Reuß j. L. an Bismarck, 21. Juni 1866 401
Bitte, nichts Feindliches gegen das Land Reuß zu unternehmen.

234. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Aug. 1866 401
Kundgebungen napoleonistischen Hungers. Napoleons Rheinufergelüste werden auch die Süddeutschen zu den Norddeutschen treiben. Die Statthalterstellung des Kronprinzen in Hannover.

235. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. August 1866 403

236. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. Februar 1867 403
Der Kronprinz wird den König nach Dresden begleiten. Minister v. Watzdorf ein empfehlenswerther Candidat für die Functionen eines Bevollmächtigten zum Reichstag. Aeußerlichkeiten der Reichstagseröffnung.

237. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 21. Februar 1867 404
Uebereinstimmung des Kronprinzen mit dem Ziele der Bismarckschen Politik: Bildung eines auch Süddeutschland umfassenden Gemeinwesens. Die militärische Convention mit Sachsen. Frankreichs Ehrgeiz und Mißgunst. Die Eröffnung des ersten deutschen Reichstags ein Ausgangspunkt für die Geschicke Deutschlands.

238. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 13. Mai 1867 406
Gesichtspunkte für die Besprechung der Reise des Kronprinzen und der Kronprinzessin nach Paris.

239. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 28. Mai 1867 407
Preußenfreundliche Gesinnung der Großfürstin Helene. Wandlungen des Fürsten Gortschakow. Stimmung des

Seite

Publikums in Beziehung auf die Reise des Kaisers nach Paris.

240. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, 7. Juni 1867 408
Fürst Gortschakow über Kammerärger und preußische Finanzsorgen. Reisepläne Gortschakows. Personalien.

241. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 7. Juli 1867 409
Savignys unklare Antwort auf das Angebot des Bundesvicekanzleramtes.

242. Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck, 17. Juli 1867 410
Unterredung mit Savigny: Ablehnung der Vicekanzlerstellung.

243. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 1. August 1867 411
Rückgang des Vertrauens zu Preußen in den einverleibten Ländern und in Süddeutschland infolge der reactionären Maßregeln Eulenburgs und Lippes. Gründe der Unzufriedenheit. Die französische Depesche über Nordschleswig.

244. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 2. August 1867 413
Uebersendung eines Aufsatzes über die Mißstände in Hannover und die Mittel ihrer Beseitigung.

245. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. August 1867 414
Günstiger Verlauf der Verhandlungen mit den hannöverschen Vertrauensmännern. Für Hessen empfiehlt sich die Anknüpfung an die Verfassung von 1831. Desiderta der kurhessischen Vertrauensmänner: Sicherstellung des Staatsschatzes und des Laudemialfonds, Bildung einer Provinzialvertretung. Entstehung des Laudemialfonds. Vorschläge für die Bildung des Provinziallandtags. Eigenartigkeit der Schleswig-Holsteiner Verhältnisse. Geh. Rath Francke.

246. Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck, 15. December 1867 417
Dank für das Eintreten im Reichstag gelegentlich der Debatte über den Sächsischen Militärvereinskalender.

247. Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen, 19. December 1867 419
Aufgabe der Bundespolitik ist, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen es als ein werthvolles Recht ansehen, dem

Seite

Bunde anzugehören. Die Centraliſirung eines Theiles der Souveränetätsrechte in der Hand eines Einzelnen ſichert den Fürſten die Geſammtheit ihrer ſonſtigen Rechte gegen innere Bewegungen wie gegen äußere Gefahren.

248. Bismarck an v. d. Marwitz, 24. Januar 1868 . . 420
Das Princip der Vorlage betr. die Bildung eines hannöverſchen Provinzialfonds iſt richtig, ſeine Verwerfung durch die conſervative Partei ein politiſcher Fehler.

249. Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck, 27. Januar 1868 421
Dank für das Intereſſe Bismarcks an Rumänien. Graf Heinrich Keyſerling. Indiscretion Demetre Bratianos in Wien.

250. v. d. Marwitz an Bismarck, 3. Februar 1868 . . 422

251. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 6. März 1868 423

252. Profeſſor Gelzer an Bismarck, 27. Mai 1868 . . 423

253. Präſident Simſon an Bismarck, 31. Januar 1869 . 424
Dank für die Ernennung zum erſten Präſidenten des Appellationsgerichts.

254. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 25. Februar 1869 425
Verdienſte des Freiherrn v. Münchhauſen um die Provinz Pommern: ſeine Verſetzung nach Oſtpreußen für Pommern ein Verluſt.

255. Hofmarſchall Graf A. zu Eulenburg an Bismarck, 10. September 1869 426

256. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 15. September 1869 427
Vorbereitungen zur Reiſe nach Wien, Cairo, Türkei und Paläſtina. Bitte, Graf H. Keyſerling als Geſchäftsträger von Bukareſt nach Conſtantinopel zu ſenden. Vorzüge des Oberpräſidenten Horn trotz mancherlei Anfeindungen.

257. Oberhofmarſchall Graf Pückler an Bismarck, 28. September 1869 428
Entſchluß des Königs, den Landtag in Perſon zu eröffnen. Graf Beuſt. Reiſebegleitung des Kronprinzen.

258. Fürſt Karl von Rumänien an Bismarck, 22. Oct. 1869 429
Anzeige der Verbindung mit der Prinzeſſin Eliſabeth zu Wied. Die Ernennung des Grafen Keyſerling nach Con-

Seite

stantinopel. Bitte, zum Nachfolger des Grafen Keyserling Herrn v. Radowitz zu ernennen.

259. Minister Camphausen an Bismarck, 29. October 1869 431
Camphausens Empfang durch den König. Vorschläge zur Abhülfe des Deficits ohne Steuerzuschlag und erste Skizze eines Finanzreformplanes.

260. Bismarck an Präsident Delbrück, 5. November 1869 434
Camphausens Berufung in den Bundestag zu motiviren mit dem Bedürfniß präciserer Einheit der Bundesfinanzverwaltung mit der preußischen. Delbrücks Betheiligung an den Sitzungen der preußischen Minister als generell für Bismarck substituirt bedingt auch den Ministertitel für ihn.

261. Staatssecretär v. Thile an Bismarck, 8. Juli 1870 436
Benedetti bei der Königin Augusta in Coblenz.

262. Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck, ? Januar 1871 436
Großfürstin Helene weiß, warum der Krieg geführt wird, Kaiser Alexander II. ist correct trotz der ihn umgebenden Damen. Scariatins Tod.

263. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 3. Juli 1872 437
Bedürfniß nach Ruhe. Einreichung eines Abschiedsgesuchs.

264. Fürst Gortschakow an Bismarck, 15. November 1872 439

265. Bismarck an Fürst Gortschakow, 20. November 1872 439

266. Graf H. v. Arnim an Bismarck, 17. Januar 1873 . 440
Mittheilung des Dr. Evans von einem geplanten Mordversuch vermittelst einer vergifteten Cigarre.

267. v. Scheele an Bismarck, 9. April 1873 441
Bitte, in Sachen des Reichseisenbahngesetzes den Abg. Miquel zu hören.

268. Minister B. v. Bülow an Bismarck, 29. Juni 1873 442
Annahme des Postens eines Staatssecretärs nach erlangter Entlassung aus dem mecklenburgischen Staatsdienst.

269. Bismarck an Minister B. v. Bülow, 7. Juli 1873 . 443
Weiterführung des gegenwärtigen Zustandes bis nach Ablauf der Urlaubszeit.

270. Fürst Karl von Rumänien an Bismarck, 26. Juli 1873 444
Bitte um Gewährung einer Unterredung über die Verhältnisse an der unteren Donau. — Anlagen: 2 Meldungen von v. Radowitz.

Seite

271. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 10. Oct. 1873 446
Meldung des Dienstantritts. Einführung durch Herrn v. Balan. Abschied vom Großherzog von Schwerin. Entgegenkommen des diplomatischen Corps.

272. Kriegsminister Graf Roon an Bismarck, 12. Oct. 1873 448
Bitte, das Abschiedsgesuch zu unterstützen mit Rücksicht auf den Rückgang der Fähigkeiten. General v. Kameke als Nachfolger im Kriegsministerium.

273. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 10. November 1873 450
Dank für die Befürwortung der Ernennung zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums.

274. Fürst Gortschakow an Bismarck, 10. November 1873 451

275. Bismarck an Fürst Gortschakow, 10. November 1873 452

276. Fürst Gortschakow an Bismarck, 11. November 1873 452

277. König Albert von Sachsen an Bismarck, 19. November 1873 452
Bitte um Unterstützung und guten Rath bei Antritt des Königthums, Versicherung kräftiger Unterstützung in allem, was Bismarck zum Heile des Reiches und deutschen Volkes unternehmen wird.

278. Staatssecretär B. v. Bülow an Graf H. v. Bismarck, 6. Juli 1874 453
Delegirung eines bayerischen und eines preußischen Polizeibeamten nach Kissingen zum Schutze Bismarcks.

279. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 9. Juli 1874 454
Verhandlungen mit Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthschaftlichen Ministeriums. Bereitwilligkeit des Königs, ihn zum Minister zu ernennen. Regierungspräsident v. Puttkamer als event. Ersatzmann, wenn Friedenthal ablehnt. Ernennung des Geh. Raths Schuhmann zum ersten Vortragenden Rath im Staatsministerium.

280. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 14. Juli 1874 457
Glückwunsch zur Errettung aus Lebensgefahr. Eindruck des Attentats; Zusammenhang desselben mit den Hetzereien der Ultramontanen. Verhalten der Minister.

281. Finanzminister Camphausen an Bismarck, 19. Juli 1874 459
Abschluß der Verhandlungen mit Friedenthal.

Seite

282. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 4. August 1874 460

Apathie oder gar Opposition des gläubigen Theiles der evangelischen Geistlichkeit. Die Synodalverfassung als Mittel der Besserung.

283. Bankpräsident v. Dechend an Bismarck, 6. Januar 1875 461

Einreichung von Schriftstücken zur Bankfrage zur Entlastung von einem erhobenen Vorwurf. Finanzminister Camphausen als schuldiger Theil.

284. Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck, 1. April 1875 463

Glückwunsch zum 60. Geburtstag.

285. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 8. April 1875 463

286. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 7. Juni 1875 . 464

Bisherige Unthätigkeit des diplomatischen Ausschusses des Bundesraths. Die verfassungsmäßige Mitwirkung des Bundesraths bei Kriegserklärungen im Namen des Reichs erheischt die Berufung des Ausschusses durch Preußen, auch wenn es nicht Mitglied desselben ist.

287. Bismarck an Minister v. Mittnacht, 16. Juni 1875 466

Mittnachts Schreiben ein Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens. Nützlichkeit des diplomatischen Ausschusses für den Reichskanzler selbst, wenn auch nicht gerade in der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Einrichtung. Der Reichskanzler wird jedem Vorschlag zur Modification erwägend näher treten, der von Seiten der im Ausschuß vertretenen Regierungen gemacht werden wird.

288. Minister v. Mittnacht an Bismarck, 11. Juli 1875 . 468

Besorgniß des Ministers v. Pfretzschner vor Vorwürfen in der bayerischen Abgeordnetenkammer wegen der Nichtactivität des diplomatischen Ausschusses. Seine Vorschläge zu einer Reform. Anfrage um gelegene Zeit zu einer Besprechung.

289. Minister v. Pfretzschner an Bismarck, 12. August 1875 470

Wahrscheinliche Vorwürfe gegen die Regierung im bayerischen Landtage. Es ist wünschenswerth, sich über die Modalitäten zu verständigen, wie der diplomatische Ausschuß in den Dienst der gemeinsamen nationalen Interessen zu stellen ist.

290. Bismarck an Minister v. Pfretzschner, 27. August 1875 472

Bereitwilligkeit Bismarcks, jeder Entwicklung unserer nationalen Institutionen förderlich zu sein. Die Angriffe im

Seite

bayerischen Landtage würden nur den nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen.

291. Bismarck an Minister Visconti Venosta, 13. October 1875 473
Der Zustand der Gesundheit gestattet nicht die Reise nach Berlin.

292. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. December 1875 474
Theilnahme der kronprinzlichen Familie am Tode des Grafen Wendt zu Eulenburg.

293. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. December 1875 475
Bitte um Vortrag über die Frage des Uebergangs sämmtlicher Eisenbahnen an das Reich.

294. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 1. Januar 1876 475
Stellung des Fürsten Hohenlohe zum sog. Arnimparagraphen.

295. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 5. Jan. 1876 477
Empfehlung des Dr. Geffcken.

296. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 8. Jan. 1876 477
Charakteristik des Dr. Geffcken und sein Zusammenhang mit den Ultramontanen. Feindselige Haltung Geffckens gegen die Reichsinteressen.

297. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Januar 1876 479
Unbekanntschaft des Kronprinzen mit Geffckens Hinneigung zum Katholicismus und seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Preußen.

298. Graf v. Roon an Bismarck, 15. Februar 1876 . . 480
Bitte um Beförderung des Regierungsraths v. Brauchitsch.

299. Cardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck, 5. März 1876 483
Aeußerungen des Cardinals Ledochowski zum preußischen Kirchenstreit. Cardinal Reisach als Anstifter alles Uebels.

300. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 9. Mai 1876 484

301. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 12. Mai 1876 485
Empfehlung Friedbergs für das Reichssecretariat für Justizangelegenheiten.

Seite

302. Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck, 17. Mai 1876 486
Zurücknahme des Entlaſſungsgeſuchs. Uebereinſtimmung der Miniſter mit Bismarcks Vorſchlägen betr. Bülow und Hofmann.

303. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 30. Juni 1876 486
Nochmalige Verwendung zu Gunſten Friedbergs und ſeiner Ernennung zum Staatsſecretär für die Reichsjuſtizangelegenheiten.

304. Bismarck an Botſchafter Graf Münſter, 6. Juli 1876 488
Einwirkung der im Immediatbericht enthaltenen Mittheilungen über einen bevorſtehenden Krieg zwiſchen Rußland und England auf den Kaiſer. Die Beruhigungsvorſtellungen an England können ſich an den Text des engliſchen Circulars von 1875 anſchließen. Bitte, die Berichte an den Kaiſer durch das Miniſterium zu ſenden.

305. Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz an Bismarck, 1. November 1876 489

306. Bismarck an Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz, 18. November 1876 490

307. Bankpräſident v. Dechend an Bismarck, 1. December 1876 491
Bemerkungen zu dem Entwurf einer Verfügung an das Reichsbankdirectorium, betr. die Silberverkäufe.

308. Bismarck an Graf Holnſtein, 27. Januar 1877 . . 492
Dank für die Ernennung v. Rudharts zum bayeriſchen Geſandten. Ruſſiſch-franzöſiſche Annäherung.

309. Gambetta—Bismarck, 1877. 1878 493

I. Graf Guido Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 17. October 1877 493

II. Graf H. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 30. October 1877 494
Directe Aufträge oder Mittheilungen Gambetta zukommen zu laſſen, hält Bismarck nicht für rathſam. Die republikaniſche Staatsform iſt die einzige, die eine friedliche Geſtaltung der Beziehungen Frankreichs zu Deutſchland dauernd ermöglichen kann. Friedliche Geſinnung der Maſſe des franzöſiſchen Volks. Gefahren des Ultramontanismus oder eines mit ultramontaner Unterſtützung gelungenen Staatsſtreichs. Abneigung Bismarcks gegen Provocation irgend eines Krieges.

Seite

III. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. December 1877 497

Beweise des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten. Graf Henckel erbietet sich, Gambetta öffentlich oder heimlich nach Varzin zu bringen. Gambettas bedingungslose Herrschaft in seiner Partei.

IV. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 28. December 1877 499

Freude über den Wechsel in der Person des Botschafters. Bismarck ist nicht abgeneigt, mit Gambetta in persönliche Beziehungen zu treten, hält aber den Zeitpunkt in Gambettas eigenem Interesse für verfrüht.

V. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VI. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 12. April 1878 501

VII. Bismarck an Graf Henckel-Donnersmarck, 14. April 1878 502

VIII. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 22. April 1878 503

IX. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503

X. Graf Henckel-Donnersmarck an Bismarck, 23. April 1878 503

Gambetta ist zur Reise nach Berlin bereit.

XI. Gambetta an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 504

Behinderung Gambettas durch die Rücksicht auf die Debatten in der Kammer.

XII. Telegramm an Graf Henckel-Donnersmarck, 24. April 1878 505

310. Bismarck an Fürst Chl. zu Hohenlohe, 1. Januar 1878 506

Glückwunsch zum neuen Jahre und Dank für die geschickte und loyale Vertretung der deutschen Politik.

311. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 5. Januar 1878 507

Dank für die Anerkennung und Zusicherung voller und unbedingter Mitwirkung.

Seite

312. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 28. Januar 1878 508

Die Entsendung nach Rom zur Beisetzung Victor Emanuels und ihre politischen Früchte. Cardinal Hohenlohe. Prinz Napoleon.

313. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 17. Februar 1878 509

314. Graf H. Bismarck an Graf Holnstein, 22. Febr. 1878 510

Annahme der Stellvertretungsvorlage im Bundesrath. Bedeutung der Vorlage. Festhalten des Reichskanzlers an der föderativen Grundlage des Reichs und den verfassungsmäßigen Rechten des Bundesraths. Mit Reichsministerien hat die Vorlage nichts zu thun, sie soll nur dem Reichskanzler die Möglichkeit bieten, sich vertreten zu lassen.

315. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. April 1878 513

316. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 14. Mai 1878 . 513

Graf Andrássy wünscht Stolbergs Verbleiben in Wien bis zur Lösung der Frage, ob und wo der Congreß stattfinden soll. Falks Abgang vor Beendigung des Kampfes mit der römischen Hierarchie würde bedenklich sein. Der principielle Gegensatz zwischen den Ansichten des Kaisers und Falks läßt eine dauernde Verständigung nicht erwarten.

317. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1878 516

Bereitwilligkeit des Kronprinzen zur Uebernahme der Statthalterstellung in Elsaß-Lothringen.

318. Graf Otto Stolberg an Bismarck, 28. Mai 1878 . 516

Das Entlassungsgesuch des Ministers Falk im jetzigen Augenblick sehr unbequem. Wer ist schuld an den im christlichen Leben hervorgetretenen Schäden? Der Eigensinn des Präsidenten des Oberkirchenraths, Herrmann, hat die Opposition vermehrt.

319. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 30. September 1878 518

Glückwunsch zur Verlobung der Tochter.

320. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 10. October 1878 519

Simson als geeignete Persönlichkeit für den Posten eines Präsidenten des obersten Reichsgerichts.

Seite

321. Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck, 10. Dec. 1878 519
Dank für die Verleihung der Insignien des Schwarzen Adlerordens.

322. Präsident Simson an Bismarck, 19. März 1879 . 520
Annahme des Amtes eines Präsidenten des Reichsgerichts.

323. Kaiser Wilhelm an Staatssecretär B. v. Bülow, 29. August 1879 521
Eine Reise nach Wien unthunlich, Bismarck ist zu verständigen.

324. Bismarck an Staatssecretär B. v. Bülow, 30. August 1879 521
Der Besuch in Wien muß, da angekündigt, stattfinden, wegen der sonst zu befürchtenden politischen Consequenzen.

325. Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck, 30. August 1879 522
Einverständniß des Kaisers mit dem Besuche Bismarcks in Wien. Die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren.

326. Graf Andrássy an Bismarck, 1. September 1879 . 522
Uebereinstimmung des Kaisers Franz Joseph mit Tendenz und Resultat der Gasteiner Besprechungen über Abschluß eines deutsch-österreichischen Defensivvertrags. Kaiser Alexander will persönlich den Frieden, aber er steht unter dem Einfluß seiner andersdenkenden Umgebung. Der Vertrag eine Garantie für die Zukunft beider Reiche.

327. Bismarck an Graf Andrássy, 3. September 1879 . 524
Schwierigkeiten geographischer und politischer Art bei den Verhandlungen mit Kaiser Wilhelm über den Abschluß des Defensivbündnisses. Wandlung in der Stimmung des Zaren Alexander, bestätigt durch die Einladung um Entsendung preußischer Officiere nach Warschau. Manteuffels Sendung. Zusammenkunft in Alexandrowo. Heilsamkeit und Nothwendigkeit des unternommenen Werkes.

328. Bismarck an Graf Andrássy, 20. September 1879 . 528
Der Kaiser ist bereit, der Verabredung über eine Defensivallianz zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zuzustimmen.

329. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 26. November 1879 529
Hoffnung klerikaler Heißsporne, die Jesuiten wieder in Preußen einzuschmuggeln.

Seite

330. Graf Lehndorff an Bismarck, 15. December 1879 . 530
Besorgniß des Kaisers über das Befinden Bismarcks.

331. Bismarck an Graf Lehndorff, 15. December 1879 . 531
Dank für die gnädige Theilnahme des Kaisers.

332. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 2. Mai 1880 531
Dank für die Zusendung des Erlasses über die Kirchenfrage.

333. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 17. Mai 1880 532
Dank für Zusendung der Kirchengesetze und die lichtvolle Darlegung der Verhältnisse. Schmerz des Königs über Bismarcks beabsichtigten Rücktritt von den Geschäften.

334. König Ludwig II. von Bayern an Bismarck, 15. Juni 1880 533

335. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 18. November 1880. 534
Reisebericht über die in Rußland empfangenen Eindrücke. Unterredung mit dem Thronfolger.

336. Cardinal Gustav v. Hohenlohe an Bismarck, 25. März 1881 535
Glückwünsche zum Geburtstag.

337. Lord Ampthill an Bismarck, 1. April 1882 . . . 535
Lord Granville über Graf H. Bismarck.

338. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 7. Mai 1882 537

339. Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm, 7. Mai 1882 537
Glückwunsch zur Geburt des Enkels.

340. Präsident Simson an Bismarck, ? Januar 1883 (?) 537

341. Graf v. Seckendorff an Bismarck, 25. Januar 1883 538
Uebersendung der Denkmünze auf den silbernen Hochzeitstag des Kronprinzen.

342. Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck, 14. Mai 1884 539

343. General v. Albedyll an Bismarck, 7. Juli 1885 . . 540
Ohnmachtsanfall des Königs in Ems. Aeußerungen des Kronprinzen über einen Verzicht auf alle Neuerungen im Falle des Thronwechsels und über den Wunsch einer Verständigung mit Bismarck. Nothwendigkeit einer solchen Verständigung. Besserung im Befinden des Kaisers.

Seite

344. Bismarck an General v. Albedyll, 16. Juli 1885 . 542
Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen.

345. Kronprinzessin Victoria an Bismarck, 24. Dec. 1885 543

346. Flügeladjutant v. Plessen an Bismarck, 15. Mai 1886 544
Meldung von einem Anfall von Lähmung bei Kaiser Wilhelm.

347. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 4. März 1888 544

348. Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck, 5. März 1888 545

349. Flügeladjutant v. Bröfigke an Bismarck, 6. März 1888 546

350. Flügeladjutant v. Bröfigke an Bismarck, 8. März 1888 546

351. Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck, 8. März 1888 547

352. Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck, 9. März 1888 547
No. 347—352 Meldungen über die letzte Krankheit Kaiser Wilhelms I.

353. Hofmarschall Graf Radolinski an Bismarck, 11. März 1888 547
Kaiser Friedrich wird die Minister in Leipzig empfangen, Bismarck bleibt überlassen, den Kaiser erst in Bitterfeld zu begrüßen.

1.

Bismarck an Albert v. Below.

Lieber Albert.

Der sehr beschleunigte Geschäftsgang und Schluß des Land- 1848
tags hat mich verhindert, diesen zweiten Brief dem ersten so- 12. 4.
gleich folgen zu lassen. Vorgestern war die letzte Sitzung; nachdem ich allein protestirt, und eine lange Verwahrung im Namen des platten Landes gegen Hansemanns*) Verschwendungen für den panier percé der Industrie eingelegt hatte**), votirte die Versammlung, durch eine sehr gute Rede von Vincke***) fortgerissen, mit großer Majorität einen Credit von 40 Mill., nachdem die 20 Mill. des Schatzes in wenig Wochen des neuen Regimes verarbeitet sein werden. Dieß Votum gab der Landtag, wie alle übrigen seit dem 1 April, unter dem Einfluß der Angst vor den Dingen, die noch kommen könnten, und gegen die innre Ueberzeugung der Majorität. Hansemann gab zwar, als er mir antwortete, eine Art von Versprechen, bis zur neuen Volksvertretung keine außerordentlichen Steuern auszuschreiben, aber wohl nur, weil er wegen der Abstimmung besorgt wurde. Nachdem man ihm die Allgewalt über den Beutel der Steuerpflichtigen in der Art, wie geschehn, eingeräumt, ist mir etwas bange vor dem Gebrauch, den er davon machen wird, da Gerechtigkeit und Besonnenheit die letzten Eigenschaften sind,

*) David Hansemann, Finanzminister, März bis September 1848.
**) Vgl. Bismarck, Politische Reden I, 53 ff.
***) Georg Freiherr v. Vincke.

1848 die man von ihm erwarten kann. Es ist unerhört, daß der
12. 4. Landtag das Land auf diese Weise rechtlos machen konnte, indem man Hansemann (denn der überlistet die andern Minister doch) überließ, diese 40 Mill. auf jede beliebige Art, durch Erhöhung alter oder Einführung neuer Steuern aufzubringen; man konnte das Geld, wenn die Nothwendigkeit nachgewiesen war, bewilligen, aber man mußte Auskunft über die Art der Aufbringung fordern, für den Fall, daß es mit Anleihn nicht zu beschaffen wäre. — Du siehst, ich bin noch im frischen Aerger der Politik. Auf Wiedersehn.

Dein treuer Vetter

12 4 48. Bismarck.

2.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 sende ich in der Person des Ueberbringers Ihrem Wunsche
7. 6. gemäß den Assessor Rudloff, um ihn für litterarische Zwecke soweit als thunlich und auch sonst zu verwenden. Ich erbitte mir bald Ihre gefällige Aeußerung über seine Brauchbarkeit und bemerke, daß er, soviel ich von ihm gesehen habe, viel guten Willen, aber dabei eine gewisse ungestüme und oft fehlgreifende Thätigkeit hat.

Daß ich Ihre interessanten Mittheilungen*) bisher nicht beantwortet habe, werden Sie in gewohnter (Güte)**) mit dem außerordentlichen Drange der Geschäfte und Ereignisse, in welchen ich mich wie in einer Tretmühle befunden habe, entschuldigen. Diese übermäßigen Anstrengungen haben auf mein

*) Berichte vom 26. und 27. Mai, Preußen im Bundestage IV, No. 1 u. 2 S. 1 ff., 5 ff.

**) Ergänzung des Herausgebers.

Nervenſyſtem eine ſo ungünſtige Wirkung gehabt, daß Barez mich in ein Bad bei Detmold ſchicken will. Wie das zu ermöglichen, iſt mir noch unklar. Vor der Hand gehe ich auf 3 Tage nach der Lauſitz. Mit meiner Reiſe nach Warſchau bin ich ſehr zufrieden, ſie war aber ebenfalls ſehr anſtrengend. Den Kaiſer habe ich vortrefflich gefunden; leider unſern Herrn viel weniger. 1851 7. 6.

Der Kaiſer hat ſich mir allerdings (als)*) ein Ichneumon gegen die Krokodil-Eier des Conſtitutionalismus zu erkennen gegeben, er blieb indeß für meinen Einwand, daß dieſes ſich ſelbſt abſpielende Syſtem durch gewaltſame Angriffe nur die ihm ſonſt fehlende Kraft erhalten könne, nicht unempfänglich.

Mit der Art und Weiſe, wie die Dinge in Frankfurt gehen, bin ich nicht ganz einverſtanden und werde darüber nächſtens offiziell an Herrn v. Rochow ſchreiben, auch Ihnen ausführlicher als ich jetzt vermag meine Anſicht mittheilen.

Graf Thun ſcheint auf gut öſterreichiſch den Schwierigkeiten aus dem Wege gehen und die Dinge de facto erledigen zu wollen; das iſt aber nicht unſere Poſition; man muß den Fragen wirklich auf den Leib gehen; und wird man dann nicht fertig, ſo müſſen wir uns mehr und mehr von den ganzen Geſchichten zurückziehen.

Oeſterreich mit ſeinen innerlich ungeordneten Verhältniſſen hat viel mehr Intereſſe als wir, Alles auf den Weg der Gewalt zu treiben, wobei wir dann immer mehr oder weniger das Nachziehen haben; unſere Aufgabe iſt, mit Gründen der Vernunft zu kämpfen und dadurch ſowie durch eigene Feſtigkeit den Kleinen zu imponiren. Zu dieſen Aeußerungen veranlaßt mich zunächſt die Heſſiſche Sache**).

Meine Frau grüßt beſtens.

---

*) Fehlt im Orig.

**) Der Kurheſſiſche Verfaſſungsſtreit.

1851 7. 6. Leben Sie wohl, lieber Bismarck, und behalten Sie lieb Ihren ergebenen Diener und Freund

B. 7/6 51. Manteuffel.

Ihre Briefe sind mir immer sehr willkommen, ich bitte sie fortzusetzen.

3.

Edwin v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 9ten Juni 1851.

Hoher Gönner.

1851 9. 6. Ich habe 2 Briefe von Ihnen empfangen, den ersten von Mitte Mai in Warschau, den 2ten vom 30ten Mai: beide habe ich Manteuffel mitgetheilt, auf den ersten hat er mir gesagt, daß die nöthigen Schritte in Betreff Englands und Frankreichs bereits geschehen wären, den 2ten hat er mir vorgestern zurückgeschickt, ohne daß ich Gelegenheit gehabt hätte, mit ihm über dessen Inhalt zu sprechen. An Stockhausen*) habe ich den Brief nicht gezeigt, da er diese Verhältnisse**) zu genau kennt, und darin gewiß von selbst thut, was zu thun ist. Ich halte das Ding für eins der schwierigsten. Gehen Sie die ganze Preußische Armeegeschichte durch, so werden Sie finden, daß die Preußischen Officiere immer schlechter besoldet gewesen sind als alle übrigen und immer verstanden haben, mit Anstand zu hungern und doch in Gesellschaft ihre Rolle zu spielen***). Viel richtiger als

---

*) Kriegsminister.

**) Die Besoldungsverhältnisse der preußischen Offiziere.

***) Vgl. dazu Bismarcks Brief an Leop. v. Gerlach vom 22. Juni 1851, Ausgabe von H. Kohl S. 9.

ſpecielle Geldzulagen halte ich die Wegſchaffung des Unſinnes, 1851
daß ein baieriſcher, darmſtädtiſcher oder ich weiß nicht was 9. 6.
für ein deutſcher Officier mit einem Preußiſchen nach dem Patent rangiren ſoll. Das iſt nie geweſen, hat zwar in der Bundesmatrikel geſtanden, war aber zu der Zeit nie in die Realität getreten. Jetzt, ſeit mehreren Jahren geſchieht das, und das macht den Preußiſchen Officier todt. Soll er Preußiſcher Officier bleiben, ſo muß er als Preußiſcher Officier von oben hingeſtellt und gehalten werden. Wie ich Sec.-Lt. war, ſollte ich bei einem kl(einen) d(eutſchen) Fürſten Gouverneur und Rittmeiſter in deſſen Armee werden — ich ſah es als eine Beleidigung an und jetzt ſoll der Preußiſche Officier mit all den Leuten nach dem Patent rangiren — das kann er nicht verdauen, und den Punkt halte ich für wichtiger als alle Geldpunkte, die ſich in letzter Inſtanz finden, wenn erſt eine gewiſſe Politik: das Land gefällt mir, erobert mirs: zur Geltung kommt — und das wird ſein und muß ſein, denn es heißt aut, aut — aufhören oder erobern. Ich fange an zu parabeln und das will ich nicht: Ich kann Ihnen alſo von hier gar nichts erzählen, da ich Niemand ſehe. Vom General Rochow habe ich geſtern einen ſehr freundlichen Brief bekommen, ich werde General Gerlach ſagen, daß er die Ordensliſte wünſcht, denn ich ſelbſt habe ſie nicht und kenne ſie nicht einmal; die Großfürſten waren hier charmant und haben ſehr gefallen. Meine Frau läßt ſich Ihnen ſehr angelegentlich empfehlen. Bitte haben Sie die Güte, General Rochow meine gehorſamſten Empfehlungen auszuſprechen und meinen Vetter herzlich zu grüßen.

In aufrichtiger Anhänglichkeit

Edw. Manteuffel.

4.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 21. 6. haben ich wiederum für mehre interessante Mittheilungen*) zu danken.

Ich bin in letzter Zeit hier in vielfacher Hetze gewesen. Fürst Paskiewitsch nebst unzähligen Russen macht gesellschaftliche Ansprüche, der Däne Reedz**) stellte die Geduld theils durch volksthümliche Zähigkeit theils durch obligates Stottern auf die Probe, und endlich kam noch Uhden***) mit Nöthen aller Art und Entstehung aus Cassel hier an, denn er klagt über den Curfürsten, über Hassenpflug †) und über Leiningen ††). Ueberdieß handelt es sich darum 3 Ministerien zu besetzen, Krieg, Finanzen und Ackerbau.

Mit vieler Mühe ist es mir gelungen, Stockhausen zu bewegen, zu bleiben. Er geht auf 8 Wochen auf Urlaub. Seine Gesundheit ist sehr angegriffen.

Die beiden andern Ministerien sind noch nicht besetzt. Duesberg †††) war deshalb hier, aber es ist noch nicht abgeschlossen, und im Allgemeinen ist er mir zu charakterlos und subaltern. Die Königin will Costenoble, den finde ich noch schlimmer. Witzleben §) halte ich für unbrauchbar; er hat sich auch neuerlich in der Angelegenheit der Kreis- und Provinzial-Stände sehr unpassend benommen. Bodelschwingh aus Arnsberg §§)

*) Vom 7., 11., 12. Juni, Preußen im Bundestage IV, No. 3—5 S. 8 ff.

**) Dänischer Minister.

***) Karl Alex. v. Uhden, seit 1850 preuß. Civilcommissar in Kurhessen.

†) Kurfürstl. hessischer Minister der Justiz und des Innern.

††) Graf Christian Franz von Leiningen-Westerburg war 1850 als Bundescommissar nach Kurhessen gesendet worden.

†††) Oberpräsident von Westphalen.

§) Oberpräsident der Prov. Sachsen.

§§) Karl v. Bodelschwingh, damals Regierungspräsident in Arnsberg.

wäre mir der liebste, wenn schon er für einen Intriguant gilt. Wissen Sie noch jemand zu nennen? 1851 21. 6.

Ihre Mittheilungen aus Frankfurt haben für mich hohes Interesse. Unsere letzten Propositionen müssen die dortigen Verhandlungen lebendiger machen. Ich meine, man muß die Kleinen auf die Probe stellen, geht es mit Staaten dieser Complexion nicht, nun dann muß man an andere Gestaltungen denken, fern von eigennützigen Phrasen, aber rein der Selbsterhaltung wegen. Schlimm ist es freilich, daß man den Oesterreichern noch immer nicht ganz trauen kann. Wäre dieß der Fall, so fürchtete ich gar nichts. Ich meine es vollkommen aufrichtig und ehrlich, so lange aber bei diesen nicht Gleiches Statt findet, so lange sie uns Fallen legen, wären es auch nur Eitelkeits-Fallen, so lange sind die Schwächlinge stark und Deutschland mit ihnen schwach. Wie es mit meiner Badereise wird, weiß ich nicht, noch sehe ich keine Möglichkeit.

Den 3ten August will der König in Königsberg sein.

Meine Frau trägt mir Grüße an Sie auf.

Behalten Sie uns lieb, wie ich mit vollkommenster Treue und Liebe verharre Ihr

ganz ergebener

B. 21/6. 51. Manteuffel.

5.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich zunächst meinen Dank zu sagen für mehre briefliche Mittheilungen**), welche ich mit hohem Interesse gelesen und (denen ich)***) meine volle Berücksichtigung zugewendet habe. 1851 11. 7.

*) Benutzt in Gedanken und Erinnerungen I, 130, 137.

**) Vom 29. Juni, 5. Juli, Preußen im Bundestage IV, No. 6—7 S. 13 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1851 11. 7. Ueberdieß möchte ich mit Ihnen, geehrter Freund, noch eine recht lange und ausführliche Unterhaltung pflegen, indeß darauf muß ich bei dem geringen Maaß meiner heute so vielfach in Anspruch genommenen Zeit verzichten. Ich beschränke mich daher auf wenige Notizen, wegen deren Lapidar-Stil ich im Voraus um Verzeihung bitte.

1. Herr v. Rochow hat seine Abberufung von Frankfurt beantragt, ich habe dem König davon gesagt, und dieser (hat)*) Ihre Ernennung genehmigt. Der Bericht wird nun morgen abgehen und die Vollziehung der Bestallung wohl demnächst erfolgen und Ihnen hierauf zugehen. Es versteht sich dabei von selbst, daß man Herrn v. Rochow nicht brusquement wegschicken kann; ich beabsichtige ihm daher heute noch einige Worte darüber zu schreiben und glaube Ihres Einverständnisses gewiß zu sein, wenn ich in dieser Sache mit aller Rücksicht auf Herrn v. Rochows Wünsche verfahre, da ich es in der That nur Dank wissen kann, daß er die schwierige und undankbare Mission angenommen hat, im Gegensatze zu manchen anderen Leuten, die immer mit der Kritik bei der Hand sind, wenn es aber auf das Handeln ankommt, sich zurückziehen. Daß ich Sie damit nicht meine, brauche ich nicht zu versichern, denn Sie sind ja auch mit auf die Bresche getreten und werden sie, so denke ich, auch allein vertheidigen.

2. Was unsere innern Verhältnisse, namentlich die ständischen Dinge betrifft, so würde die Sache ganz leidlich gehen, wenn man darin mit etwas mehr Maaß und Geschick verführe. Westphalen ist in der Sache vortrefflich, ich schätze ihn sehr hoch und wir sind im Wesentlichen einverstanden; die Feder von Klützow**) scheint mir indeß keine recht glückliche zu sein, und es sind in der Form wohl manche nicht nothwendige Verstöße

*) Ergänzung des Herausgebers.

**) Director im Ministerium des Innern.

vorgekommen. Weit ſchlimmer aber noch iſt die Attitude welche 1851
dabei die Kreuz-Zeitung einnimmt. Nicht allein triumphirt ſie 11. 7.
in ungeſchickter und aufregender Weiſe, ſondern ſie will auch zu Extremen drängen, die ihr wahrſcheinlich ſelbſt nicht behagen würden. Wenn es z. B. möglich wäre und gelänge den vereinigten Landtag mit allen ſeinen Conſequenzen pure wieder herzuſtellen, — und weiter könnte man doch nicht gehen — was wäre damit wohl gewonnen? Ich finde die Poſition der Regierung viel günſtiger, wenn ſie, bis eine gründliche organiſche Umgeſtaltung als nothwendig ſich ergeben hat, die Sache gewiſſer Maaßen in der Schwebe hält. Ich hoffe und wünſche, daß man dann auch von den Provinzial-Ständen los etwa auf Communal-Stände nach alten hiſtoriſchen Begrenzungen, die auch in der Rhein-Provinz noch nicht verwiſcht und in allen alten Provinzen noch ſehr erkennbar ſind, zurückkommen und aus dieſen die Landes-Vertretung hervorgehen laſſen wird. Das ſind aber Dinge, die man nicht im Sprunge erreichen kann, wenigſtens nicht ohne große Stöße, die man doch zu vermeiden Anlaß hat. Die †Zeitung hat mir nun förmlich Fehde ankündigen und als Preis und Zeichen der Submiſſion die Entlaſſung des pp. Quehl fordern laſſen, ohne zu bedenken, daß ſelbſt wenn ich einen fleißigen und aufopfernden Menſchen Preis geben wollte, was nicht meine Abſicht iſt, ich es unter ſolchen Verhältniſſen gar nicht könnte.

Ich bitte, daß Ew. Hochwohlgeboren mir bald einmal recht offen Ihre Anſicht über Rudloff ſchreiben. Ich halte ihn für einen fleißigen, ehrlichen, braven Mann, aber er hat eine gewiſſe haſtige Thätigkeit, welche nicht nur ſtörend, ſondern auch ſchädlich werden und ſein Urtheil trüben kann. So habe ich nicht ohne Ueberraſchung in einem Bericht, der wahrſcheinlich aus ſeiner Feder gefloſſen iſt, erſehen, daß er gegen die Cölner Zeitung, über welche ich ſeinen Zorn theile, angerathen hat, das Geſetz von 1849 anzuwenden, welches doch längſt

1851 11. 7. antiquirt ist. Als Diplomat scheint er mir, schon seiner aufgeregten Stimmung wegen, wenig geeignet, aber als Arbeiter ist er gewiß zu brauchen.

3. Sehr wünschenswerth würde es mir erscheinen, wenn Ew. Hochwohlgeboren vor Ihrem eigentlichen Eintritt ins Amt noch einmal hierher kommen könnten. Ich bitte sich die Möglichkeit gemeinschaftlich mit Herrn v. Rochow zu überlegen und mir Ihre Entschließung allenfalls durch den Telegraphen mitzutheilen. Es ist so vielerlei zu besprechen und gegenseitig auszutauschen, daß dies gewiß nützlich sein würde. Ich bemerke indeß in dieser Beziehung, daß ich wahrscheinlich am 16. auf einige Tage aufs Land gehe und daß der König am 25ten d. M., vielleicht auch schon einige Tage früher, nach Bromberg resp. Königsberg reist. Ich werde aber bestimmt zu der Zeit hier sein, wo Sie Sich ansagen*).

Gern schriebe ich noch über mehre Dinge, allein fortwährende Störungen lassen mich nicht dazu kommen und Sie werden froh sein meiner unleserlichen Buchstaben Ende erreicht zu haben.

Meine Frau, die mich zum Thee ruft, empfiehlt sich Ihnen.

Mit unveränderter Hochachtung und Freundschaft

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 11./7. 51. Manteuffel**).

---

*) Am 14. Juli sagte sich Bismarck telegraphisch bei Manteuffel an und wurde für den 15. zum König befohlen, s. das Billet des Königs an Manteuffel bei v. Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers Otto Freiherrn v. Manteuffel II, 5.

**) Bismarcks Antwort vom 12. Juli s. in Preußen im Bundesrathe IV, No. 8 S. 21 ff.

6.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das gefällige Schreiben vom 12. d. M.*), unter Vorbehalt die übrigen Punkte ſpäter zu beantworten, daß des Königs Majeſtät mir zwar geſagt haben, daß es Allerhöchſt Ihre Intention ſei, Sie in Frankfurt zu empfangen, daß aber durchaus Nichts dagegen zu erinnern ſein würde, wenn Sie und zwar bis Mainz entgegen kommen. 1851 15. 8.

Allerhöchſtdieſelben wollen Ihnen aber hierüber keine Vorſchrift machen, ſondern die Entſchließung Ihnen lediglich ſelbſt überlaſſen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenſter Diener

Berlin, den 15. Auguſt 1851. Manteuffel.

7.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin den 28ten Auguſt 1851.

Fern von der Heimath, bieten ſich für Sie, geehrteſter Freund, doch noch Anknüpfungspunkte dar, um uns nicht ganz fremd zu werden. In dieſer Beziehung habe ich mich ſehr gefreut, daß Sie Veranlaſſung hatten, mir zu ſchreiben**), 1851 28. 8.

*) S. Seite 10 Anm. **), doch fehlt bei Poſchinger der Paſſus, auf den ſich obiger Brief bezieht.

**) Von Bismarcks Brief an Unterſtaatsſecretär K. v. Manteuffel iſt ein Concept nicht vorhanden.

1851 28. 8. dagegen muß ich anderer Seits bedauern, daß ich Ihren mir ausgesprochenen Wünschen nicht überall nachkommen konnte. Die Stadtverordneten in Brandenburg hatten in derselben Sitzung den Bürgermeister Brandt und einen gewissen Spitta, der wenn ich nicht irre Kämmerer, jedenfalls aber Democrat ist, wieder gewählt.

Letzterer nahm die Wahl sofort an, ersterer besann sich aber noch eine Ewigkeit, weil er noch um 200 Thlr. Gehalt handelte; die Folge davon war, daß die Potsdamer Regierung, welche über Wahlen nach der alten Stadtordnung zu entscheiden hat, dem Spitta sagte, sie könne ihn nicht bestätigen, da die Einführung der Gemeindeordnung vor der Thüre sei; nachdem dieser Bescheid ergangen ist, besiegt endlich Brandt seine Bedenken, nimmt gleichfalls an und wundert sich nun, daß die Regierung ihm denselben Bescheid ertheilt, den Spitta erhalten hat. Bei dem besten Willen sehe ich nicht ein, wie hier zu helfen ist. Anderer Seits hat Brandt auch keine Veranlassung zu verzagen; wird der Gemeinderath in Brandenburg seiner Majorität nach conservativ, so ist seine Wiederwahl höchst wahrscheinlich, wird er democratisch, so bestätigen wir den gewählten Bürgermeister nicht und octroyiren Brandt. —

Was die bevorstehenden Landtage betrifft, so ist eine directe wenn schon vertrauliche Verhandlung des Ministerii mit einzelnen Abgeordneten nicht wohl ausführbar; die Sache würde nicht verschwiegen bleiben und sofort zu Spaltungen führen, wenn nicht Abgeordnete aus allen Provinzen und aus allen Ständen zu einer solchen Conferenz zugezogen würden, während fast jeder Einzelne anders behandelt sein will als selbst sein Sinnesgenosse. Dagegen hat Arnim-Criewen*) zum 3. Septbr. seiner Seits eine Zusammenkunft mehrerer Abge-

*) Karl Otto Friedrich v. Arnim-Criewen, Vorsitzender des kurmärkischen Provinziallandtags.

ordneten ausgeschrieben, und hier wird sich wohl Gelegenheit finden einzuwirken. Die meiste Sorge macht mir fast bei dieser ganzen Angelegenheit, daß die Leitung derselben sich in ungeschickten Händen befindet, sowohl Westphalen als Klützow sind keine politischen Köpfe, glauben das aber leider und sind eifersüchtig, daß der Ruhm ihnen nicht geschmälert werde; ob sich hierin nach der Rückkehr meines Bruders*) eine Aenderung zum besseren wird herbeiführen lassen, steht abzuwarten. Eben so sehr fürchte ich die Ungeschicklichkeit auf den Landtagen selbst; schon jetzt erheben einige unkluge Poltrons ein maaßloses Geschrei. Die ganze Sache ist darauf angelegt, daß sich die Kammern dem Gewichte des Ausspruches der Landtage beugen sollen; es ist daher erforderlich, daß die Landtage jedenfalls möglichst einmüthig sind und daß namentlich itio in partes vermieden werde. Viele Rittergutsbesitzer wollen aber mit einer Rechtsverwahrung anfangen; hierdurch wird sofort der Streit in die Versammlungen getragen, und jedes übereinstimmende Gutachten des Landtags abgeschnitten. Hierzu tritt die Erwägung, daß der Landtag gar nicht die Stelle ist, wo ein Protest anzubringen ist; das gute Recht der Rittergutsbesitzer kann durch Anerkennung der Landtage nicht verstärkt, durch Verweigerung nicht geschwächt werden. Der König und das Staatsministerium sind die Instanzen, wo Rechtsverwahrungen einzulegen sind. Ich betrachte die jetzigen Maaßnahmen als einen Versuch, durch die Reform zur Vernunft und zum Recht zurückzukehren; gelingt dieser Versuch nicht, bleibt immer noch Zeit, durch die Negation der Begründung der jetzigen Zustände dies zu erreichen. Solche Schritte werden aber besser einem muthigen Ministerio überlassen; jedenfalls haben die Rittergutsbesitzer auch dieses Mal leider Gottes nicht bewiesen, daß sie die Leute sind, solche entscheidende Schritte durchzusetzen 1851 28. 8.

*) Des Ministerpräsidenten.

1851 28. 8. oder nur zu unterstützen; die Theilnahme an den Wahlen ist eine höchst geringfügige gewesen und die Bedenken ob des Verfassungseides stecken schon im constitutionellen Geiste von Personen, denen ich dies nimmermehr zugetraut hätte. Gott bessere es; von ganzem Herzen

Ihr
aufrichtiger Freund
Manteuffel.

8.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 25. 9. erwiedre ich auf das gefällige Schreiben*) bezüglich des Austritts unserer Ostsee-Provinzen aus dem Deutschen Bunde, daß Sie darüber eine amtliche vertrauliche Eröffnung mit nächster Post erhalten werden, daß ich aber, wie ich vorläufig und außeramtlich bemerke, sowohl mit dem von Ihnen bisher befolgten, sowie mit dem für die Zukunft vorgezeichneten Verfahren vollkommen einverstanden bin. Es haben, wie Sie aus dem zu erwartenden Schreiben ersehen werden, die Ansichten Seiner Majestät über diesen Punkt mehrfach geschwankt, was nicht ohne Einfluß auf die ganze Behandlung geblieben ist. In neuester Zeit haben Insinuationen von Sachsen her (durch Prinz Johann, welcher ein langes Memoire des Herrn v. Beust eingesandt hat) Allerhöchsten Orts Eindruck gemacht, indem man unser Verlangen als ein auf Schwächung Deutschlands, und den Widerstand dagegen als ein Widerstreben gegen diese Schwächung dargestellt hat. Dies hat soviel gewirkt, daß

*) Vom 28. September 1851, Preußen im Bundestag I, No. 11 S. 18 f.

Se. Majeſtät ſich bereit erklärt hat, wenn es von vielen Seiten gewünſcht wird, mit den betreffenden Provinzen wieder einzutreten. Meine Gegenbemerkung, daß die Sächſiſchen Bedenken weſentlich auf der unbehaglichen Stimmung beruhten, welche eine nur mit Oeſterreich getheilte exceptionelle Stellung Preußens hervorbringe, fand wenig Eingang, und hatte nur den Erfolg, die Sache recht ſchroff und vornehm zu nehmen. 1851 25. 9.

Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren unter Bezugnahme auf dieſe Andeutungen die Sache ſehr vorſichtig im Immediatberichte zu behandeln, wo möglich nur das fait accompli und auch dieſes nicht als etwas mühſam erſtrebtes zu melden. Auf das fait accompli kommt es mir in der That auch nur an; ich halte es für recht wichtig und möchte es mit möglichſt wenig Geräuſch erreicht ſehen. Geht die Sache aber nicht, wie Sie hoffen, ganz glatt, dann bitte ich entſchieden und ernſt das Rauhe herauszukehren und wie Sie ſelbſt es vorſchlagen, vielleicht nach vorgehender Rückſprache mit Graf Thun zu erklären, Preußen betrachte die Sache als abgemacht, und ich will erwarten, wer einer entgegengeſetzten Auffaſſung Folge zu geben wagen wird.

Es ſteht übrigens zu erwarten, daß die Preußiſchen Provinzialſtände ſelbſt den Antrag, aus dem Deutſchen Bund auszuſcheiden, hierher werden gelangen laſſen.

Von Oeſterreich haben wir eine an Herrn v. Prokeſch gerichtete Note, worin wir, wenn auch in ſchonendſter Form, mit der Verfaſſung zu brechen aufgefordert werden, erhalten. Es iſt dies eine Impertinenz, auf welche ich in gleicher Weiſe dienen werde. Der König dagegen ſchwebt in großer Angſt vor den Kammern, namentlich mit Rückſicht auf das verhängnißvolle Jahr 1852, von dem er ſich déluge général verſprechen zu müſſen glaubt. Ich habe ihm geſtern ſehr ernſt meine Meinung dahin geſagt, daß ich zunächſt das Jahr 1852 gar nicht als ein Jahr großer Umſtürze fürchtete, daß aber, ſelbſt wenn Eruptionen erfolgen ſollten, wir dieſen unter der

1851 25. 9. Voraussetzung gewachsen sein würden, daß er fest bleibe, nichts aber würde ich für schädlicher halten, als wenn jetzt gerade den Kammern gegenüber Schwäche und Nachgiebigkeit gezeigt würde; ich riethe durchaus nicht die Verfassung zu vernichten oder zu verletzen, wohl aber das ganz verfassungsmäßige Mittel der Kammerauflösung anzuwenden, und zwar, wenn über die Frage ob Zweifel entstünden, mit Rücksicht auf das Jahr 1852 lieber zu schnell als zu spät, denn die Verfassung und das constitutionelle Prinzip wären vielmehr geneigt, durch Nachgiebigkeit zu schwächen und herabzuwürdigen, als sie dem Gouvernement Kraft zu geben vermöchten, und mit keiner Constitution würde man eine demokratische Bewegung zu beschwören im Stande sein.

Große Besorgniß macht dem König auch das ihm von Gerlach mitgetheilte Programm der von der Parthei Bethmann-Hollweg zu gründenden Zeitung*) und einzuschlagenden Bahn. Er behauptet, das Ministerium werde sich nicht halten können, die Conservativen würden sich mit den Constitutionellen verbinden und niemand für das Ministerium sein. Ich halte dies nicht für wahrscheinlich, aber selbst wenn dies der Fall wäre, und der König nur fest bleibt, fürchte ich mich gar nicht. Graf G(oltz), der offenbar der Verfasser jenes Ew. Hochwohlgeboren ohne Zweifel bekannten Programms ist, hat nicht Kraft genug den Preußischen Staat umzuwerfen, wenn er es auch noch so bös damit meint.

In der dänischen Sache erhalten Ew. Hochwohlgeboren heute ein weiteres Schreiben von mir. Ich wünschte sehr, sie bald beendigt zu sehen, bezweifle aber, daß der Herzog von Augustenburg auf irgend etwas eingeht**).

B. 25./9. 51. Manteuffel.

---

*) Das Preußische Wochenblatt.

**) Bismarcks Antwort vom 29. September 1851 s. Preußen im Bundestage IV, No. 12 S. 38 f.

9.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

Frau Gemahlin hat meiner Frau die Freude gemacht ſie zu 1851
beſuchen und ſich erboten, einen Brief an Ew. Hochwohlgeboren 4. 10.
mitzunehmen; ich eile daher, Ihnen zwei Worte zu ſchreiben, um ſie mit dieſer beſten und ſicherſten Gelegenheit an Sie gelangen zu laſſen.

In der Anlage erlaube ich mir Ihnen zunächſt einen ziemlich merkwürdigen Erlaß von Fürſt Schw(arzenberg) den mir Prokeſch vorgeleſen abſchriftlich zu ſenden. Graf Schlieffen*) hatte eine ſackgrobe Depeſche an Graf Arnim**) als Erwiderung aufgeſetzt, worin er ſagt, wir nähmen den uns ertheilten guten Rath ſehr übel, weil wir ihn nicht verlangt hätten, überhaupt unſern eignen Weg kännten und gingen und ſehr wohl wüßten, daß die Oeſterreichiſchen Staats-Männer bei den wichtigen und ſchwierigen Aufgaben, die ihnen durch die ungeordneten Zuſtände in ihrem eignen Lande geſtellt würden, am wenigſten Zeit und Gelegenheit hätten, über unſere Verhältniſſe nachzudenken und Rathſchläge zu ertheilen. Ich habe indeß, obwohl in mancher Beziehung einverſtanden, doch dieſe Depeſche nicht abgehen laſſen, vielmehr vorgezogen, privatim an Arnim zu ſchreiben und ihm meinen Standpunkt zu bezeichnen. Die Gründe, welche mich beſtimmen, werden Ew. Hochwohlgeboren ſich ſelbſt ſagen, zumal mir überdies in dieſem Augenblicke die Zeit fehlt, ſie zu Papier zu bringen; ſie beruhen im Weſentlichen darin, daß ich es für wichtig halte, gerade im gegen-

*) Graf Albert v. Schlieffen, Decernent für die deutſchen Angelegenheiten im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten.

**) Graf Heinrich v. Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, preußiſcher Geſandter in Wien.

1851 4. 10. wärtigen Moment jede Herausforderung an Oesterreich zu vermeiden und ich eine ganz besondere Abneigung habe, bloß mit scharfen Worten zu kämpfen.

Von großem Interesse würde es indeß für mich sein zu wissen, ob etwa ähnliche Anmahnungen auch an andere Staaten ergangen sind, und in welcher Weise man sie aufgenommen hat. So eben erhalte ich Ihre telegraphische Depesche wegen des Austritts unserer Provinzen*).

Graf Westmoreland**), der von Hannover kommend gestern bei mir war, sagt mir, daß der alte König***) in der unglücklichsten Stimmung und körperlich recht leidend ist.

Gern schriebe ich mehr, aber meine Frau will soeben den Brief zu Ihrer Frau Gemahlin bringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 4/10. 51. Manteuffel †).

Anlage.

Fürst Schwarzenberg an Freiherr v. Prokesch-Osten.

Wien, den 20. Septbr. 1851.

Hochwohlgeborner Freiherr.

1851 20. 9. Die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs von Preußen in Ischl hat dem Kaiser, unserem allergnädigsten Herrn, die erfreulichste Gelegenheit dargeboten, sich persönlich von dem

*) Der preußische Antrag war am 3. October einstimmig angenommen worden.

**) John Fane Graf v. Westmorland, englischer Botschafter am Wiener Hofe.

***) Ernst August.

†) Bismarcks Antwort vom 9. October 1851 s. Preußen im Bundestag IV, No. 16 S. 45 ff.

Eindruck zu überzeugen, welchen die kurz zuvor erlaſſenen 1851
Kaiſerlichen Handſchreiben über die Regierungsform in Oeſter- 20. 9.
reich auf den erhabenen Bundesgenoſſen Sr. Majeſtät hervor-
gebracht haben. Der König und ſein erſter Miniſter haben
mit den freundſchaftlichſten Glückwünſchen dieſes Ereigniß be-
gleitet, durch welches dem Kaiſerreiche die Bedingungen ſeiner
Feſtigkeit und Wohlfahrt zurückgegeben worden ſind.

Einen Theil dieſes Beifalls dürfen wir wohl, ohne uns zu täuſchen, dem Gedanken zuſchreiben, daß mit der monarchiſchen Grundlage der Verfaſſung Oeſterreichs auch für das Preußiſche Königthum ein unentbehrlicher Stützpunkt wiedergewonnen iſt, und wir gründen darauf die Hoffnung, daß Preußen in jenen Kaiſerlichen Entſchließungen einen neuen Beweggrund der engſten Verbindung mit Oeſterreich erkennen werde.

Preußens König und die Staatsmänner, die ihm zur Seite ſtehen, haben auf der Bahn zur Wiederbefeſtigung der Regierungsgewalt in Preußen, und dadurch auch im übrigen Deutſchland, bereits ſo viele muthvolle und entſcheidende Schritte gethan, daß wir nicht beſorgen, bei dem Berliner Cabinete einer tiefer gehenden Verſchiedenheit der Ueberzeugungen zu begegnen, ſo oft es ſich um die grundſätzliche Einwirkung beider Mächte auf den Gang der Dinge in Deutſchland handelt.

Auch viele andere deutſche Regierungen geben uns ihre Genugthuung, ihre Freude über die Erhaltung der vollen Staatsgewalt in den Händen des Kaiſers unverhohlen zu erkennen. In der Beſeitigung des ſogenannten Repräſentativſyſtems in Oeſterreich erblicken ſie einen weſentlichen Schritt zur Conſolidation der politiſchen Zuſtände auch außerhalb des Kaiſerſtaates und verläugnen nicht den Wunſch, für ihre eignen, vielfach noch ſo ſchwankenden Verhältniſſe Vortheil davon zu ziehen. Sie ſagen uns aber auch zugleich, daß ſie die Kraft zu entſchiedenem Auftreten in ihrem Bereiche nur aus dem

1851 20. 9. gleichmäßigen, wenn auch in der Form verſchiedenen Beiſpiele der deutſchen Großmächte zu ſchöpfen vermögen.

Mit deſto größerer Begierde erfaßt dagegen die Umſturzpartei die Hoffnung eines grundſätzlichen Gegenſatzes zwiſchen Oeſterreich und Preußen, die ſie an die gegenwärtige Conjunctur wieder anknüpfen zu können wähnt. Dieſe Partei würde ſich mit dem, was ſie die Rückkehr zum Abſolutismus in Oeſterreich zu nennen beliebt, bis auf weiteres ſo zu ſagen ausſöhnen, wenn ſie dafür Preußen in das Netz ihrer Trugſchlüſſe verſtricken, es um ſeine wahre innere Lebenskraft betrügen, mit den Forderungen ſeiner politiſchen Stellung in Widerſpruch bringen und zuletzt an den Abgrund der Revolution gegen ſeinen Willen hinreißen könnte.

Ohne Zweifel hat man aber auch in Berlin erkannt, wie viel der gegenwärtige Augenblick für die Stärkung der Monarchie in Europa und für die innere Kräftigung der Bande, welche die beiden deutſchen Mächte zuſammenhalten, ſomit überhaupt für die Wiederkehr beſſerer Zeiten werth iſt; hoffen wir, daß es auch in Preußen der Wille des Königs ſeyn wird, welcher zum Heile Aller die Richtung der Politik beſtimmen wird.

Preußen hat uns, ſeitdem das gewohnte enge Bündniß ſo glücklich wieder hergeſtellt und befeſtigt worden iſt, wahrlich keine Veranlaſſung zu einer Anſprache in dieſem Sinne gegeben. Um ſo lieber tauſchen wir aber mit dem Preußiſchen Hofe die Betrachtungen aus, die in der gegebenen Lage der Dinge natürlich ſind. Theilen daher Ew. Excellenz dieſe Depeſche dem Herrn Fhrn. von Manteuffel mit.

Empfangen pp.

F. Schwarzenberg.

Sr. des Herrn Fhrn. von Prokeſch Exc.

Berlin.

10.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf Ihr letztes, ſo eben erhaltenes Schreiben*), daß heute früh Herr von Steinberg, Hannoverſcher Geſchäftsführer, bei mir war und mir einen Bericht des Herrn Klenze**) an Herrn von Münchhauſen***) vorlegte, wonach ich ihm mündlich zugeſagt habe, das Hannoverſche Miniſterium in der Verfaſſungs-Frage zu unterſtützen; an Erfüllung dieſes Verſprechens wollte man mahnen. 1851 6. 10.

Ich habe darauf Herrn v. Steinberg geſagt, er möge antworten, ich hätte jede Erklärung hierüber abgelehnt, denn mit Herrn Klenze hätte ich derartige politiſche Abreden weder treffen wollen noch können, da er dazu durchaus nicht der geeignete Mann ſei; überdies ſei die Sache ganz rechtlicher Natur und würde von unſerer Seite zwar mit wohlwollendſter Rückſicht für Hannover, aber doch nur nach rechtlich-politiſchen Rückſichten behandelt werden. Ich halte übrigens dafür, daß der Abſchluß des Vertrags†) ſo feſtſteht, daß ſelbſt durch einen Conflict mit Hannover er nicht gefährdet ſein würde. Immerhin bin ich der Meinung, daß man einen ſolchen zu vermeiden hat, ein-

---

*) Vom 4. October 1851, Preußen im Bundestag IV, No. 14 S. 40 ff.

**) Hannov. Generalſteuerdirector.

***) Hannov. Miniſter des Kgl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

†) Vom 7. September, durch den ſich Hannover verpflichtete, mit den dem preußiſch-hannoverſchen Handelsvertrag beitretenden Steuervereinsſtaaten am 1. Januar 1854 in einen gemeinſchaftlichen Zollverband mit Preußen und den alsdann mit dieſem im Zollverband ſtehenden Staaten zu treten; vgl. W. Weber, Der deutſche Zollverein S. 294.

1851 6. 10. mal weil bei den weiteren Verhandlungen uns noch manche Schwierigkeiten gemacht werden können, die man beſſer vermeidet, ſodann aber, damit Hannover nicht das Gefühl gegeben werde, es ſtehe unter dem Schutze von Oeſterreich beſſer als unter dem unſrigen. Ew. Hochwohlgeboren wollen hiernach auch in Ihren Aeußerungen gegenüber Herrn von Schele*) recht freundlich ſein, aber durchblicken laſſen, daß ich mich einiger Maaßen über die Einmiſchung von Herrn Klenze in dieſe ihm ganz fremde Angelegenheit verwundert habe.

Von Kopenhagen habe ich geſtern Abend ſehr ungünſtige Nachrichten erhalten; das Miniſterium befindet ſich in gänzlicher Auflöſung, und es gewinnt den Anſchein, als werde die eiderdäniſch-demokratiſche Partei ſiegen. Letzteres iſt indeß noch keineswegs conſtatirt. Budberg**) ſagt mir, er ſei ganz einverſtanden, daß die bisherige Halbheit endlich ihr Ende finde, und er halte es für ganz unmöglich, daß namentlich jetzt, wo die Erbfolge-Angelegenheit ihrer Erledigung entgegengehe, ein demokratiſches Miniſterium gegen ganz Europa ſich halten werde. Ich bedaure beſonders, daß vorausſichtlich die Regelung der Schleswigſchen Verhältniſſe hierdurch hinausgeſchoben und ſomit die Occupation verlängert wird. Was die Diner-Frage***) betrifft, ſo iſt die Trauer†) kein Grund damit Anſtand zu nehmen, wenigſtens werde ich ein diplomatiſches Diner geben.

Meinen letzten flüchtigen Brief werden Ew. Hochwohlgeboren durch Ihre Frau Gemahlin, für welche meine Frau wahrhaft ſchwärmt, erhalten haben.

Morgen Nachmittag gehe ich mit dem König auf einen Tag zur Jagd nach der Schorf-Haide.

---

*) Hannov. Bundestagsgeſandter.

**) Ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

***) Zu Ehren des Geburtstags des Königs, 15. October.

†) Um den am 28. September 1851 geſtorbenen Prinzen Wilhelm, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.

Mit wahrer Hochachtung und dankbarer Anhänglichkeit 1851
Ew. Hochwohlgeboren 6. 10.
ganz ergebener Diener und Freund
B. 6/10. 51. Manteuffel*).

11.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Unter den mannigfaltigen sehr willkommenen Mittheilungen in Ew. Hochwohlgeboren gefälligem Privatschreiben vom 9. d. M.**) glaube ich auf dasjenige, was Herrn Klenze und die von ihm geäußerten Ansichten über die Hannoverschen Angelegenheiten betrifft, speciell eingehen zu sollen. 1851 13. 10.

Schon bei seiner hiesigen Anwesenheit hat Herr Generaldirector Klenze die Meinung ausgesprochen, daß durch den Abschluß des Vertrags vom 7. Septbr. Preußen in die Lage gekommen sey, das derzeitige Hannoversche Ministerium bei seinen Discussionen mit den Provinzialständen unterstützen zu müssen. Er stellte in vertraulichen Unterredungen die Sätze auf, daß das jetzige Ministerium Münchhausen das einzige sey, welches den Vertrag bei den jetzigen Kammern durchzubringen vermöge, und daß diesem Ministerio auch der Beistand der Kammern in ihrer jetzigen Zusammensetzung dabei ganz unentbehrlich bleibe; weil namentlich die Ritterschaften der alten Provinzial-Stände dem Vertrage feindlich seyn würden. Diese Auffassung ist aber rein individuell, und wenn sie auch anderen Personen als Herrn Klenze angehört, so sind ihr doch die gegründetsten Zweifel entgegenzustellen. Abgesehen von dem Gewichte, welches die offenkundigen finanziellen und commerziellen Vortheile des Vertrages

*) Bismarcks Antwort vom 12. October 1851 s. Preußen im Bundestage I, No. 17 S. 31 f.

**) Preußen im Bundestage IV, No. 16 S. 45 ff.

1851 bei allen urtheilsfähigen Hannoveranern haben müſſen, werden
13. 10. auch die Ritterſchaften der Hannoverſchen Landſchaften und die alten Provinzial-Stände überhaupt aus politiſchen Motiven in dem Vertrage vom 7. September mit dem conſervativen Preußen eine weſentliche Bürgſchaft für ihre eigne Zukunft erkennen.

Die perſönliche Meinung des Königs von Hannover und die des Kronprinzen iſt außerdem für die Aufrechterhaltung des Vertrages, und es läßt ſich wohl annehmen, daß ein jedes Miniſterium dieſer Meinung gerecht zu werden trachten wird. Endlich aber ſcheint in der That das jetzige Miniſterium Münchhauſen durch die Beſchwerde der alten Landſtände und die Verhandlung des Bundestages ſich nicht für bedroht zu achten. Nach glaubwürdigen Nachrichten iſt ſelbſt von einer Miniſter-Veränderung nicht die Rede geweſen, und Graf Noſtitz*) hegt keine Befürchtung irgend einer Art für den Vertrag, noch ſelbſt für das Verbleiben des Herrn von Münchhauſen in ſeiner jetzigen Stellung, ſofern nur der Bundestag in ſeinen Beſchlüſſen der Hannoverſchen Regierung gegenüber in milden ſchonenden Formen auftritt. Sonach wird Ew. Hochwohlgeboren Hauptaufgabe in dieſer Angelegenheit dahin gehen, den Verhandlungen des Bundestags einen Character zu erhalten, welcher der Hannoverſchen Regierung einen Ausweg aus der Verwickelung mit den alten Landſtänden bietet, und den von ihr zu ergreifenden Maßregeln den Anſchein freiwilliger Entſchließungen gewährt. Ein Mehreres dürfte unſererſeits nicht erforderlich ſeyn, um die immer peinliche Wahl zwiſchen Unterſtützung eines politiſch unſichern Miniſterii und Gefährdung des Vertrags vom 7. September zu vermeiden.

Berlin, den 13. October 1851. Manteuffel**).

---

*) Außerordentlicher preußiſcher Geſandter am Hofe von Hannover.

**) Eine Antwort Bismarcks auf dieſen Brief Manteuffels iſt noch nicht bekannt geworden.

12.

General v. Rochow an Bismarck.

S. Petersburg, den 1. November 1851.

Sehr geehrter Herr und Freund!

Mit vielem Danke habe ich Ihr geiſtreiches, höchſt inter- 1851
eſſantes und ausführliches Schreiben vom 18.—21. v. M.*) er- 1. 11.
halten und vermag Ihnen nicht zu ſchildern, welche große Freude mir daſſelbe bereitet. Es war mir in der That ein großer Genuß, von Ihnen und Ihrer Wirkſamkeit zu hören, ich ſehe aber leider, daß noch gar Manches beim Alten iſt, und wenn Sie unverdroſſener Kämpe friſche Kraft an die Stelle eines alten verdorrten Stammes geſetzt haben, ſo werden Sie doch immer mehr inne werden, daß die lederne Tretmühle in der Eſchenheimer Gaſſe ſchwer in Bewegung zu ſetzen iſt. Zwiſchen Wien und Berlin iſt man viel übereinſtimmender, als es in Frankfurt die Repräſentanten der beiden Großmächte je ſein werden, weil dort auf das Präſidium ſo untergeordnete Kräfte influenciren. Es ſind hauptſächlich die ſubalternen Einflüſſe, welche die Verhandlungen der Sachverſtändigen dominiren. Fürſt Schwarzenberg wird auch wohl durch Hetzereien aufgeſtachelt, beſinnt ſich jedoch wieder und es würde mit Oeſtreich ganz gut gehen, wenn nicht ein Prokeſch-Oſten in Berlin wäre und ein Herr v. Beuſt nicht dazwiſchen hiebe. Der hat auch in Bezug auf den Hannover-Vertrag ein faules Ei dazwiſchen gelegt. Weder Sachſen noch Bayern können den Zollverein entbehren. Es kommt aber auch auf ihn gar nicht an, aber beide ſtachelt die Luſt und das Bedürfniß, ſich politiſch geltend zu machen, beſonders möchte der ſuperkluge Herr v. Beuſt, dem der ſächſiſche Rock zu eng iſt, gern die Rolle des Ver-

*) Concept nicht vorhanden.

1851 1. 11. mittlers zwiſchen Preußen-Oeſtreich, die willkürlich gegen einander aufgebracht werden, ſpielen. Solche politiſche Wichtigkeit, ſolche Hetzereien ſind unbequem, aber ſie führen in gewöhnlicher Zeit zu keinem großen Uebel, doch könnten ſie bei Gelegenheit einer nicht ausbleibenden Kriſis gefährlich werden.

Wäre ich in Frankfurt und beſäße ſoviel Geiſt wie Sie, ich würde mit dem Grafen Thun einmal ganz unumwunden über alle dgl. Hinderniſſe reden.

Der Herr Miniſter Manteuffel hat mir eine ſehr gute Auseinanderſetzung über den Hannover-Vertrag geſchickt. In Oeſtreich iſt der neue Tarif noch nicht publicirt. Die dortige Regierung wird Mühe haben, ihn im eignen Lande durchzuführen; der Zollverein kann ſeine Sätze nicht erhöhen, um ſich Oeſtreich anzuſchließen, alſo iſt an eine Vereinigung, die allen recht ſein kann, noch gar nicht zu denken. Miniſter Bruck, der die jetzige handelspolitiſche Richtung Oeſtreichs aufgeſtellt, war ein Phantaſt und Hock*) iſt nichts Beſſeres — ohne poſitive Kenntniſſe.

Sie wundern ſich über die geringen Gaben von Münch**)? Er hat nicht viel, iſt aber nicht ſo beſchränkt wie ängſtlich und kleinlich. Staatsmänner mit freiem Blicke dürfen Sie in den Herren des Bundes nicht ſuchen.

Bülow***), Oertzen†) und Schele ſind die geſcheuteſten. Erſterer iſt der fähigſte Ihrer Collegen, die beiden andern haben nur einen umzäunten Geſichtskreis und lokalen Maßſtab.

Ich las dem Grafen Neſſelrode††) den Ihre Negociation

*) Ritter v. Hock, öſterreichiſcher Miniſterialrath.

**) Freiherr v. Münch-Bellinghauſen, Großherzoglich Heſſiſcher Bundestagsgeſandter.

***) Däniſcher Kammerherr, Bundestagsgeſandter für Holſtein und Lauenburg.

†) v. Oertzen-Leppin, Bundestagsgeſandter für Mecklenburg.

††) Ruſſiſcher Staatskanzler.

mit Auguſtenburg*) betr. Paſſus Ihres Schreibens vor. Er hat ſehr über das „entweder hängen oder höflich ſein“ gelacht. 1851 1. 11.

Die Dänen haben uns durch ihr ſchlechtes Miniſterium einen guten Dienſt geleiſtet, in dem ſie uns Rußland zugeführt, welches über die demokratiſche Richtung des Copenhagener Cabinets entrüſtet iſt.

Danken Sie dem ehrlichen Rudloff für den mühevollen Auszug, der mir ſehr nützlich geweſen; grüßen Sie ihn und Wentzel**) beſtens und rufen Sie mich dem Andenken des lieben Kelchner***) zurück. Aber was muß der arme Mann laufen, um Ihre Villa auf halb Frankfurter, halb Naſſauer und halb churheſſiſchem Ende zu erreichen. Wie geht es dem Lion Lynar†) und macht Walderſee††) noch ſoviel Gedichte. Dem Grafen Thun und ſeiner ausgezeichneten Gemahlin viele Empfehlungen, auch Ihrem Nachbar Noſtitz†††) und Cowley §) ſowie Frau v. Brints §§) und Tochter.

Ob ich im Winter werde loskommen können, ſteht dahin, ich bin in Verzweiflung und halte das Einſiedler-Leben kaum mehr aus.

In Frankreich ſieht es ſehr übel aus, und man muß ſich beeilen, in Deutſchland Ordnung zu machen. Die Aufſtellung einer Ober-Polizei-Behörde iſt durchaus gebieteriſch. Wir dürfen uns nicht überraſchen laſſen.

---

*) Herzog Chriſtian Auguſt von Schleswig-Holſtein-Auguſtenburg.

**) Legationsrath bei der preußiſchen Bundestagsgeſandtſchaft.

***) Hofrath Kelchner war Vorſtand der preußiſchen Geſandtſchaftskanzlei.

†) Graf Ottokar v. Lynar, Attaché bei der preußiſchen Geſandtſchaft.

††) Preußiſcher Bevollmächtigter in der Militärcommiſſion des Bundestags.

†††) Freiherr v. Noſtitz und Jänckendorf, Kgl. Sächſiſcher Bundestagsgeſandter.

§) Lord Cowley, Großbritanniſcher Bundestagsgeſandter.

§§) Schweſter des Grafen Buol-Schauenſtein.

1851 1. 11. Wenn der Bundestag sich jetzt nicht Folgsamkeit verschafft, dann ist es um Deutschland geschehen.

Legen Sie mich unbekannter Weise der gnädigen Frau zu Füßen und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren

alten Verehrer und Freund

R(ochow).

13.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 3. 11. In Bezug auf das Königliche Handschreiben*) von gestern erlaube ich mir einige ganz vertrauliche Bemerkungen.

Die Verwendung für Einräumung einer eventuellen Succession an den Herzog von Augustenburg nach dem Aussterben der männlichen Descendenz des Prinzen Christian ist in Copenhagen und Petersburg eingelegt. Nach dem Bericht des Freiherrn ...**) geht das dänische Cabinet darauf nicht ein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Anerkennung des Prinzen Christian und seiner Descendenz mit der Prinzeß von Hessen eben dadurch ein practisches Verdienst hat, daß sie alle complicirte und strittige Fragen beseitigt. Dies Verdienst der Einfachheit ginge verloren, wenn eine Stipulation zu Gunsten der eventuellen Succession des Herzogs von Augustenburg und seines Bruders hinzugefügt würde. Die eventuellen Ansprüche der Geschwister der Prinzessin Christian und der übrigen Glieder der Glücksburger Linie müßten dann gleichzeitig regulirt werden, eine schwierige Aufgabe, deren Lösung unter Erhaltung des Integritätsprinzips der dänischen Monarchie kaum

*) Vgl. Preußen im Bundestag I, S. 43 Anm. 2, ebd. No. 28 Bismarcks Immediatbericht vom 13. November 1851.

**) Name unleserlich.

zu verbürgen ist. Letztres ist durch europäische politische Inter- 1851
essen geboten. Graf Nesselrode findet bei der Idee große 3. 11.
Schwierigkeit, wobei ihm diese Bedenken wohl vorschweben. Der Passus des Königl. Handschreibens ist besonders zu accentuiren, daß S. M. das Durchsetzen Ihrer Wünsche nicht verbürgen können. Nach den neusten Nachrichten ist das dänische Cabinet, namentlich Minister Bluhme bereitwillig auf die von Preußen, Oesterreich und Rußland geltend gemachten Wünsche eingegangen, so daß die allerdings vorhanden gewesene Verstimmung in Petersburg aufgehört haben dürfte. Endlich bitte ich Ew. Hochwohlgeboren den Passus, der Herzog möge die Abfindung ganz in die Hände Sr. Majestät legen, so zu verstehen, daß der Herzog sich dem Rath Seiner Majestät jedenfalls fügen wolle. Eine selbständige Geltendmachung der Ansprüche des Herzogs kann das Königliche Cabinet nicht übernehmen, auch nicht für das Resultat seiner Bemühungen einstehen, zumal es scheint, daß der Herzog die Erträge seiner Güter irrthümlich zu hoch anschlägt. Vielleicht erklärt sich die Differenz der Angaben dadurch, daß die dänische Regierung von dem Ertrage nach Abzug der Lasten, der Herzog von dem Brutto-Ertrage spricht.

B. 3. 11. 51. Manteuffel.

14.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich im engsten Vertrauen und unter Bitte um sichere 1851
Rücksendung ein Schreiben des Grafen Nostitz zu Ihrer ge- 3. 11.
fälligen Kenntnißnahme und Orienttirung. Es wird nicht nothwendig sein zu bezeichnen, welche Stellung Preußen gegenüber den beabsichtigten Machinationen einzunehmen hat, vielmehr

1851 wird es genügen, Ew. Hochwohlgeboren auf dieſen kritiſchen
3. 11. Punkt aufmerkſam zu machen, um Ihre volle Wachſamkeit in Anſpruch zu nehmen und um die Bitte zu rechtfertigen, mir von jeder Bewegung des Gegners in dieſer Richtung baldigſt Kenntniß zu geben.

Herrn Delbrück*) bitte ich im Allgemeinen von der Tendenz Kenntniß zu geben, um ihm in ſeinen Erklärungen äußerſte Vorſicht empfohlen ſein zu laſſen. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ew. Hochwohlgeboren und Ihre Frau Gemahlin auf.

Ich bin ganz Hallali, da ich eine Staats-Miniſterial-Berathung über Etats-Verhältniſſe die bis um 5¼ gedauert und mit allgemeiner Unzufriedenheit geendigt hat, im Magen habe; Bodelſchwingh iſt von einer mehr als Weſtphäliſchen Tenacität.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 3/11. 51. Manteuffel**).

(Abſchrift.) Anlage.

Graf Noſtitz an Otto v. Manteuffel.

Eurer Excellenz

erlaube ich mir ganz vertraulich mitzutheilen, daß Herr v. Steinberg während ſeines Aufenthalts in Dresden ein Schreiben an den Miniſter von Münchhauſen gerichtet hat, worin er ſagt, es ſei ihm vom Miniſter Beuſt der Auftrag geworden, Herrn von Münchhauſen eine Beſprechung über den An-

*) Geh. Regierungsrath Delbrück war zu den Verhandlungen des handelspolitiſchen Ausſchuſſes am Bundestag delegirt.

**) Bismarcks Antwort vom 7. November 1851 ſ. auszugsweiſe in Preußen im Bundestag I, No. 22 S. 38 f.

schluß an den Zollverein zu proponiren, welche er bei Gelegenheit seiner Durchreise durch Hannover zu haben wünschte. 1851 3. 11.
Die Herrn von Steinberg ertheilte Antwort lautet: „Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß die Königl. Regierung nicht gemeint sein kann, ohne Vorwissen der Königl. Preußischen Regierung Verabredungen zu treffen, welche den Bestimmungen des gedachten Tractats zuwider laufend eine Abänderung bezwecken.“ Ew. Excellenz wollen daraus entnehmen, mit welcher Gewissenhaftigkeit der Minister von Münchhausen den gegen uns eingegangenen Verpflichtungen zu genügen bemüht ist. Gedachtes Antwortschreiben hat zur Folge gehabt, daß Herr v. Beust nicht in Hanover gewesen ist, auch keine Besprechung gehabt hat. Es ist außer Zweifel, daß Intriguen aller Art gegen die Verwirklichung des Zollvereins mit Hannover im Gange sind und daß man sich alle Mühe giebt, den ganzen Zollverein zu einer Angelegenheit des Bundes zu machen. — Man betrachtet ihn nämlich nach den zu erfolgenden Kündigungen und der einseitigen Aufnahme des Steuer-Vereins als faktisch aufgelöst und will bei der neuen Organisation dem Bundestag eine einflußreiche Rolle zuwenden; zu diesem Zweck werden jetzt die Staaten des Zoll-Vereins bearbeitet und ist auch Oldenburg veranlaßt worden, mit seiner Erklärung noch zu warten, obgleich es sich früher sehr willfährig erklärte. Nachdem man sich hinlänglich überzeugt, daß keiner der Zollvereins-Staaten aus dem Bunde zurücktreten kann und, selbst wenn die Regierungen es wollten, die Opposition des Landes selbst es unmöglich machen würde, hat man, wie es scheint, den oben angedeuteten Schlachtplan entworfen, als letztes Mittel, um dem durch den Beitritt Hannovers so gesteigerten politischen Einfluß von Preußen entgegen zu wirken. —

Obgleich ich völlig überzeugt bin, daß unsere Stellvertreter in Frankfurt am sichersten beurtheilen werden, ob überhaupt

1851 3. 11. und auf welchen Wegen man gegen den Tractat vom 7. Septbr. intriguirt, ſo habe ich es doch für Pflicht erachtet, meine Wahrnehmungen mitzutheilen.

Im Allgemeinen iſt es mir ſehr lieb, wieder hier zu ſein, indem es mir ſchon gelungen, ſo manche nachtheilige Gerüchte zu widerlegen, und Wahrheiten Bahn zu brechen.

Mit dem Befinden Sr. Majeſtät des Königs*) geht es eigentlich nicht beſſer, indem die Kräfte nicht zunehmen. Vorgeſtern war ich des Abends von 9 bis 11 Uhr bei ihm und freute mich, ihn geiſtig ſtark und theilnehmend zu finden; ſeit dieſer Zeit iſt aber kein Fortſchritt wahrzunehmen, was zu großen Beſorgniſſen berechtigt, wenn auch nicht ſo ſchnell. Ueber die Verhältniſſe für den Fall des Todes habe ich unſerm gnädigſten Herrn einige Anſichten direct mitgetheilt, und hoffe, Höchſtderſelbe hat Ew. Excellenz davon Kenntniß gegeben.

Mit Ungeduld erwarte ich das endliche Eintreffen der hier von uns zu vertheilenden Orden, wovon ich bereits dem König Kenntniß gegeben.

Mit ausgezeichneter Hochſchätzung in treuer Anhänglichkeit ꝛc.

Noſtitz.

15.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, den 13ten Novbr. 1851.

Mein ſehr verehrter Freund.

1851 13. 11. Mit wahrer Freude habe ich ein Zeichen Ihrer Erinnerung in Ihrem letzten Briefe**) empfangen; auch es mir an-

*) Ernſt Auguſt von Hannover.

**) Concept nicht vorhanden.

gelegen sein lassen, zunächst Ihren Auftrag zu erledigen. Im allgemeinen fehlt es uns hier zwar sowohl an geschickten Agenten als wie an Gelde, um dieselben zu bezahlen; indessen hat mir Herr v. Hinckeldey*) doch versprochen, Ihnen einen zuverlässigen Mann dort nachzuweisen, und Herr von Westphalen, die Kosten, wenn sie nicht zu hoch sein sollten, auf den polizeilichen Dispositionsfonds zu übernehmen. Sollte nun jenes Subject brauchbar sein, so stelle ich anheim, bei meinem Bruder die Bewilligung der desfallsigen Summe, allenfalls unter Heranziehung des Fonds des Ministerii des Innern zu beantragen. Sollte dagegen die ganze Sache noch nicht in den Gang gebracht sein, so rathe ich dieselbe bei Ihrem Ministerio anzuregen, mir aber hiervon vertrauliche Mittheilung zu machen, damit ich nachhelfen kann. 1851 13. 11.

Die von Ihnen bemängelte Ernennung von Schellwitz trifft mich nicht direkt, sondern Bode, dagegen bin ich allerdings vorher befragt worden. Ich halte es für gut, daß Schellwitz aus dem Ministerio überhaupt herausgebracht ist, und da man ihn nicht füglich absetzen oder todtschlagen konnte, hielt ich es noch für das glimpflichste, ihn nach Schlesien zu schicken, da wir dieser Provinz vorzugsweise die revolutionären landwirthschaftlichen Gesetze verdanken, diese also sich nicht beklagen kann, wenn der Vater derselben sie jetzt practisch ausführt. Gegen jede andere Verwendung des p. Schellwitz habe ich mich auf das bestimmteste erklärt. Freund Oppermann ist für die in Merseburg zu errichtende landwirthschaftliche Abtheilung als Dirigent bestimmt; leider verzögert sich die Auflösung der Generalkommission zu Stendal, die vorhergehen muß, ungebührlich.

Ich freue mich auf Ihre Gegenwart bei den Kammersitzungen viel mehr als auf die letzteren selbst. Wir werden

*) Polizeipräsident von Berlin.

1851 18. 11. einen heißen Stand haben, was noch kein Unglück wäre, wenn ich hoffen könnte, daß die Kräfte vorhanden ſind, um der Sache gewachſen zu ſein. Gerade mein Chef*), der vorzugsweiſe angegriffen werden wird, iſt ſehr ſchwach, wenn ſchon bei vielem guten Willen. Herr von Klützow, ſein Factotum, iſt noch ſchwächer und aventurirt ſich politiſche Exceſſe zu begehen, wo ich dieſelben gar nicht für nöthig halte. Meines Erachtens iſt der conſtitutionelle Kern ſchon gänzlich im Abſterben, es iſt alſo nicht nöthig, ihm neuen Lebensſtoff durch extreme Schritte zuzuführen, oder gar ihn auf geſundere Grundlagen zurückzuleiten, um ihn zu erhalten. Ich habe in vielen Beziehungen eine unangenehme Stellung, die indeſſen nun einmal ertragen werden muß. Vorläufig arbeiten wir an jedem Tage mehrere verſchiedene Entwürfe zu Wahlgeſetzen für die 1te und 2te Kammer, zu Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen aus, und kommen leider über alle dieſe Arbeiten zu keinem Abſchluſſe. Alles dies werden Sie hier während der Kammerſitzung in der Nähe ſehen und erleben. Mein Bruder kann bei dem beſten Willen nicht Alles allein leiſten, und ich kann ebenſowenig meinen Chef entthronen. Dies ſind jedoch Secreta, denn Weſtphalen hat ſich hier innerhalb einer gewiſſen Partei ſehr zu accreditiren gewußt, und will man dort zur Zeit noch nicht glauben, daß es eigentlich ſehr ſchwach mit ihm ſteht.

Welche Haltung die Kammern einnehmen werden, darüber haben wir hier zur Zeit noch gar keine begründete Muthmaßungen. Jedenfalls werden Einzelne ſehr ſchimpfen, und ich bleibe unter allen Umſtänden

Ihr

aufrichtig ergebener Freund

Manteuffel.

---

*) Miniſter v. Weſtphalen.

16.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

empfehle ich den Ueberbringer dieſer Zeilen den Staats-Anwalt Meyer von hier, welcher über den Zweck ſeiner Sendung mündlich das Erforderliche vortragen wird. 1851 15. 11.

Uns iſt an Auslieferung der dort verhafteten Preußen viel gelegen, weil man durch ſie wohl endlich den notoriſch vorhandenen und ſehr weit gehenden Conſpirationen auf die Spur zu kommen hofft.

Die Frankfurter Behörden wird man quovis modo im guten Zuge zu erhalten ſich bemühen müſſen. Welche Mittel Sie dazu anwenden wollen, überlaſſe ich lediglich Ihrer Erwägung; Furcht, wenn ſie ſich ſäumig zeigen, eine auf den Umſturz Preußens in ihren Mauern gerichtete Verſchwörung energiſch zu verfolgen, Dank für das Geleiſtete, Verſprechen für künftig zu Leiſtendes, u. ſ. w. Zur Erſtattung etwa erforderlicher Geld-Auslagen erkläre ich mich im Voraus bereit. Es wäre zu wichtig, wenn man endlich einmal etwas Mehres als Andeutungen erlangen könnte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

Berlin, d. 15. Nov. 1851. Manteuffel.

17.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1851 23. 11. danke ich für die geneigte Mittheilung vom 19. d. M.*) verbindlichſt.

Ich bin nicht nur in der Flottenſache vollſtändig mit Ihnen einverſtanden, ſondern unterſchreibe auch den allgemeinen Theil Ihrer Betrachtungen.

Was die Flotte betrifft, ſo hat man da freilich mit den ſo ſchädlichen unbeſtimmten und unbewußten Deutſchthümlern zu thun, von welchen ich neulich in einem an den König gerichteten Erguß des Exkönigs Ludwig**) eine traurige Probe erlebt habe. Er hält die Auflöſung der Flotte für Verrath am Vaterlande u. ſ. w. Wollte man dieſem Volke von Schwärmern nachgehen, ſo würde man in 8 Tagen feſtſitzen. Den Prinzen von Preußen habe ich auf dieſen Standpunkt geſtellt und bei ihm ziemlichen Eingang gefunden.

Was die Verhältniſſe zu Oeſtreich im Allgemeinen betrifft, ſo habe ich ſchon vor Eingang Ew. Hochwohlgeboren Schreibens aus einer beſondern Angelegenheit Veranlaſſung genommen, an Fürſt Schwarzenberg direct zu ſchreiben; ich habe ihm geſagt, daß ich durchaus nicht glaubte, dieſes Machiniren gehe von ihm aus, aber ich ſei der Meinung, er könne es verhindern, und wenn er dann nicht bald einmal ein quos ego! ausſpreche, ſo werde mir der Athem ausgehen, das meinige zu rufen, es werde alſo dann von beiden Seiten gekämpft werden, und wie ich glaubte zum Nachtheil Oeſtreichs. Hierauf habe ich noch keine Antwort, Graf Arnim ſchreibt mir aber, der Fürſt ſei ſehr

*) Preußen im Bundestag IV, No. 20 S. 53 ff.; vgl. I, No. 29 S. 44.
**) Von Bayern.

verlegen geweſen. Sobald ich die Antwort habe, werde ich mich weiter expectoriren. 1851 23. 11.

Daß Ew. Hochwohlgeboren nicht mit Graf Thun Händel anfangen oder aufnehmen, billige ich ſehr. In den mir mitgetheilten Aeußerungen des Herrn v. Noſtitz*) mag etwas Wahres ſein, indeß darf man dabei nicht überſehen, daß gerade das conforme Auftreten der Großmächte den Mittelſtaaten fatal iſt.

So lange Deutſchland zweiköpfig iſt, wird man immer nur dann etwas erreichen, wenn wir einig ſind, und wir würden uns dabei zuletzt auch ganz leidlich ſtehen, wenn Oeſtreich nur nicht ein ſo wunderbarer Geſell wäre, bei dem ſich unmäßige Körper-Größe und ſogar Kraft mit häßlichen Krankheitsformen und daraus entſtehende momentane Schwäche und Ungeſchlachtheit, Conſervatismus und Radicalismus, wahre Vornehmheit mit Gemeinheit, Schlauheit mit Grobheit, Liſt mit Dummdreiſtigkeit vereinigt fänden. Eine Beſeitigung dieſer Uebelſtände erſcheint ebenſo wünſchenswerth als unmöglich, da ſie tief mit der innerſten Natur dieſes Staates verwachſen ſind. Da man nun Oeſtreich ebenſowenig ignoriren kann, ſo bleibt nichts weiter übrig, als entweder drauf zu ſchlagen oder ſich ſo gut es geht zu vertragen, ohne ſich von ihm etwas gefallen zu laſſen. Man muß alſo die Ueberlegenheit fühlen laſſen, unter Umſtänden auf die Finger ſchlagen, wenn es niemand ſieht, damit der Rieſe nur den Eindruck der ſchmerzlichen Empfindung, nicht aber die Wuth gekränkter Eitelkeit davon trägt. Ueberhaupt iſt das Bedenkliche an dem Verkehr mit Oeſtreich, daß daſſelbe da, wohin ſeine Kräfte reichen, unberechenbar iſt und bereit va banque zu ſpielen. Dies darf nicht abhalten, ihm, wo man es für unerläßlich und angemeſſen hält, entgegenzutreten, aber ernſt und rathſam eine gewiſſe Reſervation eintreten zu laſſen, wodurch man ſich nicht mehr vergiebt, als wenn ein beſonnener mäßig

*) Preußen im Bundestag IV, S. 55.

1851 28. 11. wohlhabender Mann eine Partie ablehnt, die ein großer Verſchwender ihm anbietet. Letzterer ärgert ſich darüber, daß der Andre den Gegenſtand ſeines Neides, die geſicherte Exiſtenz, nicht aufs Spiel ſetzen will; auf die Länge aber wird der Beſonnene doch beſſer abſchneiden und den Großartigen zuletzt unterſtützen müſſen. Den Moment wo dies geſchehen ſoll herbeizuführen, liegt aber nicht im Intereſſe des Einen oder des Andern. Obwohl ich mich durchaus nicht vor den Oeſtreichiſchen Intriguen verſchließe und daher nicht ihr Freund bin, ſehe ich den Moment, wo dies Reich einmal zuſammenbrechen möchte, doch mit großer Beſorgniß kommen; leider ſind meine Berichte aus Wien, offizielle und nicht offizielle, von der Art, daß in dieſer Beziehung die ernſteſten Bedenken mir aufſteigen. Wenn ein ſolcher Coloß zuſammenſtürzt, ſo kann niemand die Folgen davon berechnen, und ſie können für ganz Europa höchſt verhängnißvoll werden. Die Zuſtände ſind ſehr kritiſch; die Ruinen können, auch wenn wir nicht von unſerer Seite miniren und ſo den Sturz muthwillig auf unſer Haus lenken, doch daſſelbe beſchädigen. Namentlich wünſche ich ſehr, daß das Jahr 1852 erſt vorüber und in Frankreich irgend etwas Solides entſtanden ſei. Rochow ſchreibt mir, daß der Kaiſer*) im Ganzen mit dem Oeſtreichiſchen Gange einverſtanden ſei, Neſſelrode aber vieles mißbillige und beide den Schwarzenberg als einen unzuverläſſigen und wilden Politiker nicht achteten; er ſieht Conflicte mit Rußland unvermeidlich nahe. Ich halte dagegen Schwarzenberg für den einzigen Mann, der Oeſtreich noch zuſammen hält, bis es vielleicht ſpäter einmal der Kaiſer kann, und mir würde daher an ſeinem Sturze, ſelbſt wenn ich etwas dazu beitragen könnte, nichts liegen.

Den Bundestag halte ich nicht für die Form, aus Deutſchland etwas zu machen, wohl aber für das Mittel, den innern Zerfall noch zu verdecken; er hat außerdem noch den nützlichen

*) Nicolaus I. von Rußland.

Zweck für die kleinen Staaten, deren Existenz man doch einmal nicht ableugnen kann, einen festen Punkt zu bieten, an den sie sich retten können aus völligem Versinken in den Schlamm ihrer Zustände. Ich bezweifle, daß man ohne große Europäische Umwälzungen aus diesem Zustande herauskommen wird. Die Aufgabe scheint mir zu sein, daß diese Form den gesunden Entwickelungen nicht nachtheilig sein darf, ohne deshalb ganz aus einander zu fallen oder den Nutzen zu verlieren, den sie für gewisse Verhältnisse haben kann. 1851 28. 11.

Mit den in Gemeinschaft von Oestreich einzubringenden Anträgen werde ich übrigens, wie ich mir ohnehin schon vorgenommen hatte, fortan sparsam sein.

Soeben erhalte ich Ihre Anfrage von vorgestern wegen der Kammer-Eröffnung. Ich wünschte wohl, daß Sie dazu anwesend wären, dennoch nehme ich Anstand Sie durch den Telegraphen zu rufen; bitte aber, daß Sie nicht zu spät und womöglich zur Präsidenten-Wahl, welche wohl am 1. oder 2. Dec. Statt finden wird, hier sind. Es scheint mir, daß es kein Unglück ist, wenn man Sie in Frankfurt etwas vermißt.

Da der König zum Begräbniß*) nach Hannover geht, so wird er die Kammern nicht selbst eröffnen; ich werde es Statt seiner thun, meine Eröffnungen werden sich aber nur auf Dinge der innern Verwaltung beschränken, und mein Streben wird darauf gerichtet sein, eine Adreßdebatte zu vermeiden.

Entschuldigen Sie diese weitläuftige Erklärung, ich hätte noch viel hinzuzufügen, behalte mir das aber mündlicher Besprechung vor. Den Grafen Stolberg würde ich Ihnen bestens empfehlen, wenn ich es nicht für überflüssig hielte.

Mit dankbarer Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

B. 23/11. 51. ganz ergebener Diener

Manteuffel.

---

*) Des Königs Ernst August, gest. 18. November 1851.

18.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 24. November 1851 10 Uhr.

1851 24. 11. Ihre Herkunft zur Kammer-Eröffnung halte ich nicht für nöthig, wohl aber wünſche ich Sie in den erſten Tagen der nächſten Woche, wo möglich Montag hier zu ſehen.

Manteuffel.

19.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1851 24. 11. Meinem heutigen unter unzähligen Störungen geſchriebenen Briefe füge ich auf Veranlaſſung meiner Frau und im vollen Einverſtändniß mit derſelben noch die Bitte hinzu, daß Ew. Hochwohlgeboren bei uns Ihre Wohnung und Abſteige-Quartier nehmen wollen.

Sie würden das Ihnen bekannte Quartier meines Bruders, zwei freundliche Stuben, freilich nach dem Hofe einnehmen und an unſerm Mittagstiſch täglich, ſo oft Sie nichts Beſſeres vorhaben, ein lieber Gaſt ſein. Auch für Unterkommen Ihres Dieners kann geſorgt werden. Sie vermeiden dadurch die immerhin unangenehme Wohnung im Gaſthofe, und wir haben um ſo beſſer Gelegenheit mit einander zu ſprechen.

Haben Sie keine Gründe aus Ihrer Perſon unſere Bitte abzulehnen, ſo bitte ich dringend aus unſeren Verhältniſſen keine herzuleiten.

In der Thron-Rede, welche ich, da der König zum Begräbniß in Hannover abweſend ſein wird, halten werde,

beabſichtige ich kein Wort von auswärtiger Politik zu er- 1851
wähnen; das wird einiges Geſchrei geben, aber nicht mehr 24. 11.
als jede wirkliche Darlegung, und da nach meiner feſten Ueber-
zeugung die Kammern in Preußen die auswärtige Politik nicht
machen können und dürfen, ſo ſcheint mir dies das Ehrlichſte
zu ſein.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin auf.

Mit alter Anhänglichkeit

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 24/11. 51. Manteuffel.

20.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

erwiedere ich auf das geehrte Schreiben von vorgeſtern*) ganz 1851
ergebenſt, daß ich mit dem von Ihnen gemachten Vorſchlage 28. 12.
ganz einverſtanden bin. Das geſtellte Verlangen kann man
m. E. unter keinen Umſtänden zurückweiſen, und ich würde
gewiß jemand finden, den man vorſchlagen könnte, wenn ſchon
ich einräume, daß ich in dieſem Augenblicke Niemand in promptu
habe. Deshalb kommt mir Ew. Hochwohlgeboren Vorſchlag
ganz erwünſcht. Der Mann iſt zwar katholiſch und Rheinländer,
dennoch halte ich ihn für ſicher. Meiner Seits hatte ich an
den Rieſeler Senfft**) gedacht, doch ſcheint es mir mehr als
zweifelhaft, ob er acceptiren würde.

*) Concept nicht vorhanden.

**) v. Senfft-Pilſach, ſeit 1852 Oberpräſident von Pommern, hatte große Rieſelwieſenanlagen auf Staatskoſten im Oſten bewirkt.

1851 28. 12. Was die dortigen Verhältniſſe betrifft, ſo theile ich Ihre Entrüſtung über die kleinlichen Intriguen*) und werde Sie in den Mitteln, um ſie abzuwehren, nicht im Stiche laſſen, wenn ſchon ich doch immer um etwas kaltes Blut bitten möchte, ſchon um deshalb, weil man damit die Gegner am mehrſten ärgert. Ich habe geſtern eigenhändig an Schwarzenberg geſchrieben und meine Meinung derb ausgeſprochen, indem ich ihm meiner wahren Ueberzeugung gemäß geſagt habe, daß die nothwendige Folge ſeines Benehmens ein Zurückziehen Preußens in eine negative Stellung ſein würde, die für Oeſtreich ſehr unbequem, für Preußen aber ſehr behaglich und unangreifbar ſein würde. Wie Ew. Hochwohlgeboren bemerkt haben werden, nehmen wir bereits mehr und mehr dieſe Stellung an, und ich bin der Anſicht, daß ſelbſt, wenn man von dort aus gute Worte geben ſollte, wir unſres eignen Vortheils wegen darin verharren müſſen.

Oeſtreich ſpielt meines Erachtens jetzt ein ſehr gewagtes und deshalb der Eigenthümlichkeit der dortigen Staats-Männer entſprechendes Spiel. Ich habe beſtimmte Nachrichten, daß man ſich Oeſtreichiſcher Seits nicht nur Louis Napoleon ſehr angelegentlich nähert, ſondern ihn ſogar zu Einmiſchungen in fremde Angelegenheiten ſtachelt. Miniſter Turgot hat ſelbſt geſagt, daß man von dorther die Aufforderung an das franzöſiſche Cabinet gerichtet hat, gemeinſchaftlich die Verfaſſung im Königreich Sardinien zu beſeitigen, ebenſo will man der Schweiz zu Leibe gehen, und den Inſtigationen gegen Belgien iſt man in Wien auch nicht fremd. Es iſt das eine geſchickt angelegte Sache, denn für den ſchlechten Liberalismus in dieſen Staaten wird kaum jemand anders als höchſtens England in die Schranken treten, und dieſes hat ohne Continental-Alliancen keine Action. Andrer Seits liegt bei Oeſtreich der Gedanke

*) Vgl. Bericht vom 22. December 1851, Preußen im Bundestage I, No. 38 S. 54 ff.

im Hintergrunde, ſich von der Ruſſiſchen Präponderanz frei 1851
zu machen, welche in Wien um ſo unangenehmer empfunden 28. 12.
wird, als wir jetzt ſehr gut mit St. Petersburg ſtehen. Auch läßt ſich nicht verkennen, daß Louis Napoleon, der vermöge ſeiner Entſtehung auf eine aventureuſe Politik hingewieſen, und Fürſt Schwarzenberg, der ihr durch Verhältniſſe und Geſchmack auch nicht abgeneigt iſt, gemeinſchaftlich eine formidable Macht auf die Beine bringen können, welche noch durch ſüddeutſche und ſächſiſche Truppen verſtärkt werden dürfte und welche eines ſchönen Tags überraſchend ſchnell und bevor viel von Ruſſiſchen Soldaten die Rede ſein möchte, auf dem Theater erſcheinen könnte. Ich weiß, daß Meyendorff*) der Entwickelung dieſer Dinge mit aufmerkſamem und ſehr bedenklichem Blicke folgt. Unſere Stellung zu Rußland und England iſt eine genau angewieſene. Palmerſtons Rücktritt**) ebnet die Wege; allein es ſind dabei noch manche Schwierigkeiten. Der König möchte wegen Neuenburg gar zu gern gemeinſchaftliche Sache machen. Auch unſere Kammer-Wirthſchaft iſt recht ſtörend; man kann doch wegen ſolcher politiſchen Möglichkeiten den Kammern nicht eine Stellung anweiſen, die man ihnen bisher beſtritten hat, und die ihnen in der That nicht zukommt, und wenn man es wollte, ſo hätte man damit doch noch nichts gewonnen, denn ſie ſind weder eine Macht, noch werden ſie in Momenten kritiſcher Entſcheidungen eigentliche Kraft gewähren.

Ueber alle dieſe Dinge möchte ich gern mit Ew. Hochwohlgeboren ausführlich ſprechen, und bitte Sie daher recht ſehr zur Wieder-Eröffnung der Sitzungen, etwa zum 5ten Januar (an welchem Tage die Präſidenten-Wahl ſtattfindet) oder wenigſtens bald nachher nach Berlin in Ihr zu Ihrem Empfange bereit-

---

*) Ruſſiſcher Geſandter in Wien.

**) Infolge ſeiner voreiligen Billigung des bonapartiſtiſchen Staatsſtreichs hatte P. das Miniſterium des Auswärtigen niederlegen müſſen.

1851 28. 12. gehaltenes Stübchen zu kommen. Auch der König wünſcht Ihre Ankunft. Mir ſcheint es, daß gerade nach (der)*) dermaligen Lage der Dinge Ihre Abweſenheit von Frankfurt ein geeignetes Mittel iſt zu zeigen, daß man auf die dortigen Dinge nicht zu viel Gewicht legt. Sie haben wohl die Güte mich wiſſen zu laſſen, ob und wann ich auf Ihre Ankunft rechnen darf. Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und an Sie auf.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener

B. 28/12. 51. Manteuffel.

21.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 ? 1. danke ich verbindlichſt für Ihre gütigen Mittheilungen vom 24. Januar**). Von den wieder beigefügten Briefen des Herrn v. Scheele und Grafen Thun habe ich mit Intereſſe Kenntniß genommen. Ein Urtheil darüber auszuſprechen behalte ich mir vor. — Auf meinem Arbeitstiſche befindet ſich auch noch das anliegende v. Canitzſche Schreiben, was Ew. Hochwohlgeboren zuzuſtellen ich bei der vorliegenden Gelegenheit nicht habe unterlaſſen wollen.

Mit Erwiederung Ihrer freundſchaftlichen Grüße und in bekannter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den ..***) Januar 1852. Manteuffel.

*) Fehlt im Orig.

**) Preußen im Bundestag IV, No. 22 S. 59.

***) Datum fehlt im Original.

22.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

(Ohne Datum.)*)

Ew. Excellenz

geehrtes Schreiben mit der Einlage von Herrn von Schele habe ich gestern über Köln erhalten. 1852 ? 2.

Der ehemalige Oldenburgische Staatsrath Dr. Fischer, welcher Eurer Excellenz als Verfasser mehrer politischer Schriften bekannt sein dürfte, lebt jetzt hier und beschäftigt sich unter Anderen mit Bearbeitung von Eingaben für die Rechte der Standesherrn. Theils hierdurch, theils durch andre ältere Beziehungen ist er in Verbindung mit mehren Mitgliedern der altconservativen Parthei in Oestreich getreten, namentlich mit dem Fürsten Windischgrätz und dem Grafen Wurmbrandt, von welchen beiden er Briefe vorlegte. Er betrachtet den Fürsten Windischgrätz als das Haupt der genannten Parthei in Oestreich und als den Candidaten derselben für die Nachfolge des Fürsten Schwarzenberg. Unzweifelhaft dürfte es sein, daß der Fürst Windischgrätz sich eines großen Ansehns bei allen conservativen Gegnern des jetzigen Oestreichischen Premier-Ministers erfreut, und aus guten Quellen höre ich, daß die Verbindungen des Fürsten mit dem Kaiser durch Vermittelung der Erzherzogin Sophie lebhafter sind als früher. In einem der Schreiben, die mir der Staatsrath Fischer zeigte, hebt der Fürst Windischgrätz das Bedürfniß der Verständigung mit Preußen besonders hervor, und Herr Fischer ergänzte dazu mündlich, daß seinen Nachrichten zufolge die ungeschickte Rücksichtslosigkeit in Be-

*) Die ungefähre Datirung ergiebt sich aus dem Briefe H. Fischers an Bismarck vom 24. Februar 1852, dem eine auf die Vertheidigungsschrift des Fürsten Windischgrätz bezügliche Denkschrift beigelegt war, Bismarck-Jahrbuch V, 159 ff.

1852 handlung der deutſchen Angelegenheiten dem Fürſten Schwarzen-
12. berg in ähnlicher Weiſe zum Vorwurf gemacht werde, wie man dem Fürſten Windiſchgrätz gegenüber das Mißlingen des Ungariſchen Feldzugs benutzt, um ihn in den Augen Sr. Majeſtät des Kaiſers als unfähig darzuſtellen. Ueber ſeine Operationen in Ungarn hat der Fürſt vor Kurzem mit Nennung ſeines Namens eine Zuſammenſtellung aus offiziellen Aktenſtücken veröffentlichen laſſen, um dadurch die ihm gemachten Vorwürfe zu entkräften. Er ſoll, wie es vollkommen natürlich ſcheint, dem Urtheil auswärtiger Militärs, namentlich demjenigen Preußiſcher militäriſcher Zeitſchriften mit beſondrer Spannung entgegenſehn. Ganz abgeſehn von den augenblicklichen politiſchen Combinationen in Oeſtreich dürfte es nicht ohne Nutzen ſein, den etwaigen Preußiſchen Sympathien einer unter allen Umſtänden hervorragenden Perſönlichkeit in Oeſtreich entgegenzukommen. Ich ſtelle deshalb Eurer Excellenz gehorſamſt anheim, entweder durch das Kriegsminiſterium oder den General von Gerlach dahin mitwirken zu wollen, daß in den militäriſchen Zeitſchriften, von welchen man auswärts einen nahen Zuſammenhang mit unſern offiziellen Kreiſen anzunehmen pflegt, die Selbſtvertheidigung des Fürſten Windiſchgrätz womöglich eine günſtige, jedenfalls eine ſchonende und wohlwollende Beurtheilung finde.

Die mir vorgelegten Briefe des Grafen Wurmbrandt machten mir den Eindruck, daß der Oeſtreichiſche Adel dieſer Parthei bisher weniger mit dem Erlangen politiſcher Bedeutung als mit der Gereiztheit über und mit der Abwehr gegen die ihm zugefügten materiellen Verluſte beſchäftigt iſt.

v. Bismarck.

Anlage.

Graf Wurmbrandt an Staatsrath H. Fischer.

(Abschrift.) Liblin, den 27. Dezember 1851.

Verehrtester Herr Staatsrath!

Ich beeile mich, Ihr Schreiben vom 23. d. M., welches 1851
ich soeben erhalten habe, zu beantworten, mache Sie aber im 27. 12.
Voraus darauf aufmerksam, daß Sie meine Antwort höchst wahrscheinlich ungenügend finden werden, indem Zoll und Handel auf einem mir ziemlich fremden Felde liegen. Vor allem andern mache ich Sie auch auf meinen Standpunkt aufmerksam. Ich glaube darüber ganz klar und richtig zu sehen, daß ein Kampf zwischen dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen besteht. Weil ich konservativ bin, so stehe ich auf Seiten des unbeweglichen Vermögens und wünsche also diesem den Sieg. Welche Mittel zum Siege führen, kann ich nur nach dem beurtheilen, was mir meine fünf gesunden Sinne sagen, eben weil ich kein Kunstverständiger bin. Mein einfacher praktischer Verstand nennt mir nun den Freihandel als Mittel und den Schutzzoll als Weg, um zu diesem Mittel zu gelangen. Es liegt nun auf der Hand, daß die Schutzzölle in fortwährend fallenden Ziffern aufgestellt, und fortwährend in einer und derselben Ziffer auf die größtmöglichste Länderstrecke ausgedehnt werden müssen. In diesem Sinne habe ich der Kreuzzeitung einen Artikel gesandt, welchen sie in No. 60 im Monat März brachte, leider aber mit Bemerkungen versah, die bei uns einen schlechten Eindruck machten und das Mißtrauen erweckten, auch die Konservativen Preußens würden es nicht scheuen, Vorwände vom Himmel zu reißen, wenn sie hierdurch Preußen auf Kosten Oesterreichs mächtiger und größer machen und ihm überhaupt einen Vortheil zuschanzen könnten. Man bemerkte schon damals, daß, wo das specifische Preußenthum anfange, die Legitimität und der deutsche Rechtssinn aufhöre.

1851 27. 12. Wäre eine Zolleinigung wünſchenswerth zwiſchen Oldenburg und Kroatien, wenn das letztere Land von Deutſchen bewohnt wäre, ſo iſt ſie es auch, wenn Kroatien von Slaven bewohnt wird, — und iſt die Einigung zwiſchen Oldenburg und dem ſlaviſchen Kroatien nicht wünſchenswerth, ſo wäre ſie es auch nicht, wenn die Kroaten plötzlich in Brandenburger verwandelt würden.

Ich geſtehe Ihnen ganz aufrichtig, daß mir hinter dem Vorgange, welchen Preußen in der Zollfrage einſchlägt, eine andere politiſche zu ſtecken ſcheint, nämlich die des Dualismus. Und auch dieſer ſcheint mir in Preußen dahin ausgelegt werden zu wollen, daß ganz Deutſchland in Preußen aufgehen ſoll, mit Ausnahme der deutſchen Länder Oeſterreichs, welche dieſem wenigſtens vor der Hand belaſſen werden ſollen.

Es iſt möglich, daß eine Zolleinigung mit den Slovaken und Kroaten einen Nachtheil für die politiſche Haltung Deutſchlands nach ſich ziehen könnte, *wenn* Sie unter Deutſchland etwas anderes verſtehen als ich — wir müſſen uns über das, was Deutſchland in letzterer Zeit war und künftig werden ſoll, nur recht klar werden.

Das eigentliche wahre Deutſchland hat aufgehört, als es keine einige deutſche Kirche mehr gab. In letzter Zeit fanden wir einen Bund verſchiedener Staaten Mitteleuropas unter dem ganz unpaſſenden und unrichtigen Namen „Deutſchland". — Jetzt wünſchen wir in Oeſterreich ein noch engeres Bündniß, und dieſes ausgedehnt auf größere Staaten, jedenfalls auf ganz Oeſterreich, und haben des guten Zweckes halber nichts dagegen, daß dieſer *mitteleuropäiſche Staatenbund* Deutſchland genannt werde, wenn dieſer Name dazu beiträgt, das Bündniß ſchnell und dauerhaft zu Stande zu bringen. — Wer in dieſem Staatenbunde keine Kroaten will, der will faktiſch ganz Oeſterreich ausſchließen.

Wird nun, unter was immer für plauſiblen Vorwänden,

und wenn auch nicht auf einmal, sondern nur nach und nach, 1851
Oesterreich faktisch aus Deutschland ausgeschlossen, so wird 27. 12.
unter Einem auch dem Katholicismus in Deutschland das Genick gebrochen; und dann wird es nicht schwer werden, die kleineren Staaten mit dem protestantischen Preußen zu verschmelzen.

Ich habe Ihnen nun mit voller Offenheit und mit vollem Vertrauen in Ihre Billigkeit meine Ansicht über die Zolleinigung und über die Politik, welche Preußen hierbei befolgt, bekannt gemacht. Ich kann nicht sagen, daß dies die Ansicht der ganzen Parthei sei, doch wird sie jedenfalls von den hervorragendsten meiner politischen Glaubensgenossen getheilt. Ich bin weit davon entfernt, einem Manne von Ihrer Erfahrung zumuthen zu wollen, daß er unsere Ansicht ohne Weiteres auch zu der seinigen mache; auf Ihre bestimmt gestellte Frage jedoch, ob Sie im Interesse der Oesterreichischen konservativen Parthei wohl daran thun würden, gegen den Oesterreichischen Zollverein Opposition zu machen, muß ich Ihnen mit einem vollkommen bestimmten „Nein!" antworten. — Um jedoch noch sicherer zu gehen, werde ich morgen Ihr Schreiben sammt einer Abschrift meiner Antwort an den Grafen Wolkenstein senden und ihn auffordern, nach Rücksprache mit den dermalen in Wien anwesenden Männern der Parthei selbst zu schreiben, wenn er mit dem, was ich Ihnen geschrieben habe, nicht, oder auch nur theilweise nicht einverstanden sein sollte.

Aus dem bereits Gesagten entnehmen Sie auch, daß ich mit der Ansprache des Fürsten Hohenlohe, namentlich mit dem, was er im zweiten Absatze auf der zweiten Seite sagt, einverstanden sein muß.

23.

Hausminiſter Graf Anton Stolberg an Bismarck.

Berlin 1. April 1852.

Innig verehrter Freund!

1852 1. 4. Den heutigen Tag vermag ich nicht vorüber gehen zu laſſen, ohne Ihnen nicht ein Wort treuen Segenswunſches ausgeſprochen zu haben. Das letzte Jahr hat mir die große Freude gebracht, Ihnen näher ſtehen zu können, und ich erachte ſolches als ein mich erfreuendes beglückendes Ergebniß einer ernſten Zeit. Der Schluß dieſes Jahres hat jedoch eine Art Weihe über unſere Bekanntſchaft herbeigeführt. Ich habe lebendig erkannt, wie nahe Sie mir ſtehen, wie ich in väterlich brüderlicher Liebe dem Mann angehöre, deſſen Beſtrebungen ich ſeit dem Jahre 1847 mit wahrer Hochachtung gefolgt bin.

Ich bin bereits alt und nach keiner Richtung hin ſo ringfertig, als ich es ſein möchte, demungeachtet ſchlägt noch ein jugendlich Herz in der alten Bruſt, und ich habe Ihre Erhaltung in dem kürzlichen Zweikampf*) als eines der glücklichſten Ereigniſſe meines Lebens begrüßt. Der alte Mann reicht dem jungen ritterlichen Kämpen beim Beginn des neuen Lebensjahres in tiefer innerer Bewegung die Freundeshand auf Leben und Tod und bittet Gott den Herrn, daß Sein Segen auf Ihnen und Ihrer prächtigen Gemahlin und Ihren Kindern ruhen und der aus Seinem heiligen Wort ſtrahlende unbedingte Glaube Sie bis zum Schluß Ihrer Erdenlaufbahn zu Seiner Ehre durchglühen möge.

Empfangen Sie auch meinen Dank für alles, was Sie

*) Mit G. v. Vincke.

und Ihre theure Gemahlin bewußt und unbewußt an Theodor*) thun. 1852 1. 4.

In treuer Freundſchaft bis zum letzten Herzensſchlag.

Anton Stolberg.

24.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſage ich zwei ganz vertrauliche Worte zu der heutigen Expedition. 1852 4. 4.

Ich halte den Weg, den der König betreten will, für ſehr bedenklich.

1. läßt Rußland wie mir genau bekannt iſt die Theilnahme des Bundes**) als Großmacht ſchon aus dem Grunde nicht zu, weil auf dieſe Weiſe Oeſtreich und Preußen doppelt figuriren.

2. kann Preußen damit gar nicht gedient ſein, denn während Oeſtreich außer dem Bunde doch immer noch Großmacht bleibt, iſt dies bei Preußen nicht der Fall, wenigſtens nicht in gleichem Maaße.

3. halte ich es bei allem deutſchen Patriotismus nicht erſprießlich, daß wir in Dingen, wo wir uns auf unſere eigene Hand zur Geltung bringen können, uns von Oldenburg und Coburg Lectionen geben laſſen; wegen des ad 2 angedeuteten Verhältniſſes trifft dies Preußen wiederum ſchlimmer als Oeſtreich.

4. wird Oeſtreich gegen Rußlands Willen auf den Vorſchlag gewiß nicht eingehen, uns alſo ablaufen laſſen, und es wird dann heißen, die deutſchen Sachen werden doch in Wien entſchieden.

---

*) Graf Th. Stolberg, Attaché bei der Bundestagsgeſandtſchaft.

**) An den Londoner Conferenzen.

1852 4. 4. 5. wird Fürſt Schwarzenberg, wie er das ſehr gut verſteht, ſeine Bereitwilligkeit dem Ruſſiſchen Rathe zu folgen und unſern Vorſchlag zu verwerfen, gehörig bei allen andern Cabinetten mouſſiren laſſen.

6. halte ich es wirklich auch für Deutſchland nicht gut, wenn man den Kleinen ſolche Dinge zur Entſcheidung unterbreitet und ihnen Großmachtsgelüſte beibringt, mit denen Frankreich vortrefflich gedient iſt.

Dieß ſind meine Bedenken, die ich auch wiewohl fruchtlos Sr. Majeſtät unterbreitet habe. Ich ſchreibe ſie Ew. Hochwohlgeboren aus zwei Gründen:

1. damit Sie die Güte haben, meine Anſicht zu berichtigen, wenn Sie ſie nicht theilen, oder

2. damit Sie, wenn Sie meiner Anſicht beitreten, meine Gründe kennen. Ew. Hochwohlgeboren mögen dieſe Gründe, wenn Sie damit einverſtanden ſind, in Ihrem Berichte immer reproduciren, damit die Sache Farbe hat, aber das, worauf es mir eigentlich ankommt, ſind nicht ſolche allgemeine, ſondern ſpeciell aus den dortigen Verhältniſſen entnommene Gründe. Dieſe werden hier auch mehr Effect machen.

Hochachtungsvoll, aber ſehr eilig

B. 4/4. 52. Manteuffel*).

25.

Graf v. Noſtitz an Bismarck.

Hannover den 6ten Apr. 1852.

Mein verehrter Freund

1852 6. 4. In der Ueberzeugung, daß es für Sie von Intereſſe ſein wird, die Antwort des hieſigen Gouvernements auf die Oeſter-

*) Vgl. Bismarcks Schreiben vom 6./7. April 1852, Preußen im Bundestag I, No. 64 S. 89 ff., und das Privatſchreiben Bd. IV, No. 26 S. 64 f.

reichischen Anträge zu kennen, sende ich Ihnen dieselbe in beiliegender Abschrift. 1852 6. 4.

Der plötzliche Tod des Fürsten von Schwarzenberg*) ist ein für ganz Europa, namentlich aber für Preußen höchst wichtiges Ereigniß, ich hoffe, man wird den Vortheil daraus ziehen, welchen es der preußischen Politik darbietet, und würde es nur tief beklagen können, wenn es anders sein sollte.

Hier geht es in Beziehung auf uns gut; die zerrütteten Verhältnisse im Ministerium selbst sind noch nicht geändert; eine Entscheidung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Nächstens werde ich Ihnen die Ansichten des Herrn v. Schele in Betreff der Mitwirkung des Bundes für ein allgemeines Preßgesetz mittheilen.

Mit wahrer Hochschätzung und Freundschaft

Graf v. Rostitz.

26.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 14. April 1852 12 Uhr 10 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 14. April 1852 12 Uhr 35 Min. Nachm.

Von dem vorläufigen Privatschreiben vom 6. u. 7. d. M.**) über die Londoner Convention habe ich mit Hoffnung auf Erfolg den bewußten Gebrauch gemacht. Ich bitte nunmehr den vorbehaltenen amtlichen Bericht bald zu erstatten. 1852 14. 4.

Manteuffel***).

*) 4. April 1852.

**) S. o. S. 52 Anm. *).

***) Der amtliche Bericht vom 15. April ist noch nicht veröffentlicht worden, Concept ist nicht vorhanden.

27.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Abgegangen in Berlin den 15. April 1852 8 Uhr 37 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 15. April 1852 9 Uhr 34 Min. Vorm.

1852 15. 4. Antwort auf die geſtern Abend ſpät hier eingegangene Anfrage vom 14. d. M. *).

Ich habe bei dem Hintritt des Fürſten Schwarzenberg keine Gelegenheit vorübergehen laſſen die großen Verdienſte des Fürſten ſchriftlich und mündlich anzuerkennen, und ich habe dies ſowohl in Gemäßheit der Befehle Seiner Majeſtät als in Folge eigner Ueberzeugung gethan. Daß Ew. Hochwohlgeboren aber, perſönlich dem Fürſten fremd und Proteſtant, in amtlicher Eigenſchaft der Seelmeſſe beiwohnen, ſcheint mir nicht angemeſſen. In dieſer meiner Anſicht ſoll indeß keine Weiſung für Sie liegen, ſofern die Feier den Charakter der Privatbetheiligung zuläßt.

Manteuffel.

28.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 4. überſende ich in der Anlage die gewünſchte Abſchrift des Briefs **), für welchen ich Ihnen ſehr dankbar bin und welcher auch ſeinen Effect nicht verfehlt hat; der offizielle Bericht, um deſſen Erſtattung ich Sie erſucht habe, wird hoffentlich die Sache vollſtändig in Ordnung bringen. Sie iſt m. E. für Preußens

*) Preußen im Bundestag I, No. 66 S. 94.
**) Vom 6./7. April.

Weltſtellung nicht ſo unwichtig als man verſucht ſein möchte zu glauben; überdieß liegt mir daran, ſie vor des Kaiſers*) Ankunft erledigt zu ſehn, und die täglichen Mahnungen von Budberg, Bloomfield und Billé-Brahe**) werden mir ſehr läſtig. 1852 15. 4.

Unſern Zollvereins-Congreß***) werde ich wahrſcheinlich erſt Montag eröffnen; die Herren ſind mit ihrer Ankunft etwas ſäumig geweſen, und ich will mich nun auch nicht zu ſehr empreſſiren. Ich habe übrigens guten Muth; nur dürfen wir nicht ſchwanken. Der König, der noch vor wenig Tagen die Idee hatte, eine beſondere Verhandlung in Wien einzuleiten, iſt jetzt ganz correct und faſt zu präcipitant; er ſagte mir geſtern, ich möge gleich von Anfang erklären, Preußen liege an der ganzen Geſchichte nichts, wir hätten deshalb die vollſtändige Auflöſung des Vereins vorbereitet und bäten jeden, der wollte, ſeiner Wege zu gehen. Das kann in einem ſpäteren Stadium nützlich und nothwendig werden, zu Anfang ſcheint mir der Tabak aber zu ſtark, namentlich auch mit Rückſicht auf Hannover, welches ja aus Furcht vor Preußens Präpotenz ſo gern Baiern conſerviren möchte, wiewohl die beiderſeitigen Intereſſen ſchnurſtracks entgegengeſetzt ſind.

Wir werden in Gemeinſchaft mit Hannover ſtarke Ermäßigung der Eiſenzölle proponiren, was ich für ſehr richtig und im Intereſſe unſeres Schiffbaues und unſerer Agricultur halte; freilich wird das in Süddeutſchland Geſchrei und in Oberſchleſien Lamento erregen, darauf kann es aber nicht ankommen. Aus Baiern wird mir aus guter Quelle gemeldet, der König habe für alle möglichen Fanfaronaden Herrn v. d. Pfordten

*) Von Rußland.

**) Ruſſiſcher, engliſcher, däniſcher Geſandter am Berliner Hof.

***) Preußen hatte auf den April 1852 die ſämmtlichen Zollvereinsſtaaten zu einer Conferenz eingeladen, um auf Grund des mit Hannover abgeſchloſſenen Vertrags vom 7. September 1851 die Erneuerung des Zollvereins für den 1. Januar 1854 vorzubereiten; Weber a. a. O. S. 309 ff.

1852 15. 4. carte blanche gegeben, aber ſei entſchloſſen, unter keinen Umſtänden aus dem Zollverein zu treten.

Nächſten Montag beginnt nun unſer Kammer-Vergnügen wieder. Proh dolor! Ob und wann Sie kommen wollen, bleibt Ihnen überlaſſen. Sollte Noth an den Mann gehen, ſo erlaube ich mir zu telegraphiren.

Der König ſagte mir neulich, er wünſche, daß Sie hier mit Graf Neſſelrode zuſammenträfen. Dieß halte ich allerdings auch für wichtig. Ich behalte mir vor, Sie von dem Tage ſeiner Ankunft zu unterrichten. Vorläufig ſteht feſt, daß die Kaiſerin am 9. oder 10. Mai kommt; der Kaiſer wollte ſpäter eintreffen, wird aber wahrſcheinlich gar nicht kommen, wenn man nicht vorher die Kammern zu Hauſe ſchickt. Neſſelrodes Ankunft war auf den 5. Mai angeſagt; jetzt höre ich, daß er wahrſcheinlich erſt mit dem Kaiſer kommen wird. Rochow iſt geſtern früh hier angekommen, ſehr wohl und friſch.

Meine Frau grüßt, und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren ganz ergebener

Diener u. Freund

Berlin, 15. April 1852. Manteuffel*).

29.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 4. den pp. Weck**) betreffende Zuſchrift habe ich an den Miniſter des Innern gelangen laſſen, und behalte mir weitere

*) Bismarcks Antwort vom 18. April 1852 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 28 S. 69 f.

**) Ein Kaufmann aus Breslau, der ſich ſchon 1851 dem Vertreter des preußiſchen Miniſterreſidenten bei der Stadt Frankfurt, Legations-

Mittheilungen darüber vor. Vorläufig aber erlaube ich mir zu bemerken, daß der pp. Weck mir persönlich bekannt und ein höchst unzuverlässiger Mensch ist, der mir durch versprochene Enthüllungen mehrfach Geld abgepreßt und gar nichts geleistet hat. Später hat er in London Paris Carlsruhe sich auf mich bezogen, auch wohl gedroht, er werde mein Verhältniß zu ihm veröffentlichen, was ich ruhig abgewartet habe, da er gar nichts von mir in Händen hat und nur allenfalls die nicht bestrittene Thatsache nachweisen könnte, daß ich von ihm wie von manchem Andern angeführt bin. Herrn von Glinka*) dürfte daher äußerste Vorsicht anzuempfehlen sein. Daß Weck Briefe von andern Gesandten besitzt, mag wahr sein, denn er hat sich an viele angedrängt, um Geld zu erhalten und ist ebenso zugänglich für Preußische Thaler wie für Rubel und Zwanziger und besitzt, wenn man sich einmal mit ihm eingelassen hat, eine klettenhafte Anhänglichkeit. 1852 20. 4.

Meine Eröffnungs-Rede von gestern**) werden Sie schon erhalten haben; der König war ungehalten darüber, indem er sie viel zu schwach fand. Ew. Hochwohlgeboren wissen, aus welchen Gründen ich sie mäßig gehalten habe; unnütze Vorbehalte aber wie der, den der König wollte, daß wir nämlich austreten wollten, erachte ich nicht für einen Beweis von Kraft. Daß man, nachdem die Kündigung erfolgt ist, austreten kann, versteht sich von selbst. Daß Oestreich und die Wiener Conferenzen gar nicht erwähnt, halte ich doch für ziemlich stark. Jetzt geht die Sache langsam an, und wenn nichts besonderes geschieht oder versehen wird, soll es mit Gottes Hülfe gut gehn.

(† Bunsen hetzt den König immer mehr in die Patrie hin-

---

rath Graf R. v. d. Goltz, zur Ueberwachung der Demokraten in Frankfurt angeboten hatte, vgl. v. Poschinger, Manteuffels Denkwürdigkeiten I, 375.

*) Russischer Vertreter am Bundestag.

**) S. dieselbe in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 109 f.

1852 20. 4. ein. Er behauptet, die größten Staats-Männer in England glaubten, daß in wenigen Jahren der Continent in zwei Theile zerfallen würde: a) proteſtantiſche Staaten mit conſtitutionellem Syſtem getragen von den Säulen der Patrie, b) katholiſch-jeſuitiſch-demokratiſch-abſolutiſtiſche Staaten. In die letzte Kategorie ſtellt er Oeſtreich, Frankreich und Rußland. Ich halte das für ganz falſch. Solche Kategorien giebt es gar nicht. Jeder Staat hat ſeinen eigenen Entwicklungs Gang. Friedrich Wilhelm I. war weder katholiſch noch demokratiſch und doch abſolut. Aber dergl. Dinge machen großen Eindruck auf Se. Majeſtät. Das conſtitutionelle Syſtem, welches die Majoritäten Herrſchaft proclamirt, halte ich für nichts weniger als proteſtantiſch†)*).

Meine Frau grüßt und hält Ihnen Ihr Zimmer bereit. Schreiben Sie mir bald einmal; da Sie bei der Erſten Kammer Frage beſchäftigt ſein wollen, ſo wünſche ich ſchriftliche Mittheilungen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 20/4. 52. Manteuffel.

30.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 21. 4. ſende ich in der Anlage einen mir zur Beförderung gegebenen Brief Sr. Majeſtät. Ich kenne den Inhalt nicht, vermuthe

*) Von († bis †) in G. u. E. I, 139 nach einer Abſchrift, hier berichtigt nach dem Original.

denſelben aber. Geſtern Abend nämlich ſagte mir der König, 1852
ich ſolle Sie doch zu der Verhandlung über die Pairie-Bildung 21. 4.
hieher beſcheiden, da Sie ſich ihm gegenüber ſo ganz correct und in ſeinem Sinne ausgeſprochen hätten. Als ich einige Bedenken vorbrachte, ſagte S. Majeſtät, Sie wüßten wohl, daß Ew. Hochwohlgeboren bei dieſer Gelegenheit nicht gern kommen wollten, es könne aber nichts helfen, und brach das Geſpräch ab.

Welchen Verlauf die Sache nehmen wird, läßt ſich noch gar nicht überſehen. Die Sachen nehmen hier übrigens einen eigenthümlichen Verlauf. Die erſte Kammer iſt in letzter Zeit zweimal Beſchluß-unfähig geweſen und ſie wird wohl kaum noch lange zuſammen zu halten ſein.

Geſtern nach meinem Vortrag ſagte mir der König, ich möchte doch noch zu dem eben beginnenden Concerte gegenwärtig bleiben. Mit Rückſicht darauf, daß ich derartige Einladungen ſchon mehrmals zurückgewieſen, that ich es. Ich fand eine Geſellſchaft, die faſt nur aus Familienmitgliedern und den Radziwillſchen Herrſchaften beſtand; nur zwei Fremde waren zugegen: Graf Fürſtenberg und Herr von Bethmann-Hollweg. Acht Tage zuvor hatte mir der König geſagt, daß er mit letzterem nach ſeinen Abſtimmungen auf dem kirchlichen Gebiete gründlichſt und für immer zerfallen ſei.

Was ſoll man davon denken?

Dabei Willkürlichkeiten, ſchlechteſte Laune u. ſ. w., ſo daß ich es vollſtändig ſatt habe.

Durch eine ganz zuverläſſige Quelle habe ich den Text der Darmſtädter Verabredungen. Der Kern iſt: die Staaten verpflichten ſich bis zum 1ten Januar 1853 mit Preußen keinen neuen Vertrag ohne Oeſtreich zu machen; letzteres verpflichtet ſich dagegen bis dahin an ſein Anerbieten, ihnen die Zoll-Revenuen zu gewährleiſten, gebunden zu

1852 21. 4. sein *). Intriguen und Feigheit sind also die leitenden Gedanken!

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Freund und Diener
Berlin d. 21ten April 1852. Manteuffel.

Sollten Sie kommen, so bitte ich um telegraphische Nachrichten. M.

31.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Abgegangen in Berlin den 22. April 1852 7 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 22. April 1852 9 Uhr 22 Min. Nachm.

1852 22. 4. Am Sonnabend den 24. April beginnt die Berathung der 2. Kammer über Bildung der ersten Kammer.

Manteuffel **).

32.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 10 Uhr 13 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt a/M. den 24. April 1852 10 Uhr 47 Min. Vorm.

1852 24. 4. Die Berathung der zweiten Kammer über das Gesetz wegen

*) Ueber die Conferenz der mittelstaatlichen Minister in Darmstadt vgl. W. Weber a. a. O. S. 304 ff.

**) Antwort im Schreiben Bismarcks vom 23. April 1852, s. Preußen im Bundestag IV, No. 29 S. 70 ff.

Bildung der erſten Kammer beginnt heute noch nicht, vielmehr erſt nächſten Montag oder Dienstag. 1852 24. 4.

Darüber, ob Ew. Hochwohlgeboren kommen, erbitte ich mir Benachrichtigung.

v. Manteuffel.

33.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphiſche Depeſche.

Citissime.

(Sogleich abzuſenden.)

Ich ſoll kommen. Finden Ew. Excellenz nicht in der Auguſtenburger oder in der Sache des Prinzen Friedrich von Baden, von der mir General Gerlach ſchrieb*), zwingende Gründe, daß ich hier bleibe? 1852 24. 4.

Frankfurt, den 24. April 1852 Abends 6 Uhr 15. Min.

v. Bismarck.

34.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 24. April 1852 8 Uhr 55 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 24. April 1852 9 Uhr 15 Min. Nachm.

Nein, ich finde ſolche Gründe nicht. Die Debatte beginnt Montag den 26. April Mittags 12 Uhr. 1852 24. 4.

Manteuffel.

---

*) Vgl. Brief Leopolds v. Gerlach vom 15. April 1852 im Briefwechſel Gerlachs mit Bismarck, S. 26 ff.

35.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Citissime. Telegraphiſche Depeſche.

An Herrn von Manteuffel, Excellenz zu

Berlin.

1852 25. 4. Ich hoffe mit den nöthigen Einrichtungen ſchnell genug fertig zu werden, um heut noch abreiſen zu können. Ich würde dann morgen Abend in Berlin eintreffen.

Frankfurt 25. April 1852. Vormittags 10 Uhr.

v. Bismarck.

36.

Karl v. Manteuffel an Bismarck.

(April 1852.)

1852 ? 4. Der Graf Burghauſen wird im Einverſtändniß mit meinem Bruder und dem Miniſterium ein Amendement dahin einbringen:

„erfolgt die Bildung der Erſten Kammer durch Königliche Verordnung mit Geſetzeskraft.“

Ich bitte nun dafür Sorge zu tragen, daß ein ähnliches Amendement auch von der rechten Seite der 2ten Kammer geſtellt werde.

Ihr

Manteuffel.

37.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Aufgegeben in Berlin den 19. Mai 1852 10 Uhr 45 Min. Vorm.
Angekommen in Frankfurt den 19. Mai 1852 11 Uhr 10 Min. Vorm.

1852 19. 5. Ew. Hochwohlgeboren ſtelle ich anheim, ſich, wenn es Ihre Geſchäfte erlauben, ſo einzurichten, daß Sie am nächſten Sonn-

abend oder Sonntag sich hier einfinden, indem das die beste Zeit sein dürfte, Sr. Majestät dem Kaiser*) aufzuwarten. 1852 19. 5.

Ob und wann Sie kommen, bitte ich mir telegraphisch mitzutheilen.

Manteuffel.

38.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

muß ich um Verzeihung bitten, daß ich den anliegenden Brief, der an Sie gerichtet war, erbrochen habe; es ist geschehen, weil er äußerlich als sehr eilig bezeichnet war und ich innerlich die Hand von Herrn von Winzingerode**) erkannte, und glaubte, daß der Innhalt sich auf die Nassau-Darmstädter-Rhein-Differenz, wo es sich jetzt um Gewalt-Maaßregeln handelt, bezöge. 1852 29. 5.

Mit dem Wunsche, daß Sie glücklich angekommen und bald wieder hier sein werden, und mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 29ten Mai 1852. Manteuffel.

39.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Da Ich Meinem Gesandten in Wien, dem Grafen von Arnim, zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen sechswöchentlichen Urlaub zu bewilligen veranlaßt bin, und die zur Zeit obwaltenden mannigfaltigen Beziehungen mit dem Kaiserlich 1852 8. 6.

*) Von Rußland.

**) Präsident des nassauischen Staatsministeriums.

1852 Oesterreichischen Hofe die Vertretung der diesseitigen Interessen
3. 6. durch einen Geschäftsträger nicht gestatten, so habe Ich beschlossen, Ihnen diese einstweilige Vertretung zu übertragen. Ich fordere Sie daher auf Sich, sobald es Ihre dortige Stellung zuläßt, zur Empfangnahme weiterer Instructionen nach Berlin und demnächst nach Wien zu begeben.

Sans-souci den 3. Juni 1852.

(gez.) Friedrich Wilhelm.
Manteuffel.

An den Bundestags-Gesandten, Geheimen Legations-Rath von Bismarck-Schönhausen zu Frankfurt a/M.

40.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 Schreiben vom 12. d. M.*) habe ich heute früh von einer Reise
14. 6. nach Breslau zurückkehrend empfangen.

Obgleich mit Geschäften überhäuft will ich doch noch heute antworten, weniger um Bescheid auf die Hauptfrage wegen Aushändigung des Schreibens Sr. Majestät zu geben, als um Ihnen einige Notizen über hiesige Verhältnisse mitzutheilen, welche für Ihre dortigen Operationen von Einfluß sein dürften.

Was zunächst Ihre Frage wegen des Briefes**) betrifft, so finde ich mich außer Stande darüber die Befehle des Königs einzuholen, da dieser heute auf der Reise nach Erdmannsdorf von Breslau aus sich befindet und dort 2 Tage mit der Königin von Baiern zubringen wird. Eine schriftliche Anfrage würde

*) Preußen im Bundestag IV, No. 30 u. 31 S. 78 ff.
**) Friedrich Wilhelms IV. an den Kaiser, G. u. E. I, 83 ff.

aber kaum eine Zeit-Ersparniß zur Folge haben und sehr 1852
ungelegen kommen. Ich werde also vor dem 18ten d. M., wo ich 14. 6.
Se. Majestät hier zurückerwarte, die Bestimmung nicht einholen können; überdieß liegt mir daran dieß persönlich zu thun. Bis dahin kann ich Ew. Hochwohlgeboren nur rathen, nach eigenem Gutdünken zu handeln, indem ich mich im Allgemeinen auf den Rath beschränke, auf der Reise nach Ungarn nicht zu sehr zu bestehen. Ich finde es sehr natürlich, daß der Kaiser Sie in diesem desorganisirten Lande und unter Truppen, die sehr viel zu wünschen übrig lassen, nicht gern sehen will, und ungern gesehen zu werden oder abgewiesen zu sein, ist beides gleich unerwünscht. Andrer Seits scheint mir nach dem Innhalt des Königlichen Schreibens auch eine sichere Beförderung durch Vermittlung nicht bedenklich; vielleicht ist es sogar gut, daß der Kaiser den Brief gelesen hat, bevor er Sie sieht. Ueberhaupt glaube ich, daß zu großes Empressement bei Ihrer Mission zu vermeiden ist. Darüber, was Sie beschlossen, geben Sie mir vielleicht durch den rückkehrenden Expressen Nachricht.

Nun zu unsrer Zoll-Sache. Daß die Oldenburgischen Stände pure acceptirt haben, ist Ihnen bekannt; ich glaube also, daß wir Hannover und Oldenburg nun sicher haben, wenn schon der erstgenannte Staat noch so thut, als habe er noch die Möglichkeit eines Rücktritts*), um uns zur Nachgiebigkeit gegen Oestreich zu bestimmen. Ueberdieß braucht man dort unser Geld, um die leidige neue Organisation, die ein Deficit von 1½ Millionen in Aussicht stellt, durchzuführen.

Vor einigen Tagen war Herr v. Klindworth**) mit seinen Propositionen bei mir. Ich traue dem Mann nicht, halte ihn aber nicht für so schlecht, als man gewöhnlich glaubt; legitimirt war er durch eigenhändigen Brief des Königs von Württem-

*) Vom Vertrag vom 7. September.

**) Württembergischer Staatsrath und geheimer Preßagent.

1852 14. 6. berg*). Seine Propositionen hat er mir in dem Memoire, welches ich unter dem Siegel größter Discretion und (mit der) Bitte baldiger Rücksendung beischließe, (niedergelegt)**). Nach genommener Rücksprache mit Sr. Majestät werde ich morgen ablehnend antworten, und zwar mit folgenden Gründen: 1) könne der König oder sein Minister an den König von W. nicht schreiben, so lange er keinen Gesandten her sende, 2) seien die abzugebenden Versicherungen zwar ganz unverfänglich, aber gerade weil sie von uns wiederholentlich abgegeben seien, würde es den Schein erregen, als habe man es früher nicht ganz ehrlich gemeint, wenn man sie nochmals als Stipulation festsetzen will; 3) würde es eine Beleidigung des Königs von W. sein, wollte man seinen Patriotismus erst anrufen, anstatt vorauszusetzen, daß dieser ihn von selbst zu allem Guten treiben werde; 4) seien die Gegengaben von Württemberg doch gar zu unbestimmt und auf Schrauben gestellt. Ich gedenke dies Alles möglichst selbst einzurichten und dadurch ein gänzliches Abbrechen zu vermeiden.

Ein Schreiben von Winzingerode lege ich ebenfalls s. p. r. bei; ebenso eine Notiz von Philipsborn.

Ew. Hochwohlgeboren wollen daraus entnehmen, daß unsre Dinge gar nicht schlecht stehen.

Nun die Kehrseite: Heute Mittag war Budberg bei mir und sagte — Oestreich werde nicht nachgeben. Herr v. Prokesch habe heute eine seine Leistungen sehr anerkennende Depesche mit der Versicherung, daß man dort auf nichts mehr eingehen werde, erhalten, wir müßten daher auf alles gefaßt sein. Ich erwiederte, das wären wir, und wenn er meine Herzensmeinung als Privatmann wissen wolle, so könnte mir in unserem Interesse nichts Erwünschteres begegnen, als wenn durch vor-

*) König Wilhelm I.

**) Die in Klammern gesetzten Worte sind Ergänzungen des Herausgebers.

läufiges Zerfallen des Zollvereins wir in die unbezahlbare Lage kämen, unſern Tarif nach unſerm Gutdünken zu regeln. Das ſchien ihn ſehr zu verdrießen, denn dieſe Poſition iſt allerdings unangreifbar, daß ſelbſt die Diplomatie dagegen nichts ausrichten kann. Unſere letzte Erklärung vom 7. Juni*) hat in ganz Deutſchland Enthuſiasmus erregt, und man dringt jetzt nur darauf, daß wir eine kurze Friſt zur Annahme unſerer Baſis oder zum Abbrechen ſetzen ſollen. Damit glaube ich nun noch einige Wochen warten zu ſollen. Ueberdieß gehen die Berathungen in der Conferenz ihren Weg, man wird in etwa 14 Tagen, mit dem hannöverſchen Vertrage in 8 Wochen ganz fertig ſein. Ich bitte nun, daß Ew. Hochwohlgeboren, nachdem Sie einmal die Initiative genommen haben, jetzt das Verhandeln nicht zu ſehr ſuchen, ſondern nach Conſtatirung Ihrer Willfährigkeit es Ihrer Seits an ſich kommen laſſen. Herrn v. Buol bitte ich auf die neueſten Artikel des „Constitutionnel“ aufmerkſam zu machen, wo die Darmſtädter**) gelobt werden wegen ihrer Hinneigung zu Frankreich. 1852 14. 6.

Sollte Ihnen die Zeit zu lang werden, ſo können Sie auch einmal fortreiſen, doch wird dieß wohl nicht vor der Rückkehr des Kaiſers geſchehen können. Herr v. Werthern***) hat um Urlaub gebeten; ſoll ich ihn ertheilen? Noch einige Perſonal-Bemerkungen. Eine höchſt wichtige Perſon iſt Herr Grünne†); ich habe ihn immer als Preußen hier bezeichnen hören; nach Ihren Mittheilungen müßte eine Wandlung mit ihm vorgegangen ſein. Er hat großen Einfluß auf den Kaiſer, iſt klug, verſchloſſen,

*) Daß Preußen die Verhandlung über den Zolleinigungsvertrag mit Oeſterreich unbedingt ablehne und erſt nach geſicherter Erneuerung des Zollvereins mit Oeſterreich wegen eines Handelsvertrags unterhandeln werde, W. Weber a. a. O. 314.

**) S. o. S. 59.

***) Legationsſecretär bei der Preußiſchen Geſandtſchaft in Wien.

†) Feldmarſchall-Lieutenant und Generaladjutant des Kaiſers von Oeſterreich.

1852 14. 6. bestimmt; doch glaube ich, daß er zu gewinnen ist; es wäre schon viel werth, wenn er dem Kaiser einmal von unserer Auffassung spräche; ich bin überzeugt, daß dieser sie nicht kennt; man sagt ihm nur von unserer Negative. Graf Platen*) halte ich für sehr preußenfeindlich: ich bitte sich mit ihm sehr vorzusehen; er wünscht Hannovers Rücktritt schon um deshalb, weil er dann ein Junker-Ministerium hofft. Linden**) ist beschränkt und ganz veröstreichert, dabei intrigant und indiscret. Mit dem Verschluß Ihrer Papiere bitte ich äußerst vorsichtig zu sein und das was Sie nicht bei sich tragen zu verbrennen; im Gasthof hat man gewiß Nachschlüssel. Nun Gott befohlen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener und Freund

B. 14/6. 52. Manteuffel.

Nächsten Freitag wird Hinckeldey zu einer Polizei-Conferenz nach Wien kommen; vertrauen Sie ihm nichts an, er ist eitel und schwatzhaft.

41.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 15. 6. benachrichtige ich in Verfolg meines gestrigen Schreibens, daß mir zwar auf nicht offiziellem, aber glaubhaftem Wege die Nachricht zugeht, daß Herr v. d. Pfordten***) den Beistand Frank-

---

*) Hannoverscher Gesandter in Wien.

**) Württembergischer Gesandter in Wien.

***) Bayerischer Minister des Königl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

reichs für die Darmstädter Coalition nachgesucht und dagegen Namens der betheiligten Staaten Neutralität in allen zwischen Frankreich und den beiden deutschen Großmächten eintretenden Collisions-Fällen verheißen hat. Ich hoffe in Besitz eines diesen Vorgang beweisenden Schriftstückes zu gelangen. So lange dieß noch nicht der Fall ist, kann diese Notiz freilich nicht als begründet betrachtet und gebraucht werden; ich habe aber nicht unterlassen wollen, Ew. Hochwohlgeboren davon zu Ihrer Direction Kenntniß zu geben. 1852 15. 6.

Des Königs Majestät kehren morgen, den 16. d. M. Abends hierher zurück.

Hochachtungsvoll

Berlin, d. 15. Juni 1852. Manteuffel.

42.

Résumé d'une conversation (du Cte Nesselrode) avec le Cte de Buol*).

L'Autriche, loin de désirer la dissolution du Zollverein comme résultat des conférences actuellement ouvertes à Berlin, en souhaite au contraire l'extension et la consolidation. Elle voudrait même y voir exercer une influence prépondérante par la Prusse, afin que son action n'y fût point entravée — comme elle l'est actuellement — par le véto de chacun, même des plus petits associés. L'Autriche ne songe pas à disputer la première place à la Prusse dans la direction des intérêts commerciaux de l'Allemagne. Elle ne prétend à rien autre chose qu'à obtenir dès à présent un examen de ses propositions con-

*) Vgl. Bismarcks Bericht an Manteuffel vom 25. Juni 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 34 S. 89 ff.

signées dans le projet de traité de commerce Litt. A, et à cet effet elle s'attend à ce que la Prusse lui proposera de s'entendre avec elle sur ce point pendant la durée des négociations ouvertes avec les membres du Zollverein.

Quant au traité d'union commerciale Litt. B. entre le Zollverein et l'Autriche, celle-ci se contentera d'une assurance portant que la Prusse ne s'y oppose pas en principe et qu'elle examinera plus tard, si cette union entre deux groupes commerciaux ne promet pas des avantages réciproques.

L'essentiel pour l'Autriche est de savoir que la Prusse veut de bonne foi et sans arrière-pensée politique, prendre en mûre considération les intérêts matériels engagés dans ces questions.

Les Etats qui se sont fait représenter au Congrès commercial de Vienne croient à la possibilité de réaliser lors du renouvellement du Zollverein les stipulations éventuelles consignées dans la convention A et dans un avenir plus éloigné celles qui font l'objet de la Convention B.

Pourquoi la Prusse veut-elle se refuser à l'examen que lui demande l'Allemagne entière?

Mit Bezug auf dieſes résumé iſt in dem in der Anmerkung angeführten Bericht die handſchriftlich auf der Abſchrift des Berichts nach dem Satze „Den Paſſus .... aufgefaßt" (S. 90, Z. 4 v. u.) nachgetragene Randbemerkung Bismarcks einzufügen:

Herr v. Fonton ſagt mir, daß das résumé ꝛc. von Graf Neſſelrode in Gegenwart des Grafen Buol geſchrieben und von letztrem approbirt worden ſei. Er bat mich in Berlin von dieſer Sinnesänderung des Grafen Buol, die er durch désaveu des résumé an den Tag lege, nicht zu ſprechen.

43.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

beſcheinige ich zunächſt den Empfang der drei aus Wien an mich gerichteten geehrten Schreiben*). Die beiden letzten habe ich noch zu beantworten. Das mir geneigteſt mitgetheilte Schreiben des Herrn v. Schele**) ſende ich in der Anlage zurück. Herr v. Budberg, der geſtern bei mir war, frug mich, ob ich dieſes Schreiben kenne; Ew. Hochwohlgeboren Weiſung gemäß und als guter Diplomat verläugnete ich dieß und blieb auch bei dieſer Nothlüge, als Herr v. Budberg ſeine Verwunderung ausſprach und bemerkte, daß Herr v. Schele die Vermuthung ausgeſprochen habe, es werde mir davon Mittheilung gemacht werden. Ich habe Grund anzunehmen, daß jenes Schreiben einiger Maaßen unter Ruſſiſchem Dictat geſchrieben iſt, wenigſtens ſcheint es mir vielfach den Wiederhall des in Ew. Hochwohlgeboren Händen befindlichen résumé, welches Graf Neſſelrode mir zugeſtellt hat***), zu enthalten, wonach Oeſterreich die Rolle des beſcheiden Bittenden und uns die des ſpröde Abweiſenden zugetheilt wird. Ich darf vorausſetzen, daß Ew. Hochwohlgeboren dieſe Darſtellung rectificirt haben. Meiner Seits enthalte ich mich hierauf weiter einzugehen, da Ew. Hochwohlgeboren ja darüber vollſtändig informirt ſind und füge nur hinzu, daß das Oeſterreichiſche Intriguen-Spiel, über welches man doch Herrn v. Schele aufklären ſollte, unausgeſetzt fortgeht. Die Antwort, welche auf unſere Erklärung vom 7. d. M.

1852 25. 6.

*) Vom 15. Juni, Preußen im Bundestag I, No. 76 S. 103 ff., vom 18./19. Juni, vom 22. Juni 1852, ebend. IV, No. 82 u. 83 S. 81 ff. 87 ff.

**) S. Anhang I, 9 ff.

***) S. o. S. 69 f. No. 42.

1852 25. 6. gegeben werden ſoll, iſt in München formulirt worden; ſie hat den hieſigen Zollvereins Bevollmächtigten der Darmſtädter Coalition vorgelegen, von dieſen hat ſie indeß Keiner den Preußiſchen Commiſſaren, die ihnen immer mit großer Offenheit entgegenkamen, mitgetheilt, wohl aber ſind ſie mit Herrn v. Prokeſch beſprochen worden. Die Zoll Bevollmächtigten haben übrigens gegen die Faſſung jener Erklärung remonſtrirt, da ſie ihnen zu ſcharf ſchien und man immer mehr zu der Ueberzeugung gelange, daß man hier doch Ernſt mache. Herr von Könneritz*), der kürzlich in Hannover geweſen, ſagte mir unaufgefordert, er komme von dort mit der Ueberzeugung zurück, daß man in Hannover nicht an die Möglichkeit eines Rücktritts vom September-Vertrage denke, und er werde dies auch in Dresden ſagen. So ehrlich alſo auch Schele ſein mag, ſo iſt es doch wohl möglich, daß er aus Liebe zum Frieden ein doppeltes Geſicht und zwar nach beiden Seiten hin ein bedenkliches zeigt. Nach meinen Nachrichten aus Hannover geht es dort recht ſchwach; in den Kammern ſind die Demokraten geradezu die Herrſchenden und das Miniſterium duldet dieß, ſo daß je nachgiebiger man jetzt iſt, doch zuletzt der coup d'état von dieſen oder andern Händen wahrſcheinlich durch den Bundestag ausgeführt bevorſteht. Aus Darmſtadt habe ich auch Symptome großer Bedenklichkeit vor den Folgen der Coalition. In Summa ſcheint es mir, daß die Sache jetzt dergeſtalt auf der Spitze ſteht, daß es auf Momente des längern Ausharrens ankommt. Deshalb habe ich Ew. Hochwohlgeboren auch das bewußte Nein**) geſandt. Das hindert nicht, daß Sie in der Form ſo freundlich und eingehend als möglich ſind, aber in der Sache allen feſten Engagements, auch eigentlichen Ver-

*) Kgl. Sächſiſcher Geſandter in Wien.

**) Die Depeſche, die nur aus dem Worte Nein beſteht, iſt erhalten; vgl. Bismarcks Brief vom 23. Juni 1852 an die Gattin, S. 345 f. (Ausgabe der Briefe von Fürſt H. Bismarck).

handlungen zu entſchlüpfen ſuchen*). Dergleichen würde uns 1852
hier und unſern Feinden gegenüber mehr ſchaden als nützen. 25. 6.
Deshalb iſt mir auch Ihr Urlaubs-Geſuch nicht unangenehm; nur bitte ich alles zu vermeiden, was Ihre Abreiſe als einen Bruch könnte erſcheinen laſſen, und ich möchte anheimſtellen auszuſprechen, daß die Nachrichten, die Sie aus Frankfurt erhalten hätten, Sie beſtimmt hätten, ſelbſt ohne meine Genehmigung wegzugehen. Ich habe übrigens dem König von Ihrem Geſuche geſagt und deſſen Einwilligung erhalten. Ueber die Zeit Ihrer Abreiſe und den Weg, den Sie nehmen wollen, erbitte ich mir eventuell telegraphiſche Benachrichtigung, und bemerke, daß ich morgen (den 26ten) auf zwei Tage nach der Lauſitz gehe, aber am 28ten wieder hier bin. Vielleicht gehe ich dem König entgegen, der am 3. oder 4ten hier wieder eintreffen wird.

So eben erhalte ich das s. p. r. anliegende, von Ihnen bekannter Hand**) geſchriebene Schreiben, welches meine Auffaſſung beſtätigt. Ich habe, obwohl ich Rochow nicht für ganz geeignet zu der Miſſion halte, doch um nur die Sache feſt zu machen, ſofort an Rochow, der leider in Dresden iſt, geſchrieben und ihn angewieſen, ſich an das Hoflager Sr. Majeſtät von Württemberg zu begeben, und dahin inſtruirt, daß er ohne ad specialia zu verhandeln, ſich nur ganz generell den Austritt des Königs von W. aus der Coalition gegen die Befreiung von dem drohenden Spion ſolle ſtipuliren laſſen.

Mit Rückſicht auf die immer mehr zur Entſcheidung drängende Sachlage werden wir nun in den nächſten Tagen in der Zoll-Conferenz noch eine Erklärung abgeben, über deren Formulirung wir uns morgen einigen wollen, dahin gehend:

---

*) S. dazu die Correſpondenz Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen im erſten Theile des Anhangs.

**) Offenbar von der Hand des Staatsraths v. Klindworth, den Manteuffel für einen Spion zu halten geneigt war.

1852 25. 6. nachdem nunmehr der September Vertrag in den wesentlichsten Punkten durchdiscutirt und angenommen sei, nachdem wir zwei Monate ungeachtet der uns unbekannten Coalitionsbeschlüsse verhandelt hätten, nachdem wir unsere Position bei jeder Gelegenheit bestimmt und unzweifelhaft ausgesprochen, könnten wir mit Rücksicht auf die Interessen unseres Landes die bisherige Ungewißheit nicht fortbestehen lassen, wir müßten daher wissen, wer auf unserem Standpunkt stehe, und wer nicht; mit letzteren würden wir nicht ferner verhandeln. Oesterreichs soll in dieser Erklärung mit keinem Worte gedacht und überhaupt alles Verletzende vermieden werden. Es ist dabei die Absicht, zu vermeiden, daß wir nicht durch Beantwortung unserer letzten Erklärung in einen advocatischen Schriftwechsel hinein kommen. Vor der Hand soll auch noch keine Frist gesetzt, eine solche vielmehr als ferneres Zwangsmittel vorbehalten werden. Diese Erklärung wird etwa nächsten Mittwoch abgegeben werden.

Ich hoffe, daß Ew. Hochwohlgeboren aus dieser sehr confusen und mit ganz ermüdeter und verlahmter Hand geschriebenen Auseinandersetzung doch den Stand der Sache zu entnehmen vermögen werden; was an Instructionen fehlt, das werden Sie selbst Sich ergänzen. Sollte man Sie zu sehr zum Verhandeln drängen, so daß Sie ohne zu verletzen nicht ausweichen können, so bitte ich, Sich Frist zur Instructions-Einholung zu erbitten, dann wird man ja weiter sehen.

Meine Frau grüßt Sie und ich verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergeb. Diener und
Freund

Berlin, d. 25ten Juni 1852. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom ? Juli 1852 s. Preußen im Bundestag IV, No. 35 S. 92 ff.

44.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

sende ich in der Anlage Abschrift eines von Graf Buol an mich gerichteten Antwortschreibens. Abgesehen von dem freundlichen Ton, in welchem das Schreiben abgefaßt ist und wofür ich dem Herrn Verfasser sehr dankbar bin, tritt die Verschiedenheit des beiderseitigen Standpunkts darin leider sehr bestimmt hervor. Wir läugnen eine politische Seite des Zoll-Vereins durchaus nicht, wir würden dessen Auflösung gerade auch aus politischen Gründen um deshalb beklagen, weil wir daraus die Störung wesentlicher materieller Vortheile und daraus folgend Mißbehagen der Bevölkerung als nothwendige Consequenz hervorgehen sehen zu müssen glauben, allein wir sehen die politischen Folgen des Zoll-Vereins als sich von selbst ergebende aus dem freien Zusammentreten homogener Staaten an; wir wollen natürlichen und gegebenen Verhältnissen einen sachgemäßen Ausdruck durch selbstständige Vereinbarung der Regierungen geben. Dieß ist die Entstehung und der bisherige Charakter des Zollvereins gewesen. Oesterreichischer Seits wird die Sache ganz anders aufgefaßt. Man stellt den politischen Zweck an die Spitze, und die materiellen Interessen müssen sich diesem Zweck unterordnen, deshalb werden Opfer verlangt und freilich auch angeboten. Indeß wenn man auf diesem Wege auch die heterogensten Theile zusammenschmieden kann, so wird man doch entweder nichts Dauerndes erzielen oder einen Zwang anwenden müssen, welcher nichts weniger als Befriedigung zur Folge haben könnte. Grade um einen solchen Zwang zu vermeiden, enthält die Bundesacte schützende Bestimmungen, und ich bezweifle, daß man die Bundes-Verfassung den deutschen Stämmen angenehm machen dürfte, wenn

1852
26. 6.

1852 26. 6. man dieſe Beſtimmungen formell beſeitigen oder thatſächlich außer Augen ſetzen wollte. Ich würde, wenn ich auch ganz von dem Standpunkt Preußens, welches ſich einen ſolchen Zwang nicht wird gefallen laſſen können, abſehe, niemals zu einem derartigen Schritte rathen; es würde dann vorzuziehen ſein, die Selbſtſtändigkeit der einzelnen Staaten überhaupt aufzuheben; dann würde wenigſtens die Nothwendigkeit dem Zwange ſich zu fügen, rechtlich nicht in Frage geſtellt werden können.

Ew. Hochwohlgeboren erlaube ich mir, dieſe Bemerkungen ganz vertraulich mitzutheilen, und ich ſtelle Ihnen anheim davon in Ihren Unterredungen mit Graf Buol den geeigneten Gebrauch zu machen. Daß ich Ew. Hochwohlgeboren das Schreiben des Grafen Buol mitgetheilt habe und daß dieſe Bemerkungen durch daſſelbe hervorgerufen worden, wollen Sie indeß unerwähnt laſſen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26ten Juni 1852. Manteuffel*).

Anlage.

Graf Buol an Minister v. Manteuffel.

Ew. Excellenz

1852 21. 6. haben mich durch das ſehr geehrte Schreiben vom 6. d. M., welches ich durch Herrn von Bismarck zu erhalten das Vergnügen hatte, zu dem lebhafteſten Danke verpflichtet. Dieſen glaube ich nicht beſſer bethätigen zu können, als indem ich mir erlaube, daſſelbe mit der größten Offenheit zu beantworten.

Ew. Excellenz muß ich vor allem bitten verſichert zu ſein,

*) Die Antwort auf dieſes Schreiben enthält Bismarcks Brief von Anfang Juli, ſ. o. S. 74 Anm.

daß die Sendung eines ſo ausgezeichneten und mit dem vollen Vertrauen ſeines Königs beehrten Staatsmannes ſowohl, als auch die freundlichen Worte, deren Ueberbringer er war, hier nur recht aufrichtig gewürdigt werden konnten. Dabei aber darf ich nicht bergen, daß die gleichzeitig von ihm mitgetheilte jüngſte Erklärung an die zu Berlin tagenden Zollvereinsmitglieder und inſonders die darin ausgeſprochene Ablehnung der von den vorzüglichſten deutſchen Regierungen projectirten Zolleinigung mit Oeſterreich uns weniger angenehm berühren mußte. 1852 21. 6.

Haben wir ſchon innig bedauert, daß die k. preußiſche Regierung an den Wiener Verhandlungen, in welchen wir ihr ſo gern das leitende Gewicht eingeräumt hätten, an welches es durch die in langer Praxis erworbene Erfahrung vollen Anſpruch hat, ſich nicht betheiligen wollte, ſo müſſen wir in dem jetzigen Stadio beklagen, daß nach den freundlichen Mittheilungen, die von dem Ergebniſſe dieſer Verhandlungen nach Berlin gemacht wurden, Preußen immer noch darauf beharren zu müſſen glaubt, ſich gegen das angebahnte Project einer Zoll-Einigung mit einer Beſtimmtheit auszuſprechen, die freilich eine Verſtändigung vorerſt nicht zuläßt.

Allerdings iſt der von Ew. Excellenz als ein Mittel zur Verſtändigung angedeutete Weg — nämlich ſich vorerſt über die Grundlagen zu einigen und daran rückwirkende Beſprechungen anzuſchließen, an ſich zuläſſig und praktiſch. Die Schwierigkeit aber läge in der, wie es mir ſcheint, daran geknüpften Bedingniß einer vorhergehenden Umgeſtaltung und Erweiterung des Zoll-Vereins, und leider haben meine Geſpräche mit Herrn v. Bismarck mir über dieſen Punkt keine beruhigende Aufklärung gegeben. Es will uns bedünken, daß bei der von den bedeutendſten Zollvereinsſtaaten ausgeſprochenen Anſicht die Realiſirung dieſes Projectes auf weſentliche Hinderniſſe ſtoßen würde und daß die vorausgehende Feſtſetzung des Prinzips der Einigung mit Oeſterreich weit eher die Verſtän-

1852 21. 6. digung über die in Folge des September-Vertrages einzutretenden Erneuerung und Erweiterung des Zoll-Vereins fördern würde.

Blos auf dieſe Art wäre es uns möglich, unſern Einfluß auf unſere Verbündeten zum Behufe einer allſeitigen Befriedigung geltend zu machen, während in der bisherigen Geſtaltung der Frage ihre Löſung ebenſo wenig in dem Bereiche unſerer Kräfte liegt, als wir uns berufen fühlen können, auf die Anſichten der mit uns gleichgeſinnten Regierungen in einem Sinne einzuwirken, der uns nicht zweckförderlich erſcheint.

Noch eine Bemerkung muß ich mir erlauben Ihrer Beherzigung zu empfehlen. Ew. Excellenz ſagen, daß Preußen nur einen geringen Werth auf die Fortdauer des Zoll-Vereins namentlich vom finanziellen Standpunkte aus zu legen berufen ſey. — So wenig wir nun im Stande ſind, in letzterer Beziehung uns ein vollgültiges Urtheil zu erlauben, ſo muß ich jedenfalls bedauern, daß von einem allgemeinen Standpunkte aus unſere Anſichten mit den Ihrigen nicht zuſammen ſtimmen. Wir glauben nämlich auf den Fortgang und die Erweiterung des Inſtitutes vielmehr einen großen Werth legen zu müſſen, ſoweit freilich damit nicht unſere Ausſchließung gemeint iſt, und wir verlangen nichts beſſer als dieſes Gefühl durch die That beweiſen zu können. Dabei gehen wir allerdings ſo wenig vom finanziellen Geſichtspunkte aus, daß wir ſelbſt bereit wären, pecuniäre Opfer zur Erreichung dieſes Zweckes nicht zu ſcheuen. Wir glauben nämlich, daß der politiſche Karakter von dem Inſtitute einmal nicht zu trennen iſt und legen eben in Betracht der politiſchen Conſequenzen einen ſo großen Werth auf ſeine Erhaltung. Wir ſind überzeugt, daß das Verhältniß zwiſchen Oeſterreich und Preußen kein geregeltes ſein kann, daß Deutſchland ſeinen Beruf in der Politik nicht ausfüllen wird, ſobald eine der beiden deutſchen Großmächte, ſei es nun Oeſterreich oder Preußen — neben dem

Bunde ſtehen wird. Die Anerkennung aber des Ausſpruches, 1852
daß Deutſchland mit Oeſterreich in keine Zolleinigung treten 21. 6.
darf, würde eine ſolche Conſequenz früh oder ſpät nach ſich ziehen. — Als weitere unerläßliche Folge einer ſo unnatürlichen Stellung würde die Zerrüttung aller ſozialen und politiſchen Lagen nicht ausbleiben. Dieſes Ergebniß aber zu verhindern, ſcheint mir die Aufgabe und der Beruf der beiden Großmächte, und es dürfte eben die Löſung dieſer Handelsfrage ihnen hierzu das vornehmſte und naheliegendſte Mittel biethen.

Mögen die Fachmänner auf der einen Seite ſich ſanguiniſche Hoffnungen machen oder auf der andern zu ernſte Beſorgniſſe daran knüpfen — hierüber kann man ſtreiten und Zweifel hegen. — Uns aber kommt wohl vor allem andern zu, den politiſchen Standpunkt ins Auge zu faſſen und inſonders zu beherzigen, daß, wo Oeſterreich und Preußen nicht vereint und von demſelben Standpunkte aus wirken, nichts haltbares in Deutſchland zuſammen kömmt. In dieſer Richtung eifrig und aufrichtig mitzuwirken wird das Kaiſerliche Kabinet ſtets bereit ſein, und es hofft noch immer ſich dabei mit Preußen zu begegnen. Sollten wir uns aber hierin täuſchen, ſollte Preußen das vorliegende Werk ohne Oeſterreich vollbringen und die materielle Spaltung verlängern wollen oder ſelbſt keinen Werth auf die Forterhaltung eines Inſtitutes legen, das ſich ſeit einer Reihe von Jahren bereits als ſo heilbringend bewährte, dann freilich würde auch die politiſche Einigung bedroht ſein und auch wir — außer Stande den Zoll-Verein zu halten, — nunmehr die zu gewärtigenden Zwiſchenfälle abzuwarten und aufrichtig zu wünſchen vermögen, daß die Gefahren von Deutſchland möglichſt lange abgewendet bleiben, die ein fortgeſetzt widerſtrebender Gang der beiden Großmächte naturgemäß im Gefolge haben muß.

Ich werde es als einen mir überaus ſchätzbaren Theil aus der Verlaſſenſchaft des verewigten und unvergeßlichen Fürſten

1852 21. 6. von Schwarzenberg anſehen, wenn Ew. Excellenz mir daſſelbe Vertrauen und in Folge hiervon dieſelbe Gelegenheit zu vertraulichen Mittheilungen gewähren wollen, deren ſich der verſtorbene Miniſterpräſident zu erfreuen hatte.

Der unbeſcheidene Umfang dieſes Schreibens dürfte ſelbſt Zeugniß ablegen, wie zuverſichtlich ich darauf zähle, daß den Intentionen, die meine Feder geleitet, Gerechtigkeit geleiſtet wird.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter Diener

Wien den 21. Juny 1852. Graf Buol.

45.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1852 6. 7. Vermittelſt einer am heutigen Tage, morgens 7½ Uhr abgegangenen telegraphiſchen Depeſche habe ich Ew. Hochwohlgeboren davon in Kenntniß geſetzt, daß der von Ihnen gewünſchte Urlaub bewilligt wird. —

Da es möglich iſt, daß die gedachte Depeſche erſt nach Ihrer Abreiſe von Wien dort eingetroffen, ſo habe ich nicht unterlaſſen wollen, hiervon Ew. Hochwohlgeboren nochmals zu benachrichtigen.

Berlin, den 6. July 1852.

Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten

Manteuffel.

An

den Kgl. außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter Herrn v. Bismarck-Schönhauſen

zur Zeit in

Halle

Hôtel des Thüringer Bahnhofs.

46.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrtester Freund und Gönner,

Kurz nach Ihrer Abreise habe ich mich zum Grafen Buol 1852
begeben, um von ihm zu erfahren, warum er mit Ihnen 8. 7.
über meinen Vermittelungsvorschlag zu reden vermieden hat. Graf Buol theilte mir mit großer Offenheit die Motive mit, welche ihn von einem weiteren Eingehen in die Zoll- und Handelseinigungsfrage abgehalten haben. Zuvörderst bemerkte er, wie er jede Verhandlung ohne Zuziehung der Darmstädter Coalition sorgfältig vermeiden müsse, um dieser nicht ombrage zu geben. Sodann glaubte er bestimmte Anträge von Seiten der Preußischen Regierung abwarten zu müssen, ehe er sich auf irgend eine Art von Besprechung einlassen könne. Ich stellte ihm hierauf die positive Frage, ob er meinen Vermittelungs-Vorschlag, falls er in Form von Anträgen von der Preußischen Regierung hiehergebracht würde, für geeignet halte als Basis zu demnächstigen Verhandlungen zu dienen. Er erwiederte mir hierauf, wie er seiner persönlichen Ansicht nach eine Verständigung auf dieser Basis für möglich halte, vorausgesetzt jedoch, daß die Coalitionsstaaten mit zu den Verhandlungen gezogen würden. Ich schlug ihm darauf folgenden Weg vor: Ich sei bereit, meinen Vermittelungs-Vorschlag den hier accreditirten Repräsentanten der Coalitionsstaaten mit der Bitte mitzutheilen, in Bezug auf denselben Instructionen von ihren respectiven Höfen einzuholen. Zugleich wolle ich Sie ersuchen, den Vermittelungsvorschlag Ihrer Regierung unterzubreiten und mit den nöthigen Instructionen hieher zurückzukehren, worauf denn diese Frage mit den hiesigen betreffenden Repräsentanten besprochen und zum Abschluß gebracht werden könne. Graf Buol äußerte sich mit diesem Wege vollkommen

1852 8. 7. einverſtanden und rieth mir denſelben unverweilt in Ausführung zu bringen.

Iſt es wirklich allerſeits die Abſicht den Zollverein zu erhalten, ſo ſcheint mir der vorgeſchlagene Weg der geeignetſte zu ſein. Sind Sie derſelben Anſicht, ſo ſchreiben Sie mir gefälligſt mit umgehender Poſt.

Leben Sie wohl und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren aufrichtigen Freund

Wien den 8ten Juli 1852. A. Graf v. Platen*).

47.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 20. 7. beide letzte Privatſchreiben**) habe ich erhalten, und das eine ſchon telegraphiſch beantwortet.

Was die Zoll-Vereins-Dinge betrifft, ſo erſchweren die Zeitungen ſie weſentlich.

Die von Ihnen gewünſchte Desavouirung***) iſt inmittelſt in der Adler-Zeitung erſchienen.

Heute geben wir nun unſere definitive Erklärung ab †).

Ich füge Abſchrift zu Ihrer Kenntnißnahme bei, ſie iſt mild aber verſtändlich.

An Neſſelrode habe ich geſchrieben und ihm vorgehalten, daß ſein unpaſſender Vermittlungs-Vorſchlag nur ſchädlich ſei,

---

*) Vgl. dazu Bismarcks Schreiben an Manteuffel vom 11. Juli 1852, Preußen im Bundestag IV, No. 36 S. 96 f.

**) Vom 17. Juli, Preußen im Bundestag I, No. 80 u. 81 S. 112 ff. 114 ff.

***) Der Gerüchte wegen Ueberſchreitung ſeiner Inſtructionen in den Wiener Verhandlungen, ſ. Anhang I, 15 Anm. *).

†) Vgl. W. Weber a. a. O. S. 315 f.

was auf Grund einer längeren Unterredung mit mir der Kaiser auch anerkannt hat. 1852 20. 7.

Noch ein Curiosum: Ich hatte Recherchen angeordnet, um den Verfasser des offiziös klingenden Artikels in der Spenerschen Zeitung*) zu ermitteln. Quehl versichert, es sei ein ganz ruppiger Jude, Protégé von Meusebach**), aber seit Jahren aus dem Litterarischen Büreau entlassen. Das war richtig. Es wird Haussuchung bei ihm gehalten, und unter vielen andern hämischen Artikeln findet sich auch einer von der mir sehr wohlbekannten Hand Sr. Excellenz des Baron Prokesch.

Herr Hirsch hat auch für die Neue Preußische Zeitung Artikel geliefert.

Ich habe die Geschichte unter dem Motto: „Vertrauen erweckt Vertrauen" an Nesselrode geschrieben.

Herr Klentze insinuirt mir heute sehr fein auf Grund eines gesandtschaftlichen Berichts, Sie hätten sich in Wien als meinen baldigen Nachfolger gerirt.

Ich habe darauf erwiedert, ich glaubte das nicht, hätte aber nichts dagegen.

Meine Frau trägt mir Empfehlungen an Sie und Ihre Frau Gemahlin auf. Wir sind soeben im Begriffe aufs Land zu gehen. Ich bekomme aber täglich meine Mappen und Correspondenzen und gedenke auch bald hier zu sein.

Ich bitte diesen Brief zu vernichten und den darin enthaltenen Bemerkungen keine Folge irgendwelcher Art zu geben.

Hochachtungsvoll

20/7. (1852). Manteuffel.

---

*) Vgl. zum Inhalt desselben Bismarcks Bericht vom 15. Juli 1852, Preußen im Bundestag I, No. 79 S. 112.

**) Preußischer Consul in Bukarest.

48.

Graf Platen an Bismarck.

Wien den 30ten Juli 1852.

Beſter, verehrteſter Freund.

1852 30. 7. Zu meinem großen Bedauern habe ich Graf Arnim geſtern geſehen. Ich ſage mit Bedauern, da ich nun dem Vergnügen entſagen muß, Sie hieher*) zurückkehren zu ſehen. Man erzählte mir, Sie ſeien mit Manteuffel zerworfen und würden von ihm in der Handelsfrage nicht mehr verwendet werden. Auch fügte man hinzu, daß mein Vermittelungs-Vorſchlag keinen Eingang bei dem Preußiſchen Miniſterio gefunden und daher keine Hoffnung vorhanden ſei, irgend eine Verſtändigung herbeizuführen. Sind dieſe hier verbreiteten Gerüchte gegründet oder nicht und was iſt die Urſache dieſer angeblichen Differenz zwiſchen Ihnen und Manteuffel? Sie haben gewiß die Güte, mir in dieſer Beziehung einige Aufklärung zu geben.

Nächſten Sonntag wird Beuſt hier erwartet. Er hat mit von der Pfordten in Leipzig gekocht und gedenkt ſein ſächſiſch-baieriſches Gericht dem Kaiſerlichen Kabinet vorzuſetzen. Aus welchen Ingredienzen das Gericht beſteht, weiß ich nicht; werde es aber wohl bald erfahren.

Meyendorff wünſcht ſehnlicher denn je eine Verſtändigung. Er glaubt, daß Hannover gut thue ſeine bons offices anzubieten. Glauben Sie, daß dieſelben von Ihrem Miniſterio angenommen werden werden? Die Schwierigkeit liegt in der Art und Weiſe, wie Hannover vermitteln ſoll. Es iſt wahrlich Schade, daß mein Vermittelungs-Vorſchlag geſcheitert iſt; ich glaube, daß auf dieſer Baſis eine Verſtändigung herbeigeführt werden konnte. Die Reduction des zwölfjährigen Zeitraums**) auf 8 Jahr bezog ſich meiner Anſicht nach aber nur auf den Zollverein und nicht

*) Als Geſandter an Arnims Stelle.

**) Des Zollvereins.

auf den Septembervertrag. Letzterer kann Preußen gegenüber 1852
dadurch nicht alterirt werden. Nur den übrigen Mitgliedern 30. 7.
des Zollvereins gegenüber wird nach dem Vorschlage der Septembervertrag auf 8 Jahr reduzirt. Preußen und Hannover bleiben in dem abgeschlossenen Vertrags-Verhältniß, so daß nach Verlauf der 8 Jahre das jetzige Verhältniß zwischen Hannover und Preußen wieder hergestellt wird für den Fall, daß keine Zolleinigung zu Stande kommen sollte. Ich erwähne das, weil mein Vorschlag mißverstanden worden ist, und man mir den Vorwurf gemacht hat, als wenn der Vorschlag auf Kosten meines Vaterlandes gemacht sei. Daß ich einen für Hannover allein nachtheiligen Vergleich nicht machen werde, sollte sich doch von selbst verstehen. —

Der König Otto von Griechenland ist gestern hier angelangt; er sieht sehr gelb aus, ist taub wie eine Bombe und geht nach Carlsbad. —

Zum Empfang des Kaisers werden vom Gemeinderath Triumphbögen erbaut etc. —

Josica*) ist nach Siebenbürgen. Die Fürstin Schoenburg nach Paris. Beiden habe ich Ihre Grüße hinterbracht.

Leben Sie wohl und setzen Sie mich recht bald von Ihren Plänen in Kenntniß.

Ihr
treuer Freund
A. Graf v. Platen.

49.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Gratulor ex animo**), acceptire dankbar die Pathenstelle, 1852
vor der Hand aber reise ich mit seit einer Stunde wartenden 4. 8.

*) Führer der Conservativen und eine Zeit lang Kanzler von Siebenbürgen.

**) Zur Geburt des zweiten Sohnes Wilhelm.

1852 4. 8. Courier-Pferden nach Croſſen, von wo ich am 14. d. M. hierher zurückkehre.

Animiren Sie den Canitz*) in der Zollſache derb aufzutreten, namentlich in Naſſau, da kann er geradezu drohen.

Unverändert

Manteuffel.

4/8. (52).

50.

Graf Platen an Bismarck.

1852 13. 8. Aus Ihrem freundſchaftlichen Schreiben vom 6ten d.**), verehrteſter Freund, habe ich mit Bedauern erſehen, daß meine Vermuthungen in Bezug auf Indiscretionen, die man Ihnen gegenüber ſich zu Schulden hat kommen laſſen, gegründet ſind. Ich vermag Ihnen nicht zu beſchreiben, wie tief ich dies beklage. Es freut mich indeſſen, daß Sie mir ſolche Indiscretionen nicht zur Laſt legen. Ob ich die unſchuldige Veranlaſſung dazu geworden, werde ich hoffentlich bald erfahren, da ich eigens deshalb nach Hannover reiſe. Ob ich die Grenze inne zu halten gewußt, wo die Verpflichtungen der Discretion gegen einen Freund und Edelmann aufhören und die höheren (?)***) gegen den Staat beginnen, mögen Sie, verehrteſter Freund, aus der Anlage beurtheilen, welche Auszüge aus meinen ſämmtlichen Berichten in Betreff Ihrer Miſſion enthält. Es liegt mir zu viel an Ihrer Meinung, um nicht dieſen Schritt zu thun, den ich einem andern gegenüber gewiß nicht unternommen haben würde. Haben Sie die Güte, nach gemachtem Gebrauch das

---

*) Preußiſcher Miniſterreſident beim Großherzogthum Heſſen, Herzogthum Naſſau und der Freien Stadt Frankfurt.

**) Concept nicht vorhanden.

***) Das Fragezeichen rührt vom Schreiber des Briefes her.

Document zu vernichten. Leben Sie wohl und bleiben Sie mein Freund, wie ich stets der Ihrige bleiben werde. 1852 13. 8.

Der Ihrige

Wien, den 13ten Aug. 1852. A. Graf Platen.

Anlage.

Auszüge

aus meinen officiellen Berichten die Mission Bismark betr.*)

1. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 1ten Juli.

„E. E. verfehle ich nicht gehorsamst zu berichten, daß Herr von Bismark die zwischen ihm und mir verabredete neue Fassung des Art. 1 Herrn von Manteuffel vorgelegt und am gestrigen Tage zur Antwort erhalten hat, wie bei der inmittelst preußischerseits in den Zollconferenzen abzugebenden neuen Erklärung Herr von Bismarck sich jeder bindenden Erklärung in Bezug auf eine andere Fassung der im Handelsvertrage bezüglichen Artikel bis auf Weiteres zu enthalten und etwaige desfallsige Anträge lediglich ad referendum zu nehmen habe. Diese Anheimgabe wird indessen Herrn von Bismark nicht abhalten, durch weitere Besprechungen eine Verständigung anzubahnen.

Sowohl die Wünsche des Kaiserlichen Cabinets in Betreff einer kürzeren Dauer des Zollvereins und des Zusammentritts von Commissaren behufs der Wiederaufnahme der Zollvereinigungsfrage, als auch die geäußerten Bedenken wegen der zu leistenden Garantien habe ich zur Kenntniß des Herrn von Bismark gebracht und mit ihm besprochen[1]). Gegen Zollcon-

*) Die Randbemerkungen auf der dem Minister eingereichten Abschrift hat mit dieser und dem Bericht vom 17. August 1852, dem sie beigelegt war, v. Poschinger in der Deutschen Revue, Apr. 1901, 26. Jahrg. Bd. II, 8 ff. veröffentlicht.

1852 13. 8. ferenzen vor dem Ablauf des erneuerten Zollvereins behufs Entscheidung der Zolleinigungsfrage hatte Herr von Bismark nichts einzuwenden. Desto mehr Widerstand fand ich aber in Bezug auf die gewünschte Abkürzung der zwölfjährigen Erneuerung des Zollvereins auf 6 Jahr. Er sah in diesem Vorschlage Oesterreichs die Absicht, sich ein neues Compelle zur Handelseinigung zu verschaffen. Ich bemerkte ihm, wie ein zwölfjähriger Zeitraum bei den stets wachsenden Sympathien für das Freihandelssystem keineswegs im Interesse Preußens sei, worauf er mir schließlich bemerkte, daß er persönlich gegen eine Erneuerung auf 8 Jahr weniger einzuwenden habe, diesen Vorschlag jedenfalls ad referendum zu nehmen für geeignet halte.

Herr von Bismark und ich sind nun übereingekommen, die österreichischerseits und preußischerseits vorläufig angedeuteten Modificationen im Vertrage Lit. A. zu redigiren und dieselben dann durch meine Vermittelung zur Kenntniß des Grafen Buol zu bringen. Willigt dieser in dieselben ein, so beabsichtigt Herr von Bismark damit nach Berlin zu gehen, um sie persönlich durchzufechten."

2. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 3ten Juli.

„Unter Bezugnahme auf meinen Bericht vom 1ten d. beehre ich mich E. E. anzuzeigen, daß ich meinen Vermittelungsvorschlag redigirt und selbigen sowohl dem Grafen Buol als auch Herrn von Bismark übergeben habe. Derselbe lautet folgendermaßen: (folgt der Vorschlag.)

Herr von Bismark hat im Wesentlichen diesem Vorschlage seiner persönlichen Anschauung nach beigepflichtet[2]), dabei aber bemerkt, daß er durch neuere Instructionen gehalten sei, in keiner Weise für seine Regierung bindende Erklärungen abzugeben, sondern alle Anträge lediglich ad referendum zu nehmen. Er fügte hinzu, daß er im Fall der Annahme dieses

Vorschlags Seitens der Kaiserlichen Regierung sich sofort nach Berlin begeben und denselben durchzufechten sich bemühen werde[3]). Dem Grafen Buol habe ich den Vorschlag mit der Bemerkung übergeben, daß derselbe von mir persönlich ausgehe ohne irgend ein Zuthun meiner Regierung und daß die Annahme desselben Seitens des Berliner Cabinets nicht unwahrscheinlich sei. Graf Buol versprach mir, mit Herrn von Bismark über den Vorschlag Rücksprache zu nehmen." 1852 18. 8.

3. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 6ten Juli.

„E. E. habe ich die Ehre mitzutheilen, daß ich zu meinem Bedauern mich in meiner Hoffnung, einen Anknüpfungspunkt zu directen Verhandlungen durch meinen Vermittelungs-Vorschlag herbeigeführt zu haben, völlig getäuscht habe. Obgleich Graf Buol mir versprochen, mit Herrn von Bismark in Bezug auf den Vorschlag zu sprechen, ist unter ihnen von demselben nicht die Rede gewesen. Herr von Bismark reist heute Abend von hier nach Frankfurt ab."

4. Bericht an den Freiherrn von Schele vom 9ten Juli.

„... Da Herr von Bismark nicht abgeneigt ist, meinen Vermittelungs-Vorschlag dem Berliner Cabinet vorzulegen und zu befürworten[4]), falls er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß österreichischerseits etwaige auf diesem Vorschlage basirte Anträge nicht zurückgewiesen würden, so habe ich bei dem Grafen Buol angefragt, ob seiner Ansicht nach auf Grund derartiger Anträge von Seiten Preußens eine Verständigung zu hoffen stehe. Graf Buol antwortete mir, wie er dies allerdings für möglich halte. Ich habe hiervon Herrn v. Bismark in Kenntniß gesetzt."

5. Rapport au Roi en date du 13 Juin.

„Le Comte Arnim est parti hier en congé après avoir remis la direction des affaires de la légation à Mr. de Bismark.

1852 13. 8. Bien que le Comte dise de ne faire qu'une absence de six semaines tout au plus et de retourner alors sur son poste, je suis disposé à croire qu'il ne reviendra pas ici et qu'il est question de le remplacer. Si Mr. de Bismark ambitionnait ce poste, je crois qu'on le lui accorderait volontiers. Mais il paraît qu'il ne le lui convient guère."

6. Rapport au Roi en date du 16 Juin.

„Mr. de Bismark est très peu satisfait de son séjour ici et je crains qu'il n'accepte point ce poste en cas qu'on le lui offre. Il serait cependant fort à désirer, qu'il occupât un des grands postes à l'étranger, vu qu'il a de grandes chances d'être nommé un jour ministre des affaires étrangères, d'autant plus que Mr. de Manteuffel est dégoûté, dit-on, des affaires et désire vivement se retirer [5])."

Randbemerkungen Bismarcks auf der dem Miniſter Manteuffel eingereichten Abſchrift dieſer Auszüge:

[1]) Non mi ricordo!

[2]) übertrieben, cf. B(ericht).

[3]) fiel mir nicht ein!

[4]) Vorlegen, ja; befürworten, nein. — Ich habe niemals irgend welche Anträge von Seiten Preußens in Ausſicht geſtellt, ſelbſt nicht zum Schein.

[5]) Dies wird der Paſſus ſein, welcher Herrn Klenze den Stoff zu den Inſinuationen geliefert hat, die er Eurer Excellenz hat machen wollen.

51.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

habe ich für mehre gütige Schreiben zu danken*). Vielfache Störungen haben mich bisher daran verhindert und auch jetzt schreibe ich Ihnen nur im Augenblicke, wo ich im Begriffe stehe, nach Putbus abzureiſen. 1852 18. 8.

Zunächſt alſo meinen Gruß an den Junker Wilhelm Otto Albrecht; möge er nur ein rechter Bär werden, die Eigenſchaften dieſes Raubthieres ſind jetzt unerläßlich zum Fortkommen.

Daß ich an die dummen Klatſchereien, die über Hannover aus Wien hierher gelangt ſind, niemals geglaubt habe, darüber habe ich mich ſchon früher ausgeſprochen und wiederhole das hiermit.

In unſerer innern Politik hat ſich ein Fall ereignet, welcher zu einer Veränderung unſeres Cabinets allerdings Anlaß geben kann. Der König hat nämlich Radowitz zum Chef des Militär Bildungs Weſens ernannt und nach Berlin berufen.

Vom 1. Oct. d. J. an ſoll er ſeine Functionen beginnen.

Aus Gründen, die ich nicht auseinanderzuſetzen brauche, glaube ich unter ſolchen Umſtänden nicht bleiben zu können, und werde dies Sr. Majeſtät morgen in Putbus ſagen. Ich werde ganz von meiner Perſon, die ja am liebſten Kohl pflanzt, abſehen, auch die Königliche Machtvollkommenheit nicht in Zweifel ziehen und nur auf die Conſequenzen hinweiſen.

Die Sache kommt gerade jetzt ganz mal à propos, denn das Stichwort in Stuttgart iſt ein Bericht von Prokeſch, daß ich mich nicht halten könne, geweſen. Wenn nun gleich-

*) Vom 7. und 14. Auguſt, Preußen im Bundestage IV, No. 40 und 41 S. 101 ff. 104 ff.

1852 18. 8. zeitig die Sonne Radowitz am Horizont aufgeht, so braucht man kein Oedipus zu sein, um zu sehn, wie befruchtend sie für östreichische Intriguen wirkt.

Leider verdirbt sich der Herr selbst die Partie. Ne perdons pas courage!

Württemberg läßt uns auch im Stich und hat sich den Darmstädtern ralliirt noch im letzten Momente.

Auch das darf uns nicht irre machen. Wir müssen jetzt um so fester auftreten, und so lange ich noch ein Wort zu sagen habe, wird es geschehen.

Leben Sie wohl, lieber Bismarck. Ich küsse Ihrer Frau Gemahlin die Hand und meinem Pathchen den Mund.

Meine Frau ist noch auf dem Lande, sie wird nächstens zurückkehren.

Ich komme von Putbus zum nächsten Sonnabend wieder.

Hochachtungsvoll

B. 18/8. 52. Manteuffel.

52.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 17. 9. erwiedre ich auf das geehrte Schreiben vom 14. d. M.*) ganz ergebenst, daß ich mit meiner Stellvertretung durch Herrn v. Kleist**) oder Herrn v. Kessel***) bei der kirchlichen Handlung, die Ihren Jüngstgebornen betrifft, sehr einverstanden bin. Beide Herren sind mir persönlich bekannt und von mir hoch geachtet, und ich werde demjenigen, der für mich auf- und ein-

*) Preußen im Bundestage IV, No. 44 S. 109 f.

**) v. Kleist-Retzow, Oberpräsident der Rheinprovinz.

***) Oberst, Commandeur der preußischen Truppen in Frankfurt a. M.

tritt, noch beſonders dafür danken, verſpreche auch im Voraus durch ihre Zuſagen mich für gebunden zu erachten. Daß Ihre häusliche Feier durch Entziehung Ihres Hauſes*) getrübt wird, bedaure ich ſehr, bin aber leider außer Stande abzuhelfen. 1852 17. 9.

In der Zoll-Sache wollen wir nun nicht mehr mit Erklärungen, ſondern mit Thatſachen auftreten. Wir haben daher heute ſchon nur noch mit unſern Verbündeten verhandelt, wobei freilich Hannover bedenkliche Erklärungen abgegeben hat.

Vom König von Württemberg habe ich einen zärtlichen, aber nichtsſagenden Brief erhalten, worin er ſagt, daß er ſich von der Coalition trennen werde, wenn ſie nicht zu vernünftigen, den Intereſſen Württembergs entſprechenden Entſchlüſſen zu bringen ſei. Ich habe ziemlich beſtimmt geantwortet.

Ihr Urlaubs-Geſuch habe ich Sr. Majeſtät vorzulegen noch nicht Gelegenheit gehabt; der König iſt heute in Paretz. Einen zu warmen Vertreter werden Sie aber an mir, das bemerke ich im Voraus, nicht finden, denn mir wird ganz bange, wenn ich mich von allen Seiten verlaſſen ſehe. Canitz**) will ja auch fort! Ich bitte alſo, daß Ew. Hochwohlgeboren mir umgehend ſagen, ob Ihnen ſehr viel an dem Urlaub gelegen und ob Sie ihn für Ihre Geſundheit unerläßlich halten.

Meine Frau empfiehlt ſich Ihrer Frau Gemahlin.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin den 17. Sept. 1852. Manteuffel.

---

*) Das Haus war an einen mit einer reichen Spanierin verheiratheten Weſtphalen Lehmkuhl verkauft worden. Im Herbſte bezog Bismarck das Haus Gallusſtr. 19.

**) S. o. S. 86 Anm. *).

53.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1852 24. 9. danke ich recht ſehr für das gefällige Schreiben von vorgeſtern*). Wir ſind nun im Beſitz der Münchener Erklärung. Freilich wiſſen wir noch nicht, ob ſie die Genehmigung der Souveräne erhalten hat, aber ich glaube feſt, daß alle, ſelbſt das Badiſche Gouvernement, ſich ihr anſchließen werden, denn ſie iſt ſehr ſchlau gefaßt und giebt den Miniſtern, welche ihre Herren zur Annahme überreden wollen, die Möglichkeit alles Mögliche hineinzulegen. Für uns halte ich ſie aber nicht acceptabel. Eine Abſchrift, welche mir in dieſem Augenblicke nicht zur Hand iſt, behalte ich mir vor demnächſt an Ew. Hochwohlgeboren gelangen zu laſſen. Meine Abſicht iſt gar nicht zu geſtatten, daß die Erklärung offiziell in der Conferenz abgegeben werde, ſondern ſchon jetzt den Bevollmächtigten zu eröffnen, daß wir ſie ſchon jetzt nicht mehr als dazu gehörig betrachteten und daher nur von den einzelnen Staaten und zwar im diplomatiſchen Wege Erklärungen von ihnen entgegennehmen würden. Dieſe Frage wird übrigens erſt morgen von den betheiligten Miniſtern erörtert werden.

Graf Noſtitz in Hannover fing gänzlich an auszuſpannen; anſtatt den fortwährenden Vermittelungs-Gelüſten Hannovers entgegenzutreten, ſtimmte er ihnen ſelbſt zu und empfahl ſie uns. Ueberdieß forderte er jetzt, wo der kritiſchſte Moment eintritt, nämlich der, daß Hannover ſich entſcheide, ob es beim Rücktritt von der Coalition mit uns ferner verhandeln wolle oder nicht, Urlaub. Ich habe daher Graf Alvensleben**) gebeten,

*) Veröffentlicht von v. Poſchinger in der Deutſchen Revue, April 1901, 26. Jahrg. Bd. II 14.

**) Graf Albrecht v. A., preußiſcher Staatsminiſter a. D.

ſich unverzüglich nach Hannover zu begeben, und ich habe 1852
Ausſicht, daß er darauf eingehn wird, wenigſtens wird er morgen 24. 9.
hierher kommen, um Rückſprache zu nehmen.

Nach Darmſtadt habe ich geſtern Herrn von Roſenberg geſandt. Ew. Hochwohlgeboren Vorſchlag dort Herrn Wentzel zu accreditiren, ſchien mir noch etwas verfrüht. Ich legte mir die Frage vor: wie würde Oeſterreich, wenn es in unſerer Lage wäre, dort handeln, und ich glaubte antworten zu müſſen, daß es den Poſten dort ohne Weiteres nicht aufgeben, ſondern eine ſcharfe Spürnaſe wenn auch nicht persona grata, hinſenden würde. Beides trifft bei Herrn v. Roſenberg zu.

Ew. Hochwohlgeboren Urtheil über Klindworth halte ich für richtig. Thatſächlich kann ich zwar hinzufügen, daß er von mir ſchon mehre tauſend Thaler empfangen hat, dennoch halte ich ihn nicht für ſo ſchlecht als ſeinen Ruf. Er hat wirklich Ideen und lebt ihnen, der Geldpunkt geht nebenher. Ich bitte übrigens von dieſen Dingen Sich nichts merken zu laſſen.

Mit hochachtungsvoller Ergebenheit

24/9. [1852]. Manteuffel.

54.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

gefälliger Bericht vom 1. September*), betreffend die Entſtehung 1852
der auf die Luxemburgiſche Angelegenheit bezüglichen Notiz in 26. 9.
dem Preuß. Wochenblatte vom 28. Auguſt cr., hat mir zu den ſorgfältigſten Nachforſchungen Veranlaſſung gegeben. Dieſelben ſind aber leider erfolglos geblieben.

*) Concept nicht vorhanden.

1852 26. 9. Zwei den Gegenstand betreffende Anzeigen hiesiger gewandter Polizeibeamten lege ich zur gefälligen Kenntnißnahme bei und bemerke dabei noch ganz ergebenst, daß eine dritte Person, welche in diesen Dingen sehr wohl Bescheid weiß, mir die, freilich durch Beweismittel in keiner Weise unterstützte Ueberzeugung ausgesprochen hat, daß der Geheime Rath Matthies der Verfasser jenes Artikels sei, das Material dazu aber nicht von hier, sondern von Frankfurt a. M. aus erhalten habe. Letzteres halte ich um deshalb auch für wahrscheinlich, weil Ew. Hochwohlgeboren erwähnter Bericht hier geschäftsmäßig in einer Weise behandelt worden ist, daß ein Verrath durch die Bureaux fast unmöglich erscheint, und weil der Artikel eine Erwähnung des Grafen Thun enthält, welche aus dem Berichte nicht zu entnehmen gewesen. Die gedachte Person behauptet übrigens aufs bestimmteste, daß sowohl Graf Goltz als namentlich Herr Matthies von ihrer früheren dienstlichen Beschäftigung in Frankfurt a. M. her noch Verbindungen mit der dortigen Gesandtschaftskanzlei haben. — Ich bin indeß weit entfernt, auf diese ebenfalls aller Beweise ermangelnde Angabe hin eine Anklage erheben zu wollen, habe aber nicht unterlassen mögen, Ew. Hochwohlgeboren von dem, was mir hinterbracht worden, Kenntniß mit dem ergebensten Anheimstellen zu geben, dort über die Angelegenheit weitere Nachforschungen anzustellen und mir über ein etwaiges Ergebniß derselben seiner Zeit Mittheilung zu machen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster Diener

Berlin, den 26/9. 52. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 30. September s. Preußen im Bundestage IV, No. 47 S. 114 ff.

Anlage.

Zwei Polizeiberichte.

I.

Trotz aller angewandten Mühe hat es bis jetzt bei der besonders zu beachtenden Vorsicht noch nicht ermöglicht werden können, den Verfasser des unter dem 28ſten v. M. im Preußischen Wochenblatte erschienenen Artikels „über die Maaßnahmen der Bundesversammlung in Bezug auf die Verfassungsverhältnisse in Luxemburg" sowie den Correspondenten des gedachten Blattes in Frankfurt a. M. mit Bestimmtheit zu ermitteln. 1852 26. 9.

Eine sehr zuverlässige Quelle bezeichnet zwar als hervorragende thätige Mitarbeiter dieses Blattes außer dem Redacteur Dr. Jasmund — welcher eigentlich nur den Namen hergeben soll — Personen wie den Geh. Rath Matthies, den Reg.-Assessor v. d. Goltz (früher als Hülfsarbeiter im Ministerio des Innern beschäftigt), welcher Letzterer namentlich die pikanten politischen Artikel schreibt, und den Dr. Firmenich ꝛc.; allein es wird von den Betheiligten in der Namhaftmachung der Verfasser von Artikeln eine so überaus große Verschwiegenheit beobachtet, daß es schwer hält, der Sache näher zu treten. Eine dem Dr. Firmenich nahestehende Person hat indeß bei einer unauffallenden gesprächsweisen Hindeutung auf den beregten Artikel betr. des Verfassers die Aeußerung (wörtlich) bekommen: „daß solcher von einer hohen Person und sehr gewandten Feder ausgegangen sei". Aus derselben Quelle wird gleichzeitig und zwar mit voller Bestimmtheit versichert, daß der General Radowitz sehr eng liirt mit dieser Parthei sei und bei allen deren Schritten mit zu Rathe gezogen würde, aber mit großer Vorsicht es vermeidet, irgend etwas schriftliches von sich zu geben.

Von diesem Verhältniß sowohl wie überhaupt von den Machinationen dieser Parthei soll — wie behauptet wird —

1852 26. 9. Se. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen unterrichtet ſein und zu öftern auch den Dr. Firmenich (welchem die Leitung des Preuß. Wochenblatts mit übertragen iſt) geſprochen haben.

Berlin, den 22. September 1852. Nr.

II.

Es ſind mir die beiden Fragen zur Beantwortung vorgelegt worden:

I. Wer iſt der Verfaſſer des Artikels im Preußiſchen Wochenblatt vom 28. Auguſt d. J. Seite 463 über die Maaßnahmen der Bundes-Verſammlung in Bezug auf die Verfaſſungs-Verhältniſſe Luxemburgs?

II. Wer überhaupt iſt Correſpondent des Preußiſchen Wochenblatts über die Bundestags-Verhandlungen in Frankfurt a. M.?

Ich habe mich demgemäß ſoviel als möglich bemüht, die Verhältniſſe des Preußiſchen Wochenblatts zu ermitteln, ich bin aber dabei auf bedeutende Schwierigkeiten geſtoßen. Eigentliche Literaten und Zeitungs-Correſpondenten von Profeſſion werden beim Preußiſchen Wochenblatte gar nicht beſchäftigt, das ganze Perſonal der Mitarbeiter beſteht aus folgenden auserwählten Perſonen, welche ſehr ſchwer zugänglich ſind:

1. dem Wirkl. Geheimen Ober-Regierungs-Rath Matthies,
2. Herrn Bethmann-Hollweg,
3. deſſen Schwiegerſohn Graf Pourtalès,
4. dem alten Kühne (sic) *),
5. dem Legationsrath Graf Goltz,
6. dem Dr. Jasmund.

Der Letztere iſt mehr vorgeſchobene Perſon, der eigentliche Redacteur iſt der Geh. Rath Matthies, ohne deſſen imprimatur

*) Das sic findet ſich im Original. — Gemeint iſt Generalſteuerdirector Kühne.

nichts gedruckt werden darf. Obwohl diese Personen sich in 1852
den Nimbus einer politischen Partei zu hüllen suchen, so bilden 26. 9.
sie eigentlich eine solche Partei nicht, sondern sie sind in der That nichts als eine Coterie Unzufriedener, welche aus verschiedenen persönlichen Motiven mit dem gegenwärtigen Ministerium verfeindet sind und welche von Gefühlen persönlicher Animosität getrieben, dem Ministerium, namentlich dem Herrn Minister-Präsidenten, in jeder möglichen Weise zu schaden suchen. Alle diese Personen haben im Staatsdienste hohe Stellungen eingenommen, und sie besitzen deshalb noch Verbindungen in den höchsten Kreisen der Beamten-Hierarchie, es steht ihnen also ein ganz vorzügliches Material zu Gebote, und sie sind vorzüglich gefährlich. Einer der Mitarbeiter Legations-Rath Graf Goltz soll sogar besondere Beziehungen zum Hofstaat Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen haben, wo sein Bruder*) Adjutant ist. Der Geh. Rath Matthies war Jahre lang Chef der höheren Polizei in Preußen, er versteht es also sehr wohl, die Verbindungen des Wochenblattes zu organisiren, daß solche sehr schwer zu entdecken sind, und er soll in dieser Organisation sogar jetzt eine Lieblings-Beschäftigung finden. In der Druckerei des Blattes sind alle Recherchen vergeblich, da in solche niemals Original-Correspondenzen, sondern immer nur Abschriften eingeliefert werden. Auch eine Beobachtung des Briefwechsels auf der Post liefert kein Resultat, da die betreffende Correspondenz gewöhnlich unter secreten Adressen geführt wird.

Jeder einzelne der oben genannten Mitarbeiter bearbeitet ein bestimmtes Fach von Artikeln, man möchte fast sagen, ein bestimmtes Decernat.

Während Herr Matthies in Verbindung mit dem Dr. Jasmund außer der allgemeinen Redaction des Blattes besonders die Artikel über die Preußischen Verfassungs-Angelegenheiten

*) Graf Karl v. d. Goltz.

251580

1852 28. 9. bearbeitet, und während Herr Kühne beſonders für die Handels- und Gewerbefragen thätig iſt, fällt das Fach der hier in Rede ſtehenden deutſchen Bundes-Angelegenheiten ausſchließlich dem Legations-Rath Graf Goltz zu. Graf Goltz war bei der Preußiſchen Bundes-Geſandtſchaft in Frankfurt a. M. angeſtellt, das Zuſtandekommen einer reichen Heirath, welche er verfolgte, ſoll davon abgehangen haben, daß er eine ſelbſtändige Stellung als Geſandter irgendwo erhielt. Dieſen Zweck ſoll er verfehlt haben, und deshalb ſoll er, wie man ſagt, beſonders erbittert ſein. Er hat aus ſeiner früheren Stellung aus Frankfurt a. M. die intimſten Verbindungen mit vielen dortigen diplomatiſchen Perſönlichkeiten, namentlich mit den Vertretern der kleineren Höfe, und aus dieſen Quellen gehen ihm die ſecreteſten Nachrichten zu. Mit Sicherheit läßt ſich behaupten, daß er der Verfaſſer aller Artikel über die Bundestags-Verhältniſſe und namentlich auch des Artikels in No.*) 463 über Luxemburg iſt. Wer aber ihm dieſe oder jene von ihm benutzte Nachricht aus Frankfurt geliefert hat, dieſes zu ermitteln, iſt völlig unmöglich. Unter Preußiſchen Diplomaten ſoll namentlich der Preußiſche Geſandte von Savigny in Carlsruhe mit dem Grafen Goltz intim ſein, und dieſer ſoll, ohne daß er es eigentlich merkt und will, vielfach von Goltz benutzt werden. Namentlich während des letzten Aufenthaltes Sr. Majeſtät des Königs auf Stolzenfels ſoll lebhaft zwiſchen Goltz und Savigny correſpondirt (worden) ſein. Wohlunterrichtete Perſonen, welche es mit dem Miniſterium gut meinen, ſind übrigens der Anſicht, daß eine Verſöhnung mit den genannten Perſonen, namentlich mit Goltz ev. Matthies zu wünſchen ſei, da dieſe Leute, vermöge ihrer unbeſtreitbaren Fähigkeiten und vermöge ihrer genauen Kenntniß der Verhältniſſe durch ihr unausgeſetztes zähes Wirken wirklich gefährlich werden können, zumal ſie ſich vielfach in den

*) Muß heißen auf S. 463.

Deckmantel einer wohlmeinenden gemäßigten Partei zu hüllen wissen. Goltz und Matthies sind die eigentlichen arbeitenden Elemente der Coterie, Bethmann-Hollweg giebt nur die Geldmittel her und Pourtalès spielt mehr den Vermittler, so daß die beiden letzteren von selbst fortfallen, wenn die beiden ersteren beseitigt sind. 1852 26. 9.

55.

Gesandter v. d. Schulenburg an Bismarck.

Sehr verehrter Gönner,

Ich benutze das freundliche Anerbieten des Herrn v. Scherff*), der morgen nach Frankfurt zurückkehrt, um mich in Ihr Andenken zurückzurufen, da es mir in der letzten Zeit nicht möglich war, Sie in Ihrer Residenz aufzusuchen, wie ich es gern gethan hätte. Mit Freuden habe ich gehört, daß Ihre Frau Gemahlin nunmehr das Wochenbett glücklich überstanden und dieses frohe Ereigniß durch ein recht heiteres Taufffest**) gefeiert worden. Ich sende Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch mit der Bitte, mich, wenn auch unbekannter Weise — leider bis jetzt noch — Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst zu empfehlen. 1852 28. 9.

Was nun die Politik betrifft, und für mich existirt hier nur eine solche Frage „der Zollverein", so sehe ich mit vielen Anderen hierselbst der nächsten Entscheidung in Berlin mit größter Spannung entgegen. Daß Kurhessen den Bairischen Propositionen in allen Stücken unbedingt beitreten würde, konnte ich, ungeachtet der vertraulichen Versicherungen des Herrn Hassenpflug, nie bezweifeln. Letzterer behauptet zwar

*) Niederländischer Bundestagsgesandter für Luxemburg und Limburg.

**) Am 22. Sept. 1852.

1852 28. 9. ſtets noch, daß die Hoffnung auf Erhaltung reſpektive in einiger Zeit zu erwartende Erneuerung des Zollvereins, nicht aufzugeben ſei, ich habe indeß von Anfang an ſeinen Worten nie zu viel Glauben geſchenkt, und weiß nicht, ob er gegenwärtig durch derartige Proteſtationen vielleicht nur das Odium, die Spaltung Deutſchlands herbeigeführt zu haben, auf die Schultern ſeiner Collegen zu ſchieben verſucht. Allerdings ſcheint es zuweilen, daß Letztere, unter welchen namentlich Herr v. Baumbach*) gänzlich bairiſch-öſtreichiſch geſinnt iſt — ihm nicht ſo ganz mehr trauen, und daß ſowohl beim Kurfürſten als bei der ſtockoeſtreichiſchen Civil-Beamtenparthei Haſſenpflug anfängt, in den Geruch zu kommen, als ſei er Preußen nicht abgeneigt! Hieraus mögen Sie abnehmen, wie es hier ſteht! Ob es noch möglich iſt Haſſenpflug für eine andre, unſeren Plänen geneigte Politik zu gewinnen, weiß ich nicht; aber wenn man mir nur bedingte Ermächtigungen giebt, und vorherige Verſprechen verlangt, wie dies wieder neuerdings geſchehen — dann kann man wohl in dieſer Beziehung nichts erwarten. Der Kurfürſt hat, unerachtet ¾ ſeiner militäriſchen Umgebung und ſeines Hofſtaats entſchieden preußiſch iſt, ſeine Zuſtimmung zu den Münchener Beſchlüſſen gegeben; auch ſoll die hieſige Regierung die Nachricht empfangen haben, daß in Dresden, Darmſtadt und Naſſau ein Gleiches geſchehen. Von Baden behauptet man, daß dies nicht der Fall ſei, und in Stuttgart ſchwankt man noch. Ueber den Inhalt der Münchener Beſchlüſſe habe ich noch nichts in Erfahrung bringen können, da nur 3 Perſonen hierſelbſt ſolchen kennen und dieſe ſelbſtredend mir Alles vorzuenthalten ſuchen.

Man bauet hier fortwährend noch auf Hannover, und ſchmeichelt ſich der Hoffnung, daß ein dort vielleicht zu erwartendes Rücktreten vom Septembervertrag möglicher Weiſe unſere

*) Miniſter des Aeußern und des Kurfürſtlichen Hauſes.

Regierung zum Nachgeben zwingen könnte. 7/8 der Bevölkerung 1852
Kurheſſens, ſelbſt ſolche, welche ſonſt nicht in allen Stücken 28. 9.
preußenfreundlich geſinnt ſind, würden ein Auflöſen des Zollvereins auf das Tiefſte beklagen, und faſt allgemein wird das entſchiedene Auftreten und Feſthalten unſeres Cabinets gebilligt. Doch ich muß befürchten, Ihnen hinlänglich bekannte Dinge zu oft zu wiederholen — deshalb breche ich ab, und erlaube mir nur noch ſchließlich hinzuzufügen, daß man auf die Zuſammenlegung des Bundeskontingents mit Darmſtadt hier noch immer nicht verzichtet, wie mir der Kurfürſt neulich ſelbſt ſagte. Auch fürchte ich, daß man bei Berechnung der Bundes-Exekutionskoſten für das Jahr 1850 unſerem Cabinet ſonderbare Zumuthungen zu machen beabſichtigt.

In hochachtungsvollſter Ergebenheit

Ganz der Ihrige

Caſſel d. 28ſten Sept. [1852]. G. Schulenburg.

Als Nachſchrift füge ich hinzu, daß nach einer ſoeben mit Haſſenpflug gehabten Unterredung ich beinah glauben muß, daß man in München bedeutend verſöhnlicher geſtimmt geweſen, als wie ich bis jetzt vermuthete, und daß namentlich in der betreffenden von den Coalitionsſtaaten demnächſt abzugebenden Erklärung Vieles zwiſchen den Zeilen zu leſen iſt, was man vorerſt nicht hat geradezu als Conceſſion hinſtellen wollen.

56.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

ſchulde ich Antwort auf mehre geehrte Schreiben*). Ich bitte 1852
deshalb um Entſchuldigung, werde mich aber der Angabe meiner 18. 10.

*) Vom 6. und 16. October, Preußen im Bundestage IV, No. 48 und 50 S. 118 f. 120 ff.

1852 18. 10. Excuſations-Gründe für überhoben erachten und nur ſo viel bemerken, daß keineswegs Mangel an Intereſſe an den mir gemachten Mittheilungen, für welche ich ſehr dankbar bin, mein Stillſchweigen motiviren. Beſonders habe ich Ew. Hochwohlgeboren für das gefällige Schreiben von vorgeſtern, welches ich heute erhalten und ſofort Sr. Majeſtät vorgelegt habe, zu danken. In Folge deſſelben werde ich in den nächſten Tagen an Graf Buol antworten und die Acceptation von Thun*) melden. Von Graf Arnim aus Wien erhalte ich heute ein Schreiben, worin er ebenfalls räth Thun nicht zurückzuweiſen, und gleichzeitig bemerkt, daß Buol auf ſein Befragen, wen man eventuell nach Frankfurt ſenden werde, geantwortet hat, das wiſſe man noch nicht. Rechberg oder Prokeſch wären allerdings ſehr ſchlimm. Ein Punkt der Divergenz zwiſchen Sr. Majeſtät und mir beruht noch immer in der Auffaſſung des Bundestags. Se. Majeſtät ſind nur zu geneigt, dieß Inſtitut mit allen möglichen Attributionen der Macht und Würde zu bekleiden, während ich, ohne irgend deſſen Bedeutung für die Dauer der dermaligen politiſchen Verhältniſſe zu verkennen und ohne es herabwürdigen oder ſchwächen zu wollen, doch nie vergeſſen kann, daß Preußen dort unter Oeſterreichiſchem Präſidio ſitzt, und ich eine Machtſtellung des Bundestags, welche dem Balanciren**) Preußens mit dem Gewicht ſeiner ganzen Bedeutung Eintrag thäte, nicht zu fördern vermag.

Haben Sie doch die Güte mich wiſſen zu laſſen, ob und in welcher Weiſe Sie mit Klindworth in Verbindung ſtehen. Iſt letzteres der Fall, ſo wollen Sie ihn wiſſen laſſen, daß er in den nächſten Tagen einen Brief von mir zu erwarten habe, von dem ich hoffte, daß er ſeinen Wünſchen entſprechen

*) Der an Stelle des Frhrn. v. Prokeſch als öſterreichiſcher Geſandter in Berlin in Ausſicht genommen worden war.

**) Anders läßt ſich das flüchtig geſchriebene Wort nicht entziffern, wenngleich der Ausdruck etwas auf Schrauben geſtellt erſcheint.

werde*). Gleichzeitig bitte ich ihm zu ſagen, daß er mich 1852
verpflichten würde, wenn er mir ſeinem Verſprechen gemäß 18. 10.
ſeine Ideen bezüglich der Umgeſtaltung der Verfaſſungen in den deutſchen Ländern mittheilen wollte**).

Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage ein Mémoire bezüglich der Zoll-Angelegenheit. Die Veranlaſſung dazu iſt folgende. Ich hatte vernommen, daß man in Wien von Herrn Lackenbacher***) ein Memoire hat ausarbeiten laſſen, welches an Graf Neſſelrode gegeben und worin unſer Verfahren in der Zollſache vom politiſchen Standpunkte aus beleuchtet und als vollſtändig revolutionär bezeichnet worden. Ich habe mit Rückſicht hierauf, obwohl ich leider das Lackenbacherſche Opus nicht erlangen konnte, die anliegende Arbeit verfaſſen laſſen und dafür geſorgt, daß ſie ſowie ein franzöſiſcher Auszug in Neſſelrode's Hände gelangt iſt. Den Erfolg kenne ich noch nicht. Vielleicht können Ew. Hochwohlgeboren davon bei vorkommenden Gelegenheiten auch einigen Gebrauch machen. Ob Sie dasſelbe an Schulenburg, Roſenberg, Savigny mittheilen wollen, ſtelle ich Ihrer Erwägung anheim. Der davon zu machende Gebrauch müßte wenigſtens inſofern ein discreter ſein, als es nicht als eigentliche Staatsſchrift, welche vom Preußiſchen Cabinete ausginge, betrachtet werden dürfte. In dem Schreiben von Buol an mich ſind recht dringende aber doch verblümte Andeutungen, wir möchten uns nur mit Oeſterreich privatim verſtändigen, dann werde ſich alles von ſelbſt finden. Ich bin einiger Maaßen in Verlegenheit, was ich darauf antworten ſoll, denn ich halte, da Oeſterreich die Sache einmal politiſch d. h.

*) Vgl. dazu den Bericht des Regierungsaſſeſſors Zitelmann vom 26. October 1852, der dieſen Brief perſönlich in der Villa des Staatsraths in Oberrheinsberg abzugeben hatte. Deutſche Revue, April 1901 (26. Jahrg., Bd. II S. 31 ff.).

**) S. a. a. O., S. 32.

***) Herr v. Lackenbacher, ein Jude, deſſen ſich die öſterreichiſche Regierung damals gern zu preußenfeindlicher Agitation bediente.

1852 18. 10. mit andern Worten zur Unterdrückung Preußens dienend auffaßt, eine Verſtändigung weder für möglich, noch für wünſchenswerth. Ich habe ziemlich ſichere Nachrichten aus Wien, welche bekunden, daß man dort mit dem Verlauf der Sache, ſelbſt wenn Preußen ganz allein bleiben ſollte, nicht zufrieden ſei, weil man dann den beſten Fiſch nicht mitgefangen habe. Wenn Preußen ſich aber in einem Oeſterreichiſchen, d. h. katholiſch-ſchutzzöllneriſchen Netze fangen läßt, dann iſt es verloren, und dazu werde ich nie meine Hand bieten.

Herr von Savigny behauptet, die Umkehr des Königs von Württemberg ſei durch Ruſſiſchen Einfluß bewirkt worden — und er motivirt dieß damit, daß dieſe Macht wünſchen müſſe, Oeſterreich immer nach Deutſchland hingewendet zu ſehen, damit deſſen Kräfte ſich nicht dem Slawismus zuwendeten. Mir ſcheint dieß faſt etwas zu fein, wenn ſchon es mit der öſterreichiſchen Redens-Art von Herauswerfen aus Deutſchland oder mit Meyendorffs Leidenſchaftlichkeit einiger Maaßen zuſammentrifft.

Graf Arnim ſchreibt mir aus Wien, er wiſſe aus guter Quelle, daß Kübeck*) geäußert habe, der Oeſterreichiſche Tarif beweiſe ſich ſchon jetzt als unhaltbar, man müſſe, um die inländiſche Induſtrie zu retten, zu höheren Zöllen wieder zurückkehren.

Wenn wir wirklich ganz allein bleiben ſollten, ſo halte ich das nicht für ein großes Unglück; ich täuſche mich zwar nicht darüber, daß viele, die uns jetzt loben, ſich in bittere Tadler verwandeln werden, aber andere Staaten werden uns dann ſchon ſuchen und vermiſſen, während ſie uns jetzt fürchten und verabſcheuen.

Der nächſte Kanonen-Schuß wird Manches nicht bloß in Deutſchland ſondern in Europa umgeſtalten.

Wegen Ihrer Kammer Wahl will ich Ew. Hochwohlgeboren

---

*) Präſident des öſterreichiſchen Reichsrathes.

keine Vorschrift machen. Der König wünscht Sie hier zu sehen, 1852
Ihre Bedenken verkenne ich aber nicht. Herr v. Westphalen 18. 10.
versichert, er habe sich in keinem Wahlkreise beworben.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin.

Mit unveränderter Hochachtung
Ew. Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener und Freund
Berlin, den 18. Oct. 1852. Manteuffel.

57.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

geehrtes Schreiben von vorgestern*) veranlaßt mich Ihnen 1852
einige Worte über den Stand unserer Zoll-Angelegenheit zu 19. 11.
sagen.

Als Herr v. Prokesch sich hier in hochtönenden Phrasen erging, daß man in Oesterreich von höheren politischen Rücksichten geleitet unter allen Umständen eine Verständigung mit Preußen wolle, daß man jeden Handelsvertrag, der von den feindseligsten Federn des Finanz Ministerii redigirt sein möchte, unterzeichnen wolle, daß aber nur das auf Revolution speculirende Preußen an der Nichtzustandebringung eines so leichten und nahe liegenden Arrangements Schuld sei, als ähnliche Klänge auch aus Petersburg und aus Meyendorffs Feder mir zukamen, beauftragte ich Graf Arnim in Wien an rechter Stelle zu fragen, was es mit diesen Redens Arten für eine Bewandtniß habe. Es waltete dabei das doppelte Interesse vor, ein-

*) Concept nicht vorhanden.

1852 19. 11. mal uns vor ungerechten Beſchuldigungen zu bewahren, zweitens aber auch die uns namentlich von Hannover in ungünſtiger Weiſe angebotene Vermittelung abzuwehren.

Graf Arnim hat dann im Allgemeinen Graf Buol ganz außerordentlich herabgeſtimmt gefunden; man offerirt: Aufgeben der Zoll-Einigung, 12jährige Dauer und Beſchränkung auf einen beiden Theilen vortheilhaften, die gegenſeitige Freiheit nicht beeinträchtigenden Handelsvertrag, man verlangt nicht, daß wir nach Wien kommen, ſondern will nach Berlin oder wohin wir ſonſt wollen, ſenden. Man will nur für Oeſterreich und nicht für die Coalitionsſtaaten, aber nur mit Preußen verhandeln und den übrigen Staaten Acceſſionen vorbehalten. Es bleibt alſo eigentlich nur die allerdings bedeutungsvolle Frage der Zeit als Schwierigkeit zurück. Aber auch über dieſe hinfort zu kommen, zeigt ſich Ausſicht. Wir haben nämlich mit Braunſchweig ſchon abgeſchloſſen und gedenken in den nächſten Tagen mit den Thüringiſchen Staaten abzuſchließen. Sobald das geſchehen iſt, können wir den Zoll-Verein als reconſtruirt, d. h. die Coalitions-Staaten als ausgeſchieden betrachten; und dann können wir ohne Inconſequenz mit Oeſterreich verhandeln. Graf Buol hat dieſerhalb bereits eine Note an Graf Arnim gerichtet, dieſe iſt indeß noch nicht beantwortet und wird die Erwiderung hier entworfen, aber nicht eher abgelaſſen werden, als bis jene Vorausſetzung, Reconſtituirung des Zoll-Vereins erfolgt iſt. So liegt die Sache. Alles was Herr v. Dalwigk von Verhandlungen fabelt, iſt gelogen; man kann es keine Verhandlung nennen, wenn Oeſterreich den Wunſch mit uns zu verhandeln zu erkennen giebt und wir noch nicht einmal geantwortet haben.

Daß, wenn wir einmal zu Verhandlungen kommen, die Sache ſehr ſchnell erledigt ſein kann, vielleicht um das Reſultat zu ſichern, erledigt ſein muß, iſt richtig.

Eine ſehr ſchlimme Rolle bei der ganzen Sache ſpielt

Hannover; und ich muß an mich halten, dies nicht zum Schaden des Einverständnisses Herrn v. Schele derb zu sagen. Dort weigert man sich nicht nur, einen Bevollmächtigten hieher zu senden, sondern hat sich auch nicht entblödet, in Oldenburg ganz schlimm gegen uns zu agitiren und Braunschweig geradezu von Ratification der Tractate abzumahnen. In Oldenburg hat man tüchtig geantwortet; in Braunschweig scheint man zu schwanken. Die Herren Hannoveraner wünschen, daß wir mit Oesterreich direct verhandeln; sollten sie denn wirklich nicht einsehen, daß zur Erreichung des Wunsches die Vorbedingung in der Möglichkeit der Verhandlung beruht. 1852 19. 11.

Ich werde Ihnen, geehrter Freund, dankbar sein, wenn Sie mir bald hierüber Ihre Meinung sagen und Sie Sich namentlich darüber aussprechen, ob Sie in meinem Gange Bedenken sehen.

Se. Majestät sind plötzlich sehr antinapoleonisch und meinen, daß der Präsident mit allen Revolutionnairs unter einer Decke spiele.

Das lange englische Memorandum gegen die Ziffer III.*) findet Se. Majestät vortrefflich; ich finde es confus und um so mehr ungenügend, als ich schon jetzt weiß, daß es die Engländer gereut. Nichtsdestoweniger stimme ich darin überein, daß man, wenn irgend möglich, die Engländer beim Worte halten muß. Deßhalb werden wir auch auf die von ihnen vorgeschlagene Conferenz in London eingehen. Oesterreich scheint dazu keine Lust zu haben.

Hochachtungsvoll

19/11. [1852]. Manteuffel.

Wenn ein Arrangement mit Oesterreich gelingen soll, so ist es nothwendig, daß nicht davon gesprochen werde und Leiden-

*) Für Louis Napoleon.

1852 19. 11. schaften und Zeitungen davon fernbleiben. Deshalb finde ich es sehr thöricht, daß Herr v. Dalwigk solche Reden führt und würde sie lieber desavouiren als genehmigen*).

58.

Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Augustenburg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1852 5. 12. hatten die Güte, als ich vor Kurzem Ihnen äußerte, daß ich auf 10 bis 12 Tage zur Jagd nach Coburg gehen würde, mir zu versprechen, im Fall inzwischen bey Ihnen etwas für mich eintreffen würde, mich dorthin davon in Kenntniß setzen zu wollen. Mit Beziehung hierauf, erlaube ich mir Sie zu benachrichtigen, daß ich am 7ten cr. nach Coburg zu gehen und den 18ten oder 19ten c. wieder nach Frankfurt, woselbst ich endlich ein Haus gefunden habe, zurückzukehren gedenke.

Sollte innerhalb dieser Zeit etwas für mich bey Ihnen eintreffen, würden Sie mich sehr verbinden, wenn Sie die Güte haben wollten, mir auf solchen Fall nach Coburg zu schreiben, oder sollte meine Gegenwart in Frankfurt erforderlich seyn, so werde ich auf den ersten Wink von Ihnen bereit seyn sofort zurückzukehren.

Ich vermuthe indessen, daß, bis zu der Zeit meiner Rückkehr, aus Kopenhagen nichts eintreffen wird und ich somit dem Vergnügen und der Zerstreuung der Jagd ungestört mich hingeben kann, einer Zerstreuung, die ich um so mehr bedarf, als die vielen Unannehmlichkeiten und Kränkungen, die man

*) Antwort Bismarcks vom 24. November, Preußen im Bundestag IV, No. 54 S. 129 ff.

dänischer Seits mir nicht ersparen zu wollen scheint, sehr störend auf meine Gesundheit wirken und mich in eine Gemüthsstimmung versetzt haben, die zu überwinden mir oft sehr schwer wird und die mich entschuldigen muß, wenn ich gegen meinen Willen bisweilen eine gereizte Stimmung an den Tag lege, für welche ich um nachsichtige Beurtheilung bitten muß. 1852 5. 12.

Die betreffenden Actenstücke, wie sie von Conferenzrath Garlieb mir mitgetheilt sind, habe ich reinschreiben lassen, so daß sie zur Unterschrift bereit liegen und demnach, meiner Seits, Alles zur schnellen Abmachung des Ganzen vorbereitet ist.

In der Hoffnung in kurzer Zeit Ihnen mündlich die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung erneuern zu können, bin ich

Euer Hochwohlgeboren
ergebener
Homburg d. 5ten Dec. 1852. Chr. August Schl.-Holstein.

In größter Eile.

59.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Nachdem vor etwa Jahr und Tag die dortigen Banquiers von Rothschild hier anwesend gewesen waren und bei dieser Gelegenheit von ihnen der Wunsch zu verstehen gegeben worden, diesseitige Hofbanquiers zu werden, sprachen Ew. Hochwohlgeboren auf desfallsige Rückfrage sich dahin aus, daß die Herren v. Rothschild für etwaniges Wirken im Preußischen Interesse hinlänglich durch Geldvortheile bis jetzt entschädigt seien*). — Dem zu Folge ist damals die Sache nicht weiter betrieben und 1852 30. 12.

*) Dieser Bericht ist nicht veröffentlicht.

1852 30. 12. zurückgelegt worden. — In neuerer Zeit hat jedoch eine Anregung derſelben wiederum ſtattgefunden und dies veranlaßt mich Ew. Hochwohlgeboren gefällige Aeußerung nochmals zu erbitten, ob jetzt die Verhältniſſe etwa andere ſind. Im Allgemeinen bemerke ich dabei, daß es, nach meiner Anſicht, nicht ganz leicht ſein möchte, einem ſo großartigen Banquier-Geſchäfte etwanige Geldvortheile nachzurechnen. Sollten Dieſelben ſich jetzt für die Verleihung des Titels als Hofbanquiers ausſprechen zu können glauben, ſo ſtelle ich anheim, mir einen gehörig motivirten amtlichen Antrag dieſerhalb geneigteſt vorzulegen.

Berlin, den 30. December 1852.

Manteuffel.

(Nachſchrift.)

Ich bemerke, daß es eines motivirten Antrags von Ew. Hochwohlgeboren nicht einmal bedarf, ſondern daß es mir genügt zu wiſſen, daß Dieſelben nicht Grund haben, gegen die Charakteriſirung ſich auszuſprechen. Sollten die Rothſchilds noch vorherrſchende antipreußiſche Tendenzen verfolgen, ſo würde ich dieß allerdings als einen ſolchen Grund betrachten.

Mein Intereſſe bei der Sache beſteht, im engſten Vertrauen geſagt, darin, daß man den p. Rothſchild von ſeinen hitzigen Beſtrebungen, die Wiener Valuta zu beſſern, einiger Maaßen abbringt, und daß man ihn für eine Eiſenbahn-Anleihe, welche wir vielleicht machen werden, günſtig ſtimmt.

Meinen herzlichen Glückwunſch für Sie und die Ihrigen.

Unverändert

Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 5. Januar 1853 ſ. Preußen im Bundestage IV, No. 56 S. 132. Der dort erwähnte, aber noch nicht veröffentlichte amtliche Bericht — auch ein Concept deſſelben iſt nicht vorhanden — folgte laut handſchriftlicher Notiz auf dem Original des Briefes vom 30. Dezember am 10. Januar 1853 nach.

60.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

P. 2. Jan. 53.

Bester Manteuffel — Einige Zeitungen (Hamb. Nachr., Cöln. Ztg) geben Nachricht von der Einführung des dänischen Commandos beym Holsteinschen Contingent. Das darf nach m(einer) Meinung der Deutsche Bund, hätte er noch ein Fünkchen Ehre im Leibe, geradezu nicht dulden. Wir müssen zu Frankfurt eine ehrenvolle, teutsche Sprache führen, auch wenn er*) uns aus anerzogener Unehrenhaftigkeit nicht hören will — Teutschland aber soll und wird uns hören. Vale. 1853 2. 1.

F.W.R.

Bestätigt sich die Angabe der Zeitungen, so autorisir' ich Sie, dies Blättchen dem H. v. Bismark im Original zuzusenden und das Nähere mit ihm zu berathen.

61.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

wollte ich durch Graf Stolberg einen ausführlichen Brief schreiben. Leider bin ich dazu nicht gekommen, und auch der heutige Tag läßt mir nur einen Augenblick. Dieser Tag hat übrigens so viel odiosa gebracht, daß ich Ihnen nicht gern unter deren Eindruck schreiben möchte. Einiges davon kann ich Ihnen aber doch nicht schenken. 1853 4. 1.

1. Arnim telegraphirt, daß Prokesch nach Frankfurt a/M

*) Der Bund.

1853 ernannt sei. Ich werde mich bemühen, es noch zu hindern, und
4. 1. sogar mit Bernstorff drohen. Halten Sie das aber nicht für Ernst.

2. Varennes*) sagt mir, daß die Russischen Creditive in Paris nicht angenommen werden würden, und daß, wenn die unsrigen dann nicht abgegeben würden, die brouille ernstester Art fertig sei. Ich glaube nun zwar, daß dieß ein Schreckschuß ist, allein möglich ist es doch und unser Entschluß, uns mit Rußland auf ganz gleicher Linie zu halten, steht fest. Krieg braucht daraus noch nicht zu folgen, sondern nur die Vertretung durch Geschäftsträger.

Leider werde ich soeben wieder gestört und muß mich daher darauf beschränken, Ihnen und den Ihrigen die aufrichtigsten Glückwünsche zum neuen Jahre darzubringen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebener Diener und Freund

B. 4/1. 53. Manteuffel**).

62.

Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck.

Wien 18. Jänner 1853.

Hochwohlgeborner Freiherr,

1853 Wenn ich zu der von Sr. Majestät dem Kaiser mir über-
18. 1. tragenen Stellung den besten Willen mitbringe, so gehe ich auch nicht ohne Hoffnung nach Frankfurt, weil ich unter den Mitarbeitern an dem gemeinsamen Werke Sie, hochwohlgeborner

*) Französischer Gesandter in Berlin.

**) Antwort Bismarcks vom 7. Januar 1853 s. in Preußen im Bundestag IV, No. 57 S. 132 f.

Freiherr, dort finden werde. Die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters und Ihrer Gesinnungen, die Gabe höherer Anschauung und Auffassung, das beredte Wort und die liebenswürdige Form habe ich Gelegenheit gehabt schon in Berlin würdigen zu lernen und der auf dem Bundesfelde gesammelte Schatz von Erfahrungen wird Ihrem Wohlwollen die Mittel an die Hand geben, mich Ihnen herzlichst zu verpflichten. Sie haben meinen unter schwierigen Verhältnissen stets gleich gebliebenen Bestrebungen, die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen zu fördern, die Anerkennung nie versagt. Ich werde auch fortan dies Ziel im Auge behalten, welches die Kraft und Würde Deutschlands verbürgt und die geregelte Entwicklung der Interessen beider Reiche zugleich am wirksamsten sicher stellt. Ich werde mich mit Ihnen auf diesem Wege begegnen und wir werden ihn zusammen machen. In diesem Glauben komme ich. 1858 18. 1.

Noch kann ich den Tag meines Eintreffens nicht bestimmen, aber ich denke, er wird in die letzte Woche dieses Monats fallen. Wahrscheinlich nehm' ich den kürzesten Weg, wobei ich mich auch mit meiner lieben Frau zusammen finden und ihre häuslichen Rathschläge einholen kann.

Wenn ich auf den Schluß meines Aufenthaltes in Berlin zurückblicke, mir die gnädigen Aeußerungen Sr. Majestät Ihres erhabenen Königs und Herrn ins Gedächtniß führe und das Vergnügen bedenke, das mich erwartet, mit Ihnen zusammenzugehen, so bin ich geneigt, Frankfurt mit Ruhe und Heiterkeit entgegen zu blicken.

Genehmigen Sie, hochwohlgeborner Freiherr, den Ausdruck meiner innigsten Hochachtung, mit der ich die Ehre habe zu seyn

Ihr

aufrichtigst ergebener

v. Prokesch-Osten.

63.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1853 1. 2. gefällige Rückfrage vom 29. v. M.*) über die Zweifel, welche entstanden sind, ob dem Freiherrn von Prokesch nach dessen Ankunft in Frankfurt a. M. mit Rücksicht darauf, daß derselbe als Feldmarschall-Lieutenant noch der Kaiserl. Oesterreichischen Armee angehört, von dem Commandeur der in Frankfurt a. M. garnisonirenden Preußischen Truppen, General v. Herwarth, mit dem dortigen Preußischen Offizier-Corps die Aufwartung zu machen sei, hat mir Veranlassung gegeben, die Befehle Sr. Majestät des Königs hierüber einzuholen.

Allerhöchstdieselben haben Sich hierauf dahin auszusprechen geruht, wie es allerdings in dero Intentionen liege, daß dem Baron von Prokesch dieser Besuch gemacht werde, indem Se. Majestät in Beobachtung der Höflichkeits-Formen bei der Ankunft des gedachten Kaiserlichen Gesandten von Preußischer Seite Nichts versäumt wissen wollen, schon aus dem Grunde, weil der nicht angenehme Eindruck, den die Ernennung desselben hervorgebracht, auf diese Weise für das diesseitige Interesse um so leichter benutzt werden könne, je weniger man Preußischer Seits markire, daß man durch diese Ernennung sich verletzt fühle.

Dem in Rede stehenden Besuche einen rein militärischen Charakter durch eine vorherige Anmeldung zu geben und dadurch die Deutung, als gelte derselbe dem Präsidial-Gesandten, auszuschließen, wird nicht schwer zu ermöglichen sein**).

---

*) Concept nicht vorhanden.

**) Vgl. dazu die Correspondenz zwischen Bismarck und Prokesch, Bismarck-Jahrbuch III, 69 ff.

Hiernach wollen Ew. Hochwohlgeboren das Weitere gefälligst in die Wege leiten. 1853 1. 2.

Berlin, den 1. Februar 1853. Manteuffel.

N. S. Ew. Hochwohlgeboren Ansicht über die Haltung der Presse gegenüber dem französischen Kaiserthum*) theile ich ganz und habe auch eine Rectificirung der †Zeitung bereits in Anregung gebracht, was indeß nach den bekannten Verhältnissen nicht leicht ist. Ich sage mir, Preußen steht ohnehin auf dem Vorposten gegen Louis Napoleon und muß sich besonders hüten, seine ohnedieß nicht sehr nachhaltigen Kräfte in einem Präliminarkriege aufzuzehren, was nur die Folge haben würde, daß wir im Momente der Entscheidung nichts mehr in die Wagschaale zu werfen hätten. Ueberdieß dürfen wir uns von Oesterreich und Rußland nicht ins Schlepptau nehmen, sondern müssen uns suchen, aber auch finden lassen. Sehen uns diese Staaten ohnehin schon engagirt, so legen sie auf uns keinen Werth. Die Kaiser-Rede ist uns in dieser Beziehung günstig. Sie ist ein Handschuh, viel mehr den Ultras des Legitimismus als uns hingeworfen, die wir ja von Maria Theresia den Titel Parvenu erhielten und vielleicht in dem Innern der Hofburg zu Wien noch erhalten. Diese Rücksichten haben bisher meine Ansichten in dieser Frage bestimmt. Ich bitte dieß aber aus nahe liegenden Gründen sehr geheim zu halten.

Hochachtungsvoll

Manteuffel.

$\frac{1}{2}$ (1853).

---

*) Vgl. Bericht vom 28. Januar 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 61 S. 139 f. und Brief an L. v. Gerlach vom 27. Januar 1853, S. 55 ff. der Ausgabe von H. Kohl.

64.

Freiherr v. Prokesch-Osten an Bismarck.

1858 14. 2.

Wegen des Artikels der Presse*), hochwohlgeborner und

*) Den ein Journalist Lehner im Auftrage des Ritter Braun, eines Beamten der österreichischen Gesandtschaft in Frankfurt, verfaßt haben sollte. In dem Artikel, dat. Wien 8. Februar, hieß es: „Der preußische Legationsrath und Bundestagsgesandte v. Bismarck hat bekanntlich nach der Abreise des Grafen von Thun aus Frankfurt durch freiwillige Uebertragung die österreichische Stimme in der Bundesversammlung und mit ihr interimistisch den Vorsitz geführt. Herrn v. Bismarcks Soirées waren im Laufe dieses Interregnums viel besucht, von einer besonderen Thätigkeit der Bundesversammlung hat man aber während der Zeit wenig vernommen. Doch scheint sich der interimistische Präsident an diese Ausnahmestellung so gewöhnt zu haben, daß er sie gar zu gern in eine dauernde verwandeln möchte. Wenigstens begegnen wir in dem Berliner ministeriellen Blatt „Die Zeit" einem sehr legationsräthlichen Artikel aus Frankfurt, der plötzlich in die Präsidialbefugnisse Oesterreichs Zweifel setzt und jenen alten preußischen Wunsch nach Alternirung des Vorsitzes wieder durchschimmern läßt.

Es war wirklich höchst zeitgemäß, mit solchen Ansprüchen in einem Augenblicke aufzutreten, wo Oesterreich, indem es sich mit einem einfachen Handelsvertrage begnügte, deutlich genug zu erkennen gab, daß es, anstatt der ihm zugemutheten politischen Pläne, bloß materielle Verbesserungen im Auge hat. Die Haltung Oesterreichs zeigt in jeder Beziehung klar genug, daß es nirgends in den Bereich fremder Machtstellung einzugreifen gesonnen ist, daß es aber sein eigenes Recht mit jener Kraft und Ausdauer zu sichern gedenkt, welche viele Blätter der Geschichte zu rühmen wissen. Das Recht des Vorsitzes in der Bundesversammlung ist ihm durch die Bundesacte zugesichert, und wir hoffen, daß es Niemandem ernstlich einfallen wird, dieses Recht anzutasten.

Gänzlich verfehlt in seiner logischen Begründung und nicht sehr delikat in staatsmännischer Beziehung erscheint vollends der Versuch des erwähnten Frankfurter Briefes, gegen die Persönlichkeit des Kaiserlich österreichischen Präsidialgesandten Mißtrauen zu erwecken. „Wenn sich Herr v. Prokesch," heißt es dort, „um die Vertretung der specifisch österreichischen Politik Verdienste erworben hat, so liegt darin allein noch keine Gewähr seines Eifers für eine erfreuliche und nach allen Seiten hin befriedigende Gestaltung der deutschen Bundesverhältnisse. Im Gegentheil kann man sich der Besorgniß nicht erwehren, daß seine

verehrteſter Herr College, habe ich mich in Wien beklagt*). 1853
Heute fällt mir der anliegende der Cölner Zeitung in die Hand, 14. 2.
der inſoferne ganz intereſſant iſt, als er einen Blick in das Geheimniß dieſer legalen Giftbereitung erlaubt.

Erſtens wird eine Thatſache erfunden und als Wahrheit hingeſtellt. So hier die angegebene Loſung der öſterreichiſchen Blätter: „Ausdehnung der Befugniſſe des Bundestages". Daß ſicher kein einziges öſterreichiſches Blatt, auch das albernſte nicht (und es gibt deren viele alberne), dieſe Prätenſion aufgeſtellt hat, daß alſo die Thatſache eine Lüge iſt, das iſt eben ihre Kraft, denn jede Lüge hat für die Gaumen corrompirter Völker einen beſonders wohlgefälligen Geſchmack, wie der Verweſungsproceß des haut goût für die feinſten Feinſchmecker.

Hat man nun das Corpus delicti geſchaffen und den Gegnern um den Hals gehängt, ſo iſt die Sache ſchon halb

---

bisherige vorzugsweiſe Accentuirung der öſterreichiſchen Politik dem allgemeinen deutſchen Intereſſe Eintrag thun möchte." Auf dieſe Behauptung ließe ſich ganz einfach mit dem gar ſehr zutreffenden Sprüchwort antworten: „Wer nicht für ſich zu ſorgen weiß, wird auch Andern nichts leiſten." Die Förderung der öſterreichiſchen Intereſſen ging, wie alle Welt weiß, mit den allgemeinen deutſchen fortwährend Hand in Hand; namentlich knüpft ſich an die frühere Stellung des Herrn von Prokeſch die Auflöſung der Union und die Vereitelung anderer Sonderbundspläne, Ereigniſſe, die gewiß einen allgemein deutſchen Charakter haben."

*) Vgl. Prokeſchs Schreiben an Graf Buol vom 13. Februar 1858, Aus den Briefen des Grafen Prokeſch von Oſten (Wien 1896) S. 294 f. Die Stelle lautet: „Herr v. Manteuffel ſandte an Herrn v. Bismarck ein Blatt der in Wien erſcheinenden „Preſſe" vom 9., das einen perſönlichen Angriff auf dieſen enthält. Herr v. Bismarck beklagte ſich bei mir darüber. Ich drückte ihm mein Bedauern darüber aus, daß man in Berlin ſolchen Miſt auffaßt und ihm vor die Augen bringt. Ich weiß leider, daß man dort durch die eigene Brille ſieht und hinter jedem Zeitungsgeſchmiere die Regierung wittern will. Für mich, der ich mich des guten Einvernehmens mit meinem preußiſchen Collegen befleißte (was an ſich nicht ganz leicht iſt), ſind derlei Mißgriffe der Wiener „Preſſe" nicht angenehm."

1853 14. 2. gelungen. Jetzt kommen Dünkel, Hohn, Witz, tugendhafte Entrüſtung und vor allem perſönliche Angriffe; hiebei erforſcht man die Nieren und Gewiſſen, holt alles Brauchbare als ebenſoviel Erwieſenes hervor. Dieſer Calcül der Unverſchämtheit iſt nicht ohne Talent; er rechnet auf die Dummheit der Leſer.

Drittens wird irgend einer Macht oder Perſon, die man reitzbar hält, geſchmeichelt; die Leidenſchaften werden gekitzelt und aufgeſtachelt, bis ſie das Urtheil und den geſunden Blick verwirren. Zulezt wird irgend ein Motto als Reſultat des Zuſtandes ausgeſprochen und dadurch der Zuſtand erwieſen.

Wahrlich, was muß dieſes Geſindel für eine Meinung von den Regierungen haben, um von ſeinem rothen Lappen ſich Effekt zu verſprechen!

Dieſe Herzensergießungen zum Morgengruße!

Ihr

14. Febr. (1853). v. Prokeſch-Oſten.

65.

Quehl an Bismarck.

Euer Excellenz

1858 11. 8. ſoll ich zuvörderſt im Auftrage des Herrn Miniſter Präſidenten vorläufig benachrichtigen, wie Hochderſelbe mit Ihren Auffaſſungen und Verfahren dem Herrn v. Prokeſch gegenüber vollkommen einverſtanden iſt. Herr v. Manteuffel wird in demſelben Sinne mit Sr. Majeſtät ſprechen, und es wird ſich — obſchon Se. Majeſtät ſehr zu gemeinſchaftlichen Schritten mit Oeſterreich gegen England hinneigen — wohl gerade bei dieſer Veranlaſſung eine gute Gelegenheit bieten, Oeſterreich auf das unpaſſende Verfahren des diplomatiſchen Dichters aufmerkſam zu machen. Es iſt nämlich geſtern eine große Note von Oeſterreich gekommen, der ſich Preußen (gegen

England) anschließen soll. Obschon unsere Heißblütigen schon 1853
lange sehr ungestüm „energische Maßregeln" gegen England 11. 3.
verlangen — als ob man etwa England mit einer kräftigen Rede vernichten könnte, wie einen Gesetz-Paragraphen in der zweiten Kammer — setzt Herr v. Manteuffel diesen Anstürmen große Nüchternheit und Ruhe entgegen. Nach seiner Ansicht wird daher auch jetzt Oesterreich wenn auch in freundlichster Weise abschläglich zu bescheiden sein. Gerade in diesen Bescheid werden sich einige Randglossen zu Prokesch einweben lassen. — Besonders haben sich Se. Excellenz über Ihre Baiern betreffende Aeußerungen*) gefreut und ermächtigen Sie im Sinne Ihrer Auffassungen die freundlichsten Beziehungen zu dem bairischen Gesandten zu unterhalten. — Obschon Ihnen das sehr gleichgültig sein wird, kann ich doch nicht umhin, Hochdenselben meine große Freude darüber auszusprechen, daß sich Ihre und des Ministerpräsidenten Auffassungen so regelmäßig begegnen und daß Preußen gerade auf dem Punkte, der jetzt fast der einzige seiner Aktivität ist, einen so durch und durch preußischen Vertreter besitzt. Einen Vertreter, der glücklicher Weise zur Erkenntniß des Richtigen auch diejenige Thatkraft besitzt, die weder erlernt noch erkauft werden kann, sondern die, wie man demüthig bekennen muß, eine Gabe Gottes ist. Gewiß ist es sehr zu beklagen, daß man Sie Beide nicht in hundert Theile theilen und dann mit diesen Manteuffels und Bismarcks die sämmtlichen Gesandtschafts-, Geschäftsträger- 2c. Posten versorgen kann. Leider wird freilich die Aussicht auf die erfreulichen Früchte, die ein Zusammenwirken wie das des Herrn Minister Präsidenten mit Ihnen tragen könnte, durch die hiesigen Ver- und Entwickelungen etwas getrübt. Die doctrinär-feudal-pietistische Partei einerseits und der gute Herr

*) Im Berichte vom 8. März 1853, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

1858 11. 3. v. Hinckeldey, der allerdings den Vorzug hat, gar kein Prinzip, ſondern nur ſein liebes Ich zu vertreten, andererſeits erſchweren nicht allein Herrn v. Manteuffel ſeine Stellung, ſondern ich fürchte faſt, daß ſie dieſe Stellung mehr und mehr erſchüttern. Hiezu kommen die vortrefflichen Collegen unſeres Chefs, von denen die einen ebenſo kurzſichtig wie ſchwach, die andern (eigentlich Herr v. Bodelſchwingh allein) aber ränkeſüchtig ſind und ſich mit großen Dingen tragen. Wie kann nun ein Reich beſtehen, das in ſich ſelbſt uneins iſt? Doch ich verlaſſe für heute dies Thema mit einer Bitte, welche durch das Intereſſe für die Sache motivirt iſt und in demſelben ihre Entſchuldigung findet. Ew. Excellenz Auffaſſung, Wort und Rath gilt bei dem Herrn Miniſter Präſidenten ſehr viel, vielleicht ſo viel, wie bei dieſem ſeltenen Charakter überhaupt irgend eine Stimme gelten kann. Auf Herrn v. Manteuffel iſt nämlich ein Einfluß gegen ſeine eignen Intentionen überhaupt nie denkbar, wohl aber eine Ermuthigung, nach dieſen Intentionen zu handeln, ebenſo möglich wie vielleicht nothwendig. Ich halte dafür, daß, wenn Herr v. Manteuffel nicht bald zu einer recht bemerkbaren Aktivität übergeht, er nicht dem Schickſale des Mohren entgehen wird, der ſeine Schuldigkeit gethan hatte. Ihm ſelbſt freilich wäre damit kein großer Schade gethan, im Gegentheil, wenn ich perſönlichen Gefühlen für ihn folgen wollte, könnte ich ihm nur wünſchen, daß er bald erlöſt und einer beſſern Zeit vorbehalten werde. Aber eine peſſimiſtiſche Politik iſt und bleibt immer eine ſchlechte, und da mit Herrn v. Manteuffel ein Syſtem fällt, das unter gegebenen Verhältniſſen das einzig richtige zu ſein ſcheint, ſo habe ich keinen ſehnlicheren Wunſch, als ihn unter günſtigeren Verhältniſſen noch bleiben zu ſehen. Meine Bitte an Ew. Excellenz iſt nun keine andre, als daß Sie ihn ermuthigen, mehr aktiv zu ſein, unbrauchbare Freunde oder gefährliche Gegner zu beſeitigen — überhaupt das auszuführen zu ſuchen, was er für nothwendig ſelbſt er-

kennt. In offner Schlacht ſelbſt fallen iſt jedenfalls rühmlicher 1853
und beſſer als durch Intriguen allmählig beſeitigt zu werden. 11. 3.
Abgeſehen aber von Ihrem perſönlichen Verhältniß zum Herrn Miniſter Präſidenten traue ich Ihnen diejenige ſtaatsmänniſche Vorausſicht im höchſten Grade zu, die Sie im allgemeinen wie im eigenen Intereſſe auf das lebhafteſte wünſchen läßt, daß Preußens Aktion nach Außen nicht durch inneres Siechthum aller Baſis beraubt werde. Verzeihen Sie die Eile dieſer flüchtigen Zeilen.

Mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

Ew.. Excellenz

ganz ergebenſter Diener

Berlin 11. 3. 53. Quehl.

66.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

werden geſtern eine telegraphiſche Depeſche wegen des Verkaufs 1853
zweier zur deutſchen Marine gehörigen Schiffe*) erhalten haben. 15. 3.
Dieſelbe iſt auf dringendes Verlangen des Prinzen Adalbert K. H. erlaſſen worden, da ich aber zuvor weder mit dem Kriegsminiſter**) noch mit dem Finanz-Miniſter***) Rückſprache nehmen konnte, ſo habe ich eine beſtimmte Weiſung um ſo weniger ertheilen mögen, als ich ſelbſt der Meinung bin, daß es gut iſt, wenn die Sache endlich einmal ausgetragen wird und doch wenig Ausſicht vorhanden iſt, daß die gedachten

*) „Hanſa“ und „Erzherzog Johann“.
**) Eduard v. Bonin.
***) Karl v. Bodelſchwingh.

1853 15. 8. Schiffe für unſere Rechnung erworben werden. Ueber die Sachlage erbitte ich eine baldige Mittheilung*).

Das was Ew. Hochwohlgeboren über die Stellung Preußens zu Oeſterreich ſchreiben**), halte ich durchaus für richtig. Es iſt das die alte traditionelle Politik unſres Hofes, in welche man um ſo mehr zurückkehrt, je mehr man ſich in die früheren Gleiſe wieder findet, welche nur während eines wilden Schneetreibens und von unkundigen Fuhrleuten (Radowitz und v. der Pfordten) verlaſſen werden konnten. Ich habe dies ſeit längerer Zeit erkannt, und wenn auch Se. Majeſtät geſtachelt von dem Gefühl momentanen Verletztſeins nicht ganz mit mir einverſtanden waren, ſo hoffe ich doch die Sachen dahin zu führen, wohin ſie eigentlich gehören.

Ich habe deshalb auch, wie Ew. Hochwohlgeboren geſehen haben werden, in den Zollvereins-Sachen die mittleren deutſchen Staaten gefliſſentlich und mehr als Oeſterreich es wünſchte, geſchont, ohne doch, wie ich glaube, Preußen etwas vergeben zu haben. Dieſe Staaten können doch nur mit uns gehen, und man muß ihnen das Gefühl geben, daß wenn ſie unſere Führung ſuchen, ſie ihnen nicht vorenthalten wird. Sind wir nur erſt im Gange, ſo wird ſich unſere Schwerkraft, ſowohl die materielle als noch mehr die intellectuelle, ſchon in einer Weiſe geltend machen, welche mehr wirkt als alle Vertrags-Stipulationen. Auch hat mein Verfahren ſchon ganz gute Früchte getragen; die Staaten ſind hier ganz außerordentlich zuthulich und verlangen ſo zu ſagen aus der Hand zu freſſen. Nichts deſto weniger erhalte ich heute von Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen einen Brief, der vom hohen Olymp herab Rechenſchaft von meinen Thaten abfordert und ſie als Conceſſionen

*) S. Bericht Bismarcks vom 17. März 1853, Preußen im Bundestag IV, No. 64 S. 146 f.

**) Im Bericht vom 8. März, Preußen im Bundestag I, No. 155 S. 206 ff.

für Oesterreich stigmatisirt. Es ist in der That entmuthigend, 1858
wenn man für alle Mühe, Sorge und guten Willen sich solch 15. 3.
Urtheil sprechen lassen muß. Ich habe übrigens Sr. Majestät Genehmigung dazu, gegen Baiern besonders zuvorkommend zu sein und bitte Sie in gleichem Sinne zu handeln.

Von den Zoll-Vereins Staaten ist es wiederum Hannover, welches uns die vermehrten Schwierigkeiten macht. Ich sehne mich unendlich nach einem Ende dieser Tracasserien.

Meine Frau trägt mir auf, Ihnen für Ihren ebenso gütigen als amüsanten Brief verbindlichst zu danken. Sie hat denselben zur Zeit recht ernstlichen Unwohlseins (erhalten) *). Seit länger als 3 Wochen leidet die arme Frau wie Barez sich ausdrückt an einer Entzündung der Knochenhaut im Gesicht, was man auf deutsch wohl Ziegen Peter nennt.

Gestern ist die feierliche Erwählung des Prinzen Karl zum Herrn-Meister des St. Johanniter-Ordens gewesen. Ich habe dabei, obgleich ich Nöthigeres zu thun hatte, auch figuriren müssen.

Unsere Kammer Debatten gehen ihren langsamen Gang. Vor Mitte Mai werden wir nicht fertig.

Daß Ew. Hochwohlgeboren mit Prokesch Ihre Noth haben, finde ich natürlich, ich wünsche nur, daß Sie ihn sich recht fest rennen lassen.

Mit Graf Thun komme ich ziemlich gut aus. Nur in catholicis ist er sehr scharf. Ich habe jetzt eine Depesche von ihm, wonach er uns zu Collectiv-Maßregeln gegen England veranlassen soll. Das geht aber durchaus nicht aus Gründen, wie sie in der an Ew. Hochwohlgeboren gerichteten Instruction enthalten sind. Es wird aber nicht leicht sein, die Pille des abschläglichen Bescheids zu überzuckern. Ich werde in allen Vorder Sätzen Recht geben, nur die Folgerungen bescheiden-

*) Fehlt im Original.

1853 15. 3. lichſt in Zweifel ziehen, zunächſt ausführen, daß die Poſt Chikanen durchaus kein würdiges und auch kein wirkſames Mittel ſeien, dann hervorheben, daß die Schweiz uns ja viel näher ſei als England, ferner ausführen, daß England uns ſchnell alle Willfährigkeit für ſtrenge Paß Controlle zu erkennen gegeben (was richtig iſt) und endlich anführen, daß ich Grund hätte, an dem Mitgehn von Frankreich, ſogar von Rußland zu zweifeln. Den Deutſchen Bund auf dieſes glatte Terrain zu bringen, würde ich entſchieden abrathen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 15/3. 53. Manteuffel*).

67.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Pro Memoria**).

1853 30. 5. Anknüpfend an meinen heutigen Bericht über das Verhalten einiger Geſandten in der Kettenburgiſchen Verhandlung***) erlaube ich mir nachſtehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Perſönlichkeit meiner Collegen überhaupt für den Fall, daß es Eure Excellenz intereſſiren ſollte, von denſelben Kenntniß zu nehmen.

Herr von Prokeſch dürfte hinreichend in Berlin bekannt

---

*) Bismarcks Antworten vom 17. und 24. März 1853 ſ. in Preußen im Bundestag IV, No. 64 und 65 S. 146 ff.

**) Dieſes Pro Memoria iſt mit Auslaſſungen und vielen Fehlern in Preußen im Bundestage I, No. 186 S. 254 ff. gedruckt; ich gebe es hier nach dem Originalconcept.

***) Preußen im Bundestag I, No. 185 S. 254 ff. Der mecklenburgiſche Kammerherr v. d. Kettenburg hatte ſich beim Bundestag wegen angeblicher Beſchränkung der Religionsfreiheit beſchwert.

sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit un- 1853
nöthig zu machen; indeß kann ich nicht umhin zu bemerken, 30. 5.
daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen aufstellt oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziemlich hochgestellten Erwartungen doch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nöthigenfalls deckt er einen derartigen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Discussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergiren, mit ihm führen muß, sind

1. passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen, durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und

2. beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Uebergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind, daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitpunkten oder einer sylbenstechenden Kritik annehmen muß.

Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht den Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genöthigt, ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von 37000 fl. für den Festungsbau zur Rede zu stellen, bei welcher Gelegenheit er sich auf „Hunderte" von Präcedenzfällen, von denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen wußte, berief. Demnächst behauptete er, daß eine gewisse discretionäre

1853 30. 5. Gewalt für das Präſidium zur Geſchäftsführung unerläßlich ſei, daß zu Zeiten des Grafen Münch*) Niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwiſchen uns und Oeſtreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präſidenten einer übelwollenden Recenſion von Seiten des preußiſchen Geſandten ausgeſetzt ſei. Meine Widerlegung dieſer Auffaſſungen veranlaßte ihn zu der Aeußerung, daß meine Führung des Präſidiums von Niemand in allen Details geprüft worden ſei, um ſich zu überzeugen, ob ſie nicht ebenfalls zu Ausſtellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beſchlußnahme der Bundesverſammlung mit der Gewißheit entgegenſähe, daß letztere das Verfahren des Präſidiums nicht desavouiren werde. Sollte dies dennoch der Fall ſein, ſo werde er die „Kleinigkeit der erwachſenen Zinſen" aus eigner Taſche bezahlen. Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemeſſene Löſung der entſtandenen Schwierigkeit zu ſein ſcheine, und ich, wenn der Herr Präſidialgeſandte es mir geſtatten wolle, mich lieber an den Koſten zur Beſeitigung der Sache perſönlich betheiligen wolle, als dieſelbe zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regirung geneigt ſein werde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präſidium, ohne Wiſſen der übrigen Geſandten aufgenommene Anleihe Theil zu nehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objects gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beſeitigung eines Präcedenzfalles, deſſen Wiederholung die betreffenden Regirungen, falls er ohne Monitum paſſirte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnten. Ich behielt mir ſchließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt

*) Graf Eduard Joachim von Münch-Bellinghauſen, von 1823 bis 1848 öſterreichiſcher Präſidialgeſandter.

vor, wo die Sache officiell zu meiner Kenntniß gelangen würde, 1853
was bisher nur durch Privatmittheilungen des Geheimen Re- 30. 5.
gierungsraths Crüger geschehn sei. Ich habe mit Rücksicht auf den Besuch Sr. Majestät des Königs in Wien und auf die Möglichkeit, daß politische Folgen sich an denselben knüpfen, sowohl in diesem wie in andern ähnlichen und gleichzeitigen Fällen es vermieden, amtlich und mit derjenigen Entschiedenheit, zu welcher das Sachverhältniß mich berechtigen konnte, den Präsidialgesandten in seine Schranken zurückzuweisen, und bin gleichzeitig bemüht gewesen, die Discussion in das Geleise freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen, so oft Herr v. Prokesch dasselbe verließ. Indessen kann ich nach Lage der Sache auf die Frage zurückkommen, sobald es mir aufgetragen wird.

Den Bayerischen Gesandten, Herrn von Schrenk, rechne ich zu den besten Elementen der Versammlung sowohl seiner Befähigung als seinem Charakter nach; er ist ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei praktisch in seinen Auffassungen und Urtheilen, wenn auch seine mehr juristische Bildung und Denkungsweise ihn mitunter etwas rechthaberisch macht, und einem leichteren Fortgang der Geschäfte hemmend entgegentritt. Im amtlichen Verkehr ist er offen und gefällig, so lange sein in der That hochgesteigertes und sehr reizbares Nationalgefühl geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir besonders angelegen sein lasse.

Unser sächsischer College, Herr von Nostitz, flößt mir weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem politischen System, welche unter anderm aus einem mehr rationalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor ultramontanen Bestrebungen Nahrung zieht. Ich glaube aber und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm unrecht thäte, daß ihm im Ganzen persönliche Interessen höher stehn als politische,

1858 80. 5. und die Geſchmeidigkeit ſeines Charakters geſtattet ihm, die letzteren unter einem jeden für die erſteren zuträglichen Lichte aufzufaſſen. Seine Vermögensverhältniſſe ſind — wie ich höre und wie durch ſein geſellſchaftliches Auftreten beſtätigt wird — in keiner günſtigen Lage und hängen neben ſeinen unverkürzt für Verbeſſerung der eignen Lage verwendeten Gehaltsbezügen noch dadurch mit ſeiner hieſigen Stellung zuſammen, daß er hier ein eignes, von ihm bewohntes Haus beſitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt und deſſen ſeit 5 Jahren betriebene Vermiethung ſich als unthunlich erwieſen hat. Sein politiſches Verhalten iſt daher durch den Wunſch bedingt, jedenfalls in ſeiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der ſächſiſchen Regirung hat allerdings Oeſtreich mehr Gelegenheit ihn in ſeiner Stellung zu befeſtigen wie Preußen. Dieſer Umſtand hindert Herrn v. Noſtitz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, ſoweit es ſeine Inſtructionen irgend zulaſſen, aber er bildet dabei mit ſeiner großen Arbeitskraft, Intelligenz und langen Erfahrung die wirkſamſte Stütze aller Beſtrebungen Oeſtreichs in der Bundes-Verſammlung. Er hat ein beſonderes Geſchick in Abfaſſung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anſcheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne den Intereſſen Oeſtreichs, ſobald der unbeſtimmten Faſſung die richtige Auslegung zu Hülfe kommt, irgend etwas zu vergeben. Erſt wenn ſeine Vorträge die Grundlage ſpäterer Verhandlungen werden, ſtellt es ſich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem ſie verfaßt wurden, in ſcheinbar abſichtsloſen und beiläufigen Worten niedergelegt iſt. Wenn in Dresden ein Revirement im Preußiſchen Sinne einträte, würde die wichtige perſönliche Unterſtützung, welche Herr von Noſtitz vermöge ſeines Verſtandes und ſeiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Anſehns zu leiſten vermag, mit derſelben

Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen wie jetzt für Oestreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande liegt, daß einer seiner Söhne in der östreichischen Ingenieur-Akademie erzogen wird und binnen Kurzem als Offizier in die Kaiserliche Armee tritt. 1858 30. 5.

Für Hanover ist Herr von Bothmer seit ein paar Tagen hierher zurückgekehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von ihm, daß sein längeres Verbleiben hier auf keine Weise gesichert ist. Er ist nicht nur ein grader und Vertrauen erweckender Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Collegen, der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei nothwendig werdenden Reclamationen gegen das Präsidium einen mehr als passiven Beistand zu leisten.

Das grade Gegentheil von ihm stellt sich in Herrn von Reinhard*) dar; wenn Herr von Bothmer in seinen Arbeiten gründlich, klar und objectiv ist, so tragen die des württembergischen Gesandten den Stempel der Oberflächlichkeit, Verworrenheit und Selbstgefälligkeit, drei Eigenschaften, welche überhaupt die hervorragenden Kriterien seiner ganzen Erscheinung darstellen, und wenn man einen hohen Grad von Unaufrichtigkeit dazu rechnet, ihn als ein Mitglied der Bundesversammlung erscheinen lassen, dessen Ausscheiden aus der letztern für uns als ein großer Gewinn zu betrachten sein dürfte. Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Umständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob verworrene politische Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn an die Schädlichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland glauben lassen, jedenfalls aber übersteigt seine Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der

*) Württembergischer Bundestagsgesandter.

1853 politiſchen Lage Württembergs vorausſetzen darf, und habe ich
30. 5. Grund anzunehmen, daß er ſeinen Einfluß auf ſeine Inſtructionen und ſeine Thätigkeit, ſoweit ſie von letzteren unabhängig iſt, prinzipiell zum Nachtheil Preußens geltend macht.

In der Discuſſion über die Kettenburgſche Frage glaube ich ſogar annehmen zu müſſen, daß er auf eigne Verantwortung ein Verhalten beobachtet, von dem er nicht wünſchen kann, daß es zur perſönlichen Kenntniß Seiner Majeſtät des Königs von Württemberg kommt*).

In ſeinem Benehmen gegen mich perſönlich liegt nichts, was auf eine derartige Geſinnung zu ſchließen berechtigen würde, und nur ſelten kommt in der Diſcuſſion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewiſſe Furchtſamkeit die verhehlte Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt iſt er derjenige, der zu den Sitzungen ſtets als Letzter und zu ſpät erſcheint und in denſelben durch Mangel an Aufmerkſamkeit und demnächſtiges mißverſtändliches Eingreifen in die Diſcuſſion zu vielen zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt.

Der Badiſche Geſandte, Freiherr von Marſchall, iſt nicht ohne Verſtand und geſchäftliche Brauchbarkeit; im übrigen aber eine ſubalterne Natur, die ſorgfältig bemüht iſt, die Verantwortung für ein ſelbſtändiges Urtheil von ſich abzuwenden und in der unzweifelhafteſten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Theilen Recht oder doch keinem Unrecht zu geben; muß es aber ſein, ſo neigt auch er, ſei es aus verwandſchaftlichen Rückſichten ſeiner Familienglieder in öſtreichiſchen Dienſten, ſei es wegen ſtärkerer Scheu ſeiner Regirung vor Wien als vor Berlin mehr auf die Seite Oeſtreichs als auf die unſre. Eine Unterſtützung

*) Vgl. dazu Bismarcks Bericht vom 29. Mai 1853, Preußen im Bundestag I, No. 184 S. 251 ff.

gegen das Präſidium, wie beiſpielsweiſe bei Behandlung der Geſchäftsordnung, für welche er Referent iſt, habe ich ſchwerlich von ihm zu erwarten. Die Neutralität oder wenn man will das Hinken auf beiden Seiten, welches ihm eigen iſt, findet auch in der gemiſchten Ehe einen Ausdruck, in welcher er mit einer eifrigen Katholikin lebt. 1858 30. 5.

Unſer Kurfürſtlicher College, Herr v. Trott, nimmt an den Geſchäften ſo wenig Antheil als möglich, befaßt ſich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausſchüſſen und iſt vielfach abweſend unter Subſtitution des Vertreters von Darmſtadt*). Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Betheiligung an den Verhandlungen bei weitem vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeleibten Gutsbeſitzers als eines Geſandten. Er beſchränkt ſich darauf, kurz und genau aus ſeiner Inſtruction abzuſtimmen, und wenn letztere von dem Miniſter Haſſenpflug ohne Ausnahme nach den Weiſungen Oeſtreichs eingerichtet wird, ſo ſcheint es mir doch, daß eine perſönliche Unterſtützung durch Herrn von Trott Oeſtreich oder den Staaten der Darmſtädter Coalition ebenſowenig zu gut kommt als uns eine Parteiloſigkeit, welche dem heſſiſchen Geſandten durch ſeine Abneigung gegen Geſchäfte und wie ich gern glaube durch das Widerſtreben ſeiner an ſich ehrlichen Natur gegen das Intriguenſyſtem ebenſoſehr erleichtert wird, wie durch ſeine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Intereſſen Preußens. Seine Familie iſt ſehr zahlreich und ſeine Vermögenslage nicht glänzend.

Ein feindſeligeres Element finden wir in dem Großherzogl. Heſſiſchen Geſandten Freiherrn von Münch-Bellinghauſen. Wenn derſelbe ſchon durch ſeine verwandſchaftlichen Verhältniſſe mit dem früheren Präſidial-Geſandten gleiches Namens an die Intereſſen Oeſtreichs geknüpft iſt, ſo wird ſein Antago-

*) v. Münch-Bellinghauſen.

1853 nismus gegen Preußen noch erheblich geſchärft durch ſtarken
30. 5. und wie ich glaube aufrichtigen Eifer für die katholiſche Kirche. Im Privatverkehr iſt er ein Mann von angenehmen Formen und kann ich auch über ſein amtliches Verhalten inſofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maß der von der antipreußiſchen Politik ſeiner Regirung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen iſt er ein natürlicher Gegner der Preußiſchen Politik überall, wo dieſe mit Oeſtreich und der katholiſchen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er ſeine Meinung mir gegenüber nicht ſelten in der Diſcuſſion vertritt, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit ſeiner politiſchen und religiöſen Ueberzeugungen halten. Eine Anomalie iſt es jedenfalls, daß ein proteſtantiſcher und augenblicklich mit den katholiſchen Biſchöfen in Conflict ſtehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebenſowenig kann den rheinbündiſchen Tendenzen des Herrn von Dalwigk und des Prinzen Emil von Heſſen die politiſche Auffaſſung des Herrn von Münch entſprechen, welche mehr der ſogenannten großdeutſchen, in Preußen durch die Reichensperger und andre vertretenen Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Vertheidiger der bis zum vorigen Herbſt auf dem Bundes-Palais ſtehenden ſchwarz-roth-goldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, iſt einer der geſcheuteſten Köpfe in der Verſammlung, und ich bedaure, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht geſtattet, erheblichen Antheil an den laufenden Geſchäften zu nehmen. Die Haltung der öſtreichiſchen Politik entſpricht natürlich den Wünſchen des Cabinets von Copenhagen mehr als die unſrige, indeſſen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht däniſchen Fragen eine ziemlich parteiloſe Zurückhaltung, wie denn auch

die meiſten zwiſchen Preußen und Oeſtreich obwaltenden Streit- 1858
fragen von einer Natur ſind und aus einer Zeit ſtammen, 30. 5.
daß Dänemark die Betheiligung daran prinzipiell vermeidet und die Abſtimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur neben einer ſtereotyp gewordenen Verwahrung der Rechte ſeines allergnädigſten Herrn die Erklärung enthalten, daß er noch ohne Inſtruction ſei. Die Verhandlungen ſowohl am Bunde als in der Auguſtenburger Angelegenheit haben mir Gelegenheit gegeben, Herrn v. Bülow als einen gewandten und einſichtsvollen Geſchäftsmann kennen zu lernen, dem ſowohl im offiziellen wie im Privatverkehr ein angemeſſenes und gefälliges Benehmen eigen iſt.

Zu unſern treueſten Bundesgenoſſen gehört Herr v. Scherff*), der ſich für ſeine Perſon ganz den Preußiſchen Intereſſen hingiebt, auch einen Sohn in unſerm Militärdienſt hat; er iſt ein erfahrner und ſelbſt bis zur Aengſtlichkeit vorſichtiger Geſchäftsmann. Die letztere Eigenſchaft ſowie die Natur des Einfluſſes, den Se. Majeſtät der König der Niederlande auf die Luxemburger Inſtructionen übt, verhindern ihn oft, mir in den Sitzungen diejenige Unterſtützung zu gewähren, welche ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der Sitzungen habe ich ſtets mit Vertrauen auf ihn zählen können, wenn ich ſeinen Rath in Anſpruch genommen habe oder wenn es ſich darum handelte, mir mit ſeinem Einfluß auf einen andern oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hülfe zu kommen. Bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen ſteht Herr von Scherff und deſſen Familie mit Recht in beſondrer Gnade.

An ſeinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritſch, habe ich nichts zu wünſchen, als daß ſeine Kraft, die Preußiſchen Intereſſen zu unterſtützen, ſeinem Willen gleich-

*) S. o. S. 101.

1858 kommen möchte. Er ist seiner Politik nach ein ehemaliger
30. 5. Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerther Mann; die Instructionen seiner Höfe sind mit einer Hingebung, die unsre lebhafte Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, sich dem Preußischen Votum anzuschließen, und würde diese Unterstützung noch werthvoller werden, wenn Herrn von Fritsch in höherem Grade das Bewußtsein beiwohnte, seine Ueberzeugungen selbständig vertreten und ihnen Geltung verschaffen zu können.

Nassau-Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch persönliche Fähigkeiten noch durch politisches Ansehn irgend einen Einfluß auf die Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassaus besteht, sich in den meisten Fällen zu Gunsten der nassauischen d. h. der östreichischen Ansicht löst, so sind hierauf zwar einerseits die verwandschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und seiner Gemalin zu Familien, die im östreichischen Interesse stehn, und die größere persönliche Scheu des Gesandten, der 2 Söhne im östreichischen Militärdienste hat, vor dem Ressentiment Oestreichs als vor dem Preußens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von östreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so nothdürftige Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Aequivalent der 5000 Gld, welche Seine Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt desselben zugiebt, betrachtet werden können.

Der Mecklenburgische Gesandte Herr von Oertzen rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerthen Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner Stellung gekannt

habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestags war bei ihm wie bei einer großen Anzahl seiner Landsleute eine Hinneigung zu Oestreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die östreichische Politik durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet auch er einen Sohn im östreichischen Heere hat, eine Reaction erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine politische Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instructionen, über deren Natur ich im Ganzen nicht klagen kann, nur immer gestatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umständen auf ein offnes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweise die Bentinckschen und andre Reclamations-Sachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch die Richtigkeit seines Urtheils nicht immer anerkennen kann. Seine Haltung bei Discussionen ist jederzeit ruhig und vermittelnd. 1858 30. 5.

Der Vertreter der 15ten Curie ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen und anscheinend grades ehrliches Wesen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, mich anfangs für ihn eingenommen hatte. Bei längerer Beobachtung hat sich mir indeß die Ueberzeugung aufgedrängt, daß seine äußere Erscheinung ihm nur als Maske für einen ziemlich hohen Grad von Verschlagenheit dient, und daß man ihm, wie das Sprichwort sagt, nicht über den Weg trauen kann. Er war früher ein sehr avancirter Gothaer, und wenn man seinen Worten glauben dürfte, so wäre diese Färbung naturgemäß übergegangen in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starker einheitlicher Centralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hülfe Oestreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagenen Einheitsbestrebungen im Preußischen Sinne. Ich will wünschen, daß dies das wahre Motiv ist für seine unverkennbare Parteinahme

1858 30. 5. gegen Preußen, ſogar in den Fällen, wo unſre Intereſſen mit denen Oldenburgs ganz unzweifelhaft identiſch ſind, auch ohne Rückſicht auf die allgemeine politiſche Sympathie, welche bei Oldenburg und ſeinem Regenten für Preußen vorausgeſetzt werden darf. Wenn es aber auch unzweifelhaft wäre, daß mir unbekannte politiſche Intereſſen irgend einer Art dabei im Spiele ſind, ſo ſcheint es mir doch, als ob Herr von Eiſendecher auch in dieſem für die Beurtheilung ſeines Charakters günſtigeren Falle ſeinen eignen Abneigungen gegen Preußen oder gegen deſſen jetzige Regirung einen ſtärkern Einfluß auf ſeine Amtshandlungen gewährte, als dies mit den Pflichten gegen ſeinen Herrn verträglich iſt [1]). Dem Vernehmen nach iſt die Curiat-Verfaſſung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn ſie unter ſich einig ſind, Oldenburg überſtimmen; es fragt ſich daher, ob es nicht in unſrer Macht liegt, uns der Vota der 4 kleineren Staaten und ſomit der Stimme der Curie mehr als bisher zu verſichern.

Mit mehr Einfachheit und weniger Liſt legt der Vertreter der 16ten Curie, Freiherr von Holzhauſen, ſeinen Einfluß für Oeſtreich in die Wagſchale und ſagt man von ihm, daß er ſich ſeine Inſtructionen in den meiſten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, ſie einzuholen, ſelbſt mache und etwaigen Reclamationen ſeiner Committenten durch Stillſchweigen oder durch eine geſchickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Curie und des Mangels an Verbindung unter

[1]) In dieſer Anſicht werde ich noch dadurch beſtärkt, daß die Oldenburgiſche Regirung in Folge der von uns unmittelbar in Oldenburg veranlaßten Schritte Herrn v. Eiſendecher, ohne deſſen Bericht einzufordern und zu ſeiner anſcheinend großen Ueberraſchung angewieſen hat, wegen der matrikularmäßigen Umlegung der Centralverwaltungs-Koſten von 534,898 fl. 33 kr. ſich unſrer Auffaſſung anzuſchließen.

denſelben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meiſten 1853
der kleinen Fürſten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand 30. 5.
nicht machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten Kanzlei und Correſpondenz erforderlich ſein würde, und daß ſie mit den verwendbaren Mitteln, falls Herr von Holzhauſen, der nach dem Tode des Freiherrn von Leonhardi als Mindeſtfordernder die Stelle erhielt, ihnen den Dienſt aufkündigt, ſchwerlich einen ſo ſtattlichen Vertreter wie dieſes wohlhabende, mit mehren Großkreuzen und dem Titel eines wirklichen Geheimen Raths geſchmückte Mitglied der älteſten Frankfurter Patricierfamilie für ſich würden gewinnen können. Die nächſten Verwandten des Herrn von Holzhauſen, der ſelbſt unverheirathet und kinderlos iſt, ſind im Dienſte Oeſtreichs. Außerdem weiſt der ungewöhnlich ſtark ausgebildete Familienſtolz dieſes Herrn mit ſeinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit des heiligen römiſchen Reichs eng verknüpfte reichsſtändliche Patriciat zurück, und die ganze Stellung Preußens ſcheint ihm eine revolutionäre Uſurpation, welche den weſentlichſten Antheil an der Zerſtörung der Privilegien derer von Holzhauſen hat. Sein großes Vermögen läßt mich annehmen, daß die Bande, welche ihn an Oeſtreich knüpfen, nur die ehrgeiziger Beſtrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiſerlichen Orden oder nach der Erhebung der Familie in den öſtreichiſchen Grafenſtand ſind, nicht aber pekuniäre Intereſſen, wenn man nicht etwa den Beſitz erheblicher Summen Métalliques als ſolches anſehn will.

Was die Geſandten der freien Städte anbelangt, ſo treten ihre Perſönlichkeiten bei dem öfteren Wechſel weniger conſequent hervor, beſonders wenn man die Vielſeitigkeit der Factoren, welche zu Ertheilung der Inſtructionen mitwirken, in Anſchlag bringt. Gegenwärtig anweſend hier ſind die Herrn Kirchenpaur für Hamburg und Harnier für Frankfurt. Beide gehören, wenn man die Bundesverſammlung in zwei Hälften theilen

1853 will, der fähigeren an, auch beide der Gothaer Partei, der
30. 5. Vertreter Hamburgs der Rechten, der Frankfurter der Linken derſelben. Erſterer ſcheint, ſo weit man es von ihm beanſpruchen kann, und ſo weit die ihm ihre Entſtehung verdankende Neuner-Verfaſſung nicht in Frage kommt, ein grader, nachdenkender und Zutrauen erweckender Mann zu ſein, der 2te aber das Gegentheil.

Wenn mir Ew. Excellenz ſchließlich verſtatten, die Reſultate meines gehorſamſten Vortrags kurz zuſammenzufaſſen, ſo dürften dieſelben in Folgendem beſtehen:

Von allen Bundestags-Geſandten ſind den diesſeitigen Intereſſen ihrer perſönlichen Anſicht nach nur die Herrn v. Fritſch, v. Scherff und v. Oertzen ergeben; Erſterer folgt dabei zugleich den Inſtructionen der von ihm vertretenen Regirungen.

Für Oeſtreich dagegen ſind perſönlich, ohne daß man von den Regirungen, welche ſie vertreten, ein Gleiches behaupten kann, die Herrn v. Eiſendecher, v. Holzhauſen und v. Dungern in Betreff Braunſchweigs.

Außer dieſen ſchließen ſich Oeſtreich, der Inſtruction ihrer Regirung gemäß, an: Herr v. Noſtitz, Herr v. Reinhardt, v. Münch, v. Trott, der jedoch gemäßigter als ſein College für Heſſen-Darmſtadt auftritt und Herr v. Dungern für Naſſau.

Eine theils unabhängigere, theils vermittelnde Stellung nehmen ein die Herrn v. Schrenk, v. Bothmer, v. Bülow, v. Marſchall und die Vertreter der Freien Städte, doch ſind auch bei der Haltung dieſer öſtreichiſche Influencirungen nicht ſelten bemerkbar.

Frankfurt a./M., den 30. Mai 1853.

v. Bismarck.

68.

Freiherr v. Prokeſch an Bismarck.

Hochwohlgeborner Freiherr,

Gegen meine Erwartung iſt die Sache wegen der 100000 fl.*) noch nicht ins Reine gebracht. Ich zog geſtern noch das Protokoll zurück, ſiſtirte den Druck und ſtrich heute in Gegenwart des Herrn Legations-Rath v. Wentzel den ganzen Paragraph durch**). Er wird mir hierauf eine Anzeige an das Präſidium über die Einzahlung (d. h. über die Ermächtigung zu derſelben) machen***), worin dieſe Summe abermals als Vorſchuß bezeichnet wird. Da ich auf dieſe amtliche Mittheilung die Weiſung an die Kaſſenabtheilung baſiren müßte, ſo könnte dieſe die Summe auch nur als Vorſchuß nehmen, der Rückſtand auf die Umlage von 1851 bliebe daher offen und ſomit müßte ich den § des Protokolls wieder reſtituiren. 1853 3. 6.

Um die Sache auszugleichen, ſchlug ich ihm eine Faſſung der Anzeige vor, worin ſowohl das hemmende Wort „Vorſchuß" als das vielleicht anſtößige „Rückſtand" vermieden iſt. Er glaubt aber anfragen zu müſſen. So unlieb mir das Verzögern des Drucks des Protokolls iſt, ſo warte ich doch bis morgen Abends und allenfalls bis Sonntag Mittag, wo dann Nachmittags die Unterſchriften vollends geſammelt werden können und am Montag der ſchon im Zuge befindliche Satz zum Drucke bereit gemacht werden kann.

Ich kann mir nicht denken, daß in der an ſich ſo klaren Sache noch ein Anſtand eintrete.

Der Himmel ſegne Ihre Anweſenheit in Berlin. Ge-

---

*) Für den Ulm-Raſtatter Baufonds.

**) Vgl. die Schreiben Wentzels an Bismarck vom 3., 4. u. 6. Juni, Bismarck-Jahrbuch VI, 49 ff.

***) Ergänzung des Herausgebers.

1853 währen Sie mir Gerechtigkeit für meine unwandelbaren aus-
3. 6. gleichenden Bemühungen. Legen Sie mich auch Sr. Majestät, Ihrem allergnädigsten Herrn, ganz unterthänigst zu Füßen.

Hochachtungsvoll

Frankfurt v. Prokesch-Osten.
3. Juni (1853).

69.

König Friedrich Wilhelm IV. an Bismarck.

Rüdersdorff 12 Sptb. 53.

1853 Theuerster Bismark — Es waltet in den Regionen meines
12. 9. Bruders Wilhelm ein Mißverständniß, dessen Lösung zu Allseitiger Befriedigung nothwendig wird. In Dobberan erhielt ich einen Brief von ihm mit Jammergeschrey über Manteuffels nun feststehenden Abgang, welchen er (mit Recht) als Calamität bezeichnete. Ich forderte von Wilhelm die Lösung dieses Räthsels, da ja grade seit 3 Wochen Alles beygelegt sey, meine Persévérance gesiegt habe. Er antwortete mir vor etwa 8 Tagen „er freue sich — aber es sey Ihnen bester Bismark ein Brief aus Puttbus*) zugegangen, welches Inhalt Sie wie ihn selbst zu keinem andern Schlusse habe bringen können" — Gestern in Sans-souci frug ich ihn nach dem Autor jenes Briefes und — er nannte mir Gerlach (Polte) — heut hab' ich Gerlach constituirt. Derselbe versichert hoch und theuer Ihnen aus Puttbus nichts**) dergl. geschr(ieben) zu haben***).

Da haben Sie den Schlamassel. Entwirren Sie ihn mir und Wilhelm und — so bald als möglich. Vale.

FWR.

*) Dreifach unterstrichen.

**) Zweifach unterstrichen.

***) Vgl. Gerlachs Brief an Bismarck aus Putbus vom 15. Sept. 1853, Briefwechsel S. 107 f.

70.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

(Bruchstück.)

... gen des Generals von Gerlach zu berichtigen, und war es mir aus diesem Grunde sehr lieb, daß ich am folgenden Tage endlich einen Brief von letzterem erhielt, der auf unverdächtige Weise darthat, daß der Schreiber alles anwenden wolle, um Herrn von Manteuffel zum Bleiben zu vermögen, weil er keinen thunlichen Ersatz für denselben wisse. Dieser Brief konnte etwa den 10. oder 12. August geschrieben sein, da er mit der langsamen Schirrmeister-Gelegenheit über Cöln nach Frankfurt gegangen, und mir von dort nach Ostende nachgeschickt, am 17. oder 18. an mich gelangte; er enthielt über die Entscheidung der Hauptfrage nichts Bestimmtes; überhaupt keine neuen Thatsachen; mein einziger Grund mitzutheilen war daher der, daß sein Inhalt mir geeignet schien, S. K. H. zu überzeugen, daß ... ich erinnere mich des Wortlauts nicht, aber, obschon ich mich der wörtlichen Fassung nicht erinnere, so weiß ich doch soviel, daß von der Hoffnung auf Herrn von Manteuffels Bleiben, von der politischen Nothwendigkeit desselben, und von Anbahnung eines erneuten Vertrauens des Freiherrn von Manteuffel zum General von Gerlach darin, dem Sinne nach, wenn auch nicht mit diesen Worten, die Rede gewesen ist; denn da der Brief neue Thatsachen nicht enthielt, so war der einzige Grund der mich veranlassen konnte Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen den Inhalt desselben, ich weiß nicht mehr ob ganz oder theilweis, mitzutheilen ...*). 1858 ? 9.

*) Vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 28. September 1858, Ausg. von H. Kohl, S. 99 ff.

71.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 6. 1. habe ich ſchon längſt ſchreiben wollen, ohne jedoch dazu Zeit finden zu können. Auch heute werden nur wenige Zeilen Ihnen die Ueberzeugung gewähren, daß ich Ihrer in alter Freundſchaft gedenke.

„Ex oriente lux“ ſagt Prokeſch; dieß Licht iſt aber vor der Hand ziemlich verſteckt, wenigſtens ſehe ich dort nur Finſterniß und die Möglichkeit, daß ſich von dort ein feuerſpeiender Berg entwickelt. Es ſpielen bei der Sache — und das iſt meine einzige Hoffnung — viele vorgefaßte Meinungen und gegenſeitige Exaltationen mit, welche ſich doch endlich einmal verfliegen müſſen. Ich für meine Perſon bin feſt überzeugt, daß der Kaiſer*) perſönlich nicht den Krieg und keine Eroberung will. Weniger feſt iſt meine früher auch vorhandene Ueberzeugung, daß England nicht den Krieg will. Nach der Affaire von Sinope**) ſcheint es den Engländern damit wirklich Ernſt zu ſein. Im Allgemeinen ziehen ſie aber doch wohl den Frieden vor. Frankreich iſt jetzt merklich kühler als England, Baraguay d'Hilliers***) ſagt ganz laut in Conſtantinopel, daß Frankreich nicht den Beruf habe, die Perſer zu Gunſten der Indiſchen Beſitzungen Englands zu bekriegen, und Drouyn de L'Huys†) nimmt auch in ſeinen Aeußerungen viel mehr einen elegiſchen als einen dithyrambiſchen Ton an. Die miſerabelſte Rolle bei der Sache ſpielt jeden Falls Oeſterreich, welches wie eine Maus in der

*) Von Rußland.

**) Seeſchlacht, 30. Nov. 1853, in welcher der ruſſiſche Admiral Nakhimoff ein türkiſches Geſchwader unter Osman Paſcha ſchlug.

***) Franzöſiſcher General und Botſchafter in Conſtantinopel.

†) Seit 28. Juli 1852 Nachfolger Turgots als Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten.

Falle bald zu dieſer bald zu jener Oeffnung herausſieht 1854
und die Naſe überall da zurückzieht, wo man drauffſchlägt. 6. 1.
Graf Buol widerruft heute, was er geſtern geſagt hat. Man kann dem Grafen daraus einen ſo großen Vorwurf nicht machen. Denn abgeſehen davon, daß die Stellung Oeſterreichs mit einer reducirten Armee, zerſtörtem Credit und nicht organiſirten Völkerſchaften als unmittelbar betheiligte Macht in der That eine verzweifelte iſt, ſoll nach ſehr zuverläſſigen Nachrichten, die mir aus Wien zugehen, die Wirthſchaft dort im Central-Punkt eine höchſt traurige ſein. Graf Buol hat weder beim Kaiſer noch bei ſeinen Collegen Geltung, das Militär-Cabinet Sr. Majeſtät pfuſcht ab und zu in die Diplomatie hinein und verſchiebt Alles, überdieß iſt Meyendorff ſo unliebenswürdig und verdrießlich wie möglich. Was Oeſterreich eigentlich will, iſt ſchwer zu ſagen. Vor allen Dingen wohl ſo lange als möglich ſich aus der Sache, die ihm doch wegen der Nachbarſchaft auf die Nägel brennt, herauszuhalten. Man will es mit dem Kaiſer von Rußland nicht verderben, gleichwohl giebt Herr v. Hübner*) in Paris die wunderbarſten Erklärungen ab, ſo daß polizeiliche Nachrichten ſogar verſichern, Oeſterreich habe dort, um den Stoß von ſeinen Italieniſchen Grenzen abzuwenden, Propoſitionen wegen Ueberlaſſung unſerer Rhein Provinz an Frankreich gemacht. Ich glaube dieß zwar nicht, will aber doch den Gedanken an ſolche Abfindung im Hinblick auf frühere Vorgänge des Hauſes Habsburg-Lothringen nicht ganz unmöglich halten.

Wir haben uns bisher ſo ziemlich in unſrer urſprünglichen Stellung maintenirt. Die Miſſion des Grafen Pourtalès nach London hat den Zweck, das Terrain dort beſſer, als es der unpraktiſche Bunſen**) der Preußiſchen Wahrnehmung zu bringen

*) Oeſterreichiſcher Geſandter in Paris.
**) Preußiſcher Geſandter in London.

1854 6. 1. verſteht, zu erforſchen und vertrauliche Erklärungen zu provociren. Er wird demnächſt zurückkehren. Er hat eine weſentliche Spaltung im Engliſchen Cabinet gefunden, indem Aberdeen *) entſchieden Oeſterreichiſch iſt, während Clarendon **) von dieſem Staat nichts wiſſen will. Graf Pourtalès hat übrigens vorzugsweiſe und mit Energie hervorgehoben, daß, wenn wir neutral bleiben wollen, kein Teufel uns davon abhalten könne.

Sehr wichtig wird es ſein, welchen Eindruck die Nachricht von dem Befehl des Einlaufes ins Schwarze Meer in Petersburg machen wird. Ich möchte nach früheren Nachrichten annehmen, daß darauf mit einer Kriegs Erklärung geantwortet werden würde, bemerke indeß, daß Budbergs Sprache und Rochows Berichte jetzt milder klingen.

Was unſere Häuslichkeit betrifft, ſo haben die Familien Scenen in der Kammer noch nicht begonnen; morgen wird mit der Weſtphäliſchen Gemeinde Ordnung der Anfang gemacht. Am Montag bringe ich den Vertrag mit Oldenburg wegen des Jahdehafens ***) ein. Ich werde ſo wenig große Worte als möglich machen, um nicht Leidenſchaften aufzuregen, doch wird die Sache in England nicht gern geſehen werden.

In den letzten Tagen war Miniſter v. Beuſt, der commis voyageur, hier angeblich, um ſeinem Oncle, dem alten Werther †), Condolenz Viſite zu machen, in Wahrheit, um zu ſpioniren und die Münchener Reiſe zu verdecken. Der König, bei dem Miniſter v. Beuſt ſich ausdrücklich melden ließ, hat ihn zur Tafel gezogen, aber möglichſt ſchlecht behandelt. Mit mir

*) Engliſcher Premierminiſter.

**) Staatsſecretär für die auswärtigen Angelegenheiten.

***) Durch Staatsvertrag vom 20. Juli 1853 brachte Preußen zwei Landſtreifen am Oſt- und Weſtende der engſten Stelle des Jahdebuſens käuflich an ſich zum Zwecke der Anlegung eines Kriegshafens („Wilhelmshaven").

†) Wilhelm Freiherr v. Werther, Oberſtmarſchall.

wollte er auch Politik sprechen, ich habe ihn aber von Elb- 1854
schifffahrt und Gerichts Verfassung unterhalten. Er soll sehr 6. 1.
unzufrieden abgereist sein; das würde ich bedauern, wenn an ihm noch etwas zu verderben wäre.

In meinem eigenen Hause geht es mir, Gott sei Dank, gut, Frau und Kind sind gesund und ich auch leidlich. Am Nachmittag des 1. Feiertags fuhren wir aufs Land, haben in Falkenhain gewohnt und am 3. Festtage gejagt. Tags darauf sind wir hierher zurückgekehrt.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin so wie Ihren Kindern viel Glück zum neuen Jahre. Meine Frau grüßt. Schreiben Sie mir bald einmal und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich nicht pünktlich antworte.

Mit ausgezeichneter Hochachtung und alter Freundschaft

Ihr

ganz ergebener Diener

Berlin, den 6. Januar 1854. Manteuffel.

72.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Von der am 26ten erfolgten Abreise Ew. Hochwohlgeboren 1854
nach Carlsruhe*) habe ich durch den Legations-Rath Wentzel auf 28. 1.

*) Der Erzbischof Vicari von Freiburg in Verbindung mit den Bischöfen von Rottenburg, Limburg, Fulda und Mainz hatte im März 1851 das in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz (Württemberg, Baden, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und Nassau) geltende Recht des Staates circa sacra bestritten und trotz erheblicher Zugeständnisse im Jahre 1853 erklärt, daß er alle der kirchlichen Ordnung, dem westfälischen Frieden, der Reichsdeputationsordnung, den Bullen der Päpste Pius VII. und Pius VIII. widerstreitenden Gesetze für unverbindlich halte und danach verfahren werde. Bismarck trat entschieden

1854 28. 1. telegraphiſchem Wege Nachricht erhalten und beeile mich Ihnen noch beſonders meinen Dank für die entgegenkommende Weiſe zu ſagen, mit welcher Ew. Hochwohlgeboren in meine Wünſche und Auffaſſungen eingegangen ſind. Wie auch die Lage der ſpeziell kirchlichen Angelegenheit in Carlsruhe ſein möge in dieſem Augenblick, ſo darf ich mich jedenfalls der Hoffnung hingeben, daß Ew. Hochwohlgeboren Gegenwart auch jetzt ſowohl für dieſen beſondern Fall, als namentlich auch in allgemeineren Beziehungen für das Verhältniß Preußens zu Baden von erſprießlicheren Folgen ſein werde.

Ich habe in meinem letzten Schreiben darauf aufmerkſam gemacht, wie wichtig die Wahl einer feſten und entſchiedenen Perſönlichkeit zu einer vertraulichen Sendung nach Rom ſein würde, wenn die Großherzogliche Regierung, wie ich aus dem Ihnen mitgetheilten Bericht des Kgl. Geſandten in Carlsruhe*) entnehmen mußte, eine ſolche beabſichtigt. Heute kann ich nicht umhin, Ew. Hochwohlgeboren in Betreff einer ſolchen Sendung noch einige Bedenken auszuſprechen, welche ſich mir bei reiflicher Erwägung der jetzigen Sachlage aufdrängen.

Der in jenem Bericht gemeldeten Uebereinkunft, die durch Vermittelung des Biſchofs von Mainz**) zu Stande gekommen ſein ſollte, iſt durch Zeitungs Nachrichten, deren Grund oder Ungrund ich noch nicht beurtheilen kann, widerſprochen worden. Sollten die Verhandlungen wirklich geſcheitert ſein, oder die Regierung wenigſtens durch eine etwaige Uebereinkunft ſich nicht ſo die Hände gebunden haben, daß ſie beſtimmte Verſprechungen über demnächſt mit Rom anzuknüpfende Unter-

für die Pflicht Preußens ein, die badiſche Regierung in ihrem Kampfe gegen hierarchiſche Uebergriffe moraliſch zu unterſtützen; man vgl. die Berichte vom 29. Nov. 1853, Preußen im Bundestage I, No. 214 S. 319 ff., vom 7. u. 25. Januar 1854, ebend. IV, No. 73 S. 160 f., No. 75 S. 166 ff., vom 31. Jan. u. 1. Febr., No. 232—234 S. 350 ff.

*) v. Savigny.

**) Freiherr v. Ketteler.

handlungen gegeben: ſo würde, dünkt mich, ſehr zu erwägen 1854
ſein, ob nicht in dem gegenwärtigen Stadium es beſſer ſei, 28. 1.
eine ſolche Verhandlung mit Rom für jetzt zu verſagen, jedenfalls den erſten Schritt dazu nicht von Seiten der Regierung zu thun. Denn die Sachlage hat ſich m. E. ſeit jenem früheren Zeitpunkt, wo die Großherzogliche Regierung eine Berufung auf Rom dem Erzbiſchof freiſtellte und von der Anknüpfung einer allgemeinen Unterhandlung die Vermeidung eines factiſchen Conflicts hoffen konnte, weſentlich verändert.

Der Päpſtliche Stuhl hat in der Allocution, welche Ew. Hochwohlgeboren bekannt ſein wird, von der Unterdrückung der Kirche und von den gerechtfertigten Forderungen der Biſchöfe in einer Weiſe geſprochen, durch welche er für dieſe letzteren entſchieden Parthei genommen hat.

Es ſcheint mir hiernach wenigſtens ſehr zweifelhaft, ob es noch der Klugheit angemeſſen iſt, ſich in einer Form an den Päpſtlichen Stuhl zu wenden, durch welche ſie nur zu leicht als eine bittende oder ſich entſchuldigende erſcheinen würde. Nach dem Erſcheinen dieſer Allocution würde die Anknüpfung einer Unterhandlung mit Rom kaum einen andern Eindruck als den einer moraliſchen Niederlage hervorbringen können.

Die Badiſche Regierung würde vielmehr jetzt in vollem Rechte ſein zu erklären, daß ſie allerdings die Abſicht gehabt habe, ſich direct nach Rom zu wenden und dort eine Verſtändigung zu verſuchen; daß ſie aber dieſen Gedanken aufgeben müſſe, nachdem Rom ſo entſchieden für den Erzbiſchof Parthei genommen; ſie ſehe ſich daher genöthigt, ſich einfach auf die beſtehenden Verhältniſſe und den geſetzlichen status quo zurückzuziehen.

Wie die Verhältniſſe ſich geſtaltet haben, und nach der — ſoweit ſich hier beurtheilen läßt — nicht mehr zweifelhaften Erfahrung, daß die Beſtrebungen der ultramontanen und hier-

1854 archiſchen Parthei im Lande nicht den Anklang gefunden haben,
28. 1. den ſie gehofft, ſcheint mir dieſe ruhig abwartende Stellung die günſtigſte, welche die Badiſche Regierung haben kann. Sie wird ihren Gegnern am beſten dadurch imponiren, daß ſie zeigt, ſie könne es an ſich kommen laſſen; während jede Beeiferung ihrerſeits zur Beilegung des Streits ihr als Schwäche wird gedeutet werden, wodurch ſie den Gegnern einen großen Vortheil in die Hand geben wird. Sie ſollte das feſte Selbſtvertrauen, durch welches allerdings eine ſolche abwartende Stellung allein haltbar wird, um ſo weniger verlieren, als ſie einerſeits eine moraliſch feſte Stellung inne hat, andererſeits der Beſitz der materiellen Macht in den Händen der Regierung immer eine Waffe und ein Vortheil iſt, deren Werth die Gegner wohl zu würdigen verſtehen.

Es wird noch immer in ihren Händen liegen, entweder bei dem alsdann nicht unwahrſcheinlichen Entgegentreten der Gegner einen günſtigen Augenblick zur Unterhandlung zu wählen (wobei ſie immer im Vortheil ſein wird, wenn die Gegner, nicht ſie, die Unterhandlung wünſchen und erbitten) oder ohne weitere Unterhandlung auf dem Wege einer conſequenten und beſonnenen inneren Geſetzgebung die Verhältniſſe zu ordnen und die Grenzen abzuſtecken, welche das Verhältniß des Staats zur Kirche bezeichnen.

Wenn man erwägt, wie wenig nach der prinzipiellen Römiſchen Auffaſſung zu hoffen iſt, auf dem Wege der Unterhandlung von Rom jemals Zugeſtändniſſe in Betreff der jura circa sacra zu erlangen, wie geſchickt aber Rom ſich dem als unabänderlich erkannten feſten Willen in der Praxis anzubequemen weiß, ſo möchte ſich der letztere Weg wohl in vieler Beziehung empfehlen. Es würde dabei allerdings ſehr darauf ankommen, das Weſentliche und das Unweſentliche zu ſondern und bei einer aufrichtigen Liberalität der Kirche gegenüber doch zugleich mit großer Feſtigkeit und Klarheit an dem Bedürfniß

einer ſtarken Kirche feſtzuhalten. Ohne die Preußiſchen Zuſtände als Muſter empfehlen zu wollen, würden wir mit den auf dieſem Boden gewonnenen Erfahrungen der Regierung vielleicht nützlich ſein können und zu jeder Mittheilung bereit ſein. 1854 28. 1.

Die Hauptſache aber für den Augenblick würde ſein, daß die Regierung ſich weder einſchüchtern noch durch ſcheinbare Nachgiebigkeit zu unerfüllbaren Hoffnungen verleiten laſſe und ſich vor Allem nicht durch Eile und Eifer das Terrain verderbe, indem ſie ein Gefühl der Schwäche und ein Bedürfniß der Beilegung zeigte, wozu nach meiner Anſicht kein Grund vorhanden iſt. Die Zeit läuft in dieſem Falle für die Regierung; das hat ſich ſchon jetzt bewährt und dürfte auch für die Zukunft nicht zu bezweifeln ſein.

Ich brauche Ew. Hochwohlgeboren nicht erſt bemerklich zu machen, daß die obige Darlegung nicht unmittelbar für die Großherzogliche Regierung beſtimmt iſt. Wir können nicht die Abſicht haben, derſelben unſeren Rath über das von ihr einzuſchlagende Verfahren aufzudringen. Ich habe vielmehr die vorſtehenden Bemerkungen, wie ſie ſich vom hieſigen Standpunkt aus mir ergeben haben, zunächſt nur Ihnen zur eigenen Erwägung vorlegen wollen und überlaſſe Ihrer Beurtheilung, davon, ſei es durch Vorleſen, ſei es in Ihren Unterhaltungen denjenigen Gebrauch zu machen, den Sie nach der Ihnen nun gewordenen Anſchauung der Verhältniſſe für geeignet erachten. Es iſt mir aber allerdings wünſchenswerth, daß die Großherzogliche Regierung auch dieſe Geſichtspunkte ins Auge faſſe und dieſelben ihrem ganzen Umfange nach einer reiflichen Erwägung unterziehe. Der Ausgang des Conflicts in der Ober-Rheiniſchen Kirchen-Provinz kann von entſcheidenden Folgen für die ganze Stellung, ich will nicht ſagen, der Römiſchen Kirche, ſondern der ultramontanen Parthei in Deutſchland werden, und wenn die Badiſche Regierung ausharrt und abwartet, ſo kann dieſer Conflict

1854 28. 1. der Ausgang und Anknüpfungs-Punkt werden, um eine gemeinsame Basis für die Stellung der protestantischen Regierungen in Deutschland zur katholischen Kirche zu gewinnen und auf Grundlage der gemeinsamen Interessen einen Zusammenhang der Regierungen unter sich zu schaffen, welcher allen Betheiligten wiederum eine feste Stellung sichern würde.

Berlin 28. Januar 1854.

Manteuffel*).

73.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 1/2. 54.

1854 1. 2. Polde**) und mein Vater***) bitten Dich möglichst bald hier zu erscheinen, Du wirst gewiß einen guten Grund haben oder finden. Es geht hier Alles höllisch durch einander, und in den nächsten Tagen möchte doch eine Entscheidung nicht zu vermeiden sein, wenn Englands und Frankreichs Rückäußerungen vorliegen. Ich behaupte nicht, daß Du hier Annehmlichkeiten entgegengehst, aber ich glaube, es ist beinahe so nöthig wie 50 vor der Oesterreichischen Geschichte. Empfiel mich Deiner Frau Gemahlin zu Gnaden.

Dein treu ergebener

E. Stolberg.

---

*) Bismarcks Antwort vom 1. Februar 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 234 S. 358 f.

**) General Leopold v. Gerlach.

***) Graf Anton zu Stolberg-Wernigerode, Oberstkämmerer und Minister des Kgl. Hauses.

74.

Graf Eberhard zu Stolberg an Bismarck.

Berlin 5/2. 54.

Lieber Freund

Es ſcheint nicht, daß es in Deiner Abſicht liegt uns hier 1854
zu beſuchen, und doch wird es von verſchiedenen Seiten dringend 5. 2.
gewünſcht, zunächſt von Polden und meinem Vater, dann auch von Budberg und Thun, letzterer macht nebenbei noch die Anforderung, man möge Dich ſobald wie es irgend geht, nach Wien ſenden ꝛc. Daß Albert P(ourtalès) alle orientaliſchen Angelegenheiten bearbeitet, daß er täglich mehr Terrain gewinnt, die öſterreichiſche, engliſche ꝛc. Correſpondenz beſorgt, geht aus dem guten franzöſiſchen Styl hervor, den nachgerade alle Noten und Schriftſtücke, welche aus dem Miniſterium hervorgehen, angenommen haben; daß Albert aber ſeine frühere politiſche Anſchauung beibehalten, daß er unter anderm zu denen gehört, welche ſich eher entſchließen, an die Spitze der Revolution als ihr entgegenzutreten, geht aus den Redensarten hervor, welche Manteuffel ſeit einigen Wochen den ruſſiſchen und öſterreichiſchen Beſtrebungen entgegenſetzt; daß wir demnächſt zwiſchen zwei Stühlen ſitzen werden, möchte man befürchten. Noch einmal ſoll ich Dich Namens der beiden erſtgenannten bitten, auf dem Kampfplatz zu erſcheinen.

Empfiel mich Deiner verehrten Frau Gemahlin zu Gnaden und komme bald, vielleicht könnteſt Du Hans*), der längſt die Abſicht hat, bewegen, zur ſelben Zeit hier zu ſein.

Dein treu ergebener

Eberhard**).

---

*) Kleiſt-Retzow.

**) Bismarcks Antwort am 6. 2. 1854: „nicht ungerufen“ (handſchriftlich auf dem Briefe bemerkt); vgl. Bismarcks Brief an L. v. Gerlach vom 8. Februar 1854, Ausg. v. H. Kohl, S. 124 ff.

75.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin 24. Februar 1854. 5 Uhr 50.

1854 24. 2. Oeſterreich will Rußland einen Termin zur Räumung der Donaufürſtenthümer ſetzen, ſonſt den Krieg machen. Man wird von uns die Aufſtellung eines Armee-Corps fordern. Dieſe Nachricht iſt geheim, aber ſicher.

Manteuffel.

76.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Telegraphiſche Depeſche.

Frankfurt, 27. Febr. 1854. 2 Uhr.

1854 27. 2. Nach einigen in Carlsruh bei dem Durchlauf geleſenen telegraphiſchen Depeſchen zwiſchen Wien und dem franzöſiſchen Miniſterium iſt am Freitag zwiſchen Oeſtreich und Frankreich ein Vertrag abgeſchloſſen.

Bismarck.

77.

Handſchriftliche Notizen Bismarcks aus dem März 1854*).

1854 ? 3. Wir können Oeſtreich nicht die allgemeine Zuſicherung geben mit ihm zu gehn und auch den Bund dahin diſponiren zu helfen, wenn wir nicht wiſſen, wohin Oeſtreich will.

*) Für die Unterredung mit dem Prinzen von Preußen?

Ein Bündniß zur Defensive mit gegenseitiger Garantie der Gränzen ohne weitre Bedingungen war möglich, wenn Oestreich neutral bleiben wollte; will es aber Krieg führen, so müssen wir wissen, gegen wen, zu welchem Zweck, mit welchen Mitteln, ehe wir von seinen Entschlüssen die unsrigen abhängig machen können. 1854 ? 3.

Unsre bisherigen Interessen sind defensive, die Ausdehnung unsrer Defensive ist durch unsre Bundespflichten bedingt; deutsche Interessen zu vertheidigen, weigern wir uns nicht, können aber bisher nicht beurtheilen, ob das, was Oestreich mit den vereinten preußisch-deutsch-östreichischen Kräften beginnen will, innerhalb der deutschen Interessen liegt.

Will Oestreich erobern, will es die russische Armee angreifen? Zu beidem kann es unsre Mitwirkung nicht ohne Weitres verlangen, will es nur Ruhe innerhalb seiner jetzigen Gränzen, zu deren Behuf Versprechungen von Rußland und Erlaubniß, Unruhen auch auf türkischem Gebiet innerhalb gewisser Demarkationslinien zu unterdrücken, auch Gebiete besetzt zu halten, so helfen wir ihm mit Wort und Feder dazu. Wirklichen militärischen Beistand kann es nur verlangen, wenn Deutschland in Kriegsgefahr geräth, ohne daß Oestreich solche durch muthwillige Aggression provocirt. Darüber hinaus reicht weder unsre Pflicht noch unser Interesse; und sollen wir weitergehn, so muß Oestreich uns ein bestimmtes gemeinsames Ziel nennen und sein Vorhaben definiren.

Quid et ubi, quibus auxiliis, cur quomodo quando.

Auf der Rückseite eines Zettels (Einladung zu einer am 14. März 1854, Vorm. 10½ Uhr, in Wilhelmstr. 76 abzuhaltenden Conferenz).

Die Regirung ist entschlossen, Preußen unter allen Umständen die ihm gebührende Mitwirkung zur Erhaltung des Europäischen Gleichgewichtes zu wahren, bisher aber müssen wir uns sagen, daß Preußen nicht in gleichem Maße wie andre Staaten vermöge seiner geographischen Lage und seiner überseeischen Verbindungen der Beruf obliegt.

78.

Entwurf zu einer Erklärung in der Kammer*).

1854 ? 3. Die Regirung Sr. Majestät des Königs ist den Ereignissen, durch welche der Friede im Osten gestört und in weiterem Umfange bedroht ist, mit der ernstesten Aufmerksamkeit gefolgt und hat sich in jedem Augenblick die Pflichten gegenwärtig gehalten, welche ihr einerseits durch die europäische Machtstellung Preußens, andrerseits durch die speziellen Verhältnisse dieses Landes und durch seine Beziehungen zum übrigen Deutschland auferlegt werden.

In jenen Pflichten lag der Beruf Preußens, seine Anstrengungen der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu widmen und darf sich die Königliche Regirung dem befriedigenden Bewußtsein hingeben, zur Erreichung dieses Zweckes keins der sich darbietenden Mittel unversucht gelassen zu haben. Sie hat in dieser Richtung nicht nur ihren Einfluß und das Vertrauen, dessen sie sich bei den auswärtigen Mächten erfreut, geltend gemacht, sondern auch auf den Conferenzen zu Wien ihre eifrigen Bemühungen mit denen von — vereinigt, um den zwischen Rußland und der Pforte entstandnen Streit zu friedlichem Austrag zu bringen. Die Königliche Regirung hat keinen Anstand genommen, bei dieser Gelegenheit ihre rechtliche Ansicht von der Sache in den Protokollen niederzulegen und den zur Erhaltung des Friedens gethanen Schritten der Conferenz durch ihre Mitwirkung das volle Gewicht der Gemeinschaftlichkeit zu geben; sie hat aber geglaubt, ehe sie über dieses Maß hinaus der Freiheit ihrer Entschließungen entsagte, ehe sie namentlich Verbindlichkeiten einging, welche unmittelbar oder mittelbar zu einer thätigen Betheiligung an dem ausbrechenden Streite führen konnten, die

*) Eigenhändige Aufzeichnung Bismarcks.

Opfer, welche ſie dadurch dem Lande auferlegen würde, und die ſpeziellen Intereſſen Preußens, welche auf dem Spiele ſtehn, ſorgfältig und gewiſſenhaft gegen einander abwägen zu ſollen. Wir müſſen uns ſagen, daß Preußen vermöge ſeiner geographiſchen und politiſchen Lage nicht in gleichem Maße wie andre Staaten befähigt und berufen iſt, zum Schutze der Integrität des türkiſchen Reiches handelnd in einen Streit einzugreifen, deſſen urſprünglichen Gegenſtand nicht die Intereſſen unſres Vaterlandes, ſondern die Privilegien und der Einfluß bilden, welche andre Mächte in den Ländern der Pforte in Anſpruch nehmen. Wenn wir aus dieſen Umſtänden das Recht ableiten, uns zu thatſächlichem Eingreifen in den Kampf nicht in erſter Linie verpflichtet zu finden, ſo kann es dem landesväterlichen Herzen Sr. Majeſtät des Königs nur wohlthun, für Preußen die Segnungen des Friedens noch länger zu erhalten, als es den unmittelbarer betheiligten Mächten ihrerſeits thunlich erſcheint. In dieſem Sinne iſt S. Majeſtät der König entſchloſſen, dem Preußiſchen Volke die von einem Kriege unzertrennlichen Opfer nur dann anzuſinnen, wenn die wahren und eigenthümlichen Intereſſen des Landes, unter denen die Ehre und die Unabhängigkeit Preußens obenanſtehn, einen ſolchen Entſchluß gebieteriſch fordern. Wir verlaſſen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle und die Stellung, welche wir durch die Erklärungen der Regirung Sr. Majeſtät auf demſelben eingenommen haben; wenn die Herbeiführung und Erhaltung des Friedens der weſentliche Zweck der Wiener Conferenzen war, ſo werden wir mit demſelben nicht in Widerſpruch treten, wenn wir erneuten Anbahnungen friedlicher Beſtrebungen, ſo lange es unſre beſondern Verhältniſſe erlauben, auch dann noch eine Stätte bewahren, wenn andre Staaten durch ihre von der unſrigen verſchiedne Lage ſich veranlaßt ſehn zu den Waffen zu greifen. Wie wir für unſer Verhalten bei gerechter und unbefangner Würdigung der Verhältniſſe auf die Zuſtimmung der auswärtigen Mächte

1854
? 3.

1854 ? 8. überhaupt rechnen dürfen, so sind es insbesondre die Rücksichten auf unsre deutschen Bundesgenossen (und das Bewußtsein des Einverständnisses mit Oestreich?)*), welche einen hervorragenden Antheil an den Entschließungen der Königlichen Regirung haben. Es liegt den Absichten Sr. Majestät des Königs fern, in einer schwankenden und zweifelhaften Neutralität den günstigen Augenblick abzuwarten, um sie aufzugeben, sondern wie Allerhöchstderselbe von der Königlichen Pflicht durchdrungen sind, Preußen und Deutschland vor den Leiden des Krieges zu bewahren, so lange als es beider Würde und Wohlfahrt gestatten, ebenso fest sind sie entschlossen, jedem Bundesgenossen treu zur Seite zu stehn, der durch seine geographische Lage berufen sein möchte, zur Vertheidigung deutscher Interessen das Schwert zu ziehn.

Die Königliche Regirung darf hoffen, sich auf diesem Wege einer selbständigen und nationalen Politik der vollen Zustimmung des Landes und insbesondre dieses Hohen Hauses zu erfreuen; sie darf sich aber auch nicht verhehlen, daß eine glückliche Durchführung derselben nur dann gesichert erscheint, wenn sie mit dem festen, deutlich ausgesprochnen Entschluß gepaart ist, einem jeden Versuch, von welcher Seite er auch käme, der dahin gerichtet wäre, Preußen aus der in freier Selbstbestimmung gewählten Bahn zu drängen und die Kräfte dieses Landes andern Interessen als den eignen dienstbar zu machen, mit allen Mitteln entgegenzutreten, welche Gott zur Wahrung deutscher Unabhängigkeit in die Hände Sr. Majestät des Königs (oder des Königs von Preußen) gelegt hat.

Diesen festen Entschluß glaubt S. Majestät im jetzigen Augenblick dadurch bethätigen zu sollen, daß Allerhöchstdieselben von den Kammern die Mittel fordern, um die in der gegenwärtigen ernsten Lage der europäischen Politik einzunehmende neutrale Stellung mit allem Nachdruck zu wahren und aufrecht

*) Klammern und Fragezeichen stammen von Bismarck.

zu erhalten. Der Finanzminiſter wird Ihnen die nähern des- 1854
fallſigen Vorlagen machen. 7 3.

Die Königliche Regirung legt Ihnen, meine Herren, den Weg, den ſie gehn will, offen dar; je unzweideutiger in der Bewilligung der begehrten Mittel die Entſchloſſenheit hervortritt, mit welcher das ganze Land eine freie und feſte Haltung ſeiner Regirung zu ſtützen bereit iſt, um ſo mehr vermindert ſich die Wahrſcheinlichkeit, daß die Regirung Anmuthungen ausgeſetzt ſein wird, welche ſie nöthigen könnten, zur Verwendung der verlangten Mittel zu ſchreiten, und die Regirung rechnet um ſo zuverſichtlicher auf eine rückhaltloſe Unterſtützung ihrer Abſichten von Seiten der Landesvertretung, als ſie Ihnen die Gewißheit geben kann, daß die Allerhöchſten Entſchließungen, welche zur Benutzung des verlangten Credites führen könnten, keiner Rückſichtnahme einen Einfluß geſtatten werden, welche nicht ſtreng innerhalb des Kreiſes der eignen Intereſſen Preußens und ſeiner deutſchen Bundesgenoſſen läge. Noch niemals haben die Regenten Preußens, wenn ſie im Namen der höchſten Güter, im Namen der Ehre und Selbſtändigkeit Preußens, von dem Lande ein Opfer und ein Pfand des Vertrauens gefordert haben, eine andre Antwort von ihrem Volke erhalten als den Ausdruck der freudigen Hingebung mit Gut und Blut, und auch Sie, meine Herren, werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß Ihre Stimme treu die Geſinnung des ganzen Landes wieder giebt, wenn Sie in die Hände Sr. Majeſtät vertrauensvoll die Mittel legen, die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jeden Verſuch einer Beeinträchtigung zu ſchützen und das Erbe tapfrer Väter auch durch dieſe ſchweren Zeiten ungeſchmälert auf unſre Kinder zu bringen.

79.

Entwurf zu einer Ansprache an die Kammern*).

Meine Herren,

1854 ? 8. Die politischen Verhältnisse in Europa gestalten sich mehr und mehr in so drohender Weise, daß es die ernste Pflicht der Regierung Sr. Majestät ist, die herannahenden Gefahren fest ins Auge zu fassen und die Mittel in Erwägung zu ziehen, welche zur Abwehr derselben von unserem Vaterlande anzuwenden sind.

Der Russisch-Türkische Streit hat von Anfang an die Aufmerksamkeit des Cabinets seiner ganzen Bedeutung nach in Anspruch genommen. Die Regierung war sich dabei doppelter Pflichten bewußt, welche einer Seits aus der Stellung unseres Staates als Europäischer Macht, anderer Seits aus den speciellen Verhältnissen Preußens und Deutschlands herzuleiten sind.

In ersterer Beziehung glaubte die Regierung zunächst die ihr zukommende Stelle dadurch wahren zu müssen, daß sie die vollständige Freiheit ihrer Entschließungen und Handlungen sich vorbehielt, Alles zurückwies, was sie in dieser Freiheit hemmen konnte. Als demnächst in Wien eine Conferenz sich bildete, welche sich die Aufgabe stellte, jenen unseligen Streit, den das Russische Cabinet als eine nur die Pforte und Rußland betreffende Sache behandelt sehen wollte, zum Austrag zu bringen, hat Preußen keinen Anstand genommen, sich bei diesen Berathungen zu betheiligen und mit seiner rechtlichen Ansicht von der Sache nicht zurückgehalten. Die Regierung ist sich der darüber zeugenden (?) Protokolle und der daraus folgenden Consequenzen vollkommen bewußt.

Dieselbe hat aber — und hier tritt die zweite Seite der

*) Von Manteuffels Hand.

Sache in Betracht — niemals eine Verpflichtung übernommen, 1854
selbstthätig in diesen Streit einzugreifen. Wir mußten uns ? 3.
sagen, daß Preußen und das übrige Deutschland, um die Integrität der Pforte zu schützen, sich in viel ungünstigeren und schwereren Verhältnissen befände als alle andern betheiligten Staaten, daß der ganze Streit, welcher um den politischen Einfluß in Constantinopel entstanden, Preußische und Deutsche Interessen nur in so entfernter Weise berühre, daß eine vorschnelle Betheiligung an dem Kampfe dem Lande Opfer auferlegen könne, welche mit den möglicher Weise zu erzielenden Vortheilen nicht im richtigen Verhältnisse ständen. Deshalb ist es in dem gegenwärtigen Augenblick der Standpunkt einer völlig freien, nicht einer gebundenen Neutralität, welche bezüglich des thatsächlichen Auftretens die Regierung im wahren Interesse des Landes sich anweisen zu müssen für verpflichtet erachtet. Es soll das keine schwankende und zweifelhafte Neutralität etwa mit dem Hintergedanken sein, günstige Umstände zur Aufgabe derselben abzuwarten, sondern eine durch die Interessen des Landes gebotene. Wir verlassen damit nicht den Boden der Wiener Protokolle, und wenn deren wesentlicher Zweck von Haus aus darauf gerichtet war, den Frieden herbeizuführen, und wenn andere Staaten sich zur Erreichung desselben nach ihrer besonderen Lage veranlaßt gesehen haben zu den Waffen zu greifen, so wird es uns nicht im entgegengesetzten Sinne ausgelegt werden können, daß wir, so lange unsere besonderen Verhältnisse es gestatten, für die Anbahnung des Friedens eine Stätte zu bewahren uns bemühen. Wenn wir dabei auf die Zustimmung aller Staaten rechnen zu können glauben, so sind es besonders die Rücksichten auf Oesterreich und das übrige Deutschland, welche uns leiten. Wir sind immer überzeugt, dabei im Interesse beider zu handeln. Was namentlich Oesterreich, mit dem wir im vollsten Einverständniß uns befinden, betrifft, so verhehlen wir uns nicht, daß dasselbe vermöge

1854 ? 8. seiner geographischen Lage berufen sein könnte, deutsche Interessen wahrzunehmen. Geschieht dieß, so kann es auf uns zählen.

Wir werden uns bemühen, diese Politik mit äußerster Mäßigung und Umsicht zu verfolgen, und wir hoffen, auf diese Weise noch auf längere Zeit dem Lande die Segnungen des Friedens (zu erhalten)*).

80.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Hochgeehrtester Herr von Bismarck.

1854 7. 4. Euer Hochwohlgeboren bin ich erst jetzt im Stande etwas Näheres über den Stand der Verhandlungen mitzutheilen. Auf Antrag Oestreichs ist mit General Heß der Entwurf eines Schutz- und Trutzbündnisses verabredet worden. Die gegenseitige Garantie erstreckt sich auf die außerdeutschen Provinzen, jedoch nur für die Dauer des Kriegs und nicht, wie Oestreich wollte, für die Ewigkeit. Wenn Oestreich vorgeht, so kann es auf die Unterstützung Preußens nur rechnen, sobald letzteres mit diesem Vorgehen sich einverstanden erklärt hat. Die näheren Verabredungen über den Zeitpunkt, Ort und Umfang der Aufstellungen sind vorbehalten. Dagegen soll der Deutsche Bund zum Beitritt aufgefordert werden, wobei der Art. 47 der Schlußakte maaßgebend sein würde. Gleichzeitig soll eine Sommation

---

*) Ergänzung des Herausgebers. — Die endgültige Fassung, in der die Erklärung am 18. März sowohl in der ersten als in der zweiten Kammer verlesen wurde, s. in den Stenograph. Berichten der Preuß. Landtagsverhandlungen 1853/54, I. Kammer S. 451 ff., II. Kammer II, 619 ff., jetzt auch in Manteuffels Denkwürdigkeiten II, 407 ff.

an Rußland Halt zu machen gerichtet werden, der wir uns in milderer Form anſchließen würden. Der König wünſchte eine gleichlautende Vorlage bei der Bundesverſammlung, jedoch will Oeſtreich ſeinen beſonderen Standpunkt mit Rückſicht auf das ihm von Rußland anvertraut geweſene Vermittleramt und die Truppenaufſtellungen in Ungarn darlegen und begehrt deshalb blos, daß Preußen die Oeſtreichiſche Vorlage unterſtütze. Die Oeſtreichiſche Mittheilung für die Bundesverſammlung kennen wir noch nicht. Die näheren militäriſchen Abreden ſollen mit Heß getroffen werden, doch iſt darüber noch nichts feſtgeſtellt. 1854 7. 4.

Sie werden fragen, weshalb wir uns mit Oeſtreich eingelaſſen? Leider war kein anderer Ausweg. Oeſtreich will vorgehen und zwar direkt gegen Rußland, unſere Weigerung hätte es um ſo weniger davon abgehalten, als inzwiſchen die Ruſſen die Donau überſchritten und die neueſte Petersburger Friedensallure doch wohl nicht ehrlich gemeint iſt, vielmehr ſich der Erfolgloſigkeit bewußt iſt. Deſſenohnerachtet bewirbt ſich der König darum, daß die 3 Mächte auf der Rajah-Emancipationsbaſis in Verhandlungen eintreten. Dies ſind die Reſultate des Herzogs Georg*), der übrigens zu dieſem letzten Vermittleramte ſich ſelbſt erboten hat.

Außerdem wird heute in Wien ein Protokoll mit den 3 Mächten gezeichnet, welches lediglich die früheren Protokolle bekräftigen ſoll. So geneigt man an gewiſſer Stelle war, Oeſtreich Zugeſtändniſſe zu machen, ſo ſchreckte man vor Unterzeichnung des Protokolls zurück. Manteuffel hätte alsdann ſeine Entlaſſung genommen, ebenſo wie Heydt**), Bonin und Simons***). Alsdann würde wohl Gröben†) das Miniſter-

*) Von Mecklenburg-Strelitz.
**) Handelsminiſter.
***) Juſtizminiſter.
†) General Graf Karl Joſeph v. der Gröben.

1854 7. 4. Präſidium erhalten haben. Die Miniſterkriſis iſt nicht gehoben, ſondern nur verſchoben, da Manteuffel kein Vertrauen bei der Hofparthei beſitzt. Die morgende Discuſſion in der Kammer dürfte zur Beſeitigung der Erwägungen führen.

Bunſen iſt angewieſen worden Urlaub zu nehmen*). Er kommt wohl nach Berlin.

Ich werde den Miniſter erſuchen, Euer Hochwohlgeboren den Text des Bündnißentwurfs vertraulich mitzutheilen, denn es iſt dadurch allerdings ein feſter Standpunkt gewonnen. Seien Sie froh, den wöchentlichen Kriſen und täglichen Intriguen entrückt zu ſein.

Ihrer werthen Frau Gemahlin, an die ich der Sicherheit wegen die Adreſſe zu richten gewagt habe, bitte ich mich inſtändigſt zu empfehlen, ebenſo Wentzel.

Ganz der Ihrige!

(Berlin) 7. 4. 54. Rg.

81.

Bismarck an König Friedrich Wilhelm IV.

An Se. Majeſtät den König.

1854 25. 4. Bei meinem zweitägigen Aufenthalt in Baden haben S. Kgl. Hoheit der Prinz von Preußen mir die Ehre erzeigt, über die Umſtände Höchſt Seiner Abreiſe von Berlin mit mir zu ſprechen. In Bezug auf die politiſche Auffaſſung traten mir aus den Worten Sr. Königlichen Hoheit ungefähr dieſelben Geſichtspunkte entgegen, die ſich in dem längeren Schreiben Sr. Königlichen Hoheit entwickelt finden, von welchem Eure Majeſtät die Gnade hatten, mir bei meiner Abſchieds-Audienz Einſicht zu

*) Vgl. G. u. E. I, 112.

verſtatten. Der Ausdruck, welchen S. Königliche Hoheit dieſen Anſichten im Geſpräch gab, trug durchgehends das Gepräge der Ergebung in Eurer Majeſtät Willensmeinung, auch bei abweichender perſönlicher Ueberzeugung. In ſo weit das in dem ebenerwähnten Schreiben nicht in demſelben Maße der Fall geweſen, ſo glaubten S. Königliche Hoheit dieſen Mißſtand durch die letzten vor Ihrer Abreiſe an Eure Majeſtät gerichteten Zeilen gehoben zu haben, indem dieſelben eine nachdrückliche Verurtheilung jedes Proteſtes im Namen der Armee und die Erklärung, daß ein ſolcher nicht beabſichtigt geweſen, enthalten hätten. Ich erlaubte mir die unterthänigſte Bemerkung, daß ſomit für dasjenige, was ſomit in das erſte Schreiben über die Abſichten Sr. Königlichen Hoheit hinaus hätte gelegt werden können, Genugthuung gegeben worden ſei; daß indeß der danach ſtehen bleibende Inhalt des Briefes doch von der Natur ſei, um Eure Majeſtät einen weiteren eintretenden Schritt von Seiner Königlichen Hoheit erwarten zu laſſen. Höchſtdieſelben erwiderten mir, daß ein ſolcher Schritt ſchon längſt geſchehn ſei, wenn Sie nicht geglaubt hätten, daß durch den letzten aus Berlin geſchriebenen Brief auch in der Meinung Eurer Majeſtät das Vergangene geſühnt und abgethan ſei; nachdem ein am Tage vorher eingegangner Brief des Grafen v. d. Gröben bereits den Beweis geliefert habe, daß dies nicht der Fall ſei, würden S. Königliche Hoheit ſich beeilen, durch ein im Concept bereits entworfnes Schreiben Eure Majeſtät zu verſichern, wie wenig es in der Abſicht gelegen habe, die Allerhöchſtdenſelben ſchuldigen Rückſichten zu verkennen und wie leid es Sr. Königlichen Hoheit thue, wenn der Inhalt jenes Schreibens zu entgegengeſetzten Eindrücken habe Anlaß geben können. Ein desfallſiges Schreiben des Prinzen wurde noch vorgeſtern abgeſchickt und wird ſich bereits in Eurer Majeſtät Händen befinden. Bei meiner Entlaſſung ſprach mir S. Königliche Hoheit wiederholt die Hoffnung aus, daß dieſer Schritt zu Eurer Majeſtät Aller- 1854 25. 4.

1854 25. 4. höchſter Befriedigung gereichen und daß durch Eurer Majeſtät Gnade alle Hinderniſſe einer ungetrübten Freude des Wiederſehens beſeitigt ſein würden. Eure Majeſtät wollen entnehmen, daß die Bereitwilligkeit zu einleitenden Schritten ſchon vorhanden war, bevor ich Eurer Majeſtät Befehl gemäß Sr. Königlichen Hoheit Rechenſchaft gab von den Eindrücken, die ich bei Eurer Majeſtät empfangen hatte.

Frankfurt 25./4. (1854).

v. Bismarck.

82.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 27. 4. danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben vom 24ten d. M.*) Hier ſind erhebliche nova nicht vorgekommen; denn dahin rechne ich nicht, daß die Weſtmächte ſowohl durch die Miniſter gegen unſere Geſandten in Paris**) und London***), als auch durch die hieſigen Geſandten†) gegen mich in einer unangenehmen Weiſe drängend und drohend auftreten. Graf Eſterhazy††) ſchlägt hier das Thema an, daß wir Oeſterreich gefliſſentlich zu den Weſtmächten drängten, indem wir ihm unſere Stütze entzögen und nur Schwierigkeiten machten. Nach Mittheilungen aus Wien werden wir dieſen unangenehmen Sterblichen bald wieder von hier los ſein und den Grafen Thun wieder ſehen.

---

*) Nicht veröffentlicht.
**) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.
***) Bunſen.
†) Marquis Mouſtier und Lord Bloomfield.
††) Oeſterreichiſcher Geſandter.

Der Prinz von Preußen regte bei einer übrigens nicht sehr zufriedenstellenden Converſation den Gedanken an, daß Darmſtadt, ſofern es wirklich die Abſicht hege, mit uns auf einen beſſeren Fuß zu kommen, vielleicht aus dem Umſtande, daß der Prinz als Gouverneur für Mainz beſtimmt ſei, Veranlaſſung nehmen könnte, ihm ein dortiges, wie er behauptet, leerſtehendes Regierungs-Gebäude als Wohnung anzubieten. Der Prinz bat mich den Gedanken anregen zu laſſen. Ich bemerkte, und damit war der Prinz ganz einverſtanden — daß ein ſolches Anerbieten, ſofern es nicht mit weiteren Erklärungen verbunden ſei, keinen Falls genügen werde, daß ich aber nicht in Abrede ſtellen wolle, daß daſſelbe einen angemeſſenen Anknüpfungs-Punkt für dortige Erklärungen abgeben könne. Der Prinz ſtellte mir anheim, darüber an Otterſtedt*) zu ſchreiben. Dieß ſchien mir doch nicht recht angemeſſen; ich ziehe es daher vor, Euer Hochwohlgeboren den Gedanken hinzugeben, mit dem Anheimſtellen denſelben in Ihnen geeignet erſcheinender Weiſe — wobei Otterſtedt nicht ausgeſchloſſen ſein dürfte, zu utiliſiren. 1854 27. 4.

Ihren geneigten Aeußerungen, ob Sie etwas und was Sie hierauf gethan haben, darf ich wohl entgegenſehen.

Der Prinz iſt jetzt in Weimar und geht in wenigen Tagen nach Coblenz zurück. Vielleicht fragt er auf der Durchreiſe nach der letzten Sache. Ich bitte dann meines Schreibens Erwähnung zu thun.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/4. 54. Manteuffel.

---

*) Früher preußiſcher Miniſterreſident in Darmſtadt, dann bei der Geſandtſchaft in Liſſabon als Legationsrath thätig, damals in Weimar (?).

83.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

1854 30. 4. habe ich für zwei geehrte Schreiben*) zu danken. Vorher waren mir ſchon einige Aeußerungen von Ew. Hochwohlgeboren über die ſchwebenden Tagesfragen, welche in Briefen an General von Gerlach**) niedergelegt waren, zur Kenntniß gekommen.

Vor Allem möchte ich Ew. Hochwohlgeboren bitten, die Sache wie ſie nun einmal iſt und liegt als fait accompli anzunehmen. Ueber vollendete Thatſachen ſich den Kopf zerbrechen, thut einmal nicht gut, nützt wenigſtens nichts. Die Aufgabe iſt, mit dem was man in Händen hat zu wirthſchaften.

Nach meinem Dafürhalten ſind wir unſererſeits nicht eben ſtark obligirt, und wenn man ſagt, daß die Sache doch gewiſſe Haken habe, an denen man uns feſthalten könne, ſo erwiedere ich darauf, daß zum Feſthalten zwei gehören, einer, der da hält und einer, der ſich halten läßt, und ſodann, daß dieſe Haken gegenſeitige ſind; hätten wir den Oeſterreichern dergleichen nicht gegeben, ſo hätten wir auch keine bekommen, und dieß wechſelſeitige Klammerſyſtem iſt es ja eben, was wir wollen. Man muß ſich eben davor hüten, dieſes nun in ſeinem Effect ſo darzuſtellen, als ginge der Zweck dahin, Oeſterreich nur von dem Vorgehen gegen Rußland zurückzuhalten. Hiermit würden zwei Uebelſtände verbunden ſein. Zunächſt verlören wir dadurch jedes Gewicht für das, was wir Rußland ſagen; denn wenn man es nicht ſchon ohnehin wüßte, ſo brauchte man nur

*) Vom 25. April, Preußen im Bundestag IV, No. 82 S. 190 ff., vom 26./27. April, ebd. II, No. 2 u. 3 S. 3 ff.

**) Vgl. Bismarcks Briefe vom 9., 13., 17. und 21. April, Ausg. v. H. Kohl, S. 139 ff.

die Meuſebachiſchen Berichte*) zu leſen, um ſich davon zu über- 1854
zeugen, daß die Ruſſen auf leere Worte gar nichts geben, ſie 30. 4.
ihrer Seits auch in keiner Weiſe halten, vielmehr mit brutalſter Nichtbeachtung aller Verſprechungen und Verträge auf dem Wege der Thatſachen vorgehen und höchſtens achſelzuckend den Mangel der zugeſagten bienveillance mit nécessité de guerre entſchuldigen, welche indeß in dem Abreißen Preußiſcher Cocarden u. ſ. w. doch nicht ohne Schwierigkeit zu erkennen iſt. Mit ſolchen Leuten muß man eventuell doch auch durch Thatſachen zu ſprechen ſich vorbehalten. Der zweite, wichtigere Uebelſtand aber würde der ſein: wir würden dann den ganzen Druck der Weſtmächte allein auf uns laden. Welchen Gebrauch Oeſterreich davon machen könnte, brauche ich nicht darzulegen. Mit etwas lebhafter Phantaſie könnte ſchließlich folgendes Raiſonnement der Weſtmächte als möglich gedacht werden: Preußen erfüllt nicht den ihm obliegenden Beruf, eine Vormauer gegen das Andrängen ſlaviſcher Elemente zu ſein, Preußen iſt daher ein unnützes Glied in der Europäiſchen Staaten Familie, und es iſt beſſer, Oeſterreichs Alleinmacht zu ſtärken; überdieß bietet Preußen vortreffliche Theilungs-Objecte für Oeſterreich, Sachſen, Baiern u. ſ. w. Daß dergleichen Reden ſchon an ſehr beſtimmender Stelle gehalten werden, iſt mir genau bekannt. Daraus folgt noch nicht, daß es damit Ernſt ſei, noch weniger, daß man ohne Weiteres die Sache als abgemacht zu betrachten hätte, vielmehr würde von mehren Seiten bedeutend mitzuſprechen und zu handeln ſein, indeß muß man doch die Augen aufmachen und ſich darüber nicht täuſchen, daß ein ſolcher Sirenen-Geſang nicht überall Wachs in den Ohren finden würde.

Daß Bunſens Entfernung inmittelſt bewirkt iſt, wird Ew. Hochwohlgeboren bekannt ſein. Die Sache hat, wie ich nicht verkenne, im gegenwärtigen Moment ihr Bedenkliches; wie die

*) v. Meuſebach war preußiſcher Conſul in Bukareſt, vgl. Denkwürdigkeiten Leopolds v. Gerlach II, 141.

1854 30. 4. Sachen aber einmal liegen, mußte ein kurzer Entſchluß gefaßt und ausgeführt werden. Dieß iſt, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit geſchehen. Der Prinz von Preußen iſt darüber ſehr ungnädig. Das kann ich aber nicht ändern.

Baron von Werther wird wahrſcheinlich nach Petersburg gehen; er iſt heute hier angekommen.

Leben Sie wohl. Meine Frau empfiehlt ſich Ihnen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 30/4. 54. Manteuffel.

84.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

1854 5. 5. General v. Gerlach theilt mir ſoeben mit, daß des Königs Majeſtät Ew. Hochwohlgeboren Behufs Beſprechung über die Behandlung des Oeſterreichiſch-Preußiſchen Bündniſſes am Bunde hier anweſend zu ſehen befohlen, und daß der Herr General in dieſem Sinne Ew. Hochwohlgeboren bereits geſchrieben habe*). In Gemäßheit dieſes Allerhöchſten Befehles, von dem mir übrigens vorher nichts bekannt geweſen, darf ich keinen Anſtand nehmen, Ew. Hochwohlgeboren ganz ergebenſt zu veranlaſſen, Sich unverzüglich hierher zu verfügen. Mit Rückſicht auf die beim Bundestage bevorſtehenden Verhandlungen dürfte Ihr Aufenthalt hierſelbſt nicht von langer Dauer ſein können.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 5. Mai 1854. Manteuffel**).

*) Briefwechſel S. 166; vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 144 f.

**) Bismarck begab ſich am 6. Mai nach Berlin und blieb dort bis zum 16. Mai.

85.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben von geſtern*). 1854
Daß die Angelegenheit des Bündniſſes ihren langſamen Weg 27. 5.
geht, dagegen iſt nichts zu ſagen; wir können beim Lapsus temporis wohl nur gewinnen, und ich würde der deutſchen Gründlichkeit und der mittelſtaatlichen Würde ſehr dankbar ſein, wenn es ihnen gelänge, die Schwebe ſo lange zu halten, bis das Eis in der Oſtſee und der Schnee auf dem Balkan ihren Feldzug begönnen. Ich fürchte nur, daß die Ereigniſſe ſich nicht bei dieſen Germanismen aufhalten, ſondern darüber zur Tages-Ordnung übergehen werden.

Aus Wien habe ich übrigens von Graf Alvensleben gute Berichte. Der Kaiſer hat ſich obwohl ſehr bedenklich gegen Rußland, doch mäßig und durchaus nicht weſtmächtlich ausgeſprochen, und auch Graf Buol hat nach Weiſungen des Kaiſers ſein früheres gereiztes Weſen fallen laſſen und mit ſeinem Herrn mehr die Selbſtſtändigkeit des Bündniſſes accentuirt. Auch aus andern Symptomen entnehme ich, daß es keine Redens-Art iſt, wenn Oeſterreich ſagt, es vermeide den Krieg mit Rußland. Ich weiß aus ſicherer Quelle, daß Herr Hübner in Paris mit Veröffentlichung von Documenten droht, welche beweiſen ſollen, daß Oeſterreich längſt losgeſchlagen hätte, wenn Preußen nicht als Hemmſchuh gedient hätte. Welche Documente das ſein ſollen, weiß ich zwar nicht, aber aus der Sache geht hervor, daß Oeſterreich den Druck der Weſtmächte auf uns ableiten will, auch fängt der Nimbus deutſcher Primats-Opferwilligkeit einiger Maaßen an zu verbleichen, und man ſcheint,

*) Preußen im Bundestag II, No. 12 S. 20 f.

1854 27. 5. nach einem andern Schiboleth zu ſuchen. Allerdings iſt die Aushebung der 95000 Mann*) ein bedenkliches Symptom, indeß der Boden, auf dem ſie gewachſen, ſcheint mir der finanziellen Leichtſinns zu ſein. In Rußland ſcheint man die Oeſterreichiſchen Maaßnamen als ſehr bedenklich zu betrachten. Die Zeitungs Nachrichten von dem Zurückgehen der Ruſſen und ihrer Aufſtellung am Sereth, ſowie von dem Rücktransport ihres Kriegs-Materials über den Pruth werden durch Conſular-Bericht beſtätigt. Dagegen werden immer mehr Truppen im ſüdlichen Polen an der Galiziſchen und Siebenbürgiſchen Grenze concentrirt. Ich halte es gar nicht für unmöglich und finde in dem bisherigen Verlauf dieſer unglücklichen Angelegenheit ähnliche Vorgänge, daß Rußland und Oeſterreich bloß aus gegenſeitigem Mißtrauen und Mißverſtändniß handgemein werden. Wenn dann noch wir am Rhein engagirt werden ſollten, ſo würde das: Prügelſt du meinen Juden u. ſ. w. in ſehr unangenehmer Weiſe aufgeführt und den Franzoſen ein weniger ſchwieriges Kriegstheater ſowie eine gute Gelegenheit zur Umgeſtaltung der Land-Carte von Europa geboten. Ohne uns Oeſterreich in die Arme zu werfen, müſſen wir uns doch hüten, ihm das Gefühl der Iſolirung zu geben; nur wenn wir dieß vermeiden, können wir auf ſeine Action einwirken. In Oeſterreich iſt man auf die Darmſtädter Conferenz**) ſehr aufgebracht; dieß ſchadet nichts, aber man darf ſich nicht dazu drängen einen Theil des odii auf ſich zu nehmen. Kaltes Blut und nicht zu viel Handlung! ſcheint mir jetzt unſer Programm ſein zu müſſen. Glaubt man uns in Wien mit der Darmſtädter Conferenz identificirt, ſo verlieren wir unſern Einfluß, der ſchon im Entſtehen ein heilſamer geweſen. Ueberhaupt begreife ich die Kurzſichtigkeit Vieler nicht, welche ewig auf Entſchiedenheit hin-

*) Vgl. Handſchreiben des Kaiſers von Oeſterreich an Miniſter v. Bach vom 15. Mai 1854, Jasmund, Aktenſtücke I, No. CCXXV S. 305 f.

**) Der Mittelſtaaten.

drängen. Dieſe Entſchiedenheit wäre nichts Andres als das Aufgeben des Preußiſchen Standpunktes und Aufopferung für eine der beiden Parteien. Warte man doch ruhig ab: le jour viendra. 1854 27. 5.

Mit dem letzten in Wien abgefaßten Conferenz-Protokoll hat ſich Herr v. Meyendorff ganz einverſtanden erklärt; und ich finde auch, daß die Anerkennung des relativen Standpunkts im Eingange mit der Schluß-Phraſe nicht zu theuer bezahlt iſt.

Privat-Correſpondenzen ſagen freilich, daß Meyendorff durch Brunnow erſetzt werden ſolle. Dieſer iſt aber auch ein Mann der Protokolle, nicht des Kriegs.

Einiges Befremden erregt das verlängerte Verweilen der franzöſiſchen Flotte bei Kiel; man behauptet, man wolle uns damit drohen. Mouſtier ſpricht in neuerer Zeit freilich mit einem Anflug von Schwermuth, doch leidlich freundlich.

In der Anlage überſende ich einen Brief von Noſtitz über Hannoverſche Verhältniſſe zur gefälligen Kenntnißnahme.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 27/5. 54. Manteuffel.

Anlage.

Graf Noſtitz an Otto v. Manteuffel.

Ew. Excellenz ſage ich den verbindlichſten Dank für die ſo überaus freundliche und genügende Art, womit Sie die in meinem letzten Schreiben ausgeſprochene Bitte zu erfüllen die Güte gehabt. Ich hänge mit Leib und Seele an der Wohlfahrt und der Ehre Preußens und habe für deren Erhaltung freudig und oft mein Leben gewagt; Ew. Excellenz können daher denken, welches große Intereſſe ich in der jetzigen großen Criſis an allen Verhandlungen unſeres Kabinets nehme. — Aus 1854 26. 5.

1854 26. 5. dieſem Geſichtspunkte betrachtet wird das Nachſtehende eine freundliche Aufnahme finden.

Die von Preußen zu befolgende Politik kann jetzt nur darin beſtehen, allen Einfluß anzuwenden, um bis zum Spätherbſt, wo ſowohl zu Lande wie zur See die Kriegsoperationen aufhören müſſen, Oeſterreich von jedem Schritt abzuhalten, welcher ein thätiges Einſchreiten auf einem oder dem andern Kriegstheater zur Folge haben könnte, zugleich müſſen wir in Colliſions-Fällen den ſteten Vermittler zwiſchen Oeſterreich und Rußland machen.

Geſchieht dies in rechter Weiſe, ſo können wir die Hoffnung hegen, daß im Lauf des Winters eine friedliche Löſung der Europäiſchen Criſis erzielt werden kann.

Das zwiſchen Oeſterreich und Preußen abgeſchloſſene Bündniß iſt eine richtige Baſis für eine ſolche Friedens-Politik.

Hat Preußen, wie wir zu hoffen berechtigt ſind, durch dieſes Bündniß wirklichen Einfluß auf die Beſchlüſſe des Wiener Cabinets und dadurch zugleich eine wohlthätige Einwirkung auf die Beſchränkung des ausgebrochenen Krieges, innerhalb ſeiner bisherigen Grenzen erhalten, ſo muß ſorgfältig alles directe und indirecte Rütteln an dieſem Vertrage vermieden werden, man muß ſich ohne in eine nähere Beleuchtung oder Prüfung deſſelben einzugehen, feſt daran halten, und ſo lange beruhigen, bis die in § 2 des Vertrags bezeichneten Fälle eintreten. Ein jetziges ſpecielles Eingehn auf die den Worten des Vertrages zu gebende Deutung würde ganz neue Verhandlungen hervorrufen, das gegenſeitige Vertrauen und die gehabte Wirkung nach Außen ſchwächen, vielleicht den ganzen Vertrag in Frage ſtellen; wir müſſen nicht durch das Auflockern des mit Oeſterreich geſchloſſenen Bündniſſes, ſondern durch die moraliſche und phyſiſche Kraft, welche uns daſſelbe gewährt, auf die Haltung Oeſterreichs und die Beſchlüſſe der kriegführenden Mächte

wirken; — das ist meine Ansicht, und in dieser Richtung habe 1854
ich auch auf das hiesige Kabinet zu wirken gesucht. 26. 5.

Herr von Lütcken*) hat mich heut auf das bestimmteste versichert, daß er nur in dem innigen Einverständniß der beiden Großmächte ein Heil für die übrigen Staaten des Bundes erblicke und keine Maasregel genehmigen werde, welche das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen erschüttern könne; in dieser Art ist auch Herr von Lenthe**) für Bamberg***) instruirt worden.

Ew. Excellenz bitte ich dies Schreiben als ein bloß vertrauliches zu betrachten.

Hannover, den 26ten May 1854.

Graf v. Nostitz.

86.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Tetschen, d. 9. Juni 1854.

Ew. Hochwohlgeboren

sage ich für das geehrte Schreiben vom 6. d. M.†), welches mir 1854
hierher nachgesandt worden, meinen verbindlichen Dank und 9. 6.
benutze einige freie Augenblicke, welche mir vor dem Vortrage bei des Königs Majestät bleiben, um darauf zu erwiedern. Der Gegenstand Ew. Hochwohlgeboren Schreibens, die Bamberger Beschlüsse und die darauf zu ertheilende Antwort, sind hier vielfach Gegenstand der Besprechung zwischen Graf Buol und mir gewesen. Es verhandelt sich mit ihm nicht angenehm;

*) Hannoverscher Ministerpräsident.

**) Hannoverscher Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Zur Conferenz der Mittelstaaten, die am 25. Mai zusammentrat; vgl. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXVIII u. CCXXVIII a.

†) Nicht veröffentlicht.

1854 9. 6. er bringt ſeine auch in den Détails ziemlich feſtgeſtellte Anſicht mit, und iſt ſchwer davon abzubringen, indem er Weſentliches von Unweſentlichem nicht immer ſcharf trennt. Er legt großen Werth darauf, daß die Antwort-Note gleichlautend ſei und hier feſtgeſtellt werde. Ich hatte daher die günſtigere Poſition, ihm mit der Negative entgegentreten zu können, und ſo wird hoffentlich das Elaborat, mit deſſen Abfaſſung jetzt noch die Federn der Geheimen Räthe beſchäftigt ſind, Ihren Wünſchen entſprechen, wenigſtens werde ich mit Nachdruck darauf halten, daß alles Scharfe und Spitze herausbleibe und auch präjudicirliche Theorien fern gehalten werden*). An ſich betrachte ich den Vorgang nicht gleichgültig, wiewohl ich vermieden habe, hier meine Auffaſſung hervortreten zu laſſen, da ich namentlich den Kaiſer darüber ſehr gereizt fand und mir es gut ſchien, dieſe Rolle nicht zu theilen. Unter andern Verhältniſſen könnte der Vorgang zu einer ſehr wirkſamen Waffe oder Löffel gegen die Bamberger Herren benutzt werden, indeß darauf muß man einmal verzichten, und dann bleibt immer die Sonderſtellung eine recht bedenkliche.

Die Frage wegen Auslegung des Zuſatz-Artikels**), ob nämlich die Ruſſiſche Antwort, um genügend befunden zu werden, von beiden Seiten als ſolche anerkannt werden müſſe, oder ob die Anſicht einer Macht ſchon entſcheidend ſei, iſt von Graf Buol gegen Alvenslebens Vorausſicht auch ventilirt worden. Er ging dabei ſo weit zu ſagen, daß wenn wir die letzte Alternative nicht anerkennen wollten, dem Kaiſer weiter nichts übrig bleiben würde, als ſich in vertragsmäßige Verbindungen mit den Seemächten einzulaſſen, wozu er bisher noch nicht geſchritten ſei. Ich zog mich, ohne meine Poſition aufzugeben,

*) Vgl. die gleichlautende Note beider Regierungen vom 16. Juni 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXIX.

**) Zum Bündniß vom 20. April 1854; ſ. dieſes, ſammt Zuſatzartikel, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXII S. 302 ff.

darauf zurück, daß wir uns über eine Actio nondum nata nicht streiten und zunächst die Petersburger Antwort abwarten wollten. Graf Buol blieb aber dabei, daß er hierüber Beruhigung haben müsse und solche auch vom Kaiser begehrt werden würde. Ich versicherte, daß wir auch ohne contractliches Engagement doch bessere und treuere Bundesgenossen sein würden, als Frankreich und England trotz allen Verträgen; dabei ist es aber geblieben, ohne daß eine wechselseitige Befriedigung oder Verständigung eingetreten wäre. Ob die Allerhöchsten Herrschaften sich noch von der Sache orientiren werden, weiß ich nicht, wünsche es aber nicht. 1854 9. 6.

Der Kaiser klagt besonders darüber, daß wir noch kein militärisches Lebens-Zeichen von uns gegeben, worauf ich ihn mit Darstellung der Landwehr-Einrichtung, Inaussichtstellung von Pferde-Ankäufen u. s. w. zu beschwichtigen gesucht habe.

Im Allgemeinen geht Buol etwa von folgender Auffassung aus: Als im J. 1828/29 die Russischen Uebergriffe gegen die Pforte Statt fanden und Fürst Metternich sich zu schwach fühlte, denselben entgegenzutreten, da gab er sich alle Mühe, Frankreich und England dagegen anzuregen, aber vergeblich, deshalb das für die Türkei und den Oesterreichischen Einfluß und deutschen Handel schmähliche Ende. Jetzt ist man glücklicher; die Westmächte sind ins Geschäft gegangen, sie überzeugen sich aber mehr und mehr, daß sie ohne Oesterreichs und Deutschlands Hülfe nichts Wesentliches effectuiren können. Läßt man sie nun ganz im Stiche, so riskirt man, daß sie der Sache überdrüssig dieselbe aufgeben und dann Oesterreich nicht nur die Nachtheile in der orientalischen Frage, sondern auch die Rache Rußlands zu tragen hat, der Friede wird also auf Kosten Oesterreichs und Deutschlands geschlossen. Rußland will wirklich keine Territorial-Vergrößerung, es weiß, daß es schon zu groß ist, aber es will ohne die Mühe des Gouvernirens dennoch Herrschen durch Suprematie und Protectorat; dieses will

1854 9. 6. es zunächst über die Europäische Türkei und nachmals auch über Deutschland ausdehnen. Den Anfang dazu hat es auch hier schon mit Erfolg gemacht, denn die Bamberger geriren sich als Hospodare unter Russischem Schutze. Es ist hohe Zeit, einem solchen Bestreben entgegenzutreten, womit indeß nicht gesagt sein soll, daß Rußland verkleinert werden müsse; im Gegentheil soll das vermieden werden, und dieß ist ein Grund, weßhalb man sich bemühen muß, die Sache bald zur Erledigung zu bringen; denn ein Friede, der in diesem Jahre zu Stande kommt, kann noch ohne Territorial-Abtretung Seitens Rußlands zu Stande kommen, später wird das unmöglich sein, da dann die Westmächte gegen andere Staaten z. B. Schweden Verbindlichkeiten eingegangen haben werden. Ueberdieß muß Oesterreich aus finanziellen Gründen baldigst Beendigung wünschen. Das ungefähr Buols Raisonnement. Ich gebe es, ohne meine Gegenbemerkungen zu erwähnen, weil letztere für Sie kein Interesse haben werden und im ersteren mehres Richtige sich findet.

Soeben geht mir ein Bericht von Bockelberg*) zu, wonach Herr v. der Pfordten über seine Bamberger Erfolge ganz den Kopf verloren haben soll. In Hannover und Cassel ist man kleinlaut. Ich soll heute Mittag mit Beust in Pillnitz essen und bin begierig, wie er sich geriren wird.

Leben Sie wohl und schreiben Sie mir bald wieder.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel**).

---

*) Preußischer Gesandter in München.

**) Die Antwort Bismarcks vom 16./17. Juni 1854 s. Preußen im Bundestag IV, No. 83 S. 192 ff.

87.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Ew. Hochwohlgeboren

danke ich ergebenſt für das geehrte Schreiben vom 17. d. M. 1854
Es thut mir leid, daß meine Zeit mir nicht erlaubt, auf Ihre 22. 6.
politiſchen Raiſonnements erſchöpfend einzugehen. Ich finde darin Vieles richtig und Alles intereſſant; in manchen Punkten aber differire ich. Mir ſcheint es, daß man ſich, um eine rechte und allein Preußiſche Politik zu machen, vor allen Dingen aller tendenziöſen Auffaſſungen und Beſtrebungen enthalten und den Ereigniſſen recht unbefangen gegenübertreten muß, und dieß um ſo mehr, je weniger bei uns die Elemente einer auf Erweiterung gerichteten Politik vorhanden ſind und es ſonach mehr darauf ankommt, glücklich und ehrenvoll durchzukommen als Erwerbungen zu machen. Daß zu letzteren eine außerordentlich günſtige Gelegenheit vorhanden wäre, wenn man, mit Entſchiedenheit auf die eine oder die andere Seite tretend, in den Kampf ſich einmiſchte, iſt mir ſehr klar, und ich kann wohl ſagen, daß ich nicht ohne Schmerz und Widerſtreben dieſe Trauben für ſaure erkläre. Vergegenwärtigt man ſich nun bloß die Thatſachen der nächſten Vergangenheit, ganz abgeſehen von dem weiter zurückliegenden aber doch unläugbaren Umſtande, daß der Kaiſer Nicolas dieſe höchſt traurige Geſchichte allen Warnungen (auch den meinigen, ſchriftlichen wie mündlichen) ungeachtet heraufbeſchworen hat, ſo darf man nicht vergeſſen, daß Se. Majeſtät aus eigener Bewegung Oeſterreich ein Schutz- und Trutzbündniß angetragen und ſehr erfreut geweſen iſt, daſſelbe dort angenommen zu ſehen. Daß bei den dießfälligen Verhandlungen Oeſterreich den Schutz und Trutz ſich zu ſtipuliren trachtet und zur Bedingung des Abſchluſſes macht, wo es dieſes Schutzes und dieſes Trutzes bedarf, kann

1854 22. 6. man ihm nicht verdenken, und ohne ein Eingehen auf dieſes Verlangen wäre das Bündniß überhaupt nicht zu machen geweſen. Hat man es aber gemacht, ſo mag man es immerhin eine verlorene Schlacht nennen — die Anſichten darüber können getheilt ſein (ich wenigſtens betrachte es nicht ſo) — (ſo) folgt daraus, daß man es halten und auch ſich nutzbar machen muß; dieß kann man aber nur, indem man mit Conſequenz den eingeſchlagenen Weg geht, ſich ſeinerſeits nicht ziehen und zerren läßt, vielmehr ſich bemüht, zu ſich zu ziehen. Ich meinestheils bin überzeugt, daß wir durch dies Bündniß Rußland einen größern Dienſt erzeigt haben, als wenn wir offen für daſſelbe Partei genommen hätten, und bin anderer Seits überzeugt, daß ohne dieſes Bündniß wir heute entweder mit der ganzen Welt im Kriege wären, ohne daß Rußland uns einen Mann zu Hülfe ſenden könnte, oder mit den Weſtmächten in einem viel näheren und engeren Bunde ſtänden, als es jetzt der Fall iſt. Ich kann mich in dieſer Anſicht irren, aber ich glaube einiger Maaßen die beſtimmenden Verhältniſſe und Perſonen zu kennen, und nicht ſelten ſind meine Vorausſagungen eingetroffen. Wenn man die Verhandlungen unbefangen durchgeht, ſo kann man nicht anders als einräumen, daß Oeſterreich bisher correct verfahren iſt. Die einzige Incorrectheit, die man ihm vorwerfen kann, iſt die voreilige Abſendung der Depeſche nach Petersburg*), aber dieſe Maaßregel findet ihre eigene Beſtrafung darin, daß wir nun an eine Antwort, die auf eine nicht erwiederte Invitation und vielleicht vor Eingang unſerer Depeſche ergeht, im Sinne des Bündniſſes nicht oder wenigſtens nicht ſtrict gebunden ſind. Das ſind die Dinge, die man ſich offen halten muß, ohne voreilig alle Punkte auf die I zu ſetzen. Was die Bamberger betrifft, ſo verdanken ſie meinen Bemühungen die höfliche und eingehende Antwort, welche

*) vom 3. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXI S. 317 f.

sie erhalten haben. Aber Verlaß ist auf diese Herren alle- 1854
sammt nicht, was schon daraus hervorgeht, daß sie fortwährend 22. 6.
auf die Bundes-Verfassung, also auf die Zwangsjacke provo-
ciren, die man uns anlegen wollte, die wir aber leise abzustreifen
alle Veranlassung haben. Will Oesterreich uns dabei helfen,
so wollen wir das dankbar acceptiren. Die Bamberger Herren
haben, wie mir scheint, nicht klug operirt. In vielen Punkten
bin ich der Sache nach mit ihnen einverstanden, aber sie mußten
erst accediren und dann ihre Ansichten — am besten durch
Preußen geltend machen. Dadurch, daß sie erst auf die*)
Bundes-Verfassung pochen und dann darin eine Trias bilden
und große Politik auf eigne Hand machen wollen, haben sie
ihr Spiel nicht nur vor der Zeit aufgedeckt, sondern demselben
auch von Hause aus eine verkehrte Richtung gegeben. Ob
die Presse das so wie anderes hätte sagen oder verschweigen
sollen, lasse ich dahin gestellt, ich habe mich darum wenig be-
kümmert, aber etwas Discreditirung dieser Herren kann immer
nicht schaden.

Doch genug von diesem Thema, welches ich doch hier nicht
erschöpfen kann.

Die Nachrichten vom Kriegs-Schauplatze sind fortwährend
für die Russischen Waffen sehr ungünstig. Die Russen haben
Turnu, Mugurelli und Semnitza geräumt und sind aus Turtukai
geworfen. Die Entsatztruppen rücken mehr und mehr an
Silistria heran. Die verwundeten Generale Gortschakoff und
Lüders sollen sich leidlich befinden, aber Schilder in Lebens-
Gefahr sein.

Se. Majestät haben auf der Preußischen Reise durch
Graf Münster**) vom Kaiser einen höchst erzürnten Brief,
der namentlich gegen Oesterreich von Vorwürfen überströmt,
erhalten.

---

*) Orig.: der.

**) Preußischer Militärbevollmächtigter am russischen Hofe.

1854 22. 6. Die Prinzeß von Preußen ſoll zur ſilbernen Hochzeit vom Kaiſer ein ſo werthvolles Armband erhalten haben, daß dem Glanze der Brillanten ſelbſt die politiſche Leidenſchaft hat weichen müſſen.

Ich gehe noch heute Abend dem König bis Bromberg entgegen und kehre morgen mit ihm nach Berlin zurück.

Leben Sie recht wohl. Verzeihen Sie mein Geſchmiere.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin d. 22ten Juni 1854. Manteuffel.

88.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

1854 27. 6. Soviel ich mir nach gelegentlichen Unterredungen mit meinen Collegen von den Bamberger Staaten bisher ein Urtheil habe bilden können, iſt die große Mehrheit der Regirungen letzterer durchaus geneigt, Anknüpfungspunkte zum Einlenken zu ſuchen und zu benutzen; nur die Geſandten von Baiern und Sachſen haben in der Art eine Zurückhaltung gegen mich beobachtet, daß ſie über die Intentionen ihrer Regirungen noch gänzlich im Unklaren zu ſein erklärten. Ich habe es mir angelegen ſein laſſen, in Ausführung des Erlaſſes vom 16 Juni cr. die Ueberzeugung zu verbreiten, daß ein irgend wie bedingter Beitritt auf ein Entgegenkommen von unſrer Seite auf keine Weiſe zu rechnen habe, und es ſcheint mir, als ob die Betheiligten, mit Ausnahme der beiden genannten Regirungen, mehr bemüht ſind, einen ſchicklichen Weg zum Einlenken, als

*) Gedruckt in Preußen im Bundestage IV, No. 84 S. 197, aber mit Fehlern, deshalb hier nach dem Concept berichtigt.

die Mittel zum ferneren Widerstand zu finden. Ich darf 1854
voraussetzen, daß Eurer Excellenz Erklärungen, welche meine 27. 6.
Annahme bestätigen, bereits vorliegen, und daß die große Mehrzahl der Bundesstaaten ihre Bereitwilligkeit, im Schoße der Versammlung dem Bündniß beizutreten, in kurzem aussprechen werden; wenn diese Erklärungen zum Theil in allgemeinen und nicht durchaus präcisen Ausdrücken gefaßt sein sollten, so würde doch meines Erachtens aus diesem Umstande für die beiden Großmächte kein Grund erwachsen, die Anbringung der Sache am Bunde aufzuhalten, indem ich nicht zweifle, daß die Schwerkraft der Ereignisse und der diesseitigen Machtverhältnisse in dem jetzigen Stadium die Entschließungen der Bundesversammlung in das von den beiden Großmächten vorgezeichnete Geleise drängen wird. Ganz unumwundne Erklärungen der Bereitwilligkeit am Bunde, dem Vertrage beizutreten, erwarte ich allerdings nicht von allen Seiten, theils wegen der Schwierigkeit, aus der in Bamberg eingenommenen Stellung mit Anstand einzulenken, theils auch wegen der Zweifel, die darüber obwalten, ob eine einfache Beitritts-Erklärung von Seiten der Bundesversammlung dieser letzteren als dem dritten Contrahenten im Vertrage ganz dieselben Rechte sichern würde, wie den beiden ursprünglichen Paciscenten, d. h. ob das Einverständniß der Bundesversammlung ebenso gut wie das von Preußen oder Oestreich für gewisse Fälle vorbehalten bleibt, oder ob der Consens der beiden Großmächte unter allen Umständen ausreichend ist, um ohne weitre Befragung der Bundesversammlung den casus foederis festzustellen. Meines geh. Dafürhaltens dürfte es nicht einmal in unsrem Interesse liegen, diese Frage schon jetzt zum Nachtheil der Bundesversammlung zu entscheiden, und uns dadurch eines Mittels der Hemmung und des Widerstandes gegenüber von Oestreich zu begeben, von dem sich noch nicht voraus sehen läßt, ob und inwieweit wir eines solchen bedürfen werden.

1854 27. 6. Ich habe ſchon vor einigen Tagen durch den Regirungs-Rath O. eine Anfrage an die Central-Preßſtelle richten laſſen, ob dort von einem durch die in Bamberg vertretnen Juriſten verabredeten Congreß Etwas bekannt ſei; ich habe nunmehr mit Sicherheit darüber Folgendes erfahren, was Ew. Excellenz vielleicht ſchon durch anderweite Mittheilungen beſtätigt finden. Die in Bamberg verſammelten Miniſter haben vor dem Auseinandergehn die Verabredung getroffen, nach Eingang der Rückäußerung von Preußen und Oeſtreich und im Falle dieſe ſich nicht durch ein einfaches Ja oder Nein auf telegraphiſchem Wege beantworten ließe, ſich von Neuem zu verſammeln und zwar hier in Frankfurt. Dieſer Zeitpunkt wäre nun jetzt allerdings eingetreten, indeß hat man auf die Ausführung des Planes verzichtet, weil man nachgerade die Ueberzeugung gewonnen hat, in Bamberg ſein Ziel überſchoſſen zu haben. Man iſt dort augenſcheinlich nicht darauf gefaßt geweſen, in Berlin ſowenig Anklang zu finden und von Wien ſo entſchieden zurückgewieſen zu werden. Sowohl hierdurch, als durch die laute Manifeſtation der öffentlichen Meinung iſt man von dem durch die lange Friedenszeit geförderten Souverainetätsſchwindel zu größerer Nüchternheit gelangt; mehre der betheiligten Staaten, insbeſondre Baden und Naſſau und — wie ich annehmen darf — auch Hanover und Kurheſſen, haben unaufgefordert erklärt, ſich an der verabredeten Frankfurter Conferenz nicht betheiligen zu wollen. Ueberhaupt ſcheint entſchiedne Uneinigkeit im Lager der Mittelſtaaten zu herrſchen, und von Seiten aller Uebrigen hört man Vorwürfe gegen die Leidenſchaftlichkeit und Selbſtüberſchätzung der Herrn von Beuſt und von der Pfordten, durch welche man ſich in Bamberg habe verleiten laſſen, in die Materie der Europäiſchen Politik ſelbſt einzugehn, anſtatt die Entſcheidung über die Anſchlußfrage lediglich der Bundesverſammlung zuzuſchieben.

Aus guter Quelle höre ich außerdem, daß man in Bam-

berg allerdings auch von einem Fürſtencongreß geſprochen hat, welcher zur Schlichtung der ganzen orientaliſchen Frage in Brüſſel im Monat Auguſt zuſammenkommen ſolle, zu welchem die Anregung von dem König Leopold ausgegangen ſei und ſich einer lebhaften Sympathie von Seiten der Königin Victoria erfreuen ſollte. Als meine Quelle für letztre Nachricht kann ich im Vertrauen meinen hannöverſchen Collegen*) bezeichnen. 1854 27. 6.

Den öffentlichen Blättern nach ſollte der einige Tage hier anweſende Oberſt Kowalewsky den Auftrag gehabt haben, auf die Regirungen der Mittelſtaaten im ruſſiſchen Sinne einzuwirken; ich habe angewandter Bemühungen ungeachtet nicht erfahren können, daß er in dieſer Richtung irgend welche Beziehungen gepflogen hätte. Außer einigen Excurſionen nach Wiesbaden und Baden-Baden iſt in Betreff ſeines hieſigen Verhaltens Nichts zu beobachten geweſen, und hat er ſeine weitre Reiſe oder Rückreiſe jedenfalls nicht von hier aus angetreten.

Der Wirkliche Geheime Rath Bunſen befindet ſich augenblicklich in Heidelberg; ebendaſelbſt hält ſich Heinrich von Gagern auf, der dort ſeine Kinder in der katholiſchen Confeſſion erziehen läßt; ſeine Frau iſt katholiſch und ſein Bruder Max**) bekanntlich vor einiger Zeit zur katholiſchen Kirche übergetreten. Der Prinz Felix Hohenlohe, Präſident der Darmſtädter Bank und des ehemaligen Vereins zum Schutze vaterländiſcher Arbeit, verkehrt ebenfalls viel in Heidelberg, gewöhnlich in Begleitung des in ultramontanen Geſchäften vielfach benutzten Fürſtl. Reußiſchen Legationsraths Freiherrn von Burſian, deſſelben, der vor einiger Zeit in Aufträgen der Fürſtin von Yſenburg-Birſtein in Berlin anweſend und von Sr. Majeſtät zur Tafel gezogen worden war. Dieſer p. Burſian kam urſprünglich als

*) Graf v. Kielmansegge.

**) Rath im öſterreichiſchen Miniſterium des Kaiſerlichen Hauſes.

1854 27. 6. Zeitungscorrespondent zur Parlamentszeit hier her, war dann als Privatsecretair in Diensten der Herrn von Belly und später des Prinzen Hohenlohe. Er ist ein übelberufener Intriguant im Dienste unsrer Gegner. Man erzählt hier, daß er von der französischen Spielgesellschaft, welche jetzt in Nauheim etablirt ist, 2000 fl. empfangen hat, um den Einfluß seines Prinzipals, des Fürsten Hohenlohe — Schwiegersohn des Kurfürsten — für Ertheilung der Spielconcession zu gewinnen. In Berlin scheint Burfian mit der Spenerschen Zeitung, wahrscheinlich auch mit andern Blättern, in Verbindung zu stehn.

König Ludwig*) wird von Cöln aus einen Besuch in Coblenz machen. J. K. H. die Frau Prinzessin von Preußen hat Sr. Majestät durch ein directes Anschreiben des prinzl. Hofmarschall-Amts an die Bairische Gesandschaft eine Einladung zu diesem Zwecke zugehn lassen, welche der König Ludwig im allgemeinen zwar angenommen, aber die Wohnung im K. Schloß abgelehnt hat.

Frankfurt, 27. Juni 1854. v. Bismarck.

89.

Bismarck an Otto v. Manteuffel.

Vertraulich. (Concept.)

Ew. Excellenz,

1854 3. 7. von sämmtlichen deutschen Regirungen mit Ausnahme von Würtemberg ist Einverständniß zum Bündniß vom 20. April vorhanden; auch Seitens der Niederlande, wie es scheint. Würtemberg lehnt nach der Aeußerung von Herrn v. Reinhardt wenigstens pro tempore ab; derselbe hofft, daß bei der Ab-

*) Von Bayern.

stimmung am Bundestage der König pure beitreten werde, um nicht mit Dänemark in der Minorität zu bleiben. Herr v. Reinhardt ist seiner Familientraditionen wegen dem imperialistischen Frankreich zugewandt, obwohl seine Frau eine Russin ist. Herr v. Titoff*) ist nach Stuttgart hier durchgereist. — A. Malet**) theilte mir eine für München bestimmte scharfe englische Note mit, in welcher dem dortigen Cabinet gesagt wird, daß es sich in Dinge mische, die außerhalb seiner Competenz lägen und daß ein fernerer Widerstand gegen die Politik der großen Mächte vollständig „harmless“ sei. Nach Dresden ist eine ähnliche Note ergangen. Die vertrauliche Expedition in Betreff des Einrückens in die Wallachei habe ich durch Graf Bock erhalten. Daß die Nachricht von der Absicht Oesterreichs nach Berlin gemeldet sei und dort Verstimmung erregt habe, wurde mir hier am 30. Juni schon erzählt und wie ich glaube aus ursprünglich englischer Quelle. Außerdem ist diese Thatsache bereits in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 2. Juli in einer Berliner Correspondenz enthalten. 1854 3. 7.

Frankfurt, 3. Juli 1854. v. Bismarck.

90.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

ersuche ich ergebenst das anliegende Briefchen an meinen Bruder, der wie ich vermuthe, jetzt in Frankfurt ist, gelangen zu lassen. Der Inhalt ist nicht von Wichtigkeit und enthält wesentlich meinen Glückwunsch zu seinem auf den 9. d. M. fallenden Geburtstage. Sollten Sie ihn nicht ermitteln können, so bitte ich 1854 7. 7.

*) Russischer Gesandter in Stuttgart.
**) Englischer Gesandter am Bundestag.

1854 7. 7. den Brief mir zurückſenden zu wollen. Ich gehe heute aufs Land, kehre aber übermorgen wieder zurück.

Aus Wien habe ich leidliche Nachrichten; Graf Alvensleben telegraphirt, daß auch dort die Ruſſiſche Antwort*) einen guten Eindruck gemacht, freilich hatte Graf Buol noch nicht mit Baraguay darüber geſprochen. Ich habe es hier vermieden, den fremden Diplomaten die Details mitzutheilen und geſagt, dieß würde erſt dann geſchehen, wenn wir unſere Anſichten mit Wien darüber ausgetauſcht hätten.

Graf Henckel telegraphirt, daß in London die Erbitterung aufs Höchſte geſtiegen ſei und Zwangs-Maaßregeln gegen Preußen beabſichtigt würden. Voyons! Die Einigkeit mit Oeſterreich müſſen wir ſo lange als möglich zu erkennen geben. Doch ich will keinen politiſchen Brief ſchreiben.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 7/7. 54. Manteuffel**).

91.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Euer Excellenz

1854 9. 7. haben bereits auf telegraphiſchem Wege den allgemeinen Inhalt der Ruſſiſchen Antwort***) erfahren. Die Nachricht des Prinzen

*) Auf die Note vom 8. Juni; die ruſſiſche Antwort vom 29. Juni ſ. Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVII S. 325 ff.

**) Bismarcks Antwort vom 11. Juli 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 86 S. 201 ff.

***) Auf die preußiſche Note vom 12. Juni, Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXII S. 319; die ruſſiſche Antwort vom 30. Juni 1854 ſ. bei Jasmund a. a. O. I, No. CCXXXVIII S. 327 ſ.

Karl ist richtig, daß man sich hier damit zufrieden erklären und sich in diesem Sinne in Wien aussprechen wird. Die von Herrn v. Manteuffel auf einige Tage unternommene Reise zeigt am besten, daß es jetzt nichts Dringendes giebt. 1854 9. 7.

Die Kurhessische Sache kam zur richtigen Stunde. Von Oesterreich ging gleichzeitig durch Graf Thun eine dringende Befürwortung der Hassenpflugschen Pläne ein, wenige Stunden später ein Privatbrief des Ministers Uhden*), dessen Unterstützung Hassenpflug nachgesucht hatte. Minister Uhden spricht sich in Ihrem Sinne aus; nur ist sein Vorschlag versöhnlich, er meint, man könnte es Kurhessen anheimstellen, die Sache auch an den Bund zu bringen, und im Allgemeinen unsere Unterstützung in Aussicht stellen. Er ist indessen gleichfalls der Ansicht, daß die Bundesversammlung auch die Anträge jeder einzelnen Kammer zu prüfen hat, die von der andern Kammer nicht gestellt sind. Der Punkt, in dem er abweicht, ist eigentlich nur der, daß er gegen eine neue Verhandlung mit den Kammern ist. Graf Schlieffen**) hatte Ihren Bericht noch nicht, der Minister scheint ihn mit nach Potsdam genommen zu haben, wohin er eine Stunde nach meiner Ankunft ging. Auf meinen mündlichen Vortrag erklärte er sich aber ganz mit Ihrer Auffassung einverstanden und wollte die Sache in diesem Sinne dem Minister vortragen.

Hinsichtlich des Prokesch'schen Bettzeugs***) war er von Ihrem Separatvotum sehr erbaut und meinte, er hielte es doch für gut, in einem gemäßigten Widerspruch fortzufahren und die Bemerkungen unseres Freundes zu beantworten. Oesterreich sage ja selbst immer, daß eine Meinungsverschiedenheit in Nebenfragen der entente cordiale keinen Eintrag thun könne.

---

*) Damals Chefpräsident des Obertribunals in Berlin.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten.

***) So deutlich im Original; worauf sich die Bemerkung bezieht, ließ sich nicht ermitteln.

1854 9. 7. Im Miniſterium will man dabei bleiben, daß die Kriegsbeſatzung in Raſtatt nicht bundesmäßig anerkannt ſei.

In Betreff Landaus habe ich weniger Geneigtheit gefunden, Bayern Alles zuzugeſtehen. Ich habe mir vorbehalten, mit Graf Walderſee*) und Graf Schlieſſen noch näher darüber zu ſprechen. Man ſcheint Landau lieber ganz den Bayern überlaſſen zu wollen. Was man einräumte, wird nur geſchehen, um Ihrer Befürwortung nachzukommen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verbleibe ich

Euer Excellenz ganz gehorſamſter

Berlin, den 9. Juli 1854. Wentzel.

92.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck.

Mein verehrteſter Freund,

1854 10. 7. Sie werden wiſſen, daß die ruſſiſche Antwort in Wien gut aufgenommen iſt und man ſich ſogar erboten hat, in Paris und London im Sinne des Friedens zu wirken. Das Einrücken in die Walachei iſt contremandirt.

Durch Legationsrath Wentzel werde ich ausführlich und mit Unbefangenheit ſchreiben.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

In treuſter Geſinnung

Ihr

P(otsdam) 10/7. 54. N.

---

*) Kriegsminiſter.

93.

Graf Wrſchowetz an Bismarck.

Baden den 19. 7. 54.

Des Prinzen Carl Königliche Hoheit bittet Ew. Hochwohl- 1854
geboren die Anlage gefälligſt weiter befördern zu wollen. 19. 7.

Der Prinz hat politiſch beruhigende Nachrichten erhalten und findet darin eine Beſtätigung derſelben, daß Manteuffel, der Träger der ruſſiſchen Antwort, befohlen iſt, nach Wien und München zu gehen.

Mit der vorzüglichſten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ganz ergebener

Hugo Graf Wrſchowetz.

94.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für das geehrte Schreiben vom 21. d. M.*). 1854
Ein Theil der darin enthaltenen Bemerkungen wird durch die 23. 7.
unmittelſt Ihnen zugegangene Depeſche ſeine Erledigung gefunden haben. Daß wir übrigens nicht zu zaghaft Oeſterreich gegenüber uns ausſprechen, wird Euer Hochwohlgeboren die in Abſchrift anliegende Depeſche, welche ich indeß geheim zu halten bitte, beweiſen.

Wir haben heute die Oeſterreichiſche Antwort auf unſere Depeſche vom 15. d. M.**) erhalten. Man iſt zwar dort auf

*) Preußen im Bundestag IV, No. 88 S. 207 ff.

**) In Form eines Erlaſſes an Graf Alvensleben, ſ. u. S. 198 f. Anm. §.

1854 28. 7. unſern Wunſch, die Ruſſiſche Antwort nicht der Beſchlußfaſſung der Conferenz zu unterbreiten, eingegangen, allein die Note, mit welcher die Ruſſiſche Antwort nach Paris und London mitgetheilt wird*), iſt von der Art, daß man die zurückweiſende Antwort der Seemächte unſchwer vorher ſieht, und die Depeſche, welche uns und unſere vertragsmäßigen Verpflichtungen betrifft, iſt ziemlich ſcharf geſchrieben. Von allen dieſen Dingen erhalten Ew. Hochwohlgeboren Abſchriften, nur iſt heute die Zeit zu deren Anfertigung nicht vorhanden.

In der Anlage ſende ich Euer Hochwohlgeboren Abſchrift eines heute hier eingegangenen Immediat-Berichts des Grafen Alvensleben**), welchen ich Sr. Majeſtät bereits (vor)geleſen habe. Allerhöchſtdieſelben haben mir befohlen, darüber zunächſt Euer Hochwohlgeboren Gutachten zu fordern. Indem ich dieſem Befehle hierdurch nachkomme, bemerke ich ergebenſt, daß meine eigne Anſicht über die Alvenslebenſche Idee, welche mir überhaupt noch keine recht klare und mehr durch den Wunſch und Zweck, ein Gegengewicht gegen Oeſterreich zu erlangen, hervorgerufen als in das Syſtem hineingewachſen zu ſein ſcheint, keine definitiv feſtgeſtellte iſt***). Ich bin noch immer davon über-

*) S. Jasmund a. a. O. No. CCXLI S. 330 ff.

**) S. Preußen im Bundestage IV, S. 210 f. Anm. 1.

***) Graf Alvensleben ſtellte zur Erwägung, ob es ſich nicht empfehle, zu den aus dem preußiſch-öſterreichiſchen Vertrage herrührenden Verhandlungen mit den ſog. „Bambergern" eigene Bevollmächtigte von der Bundesverſammlung zu beſtellen. „Wie dieſe Bevollmächtigung zu veranlaſſen iſt, muß ich den Eröffnungen an den Bundesgeſandten überlaſſen; es fragt ſich aber, wie die Bundesbevollmächtigten, wenn ſie ernannt ſind, am zweckmäßigſten benutzt werden können (um Preußens Stellung Oeſterreich gegenüber nach Möglichkeit zu verbeſſern). Da, wie Eurer Königlichen Majeſtät ich allerunterthänigſt angezeigt habe, es nicht unwahrſcheinlich iſt, daß die franzöſiſch-engliſche Erwiderung den beiden deutſchen Mächten nicht direct ſondern durch die Conferenz zugehen wird, ſo könnte es ſich fragen, ob nicht die Bundesbevollmächtigten oder Einer derſelben an der Conferenz Theil zu nehmen hätte. Obwohl dies den Vortheil darbieten würde, daß Preußen unter den

zeugt, daß die Rolle eines Haupts der Bamberger für uns weder eine nützliche noch ungefährliche ist, und daß man gegen Oesterreich so scharf und bestimmt auftreten mag als man will, dieß aber doch immer am besten auf eignen Beinen und nicht mit Bamberger Stützen zu geschehen hat. Man darf sich dabei nicht von trügerischen Rücksichten leiten lassen, z. B. daß man dadurch eine günstigere Stellung in der Bundes-Versammlung gewinnen könnte u. s. w. Euer Hochwohlgeboren wissen am besten, wie lange dauernd und wie fest dergleichen Dinge sind. Nichts desto weniger will ich Euer Hochwohlgeboren ermächtigen, falls Sie einen geeigneten und ungefährlichen Weg zur Erreichung der Alvenslebenschen Idee zu finden wissen, dazu mit Vorsicht die Einleitungen zu treffen. Daß die Sache sehr 1854 28. 7.

---

gegenwärtigen Verhältnissen dadurch Unterstützung und mithin einen moralischen Beistand gewänne, so kann ich es doch nicht für correct und muß es in anderer Beziehung für bedenklich halten, daß der Bund nicht etwa mit allen Krieg führenden Mächten, sondern nur mit einem Theile derselben in fortgesetzte Berathungen tritt und dadurch in Verwickelungen mancherlei Art hineingezogen wird. Dagegen dürfte sich der Ausweg empfehlen, daß bei allen Verhandlungen und Entschließungen, welche sich direct oder indirect auf die Ausführung des preußisch-österreichischen Vertrages beziehen, eine Vorberathung der beiden deutschen Mächte mit den Bundesbevollmächtigten stattfindet und daß dies namentlich auch dann und zwar zuvor eintritt, wenn Consequenzen des Vertrages irgend einer Art in den Kreis der Conferenzverhandlungen hineingezogen werden sollen. Es ist klar, daß hierdurch eine moralische Hemmung Oesterreichs gegen ein zu weites Eingehen desselben auf die Wünsche und Interessen der Westmächte erreicht wird. Außerdem befindet sich Preußen dabei auf einem bundesrechtlichen Standpunkte und sichert sich in einer Frage, wo seine und des Bundes Interessen zusammenfallen, die Sympathien des letzteren, ohne auf irgend eine Art Oesterreich ostensibel entgegenzutreten. Eurer Königlichen Majestät muß ich die Prüfung dieser Ansicht anheimgeben, bemerke indessen, daß, wenn darauf einzugehen wäre, sehr schnell gehandelt werden müßte, indem die Zuziehung der Bundesbevollmächtigten besonders bei dem Eingange der Anforderungen der Westmächte von Nutzen wäre, und letzterer leicht sehr bald erfolgen kann."

1854 23. 7. discret behandelt werden muß, leidet keinen Zweifel, denn die Erbitterung der Weſtmächte gegen uns iſt auf einen hohen Punkt gediehen, und ein noch ſo freundlicher Kuß von Sachſen oder Baiern ſcheint mir immerhin die Gefahren einer Engliſchen Blokade nicht aufzuwiegen.

Des Königs Majeſtät haben mir zu erwägen gegeben, ob ich nicht mit nach München gehen oder nachkommen wolle; ich bin indeß nicht dafür, weil ich dieß für eine Demonſtration halten möchte, welche durch entſprechenden Vortheil nicht aufgewogen würde. Wenn aber Se. Majeſtät darauf beſtehen, ſo werde ich mich ſchließlich nicht weigern.

Die Briefe meines Vetters, des Oberſten von Manteuffel aus Wien, haben mir bei aller Tüchtigkeit des Berichterſtatters keinen guten Eindruck gemacht. Buol iſt ganz in den Händen von Bourqueney, und der Kaiſer, der viel Sentiment gezeigt, hat doch in der Converſation diejenige Sprödigkeit durchblicken laſſen, welche von einem bereits feſt und unabänderlich gefaßten Entſchluß Zeugniß giebt. Daß man entſchloſſen iſt vorzugehen, beweiſt eine mir heute zugehende telegraphiſche Nachricht, wonach General Heß am 16. d. M. bei Burtſchava die Grenze der Wallachei überſchritten hat. Was daraus entſtehen wird, ob ein feindliches Begegnen mit den Ruſſen, eine Kriegs-Erklärung Seitens derſelben, weiß Gott.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 23. Juli 1854. Manteuffel*).

---

*) Bismarcks Antwort vom 25. Juli 1854 ſ. Preußen im Bundestag IV, No. 89 S. 215 ff., Privatſchreiben vom 26. Juli a. a. O. II, No. 32 S. 52 f.; die in dem Privatſchreiben erwähnte Anlage iſt der unter No. 95 abgedruckte Bericht.

95.

Bismarck an Otto v. Manteuffel*).

In der Erklärung, mittelſt welcher Preußen und Oeſtreich 1854
in der Sitzung vom 20 d. M. den Beitritt des Bundes zu dem 25. 7.
Vertrage vom 20 April c. beantragt haben**), iſt von beiden Mächten die Zuſicherung gegeben: der Bundesverſammlung, ſofern ſie dem Bündniſſe beigetreten ſein wird, die Antwort Rußlands mitzutheilen, und mit ihr im Geiſte des Vertrages darüber in vertrauensvolles Einvernehmen zu treten. Der Zeitpunkt, wo die Bundesverſammlung dieſe Mittheilung erwarten darf, iſt nunmehr eingetreten, und ſcheint eine Beſchleunigung derſelben in unſerm Intereſſe zu liegen, da der Einfluß welchen die Bundesverſammlung auf die Würdigung und Behandlung der ruſſiſchen Antwort üben wird, vorausſichtlich der dieſſeitigen Auffaſſung zu Gute kommt. Der Geſchäftsgang am Bunde iſt ohnehin ſchwerfällig, und die Hülfsmittel, welche die Betheiligung des Bundes uns bei den Beſtrebungen gewähren kann, unſre Beurtheilung der ruſſiſchen Antwort als die im Sinne des Vertrages maßgebende geltend zu machen, gehn verloren, wenn ſie nicht mit Schnelligkeit vorbereitet werden. Der Bairiſche Geſandte***) ſprach gegen mich die Vorausſetzung aus, daß die Mittheilung der Antwort Rußlands von dem Münchner Cabinet in Berlin und Wien werde urgirt werden, wenn ſie nicht bald in Ausführung der in der Sitzung vom 20 gegebenen Zuſage von ſelbſt erfolge. Er deutete an daß die bisherige Vorenthaltung derſelben zu der unwillkom-

*) Der Bericht iſt ſchon in Preußen im Bundestage II, No. 81 S. 47 ff. veröffentlicht, aber mit ſo vielen Fehlern, daß der nochmalige Abdruck nach dem Originalconcept nothwendig iſt.

**) Separatprotokoll über die Bundestagsſitzung vom 29. Juli 1854, S. 728 a.

***) Freiherr v. Schrenck.

1854 25. 7. menen Annahme leite, daß die deutschen Regirungen erst dann zu einer eiligen Kundgabe ihrer Adhäsion würden berufen werden, wenn über die Sache durch Einigung der beiden Großmächte schon entschieden sein werde. Auch wenn eine Mahnung dazu von einer der Bundesregirungen nicht jetzt schon erfolgt, dürfte es dem Wiener Cabinete kaum unerwartet sein, wenn wir dasselbe auffordern, nunmehr auf dem von ihm selbst vorgezeichneten Wege mit der ungesäumten Mittheilung jener Antwort an die Bundes-Versammlung mit uns vorzuschreiten. Der nach Anleitung des Art. 49 der Schlußacte zu wählende Ausschuß besteht bereits, sowie er bei Gelegenheit der gemeinschaftlichen Vorlage vom 24 Mai ernannt wurde. Der betreffende Theil des gestrigen Beschlusses lautet: „Die zur Ausführung des vorstehenden Beschlusses (Beitrittes) erforderlichen Maßregeln bleiben besondrer Beschlußfassung vorbehalten; mit der Vorbereitung derselben wird der in der Sitzung vom 24 Mai gewählte besondre Ausschuß mit der Befugniß beauftragt, sich zu diesem Zwecke mit dem Militärausschusse in Verbindung zu setzen." Von Oestreich wird dieser Passus auf die dem Bunde demnächst anzusinnenden militärischen Vorkehrungen vorzugsweise bezogen werden wollen, indem baldige Unterhandlungen nach Art. 49 dort wohl nicht in der Absicht liegen. Nach dem vorstehenden Wortlaut des Beschlusses, in Verbindung mit den beiden vorletzten Absätzen der Preußisch-Oestreichischen Vorlage vom 20 c. scheint es mir indessen natürlich, daß dieser bestehende Ausschuß als mit Rücksicht auf Art. 49 bevollmächtigt, betrachtet wird. Eigne Bevollmächtigte, wie sie nach diesem Artikel „zu dem Unterhandlungsgeschäft selbst" ernannt werden sollen, scheinen für jetzt nicht erforderlich zu sein. Die betreffende Stelle hat dergleichen Bevollmächtigte offenbar nur für den Fall im Sinne, daß der Bund mit fremden Mächten unterhandelt, nicht aber mit zwei Bundesgliedern welche obenein Mitglieder des betheiligten Ausschusses sind.

Die Bedenken des Grafen Alvensleben gegen eine Theil- 1854
nahme des Bundes an der Wiener Conferenz theile ich voll- 25. 7.
ſtändig; derſelben ſteht, außer den angegebnen Gründen, auch die entſchiedne Abneigung der Bundesſtaaten ſelbſt entgegen. Meine Collegen haben wiederholt gegen mich geäußert, daß ihre Regirungen nicht in den Fall geſetzt zu werden wünſchten, den von der Wiener Conferenz eingenommenen Standpunkt zu dem ihrigen zu machen, oder die bisherigen Protokolle ausdrücklich als für ſie verbindlich anzuerkennen. Dagegen dürften ſie bereitwillig und dankbar auf das Syſtem eingehn, für die Zukunft dasjenige was von deutſcher Seite auf der Conferenz vorgebracht wird, zwiſchen Preußen, Oeſtreich und dem Bunde, oder wenigſtens dem Ausſchuſſe, vorher zu vereinbaren, ſoweit die Gegenſtände als mit dem Bündniß connex zu betrachten ſind. Erſt dann wird letztres zu ſeiner vollen Bedeutung gelangen, wenn auf Grund deſſelben eine Politik, für welche ganz Deutſchland einſteht, auf der Conferenz geltend gemacht wird. In dieſer Richtung würden auch die zu erwartenden Gegenpropoſitionen der Weſtmächte, theils als Material zur Entſcheidung über die ruſſiſche Antwort, theils nach dem Sinne des Bündniſſes überhaupt, einen Gegenſtand der dem Bunde zugeſagten „Einflußnahme" bilden.

Die Beſtellung „eigner Bevollmächtigten" würde auch aus dem Grunde zu verſchieben ſein ſo lange es thunlich iſt, weil die Perſonalfrage große Schwierigkeiten darbietet. Abgeſehn von der alsdann ins Spiel kommenden Eiferſucht, iſt der Bairiſche Geſandte zu ängſtlicher Juriſt, aber zur Noth noch geeignet; der Sächſiſche *) von dem Präſidium perſönlich abhängig, der Hanöverſche **) taub, der Würtembergiſche ***) confus, der

*) v. Noſtitz und Jänckendorf.
**) Graf v. Kielmansegge.
***) v. Reinhard.

1854 25. 7. Badiſche*) ängſtlich und haarſpaltend, der Kurheſſiſche**) arbeitsſcheu und derangirt, der Darmſtädter***) ganz Oeſtreicher. Der Däniſche†) und der Mecklenburgiſche††) wären die brauchbarſten; aber vermöge ihrer Sonderſtellung zum Bündniß kaum möglich. Etwas Andres als Baiern bliebe kaum übrig.

Wenn meines gehorſamſten Dafürhaltens hier am Bunde für jetzt nur die baldige Mittheilung der ruſſiſchen Antwort und der zu ihrer Beurtheilung nöthigen Materialien erforderlich iſt, ſo kann ich, bei unvollkommner Kenntniß der augenblicklichen Sachlage in Wien, nur höherem Ermeſſen anheimſtellen, ob es zweckmäßig iſt, ſolche Schritte welche dort eine beſonnenere Stimmung hervorbringen könnten, ſowohl ſelbſt zu thun, als von Seiten andrer deutſchen Regirungen herbeizuführen. Schon der vertrauliche Erlaß an den Grafen Alvensleben†††) enthält in dieſem Sinne Wendungen welche gewiß ihren Eindruck nicht verfehlen§), und die Haltung Oeſtreichs

---

*) Freiherr Marſchall v. Bieberſtein.

**) v. Trott.

***) Freiherr v. Münch-Bellinghauſen.

†) v. Bülow.

††) v. Oertzen-Leppin.

†††) Vom 15. Juli, als Antwort auf die öſterreichiſche Depeſche vom 12. Juli, in welcher Buol darauf hinwies, daß der Fall eines activen Vorgehens Oeſterreichs binnen kurzem ſtatthaben könne und daher der Augenblick eingetreten ſei, bei der preußiſchen Regierung auf die durch Art. 2 der Convention vom 20. April vorbedungene Mobilmachung nöthigenfalls förmlich anzutragen.

§) „Wir haben uns bisher bemüht und werden uns ferner angelegen ſein laſſen, ein Hervortreten divergirender Anſichten zu vermeiden, weil wir uns ſelbſt ſagen, daß dadurch ſowohl Oeſterreichs als unſer Gewicht weſentlich geſchwächt wird und ſomit die Ausſicht immer mehr ſchwindet, den Leidenſchaften der ſtreitenden Parteien einen ſtarken Damm entgegenzuſtellen. Wir würden aber auch bei dieſem Beſtreben eine gewiſſe Linie nicht überſchreiten und z. B. unſerer in der Wortfaſſung des Bündniſſes ſelbſt begründeten Ueberzeugung Geltung ver-

würde ſich ohne Zweifel ruhiger entwickeln, wenn dem Grafen Buol auch von andern Bundesgenoſſen die Gewißheit gegeben würde, daß nicht jede Politik Oeſtreichs Ausſicht auf die Hülfe Deutſchlands hat, ſondern nur eine ſolche welche dem Sinne und Wortlaut des Bündniſſes entſpricht. Die Aeußerungen eingeweihter Perſonen, das zuſammenhängende Syſtem welches ſich in der Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die vertrauteſten Agenten und offiziöſen Blätter darſtellt, namentlich aber das Verhalten des Wiener Cabinettes ſelbſt gegenüber der ruſſiſchen Antwort, berechtigen zu der Annahme, daß die öſtreichiſche Politik nicht mehr erhaltend und friedliebend, ſondern ehrgeizig und kriegeriſch iſt. Die Conſtellation zu Erwerbungen iſt günſtig, die Rüſtungskoſten ſind fortgeworfen, wenn die aufgeſtellte Armee nicht genutzt wird; das Bündniß bietet eine Aſſecuranz gegen übeln Ausgang, und darüber hinaus hält man ſich feſt überzeugt, daß Preußen und Deutſchland im eignen Intereſſe nöthig finden werden Oeſtreich 1854 25. 7.

ſchaffen, daß die bewaffnete Macht Sr. Majeſtät fremden, der Tendenz des Bündniſſes fern liegenden Zwecken durch dasſelbe in keiner Weiſe dienſtbar gemacht werden kann. Ich laſſe mich hier auf eine nähere Erörterung der uns in dieſer Beziehung zur Seite ſtehenden Vertragsbeſtimmungen nicht ein, weil ich der Anſicht bin, daß eine ſolche Discuſſion, ſofern ſie nicht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird, beſſer unterbleibt. Das aber nehme ich keinen Anſtand auszuſprechen, daß Se. Majeſtät eine außerhalb des Bündniſſes ſtehende Autorität, die über deſſen Auslegung und Bedeutung einen Urtheilsſpruch zu fällen habe, niemals anerkennen wird. Des Königs Majeſtät werden daher für die Armee in nächſter Zeit diejenige Waffenbereitſchaft eintreten laſſen, welche Allerhöchſtdieſelben unter den jetzigen kritiſchen Zeiten für geboten erachten; es wird dies aber nicht wegen der Kluft, die zwiſchen den Anerbietungen Rußlands und den Anforderungen der Weſtmächte beſteht, und nicht wegen eines etwaigen hierdurch gebotenen activen Vorgehens Oeſterreichs, ſondern nur deshalb geſchehen, um in jedem Momente die Stellung Preußens, ſowohl wenn es ſich um Erfüllung vertragsmäßiger Pflichten als um die Wahrung eigener Intereſſen handelt, gebührend wahrzunehmen."

1854 25. 7. zu decken, so unangenehm ihnen dessen Politik auch sein mag. Nur die bestimmte Beseitigung dieser letztern leichtsinnigen und unbilligen Hoffnung wird das Wiener Cabinet vielleicht abhalten, muthwillig mit Rußland Händel zu suchen. Große Stücke können wir auf die Mittelstaaten nicht bauen; aber wir können den Grad von Vertrauen bei ihnen wiedergewinnen, den wir vor 1848 besaßen, und der in ihrer größern Gleichartigkeit mit uns als mit Oestreich wurzelt. Sie sind jetzt antifranzösisch, vielleicht mit Ausnahme von Darmstadt. Die Ursache dieser Erscheinung mag theils in persönlichen Dispositionen der regirenden Herrn, theils in Revolutionsfurcht und in dem Umstande liegen, daß die jetzige Herrschaft in Frankreich nur auf zwei Augen steht, und daß sichre Objecte der Begehrlichkeit, welche durch Frankreich erworben werden könnten, nicht mehr vorhanden sind. Die geistlichen Güter, Reichsstädte und kleinen Territorien sind vertheilt, und die 7 Jahre harter Dienstbarkeit welche man, um diese Rahel zu erwerben, im Rheinbunde durchgemacht hat, sind in zu guter Erinnerung, um der Neigung eine Lea durch ähnliche Knechtschaft zu verdienen, nicht die Wage zu halten. Demungeachtet kann ein fortgesetzter von Preußen und Oestreich gegen die Mittelstaaten geübter Zwang denselben bald die Luſt erwecken, lieber selbständig als unter der Vormundschaft dieser beiden Mächte mit Frankreich zu gehn. Es kommt dahin schließlich, wenn die Regirungen nicht wenigstens bei Preußen eine Anlehnung und eine kräftige Vertretung der wirklichen deutschen Interessen, ohne die von Oestreich sogenannten, finden. Bezeichnend ist, daß Frankreich die Züchtigung der Bamberger durch Noten allein den Engländern überläßt, sich selbst aber freundlich zu den Mittelstaaten fortwährend zu stellen sucht.

Wenn ich kein unbedingtes Vertrauen auf eine dauernd gute Gesinnung der Bamberger gegen uns setze, so fürchte ich daß ihre Gefühle für uns immer noch treue Hingebung zu nennen

sind, im Vergleich mit denen, die Graf Buol, Bach*) und andre Epigonen Schwarzenbergischer Politik, im Bündniß mit den Ultramontanen, im Innern ihrer Herzen gegen uns hegen. Das jetzt in Oestreich gehandhabte System germanisirender Centralisation bedarf zur Lösung seiner Aufgabe einer engern organischen Verbindung mit, und einer strafferen Hegemonie in Deutschland. Die Strebungen der Ultramontanen gehn für jetzt mit denen der ehrgeizigen Wiener Hand in Hand. Für beide ist Preußens Machtstellung in Deutschland der härteste und schwerste Stein des Anstoßes. Derselbe verliert an Bedeutung in demselben Maße, als der Unterschied zwischen Preußens und Oestreichs physischer Kraft zunimmt, und sich in seiner Bedeutung demjenigen nähert, welcher zwischen Preußen und Bayern stattfindet. Je höher Oestreich steigt, desto mehr schrumpft der Abstand zwischen uns und den Mittelstaaten für den Maßstab der Politik zusammen. Wir können also, abgesehn von allen übrigen in der orientalischen Frage liegenden Motiven für unsre Entschließungen eine Vergrößerung Oestreichs nicht zugeben, wenn wir nicht mindestens in demselben Maße wachsen. 1854 25. 7.

Wenn Oestreich zum Kriege mit Rußland gelangt, so wird es sich auf die Dauer der Mitwirkung zu denjenigen Plänen, welche die Westmächte in Betreff einer Herstellung Polens haben möchten, nicht mit Erfolg widersetzen können. Diese Pläne sind bisher in London und Paris niemals ehrlich zurückgewiesen worden, und dürften, als einziges Mittel zu einer nachhaltigen Verminderung der russischen Macht, früher oder später mit mehr Entschiedenheit in den Vordergrund treten. Oestreichs Interesse gegen die Herstellung Polens ist minder tief gehend, als das von Preußen und Rußland, schwerlich so tief, daß man deshalb *nach* dem Bruch mit Rußland sich mit dem Westen zu entzweien nöthig halten würde. Ich glaube

*) Oesterreichischer Minister des Innern.

1854 25. 7. sogar daß Oeſtreich gern die Donauländer wählen würde, wenn es zwiſchen dieſen und Galizien optiren müßte. Jene ſind deutſcher Sprache und Regirung zugänglicher, als die polniſche Provinz, die Bevölkerung inoffenſiv, ſie ſind reicherer Entwicklung fähig, und paſſen geographiſch und commerciell beſſer zu Oeſtreich, als das außerhalb der Karpaten dem Kaiſerſtaate angeklebte Galizien. Letztres iſt, bei offnen Grenzen, der ruſſiſchen Macht und etwaigen polniſchen Inſurrectionen leicht zugänglich. Die Gefahren welche die polniſche Nachbarſchaft für die Ruhe von Ungarn bieten würde, finden ein Gegengewicht in der Vermehrung der den Magyaren feindlichen Elemente der Serben und Walachen. Außerdem bietet die Herſtellung Polens an und für ſich dem Oeſtreichiſchen Syſtem Vortheile:

1. Preußen wird geſchwächt und in Schach gehalten.
2. Die Gefahr des Panſlavismus hört auf, wenn zwei mächtige Slavenſtaaten verſchiedner Religion und Nationalität beſtehn.
3. Europa erhält einen wichtigen Staat rein katholiſcher Confeſſion mehr.
4. Polen, unter Oeſtreichs Hülfe hergeſtellt, wird vor der Hand Oeſtreichs ſichrer Verbündeter.
5. Die Herſtellung Polens bietet Oeſtreich vielleicht die einzige dauernde Garantie gegen wirkſame Vergeltung von Seiten Rußlands, ſobald die italiäniſchen Angelegenheiten Streit zwiſchen Oeſtreich und Frankreich herbeiführen, oder erſteres ſonſt wie in Verlegenheit kommt. Schlimmſten Falls würde das Wiener Cabinet ſich mit dem Vorſchlage helfen Polen von Neuem zu theilen, ohne die Donauländer dann aufzugeben. Ich gehe nicht ſoweit zu behaupten, daß Oeſtreich die Herſtellung Polens freiwillig betreiben werde; aber wenn die Weſtmächte ernſtlich darauf drängen, ſo wird es ſich

nur mit ſtumpfen Nägeln wehren, vorausgeſetzt daß die Donauländer als Lohn in Ausſicht ſtehn. 1854 25. 7.

Herr von Prokeſch verläßt mich eben, um bis zum Sonntag bei ſeiner Frau in Badenweiler zu bleiben, die Sitzung für morgen iſt ausgeſetzt. Aus ſeinen flüchtigen Aeußerungen entnehme ich, daß die öſtreichiſche Abſicht iſt, die ruſſiſche Antwort vor der Hand hier nicht mitzutheilen, und die „Einflußnahme" des Bundes nach Art. 49 lediglich auf den Fall eigentlicher Friedensunterhandlungen zu deuten. Die Mittheilung der ruſſiſchen Antwort, meint er, könne lediglich „zur Kenntnißnahme" an die Bundes-Verſammlung erfolgen*); ob und wann der Ausſchuß über dieſelbe verhandeln ſolle, das müſſe von unſerm, Prokeſch's und meinem, Ermeſſen abhängen, worunter ich verſtehe daß es unterbleiben ſoll. Dem entgegenzuwirken halte ich im Augenblick für unſre dringendſte Aufgabe.

v. Bismarck.

96.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

ſende ich in den Anlagen einige Abſchriften, welche Euer Hochwohlgeboren intereſſiren werden, und die im Allgemeinen den Standpunkt bezeichnen, den wir in der Frage jetzt einnehmen. Die kleineren und mittleren deutſchen Mächte werden dieſen Standpunkt für ſich ſehr angenehm finden und ſich an uns drängen. Nach meiner Anſicht muß man ſie keineswegs zurückweiſen, denn es liegt darin der wahrheitsgemäße Ausdruck der Thatſache, daß Preußen mehr als Oeſterreich berufen iſt deutſche Intereſſen zu vertreten; man muß dieſe Zuneigung vielmehr zu nähren und zu utiliſiren ſuchen; aber man darf zwei Dinge oder vielmehr eine Alternative nicht überſehen. 1854 26. 7.

*) Orig.: mitgetheilt werden.

1854 26. 7. Alle dieſe mittleren Staaten (vielleicht mit Ausnahme von Baden) ſind naturgemäß Feinde Preußens, weil ſie in ihm ihren dereinſtigen Verſchlinger erkennen, abgeſehen noch von andern Motiven des Neides der Mißgunſt und hiſtoriſchen Reminiscenzen; dieſe Feindſchaft wacht unfehlbar, wir mögen noch ſo liebenswürdig ſein und uns benehmen wie wir wollen, wieder auf, ſowie ihre aus dem Gefühle ihrer Schwäche herkommende Furcht beſeitigt iſt, ſowie ſie den jetzt unter ihren Füßen ſchwankenden Boden wieder feſt fühlen. Es ſind nun nur zwei Fälle möglich, entweder ein ſolcher Zuſtand tritt, ohne daß es zu großen politiſchen Kataſtrophen kommt, wieder ein, dann wird auch der Abfall von uns nicht auf ſich warten laſſen, oder es ereignet ſich das Gegentheil, es kommt zu einem allgemeinen Kriege, wobei die Kräfte der verſchiedenen Staaten in großem Maaßſtabe angeſtrengt werden, dann gehen dieſelben unfehlbar ihrem Untergange entgegen. Ein Kurheſſiſcher, ein Darmſtädter, ein Königlich Sächſiſcher patriotiſcher Krieg gehört zu den Unmöglichkeiten, es muß dann mit den Dynaſtien nothwendig eine Aenderung eintreten; welcher Art dieſe ſein wird, das iſt ſchwer vorher zu ſehen und wird von den Ereigniſſen zum Theil wohl auch von unſerm Verhalten abhangen. Wenn wir uns aber herbeilaſſen wollten, für den Fortbeſtand der Staaten in ihren jetzigen Verhältniſſen gewiſſe Garantien zu übernehmen, ſo würden wir uns, das iſt meine feſte Ueberzeugung, nicht bloß zu etwas für uns möglicher Weiſe Nachtheiligem, ſondern auch zu Unmöglichem verpflichten. Deshalb ſehen jene Staaten ſo ängſtlich nach Rußland, weil ſie das Gefühl ihrer Unfähigkeit aus eigener Kraft zu exiſtiren im Leibe haben. Ich bin weit entfernt, Haugwitziſche Politik*) anrathen zu wollen, aber ich meine, daß wie die Hitze der letzten

*) D. h. Anſchluß an Frankreich zur Löſung der deutſchen Frage im preußiſchen Sinne.

Wochen ſo auch die politiſche Hitze der letzten Jahre einen Zuſtand der Reife herbeigeführt, den man bedauern, aber nicht läugnen kann und der einem nicht ganz unachtſamen Wirthe die Verpflichtung auferlegt, an die Ernte-Arbeit zu denken, da ſonſt vielleicht der Nachbar ſich hineinmiſcht. 1854 26. 7.

Euer Hochwohlgeboren werden erſehen, daß dieſe Zeilen nicht auf die Münchener Ausſtellung berechnet ſind.

Ich ſehe mit Intereſſe Ihren Mittheilungen aus München entgegen*), wünſche, daß es Ihnen dort gut gehen möge, und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, d. 26. Juli 1854. Manteuffel.

97.

Legationsrath Wentzel an Bismarck**).

Frankfurt a/M. 3. Auguſt 1854.

Euer Excellenz

habe ich telegraphiſch bereits gemeldet, daß Herr v. Prokeſch ermächtigt iſt, die Ruſſiſche Antwort***) vorzulegen. Alle meine Bemühungen, die Vorlage noch heute zu machen, waren vergeblich. Er meinte, er müſſe ſich mit Ihnen perſönlich verſtändigen und könne von ſeiner Inſtruction, die Antwort nur dem Ausſchuſſe vorzulegen, nur abgehen, wenn er ſich auf ſeine Verabredungen mit Ihnen beziehen könne. Unſere Befürwortungsnoten nach London und Paris†) ſind zwar zu Ihrer 1854 3. 8.

*) Preußen im Bundestag IV, No. 90 S. 218 ff.

**) Bismarck befand ſich ſeit dem 1. Aug. in Berlin.

***) Vom 17./30. Juni, ſ. o. S. 188, Anm. ***).

†) Vom 24. Juli, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXII S. 382 ff.

1854 3. 8. persönlichen Kenntnißnahme hierher mitgetheilt, aber wohl gleichfalls zur Vorlegung an die Bundesversammlung bestimmt. Eine Autorisation wird freilich von Berlin noch erfolgen müssen.

Wie ich gestern schon hörte, hat Herr v. Prokesch gesagt, es schwebten jetzt wegen der weiteren Behandlung der orientalischen Sachen am Bunde zwischen Berlin und Wien Verhandlungen. Führten diese zum Resultat, so würde in der nächsten Sitzung eine Vorlage erfolgen, dann könne einige Tage später der erforderliche Beschluß gefaßt werden und sei er dafür, demnächst einige Wochen keine Sitzung zu halten. Zu einem Vertrauten hat er geäußert, er werde keinen Falls am 18. ein Diner geben, man vergüte ihm nichts dafür und er sei nicht so bezahlt, um sich solche große Kosten zu machen. Heute hat er mir nun mitgetheilt, daß ihm wegen Mobilisirung eines Theils des Bundesheeres zwar Mittheilungen von Wien zugegangen seien, daß er aber noch keine Anweisung zu Anträgen habe, er hoffe, Euer Excellenz würden hierüber aus Berlin Instructionen mitbringen. Man hat wohl in Berlin schon Nachricht von der Oesterreichischen Circulardepesche vom 28. v. M., wonach Oesterreich 100—150000 Mann, Preußen 100—200000 Mann, die übrigen Bundesstaaten die Hälfte ihres Contingents aufstellen sollen? Die Maaßregel wird auf den Vertrag vom 20. April gestützt*).

Ueber den Inhalt der heutigen Sitzung habe ich bereits telegraphisch gemeldet. Ich bitte die Eile zu entschuldigen, aber der Postschluß ist nahe. Noch bemerke ich, daß Herr von Tallenay am 15ten ein großes Diner in Gala geben wird. Herr v. Prokesch glaubt wegen der Aussetzung der Sitzungen dann nicht hier zu sein. Er sprach von seiner Absicht, 2 bis 3 Sitz-

*) Diese Depesche ist m. W. nicht veröffentlicht, doch vgl. Manteuffels Depesche an die Königlichen Missionen in Deutschland vom 3. August 1854, Jasmund a. a. O. No. CCXLIV S. 389 f.

ungen, falls Ew. Excellenz einverstanden wären, auszusetzen, heute noch zu mir, indem er bemerkte, daß wenn Preußen mit der Mobilmachung einverstanden und diese beschlossen sei, es für die Bundesversammlung ja nichts mehr zu thun gebe. 1854 3. 8.

Mit ausgezeichneter Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz gehorsamster Diener

Wentzel.

98.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt a/M. 4. August 1854.

Euer Excellenz

danke ich gehorsamst für die gütigen Mittheilungen von gestern*), die sich mit meinem Schreiben gekreuzt haben. Wo man die österreichische Circular-Depesche vom 28ten v. M. hier kennt, ist man der Ansicht, daß wir nicht auf die Mobilisirungs-Vorschläge Oesterreichs eingehen werden und daß auch die übrigen Deutschen Bundesstaaten keine Mobilmachung wünschen möchten. Die Vorlegung der Russischen Antwort wird nun in der nächsten Sitzung erfolgen und wird Ihre Rückkehr schon deshalb mit Sehnsucht erwartet. 1854 4. 8.

Die Dänische Beitritts-Erklärung habe ich mir von Herrn v. Brenner**) geben lassen und füge ich sie bei. Ich finde sie nicht so verklausulirt, als es behauptet wurde.

Herr v. Oertzen geht heute auf 14 Tage nach Mecklenburg, ist aber bereit, sogleich zurückzukehren, sobald es nach Ihrer Ansicht rathsam ist. Man hofft allgemein, daß nach der nächsten

---

*) Bismarck-Jahrbuch V, 10 f.

**) Freiherr v. Brenner-Felsach, österreichischer Legationsrath und Director der Bundeskanzlei.

1854 Sitzung 2 bis 3 Sitzungen ausfallen werden. Ihre Meinung
4. 8. wird hierüber entscheiden.

Graf Bentinck ist seit gestern wieder hier. Er verlangt die Intervention des Bundes, wird aber überall Zurückweisung finden, indem man seinen Vertrag mit Oldenburg für verbindlich hält.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorsamer Diener

Wentzel.

99.

Cabinetsrath Niebuhr an Bismarck*).

Putbus 22. August 1854.

Verehrtester Freund!

1854 Ungefähr 8 Wochen lang bin ich außer Stande gewesen,
22. 8. irgend einen vernünftigen Brief zu schreiben. Ich war durch verschiedenen Kummer und Aerger krank und so nervös geworden, daß ich kaum mehr eine Feder halten konnte, dann mußte ich noch 3 Wochen lang in Driburg curiren und kam gänzlich entkräftet vor 8 Tagen nach Charlottenburg. Ich komme hier vermöge einer mir sonst ungewöhnlichen Dickfelligkeit wieder zu Kräften, und werde nach und nach ein vernünftiger Mensch. Eine der ersten Proben davon soll dieser Brief seyn: lange dauert es vielleicht nicht, daß ich vernünftig bleibe. Wenn man seine Zeit nicht bloß mit dem Verstande, sondern auch mit dem Herzen durchlebt, kann man jeden Tag in Gefahr seyn, rasend zu werden.

Ich verkenne gewiß nicht gute Intentionen, wenn sie auch

---

*) Ein Stück dieses Briefes ist in G. u. E. I, 103 f. veröffentlicht.

meiner Ueberzeugung nach nicht an der (richtigen) Stelle und noch weniger richtig ausgeführt sind, und ebenso wenig das Recht von Interessen, wenn sie auch demjenigen, was ich für richtig halten muß, schnurstracks widersprechen. Aber ich verlange Wahrheit und Klarheit, und deren Mangel kann mich zur Desperation bringen. Mangel an Wahrheit *nach außen* kann ich *unserer* Politik nun nicht zum Vorwurf machen: wohl aber Unwahrheit *gegen uns selbst*. Wir würden ganz anders dastehen und Vieles unterlassen haben, wenn wir uns die eigentlichen Motive eingestanden hätten, statt uns beständig vorzuspiegeln, daß die einzelnen Acte unserer Politik Consequenzen der richtigen Grund-Gedanken derselben seyen. Die fortgesetzte Theilnahme an den Wiener Conferenzen nach dem Einlaufen der englisch-französischen Flotte in die Dardanellen und jetzt zuletzt die Unterstützung der westmächtlich-östreichischen Forderungen in Petersburg haben ihren wahren Grund in der kindischen Furcht „aus dem Concert européen herausgedrängt zu werden" und „die Stellung als Großmacht zu verlieren", die größten Albernheiten, die zu denken sind; denn von einem Concert européen zu sprechen, wenn 2 Mächte mit einer dritten im Kriege sind, ist doch geradezu ein hölzernes Eisen, und unsere Stellung als Großmacht verdanken wir doch wahrhaftig nicht der Gefälligkeit von London, Paris und Wien, sondern unserem guten Schwerte. Ueberdem aber spielt überall eine Empfindlichkeit gegen Rußland mit, die ich vollkommen begreife und auch theile, der man aber jetzt nicht nachgeben kann, ohne zugleich uns selbst zu züchtigen. 1854 22. 8.

Wo man nicht wahr gegen sich selbst ist, ist man allemal auch nicht klar. Und so leben und handeln wir zwar nicht in solcher Unklarheit, wie in Wien, wo man wie ein Schlaftrunkener alle Augenblicke handelt, als ob man schon im Kriege mit Rußland wäre: aber wie man neutral und Friedensvermittler seyn und zugleich Propositionen wie die letzten der

1854 22. 8. Seemächte empfehlen (kann), verſtehe ich mit meinen ſchwachen Verſtandeskräften nicht.

1854 23. 8. 23/8. Gerlach läßt Ihnen Folgendes ſagen, mit der Bitte es durchzudenken und ev. die Reiſwerdung vorzubereiten.

Schon ſeit längerer Zeit hat der König ſich mit dem Gedanken herumgetragen, den Art. 2 des Vertrags vom 20. April durch einen article unique ſtatt des nun ſelig entſchlafenen, wenn auch nicht durch einen gleich uniquen zu ergänzen*). Geſtern entwickelte er uns beiden von Neuem dieſen Gedanken, der neue article unique ſoll durch Preußen, Oeſtreich und einen in Frankfurt zu wählenden Bevollmächtigten der übrigen Bundes-Staaten (Miniſter eines der Königreiche) zu Stande gebracht werden. Anfänglich bezeichnete der König als Gegenſtand Schutz des öſtreichiſchen Territoriums gegen einen ruſſiſchen Einbruch. Als jedoch Gerlach und ich bemerkten, daß dies nicht Ergänzung der durch Wegfall des article unique entſtandenen Lücke ſeyn würde und überdem der Fall durch den Hauptvertrag ſchon vollſtändig vorgeſehen ſey, ſtand er ab. Wir hoben darauf hervor, wie wichtig es ſeyn würde, wenn ein neuer article unique nach beiden Seiten gewandt wäre, und bezeichneten als Beiſpiel der möglichen Gegenſtände: 1) Garantie der ungeſtörten Beſetzung der Donau-Fürſtenthümer durch Oeſtreich bis zum Abſchluß des Friedens; 2) Verabredung der bundesmäßigen Verhinderung jedweder Occupation eines Theils des Bundesgebiets (Franzöſiſche Winterquartiere in Holſtein, Mecklenburg, Rügen), auch wenn dieſe Occupation mit Genehmigung der betr. Einzel-Regierung erfolgt ſey. Der König nahm dieſe Gedanken ad referendum, nachdem man beiderſeits darüber übereingekommen war, daß eine Weigerung Oeſtreichs auf ſolche zweiſchneidige Vorſchläge einzugehen, wohl

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 202 f.

zu erwarten ſey, aber dieſe Erwartung nicht von der Sache abhalten dürfe. 1854 28. 8.

Ich theile Ihnen die Sache abſichtlich und auf Gerlachs Wunſch ſo ausführlich und hiſtoriſch mit.

Der neue General-(Polizei-)*)Director**) iſt hier, weil es ihm gelungen war, die Ueberzeugung zu erwecken, daß er in Berlin nicht ſicher vor den Nachſtellungen ſeiner Feinde ſey. Noch iſt immer Streit darüber, ob er Unterſtaatsſecretair werden ſoll — wogegen er iſt, um nicht die Macht, die Annehmlichkeiten und Revenuen des Polizey-Präſidiums zu verlieren Nachdem er ſeine Einnahme von 3600 Thlr. officiell auf 8000 per fas et nefas zu ſteigern gewußt, hat er jetzt aus den Erſparniſſen der Schutzleute ſich eine Sommerwohnung in Rummelsburg gebaut und läßt eine Chauſſee dahin durch die Droſchkenfuhrherrn bauen. Sonſt lebt er augenblicklich von einem neuen 18. März und einer an der Eifel ſtationirten franzöſiſchen Armee von 10000 M. (im Incognito von Bergleuten). Bey dieſer unſeligen Geſchichte leidet des Königs Autorität und Ruhe, gehen die Miniſter zu Grunde und am letzten Ende auch der Hühnerpaſcha ***) ſelbſt.

Der König iſt ſehr angegriffen. Auf der Reiſe hierher bekam er Durchfall und wurde fiebrig, und er kann ſich noch gar nicht erholen. An Anfang des Badens iſt noch nicht zu denken.

Ich habe meine Frau in Driburg viel wohler verlaſſen, als ich ſie hingebracht, darf hoffen, von den durch ihren Zuſtand herbeigeführten Sorgen einigermaßen befreit zu werden. Dieſe häusliche Betrübniß zu der öffentlichen und der unſeligen Unruhe meines Lebens war etwas zu viel.

---

*) Ergänzung des Herausgebers.
**) v. Hinckeldey.
***) Spitzname für Hinckeldey.

1854 28. 8. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin recht angelegentlich.

Gerlach grüßt bestens. Mit aufrichtiger Anhänglichkeit

Ihr

treu ergebenster

Niebuhr.

100.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 7. 9. erhalten in der Anlage Abschrift einer soeben mir zugehenden telegraphischen Depesche des Herrn Wentzel. Wie die Dinge jetzt stehen, finde ich mich nicht veranlaßt, die Sitzung zu verlangen. Ich stelle ergebenst anheim, ob unter solchen Umständen Euer Hochwohlgeboren Ihren Land-Aufenthalt um einige Tage verlängern wollen. Die Reise nach Dresden scheint mir jetzt weniger nothwendig, doch würde ich wünschen, daß Euer Hochwohlgeboren über Hannover zurückkehren und dort mit Herrn v. d. Lütcken*) sprächen, der ganz Oesterreicher zu sein scheint. Zu sehr die Rückkehr zu verspäten, möchte ich nicht rathen.

Meine ganz ergebenen Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und Ihren Herrn Schwiegervater**), der sich meiner vom Vereinigten Landtage vielleicht noch erinnert.

Hochachtungsvoll

B. 7/9. 54. Manteuffel.

---

*) S. o. S. 175 Anm. *).

**) v. Puttkamer.

Anlage.

Telegraphische Depesche.

An den Minister-Präsidenten Herrn v. Manteuffel
Excellenz
zu
Berlin.

Da es für die beabsichtigte nächste Sitzung an erheblichen Vorlagen fehlt und um einen Ausschußbericht über die Oesterreichischen Fragen in der orientalischen Angelegenheit vorzulegen, die Ausschüsse, deren Mitglieder zum Theil noch abwesend, zunächst zusammentreten und sich darüber verständigen müssen, so wird Herr v. Prokesch, der heute auf einige Tage verreist, die Sitzung vom 14. d. M., wie er mir sagt, ausfallen lassen, falls Preußischer Seits nicht etwa auf den Wiederzusammentritt gedrängt würde. 1854 7. 9.

Euer Excellenz stelle ich ehrerbietigst anheim, Herrn v. Bismarck zu benachrichtigen, daß hiernach seine Anwesenheit am 14. hier nicht nöthig.

Frankfurt a/M. 7. Septbr. 1854.

Wentzel.

101.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 11. September 1854.

Euer Excellenz

gütiges Schreiben vom 9ten*) habe ich soeben erhalten. Ich möchte auch glauben, daß man Ihre Rückkehr nach Berlin wünscht, wenn Sie nicht Nachricht von dort bekommen haben, da ich auf Ihre Anweisung ausdrücklich anheim gegeben hatte, Ihnen Mittheilung zu machen und zwar davon, daß Ihre Anwesenheit hierselbst noch nicht nöthig sein dürfte. Mir war die 1854 11. 9.

*) Bismarck-Jahrbuch V, 12 No. XIV.

1854 11. 9. Fassung der telegraphischen Depesche wegen der Unbestimmtheit schwer geworden, ich hätte gern ganz einfach telegraphirt „es ist keine Sitzung". Die Verantwortung wollte ich indessen nicht auf mich nehmen. Prokesch ist nach Trier gegangen, um die dortigen Alterthümer kennen zu lernen. Seinen Freund Linde*) wird er wohl auch besuchen, derselbe ist dicht bei Trier angesessen. Während ich schreibe, erhalte ich die gewöhnliche Kanzlei-Anzeige, daß am 14ten keine Sitzung stattfindet. Da Prokesch noch nicht zurück ist, so muß er wohl geschrieben haben, oder es ist von Wien Weisung gekommen. Zugleich wird der Ausfall der Sitzung des Militär-Ausschusses von morgen angezeigt. Ich werde es nach Berlin melden.

Heute früh besuchte mich Graf Kielmansegge, um zu hören, wie unsere Instruction über die Oesterreichischen Fragen laute. Er wollte noch keine bestimmte haben, doch schien es mir, daß er vorläufig angewiesen ist, sich der von Preußen in einer Circular-Depesche ausgesprochenen Auffassung anzuschließen. Die Depesche ist hierher nicht mitgetheilt. Graf Kielmansegge wünschte, Ew. Excellenz möchten noch länger bleiben, damit die Orientalische Sache noch ruhen bleibe. Er sagte mir ferner, daß Herr v. Schrenck eine Instruction entre deux habe, Bayern verlange Aufklärungen und sei nicht gegen einige Garantien Rußlands. Danach scheint Bayern wieder die Vermittlerrolle zwischen Preußen und Oesterreich übernehmen zu wollen. Herrn v. Münchs Instruction ist ganz österreichisch. Weiter habe ich noch nichts gehört. Auffallend ist es, daß die österreichischen Blätter mit einem Male viel friedlicher lauten. Das wird wohl auf Befehl geschrieben. Denn daran läßt sich doch nicht glauben, daß man in Wien zur Besinnung komme. Ich glaube Oesterreich wird versuchen, mit uns einen neuen April-Vertrag zu schließen, aber noch größere Concessionen verlangen, um, wenn

*) Bundestagsgesandter für Liechtenstein.

wir ablehnen, alle Schuld auf uns zu schieben. Bei den klei- 1854
neren deutschen Höfen soll sehr gewühlt werden und einige 11. 9.
sollen schon mehr zu Oesterreich sich hinüber ziehen lassen.

Graf Kielmannsegge sprach von einem Schreiben des Herrn Minister-Präsidenten, welches vor etwa 14 Tagen in Darmstadt eingegangen und wonach eine Anknüpfung aufs Ungewisse hinausgeschoben sei. Die Quelle ist Herr v. Brunnow*), der das Schreiben gelesen haben will und geäußert haben soll, daß danach allerdings von Darmstadt keine Schritte geschehen könnten. Ich kenne den Zusammenhang nicht. Sollte etwa Herr v. Dalwigk, unzufrieden mit der Correspondenz des Großherzogs, die Sache in die Hand genommen und dadurch vereitelt haben? Mir thut es für meine Person leid, da die Hoffnungen auf die Residentur für den Augenblick wieder vereitelt sind.

Zitelmann**) ist seit vorgestern Abend zurück.

Meine Frau empfiehlt sich Ihnen und mit mir Ihrer Frau Gemahlin angelegentlichst.

Mit ausgezeichnetester Hochachtung verharre ich

Euer Excellenz

gehorsamer Diener

Wentzel.

102.

Graf R. v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin den 31. October 1854.

Verehrter Freund!

Heute verlasse ich Berlin, um mich nach meinem neuen 1854
Bestimmungsorte***) zu begeben. Ich kann es nicht thun, ohne 31. 10.

*) Russischer Gesandter am Bundestag.

**) Regierungsassessor, der Bundestagsgesandtschaft für Preßangelegenheiten attachirt.

***) Athen, wohin er als preußischer Ministerresident geschickt wurde.

1854 31. 10. Ihnen, wenn auch in großer Eile, einige Worte des Abſchieds zuzurufen. Zuvörderſt meinen aufrichtigen Dank für Ihre Theilnahme an meiner Reactivirung. Die mir zu Theil gewordene Beſtimmung, unangenehm, wie der Art an und für ſich iſt, muß mir unter den obwaltenden Umſtänden die erwünſchteſte ſein. Möglichſt ſchnell Berlin im Rücken, möglichſt weit davon weg, möglichſt wenig in der Lage, für Preußen handelnd aufzutreten, das iſt es, was ſich leider Gottes heut zu Tage Jeder wünſchen muß, der Preußen nicht gern untergehen, auch nicht langſam immer tiefer in den Schmutz ſinken ſehen möchte, am allerwenigſten in die Verſuchung geführt ſein will, ſelber dabei mitzuhelfen. Mit welchen Gefühlen ich ſcheide, iſt ſchwer auszuſprechen. Es iſt traurig, die halbe Mediatiſirung, welcher ſich gegenwärtig Preußen zu unterwerfen im Begriff ſteht, noch als den relativ günſtigeren Weg, als die einzig mögliche Rettung vor dem Tode betrachten zu müſſen. Aber verzweifeln möchte man, wenn man ſieht, daß man nicht mehr blos die Leitung der Angelegenheiten zu bedauern hat — das wäre ein vorübergehendes Unglück —, ſondern daß das Gift unpreußiſcher Geſinnung immer weiter frißt, daß es ſich bereits der früher edelſten Elemente des Landes bemächtigt hat, daß der Kern des preußiſchen Adels anfängt, am Schmutze Wohlgefallen zu finden und mit den lebhafteſten Sympathien dahin zu blicken, wo der bloße Begriff „Gentleman" etwas völlig Unbekanntes iſt. Fehler, Unwiſſenheit kann man verzeihen; aber das Vergeſſen aller Preußiſchen Traditionen, das Verhöhnen jedes berechtigten Preußiſchen Ehrgeizes, die ſervile Anbetung eines fremden Monarchen, die feige Friedensliebe des Louis Philippeſchen Epiciers, das Alles bei dem Preußiſchen Junker anzutreffen, iſt mir zu viel. Das Reich der Demokratie muß dadurch angebahnt werden, wenn der Urwähler honettere Geſinnungen zeigt als das Blatt der would be Ariſtokratie, wenn innerhalb der letzteren alle Begriffe von militäriſcher Ehre, Patriotismus,

Treue allmälig — Dank den Predigten halb verrückter Parvenüs — auf den Kopf geſtellt werden. 1854 31. 10.

Warum ich Ihnen das Alles ſchreibe? Weil ich kaum an etwas Andres denke und weil ich glaube, daß dergleichen Betrachtungen jetzt bei Ihnen gerade einen fruchtbaren Boden finden müſſen. Sie haben ſeit 4 Jahren, beſonders aber in der letzten Zeit reiche Erfahrungen gemacht und Ihr praktiſcher Sinn muß Sie, ſeitdem Sie an den Geſchäften ſind, auf die Unmöglichkeit gewiſſer ſophiſtiſch-doctrinärer Theorien aufmerkſam gemacht haben. Die Reſultate liegen außerdem klar genug vor Augen. Wohin ſind wir angelangt?

Sie ſind mehr wie jeder Andere in der Lage, dieſes ſelbſtmörderiſche Syſtem vernichten zu helfen, wie auch ſeine Verderblichkeit zu erkennen. Um Ihre Kraft wäre es ferner mehr ſchade, wie um jede andere, wenn ſie mit denen zuſammengeworfen würde, welche ſeit 5 Jahren ſyſtematiſch auf die Zurückverwandelung der Großmacht Preußen in den Kurſtaat Brandenburg hinarbeiten und jetzt faſt hoffen dürfen, ihrem Ziele nahe zu ſein. Alles, worum ich Sie bitte, iſt daher, daß Sie auch den Schein der Solidarität mit dieſen Menſchen meiden und, ſobald die Gelegenheit es zuläßt, ſich gegen ſie wenden. Ich glaube, Ihre Freundlichkeit gegen mich nicht beſſer erwiedern zu können, als indem ich Ihnen dies ſo offen als dringlich ans Herz lege.

Mein Brief iſt wohl ſehr unzuſammenhängend geworden; ich bin in größter Eile. Möchten wir uns in beſſeren Zeiten auf demſelben Boden zuſammenfinden!

Ganz der Ihrige

Goltz.

103.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 30. 11. danke ich verbindlichſt für Ihr geneigtes Schreiben v. (27.)*) d. M.**). Allerdings glaube ich auch, daß Sie in dieſem Augenblicke nicht füglich werden von Frankfurt abweſend ſein können, und daß Ihre Stelle in der Erſten Kammer daher für den Anfang wird leer bleiben müſſen. Dieß bedaure ich nicht nur für mich perſönlich, ſondern auch für die Kammer, welche, ein neuer und mehr oder weniger unſchmackhafter politiſcher Brei, wohl eines erprobten und energiſchen Hefenſtoffes bedürfen wird, wenn ſie vor dem Verderben bewahrt und zu einem guten Brot- oder Kuchen-Teig gemacht werden ſoll. Doch die alte Regel: Herrendienſt geht vor! muß wohl auch hier Platz greifen.

Euer Hochwohlgeboren ſchreiben mir nichts über die neueſte Geſtaltung unſerer politiſchen Dinge. Ich bin Ihnen dankbar dafür, denn ich weiß, daß Sie nach Ihren Briefen an General v. Gerlach***) damit nicht einverſtanden ſind, und daß Sie gegen das fait accompli nicht zu Felde ziehen wollen. Aus demſelben Grunde und überdieß, weil ich die Motivirung Ihrer Anſicht nicht genau kenne, will und muß ich mich einer Widerlegung derſelben enthalten, bitte aber doch Ihnen mit zwei Worten ſagen zu dürfen, wie ich die Sache aufgefaßt habe. Als unſere Differenz mit Oeſterreich ſchärfer hervortrat, als die Darmſtädter Coalition in Maſſe von uns abfiel oder doch im Abfallen begriffen war, ſo daß Graf Buol mit Recht zu Herrn v. d. Pfordten ſagen konnte, die abſolute Majorität für Oeſterreich liege bereits in ſeinem Tiſchkaſten†), da richteten

*) Datum fehlt im Original.

**) Preußen im Bundestage, II, No. 59 S. 104 ff.

***) Vgl. Bismarcks Briefe an Gerlach (Ausg. v. H. Kohl), S. 177 f.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 242.

wir die bekannten Fragen an Oesterreich*). Dieses hat uns 1854
darauf in zwei ostensibeln und in einer geheimen Depesche**) 30. 11.
geantwortet. Die ersteren waren im Grunde abweisend, die letztere aber eingehend. Ich verkenne die verschiedenen Hinterthüren, die sich auf gut Oesterreichisch in der letzten finden, nicht, aber Herr v. Budberg selbst erkennt an, sie enthalte ein Programm, wie es selbst Rußland nicht anders verlange. Gleichwohl hätten wir, — das erkenne ich vollkommen an —, die Sache unschwer zum Bruche treiben können, ohne uns für den Moment in eine große Gefahr zu stürzen. Was wäre aber der Erfolg gewesen? Oesterreich wäre dann entschieden in das Lager der Westmächte getreten, hätte auf dem Bundestage ein Votum gegen uns provocirt, dem wir uns nicht hätten fügen dürfen, — genug alle Dinge wären dann auf die Spitze und zum Bruche getrieben worden. War es dazu der richtige Moment? Wir wußten, daß die Werbungen der Westmächte um Oesterreichs Gunst lebhafter waren als je, wir wußten, daß der Kaiser von Rußland im Begriffe stand, die 4 Punkte***) anzunehmen, was er oder seine Diplomaten nur zu lange verzögert hat (Budberg hat die Depesche hier 8 Tage im Pult gehabt), wir wußten, daß die Oesterreichische Strömung gerade jetzt in Deutschland herrschte und daß Herr v. d. Pfordten, auf den ich als Staatsmann nach meinen letzten Erfahrungen gar nichts

*) Durch die Depesche vom 30. October 1854 schlug Manteuffel vor: Oesterreich solle sich durch eine förmliche Uebereinkunft verpflichten, gemeinschaftlich mit den andern contrahirenden Theilen an Rußland eine neue Aufforderung zur Annahme der Grundlagen des Friedens zu richten; erst das Ergebniß dieses Schrittes solle darüber entscheiden: 1) ob Deutschland sich verpflichte oder nicht, Oesterreichs Position in den Donaufürstenthümern zu vertheidigen, 2) ob Deutschland ihm seine ganze Freiheit der Handlungsweise gegen Rußland zugestehen wolle oder nicht, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXVI u. CCLXVIa S. 383 ff.

**) Alle datirt vom 9. November, Jasmund a. a. O. CCLXVIII bis CCLXX S. 387 ff.

***) S. Anhang Bd. I, 25 Anm.**)

1854 30. 11. gebe, der aber immerhin die politiſche Meinung in Baiern beſtimmt, uns die Nichtbeachtung des Oeſterreichiſchen soit disant Entgegenkommens übel genommen hätte. Unter dieſen Umſtänden haben wir Oeſterreich nachgegeben*). Man macht nun den Vorwurf, daß wir für dieſe Conceſſion keine genügende Gegenconceſſion ſtipulirt haben. Darauf erwiedere ich: Eine vollſtändig genügende Gegenconceſſion d. h. eine ſolche, welche Oeſterreich den Weſtmächten gegenüber compromittirt hätte, war überhaupt nicht zu erlangen, eine ſolche zu machen, hatte Oeſter-

*) Durch den Zuſatz-Artikel vom 26. November zur Convention vom 20. April. Derſelbe lautete:

„Die immer bedrohlicher werdende Lage der Europäiſchen Angelegenheiten hat die Allerhöchſten Höfe von Wien und Berlin veranlaßt, das Bedürfniß eines die Beſtimmungen des Vertrags vom 20. April d. J. ergänzenden Einverſtändniſſes in nähere Erwägung zu ziehen.

Die Allerhöchſten Souveräne ſind ſich in der Ueberzeugung begegnet, daß es für die Theilnehmer des durch den Bundesbeſchluß vom 24. Juli erweiterten Bündniſſes vor Allem darauf ankommt, gemeinſchaftlich auf die Annahme einer von ihnen für geeignet gehaltenen Grundlage für die künftigen Friedensverhandlungen hinzuwirken. Sie erkennen eine ſolche in denjenigen vier Präliminarpunkten, für deren Annahme Oeſterreich und Preußen ſich bereits bei dem Kaiſerlich ruſſiſchen Hofe verwendet haben, und werden daher angelegentlich bemüht ſein, dieſer Grundlage Geltung zu verſchaffen.

Wenn ſich hieran die Hoffnung auf Anbahnung einer friedlichen Verſtändigung knüpft, ſo erheiſcht doch der Ernſt der geſammten Lage Europas und das Bedürfniß, das Ziel des angeſtrebten Friedens mit Nachdruck zu verfolgen, die Bürgſchaft eines engverbündeten Auftretens des geſammten Deutſchlands. Von dieſem Gedanken geleitet und die Gefahren würdigend, die ein Angriff auf die Oeſterreichiſchen Truppen nicht nur bei Betretung des Kaiſerlichen Gebiets ſondern auch in den Donaufürſtenthümern für Deutſchland herbeiführen könnte, wollen Se. Majeſtät der König von Preußen gegen Allerhöchſt ihren erhabenen Verbündeten, Se. Majeſtät den Kaiſer von Oeſterreich, hierdurch auch für den letzten Fall die Verpflichtung zu gemeinſamer Abwehr übernehmen und rechnen mit Zuverſicht darauf, eine gleiche Bereitwilligkeit auch ſeitens der übrigen deutſchen Verbündeten durch Annahme des gegenwärtigen Zuſatzartikels bekundet, und eintretenden Falls bethätigt zu ſehen.“ (Jasmund a. a. O. CCLXXIV S. 396 f.)

reich weder Luſt noch Muth, und darauf beſtehen, hätte eben 1854
geheißen die Sache zum Bruche treiben. Anſtatt keiner beſtimmten 30. 11.
Conceſſion ſchien es anſtändiger, den Act lieber als eine Liberalität Preußens, was er wirklich iſt, hinzuſtellen. Wirklich erlangt aber haben wir doch Folgendes:

1) Die Oeſterreichiſche Geheime Depeſche, welche nun gewiſſer Maaßen unſer Eigenthum wird, und auf welche ein eigenhändiger Brief des Kaiſers ſich beſonders bezieht*).

2) Oeſterreich hat vor dem Bundesbeſchluſſe den Zuſatz-Artikel mit uns gezeichnet und damit anerkannt, daß wir mehr leiſten als wozu wir durch den Aprilvertrag verpflichtet ſind, daß wir aber dieſes Mehr uns nicht durch willkürliche Auslegungen Oeſterreichs oder Bundesbeſchlüſſe auflegen laſſen, ſondern uns dazu durch ſelbſtſtändige Verträge engagiren, was für alle Zukunft wichtig iſt.

3) Wir haben ſowohl Oeſterreich als den Weſtmächten die Ueberzeugung gegeben, daß Erſteres bei uns eine Stütze finden kann, alſo nicht nothwendig an die letzten gewieſen iſt. Gegeben haben wir dafür die Verpflichtung zu einer Handlung, die wir, ſo lange wir nicht im Kriege mit Oeſterreich, doch kaum würden haben unterlaſſen können, eine Verpflichtung, mit welcher Oeſterreich allenfalls Mißbrauch treiben kann, welche wir aber doch immer mehr oder weniger in der Hand haben, denn die Beurtheilung darüber, was ein Angriff iſt, wird doch immer in unſerer Hand ſein, auch wird die Executions-Vollſtreckung zu unſerer Heranziehung namentlich dann ſchwierig ſein, wenn die Nothwendigkeit eintritt. Ich bilde mir durchaus nicht ein, daß wir mit unſerem Artikel Oeſterreich gewonnen oder für alle künftigen Fälle ehrlich gemacht haben, allein wir haben den vielleicht anbrüchigen Faden, der uns zuſammenhielt, doch in Etwas verſtärkt und haben gleichzeitig dem Ruſſiſchen Cabinet

*) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 243 f.

1854 30. 11. die Möglichkeit gewährt, seine Friedensbestrebungen noch an den Mann zu bringen, die für uns momentan ungünstige Situation aber wenigstens zeitweise von uns geschoben und interim aliquid fit, vielleicht der Friede, vielleicht etwas Anderes. Was die Oesterreichische Apotheker-Rechnung betrifft, die uns nach Euer Hochwohlgeboren letztem Schreiben*) (welches mir soeben zugeht, und für welches ich verbindlich danke) droht, so kann ich mir kaum denken, daß man diese Unverschämtheit haben sollte, indeß räume ich ein, daß das Feld des Möglichen in dieser Beziehung ein sehr weites ist. Das beste Gegenmittel scheint mir zu sein, daß man die Sache je eher je lieber und zwar noch zu einer Zeit, wo man auf die Reputation etwas zu geben Grund hat, zur Sprache bringt und Oesterreich selbst veranlaßt, dergleichen unanständige Voraussetzungen abzulehnen.

Rußland hat nun, wie mir Baron v. Werther**) meldet, in der That den Fürsten Gortschakoff zur einfachen Annahme der 4 Punkte nach der ursprünglichen Fassung autorisirt***). Ich erwarte morgen darüber Oesterreichische Mittheilungen.

Unsere Kammern-Eröffnung hat heute Statt gefunden. Ich höre, die 2te Kammer soll ziemlich wild gesinnt sein, auch in der ersten wird es nicht an Opposition fehlen.

Leben Sie wohl und lassen Sie bald wieder etwas von sich hören.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 30ten Novbr. 1854. Manteuffel.

Bei der Motivirung unseres Verfahrens habe ich absichtlich ein wichtiges Moment fortgelassen, nämlich das, daß der König

*) Preußen im Bundestage II, No. 60 S. 106 ff.

**) Preußischer Gesandter in Petersburg, vgl. die Depesche Werthers an Manteuffel in Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 250.

***) S. Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXV S. 397.

von vornherein entſchieden war und in einem eigenhändigen Briefe an den Kaiſer eigentlich ſchon vielmehr zugeſagt hatte, was ich durch den Zuſatz in dem Sinne, daß zwiſchen der verlangten Form und der angebotenen Conceſſion Connexität Statt finde, zu ſchwächen und zu mäßigen ſuchte. 1854 30. 11.

M.*).

104.

Freiherr v. Roſenberg an Bismarck.

Geehrteſter Herr von Bismarck,

Es hat mir aufrichtig leid gethan, daß die gegenwärtigen Verhandlungen in Frankfurt a./M. Ihre Herüberkunft nach Berlin gehindert und dadurch auch mir die Gelegenheit geraubt haben, Euer Hochwohlgeboren Unterſtützung für eine Angelegenheit in gewohnter ſtreng vertraulicher Weiſe mir zu erbitten, der Sie bereits im Frühjahr Ihre einflußvolle Thätigkeit haben zuwenden wollen. Ich wage dies jetzt auf ſchriftlichem Wege zu verſuchen. 1854 4. 12.

Wie Sie erfahren haben werden, hatten die Beziehungen zwiſchen dem Prinzen von Preußen und Seinem Königlichen Bruder *vor* dem letzten Aufenthalt des Erſteren in Berlin eine recht befriedigende Geſtalt angenommen. Deſſenohngeachtet hat der Prinz von Preußen Bedenken getragen, ſein hieſiges Verweilen weiter auszudehnen und iſt mit dem Entſchluſſe fortgegangen, erſt am 18. Januar, alſo in 7 Wochen hieher zurückzukehren. Mir ſind die dazwiſchen liegenden Umſtände nicht bekannt, die den Prinzen in einer ſo ſchweren ereignißreichen Zeit wiederum nur zu einem überaus kurzen Aufenthalt veranlaßt haben, doch ſchien es mir, als wenn S. Majeſtät der König nicht übermäßigen Werth auf die verlängerte Gegenwart des Prinzen gelegt und dieſem eine ſolche

*) Bismarcks Antwort vom 8./9. December 1854 ſ. Preußen im Bundestag II, No. 66 S. 115 ff.

1854 Wahrnehmung genügt habe, um ſeine Abreiſe zu beſchleunigen.
4. 12. Man mag indeß einer politiſchen Richtung angehören, welcher man wolle, ſo wird man es nicht mehr zu verkennen im Stande ſein, daß die gegenwärtigen Zeitverhältniſſe wohl ernſt genug ſind, um, wie im J. 1848, Partheiunterſchiede unter allen Wohlgeſinnten zu verwiſchen und alle einflußreichen Perſonen in der Erkenntniß und Verfolgung des eignen — nicht Ruſſiſchen oder gegen Rußland coalirten — Intereſſes zuſammen zu ſchließen. Ich glaube, daß vor dieſer Nothwendigkeit auch die bei manchen Perſonen geringere Theilnahme für die Stellung des Prinzen von Preußen zurücktreten, und die Ueberzeugung allſeitige Geltung ſich verſchaffen müſſe, daß die Fremdlingseigenſchaft des muthmaaßlichen Thronfolgers, zumal da ſeiner Perſönlichkeit im In- und Auslande eine nicht gering zu veranſchlagende Bedeutſamkeit beigelegt wird, unſere Intereſſen und namentlich unſere Stellung nach Außen fortdauernd beeinträchtigt, des künftigen Nachtheils nicht zu gedenken, der daraus erwachſen dürfte, daß der Vater des zum Thron gelangenden Prinzen den wichtigſten Entſchließungen der jetzigen Regierung gegenüber bald ignorirend bald proteſtirend ſich verhält. Will man ein Mehreres, nämlich thatſächliche Annäherung dieſes hohen Herrn an die Handlungen des Kabinets, ſo wird man bei einiger Einſicht in gewiſſe Verhältniſſe es einräumen müſſen, daß der Aufenthalt in Coblenz auf*) die Stimmung des Prinzen ebenſo wenig wohlthätig einzuwirken vermag als auf*) ſeine Geſundheit. Dieſen letzteren Geſichtspunkt hat Manteuffel vor kurzem dem Könige gegenüber geltend gemacht und vorgeſchlagen, daß S. Majeſtät dem Prinzen noch am letzten Tage Seines Hierſeins den Wunſch zu bleiben ausdrücke. Indeſſen hat der König den Prinzen abreiſen laſſen. Iſt durch die räumliche Entfernung die Herbeiführung einer baldigen

*) Orig.: für.

Rückkehr zwar erschwert, so ist sie doch nicht ganz unmöglich gemacht. Zuvörderst dürfte es nicht nothwendig sein, daß eine förmliche Anrufung zur Theilnahme an den Staatsgeschäften vorausgehe. Vielmehr dürfte eine beide Theile weniger engagirende Einladung z. B. zu einem Hoffest u. dgl. genügen. Doch durch wen ist dies zu vermitteln? — Die wenigen mir zugänglichen Personen, welche in dieser Sache nützlich sein könnten, halte ich im vorliegenden Falle nicht für geeignet, einestheils weil sie nicht häufig genug dem Könige nahen, anderntheils den klaren Blick einbüßen, um in dieser Beziehung unpartheiisch vorzugehen. Dagegen frage ich Sie, ob nicht General G.*) die Sache übernehmen möchte? Könnten Sie vielleicht dazu mitwirken? oder mir sonst einen andern Weg bezeichnen? Sollten Sie dazu die Hand bieten, so bin ich gern bereit, dem General G. — wenn er es erfordern sollte, meine Dienste gegenüber dem Coblenzer Hofe zur Verfügung zu stellen, allein Sie werden mich nicht tadeln, wenn ich Bedenken trage, aus meiner unbedeutenden Stellung heraus die Initiative zu ergreifen. 1854 4. 12.

Der Traktat vom 2. Dezember**) wird die Situation wohl bedeutend aufklären; wenn man es wieder für gut hält, sich zu alliiren, so wird man hoffentlich es nunmehr übers Herz bringen, sich an einen der wichtigeren Factoren der Coalition zu wenden, statt an den Geschlepptaueten.

Ihrer verehrten Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und den Ausdruck meiner unbegrenzten Ergebenheit zu genehmigen, in der verharrt

Ew. Hochwohlgeboren

gehorsamster

Berlin 4. Dezbr. (1854). Rosenberg.

*) Gerlach (?)

**) Oesterreichs Anschluß an die Westmächte, Jasmund a. a. O. CCLXXVIII S. 398 ff.

105.

O. v. Arnim an Bismarck.

Berlin den 6. Dezember 1854.

Lieber Otto.

1854 6. 12. Angesichts der folgenschweren Entschließungen, die wir bald werden fassen müssen, frage ich bei Dir an, ob Du es nicht möglich machen kannst, unter irgend einem Vorwande etwa als Mitglied der Ersten Kammer auf einige Zeit hieher zu kommen. Ich glaube, es ist die ganze Kälte und nüchterne Berechnung eines klaren Verstandes, der von allen Sympathien und Antipathien absieht, erforderlich, um uns aus der Lage glücklich heraus zu führen, in die wir gerathen und die verwickelter wie je ist. Hier wirst Du gewiß viel Gutes stiften, manches Böse verhindern können, in Frankfurt höchstens das Letztere; komme daher, wenn Du irgend kannst, und zwar bald, ehe es zu spät ist.

In der Zweiten Kammer, in der die Rechte dank dem Ministerio für die rechtzeitige Entnahme einer großen Anzahl ihrer Mitglieder zur Bildung der Ersten Kammer, in glänzender Minorität ist, hat Vincke einen Antrag gestellt, die Thronrede durch eine Adresse zu beantworten. Wie dieselbe gefaßt werden wird, läßt sich leicht denken, denn ich theile nicht die Meinung Derer, welche glauben, es sei überhaupt die ganze Adresse noch zu hintertreiben*). Von allen Seiten erhält somit die Regierung Anstoß, einen festen Entschluß zu fassen, gebe Gott einen glücklichen.

Grüße Nanne herzlich von

Deinem

treuen Schwager

Arnim.

---

*) Der Antrag Vincke auf Erlaß einer Adresse wurde schließlich abgelehnt.

106.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren wollte ich mir ganz ergebenst ge- 1854
statten, den Ueberbringer dieser Zeilen, Reg.-Assessor von Gund- 12. 12.
lach, der unserer Mission in Carlsruhe beigegeben ist, aufs angelegentlichste zu empfehlen. Sie werden, verehrtester Herr v. Bismarck, in der Angelegenheit, über die ich Ihnen in meinem letzten Briefe zu sprechen wagte*), vielleicht schon etwas gethan haben. Der Prinz wird natürlich wünschen, das Weihnachtsfest in dem Kreise der Seinigen zuzubringen, indeß wäre es doch gut, wenn Er Gelegenheit fände, bald darauf hieher zu kommen, da die hiesigen Verhältnisse gewiß bald recht ernst und verwickelt werden. Der Vertrag vom 2. Dezember ist zur puren Annahme für uns schon aus dem Grunde unannehmbar, als er mehrere Dinge enthält, wie den Notenaustausch vom August und die Durchmarschverhältnisse in den Donaufürstenthümern, die uns nicht berühren, oder von denen es vielmehr besser ist, sich fern zu halten. Auch hat der König überhaupt wenig Neigung, einen Vertrag einzugehn, selbst wenn er eine ganz andere Fassung erhielte. Dagegen scheint Manteuffel der Ansicht zu sein, daß man jetzt den Westmächten sich nähern müßte, weil es später nicht so ehrenvoll, vielleicht nur gezwungen geschehen wird, weil es jetzt im Interesse des Friedens noch am vortheilhaftesten ist, und weil wir endlich, wenn wir die bindende Form den Contrahenten vom 2. Dezember zugestehen, in der Sache vielleicht weniger umfassende Concessionen werden zu machen brauchen. Indeß sehe ich voraus, daß wir uns auf einen Notenaustausch beschränken werden. Die Oestreicher werden wohl nächstens die incarnirtesten Alliirten der Westmächte sein. Die Illusion, Oestreich von dieser verhäng-

*) S. o. No. 104 S. 223 ff.

1854 nißvollen Coalition abzuhalten, war recht trügeriſch, und nur
12. 12. zu lange hat man daran feſtgehalten, weil man die Wiener Zuſtände nie richtig aufgefaßt hat.

Graf Arnim dürfte ein erſtes Opfer der Enttäuſchung werden. Sollte Alvensleben gewählt werden und annehmen, ſo wird er ſich vor einer Wiederholung jener Leichtgläubigkeit zu hüten haben, die er bei ſeiner letzten Miſſion gezeigt hat, und die uns keinen geringen Schaden verurſachen mußte.

Von Thuns Rückkehr*) iſt keine Rede mehr, obwohl noch nichts Definitives feſtſteht. Der König war bei dem geſtrigen Galatheater recht ſtark enrhumirt und hat deßhalb keinen Cercle gehalten, worüber die Diplomatie etwas ungehalten fortging.

Ihre Frau Schweſter habe ich das Vergnügen gehabt, recht wohl zu ſehn.

Euer Hochwohlgeboren geehrteſter Frau Gemahlin bitte ich mich zu Füßen zu legen und Herrn Wentzel zu grüßen.

Ihr

Berlin aufrichtigſt ergebener Diener
den 12. Dzbr. 54. Roſenberg.

107.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1854 habe ich für mehre geehrte Schreiben**) zu danken. Daß dieß
17. 12. bisher unterblieben, hat lediglich ſeinen Grund darin, daß ich in letzter Zeit durch ſo vielfache und dringende Geſchäfte in Anſpruch genommen worden, daß mir keine freie Minute blieb. Heute ſchreibe ich vor dem Ruſſiſchen Diner, und Träger dieſer Zeilen

*) Als Geſandter nach Berlin.

**) Vom 8./9. u. 11. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 66 und 69 S. 115 ff. 122 f.

wird unſer gemeinſchaftlicher Freund, der ſogenannte kleine Röder*) ſein. 1854 17. 12.

Seit meinem letzten Briefe haben ſich die Umſtände allerdings weſentlich und in einer Weiſe geändert, welche hier bedeutend überraſcht hat. Ich kann nicht ſagen, daß ich unter den Ueberraſchten war, denn ich habe Derartiges immer kommen ſehen, auch haben die Geſandten in London**) und Paris***) nicht ermangelt, darauf vorzubereiten, wenn ſchon der alte taube Arnim auch davon kein Wort erfahren hat. Geſtern iſt mir nun von den drei Geſandten†) der Vertrag††) offiziell mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt worden, und zwar einſchließlich des Zuſatz-Artikels. Letzteren ſoll ich ſehr geheim halten, ich nehme aber keinen Anſtand, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrer perſönlichen Inſtruction den Innhalt anzugeben. Dieſer geheime Artikel iſt ganz kurz, enthält nichts über die vier Punkte und deren Auslegung und ſagt nur, daß, wenn der Fall des Art. V eintrete, alſo der Friede bis Ende 1854 nicht geſichert ſei, dann die Beſtimmungen des Art. III bereits eintreten, d. h. der Abſchluß eines Offenſiv- und Defenſiv-Bündniſſes eintreten ſoll.

Ich gedenke nun zu der Sache ungefähr folgender Art mich zu äußern, und zwar nach Paris und London: Ihr habt ein Bündniß zur Erreichung des Friedens gemacht, das ſtimmt mit unſeren Anſichten überein, wir ſind ſogar gegen einen Eurer Mitverbündeten ſchon in dieſer Richtung verpflichtet; dem Vertrage ſo wie er da liegt, beizutreten, iſt ganz unmöglich, denn wir können nicht zugeben, daß, wenn Oeſterreich Krieg mit Rußland machen will, wir deshalb daſſelbe thun; es muß alſo

*) Eugen v. Röder.
**) Graf v. Bernſtorff.
***) Graf Maximilian v. Hatzfeldt.
†) Graf Eſterhazy, Mouſtier und Bloomfield.
††) Vom 2. December.

1854 17. 12. mit uns ein beſonderer Vertrag gemacht werden, aus dem auch Art. II als auf uns nicht anwendbar, fortgelaſſen werden muß; ſodann aber müſſen wir, bevor wir dazu nur in Unterhandlung treten, auf die Oeſterreich bereits bekannte Auslegung der 4 Punkte kommen, damit wir causa cognita unſern Entſchluß faſſen können; erklärt Euch alſo hierauf; ſodann wollen wir ſehen *).

In Frankfurt bitte ich die Dinge möglichſt kühl aufzufaſſen, namentlich aber auf den Militair-Ausſchuß ein aufmerkſames Auge zu haben und General Reitzenſtein**) fortwährend in Fühlung zu halten. Es kann nicht in unſerem Intereſſe liegen, durch Mobilmachungsbeſchlüſſe u. dergl. gedrängt zu werden; alle Mittel des Hinhaltens werden uns daher erwünſcht erſcheinen. Bedarf es dazu dieſſeitiger Inſtructionen, ſo bitte ich mir es zu ſchreiben. Unſere Aufgabe wird überhaupt fortan ſein, möglichſt als Europäiſche Macht aufzutreten, nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß die kleinen deutſchen Staaten doch kein Material, das irgend brauchbar wäre, abgeben. Zum Hinhalten werden ſie aber wohl gern ſich prettiren. Das Alles muß mit möglichſter Freundſchaft gegen Oeſterreich geſchehen. Denn je mehr man Grund hat mit ihm unzufrieden zu ſein, um ſo weniger darf man ihm Anlaß zu gegründeten Beſchwerden geben, um ſo weniger auch darf man thun, was man in Wien wünſcht. Ganz beſtimmt weiß ich, daß man dort nichts lebhafter wünſcht, als daß uns eine Annäherung an die Weſtmächte nicht gelinge, obwohl man uns hier das Gegentheil verſichert. Graf Buol hat geſagt, man werde uns zu den Verhandlungen ohne Adhäſion an den Vertrag auf keinen Fall zulaſſen; ich habe geantwortet, darauf legten wir gar keinen Werth.

*) Vgl. Manteuffels Depeſchen nach Paris (London) und Wien vom 19. December 1854, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXI u. CCLXXXII S. 402 ff.

**) Preußiſcher Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommiſſion.

Se. Majeſtät haben den, wie mir ſcheint, unglücklichen Gedanken einer Miſſion des Herrn v. Uſedom nach London ſich nicht ausreden laſſen. Er ſoll der Königin von England beſonders antikatholiſche Reden halten; das hilft jetzt zu gar nichts und macht nur das annäherungsluſtige Frankreich bös. Indeß, was iſt da zu thun? 1854 17. 12.

Herr v. Uſedom erhält von mir nichts als das Reiſe-Geld. Ich gebe ihm keine Zeile mit. Ich ſchriebe gern noch mehr, aber meine Stunde hat geſchlagen.

Leben Sie wohl. Schreiben Sie mir bald.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 17. Dez. 1854. Manteuffel*).

108.

Aſſeſſor Zitelmann an Bismarck.

Der Herr Miniſterpräſident iſt geſtern Mittag zurückgekehrt und hat ſich ſofort nach Charlottenburg begeben, um Sr. Majeſtät dem Könige Vortrag zu halten. Wie man mir mittheilt, ſind geſtern Depeſchen aus Wien und Paris eingegangen. Nach denſelben hätten die Conferenzen in Wien nur einen vorläufigen vertraulichen Charakter und wären beſtimmt eine Verſtändigung über die Präciſirung der 4 Punkte herbeizuführen. Der ſchleunige Zuſammentritt ſoll hauptſächlich auf Anlaß des Grafen Buol ſtattgefunden haben, der auf dieſe Weiſe Preußen einen neuen Beweis ſeiner bundesfreundlichen Geſinnung zu geben beabſichtigte. 1854 31. 12.

*) Bismarcks Antwort vom 19. December 1854, Preußen im Bundestag II, No. 71 S. 124 ff.

1854 31. 12. Man glaubt hier nicht, daß die qu. Conferenzen ein Resultat haben werden, da Oesterreich fest entschlossen sein soll, das Kriegsglück zu versuchen, nachdem Frankreich sich verpflichtet hat, etwaige Unruhen in Italien zu unterdrücken. Nach den Pariser Nachrichten besteht der Kaiser auf der Eroberung Sebastopols und ist in keiner Weise geneigt, einen Frieden ohne dessen Schleifung abzuschließen. — Unter diesen Umständen setzt man in die Wiederherstellung des Friedens nur geringe Hoffnung.

In pflichtschuldiger Ehrerbietung
Euer Excellenz
ganz gehorsamer Diener
Berlin 31. 12. 54. Zitelmann.

109.

Assessor Zitelmann an Bismarck.

Euer Excellenz!

1855 3. 1. In der orientalischen Angelegenheit ist eine Note von Wien aus hier eingetroffen, in welcher die diesseitige Mobilmachung gefordert wird*), da ein Angriff Rußlands auf die Ostgrenze des Kaiserstaats zu befürchten sei; ferner will Oesterreich am Bundestage den Antrag auf Mobilmachung des halben Contingents stellen. Eine Antwort hierauf ist noch nicht festgestellt, indessen scheint man zur Ablehnung pro tempore bereit. Der Herr Ministerpräsident hat sich heute nach Potsdam begeben, und es ist daher möglich, daß diese Sache zum Vortrag kömmt.

Euer Excellenz
ganz gehorsamster Diener
Berlin 3. 1. 55. Zitelmann.

*) Vom 24. December 1854, Jasmund 1, No. CCLXXXIV S. 405 f.

110.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 5. Januar 1855.
in der II. Kammer.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich für die beiden letzten geehrten Schreiben*). Deren Inhalt ist bei meinem Erlasse nach Wien**) nicht unberücksichtigt geblieben. Nur eine Nuance Ihrer Auffassung wollte Se. Majestät durchaus nicht Platz greifen lassen, nämlich die, daß wir die Stellung des Zurücktretens stillschweigend acceptiren. Der König hält dieß für ganz unmöglich und gab mir nicht undeutlich zu verstehen, daß er glaube, diese Ansicht sei Euer Hochwohlgeboren von hier aus suppeditirt und zwar von General v. Gerlach, mit welchem Se. Majestät über dieselbe Sache kürzlich eine lebhafte Discussion gehabt***). 1855 5. 1.

Ueber die Vorgänge in Wien bitte ich Euer Hochwohlgeboren das unbedingteste Stillschweigen und größte Discretion zu beobachten; hierfür sprechen zwei Gründe, einmal, daß die Mittheilung selbst auf sehr vertraulichen Einblicken beruht, zweitens aber, daß hier mit der Wahrheit in der That schlimmer Mißbrauch getrieben werden kann, um Oesterreich und namentlich den Kaiser durch Compromittirung noch schärfer in das jenseitige Lager zu treiben.

Die Friedens-Hoffnungen sind im Allgemeinen sehr gering.

---

*) Vom 1. und 8. Januar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 75 u. 76 S. 180 ff.

**) Vom 5. Januar, Jasmund a. a. O. I, No. CCLXXXVII S. 409 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 4 ff.

***) Dieser Ansicht widerspricht Bismarck im Briefe vom 7. Januar, Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 189 ff.

1855 5. 1. Die Westmächte machen kein Hehl daraus, daß sie ihn zwar wünschen, aber nicht eher, als bis Sebastopol genommen ist. Da nun dieser Erfolg ziemlich im weiten Felde liegt und nach meinen Nachrichten die Russen am 12. Januar sogar in die Offensive übertreten wollen, so sehe ich die Möglichkeit des Friedens nicht ab. Fürst Gortschakoff hat sich in der Conferenz selbst meines Erachtens nicht ganz klug benommen*), so gut er auch nachher operirt hat.

Des Königs Majestät gaben mir zu bedenken, ob ich Euer Hochwohlgeboren nicht hierher citiren sollte, um wie Allerhöchstderselbe sich ausdrückte „an der Quelle" zu schöpfen. Ich trage aber Bedenken dieß gerade jetzt zu thun, wo Sie dort vielleicht sehr nöthig sind, stelle indeß zur Erwägung, ob Sie es für angemessen halten, und stelle event. telegraphische Anfrage anheim.

Soeben sind wir bei der Präsidenten-Wahl gründlich geschlagen**), und es rückt nun die Frage der Kammer-Auflösung ernstlich näher. Vielleicht könnte man auch nur einfach schließen.

Meiner Seits muß ich aber schließen, wünsche Ihnen und den Ihrigen Glück zum neuen Jahr und verharre mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Manteuffel***).

Berlin, d. 5. Januar 1855.

---

*) Orig.: genommen.

**) Gewählt wurde Graf Schwerin-Putzar, der Führer der liberalen Oppositionspartei.

***) Bismarcks Antwort vom 7. Januar s. Preußen im Bundestag II, No. 77 S. 139 ff. Bismarck reiste am 8. nach Berlin und aß am 10. Januar beim Könige, Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 268.

111.

Legationsrath Wentzel an Bismarck.

Frankfurt 12. Januar 1855.

Euer Excellenz

kann ich nicht viel Neues von hier melden. Die Situation ist durch die Eröffnung von Verhandlungen in Wien eine andere geworden, der Oesterreichische Mobilisirungs-Antrag hat sich dadurch für den Augenblick von selbst erledigt. Ich zweifele nicht, daß es unsere Ablehnung gewesen ist, die Oesterreich zu scheinbarer Nachgiebigkeit in der Form bestimmt hat und daß es die Mobilisirung eher durchzusetzen glaubt, wenn der Friede nicht erreicht wird. Denn daß man alle Schuld auf Rußland schieben würde, ist gewiß. Herr v. Prokesch erzählt hier, daß Graf Buol es gewesen, der dem Fürsten Gortschakoff die Brücke zu den Verhandlungen gebaut. Mir hat er gesagt, daß Oesterreich sich jetzt in London und Paris bemühe, einen Waffenstillstand zu vermitteln. 1855 12. 1.

Die Frage, ob und wie Preußen in die Wiener Conferenz eintreten würde, beschäftigt jetzt die Leute. Mir scheint, daß Oesterreich nach dem Vertrage vom 20ten April und dem Zusatz-Artikel nicht ohne uns verhandeln darf und daß, wenn es dies dennoch thut, diese Verträge dadurch von selbst ihre Wirksamkeit verlieren. Man sollte aber denken, daß die Westmächte unsere Zuziehung wünschen müssen. Denn unser Beitritt zu den etwaigen Verträgen muß ihnen nothwendig sein, und deshalb werden sie sich wohl schwerlich der Gefahr aussetzen, daß wir künftig den Beitritt ablehnen, weil wir nicht bei den Verhandlungen gefragt sind. — Gestern sind 2 Depeschen, die Zuziehung des Bundes zu den Wiener Conferenzen betr., über

1855 12. 1. Cöln eingegangen. Ich werde ſuchen, darüber die hieſigen Anſichten zu hören, ohne natürlich danach zu fragen.

Herr von Schrenck, den ich heute beſuchte, fürchtete, daß Oeſterreich den Frieden nicht wolle. Herr v. Prokeſch hatte ihm geſtern geſagt, daß Oeſterreich nicht weiter mit den Weſtmächten gehen würde, ſobald es ſich durch die Ruſſiſchen Anerbietungen befriedigt fühlte. Herr v. Schrenck war über dieſe vague Aeußerung inſofern verwundert, als darin die Möglichkeit einer Trennung Oeſterreichs von den Weſtmächten liege. Allein was ſind Prokeſchſche Reden!

Auffallend war mir eine Bemerkung von Herrn v. Schrenck. Er wiederholte, daß Bayern ſeine Truppen nicht nach der jetzigen Abſicht Oeſterreich überlaſſen würde, fügte aber hinzu, daß man, wenn es zur Mobilmachung käme, einen Bundes-Oberfeldherrn wählen müſſe, der dann kein anderer als der General v. Heß ſein könne, damit Einheit in das Ganze komme. Ich ſtellte ihm vor, daß dieſe Wahl gerade die am wenigſten paſſende wäre, merkte aber wohl, daß Bayern glaubt, wir würden, um nur keinen Oeſterreichiſchen Oberfeldherrn zuzulaſſen, uns lieber damit einverſtanden erklären, daß die nicht Preußiſchen und Oeſterreichiſchen Truppen unter einen Bayeriſchen General geſtellt werden.

In einem Leitartikel der Poſtzeitung empfahl Herr v. Prokeſch vor einigen Tagen die Werbungen als deutſche Sache. Ich habe bei Gelegenheit eines Berichts über dieſe Angelegenheit, auf welche die Reſidentur wachen ſoll, den Artikel dem Herrn Miniſter eingereicht.

Wentzel.

112.

König Friedrich Wilhelm IV. an König Johann von Sachſen.

Charlottenburg den 18. Januar 1855.

Allertheuerſter Freund,

Als Haupt-Antwort auf Deinen ſo intereſſanten und lieben Brief, ſend ich Dir anliegend den Entwurf einer Note*), die für die deutſchen Höfe beſtimmt iſt. Ich hoffe (aber weiß es nicht) daß ihr Inhalt Deine Wünſche befriedigen wird. Antworte mir offen und unumwunden. Sage mir vor Allem, was Du als ein Mehreres wünſchen möchteſt und in wie weit Du das Auftreten Preußens in Teutſchland und in specie zu Frankfurt etwa noch amplificirt, kühner, deutlicher, Andere für die gute Sache (der Blut-Erſparniß teutſcher Landes-Kinder) gewinnender wünſchen möchteſt. Ich bin Dir nur gar zu gern gehorſam und ſagſt Du „nicht 10 ſondern 12", es fehlt noch der und der Drucker, ſo thue ich es; wenn es irgend möglich iſt. 1855 18. 1.

Ad vocem Uſedom kann und will ich Dir mit unumwundener Offenheit dienen. Ich habe durch ihn den Engl. Hof und Cabinet wiſſen laſſen, 1. Ich hätte meine Stellung als Mitglied der Wiener Conferenz und Conſignataire des Protokolls vom 9. April**) allertreulichſt erfüllt, auch dann noch, als die übrigen Mächte mir angekündigt „ich ſey aus der — Conferenz ausgeſchieden" (wegen Alvenslebens Privat-Weigerung, einer anzuſetzenden***) Berathung derſelben beizuwohnen) 2. Dieſe meine Stellung, als Glied der Wiener Conferenz, die eine freiwillige geweſen, wolle ich nunmehr, wenn England es wolle,

*) Vom 17. Januar 1855, Text in Jasmund a. a. O. I, No. CCXCIII S. 416 f., Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 6 f.

**) Jasmund a. a. O. I, No. CCXIX S. 299 f.

***) Zweimal unterſtrichen.

1855 18. 1. zu einer verpflichteten Stellung, Kraft eines Tractates, verwandeln — aber 3. ein Mehreres als was ich ohnedem (als Conferenz-Mitglied) gethan haben würde, thäte ich nicht. So würde ich unter keiner Bedingung den Krieg an Rußland erklären als in den 4 Fällen, 1. Ruſſ. Marſch auf Byzanz, 2. Incorporation der Donau-Lande, 3. Casus foederis mit Oeſterreich (aus dem Bündniß vom 20. April nebſt 2 Zuſatz-Artikeln) u. 4. eine Ruſſiſche Kriegserklärung, Invaſion, Beleidigung ꝛc.

Die Sachen ſtanden nicht gerade günſtig aber keineswegs ſchlecht zu London, als ich durch die letzte Antwort unſers Kaiſerl. Neffen (überbracht durch Oberſt Edwin von Manteuffel) die Erklärung von Preußens Ausſchluß von den Friedens-Verhandlungen, erhalten habe. Jetzt ſteht Alles anders! Ich erkläre jetzt zu London und Paris, daß ich zwar immer noch bereit wäre, einen Traktat mit Beiden abzuſchließen auf der eben angeführten immuablen Grundlage. Conditio sine qua non ſey aber nunmehr geworden „meine vorhergehende Zulaſſung zum Friedens-Congreß"

Schluß.

FW.

113.

Friedrich Wilhelm IV. an Otto v. Manteuffel.

Charlottenburg, 22/1. 55.

1855 22. 1. Beſter Manteuffel. Hier iſt der Brief König Johanns*). Ich finde ihn durch und durch beherzigenswerth, und glaube, es wäre gut, daß Bismark inſtruirt werde, deutlich die Kriegsfälle mit Rußland (als unerſchütterliche Norm meines Verhaltens) herzuzählen. Alſo „1. Incorporazion der Moldau ꝛc., 2. Marſch

*) Nicht vorhanden.

auf Stambul, 3. Angriff der Russen auf Oesterreich, sowohl in 1855
dessen Erbstaaten als in den Fürstenthümern, 4. Beleidigung 22. 1.
Preußens oder des Bundes, 5. Zurücknahme der 4 Punkte
und 6. Kriegs-Erklärung gegen Preußen. Ein Mehreres thäte
Preußen gewiß nicht."

Wedell abonde in unserm Sinne. Er will Sie besuchen und morgen nach reiflichem Durchdenken geschäftlich mit Ihnen verhandeln. Vale

FWR.

114.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Berlin, 23. Januar 1855.

Ew. Hochwohlgeboren finden in der Anlage, ausschließlich 1855
zu Ihrer persönlichen Kenntnißnahme, Abschrift eines Schreibens, 23. 1.
das S. Majestät der König kürzlich an den König Johann von Sachsen gerichtet haben*). In der darauf erfolgten Rückäußerung hat Letzterer Sich mit der diesseitigen Auffassung, sowie sie in den officiellen Schriftstücken und namentlich in dem Circular vom 17ten ausgesprochen ist, im Allgemeinen völlig einverstanden erklärt, und nur ein recht klares und bestimmtes Aussprechen in demselben Sinne am Bunde empfohlen. Seine Majestät, unser Allergnädigster Herr, halten dies ebenfalls für rathsam und haben mich daher beauftragt, dies Ew. Hochwohlgeboren gleichfalls zu empfehlen, zu welchem Behufe ich eben das Allerhöchste Schreiben in Abschrift hier beigefügt, damit Ew. Hochwohlgeboren sich, namentlich in Betreff der Kriegsfälle gegen Rußland, bei sich darbietenden geeigneten Anlässen in entsprechender Weise äußern können.

Manteuffel.

---

*) S. o. S. 237 f. No. 112.

115.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerſter Freund,

1855 2. 2. Vor allem meinen herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 28.*), welches mir übrigens erſt am 30., ohne Poſtzeichen von Frankfurt auf dem Couvert, zugegangen iſt.

In Folge direkter telegraphiſcher Weiſung aus Berlin hatte ich bereits in dem von Ihnen gewünſchten Sinne hier gewirkt und die Zuſicherung des Herrn v. Rüdt**) erlangt, daß Herr v. Seutter***) angewieſen werden ſollte, in Beziehung auf die Wahlfrage des Bundesfeldherrn zu erklären, daß Baden in dem gegenwärtigen Stadium von Betreibung dieſer Angelegenheit Abſtand nehme.

Baiern hofft, wie ich annehme, aus der gegenſeitigen jalousie von Oeſtreich und Preußen den Vortheil für ſich in Anſpruch zu nehmen, den eine neutrale Wahl eines Feldherrn jetzt haben könnte. Meine Berichte ſende ich Ihnen offen. Die Situation, wie ſie ſich jetzt geſtaltet hat, kann man als eine durchaus günſtige für Preußen acceptiren. Doch wird es ſich jetzt darum handeln müſſen, auch für die ſpezifiſch Preußiſche Politik beſtimmte Zielpunkte ins Auge zu faſſen. Dann erſt ſteuern wir mit Sicherheit vorwärts. Das Hemmen der Oeſtreichiſchen Ambition iſt für uns zwar ſchon ein bedeutendes Reſultat, es wird ſich aber wieder vernichten, wenn wir nicht endlich einmal aus der bloßen Negation heraustreten. Für das

---

*) Nicht veröffentlicht; Concept nicht vorhanden.

**) Freiherr Rüdt von Collenberg-Bödigheim, badiſcher Miniſter des Großherzoglichen Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten.

***) Seutter von Lötzen, Oberſt, badiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion.

erſte handelt es ſich darum, Deutſche Politik zu treiben, und in dieſer findet unſere europäiſche Poſition den unerläßlichen Boden. Wir müſſen uns aber auch dabor hüten, blos als eine Avantgarde von Rußland zu erſcheinen, ſonſt iſt die Agitation gegen uns allzuleicht. 1855 2. 2.

Den kleineren deutſchen Genoſſen gegenüber iſt es erforderlich, mit voller Sicherheit und vollem Selbſtbewußtſein aufzutreten, nicht um ihre Allianz zu werben, ſondern uns zu ihrem Schutze bereit zu erklären, doch nur auf dem Boden der Bundesverträge, die zur Zeit ganz Europa gegenüber einen feſten rempart bilden können.

Ihre Anſicht über das Unzweckmäßige der Wedellſchen Sendung*) erkenne ich vollſtändig an; es ſchwächt unſern gegenwärtigen Sieg über Oeſtreich vollſtändig ab; und wird nach dieſer Richtung hin exploitirt werden.

Jetzt Feſtigkeit und Courage in Berlin, ſo iſt alles gewonnen, nur muß man wiſſen, welchem Ziel man zuſteuert, und nicht bloß, wie man Verlegenheiten aus dem Wege gehen will.

In Berlin iſt alles zu durchſichtig, und das macht es unmöglich, im Auslande das volle moraliſche Gewicht Preußens zur Anerkennung zu bringen.

Theilen Sie mir wiederum durch Ihre Fingerzeige einige Geſichtspunkte mit, die mir hier dienen können. Ich bin jetzt wieder recht thätig und gern.

General Williſen und Schlegell ſind hier angelangt, um Miniésbüchſen zu beſehen. Eine militairiſch-politiſche Bedeutung hat ihre Sendung nicht. Doch wird man dies glauben, und das thut zur Zeit nichts.

---

*) nach Paris. Zweck der Sendung Wedells, wie der Uſedoms nach London war zu ermitteln, ob und auf welcher Baſis Preußen ſeinen Beitritt zur Convention vom 2. December 1854 vollziehen ſollte.

1855 2. 2. Wie denken Sie Sich eventuell die Wahl des Bundesfeldherrn?

Meine Frau grüßt, und ich empfehle mich der Ihrigen.

Ihr

treu ergebener

Carlsruhe, d. 2. Februar 1855. Savigny.

116.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1855 5. 2. danke ich verbindlichſt für Ihre Mittheilung von geſtern*). Sie enthält zum Theil die Antwort auf meine kurz vorher abgegangene telegraphiſche Anfrage.

Von hier wird alles Mögliche geſchehen, um in dem von Euer Hochwohlgeboren angedeuteten Sinne zu wirken. Ein Umſtand aber iſt, wie Sie wiſſen, unſere Schwäche und unſere Stärke zugleich, nämlich der, daß wir ſchnell bedeutende Truppen-Maſſen aufzuſtellen im Stande, aber nicht in der Lage ſind, dieſelben, namentlich die Landwehren, ſtehen zu laſſen.

Nichtsdeſtoweniger unterliegt es gar keinem Zweifel, daß wir im Falle einer Franzöſiſchen Invaſion in Süddeutſchland nicht nur aufſtellen, ſondern auch marſchiren würden, und habe ich davor, daß dieß hier Schwierigkeiten finden möchte, nicht die geringſte Beſorgniß. Letztere bezieht ſich nur auf das Stadium, welches jeden Falls eintreten wird, wo die franzöſiſchen Truppen in Frankreich verſammelt ſind, und nun den Süddeutſchen Regierungen ſucceſſiv ſtärker und ſtärker zugeredet

*) Schreiben vom 3. Februar 1855, Preußen im Bundestag II, No. 86 S. 154 ff.

resp. gedroht wird, ohne daß die Grenze berührt oder ein Mann in Bewegung gesetzt wird. Während dieser Zeit, die beliebig ausgedehnt werden kann, Truppen aufzustellen, ist für uns fast unmöglich. Ich bin übrigens der festen Ueberzeugung und es wird wichtig sein, diese den süddeutschen Regierungen beizubringen, daß ehe man unserer nicht ganz sicher ist, keine 60000 Franzosen nach den Donau-Fürstenthümern marschiren, noch weniger in Süddeutschland sich etabliren, vorausgesetzt freilich, daß die süddeutschen Staaten nicht selbst die Garantie ihrer Sicherheit übernehmen und ihre Armeen mit den französischen vereinen. Etwas Muth sollten diese Herren doch auch wenigstens affectiren. 1855 5. 2.

Ueberhaupt kann ich nicht dringend genug warnen, diesen Herren und ihren Gesandten zu viel zu trauen. Eine halbe Stunde, nachdem ich Euer Hochwohlgeboren Schreiben von vorgestern*) erhalten, erfuhr ich, daß man im französischen Gesandtschafts-Hôtel sogar die Worte kannte, welche Euer Hochwohlgeboren in jenem Schreiben und vermuthlich auch in der darin erwähnten vorläufigen Besprechung**) gebraucht hatten. Namentlich wurde mir gesagt, Euer Hochwohlgeboren hätten vorgeschlagen, vorläufig Herrn Prokesch einen Blick in das Arsenal thun zu lassen, welches die Bundes-Verfassung gegen Oesterreichs Vorgehen biete, und hätten die Zusicherung ertheilt, daß in den westlichen Provinzen Preußens einige Armee-Corps mobil aufgestellt werden würden. Herr Mouſtier versichert, daß ihm dieß von einem der Herrn, die Euer Hochwohlgeboren zu Ihren besten Freunden rechnen, unmittelbar direct mitgetheilt worden. Ob dieß möglich, werden Euer Hochwohlgeboren am besten zu beurtheilen im Stande sein.

---

*) Preußen im Bundestag II, No. 85 S. 153 f.

**) mit den Bundestagsgesandten von Württemberg (v. Reinhard), Sachsen (v. Rostitz u. Jänckendorf) und Mecklenburg (v. Oertzen-Leppin).

1855 5. 2. Das Gefährliche, worüber man sich durch die in letzter Zeit erlangten Erfolge nicht täuschen lassen darf, bleibt immer, daß wir in der Zeit der eigentlichen Krisis auf unsere Bundes-Genossen nicht rechnen können, vielmehr die Desertion zu erwarten haben. Dieser Umstand darf unsere Handlungen nicht bestimmen, muß aber in dem Calcül berücksichtigt werden.

Von den Westmächten wird jetzt wieder schärfer gedrängt. Die Franzosen kündigen die Blokade der Ost-See-Häfen für den Fall an, daß wir fortfahren Waffen nach Rußland auslaufen zu lassen.

Leben Sie wohl. Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 5/2. 55. Manteuffel *).

117.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerster Freund,

1855 8. 2. Anliegend meine neue Sendung nach Berlin zu gefälliger Einsicht.

Marschall handelt bestimmt nur nach den ihm ertheilten Instructionen. Die Schwenkung liegt hier und documentirt sich sehr sichtbar. Aehnliche jämmerliche Erfahrungen werden wir mit nächstem überall machen. Von dem Großherzog von Darmstadt schrieben Sie mir ja neulich auch **), daß er indig-

*) Bismarcks Antwort vom 11. Februar s. Preußen im Bundestag II, No. 91 S. 164 ff.

**) Der Brief ist noch nicht veröffentlicht.

nirt ſey über Oeſterreich, und jetzt agirt er deſſenohngeachtet gegen uns. 1855 8. 2.

Die Sache iſt hier aber eine andere, und ich werde ſie, ſoweit es geht, auch perſönlich aufnehmen.

Williſen hat hier durchaus nicht politiſirt. Er kam von Erfurt, nicht aus Berlin und reiſte von hier nach Suhl zu der Gewehrfabrik.

Sein Auftreten hat aber alles in Bewegung geſetzt und iſt möglicherweiſe geſchickt benutzt worden, um Baden noch weiter nach Oeſtreich hinüberzuführen, damit der Verdacht ganz wegfiele, als handle es ſich um einen militairiſchen Anſchluß an Preußen.

Die Berichte des Herrn v. Meyſenbug*) aus Berlin, der ſehr genau mit Eſterhazy zuſammenhängt, mögen hier auch dahin gewirkt haben, daß man an ein ſchnelles und plötzliches Umſchlagen von Preußen zu den Weſtmächten geglaubt hat.

Unſer Kampf mit Oeſtreich, auch der diplomatiſche, iſt ein ungleicher. Bei Oeſtreich ſetzt man die größte Feſtigkeit voraus, bei unſerem Cabinet ſchließlich immer Nachgiebigkeit. Erſterem ſind alle Mittel gleich, um zum Erfolg zu kommen, wir können weder verſprechen noch drohen! Das fühlt ſich in kritiſchen Momenten, ſo wie in dem gegenwärtigen, gleich durch.

Niemand fürchtet uns, und dafür hat unſere Politik ſeit 1848 redlich geſorgt.

Ganz der Ihrige.

Savigny.

Carlsruhe, d. 8. Februar 1855.

---

*) Badiſcher Geſandter in Berlin.

118.

Graf Alexander Keyserling an Bismarck.

Raikül, d. 13/25. Februar 1855.

Theurer Jugendgenosse.

1855 25. 2. Deine Zeilen vom 29ten Dec.*) durch einen Reisenden des Hauses de Luze wurden mir in Mitau übergeben, wo ich mich einige Tage unter alten Bekannten mit heiteren Erinnerungen ergötzte. Sie trugen so sehr dazu bei, mich in die Zeiten der eignen jugendlichen Träume zurückzuversetzen, daß Mr. Layard bei der Entdeckung der ersten Keilschriften von Ninive nicht größere, gewiß aber weniger begründete Freude empfunden hat, als mir der Anblick Deiner Schriftzüge erregte. Sie sind fester geworden, übrigens unverändert und zeugen von mehr Charakter, als ein Diplomat mit Bequemlichkeit gebrauchen kann, wie es mir an den verschiedenen Höfen, die ich mit den Augen eines Paläontologen bisher habe beobachten können, geschienen hat. Erinnerst Du Dich nicht dessen, daß Du mir in wahrscheinlich lichten Momenten vorhergesagt hast: Constitution unvermeidlich, auf diesem Wege zu äußeren Ehren, außerdem muß man innerlich fromm sein? Ich wollte Dich besternte Excellenz als weiser Pilger, als armer Bruder Graurock, als ein Versenkter in den Freuden des ewigen Geistes dann aufsuchen. Das Geschick hat gezeigt, daß ich in der Ausführung der Jugendträume schwächer gewesen bin als Du. Nachdem ich in einer innigen Allianz mit dem Präsidenten der Geologischen Gesellschaft von Frankreich und England, — die beiläufig sich besser bewährt hat als die entsprechenden politischen Alliancen, — Rußland geognostisch durchforscht hatte und in hochmüthiger Selbstzufriedenheit auf den einsamen Pfaden der Wissenschaft

*) Concept nicht vorhanden.

nach neuen Eroberungen für den menſchlichen Verſtand herum- 1855
jagte, wurde mir die Verpflichtung zu Theil, eine Frau glück- 25. 2.
lich zu machen, ein Landgut mit den hier zu Lande daran hängenden Regierungs-Verpflichtungen einträglich zu bewirthſchaften, Kinder zu erziehen, ja ſelbſt große Lümmel zu beſſern. Von der einen Seite ſtanden Tauſende längſt verſtorbener, höchſt intereſſanter, urweltlicher Beſtien; — von der anderen Seite meine Mitmenſchen, unter denen, nicht zu läugnen, recht langweilige; wäre nicht die Nothwendigkeit des ſchnöden Gewerbes und Erwerbes hinzugetreten, ich hätte mich nicht entſchloſſen, die im Capua der Gedankenwelt verwöhnten Hände an die rauhe Wirklichkeit zu legen. Nach hartem Kampfe iſt es mir gelungen, den ſtolzen Verſtand zu bändigen und die Aufgaben des Herzens zu würdigen. Alſo meine Frau hält jetzt ſehr viel von mir, meine Bauern ſind unter meiner Regierung zufriedener als zuvor, an Kindern habe ich als Naturforſcher nur eines von jeder Sorte mir angelegt, ein Weiblein und ein Männlein, mit denen ich mich gern beſchäftige und die mich dafür lieben. Ich erziehe vortreffliche Pferde, feine Schafe, edle Schweine und mittelmäßige Rinder; ſteigere den Ertrag von Feldern und Wieſen durch Be- und Entwäſſerung, habe die Frohne abgelöſet und mich zum Präſidenten des Eſthländiſchen Vereins der Landwirthe aufgeworfen. Ein eſthländiſcher Landwirth iſt übrigens ein univerſeller Menſch, namentlich ein Juriſt. Ich ſpreche daher in meinem Hauſe Recht über die 10 Tauſend Menſchen meines Kirchſpiels, der Paſtor ſchreibt es auf. Auf den Landtagen hört man mich an, und ich ſitze im Rathe der Männer in Reval. Im Kleinen habe ich auch erfahren, daß Politik dasjenige Gebiet iſt, auf dem mit dem größten Aufwande von Charakter und Geiſt das Geringſte producirt wird. Willſt Du ein Land ſehen, wo man ohne Büreaukratie lebt und zwar viel beſſer als mit ſtudirten Juriſten und Schreibern, ſo komme her. Mein Magen gewährt mir weniger Freuden;

1855 25. 2. ich bin mäßig. Auf einen Wolf habe ich vor 6 Wochen vorbeigeſchoſſen, bin eben ein unvollkommener Jäger geblieben.

Schreibe mir, wenn Deine Zeit es erlaubt, über Reval, Rannaſer nach Raikküll, lauter R's. Gott erhalte Dich, und führt er uns mal zuſammen, ſo wird es ein froher Tag für Deinen alten Freund ſein. Neuer Freund iſt ein neuer Wein, laß ihn alt werden, ſo wird er Dir wohl ſchmecken!

Alexander Keyſerling.

119.

v. Savigny an Bismarck.

Theurer Freund,

1855 27. 2. Anliegend eine kleine durchaus nicht intereſſante Expedition. Nehmen Sie davon Einſicht, wenn es Ihnen behagt.

Der Abgang von Prokeſch wurde hier ſchon ſeit 3 Wochen als ſicher angenommen. Was ſagen Sie dazu? Rechberg iſt viel geſcheiter und weit gefährlicher für uns.

Wie ſteht es in Berlin? Kommt der Vertrag in Paris zu Stande?

Wer geht von uns nach Wien? Was denkt man in Berlin über den Bairiſchen Oberfeldherrn? Bitte um einige Worte der Erwiderung.

Werden wir mobil machen?

Wie ſteht Manteuffel mit ſeiner Kreditforderung zu der Majorität der Kammern?

Tauſend Schönes Ihrer gütigen Gemahlin.

Ihr

Carlsruhe, d. 27. Februar 1855. Savigny.

Kommt der Prinz von Preußen noch nach Frankfurt?

120.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin, 2. März 1855 11 Uhr 50 Min. (chiffr.).
Eing. Frankfurt a. M. 2. März 1855 12 Uhr 45 Min.

Die Erkrankung des Kaiſers von Rußland hat, wie die 1855
ſoeben eingehende telegraphiſche Depeſche meldet, eine ſo gefähr- 2. 3.
liche Wendung genommen, daß ſein baldiges Ende erwartet wird. Er hat bereits die heiligen Sakramente erhalten. Dieß zu Ihrer perſönlichen Notiz.

Manteuffel.

121.

v. Savigny an Bismarck.

Theuerſter Freund,

Nach langem Stillſchweigen hören Sie heute einmal wieder 1855
von mir. Einſicht in meine unbedeutende Berichterſtattung ſteht 5. 5.
Ihnen zu Gebote. Haben Sie etwa einſtweilen genaue Kenntniß erlangt von einer andern geheimen Circulardepeſche Oeſterreichs, welche nach Angabe des Herrn v. Manteuffel an die vom 11. Januar*) anſchließend die Drohung enthielte, Oeſterreich werde ausſcheiden aus dem Deutſchen Bunde, falls man ihm nicht unbedingt folge**)?

---

*) Muß heißen: 14. Januar. In dieſer (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCI S. 413 f.) wurde den deutſchen Regierungen mitgetheilt, daß der Präſidialgeſandte trotz Preußens abweichender Anſicht Weiſung erhalten habe, beim Bunde die Mobiliſirung der halben oder ganzen Contingente und die Wahl eines Bundesoberfeldherrn zu beantragen.

**) Eine erſte geheime Circulardepeſche erging am gleichen Tage und war nur an einzelne, der öſterreichiſchen beſonders befreundete

1855 Bitte darüber einige Worte Antwort.

5. 5. Hier ist man viel vorsichtiger geworden; der Regent hat wohl eingesehen, daß der Gang seines Ministers ihn isoliren werde, und daß er sich Preußen entfremde, was er natürlich weniger wünscht als sonst jemand.

Die Anwesenheit Ihres Collegen Kielmansegge hat seiner Zeit in Carlsruhe ganz gut gewirkt. Ich fand den Hannoveraner in der Orientalischen Sache sehr vernünftig. Er gestand es, daß ihm Graf Rechberg nach seiner Ankunft in Frankfurt a/M.*) gesagt habe: „Prokesch überläßt mir die Oesterreichische Stimmführung ganz isolirt in der Bundesversammlung, wir haben vorläufig alles Terrain verloren.“ Hat Rechberg seitdem wieder Stimmen gewonnen?

Wie liegt die Sache überhaupt für uns, haben unsere Genossen einigermaßen Muth, bei ihrer bessern Ueberzeugung fest auszuharren?

Die Zeit ist jetzt für uns, nutzen wir diesen günstigen Umstand!

Regierungen gerichtet. Sie enthielt die Frage, ob sie, falls kein dem österreichischen Antrag günstiger Beschluß am Bunde zu Stande komme, bereit seien, ihre Truppen Oesterreich zur Verfügung zu stellen, gegen Gewähr ihres Besitzstandes und einen entsprechenden Antheil an dem durch den Krieg erlangten Gewinn (Jasmund a. a. O. I, No. CCXCII S. 415 f.); vgl. Manteuffels Erlaß vom 30. Januar an den Gesandten Graf Arnim in Wien, Denkwürdigkeiten III, 7 f.; ihr folgte am 25. April eine zweite mit der Androhung des Austritts Oesterreichs aus dem Bunde, wenn sich die deutschen Bundesgenossen nicht durch Bundesbeschluß oder einzeln in verbindlicher Weise für Oesterreichs Politik erklärten, vgl. Bismarcks Berichte vom 30. April, 5., 8., 18. Mai, 9. u. 12. Juni, Preußen im Bundestag II, No. 119 S. 216, No. 122 S. 220 f., No. 123 S. 222 f., No. 124 S. 223 ff., No. 129 S. 231 ff., No. 130 S. 234. Mit dem zuletzt erwähnten Schreiben übersandte Bismarck dem Minister eine Abschrift der Depesche.

*) Am 3. März führte Freiherr v. Prokesch den Grafen Rechberg als seinen Stellvertreter in die Bundesversammlung ein.

Wie stehen Sie denn jetzt mit Manteuffel? 1855
Ihrer Frau Gemahlin bitte ich mich herzlichst zu em- 5. 5.
pfehlen. Sie selbst aber, lieber Freund, mögen mir treu und gut bleiben.

Ihr

Savigny.

Carlsruhe, Freitag den 5. May 1855.

122.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

werden heute eine Circular-Depesche erhalten, mit welcher Sie 1855
hoffentlich zufrieden sein werden. Sie erlauben mir aber bei 10. 5.
dieser Gelegenheit noch privatim eine Bitte auszusprechen, welche dahin geht, daß Sie in Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sein wollen.

Euer Hochwohlgeboren wissen, auf welchem Terrain Sie Sich bewegen, daß Frankfurt a/M. das erste Klatschneſt der Welt ist, daß die kleindeutsche Diplomatie das erbärmlichste Wesen der Welt ist. Euer Hochwohlgeboren können sich aber auch kaum denken, wie das Echo, welches von Frankfurt her zu uns kommt, wunderbar und verdreht klingt, wie die hiesigen faulen Geister die Aeußerungen Euer Hochwohlgeboren colportiren und verdrehen und Consequenzen daraus ziehen, die ganz unglaublich sind.

Kerls wie Meysenbug und Consorten machen sich ein Vergnügen daraus, die Gunst des französischen Gesandten sich mit Referaten und Glossen über Ihre Aeußerungen zu erkaufen, und so sehr ich dieß verachte, so meine ich doch, daß man diesen

1855 10. 5. Schurken die Möglichkeit ſolcher Infamien möglichſt wenig geben ſollte.

Leben Sie wohl. Nächſtens mehr.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

B. 10/5. 55. Manteuffel.

123.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Telegramm.

Abgegangen in Berlin den 26. Nov. 1855 9 Uhr 9 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt a. M. den 26. Nov. 1855 9 Uhr 43 Min. Nachm.

1855 26. 11. Des Königs Majeſtät werden Euer Hochwohlgeboren zur Eröffnung des Landtages gern hier ſehen, überlaſſen es aber Ihrer Beurtheilung, ob wichtige Gründe Ihrer Herkunft entgegenſtehen.

v. Manteuffel.

124.

Leopold v. Gerlach an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Charlottenburg den 26. Nov. 1855 12 Uhr 22 Min. Nachm.
Angekommen in Frankfurt den 26. Nov. 1855 2 Uhr 20 Min. Nachm.

1855 26. 11. Ihre Zuſchrift vom 24.*) habe erhalten und dem Könige vorgetragen. Der König erwartet Ihr Erſcheinen im Herrenhauſe, wenn nicht beſonders wichtige Geſchäfte in Frankfurt Ihr Dortbleiben nöthig machen.

v. Gerlach.

---

*) Bismarcks Brief an Gerlach vom 24. November ſ. Ausgabe von H. Kohl, S. 261 f.

125.

General Graf Münſter an General Gerlach*).

[Ende Dez. 1855.]

Hier der ebenſo intereſſante als unterhaltende Brief meines alten Schulkameraden. Er fragt nach meinen Aeußerungen. — Ich ſage: Rußland macht einen ſchlechten Frieden, wenn man die Form nur irgend genießbar bereitet und ſich der gros mots enthält. Wäre ich Kaiſer Alexander, ſo würde ich den ſchlechten Frieden nicht annehmen. Er braucht es nicht. Die ſchwarze Meer-Flotte war kein Luxusartikel — Rußland bedurfte derſelben, um Gewicht in die orientaliſchen Fragen zu werfen. Hätte man zur Zeit der Menzikoffſchen Sendung **) gewußt, was man wollte, oder die Tragweite derſelben in Petersburg überſehen, ſo wäre mit Hülfe jener Flotte und einiger Energie alles leicht zu machen geweſen. Bei Sinope ꝛc. arbeitete ſie gut — und war überhaupt mehr werth als eine gleiche Zahl von Schiffen in der Oſtſee. 1855 ? 12.

Sagen Euer Excellenz an Bismarck neben meinem Gruß, daß ich ſeinen Bericht mit Hingebung bei einer Stubenwärme von etwa 20° vorgeleſen, und daß er mir wie herrliche Muſik gegen das Gewäſch von Reumont, Wagener und Goltz ꝛc. erſchienen ſei, trotzdem mir die Zunge gegen das Ende allerdings wie ein lederner Lappen im Munde gehangen hat.

Das Bild: „Bockelberg mit dem Ueberſchuh" — iſt koſtbar und verdient eine ſichtliche Darſtellung***).

G. M(ünſter).

---

*) Der Brief iſt undatirt, doch beweiſt die Bezugnahme auf Bismarcks Brief an Gerlach vom 21. December 1855 (Ausgabe von H. Kohl, S. 262 ff.), daß er Ende des Jahres 1855 geſchrieben iſt.

**) Nach Conſtantinopel, März 1853.

***) S. a. a. O. S. 265.

126.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover den 29ten Dec. 1855.

Verehrteſter Freund!

1855 29. 12. Der am 22ten d. erfolgte Erlaß des Geſetzes, die Beſchränkung der Zuſtändigkeit der Schwurgerichtshöfe betr., wird ohne Zweifel ein gewaltiges Geſchrei nicht nur bei den Demokraten und Conſtitutionellen verurſachen, ſondern auch bei ſonſt gutgeſinnten aber zu ſehr an Formen klebenden Conſervativen. Es iſt überhaupt zu erwarten, daß dies Geſetz die verſchiedenartigſte Beurtheilung erfahren wird. Da es meinem Collegen und beſonders mir daran gelegen iſt, daß dieſer Schritt der Königl. Regierung bei Ihnen, verehrteſter Freund, in ſeinem wahren Lichte erſcheint, erlaube ich mir Ihnen Abſchrift von einer Circular-Depeſche zu überſenden, welche die Motivirung des Geſetzes enthält. Zugleich verfehle ich nicht hinzuzufügen, daß uns hauptſächlich zwei Vorwürfe gemacht werden werden, nämlich erſtens der, daß der § 122, auf den das Geſetz ſich ſtützt, nicht zutreffend iſt, und zweitens, daß bei der bevorſtehenden nahen Zuſammenberufung der Stände der Erlaß des Geſetzes ein Eingriff in deren Befugniſſe ſei. In Bezug auf den erſten Punkt bemerke ich, daß allerdings der § 122 auf andere Fälle als den vorliegenden zielt. Dem Wortlaute nach aber paßt er, denn es iſt wahrlich ein außerordentlicher und auch das Staatswohl ernſtlich bedrohender Fall, wenn eine Schmähſchrift wie die Auricher ungeſtraft bleibt, wenn es den Unterthanen erlaubt iſt, ihrem Souverän Wortbruch vorzuwerfen und dem Bunde und der Regierung Hohn zu ſprechen. Wollte man die Königliche Autorität nicht im Schmutze liegen laſſen, ſo mußte ſchnell geholfen werden und einem Scandale Einhalt geſchehen, der alles Regieren unmöglich macht. Was

ſodann den zweiten Vorwurf betrifft, ſo erkenne ich an, daß 1855
vom ſtändiſchen Standpuncte aus der Erlaß des Geſetzes ſo 29. 12.
kurz vor der Zuſammenberufung der Kammern eine Beſchränkung der ſtändiſchen Mitwirkung begreift. Aber will man den Zweck, ſo muß man auch vor den Mitteln nicht zurückſchrecken. Ein ſolches Geſetz durch die Kammern zu kriegen, iſt unmöglich, und hatten wir daher nur die Wahl, das Geſetz ohne ſtändiſche Mitwirkung zu erlaſſen oder nichts zu thun. Außerdem muß man nicht überſehen, daß die Stände das Recht haben, auf Wiederaufhebung des Geſetzes anzutragen und die Regierung verpflichtet iſt, dieſem Antrage dann Folge zu leiſten.

Mit der Bitte, unſeren jüngſten Schritt in der Reaction aus dieſem Geſichtspuncte zu betrachten, ſage ich Ihnen ein herzliches Lebewohl und bitte Sie mir Ihre ſo werthen freundſchaftlichen Geſinnungen zu bewahren.

Der Ihrige

A. Gr. v. Platen*).

127.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 2/12. 56.

Verehrteſter Freund!

Soeben erhalte ich die Nachricht, daß der Königl. Däniſche 1856
Miniſter Scheel von Altona, wo er ſich ſeit einigen Tagen be- 2. 12.
findet, nach Berlin ſich begeben wird. Der Zweck dieſer Reiſe iſt eine Entrevue mit Herrn von Manteuffel, den er von den Gefahren in Kenntniß ſetzen will, welche eine Beſchwerde in der holſteiniſchen Angelegenheit am Bunde zur Folge haben

*) Bismarck beantwortete den Brief laut handſchriftlicher Notiz am 7. Januar 1856.

1856 2. 12. würde. Er will Ihrem Minister-Präsidenten vorstellig machen, daß eine Intervention des Bundes den Sturz des Ministerii, die Abdankung des Königs, den Sieg der scandinavischen Partei und die Gründung der scandinavischen Union zur Folge haben werde. Diese letztere Perspective soll der Schreckschuß für Ihr Gouvernement sein, was ein Scandinavien nicht mit gleichgültigen Augen ansehen könne. Zugleich will er bei Herrn von Manteuffel die Ansicht zur Geltung bringen, daß die Bevölkerung Holsteins für das jetzige gouvernementale System und nur die Ritterschaft dagegen sei, um auf diese Weise Sonderinteressen zu verfolgen; finden seine Vorstellungen Gehör, so will er mit illusorischen Concessionen hervorrücken und damit den Frieden mit Preußen erkaufen. Die Befürchtungen, die Herr v. Scheel in Berlin rege machen will, sind völlig unbegründet. Die scandinavische Partei in Dänemark ist nicht im Geringsten gefährlich, da sie weder zahlreich noch mächtig ist. Herr v. Scheel exploitirt diese Gespenstergeschichte zu seinem eigenen Vortheile. Es ist dies ein mot d'ordre, welches er allen Repräsentanten im Auslande gegeben hat. Ich weiß aus zuverlässiger Quelle, daß er in Petersburg, London und Paris in diesem Sinne wirken läßt. Sorgen Sie nur dafür, mein verehrtester Freund, daß diese unbegründeten Befürchtungen nicht in Berlin Wurzel fassen und daß man sich dort nicht mit unbedeutenden Concessionen abspeisen läßt, die Dänemark gestatten würden, die Herzogthümer wie bisher mit Füßen zu treten. Ich baue auf Ihren deutschen Sinn für Recht. —

Von Paris wird mir soeben Folgendes über die Neuenburger Angelegenheit geschrieben:

Ayant eu occasion de voir hier le Comte Walewski*), je lui ai parlé des affaires de la Suisse et de la persistance du conseil fédéral à réfuser la mise en liberté des prisonniers.

---

*) Französischer Minister des Auswärtigen.

„Nous avons été très mécontents, m'a-t-il dit de ce refus, et nous avions tout fait pour obtenir le résultat désiré. Monsieur Dufour*) qui était parti d'ici bien pénétré du prix que nous attachions à cette concession, a fait part au conseil fédéral de l'espoir très fondé, qu'aurait eu ensuite le gouvernement français de pouvoir par ses bons offices à Berlin faire résoudre la question de Neufchâtel selon le voeu de la Suisse. Toutes nos instances ont été vaines, le refus a été formel. — L'on nous a demandé pour prix de la mise en liberté des prisonniers une garantie formelle relative à Neufchâtel que nous ne pouvions donner. Par suite il ne nous restait autre chose à faire que de nous retirer de l'affaire, de rendre à la Prusse sa parole et sa liberté d'action. Que résoudra-t-on à Berlin en regard d'une situation où l'on s'est engagé d'honneur, je l'ignore et selon le parti qu'on y prendra, les conséquences en deviendront plus ou moins graves. Une invasion en Suisse ne serait pas une chose indifférente, la neutralité et l'indépendance de ce pays étant placées sous une garantie européenne.“ 1856 2. 12.

So hat ſich Walewski ausgeſprochen. Der Rückhalt, mit dem er es gethan, ſcheint mir ein Grund mehr zur Annahme zu ſein, daß man Ihrerſeits ſehr vorſichtig zu Werke gehen muß. Uebrigens ſcheint mir aus der Thronrede hervorzugehen, daß man nochmals Verhandlungen mit den europäiſchen Großmächten anzuknüpfen gedenkt.

Von Baiern iſt mir eine Inſtruction mitgetheilt, welche Herr v. d. Pfordten dem Herrn von Schrenk in der Neuenburger Angelegenheit ertheilt hat. Pfordten trägt Schrenk auf, in vertraulichem Benehmen mit Ihnen zu erwägen, was nun weiter zu thun ſei, insbeſondere, ob auf diejenigen Verhandlungen eingegangen werden ſolle, zu welchen die Schweiz ſich

*) Schweizeriſcher General.

1856 2. 12. bereit erklärt hat und ob etwa der Bund ſeine Vermittelung anbieten ſolle. Dieſe Inſtruction iſt mir mitgetheilt und Herr von d. Pfordten wünſcht meine Anſicht zu wiſſen. Mir ſcheint, daß die Bundesverſammlung nichts weiter zu thun hat als weitere Anträge Preußens abzuwarten.

Leben Sie wohl, verehrteſter Freund, und verzeihen Sie, daß ich Sie mit dieſen Zeilen beläſtigt habe.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

128.

Graf Platen an Bismarck.

Hannover 9/3. 57.

Verehrteſter Freund,

1857 9. 3. Bei Ihrer letzten Anweſenheit hieſelbſt habe ich Ihnen, wie Sie wiſſen, ein Pro Memoria der holſteiniſchen Conſervativen nebſt meinen Bemerkungen mitgetheilt, habe aber dabei die Bitte vergeſſen, beide Actenſtücke ſtreng confidentiell zu behandeln und vor allen Dingen den holſteiniſchen Conſervativen gegenüber, falls dieſelben in nächſter Zeit nach Frankfurt kommen ſollten, nichts von meiner Indiscretion zu ſagen, da ich eigentlich zu einer Mittheilung weder beauftragt noch befugt war. Ich darf alſo in dieſer Beziehung ſo wie in allen übrigen auf Ihre Discretion zählen. Wahrſcheinlich wird mein Vetter Baron Blome in nächſter Zeit nach Frankfurt kommen und ich möchte nicht gerne, daß er erführe, daß ich ſein Opus Ihnen mitgetheilt habe. Gelegentlich ſenden Sie wohl mein Exemplar mir zurück, da ich es zu meinem Pro Memoria nöthig habe.

Iſt es wahr, daß Oeſterreich dem Berliner Cabinet ſeine vollſtändige Mitwirkung in der holſteiniſchen Sache zugeſagt hat unter der Bedingung, daß Preußen in der Piemonteſiſchen Frage auf Seiten Oeſterreichs trete? Es wird mir dies von

Paris geſchrieben, und es wäre mir erwünſcht zu wiſſen, ob und inwieweit dieſe Nachricht begründet iſt. 1857 9. 3.

Ueber die Angelegenheit der Jahde-Bahn habe ich Erkundigungen eingezogen. Eine directe Bahn von Minden auf den Jahde-Buſen können wir nicht zugeben, da ſie unſerem Intereſſe in materieller Beziehung entgegen iſt. Dagegen ſind wir nicht abgeneigt, eine Bahn von Osnabrück nach Oldenburg zuzugeben, wenn Preußen uns dagegen einige Conceſſionen in Bezug auf andere Bahnen macht. Oldenburg wird ſich mit dieſer Bahn von Osnabrück über Quakenbrück nach Oldenburg wahrſcheinlich einverſtanden erklären, und kommt es nur auf Preußens Opferwilligkeit an. In nächſter Zeit wird Ihrem Gouvernement eine desfallſige Eröffnung zugehen. Uebrigens ſcheint mir von Preußen ein zu großer Werth auf eine directe Bahn von Minden nach dem Jahde-Buſen gelegt zu werden. Die Hauptſache für Preußen iſt eine Eiſenbahn-Verbindung zwiſchen dieſen beiden Puncten, und ob man dieſen Zwiſchenraum in 6 oder 8 Stunden zurücklegt, iſt wahrlich ziemlich gleichgültig.

Ihre letzte Anweſenheit in Hannover hat den hieſigen Diplomaten wieder viel Kopfbrechen verurſacht und zu abſurden Depeſchen Veranlaſſung gegeben. Ein Diplomat in einer kleinen Stadt, der ſich nicht zu beſchäftigen weiß, iſt wirklich ein ſchrecklich ridicüles Thier! Unter dieſen Thieren iſt hier der Baier Herr von Perglas unſtreitig das größte, da er neben den lächerlichſten Prätenſionen hinter dem unſchuldigſten Dinge etwas ungeheuer Wichtiges wittert und dabei mit ſeltener Geſchicklichkeit immer vorbeiſchießt.

Leben Sie wohl, verehrteſter Freund, und behalten Sie in gutem Andenken

Ihren
aufrichtigen Freund
A. Gr. Platen.

129.

Freiherr v. Rosenberg an Bismarck.

Paris 9. Mai 1857.

Mein verehrtester Gönner,

1857 9. 5. Sie werden mit besonderer Freude es erfahren haben, daß sich der Besuch des Prinzen Napoleon*) so bald verwirklicht hat. Ich denke mir, daß Sie dabei nicht ganz unschuldig gewesen sind**). Hier ist die Sache mit einem so großen Geheimniß behandelt worden, daß das diplomatische Corps (namentlich auch Kisseleff)***) erst aus den Berliner Zeitungen die Sache erfahren haben und bis heute noch nicht den wahren Grund dieser politischen Demonstration verstehen wollen. Sie wittern sämmtlich irgend ein anderes Motiv dahinter, tappen indeß darüber im völligen Dunkel. Die Oestreicher trösten sich darüber, daß es gerade Plombplomb†) ist, der zum Vermittler eines neuen (conservativen) Allianzverhältnisses auserkoren wurde, und die Engländer sehen in des Prinzen Napoleon Reise während der Anwesenheit des Russischen Großfürsten††) eine ihnen wohlgefällige Demonstration gegen Rußland; im Grunde werden aber sowohl Oestreich wie England darin einen Wink erblicken, daß Frankreich auch anderweitig sich durchzuhelfen versteht, und müssen über diese Annäherung an Preußen sich mehr ärgern, als unsere Berliner Altconservativen dies thun sollten.

Der Prinz Napoleon hatte sich kurz vor seiner Abreise noch besondere Renseignements über das Berliner Terrain erbeten, wobei ich ihm nützlich sein konnte. Meines Erachtens wird er

*) In Berlin.

**) Zu vgl. Bismarck an Gerlach 11. April und 2. Mai 1857, Ausgabe von H. Kohl, S. 311 ff. 314 ff.

***) Russischer Gesandter in Paris.

†) Spitzname des Prinzen Napoleon.

††) Constantin.

sich mehr als homme de sciences und Bewunderer unserer militärischen Einrichtungen zu geriren haben, als daß er auf irgend ein politisches Thema eingehe. Mein Rath war, daß er sein Tagebuch über seine letzte Reise nach Lap- und Island benutze, um das Interesse des Königs anzuregen. Außerdem dürfte er wenig und dies womöglich in deutscher Sprache zu sprechen für gut finden. Doch weiß ich nicht, wie der Eindruck seiner Persönlichkeit namentlich bei den Damen des Hofes sein wird, da dies stets für ihn eine Klippe war*). Hatzfeldt ist ausnahmsweise nach Fontainebleau eingeladen, worin wohl auch mehr eine sachliche, als wie gewisse Leute stets wähnen — eine persönliche Attention liegt. Es scheint mir klar, daß der Kaiser bei seinen nächsten Plänen auf England wenig zu rechnen anfängt. Bisher hat Lord Palmerston ihn nur in allerlei englische Händel verstrickt und wird es stets thun, solange das Gebilde einer westmächtlichen Solidarität noch nicht durch andere politische Nothwendigkeiten verdrängt ist. Letztere treten jetzt immer mehr hervor. Wir brauchen nur an die Donaufürstenthümer und die skandinavische Frage zu denken. An uns wird es sein, kein allzugroßes empressement (à la Orloff)**) zu zeigen und die Wege, die von Paris zu uns und über uns fort nach Petersburg führen, zu ebnen; das Weitere wird die europäische Situation an die Hand geben. 1857 9. 5.

Rothan***) hat mit großer Freude erfahren, daß Sie sich dem Grafen Walewski gegenüber günstig über ihn ausgesprochen haben. Er ist auch in Bezug auf die Reise des Prinzen Napoleon unserem Interesse förderlich gewesen, und Sie würden ihm eine große Genugthuung verschaffen, wenn es Ihnen gelänge, für ihn den ihm längst zugedachten Orden zu erlangen. Eine an Manteuffel direct gerichtete Bitte würde besser zum

*) Man vgl. dazu den Bericht Gerlachs, Denkwürdigkeiten II, 499 f.
**) Vertreter Rußlands auf dem Pariser Congreß.
***) Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin.

1857 9. 5. Ziele führen, als wenn die Sache durch die Ministerialbureaux ihren Weg nähme. Die Reise des Prinzen Napoleon könnte ja den äußern Anlaß bilden.

Sollten Sie mir die Freude machen wollen, einmal an mich zu schreiben, so wollen Sie mit der bloßen Aufschrift meines Namens ohne Hinzufügung des amtlichen Titels den Brief nach 115 rue de Lille richten. Er kommt alsdann sicher an.

Die nächste Stellung unseres Ministeriums den Kammern gegenüber ist mir völlig unklar. Derartige Zustände können doch eigentlich nicht fortdauern. Dies wird es indeß nicht hindern, daß sie doch fortdauern. Die Tochter der Madame Kalergis*) ist nun in declarirter Weise mit dem jungen Grafen Coudenhove**) verlobt worden. Adieu.

Ihr

aufrichtigst ergebener

Rosenberg.

Der Großfürst C(onstantin) wird hier außerordentlich gut aufgenommen, jedoch ist der Empfang nicht ganz von einer gewissen Rücksicht für England frei. Man sucht die zum Uebermuth so geneigten Russen doch von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß man auf England große Rücksichten nehmen müsse (??).

130.

Graf Karl v. d. Goltz an Bismarck.

Berlin, den 15. Dec. 57.

Mein verehrter Freund!

1857 15. 12. — — — Man sagt, es gehen in Preußen allein 200 Rittergüter zum Teufel. Wären es auch nur die Hälfte, so wäre es traurig genug. In Hamburg hat man auch nicht helfen wollen,

*) Die Wittwe des Johann v. Kalergis war Marie, Gräfin von Nesselrode-Ereshoven.

**) Franz Graf Coudenhove.

jetzt gehen die Dankadreſſen über unſre Köpfe nach Wien. 1857
Recht politiſch kann ich das nicht finden. Die Lübecker ſind 15. 12.
auch hier und wollen nur 600000 Thlr. haben und werden ſie nicht bekommen, obgleich 30 Millionen in Barren in den Kellern der Bank und 7 bis 8 im Staatsſchatz liegen. Dem Prinzen*) geht es wieder ganz gut, in Charlottenburg iſt es indeß beim Alten; nicht von einem Tage, ſondern von Stunde zu Stunde ändert ſich der Zuſtand, und daher kommen auch die widerſprechenden Gerüchte. Wie es im Januar ſein wird, kann niemand mit Gewißheit vorausſagen. Wahrſcheinlich iſt das Schlimmſte, d. h. Verlängerung der Stellvertretung auf weitere 3 Monate, d. h. Verlängerung und Befeſtigung der miniſteriellen Omnipotenz. Inzwiſchen wird auf die Reiſe des Prinzen Vater zur Hochzeit**) gedrängt. Ich halte es für leichtſinnig in einer Zeit der Kriſe über Waſſer zu gehen, finde überhaupt, daß es nicht gut ausſieht. Es wäre indeß nicht das erſte Mal, daß weiblicher Einfluß mich überwunden hätte, und ſo ſehe ich denn in dieſer Frage und obgleich der Prinz noch keine Entſcheidung getroffen hat, einer Niederlage entgegen. Heut haben wir großes miniſterielles Diner.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und ſeien Sie verſichert der aufrichtigen Freundſchaft

Ihres ergebenen E. v. d. Goltz.

131.

Der Prinzregent von Preußen an den Kaiſer von Oeſterreich.

Berlin, den 15. Februar 1858.

Ew. Kaiſerliche Majeſtät haben die Gnade gehabt, durch 1858
Allerhöchſt Dero Geſandten, den Baron Koller, mir die ſchmeichel- 15. 2.

*) Von Preußen.

**) Des Sohnes Friedrich Wilhelm mit der Prinzeſſin Victoria.

1858 15. 2. hafteſte Theilnahme bei Gelegenheit der Vermählung meines Sohnes mit Ihrer Kgl. Hoheit der Princess Royal von England in ſo gütiger Weiſe ausſprechen zu laſſen, daß ich mich beeile, Ew. Kaiſerlichen Majeſtät meinen ebenſo unterthänigen als tief gefühlteſten Dank für dieſen Beweis der Fortdauer Allerhöchſtdero mich beglückenden Geſinnungen für meine Familie zu Füßen zu legen. Nicht minder darf ich dieſen Dank ausſprechen für die ungemein gnädige Aufnahme der Deputation, welche ich, gewiß im Sinne meines Königs und Herrn, Namens der preußiſchen Armee zur Leichenfeier des Feldmarſchalls, Grafen Radetzky, nach Wien ſendete, um die tiefbegründete Theilnahme auszuſprechen, die wir bei dem großen Verluſt empfinden, den Ew. Kaiſerliche Majeſtät und Allerhöchſtdero Armee durch das Hinſcheiden dieſes mit Lorbeeren gekrönten greiſen Feldherrn erlitten haben.

Indem ich meines Königlichen Bruders erwähnte, kann ich nicht umhin, das ſchwere Verhängniß zu berühren, welches der Himmel über Preußen durch die ſchmerzliche Art der Erkrankung des Königs einbrechen ließ. Ew. Kaiſerliche Majeſtät haben zu wiederholten Malen Allerhöchſt Ihre innige Theilnahme an dieſem Ereigniß auszuſprechen geruhet. Die geſammte Königliche Familie ſieht ſich dafür zum aufrichtigſten Dank verpflichtet, während ich insbeſondere mich dazu um ſo mehr aufgefordert fühle, als es Allerhöchſtdenen gefallen hat, mir in dem mir überkommenen ſchweren Amte beſondere Beweiſe des gnädigſten Vertrauens zu geben. Ew. Kaiſerliche Majeſtät werden Sich überzeugt halten wollen, wie es mein eifrigſtes Beſtreben ſein wird, während der hoffentlich nur kurzen Zeit, in welcher ich den König, meinen Bruder, in der Leitung ſeiner Regierung noch zu vertreten haben werde, die freundſchaftlichen Beziehungen, welche zwiſchen Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung und der unſrigen beſtehen, nicht nur zu erhalten, ſondern zu befeſtigen.

In dieſer Beziehung bin ich beglückt geweſen, eine Uebereinſtimmung bei Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Bundestags-Geſandten*) in dem von der Preußiſchen Regierung geſtellten Antrag über die Benutzung des durch die unglückliche Pulver-Exploſion in Mainz freigelegten Terrains zur Verſtärkung dieſes Hauptbollwerks Deutſchlands auf ſeinem weſtlichen Kriegstheater gefunden zu haben. Ein günſtigerer Moment als der durch jenes traurige Ereigniß herbeigeführte, um etwas Bedeutendes auf dem dominirendſten Punkte der Feſtung Mainz zur äußern und innern Vertheidigungskraft derſelben zu ſchaffen, dürfte ſich nicht leicht wieder darbieten, um ſo mehr, als es ſich nicht um eine Vervielfältigung der Werke dieſes nur ſchon zu ausgedehnten Waffenplatzes handelt, ſondern um den Kehlſchluß eines vorhandenen Fortifications-Syſtems, nämlich der Baſtionen Bonifaz, Martin und Alexander. Die nicht unbedeutenden Geldopfer, welche hierzu erforderlich ſein würden, dürften von allen deutſchen Regierungen bereitwilligſt gebracht werden, wenn denſelben das Unternehmen in ſeinem wahren Lichte, nämlich als ein nationales dargeſtellt wird, in welcher Darſtellung ich hoffen darf Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung mit der diesſeitigen wiederum in beglückender Uebereinſtimmung anzutreffen. 1858 15. 2.

Ein zweiter Antrag, der hinſichtlich ſeines nationalen Charakters noch höher und wichtiger ſich darſtellt, welchen die preußiſche Regierung beim Bundestage einzubringen die Einleitung trifft, iſt die Uebertragung der Qualität einer Bundesfeſtung von Landau auf Germersheim**). Ew. Kaiſerlichen Majeſtät erleuchtetem ſtrategiſchen Blicke brauche ich es nicht erſt vorzuführen, wie viel wichtiger die Feſtung Germersheim als Rheinübergang für den Deutſchen Bund iſt, als die Feſtung Landau, welche weder einen Fluß-Uebergang noch ſonſt einen

*) Graf Rechberg.

**) Vgl. dazu Bismarcks Berichte an Manteuffel vom 11. u. 14. Januar, Preußen im Bundestag III, No. 104 u. 105 S. 210 ff.

1858 15. 2. Sperrpunkt irgend einer Art darbietet. Mit wie wenig Kräften dieſelbe in ihrer ſtrategiſchen Wirkung zu paralyſiren iſt, hat die Erfahrung der Blokade derſelben durch die Freiſchärler 1849 bewieſen. Durch Vergrößerung und Verſtärkung Landaus dieſem Waffenplatz eine größere Bedeutung zu geben, ließe ſich bei ſeiner ſtrategiſch völlig unwichtigen Lage nicht rechtfertigen. Wie unter ſolchen Umſtänden Landau überhaupt zu einer Bundesfeſtung erklärt werden konnte, läßt ſich nur damit beantworten, daß nach dem Frieden von 1815 auf der ausgedehnten deutſchen Grenze von Mainz bis Baſel außer Landau nicht ein einziger befeſtigter Punkt ſich vorfand und man daher demſelben die Bundesfeſtungsqualität beilegte. Seitdem indeſſen Germersheim und Raſtatt erbaut ſind, iſt die Nichtigkeit Landaus erſt recht zu Tage getreten, ſo daß die Frage nahe liegt, ob dasſelbe überhaupt als Feſtung zu erhalten wünſchenswerth iſt, eine Frage, der auch Preußen bei mancher ſeiner kleinen Feſtungen nahe getreten iſt. So nah an der Grenze liegend, nur wenig Tagemärſche von den Hauptwaffenplätzen des Nachbarlandes entfernt, bei den beflügelten Transportmitteln, ſowie den ſich täglich überbietenden Erfindungen weittragender Wurfgeſchoſſe ſind kleine Feſtungen, welche in keinerlei Art eine ſtrategiſch wichtige Lage haben, nur gemacht, vom Feinde in wenig Tagen eingeäſchert zu werden und in deſſen Hände zu fallen. Germersheim dagegen bietet allein ſchon als Rheinübergang eine große Wichtigkeit dar und eignet ſich als ſolcher ganz vorzugsweiſe zu einer Bundesfeſtung an Deutſchlands Weſtgrenze, und je gerechtfertigter etwaige Verſtärkungen dieſes Platzes wären, je ungerechtfertigter wären ſie bei Landau.

In engſter Verbindung mit der Uebertragung der Bundesfeſtungsqualität von Landau auf Germersheim ſteht die Beſatzungsfrage derſelben. Nach den beſtehenden Bundesbeſtimmungen gehören zur Kriegsbeſatzung von Landau auch die

Contingente der Hohenzollernſchen Fürſtenthümer. Mit dem Uebergange derſelben an Preußen iſt dieſe Beſatzungspflicht ebenfalls auf uns übergegangen. Bei der Vertauſchung Germersheims mit Landau würde dieſe Pflicht Preußens alſo gleichfalls auf erſtere Feſtung übergehen. Da nun Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung mit der des Großherzogthums Baden den Antrag beim Bundestage geſtellt hat, die eventuelle Kriegsbeſatzung Raſtatts zur Hälfte ſchon im Frieden hineinzulegen, ſo würde ein gleiches Verlangen an die Kgl. bayriſche Regierung hinſichtlich des Friedens-Mitbeſatzungsrechts Germersheims von preußiſcher Seite zu ſtellen gerechtfertigt ſein. Bei den Verhandlungen der Bundesmilitärcommiſſion hat man die Verſtärkung der Raſtatter Friedensgarniſon durch Kaiſerlich öſterreichiſche Truppen dadurch mit zu motiviren geſucht, daß die Kaiſerliche Regierung in der numeriſchen Truppenſtärke in den weſtlichen Bundesfeſtungen nicht hinter der der preußiſchen Armee zurückſtehen dürfe. Wenngleich eine Verſtärkung der Friedensbeſatzung von Raſtatt an ſich nicht nothwendig erſcheint, indem bei den erhöhten Communicationsmitteln der Neuzeit die benöthigte Kriegsbeſatzung wohl immer rechtzeitig aus Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Staaten in Raſtatt eintreffen würde, und es daher bei den gegenwärtig gültigen Bundesbeſtimmungen über die Raſtatter Beſatzungsverhältniſſe verbleiben könnte, ſo darf im andern Falle doch auch Preußen ſich den Ehrenpunkt nicht rauben laſſen, in der Beſatzungsſtärke der Bundesfeſtungen im Kriege nicht hinter Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Armee zurückzuſtehen. Dieſe Gleichſtellung würde erreicht, falls die künftige Bundesfeſtung Germersheim im Frieden und Kriege von preußiſchen Truppen mitbeſetzt würde, wenn es nicht vorzuziehen wäre, Raſtatt und Germersheim zu gleichen Theilen von den Truppen der Landesregierungen und Kaiſerlich öſterreichiſchen und Königlich preußiſchen Truppen im Frieden und Kriege beſetzt zu ſehen. 1858 15. 2.

1858 15. 2. Unendlich beglückt würde ich mich fühlen, wenn die beiden von mir aus wahrem deutſchen Nationalintereſſe angeregten Fragen von Mainz und Germersheim Ew. Kaiſerlichen Majeſtät volle Zuſtimmung fernerhin erhielten, in welchem Falle die Beiſtimmung der Bundesſtaaten nicht zu bezweifeln ſein würde. Sollten dieſe indeſſen wider Erwarten namentlich aus finanziellen Rückſichten die Zuſtimmung zu den fraglichen beiden Anträgen verweigern, ſo wird Ew. Kaiſerlichen Majeſtät Regierung ſowohl wie die preußiſche das beruhigende Bewußtſein behalten, zum wahren Wohle Deutſchlands etwas Wichtiges angeſtrebt zu haben, und dann für uns nichts weiter übrig bleiben, als uns auf den Boden des beſtehenden Bundesrechts zu ſtellen.

Mich Ew. Kaiſerlichen Majeſtät fernerer Gnade allerunterthänigſt empfehlend, verbleibe ꝛc.

Prinz von Preußen.

132.

Graf Platen an Bismarck.

Verehrteſter Freund,

1858 9. 3. Zimmermann*) hat mir die vollſtändige Characteriſtik von Graf Rechberg gerade ſo mitgebracht, wie ſie jetzt von Ihnen in Ihrem freundlichen Schreiben vom 7ten d.**) enthalten iſt, und habe ich die Ueberzeugung daraus gewonnen, daß es nicht lange mehr mit dieſem kleinen Tyrannen gehen wird. Daß man ſich dieſen Terrorismus nicht länger ohne Gegenwehr gefallen laſſen kann, verſteht ſich von ſelbſt; hoffentlich machen wir eine glückliche Campagne mit Mund und Feder, aber ohne Schwerdtſtreich gemeinſchaftlich gegen ihn. Hat aber Rechberg eine gehörige Ohrfeige bekommen, ſo daß er einen Denkzettel für die Zu-

*) Generalſecretär des hannöverſchen Geſammtminiſteriums.

**) Concept nicht vorhanden.

kunft hat, so wird es meiner Ansicht nach rathsam sein, daß 1858
man erst einmal wieder Waffenstillstand mit ihm schließt, um 9. 8.
der holsteinischen Sache selbst nicht zu schaden, welche sonst wegen dieses Intermezzo's in Stillstand gerathen könnte.

Daß ich Heimbruch*) nicht fallen lassen werde in dieser Sache, brauche ich wohl nicht erst Ihnen zu versichern. In diesem Augenblicke aber eine Demonstration zu seinen Gunsten zu machen, halte ich nicht für räthlich, da ich sonst riskire, daß Rechberg in den Fürstenstand erhoben und das alte Weib Nostitz**) in die Mühle geschickt wird, wo alte Weiber jung gemacht werden.

Wegen der gemeinschaftlichen Anträge***) hat Heimbruch heute Instruction mittelst Telegramm's erhalten. Ob diese Anträge nächsten Donnerstag oder später gestellt werden, überlasse ich Ihnen.

Freund Beust ist in größter Aufregung, glaubt Deutschland in Gefahr und hofft es retten zu können durch Aufrechthaltung des § 19 der Geschäftsordnung. Sobald Professor Pfordten†) von diesem Beustschen Rettungsversuch Kenntniß erhalten haben wird, eilt er gewiß nach Paris, um von der dortigen Conferenz eine Garantie für § 19 der Geschäftsordnung zu erwirken. Ueberbieten muß er jedenfalls. Hügel††) und darin unterstützt von Reinhard wird†††) inmittelst unter dem Schutze des § 19 fortfahren Siegellack zu machen. Meysenbug§) wird Nervenzucken bekommen, wenn er unsere Anträge hört; viel-

*) Hannöverscher Bundestagsgesandter.
**) General Graf Nostitz.
***) Betr. eine Reform der Geschäftsordnung am Bunde.
†) v. d. Pfordten war vor Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen in Sachsen Professor des römischen Rechts in Erlangen, bezw. Leipzig.
††) Württembergischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.
†††) Orig.: werden.
§) Badischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

1858 9. 3. leicht wird er aus Schreck katholisch und geht entweder ins Kloster oder in die Wiener Staatskanzlei, um mit seiner brüderlichen Liebe*), Biegeleben**) und Werner***), fromme Psalmen zu singen.

Leben Sie wohl, wehren Sie Sich tapfer und grüßen Sie Heimbruch.

Hannover 9/3. 58.

Der Ihrige

A. Gr. Platen.

133.

Fürst Gortschakow an Budberg.

Peterhoff, le 16 juillet 1858.

1858 16. 7. D'après les dernières informations d'Oubril†) cette lettre Vous trouvera déjà à Berlin.

Je suppose que Vous vous serez fait rendre compte des dépêches qu'Oubril nous a adressées en Votre absence. Je puis donc reprendre les questions où il les a laissées.

La principale, je dirai presque la seule palpitante, est celle du Danemarck. Je n'ai rien à ajouter à ce que, sous ce rapport, j'ai écrit en dernier lieu à Oubril. Nous regrettons vivement l'incident soulevé par l'opposition inattendue du Cabinet de Berlin.

Mr de Werther est venu me voir ici pour m'exprimer le regret du Baron de Manteuffel de l'usage fait par le Cabinet de

---

*) Hof- und Ministerialrath im österreichischen Ministerium des Aeußern.

**) Decernent für die deutschen Angelegenheiten im österreichischen Ministerium des Auswärtigen.

***) Unterstaatssecretär im österreichischen Ministerium des Auswärtigen.

†) Rath an der russischen Botschaft in Paris.

Copenhague de quelques paroles échangées entre le Président du Conseil et Monsieur de Plessen*), si je ne me trompe, à un dîner qui a eu lieu chez Vous. Monsieur de Manteuffel admet — et ici je Vous citerai un texte qui nous a été donné par Werther: daß er ſich dahin geäußert, daß die Außerkraftſetzung der däniſchen Geſammtverfaſſung nothwendig ſei, bevor wir zu befriedigenden Verhandlungen mit Dänemark gelangen könnten. 1858 16. 7.

Monsieur de Plessen n'a pas dit autre chose à son Gouvernement. L'usage maladroit et indiscret, je l'admets, que le Cabinet de Copenhague a fait d'un entretien confidentiel en le citant dans un acte public, ne saurait être imputé à Monsieur de Plessen. Je le regrette ainsi que Monsieur de Manteuffel, et certes avec nous il ne serait pas exposé à un semblable inconvénient. Mais il me semble aussi que Monsieur le Président du Conseil est trop haut placé par sa position et la supériorité de son intelligence, pour se laisser influencer par la seule considération que cette publicité d'une réflexion confidentielle donne à la Prusse aux yeux de l'Allemagne l'apparence de vouloir diriger à elle seule la question.

Dans la position faite il nous paraît que la seule considération à peser est d'examiner, si la concession faite par le Danemarck est un pas sérieux et autorise l'entrée en négociation qu'il demande. Or, je serais dans une forte erreur, si tel n'était pas le cas. Le Cabinet de Copenhague déclare qu'il suspend la Constitution générale dans son application aux Duchés. Cela veut dire que les délégués réciproques n'ont pas à s'en préoccuper dans la négociation qui s'entamerait entre eux, ou du moins que cette constitution suspendue n'est plus un obstacle matériel à une entente. Je ne prétends pas affirmer qu'on aboutira à cette entente. Cela dépendra de la modération et de la sincérité apportées de part et d'autre.

*) Baron Otto v. Pleſſen, däniſcher Geſandter in Petersburg.

1858 16. 7. Je veux seulement constater que l'entrée en négociation est immensément facilitée, et cela par le Danemarck.

Monsieur de Manteuffel étant absent, ce que je viens de Vous dire n'a pas d'application immédiate, à moins que Vous ne soyez mis dans le cas d'entretenir Monsieur Balan*) de cette question. Alors Vous voudrez bien puiser Votre langage dans les réflexions que je Vous communique. Au reste, j'espère toujours que cela finira par s'arranger au moyen de quelque biais et que nous n'aurons pas le chagrin de voir reculer au moment où un bon pas vers le but nous paraissait fait. Sous ce rapport je compte surtout et essentiellement sur le caractère conciliant et l'esprit supérieur de Monsieur de Manteuffel.

G.

134.

Otto v. Manteuffel an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

1858 20. 7. benachrichtige ich ergebenſt, daß es meine Abſicht iſt, nächſten Donnerstag übermorgen, den 22. d. M. Morgens früh 7 Uhr von hier nach Frankfurt a/M. zu gehen und am folgenden Morgen ſo zeitig als möglich nach Baden-Baden mich zu begeben. Es würde mir angenehm ſein, wenn es Euer Hochwohlgeboren convenirte mich zu begleiten.

Die däniſche Sache, welche meines Erachtens mit äußerſter Vorſicht zu behandeln iſt, wird natürlich den Gegenſtand meiner Beſprechung mit Euer Hochwohlgeboren bilden; ich will aber mit dieſen Zeilen in keiner Weiſe vorgreifen, und halte überhaupt dafür, daß man die Sache in den bundesmäßigen Formen ſich abklären laſſen muß. Im Allgemeinen befinde ich mich mit demjenigen, was Euer Hochwohlgeboren über dieſe An-

*) Unterſtaatsſecretär.

gelegenheit zu berichten und zu ſchreiben hatten, ganz im Ein- 1858
klange. 20. 7.

Ich wünſche nicht, daß in Frankfurt von meiner Durchreiſe vorher geſprochen werde, wollte mir aber doch erlauben, Euer Hochwohlgeboren durch dieſe Zeilen ein kleines Aviſo zu geben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ganz ergebener Diener
Manteuffel.

P.S. Morgen Abend bereits geht der Wirkliche Legationsrath v. Kehler*), den Euer Hochwohlgeboren ja auch kennen, nach Frankfurt. Er wird ſich bei Ihnen melden, und ich denke ihn auch mit nach Baden zu nehmen, beſonders um die Antwort nach Wien zu redigiren. Der Mann iſt etwas heftig, es iſt ihm alſo kaltes Waſſer aufzulegen; er kennt aber die Sache genau.

Berlin den 20. Juli 1858. M.

135.

Graf K. v. d. Goltz an Bismarck.

Verehrter Bundestagsgeſandter!

Auf Ihre mit gewohnter Beharrlichkeit wiederholten Vor- 1858
ſchläge erwidert der Prinz folgendes: 28. 7.

1. Der Prinz wünſcht den König zu ſehen; er wird deshalb 1 Stunde lang in Wiesbaden bleiben und per Extrazug nach Rüdesheim weiter reiſen.

2. Die Prinzeß Carl wird von hier aus erſucht werden, Sich 1 Stunde ſpäter in Eltville zur gemeinſchaftlichen Fahrt nach Rüdesheim zu begeben.

*) Vortragender Rath im Miniſterium der ausw. Angelegenheiten in Berlin.

1858 28. 7. 3. Dagegen wollen Sie gef. den König davon benachrichtigen laſſen, daß der Prinz in Reiſekleidern ſein wird, und dafür Sorge tragen, daß in Wiesbaden auf oder in der Nähe des Bahnhofs ein Zimmer bereit gehalten wird, in welchem die beiden hohen Herren Sich ungeſtört beſprechen können.

Zugleich bitte ich, die Eiſenbahndirektion davon zu avertiren, daß der Prinz einen Extrazug gebrauchen wird, der in Eltville anhalten muß.

Endlich erlaube ich mir zur Vereinfachung des Geſchäftsganges in ähnlichen Fällen zu bemerken, daß nicht Alvensleben ſondern meine geringe Perſon perſönlicher Adjutant des Prinzen iſt, dergl. Sachen wie die vorliegenden und alle Reiſeangelegenheiten in mein Reſſort ſchlagen.

Ganz Ihr ergebener

Baden, den 28. 7. 58. E. v. d. Goltz.

136.

Otto v. Manteuffel an Bismarck*).

Euer Hochwohlgeboren

1858 12. 10. danke ich recht ſehr für Ihr gütiges Schreiben vom 9. d. M.**). Die Antwort auf die darin geſtellte Frage wegen Begehung des Geburtstages Sr. Majeſtät werden Sie inmittelſt durch meinen amtlichen Circular-Erlaß erhalten haben.

(* Unſre große Haupt- und Staats-Action iſt inmittelſt wenigſtens im erſten Akt erledigt. Die Sache hat mir viel Sorge, Unannehmlichkeit und unverdienten Verdruß gemacht. Noch geſtern habe ich darüber von Gerlach einen ganz empfindlichen

*) Ein Theil des Briefes — hier wiederholt — iſt in G. u. E. I, 199—201 veröffentlicht.

**) Concept nicht vorhanden.

Brief erhalten*). Er glaubt, daß damit die Souveränetät halb zum Fenſter hinausgeworfen ſei. Ich kann das beim beſten Willen nicht erkennen, meine Vorſtellung von der Sache iſt folgende: 1858 12. 10.

Wir haben einen diſpoſitionsfähigen, aber regierungsunfähigen König; derſelbe ſagt ſich ſelbſt und muß ſich ſagen, daß er ſeit länger als Jahresfriſt nicht hat regieren können, daß die Aerzte und er ſelbſt anerkennen müſſen, der Zeitpunkt, wo er wieder ſelbſt würde regieren können, laſſe ſich auch entfernt nicht angeben, daß eine unnatürliche Verlängerung der bisherigen Vollmachts Ertheilung nicht am Orte und dem Staate eine ſich ſelbſt allein verantwortliche Spitze nothwendig ſei; aus allen dieſen Erwägungen gibt der König dem zunächſt zur Krone Berufenen den Befehl, das zu thun, was für ſolchen Fall in der Landesverfaſſung vorgeſchrieben iſt. Die Beſtimmungen der letzteren, welche gerade in dieſem Punkte correct und monarchiſch abgefaßt ſind, werden demnächſt zur Anwendung gebracht und das, wenn auch nach der Erklärung des Königs überflüſſige, immerhin aber in der Verfaſſung mit gutem Grunde vorgeſchriebene Landtagsvotum wird eingeholt, aber ſtreng auf Beantwortung der Frage beſchränkt: Iſt die Einſetzung einer Regentſchaft nothwendig? mit andern Worten: Iſt der König mit**) genügendem Grund von den Geſchäften entfernt? Wie man dieſe Frage verneinen will, iſt mir nicht erſichtlich; immerhin wird es noch manche, namentlich formale Schwierigkeit zu überwinden geben. Namentlich fehlt es für die in der Verfaſſung vorgeſehene gemeinſchaftliche Sitzung***) an einer Geſchäftsordnung. Dieſe wird man improviſiren müſſen, indeſſen hoffe ich doch, daß man in etwa fünf Tagen mit der

*) Manteuffel, Denkwürdigkeiten III, 326 f., ebd. Manteuffels Antwort vom 9. October, S. 327 f.

**) Orig.: ohne.

***) Beider Kammern.

1858 12. 10. Beschlußfassung zu Stande sein wird, so daß dann der Prinz den Eid leisten und die Versammlung schließen können wird. Andre Vorlagen, namentlich solche, welche auf Geldbewilligungen sich beziehen, werden natürlich für diese Sitzung gar nicht beabsichtigt. Wenn Ihre Geschäfte es erlauben, so würde ich wünschen, daß Sie Sich zum Landtage hier einfinden und womöglich vor dessen Eröffnung hier sind. Ich höre von wunderbaren Anträgen der äußersten Rechten, die man vielleicht im allgemeinen Interesse, sowie in demjenigen dieser Herren verhindern könnte.

Westphalens Entlassung gerade im gegenwärtigen Momente*) ist mir sehr unerwünscht gewesen. Einmal schon hatte ich, als er selbige verlangte, sie gehindert. Jetzt wollte der Prinz sie ihm aus ganz freier Entschließung und ohne seinen Antrag ertheilen und schickte mir ein darauf bezügliches Privatschreiben an Westphalen**) mit dem Befehle, sofort die Ausfertigung vorzulegen. Ich that letzteres indeß nicht, und sandte auch das eigenhändige Schreiben nicht ab, sondern machte beim Prinzen Gegenvorstellungen bezüglich der Opportunität des Momentes, Gegenvorstellungen, welche nach nicht geringer Mühe auch durchschlugen. Ich ward ermächtigt, die Maßregel wenigstens aufzuhalten und den Brief bei mir liegen zu lassen. Da schrieb Westphalen am 8. d. Mts. an den Prinzen sowohl wie an mich ein ganz wunderbares Schreiben***), worin er mit Zurücknahme früherer Erklärungen seine Contrasignatur der zu erlassenden und bereits festgestellten Ordres davon abhängig machte, daß auch noch die vom Prinzen zu erlassenden Ordres speciell dem Könige zur Genehmigung vorgelegt würden, ein Verlangen, welches in der That mit Rücksicht auf den in den

*) Am 9. October, sein Nachfolger wurde Flottwell.

**) Vom 6. October, s. dasselbe mit dem begleitenden Schreiben an Manteuffel in Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 319 f.

***) Manteuffels Denkwürdigkeiten III, 325.

letzten Tagen verschlimmerten geistigen Zustand des Königs an Widersinnigkeit grenzte. Da verlor der Prinz die Geduld und machte mir Vorwürfe, nicht sogleich sein Schreiben abgeschickt zu haben, und die Sache war nun nicht mehr zu halten. Flottwells Wahl ist ohne all' mein Zuthun aus dem Prinzen selbstständig hervorgegangen, sie hat, wie Manches gegen sich, so auch Manches für sich*). 1858 12. 10.

Heute Nachmittag ist denn unser armer König hier durch nach Leipzig auf der Tour nach Meran gereist. Da jeder Empfang verboten war, so hatte ich mich unter der Menschen-Menge im Ueberrock auf dem Bahnhof eingefunden. Ich ward aber erkannt und in den Wagen des Königs gerufen. Er klagte schmerzlich über seinen Kopf und sagte, seit 4 Wochen gehe es ihm ja viel schlimmer als früher, er wisse gar nicht, was daraus werden solle. Die Scene war unbeschreiblich traurig.

Doch genug von unsern innern Dingen, die in der That recht betrübt sind, und mir vielen Aerger gemacht haben und noch Kummer machen.

Was die äußeren Verhältnisse betrifft, so erwarte ich mit einiger Ungeduld Ihre Erwiederung auf mein gestriges Schreiben wegen der Oesterreichischen Eröffnungen in Betreff Rastatts. Meine Correspondenz mit Buol ist Ihnen wohl vollständig bekannt; Sie haben mir aber darüber eine Meinung noch nicht ausgesprochen. Durch diesseitiges Zögern möchte ich die Sache nicht hinhalten**).

In der Holsteiner Sache nimmt jetzt plötzlich Schweden so lebhaft Partei für Dänemark, daß Le coq***) ganz kopfscheu

---

) Von (an bis hieher in G. u. E. nach einer Abschrift veröffentlicht, hier mit kleinen Berichtigungen nach dem Original wiederholt.

**) Bismarcks Antwort vom 12. October, Preußen im Bundestag III, No. 197 S. 429 ff.

***) Geheimer Rath im Ministerium des Auswärtigen.

1858 12. 10. wird. Wie das zusammenhängt, weiß ich noch nicht. Der Prinz ist immer noch erregt in der Sache, und der kleine Ysenburg*) giebt sich trotz aller meiner Abmahnungen noch immer fruchtlose und übel placirte Mühe, Herrn Zimmermann**) zu bekehren, der geradezu sagt, alles Andere sei ihm gleichgültig, wenn man nur zur Executions-Vollstreckung je eher je lieber gelange. Daß die Execution Zweck sein soll, scheint mir gegen alle, nur nicht gegen die Hannoverschen Rechtsprinzipien zu verstoßen. Doch machen derartige Berichte auf den Prinzen Eindruck. Von Wien bin ich noch ohne Antwort. Die dahin gerichtete und Euer Hochwohlgeboren bekannte diesseitige Depesche***) war dem Prinzen gar nicht genehm, und erst nach zweimaliger Aenderung erklärte er sich zögernd einverstanden.

Ich bitte mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen.

Wir hatten Trauer durch den Tod eines Schwagers Larisch, der namentlich meine Frau sehr schmerzlich berührt hat.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebener Diener

Berlin, den 12. October 1858. Manteuffel.

137.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

1858 7. 11. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben allergnädigst geruht, mich an Stelle Seiner Excellenz des Herrn Freiherrn von Manteuffel zum Staats- und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

---

*) Preußischer Gesandter in Hannover.

**) S. o. S. 268, Anm. *).

***) Vom 6. October, vgl. Preußen im Bundestag III, S. 426, Anm. 1.

Indem ich Eure Hochwohlgeboren hiervon ergebenſt in Kenntniß zu ſetzen mich beehre, ſpreche ich die Hoffnung aus, durch Ihre gütige Mitwirkung in den Stand geſetzt zu werden, dem Allerhöchſten Vertrauen in der Verwaltung des mir anvertrauten Poſtens zu entſprechen, und erſuche Eure Hochwohlgeboren, die Depeſchen-Berichte ꝛc. fortan unter meiner Adreſſe hierher einzuſenden. 1858 7. 11.

Empfange Eure Hochwohlgeboren bei dieſem Anlaſſe die Verſicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Berlin, den 7ten November 1858. Schleinitz.

138.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz.

(Concept.)

Eurer Excellenz

hohen Erlaß, die Uebernahme der Geſchäfte des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten betreffend, habe ich heut zu erhalten die Ehre gehabt. Mit meinem Danke für die geneigte Mittheilung verbinde ich meinen ehrerbietigen Glückwunſch und die Verſicherung, daß ich jederzeit bemüht ſein werde, das Vertrauen, welches Hochderſelben geehrtes Schreiben ausſpricht, zu rechtfertigen und mir zu erhalten. Bei dem Wohlwollen, welches Eure Excellenz mir bisher gewährt haben, und aus dem Bewußtſein meines regen Eifers für den Königlichen Dienſt darf ich die Hoffnung ſchöpfen, daß Hochdieſelben meine amtlichen Leiſtungen mit Nachſicht beurtheilen werden. 1858 ? 11.

Mit ꝛc.

v. Bismarck.

139.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Eurer Hochwohlgeboren

1858 säume ich nicht meinen verbindlichsten Dank abzustatten nicht
18. 11. blos für die freundlichen Worte, mit denen Sie mich in meiner neuen Stellung haben begrüßen wollen, sondern ganz insbesondere auch für die in Ihrem Privat-Schreiben vom 9. d. M.*) enthaltene, den Stempel äußerster Lebensfrische und Naturtreue an sich tragende Schilderung des Eindrucks, den unsere Ministerial-Veränderung auf den bundestäglichen Mikrokosmus hervorgebracht hat. Wäre man genöthigt, diesen Herrn die Richtigkeit ihrer Prämissen zuzugestehn, so ließe sich gegen die Logik der daraus gezogenen Consequenzen schwerlich viel einwenden. Ich hege das feste Vertrauen, daß die Dinge nicht so kommen werden, wie man es von gewissen Seiten in prophetischem Wohlwollen für unvermeidlich zu halten scheint. Um auf der schiefen Fläche, die man uns so bereitwillig als unsere naturgemäße Basis anweist, nicht nach links hinabzurutschen, wird es vor allen Dingen darauf ankommen, sich nicht auf die schiefe Fläche zu stellen; dies einzusehn sollte man uns, die wir die letzten 10 Jahre nicht mehr als andre Leute geschlafen haben, doch billig zutrauen.

Mittheilungen, wie sie Ihr Schreiben vom 9ten enthält, haben nicht blos einen theoretischen, sondern einen sehr großen praktischen Werth für mich und können, natürlich ohne irgend eine Gefahr der Compromittirung für Sie nach mehr als einer Seite hin zu heilsamen Einwirkungen von mir benutzt werden. Es bedarf daher auch gewiß keiner besonderen Versicherung, wie sehr Sie meinen Wünschen entsprechen werden,

*) Concept nicht vorhanden; doch vgl. den Brief vom 12. November 1858 an Frau v. Arnim, Bismarckbriefe (8. Aufl.) S. 242 ff.

wenn Sie fortfahren wollen, in derſelben vertraulichen Weiſe mich auch ferner von Ihren Wahrnehmungen auf dieſem Gebiete in Kenntniß zu erhalten. 1858 13. 11.

In aufrichtigſter Hochachtung

Eurer Hochwohlgeboren

ganz ergebenſter

Berlin, den 13. November 1858. Schleinitz.

140.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichſt für die im gegenwärtigen Augenblicke doppelt intereſſante Mittheilung vom 1. und 3ten d. M.*), auf deren Inhalt hier näher einzugehen ich um ſo mehr unterlaſſen darf, als Ihr bevorſtehender Beſuch, zu dem der Prinz-Regent mit Vergnügen Seine Zuſtimmung ertheilte und der auch mir ſehr willkommen iſt, mir Gelegenheit geben wird, mündlich auf die Sache zurückzukommen. 1859 9. 1.

Mit den aufrichtigſten Neujahrs-Wünſchen

Euer Hochwohlgeboren

ganz ergebenſter

Berlin, d. 9. Januar 1859. Schleinitz.

141.

J. L. Motley an Bismarck.

Rome 16. Feb. 1859.

My dear Bismarck—

Are you really going to St. Petersburg? I have seen rumours to that effect from time to time, in the newspapers, 1859 16. 2.

*) Concept nicht vorhanden.

1859 16. 2. but I always took it for granted that they were only rumors. But now, it seems to be stated so formally that it must be a settled thing. I wish you could find time,—(I know you have very little to spare) to write me a single line, just to say if the fact is really so. I cant tell you how much disappointed I am. I really dont know whether it is a political advancement for you or not—but it seems to me that you and Mme de Bismarck are so happy and contented in Frankfort, and that you have so much less of the „pomp and circumstance" of courts—which I know is a bore to both of you—to make me doubt whether you will be at first much gratified by plunging into the arctic circle whither you seem to be bound.

But I confess that my emotions on the subject are very selfish. I always thought that I had you safe in Frankfort—and that I was sure to see you very often—as long as I remained in Europe, which—off and on—is likely to be for the greater part of my life—but now that you are going to Petersburg, it seems to me as though you were about migrating to the planet Jupiter.

Russia is so much farther off, in every respect, than America. Does your wife like the idea of removing from Frankfort. Pray give her my kindest regards and good wishes, and say to her how deeply disappointed I am to lose the opportunity of seeing you all again—I wished so much to introduce my wife and children to you and yours, and we even have talked of spending a year or two in Frankfort, as I dont think that Rome agrees much with any of us.

Do write me a word or two, if you can spare a few moments' time, and tell me what your plans are, why you are going to Russia and when, how your wife likes it, and all the other ifs and ands—I have n't written to you before, because I knew, that you did n't care much for correspondence, and

would be glad perhaps not to be obliged to write.—Now you must write, for I dont like to think that I have lost my hold upon you forever. 1859 16. 2.

I have seen Canitz here this winter. He seems desirous of getting appointed to this place, but I infer from what he says that he is likely to remain at Naples. There is a young English lady here to whom it is said that he is engaged to be married—but it is not officielly announced. She is a Miss W . . . ., very young, pretty, and with a handsome fortune. The family occupy apartments in the same palazzo with us, and we have exchanged calls and cards—but we have not yet seen very much of them. I am sure I wish Canitz every happiness, for he is certainly one of the best hearted, excellent fellows in the world. We had the pleasure of seeing him very often during his brief visit here—rather the oftener, you will infer, from the propinquity of lodgings, which I have alluded—and my wife likes him as much as I do.

Pray tell me if you have heard of Keyserling*)—and if you know his address. He ows me a letter since May, having let our correspondence drop in the most flagitious manner. I dont know his address now, or I would write to him again—but I am quite ignorant whether he has returned to Courland or has remained in Paris. Who is to be your Prussian minister here? You were kind enough to give me a letter of introduction to Mr. von Thiele, but he had already left his post before we arrived, and, as I understand, is not to return. If the new minister—whoever he may be—happens to be an acquaintance of yours, perhaps you would not object to send me a line of introduction to him.

Thus far, I have not been able to get into the papal

*) Graf Hermann Keyserling.

1859 16. 2. Archives, and doubt very much whether I shall succeed. Our minister here is very obliging, and in doing all that he can, but I suspect that there is no key which will unlock those secrets to a protestant. Meantime I am working hard at the materials which I brought with me, from other Archives—particularly those of Belgium, Holland, Spain and England, and have got enough work on my hands to last me for years. Nevertheless I shall have finished two or three volumes, I suspect, before you will have read the first work*). Pray tell Mad^me^ de B. that I hope one of these days she will read the work for „old acquaintance sake". If she objects to reading English, there is a German translation—published in Dresden—and two French translations, one published in Brussels, the other in Paris. Pray forgive this egotism—for it is the egotism of friendship, not of vanity. I cant help wishing that you would both sometimes recall me to your memory, and I know no better way than by asking her to sometimes read a chapter or two of my writings. I am sure I shall never forget her and you—our early friendship, and the to me delightful days we have passed together since it is has been renewed. I always feel when I am with you, as if twenty years had rolled off my back in one lump, like a knapsack, as if my shoes were not covered with the dust of the long life's turnpike along which we have been tailing since the early days.

God bless you and yours, my dear Bismarck. May you prosper and succeed—as you deserve to succeed—domi militiaeque. Write me half dozen lines, as soon as you conveniently can,

---

*) The rise of the Dutch Republic, 3 Bde. 1856; damals arbeitete M. an der History of the United Netherlands, die in 3 Bänden 1860 erſchien.

and with best regards to your wife and children believe me most sincerely your friend 1859 16. 2.

J. L. Motley.

Address
aux soins de
Tarlonia & Cie.
Rome.

142.

Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

eile ich mit der Bitte um Nachſicht für die Flüchtigkeit dieſer Zeilen raſch noch unter Benutzung der ſichern Gelegenheit zu ſchreiben. 1859 28. 2.

Der Vorgang in dem Militair-Ausſchuſſe*) iſt ſehr ernſthaft, und ich finde für ihn keinerlei Rechtfertigung. Er wird uns große Verlegenheiten bereiten. Ihr letzter Bericht**) trifft m. E. die Sache in ihrem Kern. Doch ſind die Sachſen nicht zufrieden mit dem Vorgehen ihres Commiſſars***) und werden deshalb den Anträgen entgegentreten, welche Aufſehen erregen-

*) Die Bundesmilitärcommiſſion hatte ſich einen Uebergriff in das Gebiet der Politik erlaubt, indem ſie an den Militär-Ausſchuß ſelbſtändige Anträge in Betreff von Maßregeln zur Vertheidigung des Bundesgebiets für den Fall eines Angriffs auf die öſterreichiſchen Beſitzungen in Italien richtete. Der preußiſche Militärbevollmächtigte, General Dannhauer, hatte den Anregungen des Feldmarſchall-Lieutenants v. Schmerling nachgegeben, ohne ſich mit dem politiſchen Vertreter Preußens am Bunde zuvor ins Vernehmen zu ſetzen und ohne Rückfrage bei der Königlichen Regierung.

**) Vom 26. Februar 1859, Preußen im Bundestag III, No. 220 S. 474 ff.

***) Oberſt v. Spiegel.

1859 28. 2. der und provocirender Natur ſein könnten. Sollte der Vorgang nicht ſo ernſt hier genommen werden, wie er iſt, (was ich jedoch nicht annehme) ſo würde ich es ſehr beklagen.

In Betreff des Legationsſekretairs iſt nie im Ernſt an Rechenberg gedacht; nur er ſelbſt hat wohl den Wunſch gehabt, nach P.*) zu kommen. Ich habe Ihren Wunſch, daß die Entſcheidung bis zu Ihrer Ankunft vertagt werde, Herrn von Schleinitz mitgetheilt und glaube annehmen zu dürfen, daß der Herr Miniſter damit einverſtanden iſt.

Der Petersburger Poſten iſt im höchſten Maaße wichtig und wird es mit jedem Tage mehr. Ich verkenne den Werth der Frankfurter Stellung in keiner Weiſe; aber die allgemeine politiſche Bedeutung der Petersburger iſt ohne Vergleich größer und weit bedeutender. Wir erwarten hier ſehr viel von Ihrer dortigen Thätigkeit; Sie beſitzen dort Vertrauen und können und werden dort der Krone und dem Lande die wichtigſten Dienſte leiſten. Petersburg iſt nichts weniger als ein „ehrenvolles Exil", wie Sie hier meinten. Ich habe die Hoffnung, daß Sie bald ganz dieſer Auffaſſung entſagen werden.

Ich hoffe, Sie werden mit dem Inhalte des heute abgehenden Erlaſſes zufrieden ſein.

Hoffentlich iſt Ihr Befinden wieder gut. Jeden Falls wäre es höchſt wünſchenswerth, daß Sie die Güte hätten, Herrn v. Uſedom noch ein Paar Tage mit den dortigen Verhältniſſen bekannt zu machen. Der Ort und die Stellung ſind nicht leicht ſchwieriger geweſen als gegenwärtig. Der neueſte Vorgang beſtätigt es.

Nochmals die Bitte um Nachſicht für die Flüchtigkeit dieſer Zeilen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/2. 59. v. Gruner.

---

*) Petersburg.

143.

Bismarck an Minister v. Schleinitz*).

Petersburg den 12. May 1859.

Eurer Excellenz

sage ich meinen gehorsamsten Dank für die so reiche und inter- 1859
essante Expedition, welche ich vorgestern Abend durch Feldjäger 12. 5.
Hahn erhalten habe. Im Laufe des gestrigen Tages habe ich Gelegenheit gefunden, mich in der allgemeinen Richtung der mir zugegangnen Mittheilungen gegen den Fürsten Gortschakow auszusprechen. Mein beifolgender Bericht**) enthält darüber Näheres, und erlaube ich mir in diesen Zeilen eine andre Seite der Frage zur Sprache zu bringen, welche ich in amtlicher Form nicht mit derselben Offenheit zu berühren wage, da ich noch nicht weiß, bis zu welchem Grade sie Eurer Excellenz als verdammliche Ketzerei erscheinen wird.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequivalente zu gewähren, welche Oestreich, bei einem ungleich größern Maße eigner freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regirungen der kleinern Staaten nicht mit gleichem Maße gemessen; die Auslegung des Zweckes und der Gesetze des Bundes modificirt sich nach den Bedürfnissen der östreichischen Politik. Ich darf mich

*) Der Brief ist zwar schon von Hesekiel und seitdem öfters veröffentlicht worden, aber mit so viel Fehlern und Lücken, daß seine Wiedergabe nach einer zu den Privatakten genommenen Abschrift sich nöthig macht.

**) Die Berichte Bismarcks aus Petersburg sind leider noch nicht veröffentlicht.

1859 12. 5. Eurer Excellenz Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung durch detaillirtes Eingehn auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten, und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen Frage. Stets haben wir uns derselben compacten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber gefunden. In der orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Oestreichs der unsrigen so überlegen, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregirungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns unsre Bundesgenossen damals zu verstehn gegeben oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oestreich seinen eignen Weg gehe, obschon es unzweifelhaft sei, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unsrer friedlichen Politik zur Seite ständen; dies war damals wenigstens die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eignen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oestreich beruht überwiegend auf solchen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit östreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig nur gegen Preußen gerichtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine

gleichberechtigten Bundesgenossen die Assecuranz gegen zu weit gehendes Uebergewicht Oestreichs zu leisten, und das Mißverhältniß seiner Pflichten und seiner Rechte im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stätigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Product einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleinern Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden. 1859 12. 5.

Seitdem unsre Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Oestreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Prinzipien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seit die Bestimmungen, welche nur eine Bedeutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, soweit sie von dem Einverständnisse Preußens und Oestreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten versucht werden, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind. Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geschickte Behandlung wohl in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten. In gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andre Seite, welche sich im Besitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches Ungehörige geschehn sei, aber im „allgemeinen Interesse" den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangne Dinge und „innere" Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine

1859 12. 5. Gelegenheit, wenn wir die jetzige*) unbenutzt lassen, vielleicht nicht sobald wieder, und wir sind später von Neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten Nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben nach dem Rathe Eurer Excellenz eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über Preußische Politik beiwohnen kann und die sich dasselbe nicht durch Partheileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unsrer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg**) so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreis der urtheilslosen und veränderlichen Tagesstimmung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich aber dabei der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regirungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten, deren gesammter Bestand Einem Dritttheil unsrer Armee militärisch nicht gewachsen ist, uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, andern Interessen dienen als Preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehn, daß

*) Da Oesterreich der Hülfe Preußens im Kriege gegen Frankreich bedurfte.

**) Die Mittelstaaten.

sie nicht zugleich die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen. 1859 12. 5.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsre Bundesgenossen uns bieten, mit Eifer ergreifen sollten, um die Rolle der Verletzten zu übernehmen und aus dieser zu derjenigen Revision unsrer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleinern deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh, den Baiern uns hinwerfen zu wollen scheint, bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt zur Krisis der Besserung darin sehn, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, also einen Bruch der Bundesverträge finden können, je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Oestreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unsrer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsre Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dazu zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe durch unsre eigne Geschicklichkeit in unauffälliger Weise nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich eben aus der Sonntagsnummer ersehe, in ihrem blinden Eifer stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weitres über die Preußische Armee disponiren könnte. Nicht bloß an diesem Blatt habe ich bisher mit Besorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Oestreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montirt worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den

1859 12. 5. Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer Bedrückung es gereizt haben. Es ist so weit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemein deutscher Gesinnung ein Preußisches Blatt sich zu Preußischem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeierei (verzeihen Eure Excellenz diesen so bezeichnenden Ausdruck*) spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oestreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Correspondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zum Hauptzwecke, und an einigen unsrer Berliner und andrer Blätter vermag ein erfahrner Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Oestreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen. Die Kreuzzeitung thut gratis, was Koller**) irgend wünschen kann. Die andern combiniren ihre Richtungen nach den Rücksichten, welche sie theils auf die Subvention, theils auf das Abonnement zu nehmen haben.

Ich weiß nicht, ob wir nicht unsre offiziöse Einwirkung auf die Presse zu sehr eingeschränkt haben, und ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unsrer deutschen Bundesgenossen, besonders Baierns, die Saite selbständiger Preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehn in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten. Baiern kann seine 108000 M. (?) unmöglich lange demonstrativ auf den Beinen halten; das Münchner Cabinet wird seit dem Eintritt Schrenks, wenn dieser seiner Vergangenheit nicht untreu wird, sich viel entschiedener als bisher an Oestreich anschließen, und Pfordten***) wird das Be-

*) Piepmeier war in den vierziger Jahren der Typus für den charakterlosen Philister.

**) Oesterreichischer Gesandter in Berlin.

***) Der an Schrencks Stelle bayrischer Bundestagsgesandter geworden war.

dürfniß haben, die Augen der Welt auf die Berathungen der Bundesverſammlung zu lenken. 1859 12. 5.

In dieſen Eventualitäten kann ſich, wie Eure Excellenz mir bereits in einer telegraphiſchen Depeſche andeuteten, die Weisheit unſrer militäriſchen Vorſichtsmaßregeln noch nach andern Richtungen hin bethätigen und unſrer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das Preußiſche Selbſtgefühl einen ebenſo lauten, und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „Deutſch" für „Preußiſch" möchte ich gern erſt dann auf unſre Fahne geſchrieben ſehn, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unſern übrigen Landsleuten verbunden wären, als bisher; es verliert von ſeinem Zauber, wenn man es ſchon jetzt, in Anwendung auf ſeinen bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Eure Excellenz mir in dieſem brieflichen Streifzuge in das Gebiet meiner frühern Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiſte zurufen; aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten, ſondern nur das Zeugniß eines Sachverſtändigen wider den Bund ablegen wollen. Ich ſehe in unſerm Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder ſpäter ferro et igni werden heilen müſſen, wenn wir nicht bei Zeiten in günſtiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heut lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne etwas andres an ſeine Stelle zu ſetzen, ſo glaube ich, daß ſchon auf Grund dieſer negativen Errungenſchaft ſich bald beſſre und natürlichere Beziehungen Preußens zu ſeinen deutſchen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältniſſe hätten, wie Oeſtreich vermöge der jetzt angefochtenen Verträge ſie zu den italiäniſchen Herzogthümern hatte, ſo läge mutatis mutandis ſchon darin ein großer Fortſchritt für uns.

v. Bismarck.

144.

Bismarck an General Guſtav v. Alvensleben.

Petersburg 14. Mai 59.

Lieber Alvensleben

1859 14. 5. Die anliegende Abſchrift eines Briefes an Schleinitz hatte ich eigentlich für den Fürſten von Hohenzollern*) beſtimmt; nachdem ſie aber fertig war, wurde ich zweifelhaft, wie Se. Hoheit ſich wohl im innerſten Herzen zu dieſen Dingen ſtellen mag, und ob er es nicht übel nimmt, wenn ich ihm eine Abſchrift eines Briefes an ſeinen Collegen Schleinitz ſchicke, als ob ich den Herrn nicht ſo viel Intimität unter einander zutraute, daß ſie ſich von ſelbſt einander mittheilen werden, was ihnen zu wiſſen frommt. Ich glaube auch, daß Schleinitz mein Schreiben Sr. K. H. dem Regenten nicht vorenthalten wird, obſchon ich kaum hoffe, daß es dort goutirt wird. Wenn Sie Neigung und Gelegenheit haben, dem Prinzen den Funken Königlichen Ehrgeizes in dieſem Sinne anzublaſen, ſo möchte ich Sie bitten, den Inhalt der Anlage ſo zu benutzen, daß ich Ihnen in Form beſondern Briefes dieſelben Dinge wie an Schleinitz geſchrieben, was ja doch nur auf Kopf und Schwanz ankommt, und auf den Irrthum, ob Sie ſchon die innere Excellenz auch äußerlich führen oder nicht. Es iſt ſonſt immer ein Element von Mißtrauen und Verſtimmung, wenn ich an Schleinitz ſchreibe, und gleichzeitig Ihnen Abſchrift ſchicke, und der Prinz das etwa verlauten läßt.

Ich darf annehmen, daß meine Frau nun endlich das blutende Herz von Frankfurt losgeriſſen haben wird, und ſich Ihres Wiederſehns in Berlin bereits erfreut hat. Ich hoffe ſie im Juni oder July aus Pommern abholen zu dürfen, da ich

*) Karl Anton, Präſident des Staatsminiſteriums.

sie unter allen diesen der deutschen Sprache und Sitte un- 1859
kundigen Völkerschaften nicht ihrem Schicksale überlassen kann. 14. 5.

Leben Sie wohl und grüßen Sie die wenigen die es verdienen von Ihrem

treu ergebenen
v. Bismarck.

Aufschrift des Couverts:

An
den Königl. General-Major und Adjutanten
Sr. K. Hoheit des Prinzen Regenten
Herrn von Alvensleben
Hochwohlgeboren
Berlin
Leipziger Str. 41.

Auf der Rückseite des Couverts mit Bleistift von der Hand des Prinzregenten:

Während Ihrer Abwesenheit im Depeschen-Paket eingetroffen und von mir erbrochen.

W. P.R.

145.

Bismarck an Minister v. Schleinitz.

Petersburg 29. Mai 1859.

Eurer Excellenz

zeige ich mit Rücksicht auf den von mir geäußerten Wunsch, 1859
Petersburg auf 4 Tage verlassen zu dürfen, gehorsamst an, 29. 5.
daß sich der Fürst Gortschakow am Mittwoch den 1 Juni auf 14 Tage nach Zarkoe Selo begiebt, um dort eine Cur zu gebrauchen, deren er in Folge wiederholter Halsleiden und Heiserkeiten bedarf. Er hat uns dabei den Wunsch ausgedrückt, während dieser Zeit nur in besonders dringenden Fällen geschäftlich aufgesucht zu werden. Es würde also ein Nachtheil

1859 29. 5. für den Dienſt durch meine kurze Abweſenheit um ſo weniger zu beſorgen ſein. Die Stadt fängt überhaupt bei der ſeit 8 Tagen anhaltenden Hitze an, ſich mit überraſchender Schnelligkeit zu entvölkern, und wir Diplomaten werden mehr und mehr auf den Umgang mit einander beſchränkt, worin kein Fortſchritt auf dem Gebiete geſelliger Annehmlichkeit zu entdecken iſt. Insbeſondre ſind die deutſchen Collegen für mich ein chroniſches Uebel, deſſen Leiden mir ſoeben bei einer Berathung über das unter unſrer (Preußiſchen) Protection ſtehende deutſche Armenhaus wieder beſonders anſchaulich geworden ſind, und über deſſen ärztliche Behandlung ich noch nicht mit mir einig werden kann. Obſchon ich ihnen, auf Grund von Frankfurter Antecedentien und Verläumdungen, keine persona grata bin, ſo machen ſie doch den landsmannſchaftlichen Anſpruch, auf mich in Betreff politiſcher Mittheilungen angewieſen zu ſein, weil ſie den Fürſten Gortſchakow faſt niemals ſehn, und er ſich auf große Politik mit ihnen nur in den engſten amtlichen Grenzen einläßt. Die Dreiſtigkeit, mit welcher mir unter dieſer Rubrik die indiſcreteſten Fragen à brûle-pourpoint geſtellt werden, überſteigt jede Vorausſicht eines wohlerzognen Politikers, und beſonders entwickelt Graf Károlyi*) die rückſichtsloſeſte Entſchloſſenheit nach dieſer Richtung hin, ſtets unter dem Vorwande unſres bundesfreundlichen Verhältniſſes. Ich mag mich nun ſolchen Fragen gegenüber verhalten wie ich will, ſo entgehe ich doch niemals dem Mißbrauch meiner Antworten. Färbe ich meine Auslaſſung einigermaßen rückſichtsvoll für den Frager, d. h. im öſtreichiſch-mittelſtaatlichen Sinn, ſo höre ich ſchon am andern Tage von Gortſchakow, daß ihm durch belgiſche, engliſche, griechiſche (der Fürſt Soutzo iſt ein Günſtling des Miniſters) Canäle zu Ohren gekommen iſt, Preußen fange doch an, der Mehrheit ſeiner Bundesgenoſſen nachzugeben, da ſogar

*) Oeſterreichiſcher Geſandter in Petersburg.

ich der Gerechtigkeit ihrer Auffaſſungen zugänglich geworden ſei. 1859
Weiche ich der Antwort aus, ſo heißt es, daß ich mich nur mit 29. 5.
Ruſſen, Franzoſen und Engländern einlaſſe, gegen den deutſchen Landsmann aber den boutonnirten Großmachts-Vertreter ſpiele. Vertrete ich ehrlich den Standpunkt unſrer Regirung, indem ich uns die Initiative in Deutſchland gewahrt wiſſen will, und mich bemühe, Illuſionen aufzuklären und leidenſchaftlichen Hoffnungen keine Ermuthigung zu geben, ſo werde ich in den hieſigen deutſchen Kreiſen und in Berichten nach Hauſe als Bonapartiſt und Verſchwörer gegen Deutſchland angeklagt, mit allen den Uebertreibungen und Entſtellungen, welche ich von Frankfurt her gewohnt bin, und welche ſeit 8 Jahren ſo oft ihren Ausdruck in Beſchwerden über mich, bis in die fürſtlichen Privat-Correſpondenzen hinein, gefunden haben. Der Uebelſtand iſt, daß die Vertreter der kleinern Staaten nichts zu thun haben, oder ſich doch für die Geſchäfte, welche der Schutz ihrer Landsleute mit ſich bringt, nicht intereſſiren, ſondern auf Klatſchereien hin große Politik treiben, wenn ihnen der geſchäftliche Anhalt dazu fehlt. Graf Münſter*) geht glücklicher Weiſe am Mittwoch fort. Er iſt der Aufgeregteſte, unter ſeiner Hülle niederſächſiſchen Phlegmas, und vermöge unſrer näheren perſönlichen Bekanntſchaft iſt es für mich doppelt ſchwierig, auf die Fragen die er als „guter Freund" zur Diſcuſſion bringt, mich als Diplomat ſo auszuſprechen, daß ich möglichſt wenig Stoff zur Berichterſtattung und zur Beſchwerde gebe. Könneritz**) affichirt eine lebhafte Begeiſterung für Preußen, ſchilt über Beuſt und über Oeſtreich und ſpricht, als ob er unter einem Miniſterium Carlowitz fungirte. Montgelas***) iſt in tiefſter Verſtimmung über die Entwerthung der öſtreichiſchen Papiere, und ſcheint ſonderbarer Weiſe das Mittel, dieſem abzuhelfen, in der Verall-

*) Hannöverſcher Geſandter in Petersburg.
**) Kgl. Sächſiſcher Geſandter in Petersburg.
***) Bayeriſcher Geſandter in Petersburg.

1859 29. 5. gemeinerung des Krieges zu erblicken. Auf meinen Wunsch, daß in Deutschland Sammlungen für unsern hiesigen Wohlthätigkeitsverein veranlaßt werden möchten, entgegnete er, daß in Baiern kein Kreuzer eingehn werde, weil alle reichen Leute am Rande des Ruins ständen; sein Schwiegervater (Seinsheim) habe seinen Etat von 6 Pferden auf 2 herabsetzen müssen, und der reiche Graf Schönborn sei in der peinlichsten Lage, da jedermann sein Vermögen in Metalliques angelegt habe. „Daher," setzte er noch hinzu, „kommt auch bei uns die zornige Stimmung gegen Napoleon."

Fürst Gortschakow hat mir heut einen Erlaß an Budberg über seine letzte Unterredung mit Károlyi vorgelesen, und bittet mich Eurer Excellenz zu schreiben, daß Budberg denselben auf Verlangen mittheilen dürfe; er stimmt mit dem Inhalt meines letzten Immediatberichtes.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich

Eurer Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck.

146.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 24. Juni 1859.

Eurer Hochwohlgeboren

1859 24. 6. empfinde ich das Bedürfniß endlich einmal meinen wärmsten Dank auszusprechen für die vielen und interessanten Privatmittheilungen, die Sie im Laufe der letzten Monate an mich haben richten wollen.

Ihr letzter umfassender Bericht über die längere Conversation mit dem Kaiser hat auf den Prinzen Regenten einen

sehr guten Eindruck gemacht. Auch mir ist es sehr erfreulich 1859
gewesen, daß man unsere Mobilmachung in Petersburg so ruhig, 24. 6.
billig und verständig zu beurtheilen scheint. Für mich ist dabei die Betrachtung entscheidend gewesen, daß Preußen in Zeitläuften, wie die jetzigen, einer activen schlagfertigen Armee gar nicht entbehren kann, daß aber eine solche ohne ganze oder theilweise Mobilisirung überhaupt nicht besteht, und daß man daher zu dieser immerhin sehr lästigen und bedenklichen Maßregel schreiten muß, wenn nicht von Haus aus auf eine rasche und energische Action verzichtet werden soll. Was den Umfang der Aufstellungen betrifft, so hätte ich mich allerdings gern mit etwas wenigerem begnügt, denn die Schwierigkeit, so große Massen unbeschäftigt unter den Waffen zu halten, wird ohne Zweifel noch vielfach in störender, vielleicht gefährlicher Weise dem Gange einer bemessenen und leidenschaftslosen Politik in den Weg treten. Glücklicherweise ist der Kriegsfuror in Preußen beinahe gänzlich erloschen und im übrigen Deutschland doch auch im Abnehmen begriffen, und zu diesem letzteren Resultate hat unsere Mobilmachung, die den guten Leuten den Ernst der Lage vor Augen geführt, nicht unwesentlich beigetragen. In unseren maßgebenden Kreisen ist besonders seit einigen Tagen gleichfalls eine bei weitem ruhigere und objectivere Anschauung hervorgetreten, und so darf man an der Hoffnung festhalten, daß Preußen entweder sich ganz aus diesem Kriege fernhalten oder es doch mindestens vermeiden werde, sich in ganz kopfloser Weise und unter den ungünstigsten Constellationen hineinzustürzen. Wir werden in diesen Tagen in Petersburg und London Mittheilungen machen, die den ersten Anstoß zu einer Verständigung über eine gemeinschaftliche Friedens- und Vermittelungsbasis geben sollen. Sie werden dort hoffentlich befriedigen, da sie nichts präjudiziren und sich in Form und Inhalt von der Prätension eines Ultimatums oder eines endgültigen und unabänderlichen Entschlusses fern halten. Es ist wichtig,

1859 24. 6. daß diese Schritte in Petersburg einer möglichst friedlichen und eingehenden Aufnahme begegnen, um dadurch unser Cabinet auf dem Standpunkt der Gemeinsamkeit mit den andern neutralen Mächten so lange als möglich festzuhalten. Gar zu lange darf die Ungewißheit freilich auch nicht dauern, denn das halten wir nicht aus; da ganz in der Kürze eine große Schlacht bevorzustehen scheint*), ist indeß auch zu hoffen, daß bald der Moment der friedlichen Intervention gekommen sein wird. Die Richtigkeit des von Ihnen selbst vielfach angedeuteten Factums, daß mancherlei gegen Ihre Person und gegen Ihre amtliche Wirksamkeit gerichtete Insinuationen hierher gelangt sind, vermag ich allerdings nicht in Abrede zu stellen, kann jedoch zugleich hinzufügen, daß es mir gelungen ist, mit Ihren Berichten in der Hand denselben mit Effekt entgegenzutreten. Wenn ich mir nichtsdestoweniger die Bitte gestatte, daß Euer Hochwohlgeboren Sich auch in Ihren außeramtlichen Gesprächen und Beziehungen möglichst dem Standpunkte Ihrer Regierung conformiren möchten, so ist diese Bitte vielleicht ganz überflüssig, allein der Wunsch, den Angriffen der Gegner nach keiner Seite hin eine Blöße darzubieten, hat mich dennoch vermocht, sie Ihnen auszusprechen.

Die militärische Deputation zur Einweihung des Denkmals für Kaiser Nicolaus wird in Petersburg erscheinen und mit ihnen der erst perhorrescirte, nun erbetene Münster**). Der Prinz-Regent ist auf diese Idee sehr bereitwillig eingegangen und freut sich im Grunde, daß auf diese Weise der ihm selbst sehr schmerzliche Mißton in den Beziehungen zu seinem kaiserlichen Neffen definitiv beseitigt wird.

Die Bewilligung des von Ihnen für nächsten Monat ge-

---

*) Sie wurde am selben Tage bei Solferino geschlagen.

**) Graf Hugo zu Münster, früher Militärbevollmächtigter in Petersburg.

wünſchten Urlaubs wird, denke ich, keine Schwierigkeiten haben. 1859
Indeſſen, wer weiß, wo bis dahin die Welt ſteht. 24. 6.

Mit aufrichtigſter Hochachtung und Ergebenheit

ganz

Ihr

Schleinitz.

147.

Unterſtaatsſecretär v. Gruner an Bismarck.

Euer Hochwohlgeboren

befinden Sich in dieſem Augenblicke auf demjenigen Punkte, 1859
welcher für uns der bei Weitem wichtigſte iſt. Wir treiben hier 1. 7.
nach dem Kriege hin, wenn nicht namentlich das Ruſſiſche Cabinet uns in unſern Friedensbemühungen entſchieden unterſtützt. Die Depeſche, welche eine allgemein gehaltene Anfrage ausſpricht, befindet ſich in Ihren Händen. Gewiß wird Ihr Einfluß und Ihre Thätigkeit ihr eine möglichſt gute Aufnahme bereiten. — Hier ſieht es ſehr trübe aus — in Wien, wie es ſcheint, ganz trüb. Wir erwarten in dieſen Tagen Goltz auf Urlaub.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 1/7. 59. v. Gruner.

148.

Bismarck an Miniſter v. Schleinitz.

(Eigenhändiges Concept.)

Berlin 25. September 1859.

Eurer Excellenz

beehre ich mich verabredeter Maßen zu melden, was ich hier 1859
mit Budberg*) beſprochen habe. Ich konnte aus ſeinen Aeuße- 25. 9.

*) Damals ruſſiſcher Geſandter in Berlin.

1859 25. 9. rungen ſchließen, daß die Frage, ob und wie die beiden allerhöchſten Herrn zuſammentreffen könnten, ſchon Gegenſtand der Erwägung und Mittheilung an Budberg geweſen iſt und daß der Kaiſer auf der einen Seite die Zuſammenkunft lebhaft wünſcht, während er auf der andern findet, daß ſie nicht in unmittelbarer Nähe Sr. Majeſtät des Königs ſtatthaben könne, ſo lange der Zuſtand des hohen Kranken von der Art ſei, daß jeder Zutritt auch der äußern Form nach unterſagt bleibe. Der Kaiſer iſt der Anſicht, daß es ebenſo wie für ſein eignes Gefühl auch auf die öffentliche Meinung von peinlicher Wirkung ſein werde, wenn er ſich am dieſſeitigen Hoflager zum Beſuche einfinde, ohne einem ſo nahen Verwandten wie dem Könige in einem ſo ſchweren Leiden irgend einen unmittelbaren Beweis der Theilnahme geben zu können.

Nach meiner Auffaſſung der Gefühlsweiſe des Kaiſers kann ich mir wohl denken, daß Budbergs Verſion einfach wahr iſt, daß ein etwaiges Streben, die Zuſammenkunft nach Warſchau zu verlegen, keinen Antheil an ſeinen Aeußerungen gegen mich hat, wenn ſchon er andeutete, daß das Erſcheinen des Kaiſers Franz Joſeph in Warſchau nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit läge. Jedenfalls habe ich ihm geſagt, daß ein neuer Beſuch Sr. Königlichen Hoheit des Regenten in Warſchau nach meiner perſönlichen Auffaſſung den für *uns* wünſchenswerthen Eindruck in der politiſchen Welt verfehlen werde. Er brachte darauf Breslau zur Sprache und fragte, ob dort wohl Truppen genug wären, um dem Kaiſer eine Revue zu geben. Ich ſagte, daß es mir des durchſichtigen Vorwandes, einige Regimenter zu ſehn, gar nicht zu bedürfen ſcheine, ſondern daß der frühere Beſuch S. Königlichen Hoheit des Regenten, die verwandſchaftlichen Beziehungen und die ſchwebenden politiſchen Fragen es gewiß vor aller Welt natürlich erſcheinen ließen, wenn der Kaiſer mit ſeinem Durchlauchtigen Oheim zuſammenkäme. Budberg ſtimmte dem bei, wünſchte es ſelbſt lebhaft

und meinte nur, daß irgend eine vertrauliche Anregung, eine Andeutung, daß sein Besuch gern gesehn werden würde, etwa durch Loën *) dem Kaiser den Anstoß geben möchte, wenn er nach Preußen kommen sollte. Wäre der König in seinem leidenden Zustande nicht in der Residenz anwesend, so würde es, nach den Dispositionen des Kaisers nichts der Art bedürfen, um ihn nach Berlin zu führen; so aber scheine Breslau der einzige geeignete Ort. 1859 25. 9.

Der Fürst Gortschakow wird sich schon einige Tage vor dem Kaiser in Warschau einfinden. Wenn S. Königliche Hoheit es vielleicht für angemessen hält, daß ich mich zur Zeit der dortigen Ankunft des Kaisers an das dortige Hoflager begebe und eine Einladung nach Breslau vermittle, so würde ich um geneigten Befehl darüber bitten, damit ich meine Einrichtungen rechtzeitig treffen kann. Meine Ueberzeugung, daß die Entrevue überhaupt politisch von sehr günstigem Eindruck sein würde, kann ich nur gehorsamst wiederholen.

Mein Freund Unruh **) hat mich gestern hier aufgesucht; er sagt, daß die Antwort auf die Stettiner Adresse günstig gewirkt habe, und erzählte mir als Zeichen der Stimmung, daß der sonst sehr avancirte Democraten-Häuptling Metz aus Darmstadt in Fr(ankfurt) ausgerufen habe: lieber das schärfste Preußische Militärregiment als die kleinstaatliche Misere. Er hoffte in den Zeitungen bald eine diesseitige Antwort auf die östreichische Note an (den) H(erzog) von C(oburg) ***) zu lesen,

---

*) Preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

**) Vgl. dazu die Erinnerungen von H. Victor von Unruh, herausg. von v. Poschinger, S. 194 ff. 207 ff.

***) Die Förderung, die Herzog Ernst von Coburg dem Gedanken der Gründung einer großen nationalen Partei (des „Nationalvereins") zu Theil werden ließ, hatte den Grafen Rechberg zum Erlaß einer Note an den Herzog von Coburg bestimmt, in der er gegen Ansichten Verwahrung einlegte, welche im Munde eines souveränen Fürsten ganz besonders tadelnswerth wären. Auch an die preußische Regierung hatte

1859 25. 9. in welcher wenigſtens die Mangelhaftigkeit der Bundes-Verfaſſung anerkannt würde.

Ich gehe heut nach Reinfeld bei Zuckers in Pommern ab; für meine Reiſe mit Familie nach Petersburg wollte ich mir einen großen Diligence-Wagen auf die Gränze beſtellen, wozu ich die Beſtellung etwa 10 Tage vorher machen muß. Ich würde daher Eurer Excellenz ſehr dankbar ſein, wenn ich Weiſungen, die auf Beſchleunigung oder Verzögerung meiner Reiſe von Einfluß wären, nach Reinfeld zeitig zugeſchickt erhielte.

v. Bismarck.

149.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Baden d. 29. Sept. 1859.

Verehrter Freund,

1859 29. 9. die Art und Weiſe, wie Sie das Thema der Entrevue mit Herrn v. Budberg beſprochen, iſt in vollſter Uebereinſtimmung mit dem, was unſer Allergnädigſter Herr in dieſer Beziehung denkt und wünſcht. Zwar meint S. Königliche Hoheit, daß, da Niemand, ſelbſt nicht die eignen Geſchwiſter den kranken König ſehen, auch der Kaiſer von Rußland füglich dieſelbe Poſition acceptiren könne und ſich aus dieſem Grunde von einem Beſuche in Berlin nicht abhalten zu laſſen brauche. Allein auch der Prinz iſt der Anſicht, daß unter den obwaltenden Umſtänden eine Zuſammenkunft an einem dritten Orte vielleicht vorzuziehen ſei, und er erklärte ſich mit Breslau vollkommen einverſtanden. Ich werde nun entweder durch Loën, von dem weder der Prinz noch ich wiſſen, ob er den Kaiſer auf ſeiner Reiſe begleitet oder nicht,

---

ſich Rechberg gewendet, um über den Herzog Beſchwerde zu führen, erhielt aber von dort eine ziemlich ſcharfe Antwort, vgl. Herzog Ernſt, Aus meinem Leben II, 522 f.

oder durch Budberg den weitern Impuls geben, damit die Sache möglichst bald ins Reine komme. Da hiernach die Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Idee zur Ausführung kommen werde, und wenn dieß auch in der Eremitage*) nicht geschehen sollte, jedenfalls das Decorum zu verlangen scheint, daß Sie während der Anwesenheit des Kaisers in Warschau Sich dort einfinden, so scheint es mir das Zweckmäßigste zu sein, wenn Sie Ihrer Abreise nach Petersburg vorläufig noch Anstand geben, was hoffentlich mit nicht zu großen Nachtheilen und Unbequemlichkeiten hinsichtlich der Beschwerden der Uebersiedelung Ihrer Familie verbunden sein wird. 1859 29. 9.

Die Unruh'sche Mittheilung constatirt ein ebenso merkwürdiges als erfreuliches Factum. Den Wunsch wegen Veröffentlichung unserer Antwort in Sachen Oesterreich contra Coburg werden wir denke ich bald erfüllen können.

Zum Schlusse entledige ich mich der Aufträge zweier schönen Damen, indem ich Ihnen von Seiten Ihrer Majestät der Königin von Holland**) deren lebhaftes Bedauern auszudrücken habe, Sie wegen einer angeblichen Veränderung in Ihrer äußern Erscheinung hier auf der Promenade nicht sogleich, sondern erst ex post erkannt zu haben, während die Fürstin Obolenski mich ersucht hat, Ihnen zu sagen, wie sehr Sie ihr hier fehlen, wobei sie meiner Feder überläßt, Sie gleichzeitig in ihrem Namen mit einer Fülle von Liebenswürdigkeiten zu überschütten. Diesem erfreulichen Mandate mit Vergnügen, wenngleich wegen Mangels an Zeit und Raum nur summarisch entsprechend bin ich mit innigster Hochachtung

Ihr

treu ergebenster

Schleinitz.

---

*) Zu Warschau.

**) Sophie, Tochter des Königs Wilhelm I. von Württemberg.

150.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 31. December 1859.

Verehrter Freund,

1859 31. 12. Zu wie großer und aufrichtiger Freude es mir gereicht, daß nun Ihre Reconvalescenz*) als eine Wahrheit in des Wortes weiteſter Bedeutung betrachtet werden kann, brauche ich Ihnen nicht zu ſagen. Dieſe Freude würde allerdings eine noch größere ſein, wenn Ihre Geſundheit Ihnen ſchon jetzt oder in nächſter Zukunft geſtattet hätte, einen Poſten wieder einzunehmen, auf welchem Sie gerade jetzt unentbehrlich und meiner Ueberzeugung nach durch Niemand auch nur in proviſoriſcher Weiſe zu erſetzen ſind. Indeſſen war der jetzige Zuſtand nicht mehr zu halten, theils der Sache wegen, theils gegenüber den wiederholten Andeutungen, die von Petersburg gekommen ſind. Wir ſind jetzt in der That, hinſichtlich unſerer diplomatiſchen Vertretung beim Ruſſiſchen Cabinet, auf dem vollſtändigſten Nullpunkt angelangt; daß dieß in einem Augenblicke, wo Oeſterreich dem Grafen Thun**) carte blanche gegeben hat, auf jede Bedingung hin das alte Verhältniß mit Rußland wieder herzuſtellen und wo es demnach von höchſter Wichtigkeit iſt, dieſe Beſtrebungen zu überwachen, die mit der perſönlichen Stellung und der Zukunft des Fürſten Gortſchakoff in ſo nahem Zuſammenhange ſtehn, als ein durchaus unzuläſſiger Zuſtand bezeichnet werden muß, das, mein verehrter Freund, wird gewiß Niemand bereitwilliger anerkennen als Sie Selbſt. Der Congreß iſt ſeit der brochure de l'Empereur überhaupt wieder ſehr zweifelhaft geworden, wenn indeſſen Gortſchakoff vorläufig

*) Bismarck war Anfang November in Hohendorf an ſchwerer Lungenentzündung erkrankt, die ihn bis Anfang März 1860 dort feſthielt.

**) Oeſterreichiſcher Geſandter in Petersburg.

Petersburg auch nicht verlaſſen ſollte, ſo würde doch wohl eine 1859
proviſoriſche Anordnung nicht länger zu umgehen ſein. Was 31. 12.
die Candidaten betrifft, die hierbei in Erwägung kommen, ſo iſt ihre Zahl ſehr gering, von Werthern konnte bei den mir bekannten und von Ihnen hervorgehobenen Verhältniſſen nicht die Rede ſein. Harry Arnim wäre gewiß eine an ſich ſehr geeignete Perſönlichkeit, allein, da er auch nur Legationsſekretär iſt, ſo konnte man ihn nicht ohne ſanglante Verletzung dem 1. Sekretär und interimiſtiſchen Geſchäftsträger in Petersburg*) vorſetzen, es ſei denn, daß dieſem gleichzeitig ein anderer Poſten hätte gegeben werden können, was für den Augenblick unthunlich iſt. Unter dieſen Umſtänden erſchien als die einzige geeignete und zugleich disponible Perſönlichkeit Graf Perponcher, auf den die Wahl des Prinzen Regenten nun auch gefallen iſt und der in außerordentlicher Miſſion nach Petersburg abgehen ſoll, was allerdings nicht vor Mitte künftigen Monats wird geſchehen können, da er bis dahin durch ſeine Obliegenheiten am Hofe des Prinzen Friedrich Wilhelm hier feſtgehalten wird. Mein amtliches Schreiben vom heutigen Tage iſt dazu beſtimmt, Sie von dieſer Allerhöchſten Entſcheidung in Kenntniß zu ſetzen, die wie ich hoffe ſich Ihrer Billigung zu erfreuen haben wird. Was die häuslichen und pecuniairen Arrangements betrifft, ſo werden auch dieſe gewiß ſich in einer für Sie befriedigenden Weiſe erledigen laſſen; was ich hierzu beitragen kann, wird ſicherlich geſchehen. Ich brauche nicht zu wiederholen, daß das vor allen Dingen ſowohl für den Regenten als für mich maßgebende bei der Regulirung dieſer Verhältniſſe der Wunſch iſt, die Bedürfniſſe des Dienſtes ſo viel als möglich mit den Rückſichten auf das, was Sie Selbſt für räthlich halten, und insbeſondere auch auf Ihre Geſundheit in Einklang zu bringen. Können Sie, wie es mir beinahe

*) Prinz Croy.

1859 wahrſcheinlich, in den ſtrengen Wintermonaten nicht nach Peters-
31. 12. burg zurückkehren, ſo wird es uns ſehr erwünſcht ſein, Sie wenigſtens ſo bald als möglich hier zu ſehn, und Ihr Anerbieten, dem Gros unſerer ehrenwerthen Pairs die Fragen auswärtiger Politik in richtiger Beleuchtung vorzuführen, wird eventualiter dankbarlichſt acceptirt.

Mit den beſten Wünſchen für einen möglichſt rapiden Fortgang Ihrer Geneſung und mit aufrichtigſter Freundſchaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

151.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Baden-Baden 25. Juni 1860.

Verehrter Freund,

1860 meinen ſchönſten Dank für die beiden intereſſanten Privatbriefe
25. 6. vom 9. und 14. d. M.*), die ich erſt jetzt Muße finde zu beantworten, wenngleich auch hier der Muße nicht viel zu erübrigen iſt.

Zuvörderſt muß ich der Vermuthung entſchieden entgegentreten, die Sie aus einigen Aeußerungen Gortſchakoffs entnommen haben, wonach wir vor einigen Monaten dem dortigen Cabinet Eröffnungen gemacht hätten, welche als Aufforderungen zur Errichtung einer Coalition gegen Frankreich aufgenommen und ablehnend beantwortet ſeien. Wir haben uns vergeblich den Kopf zerbrochen, um herauszubringen, was hiermit gemeint ſein könne, und der größeren Sicherheit wegen habe ich auch Perponcher noch vor deſſen Abreiſe ad articulos über dies angebliche Conat vernommen. Auch er erinnert ſich nicht, weder

*) Concepte nicht vorhanden.

etwas gesagt noch geschrieben zu haben, was nur im Aller- 1860
entferntesten zu der erwähnten Auslegung habe Veranlassung 25. 6.
geben können. Und wenn die ganze Sache daher nicht auf einem Mißverständnisse von Ihrer oder von Gortschakoffs Seite beruht, so wäre noch zu ergründen, welche tiefere Absichten diesen poetischen Insinuationen zum Grunde liegen könnten. Das Referat über Ihre Audienz beim Kaiser macht einen erfreulichen und zugleich einen peinlichen Eindruck. Erfreulich, insofern als sich in allen Aeußerungen des Kaisers seine edle uneigennützige und Preußen freundliche Gesinnung wiederspiegelt. Peinlich, insofern der treffliche Herr sich abmüht uns für eine Idee zu gewinnen, der, wenigstens nach seiner eignen Auffassung, keine recht praktische Seite abzugewinnen ist. Er wünscht ein intimeres Verhältniß mit uns und Frankreich hauptsächlich aus dem Grunde, um den Kaiser Louis Napoleon durch die anständige Gesellschaft, in die man ihn auf diese Weise versetzt, von unanständigen Dingen abzuhalten. Damit können wir ganz einverstanden sein, und zu diesem Ende werden wir Rußland stets unsere aufrichtigste und eifrigste Mitwirkung gewähren. In derselben Absicht, die den Kaiser Alexander hierbei leitet, haben wir uns schon seit langer Zeit und unausgesetzt bemüht in möglichst freundschaftlichen und wohlwollenden Beziehungen mit unserm westlichen Nachbarn zu leben. In diesen Bemühungen werden wir auch ferner fortfahren, allein wird ein Verhältniß, das nicht einen mehr oder weniger exclusiven Charakter annimmt und nicht ganz specielle, die Zwecke Frankreichs fördernde Zwecke verfolgt, dem Imperator an der Seine auf die Länge genügen? Ich glaube es kaum, vermuthe vielmehr, daß wir durch eine vorzugsweise Intimität mit Frankreich nach und nach und ohne es zu wissen und zu wollen in die Sphäre seiner Politik hineingezogen werden würden. Wenn man die einzelnen jetzt vorliegenden politischen Fragen beobachtet, so leuchtet auf den ersten Blick

1860 25. 6. ein, daß keine einzige sich darunter befindet, in welcher Frankreichs Zwecke die unsrigen oder die unsrigen zugleich Frankreichs Zwecke wären. Derselbe Mangel an Uebereinstimmung scheint mir im wesentlichen auch zwischen der Russischen und Französischen Politik stattzufinden oder sollte wenigstens stattfinden. Denn auch Rußland kann an und für sich weder in der savoyischen noch in der italienischen Frage die Politik Frankreichs gutheißen, und wenn es sich ihr nicht lebhaft widersetzt, so geschieht es in der vielleicht sehr trügerischen Hoffnung, auf andern Gebieten, namentlich im Oriente wichtige Gegenleistungen für seine Complaisancen zu erkaufen. Die orientalische Frage wird Frankreich aber erst loslassen (poser), wenn es seinerseits den besten Handel damit machen zu können glaubt. Demnach würde die entente selbst zwischen Rußland und Frankreich auf sehr schwachen Füßen stehen, allein was sollten wir und gar noch als Dritter in diesem Bunde für eine Rolle spielen, wenn es nicht die des geprellten Alten wäre? Für uns giebt es kein Compensations-Object, da wir vorläufig den so äußerst patriotischen deutschen Bundesgenossen gegenüber nicht daran denken können, sie, wie Graf Ugolino es mit seinen Kindern machte, zu verspeisen in der wohlwollenden Absicht, ihnen einen Vater zu erhalten. Die Unmöglichkeit eines speciellen Bündnisses oder einer speciellen entente mit den Imperatoren des Ostens und des Westens schließt aber nicht aus, ich wiederhole es, daß wir mit beiden uns auf den freundschaftlichsten Fuß zu stellen suchen. Rußland gegenüber ist dies ja glücklicher Weise das natürliche und normale Verhältniß. Und Frankreich gegenüber wird, wie Fürst Gortschakoff ganz richtig sagt, für die nächste Zukunft die eben stattgehabte Entrevue*) ihre wohlthätige Wirkung hoffentlich nicht verfehlen. In Frankreich ist gerade, um diese Wirkung zu erreichen, das entsprechende mot

*) In Baden-Baden, 16. Juni 1860.

d'ordre nach allen Seiten hin gegeben; Preſſe und allerhöchſte Umgebung wiederholen à l'envie den Ausdruck der kaiſerlichen Befriedigung über eine vollſtändige Reuſſite des Badener Rendezvous. Aufmerkſame Beobachter meinen, daß der Kaiſer auf einen noch herzlicheren und wärmeren Empfang gerechnet habe, und daß ihn namentlich die an Kälte grenzende Indifferenz des deutſchen Publikums um ſo unangenehmer berührt habe, als er ſich bei ſeiner Reiſe vor 3 Jahren (nach Stuttgart) nicht über ähnliche Symptome der öffentlichen Stimmung zu beklagen gehabt habe. Allein n'importe, es iſt ein parti pris, daß die Entrevue über alle Erwartungen reuſſirt und den Frieden weſentlich befeſtigt haben ſoll, und ſo wollen denn auch wir ſie in dieſem Sinne auszubeuten ſuchen. Für uns iſt es jedenfalls ſehr erfreulich, daß der Prinz-Regent bei dieſer Veranlaſſung nach allen Seiten hin auf eine äußerſt glänzende Weiſe abgeſchloſſen hat. Jedermann rühmt ſein einfaches, natürliches, würdiges Benehmen dem Kaiſer Napoleon gegenüber, dem er, wie wir aus Paris hören, ſehr gefallen und imponirt hat. Aber auch auf die deutſchen Fürſten hat ſein männliches offenes und energiſches Auftreten einen äußerſt wohlthätigen Eindruck gemacht. Sie haben ſich überzeugt, daß es ihnen nicht gelingen werde, ihn nach ihrer Pfeife tanzen zu laſſen oder zu einer Syſtems-Aenderung zu bewegen, wozu verſchiedene, wenn auch nur individuelle Anläufe gemacht worden ſind. Mehr oder weniger ſind alle dieſe Herren doch nicht blos in dem Lichte ſondern auch in dem eignen Gefühle als Vaſallen Preußens hier erſchienen, und das iſt jedenfalls ein erfreuliches und neues Symptom der Zeit. Wie ſich die Sachen weiter entwickeln werden, hängt von mancherlei äußern Umſtänden, vor allem aber von der Geſtaltung der großen politiſchen Verhältniſſe ab. Was letztere und in specie den Orient betrifft, ſo ſehe ich nicht ab, weshalb wir nicht in dieſer für Rußland ſo wichtigen Frage die Ruſſiſche Politik nach

1860 25. 6.

1860 25. 6. Kräften unterſtützen ſollten, das wird um ſo leichter und unverfänglicher ſein, je mehr wir uns davon überzeugen, daß es ſich in der That darum handelt, de rattacher et non pas de faire tomber la proie.

Mit aufrichtigſter Freundſchaft

Ihr
treu ergebener
Schleinitz.

152.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 3. Auguſt 1860.

Verehrter Freund,

1860 8. 8. Empfangen Sie meinen beſten Dank für die wiederholten und intereſſanten Privat-Mittheilungen, die Sie mir in letzter Zeit haben zugehen laſſen wollen, und verſagen Sie mir nicht den General-Pardon für die Unterlaſſungsſünden, die ich dadurch begehe, daß ich jetzt wie früher dieſe Mittheilungen nicht ebenſo pünktlich und ausführlich beantworte, als ſie mir gemacht wurden.

Mit der Teplitzer Zuſammenkunft*) haben wir alle Urſache zufrieden zu ſein. Es iſt dadurch auf der einen Seite eine gewiſſe Beruhigung, das Gefühl einer größeren Sicherheit hervorgerufen worden, welches ſich auch bereits in Handel und Wandel auf erfreuliche Weiſe bemerkbar macht, auf der andern Seite (Frankreich) wird dadurch die Ueberzeugung gefördert werden, daß eine übergreifende und aggreſſive Politik diesſeits des Rheins und hoffentlich ſchon ein Stückchen jenſeits desſelben, doch einem ziemlich compacten und wohlorganiſirten Widerſtande begegnen würde. Das iſt nicht blos für Deutſchland ſelbſt ſehr wichtig, ſondern auch in Beziehung auf die-

*) 26. Juli 1860.

jenigen kleineren Zwischenländer, die ihre natürliche Anlehnung 1860
an Deutschland finden, und die nur allzu leicht den Muth ver- 3. 8.
lieren, wenn ihnen nach dieser Seite hin der Boden unter den Füßen weicht. Daß man auch in Petersburg unsern Intuitionen in Beziehung auf die Teplitzer Zusammenkunft volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und die Gelegenheit benutzt hat, um sich in so wohlwollender Weise für uns auch dem Wiener Cabinet gegenüber auszusprechen, hat hier nur einen sehr guten Eindruck machen können, und verpflichtet uns namentlich gegen Fürst Gortschakoff zu einer Erkenntlichkeit, der ich Sie den entsprechenden Ausdruck zu geben bitte. Viel mehr als gute Vorsätze, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist, ist bis jetzt freilich von Seiten des Oesterreichischen Cabinets nicht bemerkbar gewesen. Die Zukunft wird lehren, wie ernst es damit gemeint ist, und nach dem Maße dessen, was in dieser Hinsicht wirklich geschieht, werden wir unsere Gegenleistungen zu bemessen haben. — Nachdem Rußland seinen article additionel zu dem syrischen Traktat hat fallen lassen, wird die Unterzeichnung des letzteren wohl keinen Anstand mehr erleiden; wir unsererseits würden auch den Russischen Wünschen hierin gern gerecht geworden sein, und es scheint mir, daß die Engländer in ihrem Argwohn zu weit gegangen sind, wenn sie selbst die ziemlich inoffensive Fassung, wie sie zuletzt vorgeschlagen war, zurückweisen zu müssen glaubten. Da in Beziehung auf die orientalische Frage für uns und so lange wir an der Erhaltung des türkischen Reiches nicht verzweifeln, die Hauptsache immer die sein wird, den Charakter der Gemeinsamkeit und der Collectivität bei allen zu thuenden Schritten festzuhalten und gefährlichen Scissionen unter den Mächten entgegen zu arbeiten, so haben wir es nur mit großer Befriedigung aufnehmen können, daß Rußland, um das allgemeine Einverständniß nicht in Frage zu stellen, die gewünschte Clausel hat fallen lassen.

1880 8. 8. Mein Circular-Erlaß wegen der Trennung der Materien, auch in den Immediatberichten, hatte weſentlich eine Erleichterung unſerer Canzlei zum Zweck, da deren Kräfte zur Bewältigung der maſſenhaften Schreiberei kaum noch ausreichen. Die Schwierigkeiten, die eine ſolche Trennung oft darbieten mag, verkenne ich keineswegs, und es muß natürlich in dieſer Beziehung der discretionären Beurtheilung jedes Miſſions-Chefs überlaſſen werden, in wie weit er in jedem einzelnen Falle die allgemeine Regel feſthalten zu können glaubt. Wegen Abſtellung der Mißbräuche, die mit dem Depeſchenbeutel getrieben werden und auf die mich aufmerkſam gemacht zu haben, ich Ihnen ſehr dankbar bin, habe ich das Erforderliche angeordnet. Welche Bewandtniß es mit der die Fortſetzung der Werke Friedrichs II. enthaltenden Kiſte hat, iſt jetzt von mir aufgeklärt und Ihnen mitgetheilt worden. Nachdem aber einmal die Eröffnung an Gortſchakow gemacht worden, bleibt nichts übrig, als ſie in Erfüllung gehen zu laſſen; indeſſen glaubt der Prinz, daß es genügt, wenn Sie im Auftrage S. Königlichen Hoheit das Geſchenk mit einigen verbindlichen Worten an den prince-ministre begleiten. — Den Dank, den Sie mir dafür ſpenden, daß Ihnen Ihre letzte Gehalts-Rate ohne Abzug gezahlt worden iſt, wünſchte ich in noch höherem Grade verdienen zu können, als es in der That der Fall iſt. Während meines Aufenthaltes in Baden war mir der Entwurf einer Verfügung an Sie vorgelegt worden, durch welche Ihnen die Herauszahlung einer ſehr namhaften Summe aufgegeben wurde. Ich nahm Anſtand, dieſe Verfügung zu zeichnen, da mir die ganze Sache doch einigermaßen zweifelhaft erſchien, und ich mir eine nähere Prüfung vorbehalten wollte. Auf dieſe Weiſe ſchwebt die Sache noch, und ich werde mir demnächſt nochmals einen gründlichen Vortrag über dieſelbe halten laſſen. Was ich irgend mit meinem Gewiſſen verträgliches zu einer für Sie möglichſt befriedigenden Löſung thun kann, ſoll gewiß geſchehen. Vielleicht

können Sie mich selbst sub rosa noch mit einigen Argumenten ausrüsten, die ich zu Ihren Gunsten geltend zu machen gern bereit bin. — Mit dem Säuerling Montgelas und seiner nicht minder säuerlichen Gattin haben wir allerdings keine beneidenswerthe Acquisition und jedenfalls gegen Bray einen sehr üblen Tausch gemacht. Es ist unbegreiflich, daß man in München solche Wahlen treffen kann, besonders in einem Augenblicke, wo man sehr preußenfreundlich thut, wenn man es auch vielleicht re vera nicht ist. 1860 3. 8.

In aufrichtigster Freundschaft herzlichst der Ihrige

Schleinitz.

153.

Bismarck an Fürst Gortschakow.

(Concept.)

Petersburg $\frac{\text{3. Sept.}}{\text{22. Aug.}}$ 1860.

Durchlauchtigster Fürst.

Endlich sind mir von Herrn von Olfers die Werke Friedrichs des Großen zugegangen, nachdem Seine Königliche Hoheit der Regent mir schon im Frühjahr in Berlin mündlich zugesagt hatte, daß die Sendung mir gleich nach meiner Abreise hierher folgen solle, um den Gesinnungen für Eure Durchlaucht einen Ausdruck allerhöchster Bestätigung zu verleihn, als deren bereitwilligen und aufrichtigen Vertreter Sie mich seit Jahren kennen. 1860 3. 9.

Ein Mißverständniß hatte mich schon vor einigen Wochen in einer mit Supplementen des für Se. Majestät bestimmten Exemplars gefüllten Kiste das Eurer Durchlaucht zugedachte Exemplar vermuthen lassen, welches ich hierbei zu überreichen mich beehre.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck unwandelbarer Verehrung.

(gez.) v. Bismarck.

154.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 21. September 1860.

Verehrter Freund,

1860 21. 9. Die verschiedenen in der Form von Privatbriefen Ihrerseits in letzter Zeit an mich gerichteten Mittheilungen sind mir, ohne Zweifel in ununterbrochener Vollständigkeit, während meines ländlichen Aufenthalts in Thüringen, wo es mir zwar nicht an Zeit, aber wohl an sicherer Gelegenheit und an Stoff gebrach, um sie in angemessener Weise zu beantworten, zugegangen. Seit zwei Tagen in die Residenz zurückgekehrt, habe ich zunächst eine solche Masse angesammelten Stoffes in Form bisher retinirter diplomatischer Conversationen und geschriebener Aktenstücke vorgefunden, daß ich mich auch heute nur auf wenige Zeilen beschränken muß, die zunächst den Zweck haben, Ihnen für Ihre interessante Correspondenz meinen Dank auszusprechen und Ihnen die vorläufige Mittheilung zu machen, daß es mir, zwar nicht ohne harte Kämpfe, aber dennoch gelungen ist, den über Ihrem Haupte schwebenden Gehaltsabzug glücklich abzuwenden.

Der eigenhändige Brief des Regenten, der Ihnen heute zugeht, um durch Ihre Vermittelung dem Kaiser zugestellt zu werden, hat den Zweck, einigermaßen vorbauend die Richtung zu bezeichnen, die unser allergnädigster Herr bisher in seinen Zusammenkünften festgehalten hat, und die er auch bei dem Warschauer Rendezvous nicht zu verlassen wünscht. Ob dies ganz mit des Kaisers und des Fürsten Gortschakoff Absichten stimmt, die vielleicht bei ihnen selbst noch nicht ganz feststehen und über die jedenfalls für uns noch ein gewisses Dunkel schwebt, wird erwartet werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß die Warschauer Zusammenkunft für uns vor allen Dingen den Charakter einer gegen England gerichteten Demonstration nicht

machen darf, eine Gefahr, die bei den von Fürſt Gortſchakoff wiederholt betonten continentalen Intereſſen vielleicht zu abſichtlich angedeutet iſt, um auf einen tiefer gehenden Plan des Ruſſiſchen Cabinets in dieſer Beziehung ſchließen zu laſſen. Jedenfalls haben wir auf unſerer Hut zu ſein, ſelbſt wenn Frankreich in Warſchau nicht eben in Perſon, was mir indeſſen gar nicht außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen ſcheint, ſondern nur durch ſeinen Geiſt vertreten ſein ſollte. — Geſtern iſt Ihr Telegramm wegen der Abberufung des Geſandten aus Turin richtig hier eingetroffen. Budberg hatte mir kurz vorher ſchon von der Sache geſprochen. Wir ſind übereingekommen, die angekündigte motivirte Mittheilung, die nicht vor nächſtem Dienſtag hier ſein kann, abzuwarten. Prima facie ſcheint mir die Sache doch große Bedenken zu haben. Das was ſich zwiſchen Piemont und Rom unter unſern Augen begiebt, iſt zwar der Art, daß Hugo Grotius, Pufendorf, Vatel und der ſelige Wheaton*) Einiges dazu zu ſagen haben würden, allein es iſt im Grunde doch nur eine neue kaum vermehrte und verſtärkte Auflage deſſen, was in Beziehung auf Toscana, die Herzogthümer, die Romagna und neuerdings Neapel als landläufige Münze piemonteſiſcher Politik in Curs geſetzt worden iſt, ohne daß die Mitglieder des Europäiſchen Areopags auch nur bis zur Höhe eines beſcheidenen Proteſtes ſich erhoben hätten. Die Abberufung auf Grund eines ganz analogen Verhaltens gegen Rom würde mir daher ein logiſcher Hiatus zu ſein ſcheinen, der um ſo bedenklicher wäre, als er in einen nicht wünſchenswerthen Cauſal-Nexus mit dem franzöſiſchen Beiſpiel gebracht werden könnte, das gerade in dieſem Falle nachzuahmen ſich aus mancherlei Gründen kaum empfehlen dürfte. Doch das und Anderes ſind nur vorläufige Eindrücke, und bevor wir uns definitiv entſchließen, wird jedenfalls die ruſſiſche Mittheilung abzuwarten ſein.

1860 21. 9.

*) Autoritäten in Sachen des Völkerrechts.

1860 21. 9. Die Großfürstin Helene, die mich heute empfangen und mit einer längeren Unterredung beehrt hat, wird übermorgen Abend nach Petersburg abreisen, zu derselben Zeit begiebt sich der Prinz-Regent zum Empfange der Königin Victoria nach Aachen.

Mit aufrichtigster Freundschaft

ganz Ihr

Schleinitz.

155.

Unterstaatssecretär v. Gruner an Bismarck.

Verehrtester Herr v. Bismarck!

1860 28. 9. So eben erhalten wir eine Nachricht von größter Unannehmlichkeit. Vor 8 Tagen sollte ein Feldjäger mit dem Russischen Schiffe an Sie abgehen. Von Seiten der Englischen Gesandtschaft ward uns darauf die Nachricht, der Englische Gesandte in Petersburg reise mit diesem Schiffe nach Petersburg zurück, und wir könnten diese sichere Gelegenheit benutzen. Darauf wurde diejenige Expedition nach der Englischen Gesandtschaft gesendet, welche Sie mit diesem Briefe empfangen. Während wir Sie längst im Besitze dieser Expedition und vor Allem des Schreibens Sr. Königlichen Hoheit des Regenten an S. Majestät den Kaiser Alexander glaubten, geht diesen Augenblick uns die Expedition wieder zu. Der Depeschenbeutel der Englischen Gesandtschaft war in Stettin geblieben, ist eben erst von dort zurückgekommen und einem unserer Kanzleidiener, der zufällig gerade auf der Englischen Gesandtschaft war, ist sofort auch unsere darin befindliche Expedition mitgegeben worden. Es ist keine Zeit zu verlieren; die Expedition muß fort, und ich eile nur, Ihnen (neben ein Paar amtlichen Zeilen) diese Worte der Erklärung zu schreiben, um Sie in den Stand zu setzen,

die verſpätete Ueberreichung des Schreibens an den Kaiſer zu erklären und zu entſchuldigen. 1860 28. 9.

Sobald wir genau den thatſächlichen Zuſammenhang ermittelt haben, telegraphiren wir, wenn ſich noch ein neuer Erklärungsgrund ergeben ſollte.

Ich muß ſchließen, damit die Sachen nicht zu ſpät fortkommen.

Mit der ausgezeichnetſten Hochachtung und Ergebenheit

Berlin 28/9. (1860). Gruner.

Freitag Abend.

156.

Prinz Karl von Preußen an Bismarck.

Soeben erhalte ich eine Einladung zum heutigen Diner bei Michail Nikolagewitſch; ſogleich ſchickte ich zu meinem Bruder*) um übereinzukommen daſſelbe abſagen zu laſſen, worauf er mir wiſſen läßt: das ginge nicht, indem heute en famille der Geburtstag eines kleinen Großfürſten dort gefeiert werden ſoll, und er habe bei Ihnen, verehrter Bismarck, bereits abſagen laſſen. 1860 18. 11.

Unter dieſen Umſtänden muß ich mich auch dazu entſchließen, ſo ſchwer es mir auch wird!

Der jüngere Bruder hätte wohl erſt mein assentiment einholen können, ehe er ſich zur Abſage entſchloß, das thut er aber nie.

Ich bitte um Erlaubniß zwiſchen 12 und 1 Uhr Ihnen und Ihrer Frau Gemahlin perſönlich meine Entſchuldigungen wiederholen zu dürfen.

Freundlichſt

Carl Prinz v. Preußen.

Sonntag Morgen
9 Uhr
6./18. 11. 60.

*) Prinz Albrecht.

157.

Fürſt Karl Anton zu Hohenzollern an Bismarck.

Euer Excellenz

1860 erſuche ich ergebenſt, Beigeſchloſſenes an ſeine Beſtimmung ge-
22. 11. fälligſt befördern laſſen zu wollen. Es enthält eine auf meine Veranlaſſung geſchriebene kunſthiſtoriſche Abhandlung, worin der Beweis zu führen verſucht wird, daß Raphael auch auf dem Gebiet der Kupferſtecher-Kunſt thätig geweſen ſei. Dem Verfaſſer Prof. Andreas Müller zu Düſſeldorf habe ich meine Vermittlung zugeſagt, und die Zuſendung an die Academie der Künſte iſt lediglich eine Aufmerkſamkeit des Verfaſſers, zu welcher ihn das Novum ſeiner Entdeckung berechtigen dürfte.

Hier Alles ſtill und in voller Arbeit für den kommenden Landtagskampf. Die äußere Lage der Verhältniſſe wird der innern zu Hilfe kommen müſſen — denn wir haben viel Geld gebraucht und werden noch vieles brauchen, um die Armee-Reform zur Wahrheit zu machen. Die Gemeinſamkeit der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit dieſer Reform wird hoffentlich dem Miniſterium jene Luſt und compakte Einheit verleihen, welche für Durchführung dieſer Lebensfrage nöthig iſt.

Eurer Excellenz ſtetes Wohlergehen von Herzen wünſchend, verbleibe ich hochachtungsvollſt und ergebenſt

Berlin 22. Novbr. 60. Fürſt zu Hohenzollern.

158.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 30. Novbr. 1860.

Verehrter Freund,

1860 Der Feldjäger, den ich Ihnen heute ſchicke, bringt Alles
30. 11. zu Ihren Händen, was ſich etwa in neuerer Zeit an intereſſantem

und mittheilbarem Stoff hier angesammelt hat. Von großer Wich- 1860
tigkeit ist es aber nicht. Die in Ihrem letzten politischen Berichte 30. 11.
(durch General Hopfgarten überbracht) erwähnte Russische Mittheilung ist mir durch Budberg vorgestern gemacht worden, und ich habe mich sowohl aus deren Tenor als aus den mündlichen Aeußerungen des Gesandten überzeugt, daß es dem dortigen Cabinet erwünscht sein wird, wenn wir uns auch unsrerseits gegenwärtig über den Gegenstand der Warschauer Besprechungen*) mit dem französischen Hofe in direktes Einvernehmen setzen. Demgemäß wird Pourtalès**) alsbald mit entsprechender Instruction versehen werden, obgleich ich mir von diesen Pourparlers kein übermäßig glänzendes Resultat verspreche. Indessen muß man par acquit de conscience doch das Seinige thun, um es des lieben Friedens willen auch ferner nicht an den entsprechenden coups d'olivier dans l'eau fehlen zu lassen. Seit gestern ist hier im Publikum das Gerücht stark akkreditirt, daß Oesterreich ernstlich damit umgehe, sich in der Rolle des Kaufmanns von Venedig zu versuchen, wäre das richtig, woran ich vorläufig mir zu zweifeln erlaube, so würden wir von dieser Seite vorläufig aller Nöthe überhoben sein. Daß es in Oesterreich trotz der Oktroyirung vom 20. Oktober schlimm aussieht, und comparativ vielleicht schlimmer als vorher, ist nicht zu verkennen, und ich habe das Gefühl, daß eine Catastrophe, wenn auch zunächst nur eine finanzielle, nicht mehr Monate, vielleicht kaum Wochen auf sich warten lassen wird. — Die liberalen Anwandlungen des Kaisers der Franzosen unterliegen mannigfacher Deutung, ich glaube, daß doch zunächst nur eine Stärkung gegen die in letzter Zeit nicht unbedeutend gewachsene katholische Bewegung bezweckt ist, für ganz unbedeutend halte ich die Zugeständnisse jedenfalls nicht und glaube, daß sie im Großen und Ganzen für eine friedlichere und weniger remüante Politik

*) 21.—26. October.
**) Gesandter in Paris.

1860 einige Chancen gewähren dürften. Gewährt man erst den
30. 11. Franzosen das Recht zu schwatzen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich mit der Zeit in Freiheit und Opposition hineinräsonniren, und das kann gegen gewisse Tendenzen ein heilsames Gegengewicht abgeben. — In Warschau *scheint* man, nach den Aeußerungen Kisselews, den Regenten so verstanden zu haben, als habe S. Königliche Hoheit sich anheischig gemacht, die diplomatischen Beziehungen mit Sardinien abzubrechen, sobald die neuen Annexionen thatsächlich vollzogen sein würden. Dies ist indeß, wie ich des Prinzen Aeußerungen aufgefaßt habe, nicht der Fall, Allerhöchst Derselbe hat für diesen Fall nur eine *neue Erwägung* der Frage in Aussicht gestellt; und allerdings kann diese nicht ausbleiben, wenn, wie zu erwarten, wir demnächst, d. h. wahrscheinlich, nachdem der Ausspruch des italiänischen Parlaments erfolgt sein wird, offiziell von der Bildung des neuen Königreichs Italien in Kenntniß gesetzt werden. Ob man sich *dann* zur Abberufung entschließen wird, will ich dahin gestellt sein lassen, daß *jetzt* dazu kein geeigneter Moment wäre, ist mir aber nicht zweifelhaft, obgleich Bayern (!?) jetzt mit dieser Maßregel vorgehen wird und uns dringend aufgefordert hat, uns diesem Beispiele anzuschließen. Budberg scheint mir übrigens auch nicht mehr sehr lebhaft für den diplomatischen Bruch zu plaidiren und im Stillen der Ansicht zu sein, daß wir im Grunde nicht übel gethan haben, seinem früheren Drängen nicht nachzugeben. Der für den Augenblick hier Alles in den Hintergrund drängende topic ist die scandalöse Schwarck-Stieber'sche Angelegenheit*). An die tendenziösen Enthüllungen knüpft sich ein ebenso tendenziöses Entrüstungs- und Wuth-Geheul, und wenn die Sache an sich, bei näherer Betrachtung auch zu ziemlich winzigen Proportionen zusammenschrumpft, so

*) Im Proceß Schwarck-Stieber handelte es sich um einen Fall von Beamtenbestechung durch Annahme von Geschenken Seitens des Polizei-Assessors Stieber.

wird sie doch unfehlbar als Waffe in den Händen der Antagonisten Preußens besonders im übrigen Deutschland nur allzugute und willkommene Dienste leisten. 1860 30. 11.

Mit aufrichtiger Freundschaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

159.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin 25. Dezember 1860.

Verehrter Freund

Ich höre so eben, daß Ihr Feldjäger in Gumbinnen angelangt ist und habe beschlossen, ihn sogleich nach Petersburg zurückkehren zu lassen, um einige auf sichre Beförderung harrende Pièces Ihnen nicht länger vorzuenthalten. Es bezieht sich dies insbesondre auf die Schriftstücke, welche die Warschauer Besprechungen und die vier Punkte zum Gegenstand haben. In der Antwort auf die Thouvenelsche Depesche an Montebello*) beschränken wir uns darauf Akt zu nehmen von dem, was sie Acceptables enthält, d. h. von der Zusicherung, daß militärische Maßregeln zum Schutze deutschen Gebiets und auf deutschem Gebiete von Frankreich nicht als eine Verletzung der Neutralität in dem eventuellen Oesterreichisch-Italiänischen Kriege werden betrachtet werden. Daß wir indessen durch diese Akt-Nahme der Haltung Deutschlands für den Fall eines solchen Krieges nicht präjudiziren wollen und können, habe ich gleichzeitig anzudeuten für nöthig gefunden. Die Haltung Deutschlands wird aber meiner Ansicht nach wesentlich nur davon abhängen, was es 1860 25. 12.

*) Napoléon Auguste, Herzog von Montebello, war französischer Gesandter in Petersburg, Thouvenel Minister des Auswärtigen.

1860 25. 12. ohne Ueberſchätzung ſeiner Kräfte thun kann, um Venetien bei Oeſterreich zu erhalten, denn daß Deutſchland bei der Erhaltung dieſes Oeſterreichiſch-Italiäniſchen Beſitzthums nicht blos aus Gründen militäriſcher Sicherheit ſondern auch wegen der unausbleiblichen Folgen der Lostrennung weſentlich betheiligt iſt, darüber bin ich immer weniger zweifelhaft. Die ſtrategiſchen Vortheile des berühmten Feſtungsvierecks ſind im Intereſſe Deutſchlands nach dem Urtheil aller Sachverſtändigen durch keine andre Combination auch nur annähernd zu erſetzen. Außerdem iſt nicht abzuſehen, weshalb die italiäniſche Nationalitätsbewegung die Oeſterreichiſche Grenze ungeſtraft überſchreiten und die deutſchen reſpektiren ſollte, da dieſe Landestheile an ſich ſchließlich eben ſo entſchieden Italiäniſch ſind als Venetien nur irgend ſein kann. Daß gegen ſolche Ueberſchreitung durch Verträge, Garantien und wie ſonſt dergleichen papierne Bürgſchaften heißen mögen, keine irgend wie beruhigende Gewähr geleiſtet werden kann, das ſollte nach allem, was ſich unter unſeren Augen zuträgt und nach den heilloſen Principien, zu denen ſelbſt Großmächte ſich ungeſcheut bekennen, wohl jedermann einleuchten. Endlich aber, und das iſt die Hauptſache, handelt es ſich um eine revolutionäre Bewegung, die unter der Deviſe der Nationalität lediglich für die Firma des kaiſerlichen Frankreichs operirt und die es ſich zur Aufgabe geſtellt hat, alle Deutſchland feindlichen Völker und Völkerchen in Aufruhr zu bringen, um alsdann, wenn dies Unternehmen gelungen ſein, wenn uns nach Oſten hin vom Adriatiſchen bis zum Baltiſchen Meere ein Gürtel trennender und hoſtiler Elemente umgeben wird, am Rheine ganz gemächlich im Trüben zu fiſchen. Durch die Lostrennung von Venetien wird die Revolution nicht geſchloſſen werden, ſondern einen neuen und gefährlichen Durchbruch erhalten. Das ſollte ſich vor allen Dingen auch Rußland geſagt ſein laſſen. Ihre günſtigen Erwartungen von dem künftigen einheitlichen Königreich Italien

vermag ich nicht zu theilen. Ich will zugeben, daß es unter Umſtänden wohl einmal unſer Alliirter wird ſein können, glaube aber, daß wir es viel conſtanter in den Reihen unſrer Gegner, namentlich im Gefolge Frankreichs als unter der Zahl unſerer Freunde erblicken werden. Dazu kommt, daß es uns wirklich als Verbündeter, und zwar nach keiner Seite hin, beim beſten Willen erhebliche Dienſte nicht würde leiſten können, während es als Gegner im Verein mit Andern ſehr unbequem, ja ſogar gefährlich werden kann. Wir können deshalb unmöglich, wie es England wünſcht, im Sinne des Verkaufs von Venetien auf Oeſtreich drücken oder ihm auch nur eine Propoſition machen, die wenn ſie uns gemacht würde, uns veranlaſſen müßte, den Proponenten aus der Thür zu werfen. Daß Preußen keinen Beruf hat, außerhalb des eignen Landes den Champion und reſp. den Don Quixote der Legitimität zu machen, darüber bin ich mit Ihnen ganz einverſtanden. Das hindert aber nicht, daß wir der Revolution da, wo ſie unſer Macht- und unſer Intereſſen-Gebiet überſchreitet, doch mit allen Mitteln entgegentreten ſollten. Ob und wie weit wir dies in Italien thun werden, iſt wie geſagt, weniger eine politiſche als eine militäriſche Frage, und das Unglück der Situation iſt, daß bei dem dermaligen Zuſtande Oeſtreichs kein Menſch zu ſagen im Stande iſt, ob überhaupt und in welchem Grade auf dieſe Macht bei einem allgemeinen tohu bohu noch zu rechnen iſt. 1860 25. 12.

Die uns geſtern durch Ihre Vermittelung zugegangene Nachricht von dem Tode Minutoli's*) iſt mir, da er jedenfalls ein Opfer ſeines Dienſteifers, wenn auch eines übertriebenen geworden, ſehr ſchmerzlich. Für ſeine zahlreiche Familie und ſeine alte 82jährige Mutter iſt es ein ſchwerer Schlag.

Verzeihen Sie, verehrter Freund, die Flüchtigkeit und

*) Ehemaliger Polizeipräſident von Berlin, damals preußiſcher Geſandter in Teheran; er ſtarb am 5. Nov. auf einer Reiſe durch das ſüdliche Perſien.

1860 25. 12. Mangelhaftigkeit der gegenwärtigen Zeilen, denen ich nur noch die beſten Wünſche für Ihr Wohlergehen, auch in dem bevorſtehenden neuen Jahre, und in der gegenwärtigen, für Sie wahrſcheinlich weniger als für Ihre Kinder erfreulichen Weihnachtszeit hinzufügen will.

Mit aufrichtiger Freundſchaft

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

Dem ſchönſten Danke für die durch Prinz Croy überbrachte Caviar-Sendung ſehe ich mich im Hinblick auf Schwarck-Stieber veranlaßt die Verwahrung anzuſchließen, daß Wiederholungen ſolcher Wohlthat nur unter Beifügung der betreffenden Factura, deren Betrag in der nächſten Liquidation aufzunehmen und von mir einzuziehen wäre, auf ein aufrichtiges, durch Gewiſſensbiſſe nicht getrübtes Eljen meines Magens würden zu rechnen haben.

160.

Graf Neſſelrode*) an Bismarck.

1860 30. 12. Hertzlichen Dank werthgeſchätzter HErr von Bismarck für den Pommerſchen Vogel. Ich nehme ihn mit deſto mehr Vergnügen an, als ich ihn als einen Repreſentanten der alten echt Pommerſchen Geſinnungen betrachte. Gänſe ſpicken iſt nach meiner Meinung nützlicher als in Kammern hochtrabende liberale Reden zu halten.

Noch eine Bitte hätte ich an Sie, nehmlich dem Staatsſecretär Reutern eine Unterredung zu gewähren. Er iſt Mitglied des Acciſe-Comités, und wünſcht ſich bei Ihnen über

*) Früherer ruſſ. Reichskanzler.

dieſen für Rußland ſo wichtigen Gegenſtand zu belehren. 1860
Würden Sie wohl ſo gefällig ſein, ihm einen Tag und eine 30. 12.
Stunde zu beſtimmen, wo er ſich bei Ihnen melden könnte.

Ihr

treuergebener

Gr. Neſſelrode.

Sonntag den 18/30. Dec^{r} (1860).

161.

Bismarck an Großfürſt Conſtantin.

(Concept.)

Petersbourg $\frac{6 \text{ Fevr.}}{25 \text{ Jan.}}$ 61.

Monseigneur

j'ose m'écarter des procédés réguliers à adresser immédiatement 1861
à Votre Altesse Impériale ces lignes destinées à porter à Sa 6. 2.
connaissance le désir d'un sujet prussien d'être admis à l'honneur d'une audience, pour soumettre à l'auguste appréciation de Votre Altesse Impériale les résultats des observations qu'il a été à même de faire pendant un séjour de 5 ans à N...*) sur l'Amour. C'est le s(ieur) Aug. Luhdorf, négociant d'Elberfeld qui, en passant par St. Pétersbourg pour visiter sa patrie, vient de solliciter la faveur d'être admis en présence de Votre Altesse Impériale. Il loge hôtel Kaiser, W. O. 13 ligne. L'intérêt constant que prend Votre Altesse Impériale à protéger les établissements maritimes de la Sibérie orientale et à en développer la prospérité, m'encourage à ne pas refuser mon entremise dans des circonstances où elle se trouve dénuée de

*) ? Sehr undeutlich geſchrieben; wahrſcheinlich Abkürzung für Nikolajewsk, worauf auch die Erwähnung der établissements maritimes de la Sibérie orientale hinweiſt.

1861 6. 2. toute attribution officielle et où l'indulgence de Votre Altesse Impériale seul peut la rendre admissible. Daignez agréer etc.

Bismarck.

162.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, den 14. Februar 1861.

Verehrter Freund

1861 14. 2. — — — Hoffentlich legt man dem Amendement Vincke*) in Rußland keine ungehörige, d. h. über die vier Wände des Abgeordnetenhauses hinausreichende Tragweite bei. Der König hat in seiner Antwort auf die Adresse, welche re vera noch etwas schärfer lautete, als es in den Zeitungen gedruckt zu lesen ist, darüber auch keinen Zweifel gelassen. Der Lazarus-Orden wäre für den westphälischen Freiherrn eine ganz angemessene Belohnung, die ihm von Herzen zu gönnen wäre. — In der Holsteinschen Sache theile ich vollständig Ihre Ansicht und habe mich in den Commissionsverhandlungen ganz in diesem Sinne anfangs gegen eine widerspenstige Majorität, schließlich jedoch unter allgemeiner Zustimmung ausgesprochen. Im Plenum war die Temperatur für die ganze Sache so kühl, daß es mir mit Rücksicht auf die dänischen Rodomontaden nicht geeignet schien, noch mehr kaltes Wasser in diesen lauwarmen Kessel zu gießen, während ich mich auf der andern Seite auch nicht für berufen halten konnte, die ministerielle Kriegsfackel zu schwingen. Unter diesen Umständen schien mein Schweigen mehr als je Gold zu sein. In der öffentlichen Meinung haben unsere Abgeordneten durch die vierwöchentlichen Geburtswehen

*) Der Abg. v. Vincke-Hagen hatte in die Adresse des Abgeordnetenhauses einen Passus einfügen lassen, des Inhalts, daß die Consolidirung Italiens eine europäische Nothwendigkeit sei.

der Adreſſe und das ſchließliche Reſultat derſelben, welches Niemandes wahre Meinung ausdrückt, eben nicht gewonnen. 1861 14. 2.
Die Oeſterreichiſch-Ruſſiſche Botſchafter-Frage ſcheint doch allmählig ihrer Verwirklichung näher zu rücken. Nach allem, was ich über Stackelberg höre, würden wir uns zu dieſer Wahl Glück wünſchen können.

Das Publikum iſt hier ſeit einiger Zeit ſehr friedensſelig und ein naher Ausbruch dürfte allerdings auch kaum zu befürchten ſein. Ob den Piemonteſen aber jetzt, nachdem Gaeta capitulirt hat*), der Kamm nicht ſchwillt und das Friedensprogramm über den Haufen geworfen werden wird, muß dahin geſtellt bleiben. In Paris ſoll man über die angeblich kriegeriſchen Reden des Königs anfangs einigen Kummer bezeigt, ſcheint ſich aber jetzt über die Allerhöchſten Abſichten vollſtändig beruhigt zu haben.

In aufrichtigſter Freundſchaft und Hochachtung

Ihr

treu ergebener

Schleinitz.

163.

Miniſter v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin, d. 5. März 1861.

Verehrter Freund,

Prinz Croy kehrt heute nach Petersburg zurück, um wieder als eine der feſten Säulen der dortigen Geſandtſchaft einzutreten, und ich hoffe, daß es Ihnen dann mit Hinzurechnung des neuen Attaché's an den nöthigen Arbeitskräften nicht fehlen wird. Croy hat mir anvertraut, daß er ſich in Paris mit der Tochter des Herzogs Delorge verlobt habe, daß dieſe Ver- 1861 5. 3.

*) 13. Februar 1861.

1861 lobung aber vorläufig noch nicht publicirt werden soll. Ob er
5. 8. damit umgeht, diese Matrimonial-Velleitäten bald zu realisiren, weiß ich nicht und hoffe in casu quod sic, daß die K. Mission zu St. Petersburg dadurch einen neuen ornamentalen Zuwachs erhalten wird. — Die Warschauer Angelegenheit*) ist nicht schön und hat hier begreiflicher Weise keinen sehr guten Eindruck gemacht. Es ist dabei eine Mischung von Mangel an Voraussicht und Schwäche hervorgetreten, die für ernstere Schwierigkeiten nichts Gutes zu prognosticiren scheint. Eine Adresse wie die an den Kaiser abgesandte ist gleichfalls ein in Rußland sehr bedeutungsvolles Novum. In Oesterreich gehn die Dinge schlecht, und wie man um den Conflikt mit Ungarn herumkommen will, ist mir nicht recht klar. Ungarn will nur Personal-Union und die Oesterreichische Regierung kann diesem Verlangen nicht nachgeben, ohne damit aus der Reihe der großen Mächte auszuscheiden. Entspinnt sich aber ein Kampf in und um Ungarn, so wird auch derjenige um Italien nicht ausbleiben. Abgesehen von dem, was außerdem und anderwärts noch geschehen kann, scheinen mir also die Aspecten für den Sommer keineswegs durchaus harmlose zu sein. In der syrischen Sache kommt es im Grunde darauf an, sich über einen Termin der Verlängerung der Occupation zu vereinigen, der pour tout délai von allen Betheiligten acceptirt werden kann. Wenn Aussicht auf Erfolg sich zeigt, entschließen wir uns vielleicht, einen solchen Vermittlungsvorschlag zu machen. Die Dänen haben dem erneuten Andrängen Europas, vor allen Dingen nun das Provisorium zu ordnen und zu diesem Ende namentlich das Budget den Holsteinischen Ständen vorzulegen, bis jetzt nicht nachgeben zu können geglaubt. Sie scheinen den Zeitpunkt für günstig zu halten, um ein ihren Wünschen entsprechendes Definitivum durchzusetzen. Es ist recht gut, daß

*) In Warschau war es am 25. und 27. Februar zu Conflikten gekommen, bei denen das russische Militär mit den Waffen eingreifen mußte.

Europa sich bei dieser Gelegenheit überzeugt, daß eine Ver- 1861
ständigung mit Dänemark nicht gerade zu den leichten Auf- 5. 8.
gaben gehört. — Ob, was unsere innern Angelegenheiten anlangt, die beiden Cardinal-Punkte der Session, Grundsteuer und Militairbudget, durchgehen werden, ist noch zweifelhaft und scheint von Umständen abzuhängen, die noch außer aller Berechnung liegen. — Morgen wird die Gaeta-Ceremonie mit großem Pomp gefeiert, es ist gut, daß England dazu Veranlassung giebt, sonst würde des Geschreies und Gespöttes von Seiten der Liberalen kein Ende sein.

Mit aufrichtigster Freundschaft

Ihr herzlich ergebener

Schleinitz.

164.

Minister v. Schleinitz an Bismarck.

Berlin den 21. Juni 1861.

Mein lieber Bismarck.

Je mehr alte Unterlassungssünden ich gegen Sie auf dem 1861
Gewissen habe, um so mehr Werth lege ich darauf, mir nicht 21. 6.
noch eine neue aufzubürden, und beeile mich daher, Ihnen auf Ihre freundlichen Zeilen vom 15. d. M.*) eine Erwiederung zugehen zu lassen. Ich begreife vollkommen die vielfachen und wohlbegründeten Motive, die es Ihnen wünschenswerth machen, Ihrer nordischen Residenz für eine Zeitlang den Rücken zu kehren, und werde dieselben daher sofort zur Kenntniß S. Majestät des Königs bringen und auf das Wirksamste befürworten. Die Stellvertretungsfrage wird sich hoffentlich auf eine befriedigende Weise erledigen lassen. Croy hat sich zwar trotz der Krankheit

*) Concept nicht vorhanden.

1861 21. 6. seines Vaters mit patriotiſcher Hingebung zu ſofortiger Rückkehr nach Petersburg bereit erklärt, falls dies erforderlich ſein ſollte, ich habe mich jedoch bemüht, dieſen edlen Eifer in möglichſt ſchonender Weiſe abzukühlen, wie Sie dies aus dem Ihnen abſchriftlich mitgetheilten Erlaß an den weſtphäliſchen Ritter de Lorge erſehen haben werden. Ich hoffe auch, daß Schlözer für ein nicht zu langes Interimiſticum vollkommen genügt und daß daher neben den landüblichen Stellvertretungskoſten Ihnen keine weiteren Opfer aus Ihrer urlaubsweiſen Abweſenheit erwachſen werden. — Die afrikaniſche Temperatur, unter der wir ſeufzen, herrſcht hier augenblicklich nicht blos in der äußern Natur vor, ſondern weht ſciroccoartig auch in den gouvernementalen Regionen, innerhalb welcher ſich demzufolge entſchiedene Symptome zunehmender Schwäche und bevorſtehender Auflöſung zu erkennen geben. Doch betrifft dies lediglich Interna, auf die mir nicht geſtattet iſt hier näher einzugehen.

In der auswärtigen Politik geht es dagegen augenblicklich nicht eben ſtürmiſch zu. Nur der langjährige Krebsſchaden unſerer Politik, die vermaledeite Schleswig-Holſtein-Lauenburgſche Frage macht uns mit Recht Sorge und periodiſchen Kopfſchmerz. Die Ihnen bekannte Idee, durch die der Hallſchen Depeſche vom 22. März entſprechende Erklärung*) wegen

*) Nach dem Vorſchlage des Miniſters v. Schleinitz ſollte Dänemark um die ihm von Bundeswegen drohende Execution herumkommen, indem es in der Bundesverſammlung oder an die Cabinette von Berlin und Wien die Erklärung abgab: daß für das laufende Finanzjahr der Zuſchuß des Herzogthums Holſtein aus ſeinen beſonderen Einnahmen zum gemeinſchaftlichen Budget der Monarchie *vorläufig* auf die Quote Holſteins an derjenigen Summe eingeſchränkt werde, die in dem Normalbudget vom 28. Februar 1856 als der von den einzelnen Landestheilen aus den beſonderen Einnahmen derſelben zu leiſtende Geſammtzuſchuß aufgeführt ſei. — Dänemark gab dieſe Erklärung unter Vorbehalt ſeines Rechts auf nachträgliche Erhöhung des Beitrags am 29. Juli ab, Staatsarchiv, herausg. von Aegidi u. Klauhold I, No. 60 S. 171 f.

des Budgets vorläufig um die Klippe der Execution wegzu- 1861
kommen, ſcheint doch in Copenhagen auf einige Schwierigkeit zu 21. 6.
ſtoßen. Man glaubt dort offenbar, vielleicht nicht mit Unrecht, daß der Augenblick zu einer Unterhandlung über das Definitivum unter den Auſpicien der Europäiſchen Mächte im däniſchen Intereſſe ein günſtiger iſt, und bringt daher den Incident-Punkt, um den es ſich pro tempore doch ausſchließlich handelt, mit der Regulirung des Definitivums in eine untrennbare und völlig ungerechtfertigte, ja wie mir ſcheint, unmögliche Verbindung. Leider wird das däniſche Cabinet in dieſem Beſtreben weſentlich durch England unterſtützt, das gleichfalls auf die definitive Regulirung auf dem Wege Europäiſcher Conferenzen wahrhaft verſeſſen iſt. Auch in Petersburg ſcheint man ſich für das Zuſtandekommen der uns mißliebigen Conferenzen lebhaft zu intereſſiren, was vielleicht zum Theil dem Feuereifer des Herrn v. Mohrenheim*) zuzuſchreiben iſt, der, wie mir vorkommt, ſich an dieſen Conferenzen die Sporen verdienen möchte. Wie wir um die fatale Execution wegkommen wollen, falls Dänemark auf die ihm ſuppeditirte Idee überhaupt nicht oder nicht in einer acceptablen Weiſe eingeht, iſt mir zwar nicht deutlich, indeſſen bin ich überzeugt, daß jedenfalls vor Ausführung der Execution eine zunächſt diplomatiſche Intervention der Europäiſchen Mächte derſelben ein unüberſteigliches Hinderniß zu bereiten ſuchen wird. Ich bin zwar ganz damit einverſtanden, daß wir den Europäiſchen Conferenzen möglichſt entgegenzuarbeiten haben werden, allein ich geſtehe, daß ich für meine Perſon deren Zuſtandekommen nicht als ſo abſolut nachtheilig und unannehmbar betrachten kann, als dies ziemlich allſeitig geſchieht. Weigern wir uns ganz unbedingt auf ſolche Conferenzen einzugehen, ſo ſind wir offenbar der Gefahr ausgeſetzt, daß die andern Mächte ſich um ſo leichter

*) Ruſſiſcher Geſandter in Kopenhagen.

1861 21. 6. hinter unſerm Rücken nicht blos ohne uns ſondern gegen uns verſtändigen. Etwas Schlimmeres könnte auch das Ergebniß einer Conferenz kaum ſein.

Die Huldigungsfrage bildet nach wie vor eine große Schwierigkeit, da die Meinung S. Majeſtät des Königs und der Mehrzahl ſeiner Räthe über den der Feier zu gebenden Inhalt von einander abweicht. Wie dem indeſſen ſei — ſo viel läßt ſich wohl ſchon jetzt mit Sicherheit ſagen, daß der Akt der Huldigung nicht vor dem Herbſt (Anfang October) wird ſtattfinden können. Ihr Wunſch, Sich dabei, ſei es als getreuer Vaſall ſei es als Staatsbürger, zu betheiligen wird Sie indeß wie ich hoffe nicht abhalten, Ihren Urlaubsgedanken ſchon früher Folge zu geben.

Der König beabſichtigt, wenn die Lage der Geſchäfte es erlaubt, Ende dieſes oder Anfangs des nächſten Monats von hier abzureiſen, ohne Zweifel zunächſt nach Baden, wo S. Majeſtät Kiſſinger Brunnen zu trinken beabſichtigt. Sobald Ihnen Allerhöchſten Orts der Urlaub bewilligt iſt, werde ich Sie telegraphiſch davon benachrichtigen, um Ihnen die Möglichkeit zu gewähren in kürzeſter Friſt Petersburg zu verlaſſen. Schließlich will ich Ihnen noch für Ihre wiederholten Privat-Mittheilungen im Laufe des verwichenen Frühjahrs meinen wärmſten Dank ſagen, was freilich längſt hätte geſchehen ſollen. Sie haben durch die darin enthaltenen zahlreichen und intereſſanten Notizen und die ihnen beigegebene humoriſtiſche Würze nicht blos mir, ſondern auch unſerm Allergnädigſten Herrn, dem ich mich für ermächtigt gehalten habe, auch von dem Inhalt Ihrer Privat-Correſpondenz Mittheilung zu machen, inmitten einer ſchwülen und ſchweren Zeit hin und wieder ein heiteres Intermezzo vorgeführt, für das wir ſtets ebenſo empfänglich als erkenntlich geweſen ſind.

Mit aufrichtiger Freundſchaft

herzlich der Ihrige

Schleinitz.

165.

Bismarck an die Fürstin Menchikoff.

Samedi. (Spätherbst 1861?)

Madame

une indisposition un peu plus grave qu'à l'ordinaire, m'empêche de franchir même la petite distance qui nous sépare et de Vous demander verbalement, si Vous avez encore à Votre disposition l'exemplaire du Statut organique*) que feu l'Empereur avait eu l'intention d'octroyer au Royaume de Pologne, et que j'ai vu chez Vous il y a quelques semaines. Comme il paraît que cette pièce, après avoir été ensevelie dans les cartons pendant près de trente ans, est destinée à une résurrection au moins partielle, je Vous serais infiniment obligé, si Vous vouliez me la prêter pour un quart d'heure en cas que Vous la tenez encore. 1861 (Herbst)

La dernière fois que je Vous ai emprunté un livre à Bade, c'était l'analyse d'une plaie imaginaire au coeur d'un égoiste; aujourd'hui je Vous demande la recette du cataplasme qu'un coeur trop peu égoiste se propose d'appliquer sur une plaie réelle mais incurable.

J'implore Votre pardon, Madame, si Vous me trouvez voisin importun, et je Vous prie d'agréer l'expression de mon dévouement le plus sincère.

v. Bismarck.

166.

Fürstin Menchikoff an Bismarck.

Je suis au désespoir de ne pouvoir pas Vous envoyer le petit volume en question, il était à mon beau-père, qui est parti ce matin pour Moscou. Cependant je vais tâcher de 1861 (Herbst)

*) Vom 14./26. Februar 1862.

1861 (Herbſt) Vous l'obtenir ailleurs, puisque cela Vous intéresse; mais je crains que les concessions accordées n'arrivent trop tard aujourd'hui; elles étaient rien moins que libérales.

Mille compliments affectueux; je suis bien fâchée de Vous savoir souffrant.

P^sse. Menchikoff.

167.

Miniſter Graf v. Bernſtorff an Bismarck.

Telegraphiſche Depeſche.

Berlin, 17. März 1862.

1862 17. 3. Se. Majeſtät haben Eure Excellenz zu andern diplomatiſchen Functionen beſtimmt. Im Allerhöchſten Auftrage erſuche ich Sie, Ihre Vorbereitungen ſo zu treffen, daß Sie Petersburg verlaſſen und ſich hierher begeben können, ſobald Ihnen Ihr Abberufungsſchreiben zugeht, welches Seiner Majeſtät ſogleich zur Vollziehung vorgelegt und Ihnen zugeſandt werden wird. Zu Ihrem Nachfolger iſt Graf Goltz beſtimmt, und wollen Sie anfragen.

v. Bernſtorff.

168.

Bismarck an Miniſter v. Bernſtorff.

Telegramm.

Petersburg 22 März 1862.

1862 22. 3. Fürſt Gortſchakow war im Auftrage des Kaiſers bei mir, um die Glückwünſche Sr. Majeſtät für des Königs Majeſtät zu überbringen und mich zur Tafel einzuladen. Gleichzeitig

bitte Eure Excellenz, die allerunterthänigſten Glückwünſche der Geſandſchaft Sr. Majeſtät zu Füßen zu legen. Bei Hof Tafel zur Feier des Tages. 1862 22. 8.

Telegramm vom 17 dankbar erhalten, und bin nunmehr bereit, zu reiſen, ſobald (ich) nach Eingang des Abberufungsſchreibens die Abſchieds-Audienzen gehabt haben werde.

v. Bismarck.

169.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Rhede von Marſeille, an Bord der
engl. Yacht J. M. der Königinn „Osborne"
21/10 62.

Ich ſage Ihnen meinen verbindlichen Dank für das Schreiben, welches ich heute durch den Major von Schweinitz erhielt*). 1862 21. 10.

Möge es Ihnen gelingen, wie Sie es mir ausdrücken, in der gegenwärtigen ſchwierigen Lage des Verfaſſungslebens unſeres Landes die von Ihnen ſelbſt bezeichnete, dringend nothwendige Verſtändigung mit der Landes-Vertretung herbeizuführen.

Mit geſpannter Aufmerkſamkeit folge ich dem Gange der Dinge bei uns, und werde es Ihnen ſehr danken, wenn Sie mich von dem ferneren Verlaufe der Berathungen im Schooße des Staats-Miniſteriums wie auch von den Verhältniſſen der auswärtigen Angelegenheiten unterrichten laſſen wollen.

Ich verbleibe

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

---

*) Concept nicht vorhanden.

170.

Flügeladjutant v. Schweinitz an Bismarck.

Geehrter Herr v. Bismarck!

1862 10. 11. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz trägt mir auf, Ihnen für Ihre Mittheilungen per Feldjäger zu danken und Ihnen zu sagen, daß er im Augenblick keine Zeit habe, Ihnen zu antworten, fernere Briefe ihm aber erwünscht sein würden. Ich bemerkte Sr. Königlichen Hoheit, daß es gar nicht Ihre Absicht sei, ihn zu einer politischen Korrespondenz zu nöthigen, sondern daß Sie es nur für nothwendig erachteten, daß er im Zusammenhang mit den Vorgängen bliebe. Der Prinz sagte dann noch, ich möge Ihnen schreiben, daß er Ihnen seine hier empfangenen Eindrücke mündlich mittheilen werde.

Nachdem ich mich hiermit des hohen Auftrages entledigt, erlaube ich mir Folgendes vertraulich hinzuzufügen:

Der Kronprinz, gewöhnt von seinen Onkels ꝛc. besonders aber von den höchsten Dienern des verstorbenen Königs ignorirt oder geringschätzend behandelt zu werden, ist empfänglich für die Ihm zukommenden Aufmerksamkeiten; Ihr erstes Schreiben, welches ich überbrachte, und mehr noch die Sendung eines Couriers haben den Prinzen angenehm berührt.

Daß Se. Majestät nicht nach England gereist sind*), wie es Sein Wunsch war, giebt man an Bord der Osborne Ihnen Schuld; die Frau Kronprinzessin bedauerte es lebhaft.

Hier in Neapel hat der Prinz nichts von dem angenommen, was ihm von Seiten des Gouvernements angeboten wurde; nur als die Herrschaften den Vesuv besteigen wollten, theilte ich es dem General Lamarmora mit und stellte ihm anheim, einige Sicherheitsmaßregeln zu treffen: er ließ einige Com-

*) Zum Besuch der Weltausstellung.

pagnien Berſaglieri eine Felddienſtübung bis an den Krater machen. Geſtern Abend war der General zum Diner an Bord, und heute werden ihm beide Prinzen*) einen Beſuch machen. 1862 10. 11.

Mit den Ihnen bekannten Geſinnungen bin ich

Ihr

aufrichtig ergebener

Neapel, 10. 11. 62. v. Schweinitz.

171.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

21./12. 62.

Auf Ihre geſtrige Anfrage erwiedere ich, daß ich nach wie vor den üblichen Anzeigen der anberaumten Staatsminiſterial-Sitzungen entgegenſehe; nur wünſche ich in den Fällen, daß vertrauliche oder beſonders wichtige Fragen zur Erörterung kommen, eine beſondere Anzeige zu erhalten. 1862 21. 12.

Der heutigen Sitzung beizuwohnen, bin ich durch mehrere bereits anberaumte Audienzen verhindert. Ihr ergebener

Friedrich Wilhelm KP.

172.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Die Ordens-Vorſchläge-Berathungen kenne ich aus früherer Erfahrung als geeignet „an den Wänden zu kratzen“ wegen Mangel an Intereſſe!! Ich komme alſo nicht. 1862 27. 12.

27/12. 62 Friedrich Wilhelm, KP.

---

*) D. h. der Kronprinz und der Prinz v. Wales.

173.

Freiherr v. Vincke-Olbendorff an König Wilhelm.

Allerdurchlauchtigſter Großmächtigſter König!
Allergnädigſter König und Herr!

1862 31. 12. Eure Königliche Majeſtät wollen allergnädigſt geruhen, in gewohnter Weiſe wie ſeit 20 Jahren, meine allerunterthänigſten, innigſten Glückwünſche beim Wechſel des Jahres entgegen zu nehmen. Möge Gott Eure Majeſtät ſegnen und ſtets in ſeinen gnädigen Schutz nehmen! Dieſes iſt das aufrichtige inbrünſtige Gebet eines Eurer Majeſtät bis in den Tod treu ergebenen Dieners und Unterthans.

Mit ſchwererem Herzen als je ſehe ich in die Zukunft. Eure Königliche Majeſtät wage ich nicht weiter mit meinen Anſichten zu beläſtigen, weil ich doch wahrſcheinlich die allerhöchſte Zuſtimmung nicht finden würde. Nur eines kann ich nicht unterlaſſen auszuſprechen, weil es meinerſeits eine Untreue gegen Eure Majeſtät ſein würde, wenn ich es hier verſchwiege: ich fürchte, Eure Majeſtät ſind über die Stimmung des bei weitem größten Theiles des Volkes getäuſcht. Das Volk hängt treu an Eurer Majeſtät, aber es hält auch feſt an dem Recht, welches ihm der Artikel 99 der Verfaſſung unzweideutig gewährt. Möge Gott die unglücklichen Folgen eines großen Mißverſtändniſſes in Gnaden abwenden.

In tiefſter Ehrfurcht und unerſchütterlicher Treue erſterbend

Eurer Königlichen Majeſtät

allerunterthänigſter

Olbendorf b. Grottkau
den 31. Dezember 1862.

Frhrr. v. Vincke
Oberſtlieutenant a. D.*)

*) Die Antwort des Königs ſ. G. u. E. I, 363 f.

174.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Unter meinen Papieren von der Reise her aufbewahrt, und erst jetzt bei dem Ordnen herausgenommen. 1863 11. 1.

11/1 63.

Friedrich Wilhelm KP.*)

175.

Minister v. d. Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz

gestatten mir wohl ein ganz vertrauliches Wort in persönlicher Sache. 1863 24. 1.

Am Tage meiner Entlassung hatten Eure Excellenz die Güte, ohne irgend eine Anregung von meiner Seite aus eigner Bewegung in wohlwollendster Weise zu bemerken, ein Minister, der 14 Jahre zu Allerhöchster Zufriedenheit gedient, werde sicher nicht ohne ein öffentliches Zeichen Allerhöchster Anerkennung entlassen werden. Auch späterhin nahmen Eure Excellenz mehrmals Veranlassung, wieder ohne Anregung von meiner Seite, eine öffentliche Anerkennung in Aussicht zu stellen, indem Sie das letzte Mal beifügten, die Ausführung der Allerhöchsten Intention sei nur für den Fall verschoben, daß ein Wieder-Eintritt ins Ministerium unmittelbar erfolge, was nun aber nicht Platz greife. Als Eure Excellenz am Entlassungstage mich frugen, welche Auszeichnung mir am liebsten sein würde, erlaubte ich mir mit schuldiger Offenheit zu sagen, daß diejenige,

*) Als Anlage ist das in Bd. I, S. 33 veröffentlichte Concept des Telegramms vom 29. October 1862 beigefügt.

1863 24. 1. welche mir vor der Krönung schon durch Herrn v. Auerswald angeblich im Allerhöchsten Auftrag angekündigt war, der Stern zum Hohenzollernorden, mir sehr werth sein würde.

Alles dies ist Eurer Excellenz wohl bei Ihren anderweiten ernsteren Geschäften entfallen.

Wenn nun außer Herrn v. Manteuffel, der, weil er gegen seinen Willen entlassen wurde, jede Anerkennung ablehnte und außer Einigen, die bei ihrer Entlassung durch dauernde gute Stellen sich verbesserten, meines Wissens kein Minister ohne eine öffentliche Anerkennung entlassen worden ist, wenn ich zudem weder Pension noch Wartegeld beziehe, so darf ich ohne Unbescheidenheit diese ganz ergebensten Zeilen mir wohl vertrauensvoll für den Fall gestatten, daß nicht etwa absichtlich die Ausführung der Allerhöchsten Intention unterblieben ist. Jedenfalls rechne ich zuversichtlich auf eine geneigte discrete Benutzung dieser Zeilen, die ich an Ew. Excellenz in der That nicht richten würde, wenn Sie mir nicht bei meinem Austritt so gütig und wohlwollend entgegengekommen wären.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Berlin 24. Jan. 1863. von der Heydt *).

176.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

1863 24. 2. Einige Tage früher und über Carlsruhe nach England reisend, wollte ich nur bemerken, daß ich morgen früh abgehe.

Sollten Sie wünschen, irgend etwas Besonderes mir für England ad hoc zufertigen zu lassen oder sonst wie papierliche Sendungen wünschen, so reist mein Adjutant Oberstlieutenant

*) Vgl. Bd. I, S. 45 No. 30.

v. Obernitz am Sonntag Abend ab und kann also Ihnen zu Dienſten ſtehen, da er mich unterwegs trifft. 1863 24. 2.

Auf Wiederſehen nach dem 10. März.

Ihr ergebenſter

$\frac{24}{2}$ 63. Friedrich Wilhelm KP.

177.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 25 Februar 1863
ſchon abgereiſt *).

Eurer Königlichen Hoheit

ſage ich meinen ehrfurchtsvollen Dank für das mir ſo eben zugehende gnädige Schreiben vom geſtrigen Tage, und werde ich am Sonntag den Oberſt-Lieutenant von Obernitz um Mitnahme von Depeſchen für Graf Bernſtorff bitten. 1863 25. 2.

Zugleich erlaube ich mir die unterthänigſte Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit befehlen, daß ich Höchſtdenſelben vor der Abreiſe über die augenblickliche Sachlage Vortrag halte, wozu ich die Stunde alsdann gnädigſt zu beſtimmen bitte. Was ich ſchriftlich vorlegen kann, enthält das unterthänigſt beigefügte Concept einer geſtern Abend an Graf Goltz abgegangenen Depeſche, von der ich leider eine Reinſchrift im Augenblick nicht beſitze. Eure Königliche Hoheit wollen daher das Aeußere der Anlage mit Nachſicht beurtheilen.

In tiefer Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthänigſter

v. Bismarck.

---

*) Nachträglich darunter bemerkt.

178.

Oberpräsident Senfft von Pilsach an Bismarck.

Euer Excellenz

1863 bitte ich um Erlaubniß, den anliegenden Bericht an das Königliche
9. 5. Staatsministerium mit diesem Schreiben zu begleiten. Dasselbe ist bestimmt, einen integrirenden Theil jenes Berichts abzugeben, und ich richte es nur deshalb persönlich und vertraulich an Euer Excellenz, damit es nicht dem gewöhnlichen Gange durch die Bureaus verfalle.

Zur Sache selbst bemerke ich Folgendes. Wie es scheint, ist von der Fortschrittspartei ausgesprengt worden, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz derselben zugethan sei. Soviel steht jedenfalls fest, daß Letzteres in weiten Kreisen geglaubt wird und daß ebendeshalb alle Bemühungen der Staatsregierung auf diese Kreise wieder Einfluß zu gewinnen, naturgemäß fehlschlagen. Nicht nur von dem geringen Volke, sondern auch von gebildeten Männern wird die Ermahnung: treu zu Seiner Majestät dem Könige und zu Allerhöchstdessen Regierung zu halten, — öfter mit der Entgegnung zurückgewiesen, daß des Königs Majestät bereits alt sei, des Kronprinzen Königliche Hoheit aber, sobald Höchstderselbe zur Regierung komme, ein democratisches Ministerium berufen werde; man dürfe es daher mit der Fortschrittspartei nicht verderben.

Sollen nun die großen Gefahren beseitigt werden, die das Vaterland umlagern, so ist die Ausrottung jenes verderblichen Vorurtheils unbedingt erforderlich. Es kommt also darauf an, daß des Kronprinzen Königliche Hoheit Sein völliges Einverständniß mit den politischen Principien des Königs in irgend einer Weise entschieden und öffentlich ausspreche. Auch insofern erscheint dies dringend geboten, als dadurch den Gefahren eines erneuten Attentats entgegen gearbeitet wird, die das theure

Leben Seiner Majeſtät des Königs ſo ernſt bedrohen. Dem Königlichen Staatsminiſterio ſtelle ich daher gehorſamſt anheim: des Kronprinzen Königliche Hoheit um den Erlaß einer ſolchen Erklärung zu bitten. 1863 9. 5.

In Ehrerbietung beharre ich

Euer Excellenz

ganz gehorſamer Diener

Stettin 9. Mai 1863. Senfft v. Pilſach.

179.

Miniſter v. der Heydt an Bismarck.

Eure Excellenz erlauben mir wohl, Ihnen zu den jüngſten leider gebotenen Maaßnahmen*) meinen theilnehmenden Glückwunſch auszuſprechen. Eine kräftige Handhabung der Autorität erſcheint jetzt als das erſte Erforderniß, dem alle andern Rückſichten unterzuordnen ſind. 1863 7. 6.

Um ſo bedauerlicher und ſtörender iſt der wohl nur aus mißlichen Eingebungen hervorgegangene Vorfall in Danzig. Wenn je, ſo muß jetzt ein König im eigenen Hauſe Herr ſein, und daß es ſo ſei, darf Keinem zweifelhaft ſein. Nach meinem Dafürhalten müßte die Inſpektions-Reiſe kurz abgeſchnitten, es müßten Duncker und Brunnemann durch Königliche Ordre ihrer Stellung ſofort enthoben, und Sr. Königlichen Hoheit jede offizielle Aeußerung über Politik durch Ordre unterſagt werden, inſofern ſie den Zweck hätte, einen Tadel gegen die Maaßnahmen der Regierung anzudeuten. Ich halte dies für eine nicht zu verſchiebende unerläßliche Nothwendigkeit.

*) Preßverordnungen vom 1. Juni 1863.

1863 7. 6. Wenn nur nirgends geſchwankt, wird die gehoffte Wirkung um ſo ſchneller eintreten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Excellenz

ganz ergebenſter

Berlin 7. Juni 1863. v. d. Heydt.

180.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

1863 11. 6. Der König hat mir ſehr eingehend und ausführlich von der Kronprinzlichen Frage geſprochen, mir auch mitgetheilt, was er dem Kronprinzen durch Hauptmann v. Loucadou geantwortet, nämlich Verzeihung und Belehrung in väterlicher Weiſe, aber kein Wort davon, daß S. Königliche Hoheit zum Schrippenfeſt*) berufen ſei. In Babelsberg (bei Pückler und Manteuffel) war nichts davon bekannt. Ich glaube daher nicht an dieſe Berufung. Näheres heut Abend!

Ihr

Berlin 11. Juni 63. v. Roon.

181.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Paris den 21. Juny 1863.

Verehrteſter Chef.

1863 21. 6. Aus meinen heut abgehenden Berichten werden Sie erſehen, daß der Kaiſer nur ganz kurz unſerer Stellung zur polniſchen Sache Erwähnung that; er ſprach in einem auffallend

*) Ein alljährlich dem Lehrbataillon gegebenes Feſt, bei dem ein Berliner Gebäck (Schrippen) vertheilt wird.

trockenen und etwas verlegenen Tone, und ſo, als wenn es 1863
ihm unangenehm wäre, etwas zu tadeln, was, wie er recht gut 21. 6.
einſehen wird, nicht zu tadeln iſt. So ließ er ſich auch nicht in weitere Discuſſion ein, als ich ihm die ſonnenklare Berechtigung unſeres Verhaltens auseinanderſetzte. Es kann nun verſchiedene Urſachen geben, weshalb er nicht weiter discutirt hat, ich habe aber den Eindruck, daß er eben davon überzeugt iſt, im Grunde nichts vorwerfen zu können, und jedenfalls ſich derartiger Aufſtellungen von Principien enthält, wie ſie ſein Miniſter*) neulich dem Grafen Goltz in meiner Gegenwart zu machen für gut hielt.

Herr v. Budberg, den ich geſtern ſogleich nach meiner Rückkehr beſuchte, hat mir im Vertrauen erzählt, daß ihm Drouyn neulich, als er ihn gedrängt hat, den eigentlichen practiſchen Grund der franzöſiſchen Einmiſchung in die polniſchen Angelegenheiten anzugeben, ganz naiv geſtanden hat, daß, wenn Polen unabhängig ſei, Frankreich eine kräftige Handhabe habe, um zugleich auf Preußen und auf Oeſtreich zu drücken. Wenn ich nun auch nicht im geringſten daran zweifle, daß dies der einzige halbwegs vernünftige Hebel der franzöſiſchen Politik iſt, ſo iſt es doch originell, den Pferdefuß ſo ungenirt blicken zu laſſen.

Darin ſtimmen alle Urtheile überein, die ich hier habe ſammeln können, daß Drouyn de L'huys der heftigſte Polen-Agitator und zugleich der für uns am unfreundlichſten Geſinnte iſt. Seine große Ambition, ſeinen Namen auch, wie ſeine Vorgänger, durch irgend eine große That verewigen zu können, mag ihn wohl vorwärts treiben. Ferner glaubt er ſich durch dieſen Eifer beim Kaiſer liebes Kind zu machen, und die Angſt, zu ſeinen Seidenwürmern und Yacks zurückzukehren, iſt maaßlos. Wenn es ihm nur nicht ſo geht, wie manchem ſeiner Vor-

*) Drouyn de L'Huys, Nachfolger Thouvenels als Miniſter des Auswärtigen.

1868 21. 6. gänger, die in der Idee, dem Kaiſer zu Gefallen zu thun, durchgingen und, einmal über das Ziel hinausgeſchoſſen, vom Herrn im Stich gelaſſen wurden.

Ich habe mir angelegen ſein laſſen, während meines Aufenthaltes in Fontainebleau ſoviel wie möglich unbekannte Geſchichten über die Gräuelthaten der Polen zu erzählen, die direkt oder indirekt dem Kaiſer zu Ohren kommen. Dabei iſt mir Heeckeren*) behülflich geweſen, die bekannte Trompete des hieſigen Terrains. Dieſer, der immer in Geldunternehmungen ſteckt und deshalb Frieden braucht, hat dem Kaiſer tagtäglich von dem Abſcheu der Departements vor einem Krieg für Polen vorgepredigt. Seine Berichte haben einen gewiſſen Werth, weil er als Wahl-Agitator in den Elſaß geſchickt worden (war) und dort einen namhaften Sieg für die Regierung davon getragen hatte.

Ich habe Metternich**), nicht in Ihrem Auftrag ſondern als eine Privatbemerkung geſagt, daß er ſich durch ſeine politiſche Haltung hier bei allen Cabinetten und namentlich bei den Conſervativen in Deutſchland mehr oder weniger verdächtig gemacht habe. Er erwiederte mir, daß er dies wohl wiſſe, daß er aber nicht anders handeln könne, weil Oeſtreich vor Allem Frieden brauchte und man, wenn Frankreich wolle, auf allen Seiten bedroht ſein würde. Außerdem ſei er auch überzeugt, daß die Theilnahme Oeſtreichs an den Collectiv-Schritten der Weſtmächte dieſe eher zurückhalten als vorwärts treiben ꝛc. ꝛc. Er wird jetzt begreiflicher Weiſe ſehr cajolirt; ich bin aber nicht der Anſicht andrer, welche behaupten, daß Metternich die öſtreichiſche Politik ſeiner angenehmen Hofſtellung zum Opfer bringe; er pflegt ſeine Hofſtellung mit großer Sorgfalt, um eben ſeiner Politik zu dienen.

Aus den Zeitungen erſehe ich, daß Sie nicht mit nach

*) Baron v. Heeckeren, franzöſiſcher Senator, der von Kaiſer Napoleon III. wiederholt zu vertraulichen Miſſionen benutzt wurde.

**) Fürſt Richard Metternich, öſterreichiſcher Botſchafter in Paris.

Carlsbad, ſondern nach einem andern Bade gehen. Das thut 1863
mir leid für die res publica, für Ihre Geſundheit aber mags 21. 6.
beſſer ſein. Ich wünſche beſten Erfolg und bin mit aufrichtiger Ergebenheit

Ihr

gehorſamſter

H. VII. Reuß.

182.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck*).

Stettin 30. Juni 1863.

Aus Ihrem Schreiben vom 10ten Juni d. J.**) habe ich 1863
erſehen, daß Sie meinen Proteſt gegen den Preß-Einſchränkungs- 30. 6.
Erlaß, den ich am 3ten Juni aus Graudenz abſendete, dem Staats-Miniſterium amtlich mitzutheilen, auf Befehl Sr. Majeſtät des Königs unterlaſſen.

Ich kann mir freilich denken, daß es Ihnen nicht unerwünſcht ſei einen Vorgang, der wie Sie ſelbſt anerkennen, in ſeinen Folgen allgemeine Bedeutung erlangen könnte, als eine bloße perſönliche Angelegenheit zu behandeln. Es würde zu nichts fruchten, wenn ich auf jener Mittheilung beſtände [1]), die ohnehin, wie ich aus Ihren Worten ſchließen darf, in nicht amtlicher Weiſe, doch ſtattgefunden haben wird. Es liegt mir aber daran, mich Ihnen gegenüber deutlich in Bezug auf die Alternative auszuſprechen, welche Sie mir ſtellen: dem Miniſterium die Aufgabe, die es ſich vorgeſetzt, zu erleichtern oder zu erſchweren.

*) Der Brief iſt bei Margarethe v. Poſchinger, Kaiſer Friedrich, II, 22—24, ſchon veröffentlicht, aber mit Ungenauigkeiten, ſo daß ein nochmaliger Abdruck nothwendig iſt.

**) Orig.: Mts. — Concept des Schreibens vom 10. Juni iſt nicht vorhanden.

1853 Ich kann sie Ihnen nicht erleichtern, denn ich befinde mich
M. 6. allerdings in prinzipiellem Gegensatz zu denselben.

Loyale Handhabung der Gesetze und Verfassung, Achtung und Wohlwollen gegen ein leicht zu führendes, intelligentes und nüchternes Volk — das sind die Prinzipien, von denen meiner Meinung nach jede Regierung in ihrem Verfahren gegen das Land geleitet sein muß. Ich vermag die in der Verordnung vom 1. Juni cr. ausgeprägte Politik mit diesen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen.

Sie haben mir zwar die Verfassungsmäßigkeit jenes Erlasses nachzuweisen und Sie versichern, Sie und Ihre Collegen seien Ihrer Eide eingedenk. Ich aber meine, daß eine Regierung ein stärkeres Fundament bedürfe als mindestens höchst zweifelhafte Auslegungen, die dem gesunden Menschenverstande des Volkes nicht einleuchten. Sie selbst berufen sich darauf, daß auch Ihre Gegner die Ehrlichkeit Ihrer Ueberzeugungen achten. Ich lasse diese Behauptung unerörtert*), aber wenn Sie dem Urtheil Ihrer Gegner einigen Werth beimessen, so müßte doch der Umstand Ihnen Bedenken einflößen, daß die entschiedene Mehrheit der gebildeten Klassen unseres Volks die Verfassungsmäßigkeit des Inhalts der fraglichen Verordnung verneint. Daß dies geschehen würde, wußte das Ministerium vorher. Es wußte ebenso vorher, daß der Landtag den Inhalt jenes Erlasses niemals vorher genehmigt haben würde, machte dem Landtage keine Vorlage, schloß ihn, und publizirte wenige Tage darauf die Verordnung auf Grund von Artikel 63 der Verfassung.

Wenn das Land in diesem Verfahren eine loyale Handhabung der Verfassung nicht erkennt, so möchte ich fragen, was hat das Ministerium gethan, um die öffentliche Meinung zu seiner Ansicht zu bekehren? Es hat kein anderes Mittel gefunden, sich mit der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen als ihr Schweigen aufzuerlegen.

Es ist überflüssig, ein Wort darüber zu verlieren, wie sich die Verordnung zu der Achtung und dem Wohlwollen verhält, die einem willigen, loyalen Volk gebühren, das aber, weil die Regierung seine Stimme nicht hören will, zur Rolle des Stummen verurtheilt wird. 1863 30. 6.

Und welches sind die Erfolge, die Sie sich von dieser Politik versprechen? Beruhigung der Gemüther, Herstellung des Friedens?

Glauben Sie durch neue Kränkungen des Rechtsgefühls die Gemüther beruhigen zu können?

Aber freilich, Sie erwarten einen günstigeren Erfolg neuer Wahlen [3]). Mir scheint es gegen die menschliche Natur zu sein, einen Umschwung von Stimmungen zu hoffen, welche durch das Verfahren der Regierung nur fortwährend gesteigert und gereizt werden.

Ich will Ihnen sagen, welchen Erfolg Ihrer Politik ich vorhersehe:

Sie werden so lange an der Verfassung deuteln, bis dieselbe ihren Werth in den Augen des Volks verliert. Sie werden dadurch einerseits anarchische Bestrebungen, die über die Verfassung hinausgehen, wachrufen. Sie werden andererseits, mögen Sie es wollen oder nicht, von einer gewagten Interpretation zur anderen, bis zu dem Anrathen des nackten unverschleierten Verfassungsbruchs getrieben werden.

Diejenigen, welche Seine Majestät den König, meinen allergnädigsten Herrn Vater, auf solche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichsten Rathgeber für Krone und Vaterland [4]) [5]).

Friedrich Wilhelm KP.

P.S.

Ich habe schon vor dem 1. Juni d. J. von dem Recht, den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen, nur sehr eingeschränkten Gebrauch gemacht. Sie werden es nach meinen 1863 2. 7.

1863 2. 7. vorstehend ausgesprochenen Ueberzeugungen begreiflich finden, daß ich Seine Majestät den König bitten werde, mich fortan während der Dauer des jetzigen Ministeriums der Theilnahme an jenen Sitzungen gänzlich enthalten zu dürfen.

Ein fortgesetztes öffentliches und persönliches Aussprechen des Gegensatzes, in dem ich mich zum Ministerium befinde, würde weder meiner Stellung noch meiner Neigung entsprechen. Ich werde mir jedoch in allen sonstigen Beziehungen für die Aeußerung meiner Meinung keinen Zwang auflegen, und das Ministerium darf darauf rechnen, daß es lediglich von demselben und seinen weiteren Schritten abhängen wird, ob ich trotz meines innersten Widerstrebens mich werde gezwungen sehen, ein ferneres öffentliches Auftreten nicht zu scheuen, wenn es von der Pflicht geboten erscheint.

2. Juli 63. FW. KP.*)

Randbemerkungen Bismarcks:

1) Nein. 2) Wenig höflich. 3) Nein. 4) Ich nicht. 5) Leicht fertig ist die Jugend mit dem Worte!

183.

Graf F. zu Eulenburg an Bismarck.

Berlin Dienstag 7. Juli 63 früh.

Verehrter Freund,

1863 7. 7. In der Anlage übersende ich Ihnen

1. einen Bericht vom Oberpräsidenten Horn vom 2. Juli,
2. drei Polizei-Rapporte vom 4., 5. und 6. Juli.

Alles mit der Bitte um Rückgabe.

---

*) Die Nachschrift ist in Putbus zugefügt worden.

Aus letzteren werden Sie sehen, wie es bis zum Sonn- 1863
abend Abend hergegangen ist*). Vorgestern und gestern ist Alles 7. 7.
ruhig gewesen, und somit ist die Sache zu Ende. Dafür, daß Bernuth**) zum ersten Male solch eine Geschichte durchgemacht hat, hat er sich recht umsichtig und ruhig benommen. Die Schutzmannschaft, die ich alle Abende mit Warmbier, Butterbrod und Wurst habe füttern lassen, verdient das größte Lob: ich will es ihr heute durch einen Parolebefehl ertheilen.

Auf Ihre mir gestern Abend spät zu Händen gekommene Anfrage wegen Errichtung eines Fräuleinstiftes in der Lausitz, kann ich vor der Hand nur antworten, daß die Statuten desselben eingereicht, aber so confus sind, daß mehrere Aenderungen haben angeordnet werden müssen.

Roon war gestern bei mir. Er war ganz entzückt von dem Schauspiel, welches der Bürgermeister Stroffer in Herford ihm vorgeführt hatte, und will dem Könige ausführlich darüber berichten***).

Witzleben aus Magdeburg schreibt mir, daß man in Sangerhausen damit umgehe, den früheren Direktor der Oberrechenkammer Seiffarth, dessen Sie sich ja wohl noch aus der Depeschen-Diebstahls-Geschichte†) her erinnern, als Vertreter der Stadt ins Herrenhaus zu wählen, und erbittet eine vorläufige Aeußerung Seiner Majestät darüber, ob diese Wahl Aussicht auf Bestätigung hätte. Ich glaube, es ist besser, gleich von vorn herein dahin zu wirken, daß sie nicht auf den p. Seiffarth fällt.

Von Bodelschwingh erfahre ich, daß Pommer-Esche gegen die Ernennung von Graf Villers zum Vice-Präsidenten in

*) In der Oranienstraße zu Berlin gab es wegen der Exmission eines Schankwirthes seit dem 29. Juni Tag für Tag Pöbelzusammenrottungen, die in der Nacht zum 4. Juli die Polizei zum Gebrauch der Waffen zwangen.

**) Polizeipräsident von Berlin.

***) Vgl. Roons Denkwürdigkeiten, 4. Aufl., Bd. II, 149 ff.

†) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II, 346 ff.

1863 7. 7. Coblenz nichts zu erinnern hat. Ich habe daher den Immediatbericht bereits abgehen lassen.

Mit den Gefühlen herzlichsten Neides wegen Ihres Aufenthaltes in den grünen Bergen bin ich vor wie nach

Ihr

aufrichtig ergebenster

Eulenburg.

184.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) Carlsbad 10 Juli 1863.

Eurer Königlichen Hoheit

1863 10. 7. zeige ich unterthänigst an, daß ich die Ehre gehabt habe, Höchstdero Schreiben vom $\frac{30 \text{ Juni}}{2 \text{ July}}$ zu erhalten.

Eure Königliche Hoheit sagen darin, daß eine fortgesetzte persönliche Aussprache des Gegensatzes, in welchem Höchstdieselben Sich zum Ministerium befinden, Ihrer Stellung und Ihrer Neigung nicht entspreche. Ich glaube daher Eurer Königlichen Hoheit Intention nachzukommen, wenn ich mich einer Entgegnung auf das Urtheil, welches Eure Königliche Hoheit über das Verfahren der Königlichen Regirung fällen, in Ehrerbietung enthalte.

Was die Stellung betrifft, welche Eure Königliche Hoheit für die Zukunft der Regirung Sr. Majestät des Königs gegenüber einnehmen wollen, so ist dieselbe von solcher Tragweite für das Wohl und die Zukunft des Staates, daß diese Frage meines unterthänigsten Dafürhaltens vor Beendigung der gegenwärtigen Kur, ohne Beeinträchtigung der während derselben vorgeschriebenen Schonung des Königs bei Allerhöchstdemselben nicht wird zur Sprache gebracht werden können

v. Bismarck.

185.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

14/7. 63.

Indem ich für den Brief vom 10. Juli danke, eile ich auf den Schlußpassus mich beziehend, Sie auf das Entschiedenste zu ersuchen, S. Majestät dem König nicht eher von meiner Absicht Mittheilung zu machen, als bis Sie entweder durch S. Majestät oder durch mich erfahren, daß dieselbe Allerhöchsten Orts bekannt geworden ist. Wenn ich Ihnen schrieb, daß ich S. Majestät bitten werde, mich von dem Beiwohnen der Sitzungen des Staatsministeriums zu entbinden, so war ich durchaus nicht gewillt, daß S. Majestät durch Sie jenen Entschluß erfahren soll. Ich weiß sehr wohl, daß S. Majestät jetzt während und auch nach der Brunnenkur geschont werden muß, und werde zu einer mir gelegen erscheinenden Zeit selber mit Sr. Majestät über meine Ansichten und Pläne reden. 1863 14. 7.

Somit erwarte ich ganz bestimmt, daß Sie nicht eher von jenem Kapitel mit dem Könige sprechen, als bis Sie hören, daß S. Majestät um mein Vorhaben weiß.

Friedrich Wilhelm KP.

186.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

(Concept.) B. 16 7 63.

Nachdem ich soeben Eurer Königlichen Hoheit Schreiben vom 14 zu erhalten die Ehre gehabt habe, beeile ich mich Höchstdenselben unterthänigst anzuzeigen, daß ich des Schreibens Eurer Königlichen Hoheit vom 2 c. gegen Seine Majestät den 1863 16. 7.

1863 16. 7. König bisher nicht erwähnt habe und mich nach Eurer Königlichen Hoheit Befehl auch ferner der Initiative in dieser Beziehung enthalten werde. Einige der seit dem 2 c. in den öffentlichen Blättern verbreiteten Mittheilungen über den Inhalt des Briefwechsels Eurer Königlichen Hoheit mit dem Könige sind vorgestern unerwartet durch Zeitungsblatt zur Kenntniß Seiner Majestät gelangt. Allerhöchstdieselben ließen mich in Folge dessen im Augenblicke meiner Abreise nochmals rufen und befahlen mir nachzuforschen, wie diese Notizen an die Weserzeitung gelangt seien.

Eurer Königlichen Hoheit melde ich unterthänigst, daß ich am Sonnabend Berlin wieder verlasse, um mich in Regensburg dem Gefolge Seiner Majestät nach Gastein anzuschließen, indem der König mir befohlen hat, bei der bevorstehenden Begegnung mit dem Kaiser von Oestreich anwesend zu sein.

v. Bismarck.

187.

Bismarck an General v. Manteuffel.

Telegramm.

Berlin den 16 Juli 1863.

An General von Manteuffel

Carlsbad.

1863 16. 7. Ich habe den Brief*) nicht erwähnt und bitte auch Sie desgleichen zu thun. Abiender hat mich seitdem ausdrücklich darum ersucht.

v. Bismarck**).

*) Des Kronprinzen vom 30. Juni (2. Juli).

**) Vgl. Brief des Kronprinzen an Bismarck vom 3./9. 1863 G. u. F. I. 332.

188.

Geheimrath v. Lecoq an Bismarck.

Eurer Excellenz

beehre ich mich in der Anlage die mir gewogentlich aufgegebene 1864
Denkschrift über die Ansprüche des Augustenburger Hauses an 3. 1.
Schleswig und Holstein zu überreichen. Ich habe mich bemüht, die Denkschrift so abzufassen, daß dieselbe auch für Personen verständlich ist, welche mit den sehr complicirten Bestimmungen, man könnte sagen: Irrsalen des deutschen Staats- und Privat-Fürstenrechts, nicht vertraut sind. Darum habe ich juristische Digressionen vermieden und mich auf die allgemein bekannten Rechtssätze beschränkt. Nach meiner Ueberzeugung haben übrigens wirklich die Sonderburger Linien alle Beide, die Augustenburger und die Glücksburger, gar kein Recht auf die Succession in Holstein, da beide durch die ungleichen Heirathen ihrer Vorfahren ausgeschlossen sind. Diese Frage wird nur complicirt durch den Umstand, daß diese Nebenlinien, wenn sie sich wieder in die dänische Königsfamilie, wie der Vater des jetzigen Primkenauers that, hineinheiratheten, nach der lex regia in Dänemark, ihrer Mißheirathen ungeachtet, successionsfähig bleiben. Dies ist auch der wahre Grund des Mißvergnügens des Augustenburgers, der es bitter beklagt, daß er nicht von Mutterseite zur Succession auf den dänischen Thron berufen ist. Die Mißheirathen der Glücksburger Linie sind für den jetzigen König ohne alle Bedeutung, da er lediglich durch die Cession seines Schwagers, des Prinzen Friedrich von Hessen, und als Gemahl der jetzigen Königin auf den Thron berufen ist.

Zu meiner Ausarbeitung habe ich mehr Zeit gebraucht als ich voraussetzte, weil die richtige Darstellung viel Nachschlagen in Büchern erforderte: Eure Excellenz wollen den Verzug,

1864 3. 1. sowie die schlechte, oft unordentliche Schrift geneigt entschuldigen; ich laborire an einem Catarrh, welcher mich sehr plagt und in mein Zimmer bannt. Sollte Eure Excellenz einen Zusatz oder eine Abänderung des Aufsatzes wünschen, so stehe ich dennoch jeden Augenblick zu Befehl und bitte nur um Entschuldigung, wenn ich ungebührlich viel niese.

Verehrungsvoll

ganz gehorsamst

v. Lecoq.

Berlin 3. Januar 1864.

189.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 20. Januar 1864.

1864 20. 1. Anbei erfolgen die mir übersandten Anlagen zurück. Morgen hoffe ich den König zu sehen und ruhig zu finden. In die begonnene militairische Aktion darf, weil sie eine entscheidende politische Bedeutung hat, keinerlei Hemmung gebracht werden. Gibt es daher berechtigte Zweifel über die Grenzen der Oesterreichischen Mitbetheiligung, so möchte ich beanstanden, daß sie sogleich ergründet werden. Ist der Krieg „um die Occupation Schleswigs“ faktisch ausgebrochen, so wird die betreffende Sonde angelegt werden müssen — nicht früher. Das schließt doch die kräftigsten gemeinsamen Operationen innerhalb Schleswigs nicht aus, und es wird, dem Streben der Diplomatie den Krieg in den Grenzen des Herzogthums zu localisiren gegenüber, doch jedenfalls die militairische Möglichkeit einer derartig gemäßigten Aggression in reifliche Erwägung zu nehmen sein. Ich bezweifle diese Möglichkeit, will aber gern aus der Instruction*) Alles fortlassen, was auf die Fortsetzung des Krieges

*) Für den Feldmarschall v. Wrangel.

jenſeit der Königs-Au hindeutet, wenigſtens vorläufig. Denn 1864
was in dieſem Betracht etwa verſäumt ſein ſollte, kann nach- 20. 1.
geholt werden. Ich laſſe demgemäß die Inſtruction umſchreiben, und ſchicke ſie Ihnen morgen.

Erlaſſen Sie mir nochmals auf mein tiefes Bedauern in Betreff des heutigen Vorfalls und ſoweit ich ihn, wider meine Abſicht, verſchuldet, zurückzukommen. An dieſem Mißverſtändniß darf aber Preußen nicht zu Grunde gehen, darf die Revolution keine Leiter zur Macht finden. — Ich verſtehe jetzt Ihre Einwürfe. Als Sie ſolche heute im Cabinet vortrugen, verſtand ich ſie nicht, würde ſie kein militairiſch erzogener Menſch verſtanden haben. Darum Billigkeit, Nachſicht! wenn ſie auch an maaßgebender Stelle nicht verſtanden wurden und ungeduldige Aeußerungen hervorriefen.

Es geht abſolut nicht an, daß Sie die Parthie, ſolcher Mißverſtändniſſe halber, verloren geben und die Bahn frei machen. Das ſchließt nicht aus, daß der Verſuch gemacht werden muß zu ergründen, in wie weit gewiſſe Uebellaunigkeiten auf Mangel an Vertrauen deuten, und dieſen Verſuch will ich morgen machen. Schiene ein ſolcher Mangel obzuwalten, ſo bliebe nur übrig das Verlorne wiederzugewinnen, oder darauf zu verzichten, und — das Feld zu räumen. Da dies aber nicht geſchehen darf, ſo iſt event. der erſte Theil der Alternative ins Auge zu faſſen.

Wir müſſen eben alle Schwierigkeiten überwinden oder wir werden verhöhnt und verflucht werden. Und warum ſollten wir die Parthie verloren geben? Blos deswegen, weil in einigen Fällen Vortrag und Auffaſſung auf verſchiedenem Niveau ſtanden und die Brillen, durch die man die Dinge ſah, verſchiedener Färbung waren? Gewiß nicht!

Alſo, mein edler Bärenjäger, kalte Ruhe und — das Ziel, die Rettung vor demokratiſcher Anarchie, feſt im Auge — fort mit der ärgerlichen Wallung! Bitten Sie um Gleichmuth

1864 und ein stilles Herz — und ich hätte vielleicht nichts schreiben
20. 1. sollen als diese eine letzte Zeile.

In Treue

Ihr

v. Roon*).

190.

König Wilhelm an Kriegsminister v. Roon.

Berlin 2. 4. 64.

1864 Der Finanz Minister hat mir schon zu wiederholten Malen
2. 4. die Ansicht ausgesprochen, daß es zur Erleichterung der Finanzen sehr wünschenswerth sei, wenn es die Umstände gestatteten, einzelne, auf die Kriegsstärke gesetzten Truppen zu réduciren und hat namentlich auf die Infanterie des 6ten Armee Corps hingewiesen, da der Zweck, den deren Augmentation hatte, erreicht sei. Wenngleich Letzteres gegründet ist, so ist es doch bereits nöthig geworden, eine Brigade dieses Corps nach F. a/O. zu ziehen, um, wegen Sicherung der Verhältnisse in Berlin, die abgerückte 9te Brigade zu ersetzen, so daß die Verringerung der Kopfzahl jener Brigade nicht angänglich ist. Nächstdem hat der Minister Bismarck schon wiederhohlentlich es bei mir zur Sprache gebracht, daß durch die Verwendung des größten Theiles der Garde Division vor Düppel die Besetzung von Jütland zu schwach geworden ist, so daß der mit dieser Besetzung zu erreichende politische Zweck nicht mehr in Erfüllung gehet, weshalb er auf Vermehrung der Truppen daselbst dringt. Wenn also die Nachsendung einer Brigade Infanterie dieserhalb als nöthig erkannt werden sollte, so wäre dies wiederum ein Grund gegen jede Verminderung der Einmal augmentirten Truppen. Dazu kommt die noch im Steigern begriffene Be-

*) Bismarcks Antwort vom 21. Jan. 1864 s. Bismarck-Jahrbuch III, S. 262 f.

wegung im Posenschen und Westpreußen, so daß daselbst eher eine Vermehrung als Verminderung der Truppen in Aussicht zu nehmen ist, während die Küsten Bewachung eine Schwächung derselben nicht erlaubt. 1864 2. 4.

Ich veranlasse Sie also sofort mit dem Minister-Präsidenten und Finanz-Minister in Conférenz zu treten, um obige Gesichtspunkte zu erörtern und mir gemeinschaftlich zu berichten.

Wilhelm.

191.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg $\frac{5}{4}$ 64.

Ich sage Ihnen meinen verbindlichen Dank für die mir bisher gemachten politischen Mittheilungen, sowie für Ihren Brief vom 30ten März cr.*). Es hat mich interessirt, aus dem Letzteren zu ersehn, daß Sie die Anhörung der verfassungsmäßigen Landes-Vertretung der Herzogthümer über die Successions-Frage wünschen, wie auch daß die Mitwirkung der Bundes-Truppen zur Vertheidigung der Ostküste Holsteins in Aussicht steht. 1864 5. 4.

Was Ihre an mich gerichtete Frage betrifft: ob es nicht thunlich sein werde, mit den vorhandenen Kräften wirksamer als es bisher geschehen von Jütland Besitz zu nehmen, oder ob dazu die Heranziehung von Verstärkungen nöthig sein wird, womit Sie die Bitte an mich verbinden, meinen Beistand zur

*) Abschrift nicht vorhanden; aus dem Original theilt Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. S. 145 Anm. 1 folgende Stelle mit: „Frankreich stellt als Programm für die Conferenzen die Entscheidung der Bevölkerung im Wege der Abstimmung, nach Analogie von Savoyen und Nizza, auf. Ich habe einstweilen darauf erwidert, daß wir selbst wünschen, daß die verfassungsmäßige Vertretung der Herzogthümer über die Successionsfrage gehört werde."

1864 Occupation des gesammten Festlandes Dänemarks eintreten zu
5. 4. lassen, habe ich Folgendes zu erwiedern.

Vom militärischen Standpunkt aus betrachtet erscheint mir die vorhandene Truppenzahl genügend, um durch Streifzüge Jütland zu Contributionen zu zwingen, so daß dieses Land empfindlich gedrückt werden kann. Truppen heranzuziehen, bloß um derartige Dienste zu verrichten, erscheint mir bis jetzt noch nicht motivirt. Ich vermag jedoch eine endgültige Entscheidung dieser Frage erst dann zu treffen, wenn es unseren braven Truppen endlich einmal geboten sein wird, einen entscheidenden Schlag gegen die Dänen auszuführen, worauf wir seit 8 Wochen harren, da alsdann wohl auf eine größere Nachgiebigkeit des Feindes als bisher, gerechnet werden kann.

Was die politische Seite Ihrer an mich gerichteten Frage betrifft, so bin ich zu meinem Bedauern außer Stande, eine Unterstützung eintreten zu lassen, da mir die Zielpunkte unserer Politik nicht bekannt sind.

Ihr
ergebenster
Friedrich Wilhelm KP.

192.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Hauptquartier Flensburg 17. April 1864.

1864 Für Ihre beiden Schreiben vom 11ten und 12ten April cr.*)
17. 4. danke ich Ihnen verbindlichst. Ihre Mittheilung vom 11ten war

*) Concepte nicht vorhanden. Aus dem Schreiben vom 11. April theilt Philippson a. a. O. Anm. 1 u. 2 die beiden folgenden Stellen mit: „Für die preußische Stellung auf der Conferenz erscheint es vortheilhaft, daß Preußen nicht allein die Herrschaft über die Herzog-

mir sehr interessant; freilich vermag ich mir daraus nicht eine Anschauung der Ziele unserer Politik zu bilden, die mich in den Stand setzen würde, irgend eine bestimmte Maßregel mit Ueberzeugung von meinem Standpunkt aus zu unterstützen. 1864 17. 4.

Ich halte es nicht für richtig, daß es zu früh sei mit einem festen Programm vor die Oeffentlichkeit zu treten, und ich besorge, daß wir *nichts* dabei gewinnen, wenn wir die definitive Lösung in die Länge zu ziehen suchen, viel mehr, daß wir dadurch die europäische Verwicklung nur steigern würden.

Wie dem aber auch sei — wir sollten ein festes Programm wenigstens *für uns haben*, dessen Verwirklichung dann freilich immer noch von den Umständen abhängen würde. Statt dessen finde ich in Ihrer Mittheilung nur das Programm, „nach den Umständen zu handeln", wenn ich nicht etwa aus einzelnen Andeutungen auf gewisse Hintergedanken schließen soll, die man Ihnen beilegt, und mit denen allerdings manche Ihrer früheren Aeußerungen, namentlich in den letzten Conseils, denen ich

---

thümer in Händen habe, sondern daß der *Bund*, dessen Forderungen weiter gehn als die Preußens und der weniger durch europäische Verantwortlichkeit genirt ist, die Disposition über Holstein äußerlich behält und von Preußen in der Conferenz vorgeschoben werden kann . . . Wenn ich glaube, daß die Conferenz, auf welcher wahrscheinlich Baron Beust den Bund vertreten wird, zu keinem friedlichen Resultat führt, so sehe ich darin kein Unglück. Nach der jetzigen politischen Constellation würde ein Abschluß, welcher heut oder in Kurzem erfolgte, weder unsern noch den deutschen Interessen genügen. Beide lassen es, meines unterthänigsten Dafürhaltens, wünschenswerth erscheinen, daß die definitive Lösung der Frage sich in die Länge zieht, und daß inzwischen die Occupation der Herzogthümer, wenn es sein kann, länger als Jahr und Tag dauert und verstärkt wird. *Wie hoch* wir uns das Ziel stecken können, welches sich ohne Schaden für die Monarchie erreichen läßt, kann nur die Zeit lehren; bevor wir mit festen Programmen vor die Oeffentlichkeit treten, werden wir die Stellung der Großmächte zu einander sich deutlicher entwickeln lassen müssen und dabei unsre militärischen Vortheile so scharf als möglich verfolgen, unsre Truppenzahl auf der Halbinsel, im Vergleich zu der Oestreichs, allmählich vermehren."

1864 17. 4. vor meinem Abgang zur Armee beiwohnte, übereinzustimmen ſcheinen.

Ueber dieſe Hintergedanken einer preußiſchen Vergrößerungs-Politik will ich meine Meinung nur kurz dahin ausſprechen, daß deren Verfolgung unſere ganze deutſche Politik völlig verfälſchen und daß ſie Europa gegenüber uns wahrſcheinlich eine Niederlage bereiten würde. Es wäre nicht das erſte Mal, daß Preußen verſuchte ſeiner als alle Andern zu ſein, um ſich ſchließlich zwiſchen zwei Stühle zu ſetzen.

Den Bayeriſchen General Frhr. von der Tann habe ich wiederholt geſehen, aber über Politik nicht geſprochen.

Die letzten Depeſchen werden Sie durch Herrn v. Alvensleben erhalten haben.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KPz.

193.

Prinz Heinrich VII. Reuß an Bismarck.

Caſſel, den 6. Juni 1864.

Verehrteſter Chef,

1864 6. 6. Ich bin heut früh von Bückeburg zurückgekehrt und denke mir, daß es Ihnen vielleicht angenehm ſein dürfte, zu hören, daß Sie in jenem kleinen Staate ſehr warme Freunde beſitzen. Man hat mir dies in einer Weiſe ausgeſprochen, daß ich nicht an der Aufrichtigkeit dieſer Geſinnungen zweifeln kann. Der Fürſt*) gilt zwar für einen Sonderling und iſt ſehr à cheval auf ſeinem Recht und auf der Unantaſtbarkeit des Bundesrechts; er geht aber dabei von dem richtigen Grundſatz aus, daß es nicht die Aufgabe der kleinen Souveräne ſei, den Großſtaaten

*) Adolph.

durch unnütze Nadelstiche die Existenz der kleinen Staaten fühl- 1864
bar zu machen und dadurch bei Ersteren den Wunsch zu nähren, 6. 6.
Letztere verschwinden zu sehen. Er ist vollkommen davon überzeugt, daß die Norddeutschen Fürstenthümer ihre natürliche Anlehnung an Preußen haben, und sagte mir u. a.: „so lange Herr von Bismarck am Ruder ist, und die wahren Grund-Ansichten Sr. Majestät des Königs durch ihn unterstützt werden, so lange sind wir sicher, daß unsere Rechte nicht geschmälert werden, und so lange können wir auch vertrauensvoll der Führung Preußens in der großen Politik folgen." Er gab mir vollkommen Recht, als ich ihm bemerklich machte, daß, wenn in Berlin der Kampf gegen die Revolution und also auch für alle deutsche Fürsten ausgefochten würde, man auch Preußischerseits verlangen könnte, von Letzteren in diesem Kampfe unterstützt zu werden und nicht, wie dies leider so viel geschähe, durch kleinlichen Particularismus in dem Fortschreiten auf diesem Wege aufgehalten zu werden.

Er klagte über die Unfähigkeit der meisten seiner Standesgenossen, diese Wahrheit einzusehen, und darüber, daß seine Bemühungen, dieselben davon zu überzeugen, immer gescheitert wären. In Wien sei man mit seiner Hinneigung zu Preußen sehr unzufrieden, um so mehr, als man bisher immer gewohnt gewesen wäre, auf ihn rechnen zu können, und habe er schon verschiedene ungnädige Aeußerungen von Seiten des dortigen Hofes erfahren müssen.

Der Regierungs-Präsident von Lauer, ein durchaus conservativer Mann, der wohl früher mehr östreichische Sympathien gehabt hat, stimmt nunmehr in allen Stücken mit seinem Fürsten überein.

Wenn Sie in dem Fürsten einen ergebenen Freund haben, so sind Sie bei der Fürstin Mutter*) schon bis in das Stadium

*) Ida, geb. Prinzessin von Waldeck und Pyrmont.

1864 6. 6. eines höheren Weſens avancirt, eine Art von Glaubens-Artikel für ſie geworden. Sie hat mir beſonders aufgetragen, Sie zu grüßen und Ihnen zu ſagen, wie ſehr ſie ſich freuen würde, Sie in Carlsbad wieder zu ſehen.

Prinz Friedrich von Holſtein-Glücksburg, den ich in Bückeburg traf, kam ſoeben von einer Conferenz zurück, die er in Cöln mit ſeinem Bruder dem Herzog*) gehabt hatte. Er ſagte mir, ſie ſeien übereingekommen, ſich fortdauernd ruhig zu verhalten, und ihres Bruders, des Königs**) wegen, ſich auf keine Demonſtrationen einzulaſſen. Sollte aber durch den Beſchluß der Mächte die Auguſtenburgiſche Linie zur Nachfolge in den Herzogthümern berufen werden, ſo würden die Brüder die erſten ſein, dies anzuerkennen. Dann würden ſie allerdings in die Lage verſetzt werden, „freundvetterliche“ Abkommen mit dem neuen Herzog, die Hausgüter betreffend, abzuſchließen.

Mit ſtets gleicher Verehrung bin ich

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

194.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Neues Palais $\frac{17}{6}$ 64.

1864 17. 6. In Folge einer Unterredung, die ich ſoeben mit Sr. Majeſtät dem Könige hatte, iſt es mir erwünſcht, die Relation Ihrer Unterredung mit dem Erbprinzen von Auguſtenburg***) noch

*) Karl.

**) Chriſtian IX.

***) Vom 1. Juni, Staats-Anzeiger vom 2. Juli 1865, vgl. Sybel, Die Begründung des Deutſchen Reichs III, 337; die Aufzeichnung des Herzogs bei Janſſen und Sammer, Schleswig-Holſteins Befreiung S. 731 ff., Anlage No. 86.

einmal durchzuleſen. Als Sie neulich mir eine Abſchrift nebſt dem Depeſchen-Paquet zukommen ließen, war ich im Begriff abzureiſen, und las jenes Papier nur flüchtig durch. Wenn Sie die Gefälligkeit hätten, mir durch den Ueberbringer dieſes Billets jene Relation zukommen zu laſſen, ſo würde ſehr dankbar ſein 1864 17. 6.

Ihr

ergebenſter

Friedrich Wilhelm KPz.

195.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Kissingen, le $\frac{27 \text{ Juin}}{9 \text{ Juillet}}$ 1864.

Verehrteſter Freund,

Loën*) a été le bien venu. Je ferai de mon mieux pour qu'il réponde à Votre attente en qualité de Telegraphen-Station ou de Brieftaube, quoique pour le moment le mouvement des événements journaliers se soit ralenti. 1864 9. 7.

Quant aux lignes principales et aux questions d'avenir qui dessinent plutôt un horizon plus éloigné, sans qu'il soit permis de les perdre de vue, je me réserve d'en causer avec Vous avec l'effusion qu'autorisent les excellents rapports qui ont toujours existé entre nous. Sous ce rapport j'ai reçu avec un plaisir tout particulier, par un télégramme d'Oubril la confirmation de l'espoir que, lors de notre séjour à Berlin, Vous y ferez une apparition. — Loën Vous a envoyé l'itinéraire de l'Empereur. Je n'accompagnerai pas Sa Majesté dans les petites excursions qu'Elle va faire. Je partirai d'ici le 3/15 Juillet pour être à Berlin le 4/16, au plus tard le 5/17 et j'en repartirai avec Sa Majesté le 7/19 au soir.

*) Militärbevollmächtigter in Petersburg.

1864 9. 7. Les artistes de Paris et de Londres nous ont fait dire bien des choses auxquelles ni l'un ni l'autre nous avons jamais pensé. Je ne me préoccupe pas outre mesure de cette manoeuvre dont les ficelles sont visibles. Après un bref démenti nous nous abstiendrons de toute explication qui aurait l'air d'une justification dont nous n'avons pas besoin.

Veuillez, je Vous prie, me mettre aux pieds du Roi. J'ai été très-heureux d'apprendre, toujours par Oubril, que Sa Majesté a renoncé à intercaler les fatigues d'une visite à Vienne entre les deux cures de Carlsbad et de Gastein. On ne saurait environner d'assez de garanties une santé si précieuse et la conservation du plus beau caractère chevaleresque de notre époque.

Je ne veux pas vous fatiguer par des considérations politiques qui trouveront plus naturellement place dans la causerie intime sur laquelle je compte; mais je ne saurais terminer sans Vous prier de compter invariablement sur les sentiments d'attachement sincère que je Vous porte.

Gortchacow.

196.

Herzog von Morny an Bismarck.

Paris 7. 7bre (1864).

Mon cher ministre

1864 7. 9. J'ai vu S. M. comme je vous l'avais promis et lui ai raconté notre conversation. L'Empereur vous est très reconnaissant des sentiments que vous m'avez exprimés à son endroit, il a tout à fait approuvé mes objections. Il croit que ne pas bouger convient mieux à la situation de tout le monde cette année; après les évènements de toutes sortes qui se sont passés dans les différents pays, et les impressions que ces

évènements ont causées, une démarche quelconque donnerait lieu à des interprétations plus ou moins absurdes et génantes. Le repos sera donc préférable. 1864 7. 9.

Néanmoins Il comprend très bien vos scrupules au sujet de l'apparence, qu'aurait une conférence à trois. Il vous remercie des efforts que vous faites pour l'empêcher et dans le cas où elle aurait lieu malgré vous, du procédé que vous êtes d'avis d'employer pour y porter remède.

Voilà le résumé de mon action que je vous donne tout à fait en confiance et pour vous seul, enchanté d'avoir eu l'occasion de vous rencontrer à Baden; quoique vous ne m'ayez pas donné des fleurs, comme le prétend l'Indépendance, je vous prie de croire à mes sentiments distingués et dévoués.

Morny*).

197.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Caſſel, den 21. Sept. 64.

Verehrteſter Chef.

Geſtern bin ich von meiner Fahrt nach Schwalbach zurückgekehrt. Ich fand die hohe Frau aus Weſten**) ſehr zufrieden über den Beſuch unſeres Königs. Sie hat perſönlich ein großes tendre für ihn und war auch angenehm berührt durch das empressement was Seine Majeſtät gezeigt habe, ſie aufzuſuchen. Dies, ſowie die ganze Aufnahme, die ſie in Deutſchland findet, haben überhaupt einen ſehr günſtigen Eindruck gemacht, der ſich hoffentlich erhalten wird. 1864 21. 9.

Weniger angenehm präoccupirt war die Kaiſerin durch die

*) Präſident des franzöſiſchen Geſetzgebenden Körpers, Sohn der Königin Hortenſe und ihres Großſtallmeiſters des Grafen Flahault, demnach unächter Halbbruder Napoleons III.

**) Kaiſerin Eugenie.

1864 21. 9. Frage, ob sie nach Baden gehen sollte oder nicht. Die Königin hat sie durch die Herzogin von Hamilton dorthin einladen lassen. Sie hatte sich noch zu nichts entschieden und wollte vorerst an den Kaiser darüber schreiben. Sie sagte mir: si le Roi y était, j'irais certainement!

Da die Kaiserin beabsichtigt, ihre Kur bis in den October hinein zu verlängern, so dürfte es sich ja vielleicht gerade so treffen, daß der König noch dort wäre.

Daß der Kurfürst nun doch nicht nach Berlin geht, hat darin seinen Grund, daß er besorgt ist, der Kaiser Alexander könnte dort unfreundlich gegen ihn sein. Der Kaiser hat ihn nämlich einmal hier auf dem Bahnhof, als der Kurfürst mit seinen arkadischen*) Prinzen ihn empfangen wollte, ziemlich kalt behandelt, und er besorgt nun ein Gleiches. Trotzdem will er den Kaiser aber heut Abend auf der Durchreise empfangen. Es war bereits Alles für die Reise nach Berlin bestimmt, als dem Herrn diese Skrupel kamen, die kein Mensch begreift.

Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn ich bald mein Rappell-Schreiben erhalten könnte, und bin mit aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

198.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

(Auszug.)

Berlin, den 13. Oktober 1864.

1864 18. 10. — — — — — — — — — — — — — —

Dies vorausgesetzt, war es im Grunde nur e i n e Frage,

*) d. h. unebenbürtigen.

welche Stoff zu einer eingehenden Verhandlung darbot: der Termin für die Einführung des neuen Tarifs. 1864 18. 10.

Bei allen sonstigen, an unsere Verträge mit Frankreich sich anknüpfenden Meinungsverschiedenheiten war darüber stets Einverständniß vorhanden gewesen, daß die an Frankreich zugestandenen Tarif-Ermäßigungen, vorbehaltlich besonderer Verständigung mit Nachbarstaaten, namentlich Belgien und der Schweiz, zu verallgemeinern seien. Auf diesem Gesichtspunkte beruht der dem Vertrage vom 28. Juni d. J. beigefügte neue Zolltarif und aus diesem Gesichtspunkte folgt, daß der neue Tarif gleichzeitig mit der Ausführung des Handelsvertrages vom 2. August 1862 in Wirksamkeit zu treten hat. So wenig die Folgerichtigkeit dieser Ergebnisse in Abrede gestellt wurde, so fand doch die Anerkennung desselben in äußeren Rücksichten Schwierigkeiten. Zunächst wurde als im Interesse der Industrie und des Handels wünschenswerth bezeichnet, daß sofort ein bestimmter Tag als Termin für die Einführung des Tarifs festgesetzt werde. Der Artikel 38 des Handelsvertrages bestimmt nur, daß die Ratificationen sobald als möglich auszutauschen sind und daß der Vertrag 2 Monate nach Austausch dieser Ratificationen in Kraft treten soll, und dem Austausch dieser Ratificationen muß nicht nur die Ratification des jetzt abgeschlossenen Beitritts-Vertrages, sondern auch die von uns wiederholt, zuletzt unter Nr. 10 des Schlußprotokolls vom 28. Juni d. J. zugesagte nachträgliche Verhandlung mit Frankreich vorhergehen. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in einem Theile der Vereinsstaaten die zur Einführung des Tarifs unerläßliche Zustimmung der Landesvertretungen noch einzuholen sei, und daß es im Interesse des Zollvereins liege, vor Einführung des Tarifs seine commerziellen Beziehungen zu andern Ländern — Großbritannien, Belgien, die Schweiz, Italien — zu regeln. Die Berathung der Landesvertretungen und die Verhandlung mit anderen Staaten erfordere Zeit, und

1864 13. 10. es sei die Besorgniß nicht abzulehnen, daß vor Ablauf dieser Zeit der Handelsvertrag, also auch der neue Tarif in Wirksamkeit treten müsse. Es wurde deshalb von mehreren Seiten dringend befürwortet, daß für die Einführung des Tarifs und des Handelsvertrages eine geräumige Frist — etwa bis zum 1. Juli k. J. vereinbart werde. Wir hatten gegenüber diesen Erwägungen vor allen Dingen geltend zu machen, daß dem Zollverein jede Berechtigung fehle, über den Termin für die Ausführung des Handelsvertrages vom 2ten August 1862 einseitig irgend eine Bestimmung zu treffen. Wir machten ferner darauf aufmerksam, daß dieser Ausführung die zur Ratification des vorliegenden Vertrags bestimmten 4 Wochen, die nachträgliche Verhandlung mit Frankreich, die Mittheilung des Ergebnisses dieser Verhandlung an die Vereinsregierungen, die Zustimmung der letzteren zu dem Ergebniß, die Ratification der Verträge mit Frankreich und die vom Austausch der Ratificationen an laufende zweimonatliche Frist vorhergehen müsse, daß zur Durchlaufung aller dieser Stadien eine Zeit von 6 Monaten kaum ausreichen werde und daß dieser Zeitraum, wenn man sich nur ernstlich Mühe gäbe, ausreichen müsse, um die nöthigen Verhandlungen im Innern und nach Außen zu Ende zu bringen. Wir lehnten endlich den Versuch nicht ab, bei den nachträglichen Verhandlungen mit Frankreich an Stelle des vom Tage des Ratifications-Austauschs abhängigen einen bestimmten Ausführungstermin zu verabreden. In Anerkennung dieser Gründe ist die von uns vorgeschlagene Verabredung unter No. 1 des Schlußprotokolls getroffen worden.

Ich kann diese Mittheilung nicht schließen, ohne einer Frage zu erwähnen, zu deren Erwägung die soeben geschlossenen Verhandlungen Gelegenheit geben, und welche beiläufig schon oben berührt ist. Die Königlich Großbritannische Regierung hat ihren nach Inhalt des Circulars vom 9. April 1862 schon damals gestellten Antrag auf Abschluß eines Handels- und Schifffahrts-

Vertrages mit dem Zollverein vor Kurzem dringend erneuert. Es liegt ferner im Interesse des Zollvereins, seine handelspolitischen Beziehungen zu Belgien definitiv zu ordnen, nicht nur, um dieselben von der gegenwärtig auf ihnen lastenden Unsicherheit zu befreien, sondern auch, um auf eine günstigere Gestaltung einzelner Bestimmungen des Belgischen Zolltarifs hinzuwirken. Nicht minder entspricht es dem Interesse des Zollvereins, sich durch einen Handelsvertrag mit der Schweiz sowohl die von der letzteren neuerdings an Frankreich gemachten Zugeständnisse anzueignen, als auch weitere für wünschenswerth zu erachtende Verkehrserleichterungen zu sichern. Endlich liegt die Eventualität nicht fern, daß auch mit anderen für den Verkehr des Zollvereins wichtigen Ländern commerzielle Verhandlungen einzuleiten sein werden. 1864 18. 10.

Unbeschadet des Benehmens, welches nach Maßgabe der Vereinsverträge wegen solcher Verhandlungen in jedem einzelnen Falle eintreten muß, glaubten wir die Vereinigung von Bevollmächtigten sämmtlicher Vereinsregierungen benutzen zu sollen, um einen allgemeinen Gesichtspunkt zur Sprache zu bringen, welcher für alle jene in Aussicht stehende Verhandlungen gleichmäßig präjudiciell ist.

Die Handelsverträge, welche im Laufe der letzten 4 Jahre von Großbritannien mit Frankreich, Belgien und Italien, von Frankreich mit Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossen sind, beruhen sämmtlich auf dem Grundsatze der beiderseitigen Behandlung der gegenseitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation, mit andern Worten: auf der gegenseitigen Garantie gegen differentielle Begünstigung dritter Staaten. Durch die Anerkennung, welche dieser Grundsatz solchergestalt in einer Reihe auf lange Dauer abgeschlossener Verträge von der Mehrzahl der hervorragenden Handels- und Industrie-Staaten Europas erfahren hat, ist er in dem Maße zu einer Grundlage der internationalen Handelsverhältnisse der

1864 18. 10. europäiſchen Staaten geworden, daß die Geſtaltung der vertragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins zu dieſen Staaten, durch deſſen Stellung zu jenem Grundſatze geradezu bedingt wird. Wollte der Zollverein denſelben ablehnen, ſo würde er auf die vertragsmäßige Regelung ſeiner Verhältniſſe zu der Mehrzahl der, für ſeinen Verkehr wichtigſten Staaten verzichten müſſen, will er ihn annehmen, ſo wird die befriedigende Regelung dieſer Verhältniſſe vorausſichtlich wenig Schwierigkeiten darbieten.

Der Zollverein hat ſich, abgeſehen von dem Verhältniß zu Oeſterreich, von differentiellen Begünſtigungen einzelner Länder grundſätzlich und thatſächlich mehr fern gehalten, als bis vor wenigen Jahren die meiſten anderen Länder. In dem Handelsvertrage mit Frankreich iſt dieſem Lande die Behandlung auf dem Fuße der meiſtbegünſtigten Nation zugeſtanden. Ueber die Generaliſirung aller an Frankreich gemachten Tarif-Conceſſionen hat, wie oben bemerkt, niemals ein Zweifel beſtanden. Nach dieſen Vorgängen ſchien es uns weder einem grundſätzlichen noch einem praktiſchen Bedenken zu unterliegen, auch mit andern europäiſchen Staaten die Behandlung der gegenſeitigen Einfuhr und Ausfuhr auf dem Fuße der meiſtbegünſtigten Nation zu vereinbaren, unbeſchadet derjenigen Beſchränkungen, welche dieſer Grundſatz durch die bevorſtehenden Verhandlungen mit Frankreich zu Gunſten Oeſterreichs erfahren möchte, und wir ſprachen daher die Erwartung aus, daß vorbehaltlich der eben bezeichneten Beſchränkung, die Anerkennung dieſes Grundſatzes bei Verhandlungen mit anderen europäiſchen Staaten von keiner Seite einem Bedenken begegnen werde.

Sachſen, Baden, Kurheſſen, Großherzogthum Heſſen, Thüringen, Braunſchweig, Oldenburg, Naſſau und Frankfurt ſchloſſen ſich unſerer Auffaſſung vollſtändig an. Auch Bayern, Württemberg und Hannover erhoben gegen dieſelbe keinerlei prinzipielle Bedenken, zogen es aber vor, ſich über den Grund-

ſatz bei dem, in einzelnen Fällen erforderlichen Benehmen aus- 1864
zuſprechen. Unſer Zweck war durch dieſe vorläufige Discuſſion 13. 10.
erreicht.

v. Thile.

(Abſchrift.) Anlage.

Schlußprotokoll.

Verhandelt Berlin, 12ten Oktober 1864.

I. Zum Separat-Artikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864.

Man iſt darüber einverſtanden, daß der, dem Separatartikel 3 des Vertrages vom 28. Juni 1864 beigefügte Zolltarif gleichzeitig mit dem Vollzuge des Handels-Vertrages mit Frankreich, jedoch unter Beachtung der vertragsmäßig feſtſtehenden Friſten in Wirkſamkeit zu ſetzen iſt.

Die Preußiſchen Bevollmächtigten erklären, daß ihre Regierung die vor dem Vollzuge des gedachten Vertrages mit Frankreich zu führenden Verhandlungen ſofort nach Ratification des Vertrages vom heutigen Tage einleiten und ſoweit es irgend thunlich beſchleunigen werde. Die übrigen Bevollmächtigten ertheilen die Zuſage, daß ihre Regierungen die Erklärung über das Ergebniß dieſer Verhandlungen in kürzeſter Friſt abgeben werden.

199.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

La Faraz bei Veraz 18/11 64.

Mit verbindlichem Dank erhalten Sie beifolgend die mir 1864
zur Einſicht zugeſandten Depeſchen. 18. 11.

Es freut mich aufrichtig, daß der Friede endlich ratificirt, und die Herzogthümer ſomit für immer befreit, nun mehr einen

1864 selbständigen Theil des Deutschen Bundes ausmachen werden.
18. 11. Möge nun bald auch der Meistberechtigte unter den Bewerbern in sein rechtmäßiges Erbe als Herzog eingesetzt werden und hierdurch jene Angelegenheit mit dem würdigen Schlusse beendigt sein. Mit unserem Könige freue ich mich über seine und seines tapferen Heeres Erfolge, und mache Ihnen mein Compliment über das Glück, welches Sie in der Herzogthümer- wie in der Zollvereins-Frage auf Ihrer Seite hatten.

Die Rendsburger Angelegenheit wird wohl bald ihre Erledigung finden, wie auch die Besetzung der Elbherzogthümer ihrer Regelung durch die mir gestern seiten des Kriegs-Ministeriums zugegangenen Mittheilungen entgegengeht. Unterhaltend finde ich die verschiedenartigen Auffassungen und Auslegungen der italienisch-französischen Convention, die wohl momentan noch in ihrer Wiege schlummert!

Ich verstehe sehr wohl die Motive, welche Sie bewegten in der Zoll- und Handelsfrage Oesterreich ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, und giebt das Reservat in Bezug auf den bloß verhandelnden Charakter jener Annäherung vorläufig eine Art Garantie vor künftigen Concessionen oder Veränderungen unseres Standpunktes. Um so gewichtiger ist für mich Ihr Wort: daß wir keine Zoll-Einigung wollen und daß Oesterreich stets an unserem Willen scheitern wird. Unter solchen Umständen kann ich meine sonst entschiedene Abneigung gegen ein noch so geringes Stückchen Entgegenkommen mäßigen, der Zukunft weitere Belehrung anheimstellend.

In der Köln-Trierer Bischofswahl-Angelegenheit beklage ich auf das Tiefste das dem Trierer Kapitel gemachte Zugeständniß des Listenverfahrens. Dieses, erst in Trier bei Arnoldi's Wahl ins Leben gerufene, sonst nicht gebräuchliche, auch bei den Verhandlungen vor Abschluß der Convention von 1821 entschieden unseverseits abgewiesene Verfahren ist den Jesuiten und Ultramontanen für ihre Zwecke sehr willkommen.

Die Regierung ſpielt ein Hazardſpiel, kann leicht dupirt werden. 1864
Hingegen wird ſie ſicher gehen, wenn der in der Convention 18. 11.
bezeichnete Weg der Einigung durch den Regierungs-Kommiſſar mit dem Kapitel über die persona grata vor Beginn jeglicher Wahl beibehalten wird. Nach meiner Anſicht darf nicht eher geruht werden, als bis Kommiſſar und Kapitel vollſtändig fertig durchgekämpft haben, und die persona grata ganz unzweifelhaft feſtſteht, ſo daß die Kapitels-Wahl nur noch eine äußere Ceremonie bleibt.

Der gegenwärtige abermals in Trier zugelaſſene Liſten-Modus, muß in Rom wie auch bei den Jeſuiten als ein ſehr willkommener Präcedenz-Fall begrüßt werden und wird die Kölner Sache nur erſchweren. Denn, ſo werden wir's zu hören bekommen, warum in Köln die Liſte verbieten, wenn ſelbige in Trier angängig erſchien?

Ich habe meine ganze Aufmerkſamkeit auf jene 2 erledigten Biſchofs-Sitze gerichtet, deren künftige Verwalter uns entweder die größten Feindſeligkeiten oder aber weſentliche Stützen bereiten könnten. Ich weiß, daß die vernünftigen Katholiken unſerer Lande ſehnlich auf einen endlich gemäßigten, beſonnenen Erzbiſchof harren, wie es einſt v. Spiegel*) war, denn ſelbſt die Rheinländer ſprechen es laut aus, daß die Regierung Ernſt machen müßte, dem täglich mehr um ſich greifenden Einfluß der Jeſuiten und Ultramontanen gegenüber, da die weſtlichen Biſchöfe jeder in ſeiner Art, durch That oder durch Gewährenlaſſen, jenem Treiben die Thore weit geöffnet hätten, und mithin die verderblichſten Verwickelungen ſich vorbereiteten. Möge denn in Trier die Wahl auch wirklich den Regierungscandidaten treffen! Für Köln lege ich es Ihnen dringend ans Herz, falls nicht das Schisma innerhalb des Domcapitels bereits eine directe Vereinbarung mit Rom herbeiführt, jeden-

*) Erzbiſchof von Köln, † 2. Auguſt 1835.

1864 18. 11. falls kein Listen-Verfahren aufkommen zu lassen, sondern durch einen evangelischen Regierungs-Kommissar die persona grata feststellen zu lassen.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Ich bitte um einige Tage Bedenkzeit in der Schweinitz-v. d. Burg'schen Frage.

200.

General Graf v. Rostitz an Bismarck.

Verehrteste Excellenz,

1864 26. 11. Ew. Excellenz wird es eine wohlthuende Genugthuung gewähren, wenn ein Mann, der in einem langen, sehr bewegten Leben vielfache Beweise treuer Vaterlandsliebe gegeben, bei der Ihnen gewordenen, so wohlverdienten Ernennung zum Ritter des schwarzen Adler-Ordens seine aufrichtige Freude darüber ausspricht, und (Sie) als Collegen herzlich begrüßt. Unser vortrefflicher König hat auf dem Schlachtfeld unterstützt durch seine tapfre Armee und im Cabinet durch Ihren ebenso weisen als energischen Rath, Preußen die Stellung in Europa wieder gegeben, welche es einst besessen, zu welcher Friedrich der Große festen Grund gelegt.

Das Vaterland wird seinem König und denen, die ihm so kräftig beigestanden, dafür treuen Dank bewahren, und die preußische Geschichte ihre Nahmen unsterblich machen.

Mit wahrer Hochachtung

Ew. Excellenz

Zobten bei Loewenberg in Schlesien den 26. Nov. 1864.

aufrichtig ergebenster

Graf v. Rostitz

General der Kavallerie.

201.

Präsident Ludwig v. Gerlach an Bismarck.

I. Wenn der König das Beitzkesche Ehrengerichtsurtheil nicht bestätigt, so würde eine natürliche Folge sein, daß künftig die Ehrengerichte in solchen Fällen auf Freisprechung erkenneten, was doch ein arges Uebel wäre. Will der König gnädig sein, so kann er ihn ja nach Befinden nach einiger Zeit begnadigen oder rehabilitiren. 1865 2. 1.

II. In der Schleswig-Holsteinschen Sache ist ein Hauptgrund die Rechtsbeständigkeit der Entsagung des alten Augustenburgers und deren Verbindlichkeit für sein ganzes Haus, an welcher ich als Jurist keinen Zweifel habe. Es ist dieß zugleich ein Ehrenpunkt für Preußen und für Sie selbst, verehrter Freund, da Sie dieselbe vermittelt haben. Aber gerade hierüber ist altum silentium.

Mit verbindlichem Dank für Ihr gütiges Vertrauen

der Ihrige

2. Jan. 65. L. v. Gerlach.

202.

Appellationsgerichtspräsident Adolph v. Kleist an Bismarck.

Verehrtester Freund

Ich wage es nicht, mich in diese höchst delicate Angelegenheit*) ungefragt einzumischen, am wenigsten Ihre Frau Gemalin hineinzuziehen und bin deshalb schon gestern Abend, als sie 1865 7. 6.

*) Bismarck hatte den Abg. Virchow wegen des in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Vorwurfs der Unwahrhaftigkeit auf Pistolen fordern lassen.

1865 derselbe berührte, gar nicht darauf eingegangen, halte mich aber
7. 6. verpflichtet, Ihnen den soeben erhaltenen Brief von Gerlach zu Ihrer Kenntnißnahme mitzutheilen mit dem Bemerken, daß ich damit vollkommen einverstanden bin, die Beleidigung an sich auch nicht für so erheblich halte, um solchen Ausgang zu erfordern, daß alle Männer von Ehre, die ich darüber gesprochen habe, derselben Ansicht waren und daß es ein sehr schlimmes Präcedens für alle Minister Sr. Majestät des Königs wäre, wenn solche Angelegenheiten solchen Ausgang nehmen müßten.

Mit aller Verehrung Ihr

treu ergebenster

Berlin 7. 6. 65. v. Kleist.

Ich bitte um gütige Rücksendung von Gerlachs Brief, allenfalls ohne alle Antwort, bin aber natürlich zu jeder Thätigkeit und Theilnahme bereit.

203.

b. Ratzmer an Bismarck.

Verehrtester Bismarck

1865 Du wirst es mir wohl verzeihen, und der größten Ver-
7. 6. ehrung für Dich, welche mich dazu treibt, zu Gute halten, wenn ich mich unberufen in Deine Angelegenheiten mische, um mir die Bitte zu gewähren: an Deine Stelle treten zu dürfen, wenn eine tückische Kugel Dich an der Fortsetzung verhindern sollte. Die Laune des Schicksals ist unerforschlich, und bin ich über Deine Angelegenheit so aufgeregt, daß ich es Dir gar nicht aussprechen kann.

Nochmals bitte ich Dich, meine Zudringlichkeit zu verzeihen, die Absicht nicht zu verkennen, und die Versicherung meiner

Ergebenheit für alle Fälle zu gestatten, mit der ich in größter Verehrung stets sein werde 1865 7. 6.

Dein

Dich hochschätzender

Berlin, d. 7/6. 65. C. E. Natzmer.

204.

Bismarck an Professor Virchow.

Berlin 8 Juni 1865.

Eure Hochwohlgeboren

haben in der Sitzung vom 2 d. M. eine persönliche Beleidigung gegen mich ausgesprochen, indem Sie meine Wahrheitsliebe in Zweifel zogen. Ich habe Sie am folgenden Tage durch Herrn v. Puttkamer*) ersuchen lassen, mir hierfür die Genugthuung zu gewähren, zu welcher ich mich berechtigt halte. Nach Ihrer damaligen Rückäußerung durfte ich hoffen, daß Sie die Angelegenheit im Wege einer Ehrenerklärung erledigen würden; die durch Ihre Abwesenheit unterbrochnen Verhandlungen darüber haben dieses Resultat nicht ergeben. 1865 8. 6.

Ich bin daher in der Nothwendigkeit, die am 3 c. verlangte Genugthuung wiederholt von Ihnen zu fordern, und erbitte Ihre Erklärung, ob Sie bereit sind, meinem durch Herrn v. Puttkamer an Sie gestellten Verlangen zu entsprechen. In diesem Falle ersuche ich Sie, einen Ihrer Freunde zu bezeichnen, der mit dem Herrn Kriegsminister, welcher die Güte haben will, mir als Zeuge zu dienen, die nähern Verabredungen wegen Ort und Stunde trifft.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebner Diener

v. Bismarck-Schönhausen.

---

*) Bernh. v. Puttkamer, Hauptmann im 2. Garde-Regiment.

205.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

Lieber B.!

[illegible] Soeben [illegible] Uhr kehre ich von Virchow zurück. Er war schon um [illegible] Uhr ausgegangen. Jetzt fahre ich in die Kammer, um ich, wenn thunlich, meinen Auftrag ausrichten will. Aber — Alles wohl überlegt — es scheint mir für Sie kaum ausführbar, das [illegible] Geschäft abzumachen und Abends nach Stralsund zu reisen. Ich werde indeß mein Bestes thun.

Ihr

v. Roon.

206.

Kriegsminister v. Roon an Virchow.

Berlin 8. 6. 65.

[illegible] Nachdem ich gestern Abend und heute früh Sie in Ihrer Wohnung zu treffen vergeblich versucht habe, um einen übernommenen Auftrag auszurichten, stelle ich Ew. Hochwohlgeboren anheim, mir für einen Augenblick Ihre Gegenwart im Ministerzimmer zu schenken; den geeigneten Moment überlasse ich Ihnen zu wählen.

Hochachtungsvoll

v. Roon.

207.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

[illegible] Auf Forckenbecks Antrag hat der Präsident*) erklärt, daß Virchow sich nicht schlagen dürfe, daß das Haus allein zu

*) Grabow.

befinden habe, ob ein Minister beleidigt sei. Ich habe geant- 1865
wortet: „der Mann sei der Wächter seiner eignen Ehre, nie- 8. 6.
mand sonst*)!“

Es wird darüber seit ¾ Stunden fort discutirt. Jetzt brüllt der Löwe vom Stamme Juda. — Der stenographische Bericht soll Ihnen sobald als möglich zugehen.

v. Roon.

Das an Virchow meinerseits gerichtete Billet ist unbestellbar, da er nicht ins Haus gekommen ist. Das Billet lege ich bei.

208.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Prenzlau den 8. Juni 1865 9 Uhr 18 Min. Vorm.
Angekommen in Berlin den 8. Juni 1865 9 Uhr 28 Min. Vorm.

Geben Sie gleich Nachricht nach Stralsund. 1865

Eulenburg. 8. 6.

209.

Bismarck an Minister F. zu Eulenburg.

Telegramm.

Berlin 8 Juni 1865.

Minister Graf Eulenburg.

Stralsund.

Heut früh mehrstündige Debatte auf Antrag Forckenbeck, 1865
Duell für Abgeordneten unzulässig erklärend. Von Virchow 8. 6.
eigne Erklärung über Annehmen oder Ablehnen noch nicht erreicht.

Bismarck.

---

*) Vgl. Kriegsminister v. Roon als Redner II, 338 ff.

210.

v. Hennig an v. Keudell.

Ew. Hochwohlgeboren

1865 8. 6. haben mich nicht weiter benachrichtigt, ob Sie die Aussicht auf eine Ausgleichung der zwischen Herrn v. Bismarck und Herrn Professor Virchow obschwebenden Differenz für nicht mehr vorhanden ansehn.

Professor Virchow wünscht die Sache zu beendigen und hat mich beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß er von der Ansicht ausgehe, er habe seinerseits das Mögliche zu einer Ausgleichung gethan, indem er sich bereit erklärt hat, die von Bismarck gewünschte Erklärung unter einer unverfänglichen Bedingung abzugeben. Da hierauf bis zu diesem Augenblick keine Antwort eingelaufen ist, so habe ich den weiteren Auftrag, Ihnen anzuzeigen, daß Professor Virchow ein Duell bestimmt ablehnt und zwar um so mehr, als die Angelegenheit ohne seine Schuld in die Oeffentlichkeit gekommen und heute sogar im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden ist. Seine politischen Freunde und auch der Herr Präsident des Hauses haben ihm die Pflicht auferlegt, das Duell nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie Herrn v. Bismarck hiervon unterrichten und ihn zugleich davon in Kenntniß setzen zu wollen, daß Professor Virchow bereit ist, die zugesagte Erklärung unter der von mir formulirten Bedingung im Hause abgeben zu wollen, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß es ihm nur auf den Sinn und nicht auf den Wortlaut der letzteren ankommt.

Mit bekannter Hochachtung und Ergebenheit

Berlin, 8/6. 65. Hennig.

211.

v. Keudell an Kriegsminiſter v. Roon.

Berlin, den 8. Juni 1865.

Ew. Excellenz

beehre ich mich die Anlage zu hochgeneigter Kenntnißnahme 1865
mit der gehorſamſten Anzeige vorzulegen, daß ich Herrn von 8. 6.
Hennig erwidert habe, ich ſei bei der jetzigen Sachlage zur Entgegennahme von Erklärungen des Herrn Profeſſor Virchow nicht mehr ermächtigt.

v. Keudell.

212.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck*).

Br. m. mit der Bemerkung, daß Herr Virchow meinem 1865
Boten mit dem Ihnen bekannten Briefe geantwortet, er werde 8. 6.
heute Abend zwiſchen 7 und 8 Uhr zu mir kommen. Er iſt bis jetzt — 9 Uhr — nicht erſchienen. Unter dieſen Umſtänden halte ich die Angelegenheit im Hinblick auf die heutigen Vorgänge im Abg.-Hauſe im Weſentlichen für erledigt.

Berlin 8/6. 65. v. Roon.

213.

Profeſſor Virchow an Kriegsminiſter v. Roon.

(Ohne Datum, Expeditionsvermerk:
Pr. 8/6. 65 Abds. 9 Uhr.)

Ew. Excellenz

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage 1865
ganz ergebenſt, daß Herr v. Hennig in meinem Namen heute 8. 6.
Herrn v. Keudell benachrichtigt hat,

---

*) Im Anſchluß an v. Keudells Brief.

1865 8. 6. 1) daß ich das Duell ablehne,

2) daß ich noch gegenwärtig bereit bin, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gewünschte Erklärung im Hause abzugeben, sobald mir die Zusicherung des Herrn Ministerpräsidenten ertheilt wird, daß er seiner Aeußerung über Hannibal Fischer*) keinen für den Berichterstatter (oder die Kommissions-Mitglieder) persönlich beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen.

Da ich in diesem Zugeständniß bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen bin, so würde es mir erwünscht sein, eine etwaige weitere Verhandlung über den Wortlaut der Erklärungen nicht persönlich, sondern, wie bisher, durch Vermittelung des Herrn v. Hennig zu führen.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich zeichne

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

R. Virchow

Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

214.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck**).

1865 8. 6. Nach meiner Auffassung reicht es aus, daß Hr. V. das Duell ablehnt, um ... Ich würde darauf allein mich

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1865 hatte Bismarck mit Bezug auf den Antrag der Commission, die von der Regierung geforderten Gelder für den Kieler Hafen abzulehnen, gesagt: „Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfniß haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte."

**) Als Randbemerkung auf Virchows Brief.

stützen. Weitere Verhandlungen — zu denen ich übrigens bereit bin — werden zu gar nichts führen. Das ist unzweifelhaft, um so mehr, als Herr Virchow die persönliche Verhandlung mit mir ablehnt und den andern — Hennig vorschiebt, auf dessen Antrieb die heutige parlamentarische Comödie gespielt hat. 1865 8. 6.

v. R.

215.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow war bis gegen 12 Uhr in der Charité; dort holte ihn der rothe Becker*) ab und brachte einen Brief von Hennig mit. Beide fuhren darauf nach dem Abgeordneten-Hause. Es ergiebt sich hieraus, daß die Scene im Abgeordneten-Hause mit Vorwissen Virchows stattgefunden hat. 1865 8. 6.

Zitelmann.

216.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow hat um 2 Uhr zu Taddel**) erklärt, er nehme das Duell nicht an; Herr v. Hennig werde noch heute an Herrn v. Puttkamer deswegen schreiben. 1865 8. 6.

Zitelmann.

217.

Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck.

Verehrteste Excellenz!

Vom Lande zurückgekehrt, vernehme ich die Lage der Virchowschen Angelegenheit. Da manche der Ew. Excellenz 1865 8. 6.

*) Hermann Heinrich Becker, Mitglied der Fortschrittspartei, später Oberbürgermeister von Köln.

**) Abgeordneter, Mitglied der Fortschrittspartei.

1865 8. 6. näherſtehenden Perſonen abweſend ſind, ſo bitte ich über mich zu beſtimmen, falls ich in derſelben irgendwie nützlich ſein kann, andernfalls aber Ihre Zeit nicht mit einer Antwort zu beſchränken. —

Gott ſei mit Ihnen.

Der Ihrige

Berlin, den 8. Juny 1865. Graf Arnim-Boytzenburg.

218.

General Graf Roſtitz an Bismarck.

Berlin, d. 9. Juny 1865.

Verehrte Excellenz

1865 9. 6. Die Ihnen gewidmete aufrichtige Theilnahme erhält auch mich in ſteter Beſorgniß über das End-Reſultat Ihres gegen Herrn Virchow gethanen Schrittes und entſchuldigt meine Indiscretion, Sie um ein vertraulich Wort in dieſer Sache zu bitten. Ich hoffe, Sie ſchlagen es nicht ab.

Mit wahrer Hochachtung

Graf v. Roſtitz.

219.

Miniſter F. zu Eulenburg an Bismarck.

Stralſund 9. Juni 1865.

1865 9. 6. Beſten Dank für das Telegramm, verehrter Freund. Sie glauben nicht, in welcher Unruhe wir geſtern den ganzen Tag über geblieben ſind. Ueberm Diner blieben mir die Biſſen im Munde ſtecken, bis endlich ein beruhigendes Telegramm von Roon und endlich Abends ſpät auch das Ihrige kam. Laſſen

Sie es sich nicht verdrießen, mir noch einmal zu telegraphiren oder zu schreiben, wie die Sache sich definitiv geregelt hat. Ich bin heute und morgen in Putbus. Gestern ging hier alles gut. Nur der Gedanke an Sie beunruhigte Ihre Freunde. 1865 9. 6.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Eulenburg *).

220.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18. 6. 65.

Im heutigen Morgenblatt der National-Zeitung lese ich, der Kronprinz sei gestern aus Pommern zurückgekehrt und habe sich nach Potsdam begeben. Wissen Sie davon? Haben Sie es etwa veranlaßt mit Bezug auf die morgen stattfindende Conseil-Sitzung? 1865 18. 6.

Falls Sie nichts davon wissen, werde ich das Faktum durch telegraphische Anfrage festzustellen suchen, was ich sonst, um des damit verknüpften Aufhebens willen, vermeiden möchte. Ich bin sehr unpaß. Guten Morgen!

Ihr

v. Roon.

221.

Bismarck an Kriegsminister v. Roon.

Telegraphisch erfahre ich eben, daß der Kronprinz in Potsdam ist und bis morgen früh bleibt. Ich werde, wozu ich in dem Telegramm die Aufforderung sehe, S. Königliche Hoheit 1865 18. 6.

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Juni 1865 gab Virchow die von ihm geforderte Ehrenerklärung, Stenogr. Berichte 1865, S. 2250—2253.

1865 7. 6. dieſelbe berührte, gar nicht darauf eingegangen, halte mich aber verpflichtet, Ihnen den ſoeben erhaltenen Brief von Gerlach zu Ihrer Kenntnißnahme mitzutheilen mit dem Bemerken, daß ich damit vollkommen einverſtanden bin, die Beleidigung an ſich auch nicht für ſo erheblich halte, um ſolchen Ausgang zu erfordern, daß alle Männer von Ehre, die ich darüber geſprochen habe, derſelben Anſicht waren und daß es ein ſehr ſchlimmes Präcedens für alle Miniſter Sr. Majeſtät des Königs wäre, wenn ſolche Angelegenheiten ſolchen Ausgang nehmen müßten.

Mit alter Verehrung Ihr

treu ergebenſter

Berlin 7/6. 65. v. Kleiſt.

Ich bitte um gütige Rückſendung von Gerlachs Brief, allenfalls ohne alle Antwort, bin aber natürlich zu jeder Thätigkeit und Theilnahme bereit.

203.

v. Natzmer an Bismarck.

Verehrteſter Bismarck

1865 7. 6. Du wirſt es mir wohl verzeihen, und der größten Verehrung für Dich, welche mich dazu treibt, zu Gute halten, wenn ich mich unberufen in Deine Angelegenheiten miſche, um mir die Bitte zu gewähren: an Deine Stelle treten zu dürfen, wenn eine tückiſche Kugel Dich an der Fortſetzung verhindern ſollte. Die Laune des Schickſals iſt unerforſchlich, und bin ich über Deine Angelegenheit ſo aufgeregt, daß ich es Dir gar nicht ausſprechen kann.

Nochmals bitte ich Dich, meine Zudringlichkeit zu verzeihen, die Abſicht nicht zu verkennen, und die Verſicherung meiner

Ergebenheit für alle Fälle zu gestatten, mit der ich in größter Verehrung stets sein werde 1865 7. 6.

Dein

Dich hochschätzender

Berlin, d. 7/6. 65. E. E. Natzmer.

204.

Bismarck an Professor Virchow.

Berlin 8 Juni 1865.

Eure Hochwohlgeboren

haben in der Sitzung vom 2 d. M. eine persönliche Beleidigung gegen mich ausgesprochen, indem Sie meine Wahrheitsliebe in Zweifel zogen. Ich habe Sie am folgenden Tage durch Herrn v. Puttkamer*) ersuchen lassen, mir hierfür die Genugthuung zu gewähren, zu welcher ich mich berechtigt halte. Nach Ihrer damaligen Rückäußerung durfte ich hoffen, daß Sie die Angelegenheit im Wege einer Ehrenerklärung erledigen würden; die durch Ihre Abwesenheit unterbrochnen Verhandlungen darüber haben dieses Resultat nicht ergeben. 1865 8. 6.

Ich bin daher in der Nothwendigkeit, die am 3 c. verlangte Genugthuung wiederholt von Ihnen zu fordern, und erbitte Ihre Erklärung, ob Sie bereit sind, meinem durch Herrn v. Puttkamer an Sie gestellten Verlangen zu entsprechen. In diesem Falle ersuche ich Sie, einen Ihrer Freunde zu bezeichnen, der mit dem Herrn Kriegsminister, welcher die Güte haben will, mir als Zeuge zu dienen, die nähern Verabredungen wegen Ort und Stunde trifft.

Ihrer gefälligen Antwort entgegensehend bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebner Diener

v. Bismarck-Schönhausen.

---

*) Bernh. v. Puttkamer, Hauptmann im 2. Garde-Regiment.

205.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

Lieber B.!

1865 8. 6. Soeben 9½ Uhr kehre ich von Virchow zurück. Er war ſchon um 7 Uhr ausgegangen. Jetzt fahre ich in die Kammer, wo ich, wenn thunlich, meinen Auftrag ausrichten will. Aber — Alles wohl überlegt — es ſcheint mir für Sie kaum ausführbar, das fragliche Geſchäft abzumachen und Abends nach Stralſund zu reiſen. Ich werde indeß mein Beſtes thun.

Ihr

v. Roon.

206.

Kriegsminiſter v. Roon an Virchow.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Nachdem ich geſtern Abend und heute früh Sie in Ihrer Wohnung zu treffen vergeblich verſucht habe, um einen übernommenen Auftrag auszurichten, ſtelle ich Ew. Hochwohlgeboren anheim, mir für einen Augenblick Ihre Gegenwart im Miniſterzimmer zu ſchenken; den geeigneten Moment überlaſſe ich Ihnen zu wählen.

Hochachtungsvoll

v. Roon.

207.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 8. 6. 65.

1865 8. 6. Auf Forckenbecks Antrag hat der Präſident*) erklärt, daß Virchow ſich nicht ſchlagen dürfe, daß das Haus allein zu

*) Grabow.

befinden habe, ob ein Minister beleidigt sei. Ich habe geant- 1865
wortet: „der Mann sei der Wächter seiner eignen Ehre, nie- 8. 6.
mand sonst*)!“

Es wird darüber seit ¾ Stunden fort discutirt. Jetzt brüllt der Löwe vom Stamme Juda. — Der stenographische Bericht soll Ihnen sobald als möglich zugehen.

v. Roon.

Das an Virchow meinerseits gerichtete Billet ist unbestellbar, da er nicht ins Haus gekommen ist. Das Billet lege ich bei.

208.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Telegraphische Depesche.

Aufgegeben in Prenzlau den 8. Juni 1865 9 Uhr 18 Min. Vorm.
Angekommen in Berlin den 8. Juni 1865 9 Uhr 28 Min. Vorm.

Geben Sie gleich Nachricht nach Stralsund. 1865

Eulenburg. 8. 6.

209.

Bismarck an Minister F. zu Eulenburg.

Telegramm.

Berlin 8 Juni 1865.

Minister Graf Eulenburg.

Stralsund.

Heut früh mehrstündige Debatte auf Antrag Forckenbeck, 1865
Duell für Abgeordneten unzulässig erklärend. Von Virchow 8. 6.
eigne Erklärung über Annehmen oder Ablehnen noch nicht erreicht.

Bismarck.

---

*) Vgl. Kriegsminister v. Roon als Redner II, 338 ff.

210.

v. Hennig an v. Keudell.

Ew. Hochwohlgeboren

1865 8. 6. haben mich nicht weiter benachrichtigt, ob Sie die Aussicht auf eine Ausgleichung der zwischen Herrn v. Bismarck und Herrn Professor Virchow obschwebenden Differenz für nicht mehr vorhanden ansehn.

Professor Virchow wünscht die Sache zu beendigen und hat mich beauftragt, Ihnen mitzutheilen, daß er von der Ansicht ausgehe, er habe seinerseits das Mögliche zu einer Ausgleichung gethan, indem er sich bereit erklärt hat, die von Bismarck gewünschte Erklärung unter einer unverfänglichen Bedingung abzugeben. Da hierauf bis zu diesem Augenblick keine Antwort eingelaufen ist, so habe ich den weiteren Auftrag, Ihnen anzuzeigen, daß Professor Virchow ein Duell bestimmt ablehnt und zwar um so mehr, als die Angelegenheit ohne seine Schuld in die Oeffentlichkeit gekommen und heute sogar im Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht worden ist. Seine politischen Freunde und auch der Herr Präsident des Hauses haben ihm die Pflicht auferlegt, das Duell nicht anzunehmen.

Ich bitte Sie Herrn v. Bismarck hiervon unterrichten und ihn zugleich davon in Kenntniß setzen zu wollen, daß Professor Virchow bereit ist, die zugesagte Erklärung unter der von mir formulirten Bedingung im Hause abgeben zu wollen, wobei ich ausdrücklich bemerke, daß es ihm nur auf den Sinn und nicht auf den Wortlaut der letzteren ankommt.

Mit bekannter Hochachtung und Ergebenheit

Berlin, 8. 6. 65. Hennig.

211.

v. Keudell an Kriegsminiſter v. Roon.

Berlin, den 8. Juni 1865.

Ew. Excellenz

beehre ich mich die Anlage zu hochgeneigter Kenntnißnahme 1865
mit der gehorſamſten Anzeige vorzulegen, daß ich Herrn von 8. 6.
Hennig erwidert habe, ich ſei bei der jetzigen Sachlage zur Entgegennahme von Erklärungen des Herrn Profeſſor Virchow nicht mehr ermächtigt.

v. Keudell.

212.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck*).

Br. m. mit der Bemerkung, daß Herr Virchow meinem 1865
Boten mit dem Ihnen bekannten Briefe geantwortet, er werde 8. 6.
heute Abend zwiſchen 7 und 8 Uhr zu mir kommen. Er iſt bis jetzt — 9 Uhr — nicht erſchienen. Unter dieſen Umſtänden halte ich die Angelegenheit im Hinblick auf die heutigen Vorgänge im Abg.-Hauſe im Weſentlichen für erledigt.

Berlin 8/6. 65. v. Roon.

213.

Profeſſor Virchow an Kriegsminiſter v. Roon.

(Ohne Datum, Expeditionsvermerk:
Pr. 8/6. 65 Abds. 9 Uhr.)

Ew. Excellenz

erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom heutigen Tage 1865
ganz ergebenſt, daß Herr v. Hennig in meinem Namen heute 8. 6.
Herrn v. Keudell benachrichtigt hat,

*) Im Anſchluß an v. Keudells Brief.

1865 8. 6. 1) daß ich das Duell ablehne,

2) daß ich noch gegenwärtig bereit bin, die von dem Herrn Minister-Präsidenten gewünschte Erklärung im Hause abzugeben, sobald mir die Zusicherung des Herrn Ministerpräsidenten ertheilt wird, daß er seiner Aeußerung über Hannibal Fischer*) keinen für den Berichterstatter (oder die Kommissions-Mitglieder) persönlich beleidigenden Sinn habe unterlegen wollen.

Da ich in diesem Zugeständniß bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen bin, so würde es mir erwünscht sein, eine etwaige weitere Verhandlung über den Wortlaut der Erklärungen nicht persönlich, sondern, wie bisher, durch Vermittelung des Herrn v. Hennig zu führen.

Genehmigen Euer Excellenz die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich zeichne

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

R. Virchow

Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

214.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck**).

1865 8. 6. Nach meiner Auffassung reicht es aus, daß Hr. V. das Duell ablehnt, um ... Ich würde darauf allein mich

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1865 hatte Bismarck mit Bezug auf den Antrag der Commission, die von der Regierung geforderten Gelder für den Kieler Hafen abzulehnen, gesagt: „Ich glaubte, wir würden nicht genug gefordert haben, Sie würden das Bedürfniß haben, noch bestimmter und schneller die maritimen Unternehmungen zu fördern; ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht der Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte."

**) Als Randbemerkung auf Virchows Brief.

stützen. Weitere Verhandlungen — zu denen ich übrigens bereit bin — werden zu gar nichts führen. Das ist unzweifelhaft, um so mehr, als Herr Virchow die persönliche Verhandlung mit mir ablehnt und den andern — Hennig vorschiebt, auf dessen Antrieb die heutige parlamentarische Comödie gespielt hat. 1865 8. 6.

v. R.

215.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow war bis gegen 12 Uhr in der Charité; dort holte ihn der rothe Becker*) ab und brachte einen Brief von Hennig mit. Beide fuhren darauf nach dem Abgeordneten-Hause. Es ergiebt sich hieraus, daß die Scene im Abgeordneten-Hause mit Vorwissen Virchows stattgefunden hat. 1865 8. 6.

Zitelmann.

216.

Regierungsrath Zitelmann an Bismarck.

Virchow hat um 2 Uhr zu Taddel**) erklärt, er nehme das Duell nicht an; Herr v. Hennig werde noch heute an Herrn v. Puttkamer deswegen schreiben. 1865 8. 6.

Zitelmann.

217.

Graf Arnim-Boytzenburg an Bismarck.

Verehrteste Excellenz!

Vom Lande zurückgekehrt, vernehme ich die Lage der Virchowschen Angelegenheit. Da manche der Ew. Excellenz 1865 8. 6.

*) Hermann Heinrich Becker, Mitglied der Fortschrittspartei, später Oberbürgermeister von Köln.

**) Abgeordneter, Mitglied der Fortschrittspartei.

1865 8. 6. näherstehenden Personen abwesend sind, so bitte ich über mich zu bestimmen, falls ich in derselben irgendwie nützlich sein kann, andernfalls aber Ihre Zeit nicht mit einer Antwort zu beschränken. —

Gott sei mit Ihnen.

Der Ihrige

Berlin, den 8. Juny 1865. Graf Arnim-Boytzenburg.

218.

General Graf Rostitz an Bismarck.

Berlin, d. 9. Juny 1865.

Verehrte Excellenz

1865 9. 6. Die Ihnen gewidmete aufrichtige Theilnahme erhält auch mich in steter Besorgniß über das End-Resultat Ihres gegen Herrn Virchow gethanen Schrittes und entschuldigt meine Indiscretion, Sie um ein vertraulich Wort in dieser Sache zu bitten. Ich hoffe, Sie schlagen es nicht ab.

Mit wahrer Hochachtung

Graf v. Rostitz.

219.

Minister F. zu Eulenburg an Bismarck.

Stralsund 9. Juni 1865.

1865 9. 6. Besten Dank für das Telegramm, verehrter Freund. Sie glauben nicht, in welcher Unruhe wir gestern den ganzen Tag über geblieben sind. Ueberm Diner blieben mir die Bissen im Munde stecken, bis endlich ein beruhigendes Telegramm von Roon und endlich Abends spät auch das Ihrige kam. Lassen

Sie es ſich nicht verdrießen, mir noch einmal zu telegraphiren oder zu ſchreiben, wie die Sache ſich definitiv geregelt hat. Ich bin heute und morgen in Putbus. Geſtern ging hier alles gut. Nur der Gedanke an Sie beunruhigte Ihre Freunde. 1865 9. 6.

Von ganzem Herzen der Ihrige

Eulenburg *).

220.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 18. 6. 65.

Im heutigen Morgenblatt der National-Zeitung leſe ich, der Kronprinz ſei geſtern aus Pommern zurückgekehrt und habe ſich nach Potsdam begeben. Wiſſen Sie davon? Haben Sie es etwa veranlaßt mit Bezug auf die morgen ſtattfindende Conſeil-Sitzung? 1865 18. 6.

Falls Sie nichts davon wiſſen, werde ich das Faktum durch telegraphiſche Anfrage feſtzuſtellen ſuchen, was ich ſonſt, um des damit verknüpften Aufhebens willen, vermeiden möchte. Ich bin ſehr unpaß. Guten Morgen!

Ihr

v. Roon.

221.

Bismarck an Kriegsminiſter v. Roon.

Telegraphiſch erfahre ich eben, daß der Kronprinz in Potsdam iſt und bis morgen früh bleibt. Ich werde, wozu ich in dem Telegramm die Aufforderung ſehe, S. Königliche Hoheit 1865 18. 6.

*) In der Sitzung des Abgeordnetenhauſes am 17. Juni 1865 gab Virchow die von ihm geforderte Ehrenerklärung, Stenogr. Berichte 1865, S. 2250—2253.

1865 18. 6. um eine Audienz nach der Tafel bitten, zu der ich um 2 hinüberfahre. Soll ich sagen, daß Sie ihn auch sehn möchten, oder sind Sie zu unpaß? Jedenfalls wünsche ich von Herzen Besserung.

Ihr

v. Bismarck.

222.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Berlin 18/6. 65.

1865 18. 6. Ich würde es heute nicht unternehmen können nach Potsdam zu fahren und dort die immerhin schwierige und aufregende Verhandlung zu führen.

Ihr

v. Roon.

223.

Kriegsminister v. Roon an Bismarck.

Erdmannsdorf 9. Juli 1865.

Lieber Bismarck!

1865 9. 7. Der Ober-Präsident v. Senfft hat mir vor meiner Abreise von Berlin den Entwurf eines Schreibens an S. Majestät gezeigt, worin er auseinandersetzt, wie wichtig es für die Zukunft des Kronprinzen wie des Landes sei, wenn der Erstere auch als Spitze der Civilverwaltung der Provinz, deren Statthalter er heißt, eingesetzt werde, mit Einem Worte, daß er nicht blos commandirender General, sondern auch Ober-Präsident von Pommern werde. Damit ist die Bitte um die eigene Verabschiedung Senffts verbunden, während die Nothwendigkeit eines jungen thatkräftigen Adlatus an seiner Stelle hervorgehoben wird. Senfft erklärte gleichzeitig, daß er diesem Projekt natürlich eine weitere Folge nicht geben

werde, falls es Ihnen nicht paſſe; er habe mit Ihnen darüber reden, aber nicht correſpondiren wollen und ſtelle mir nun Alles weitere anheim, da Sie abgereiſet. Er fügte hinzu, daß er früher ſchon dem Kronprinzen davon geſprochen und die Antwort erhalten habe, der Herr traue ſich die erforderlichen Eigenſchaften nicht zu; die Frau Kronprinzeß habe dagegen ausgerufen: „Lieber heut als morgen.“ — 1865 9. 7.

Natürlich habe ich den alten Projektmacher verpflichtet, die Sache auf ſich beruhen zu laſſen, bis Sie ſich darüber geäußert. Ich war bisher zu abgeſpannt, um darüber zu ſchreiben; jetzt mahnt mich Senfft, und ich überwinde meine Abſpannung. Senfft habe ich eröffnet, daß es zur Würdigung ſeines Projekts ſehr weſentlich, wer der Adlatus ſein ſolle; ich fragte, an wen er dabei gedacht; er antwortete, an den verſtorbenen Werthern. Sie werden begreifen, daß ich Mühe hatte, ihm nicht ins Geſicht zu lachen. — Ich will Ihnen nicht verhehlen, daß ich die Pläne Senffts eigentlich nur für Simulation halte, um zu erfahren, wie wir mit dem Kronprinzen ſtehen und welche innere Politik wir zu machen denken; denn es liegt auf der Hand, daß wir keinen Ober-Präſidenten einſetzen werden, der nicht mit uns durch Dünn und Dick geht. Ich wußte bereits durch Moritz*), daß Senfft allerlei bedenkliche Reden über Verfaſſungs-Eid u. ſ. w. geführt, und die Nothwendigkeit angedeutet, ſich vor ſolchen Eventualitäten zurückzuziehen, weil er nicht die Verantwortlichkeit des Eindrucks auf ſich laden wolle, den es machen müſſe, wenn ſelbſt er, Senfft, bei gewiſſen Maaßregeln, die er nicht mitmachen könne, ſeinen Abſchied fordere; darum ſei es beſſer, er gehe vorher. Seine Liebhaberei für krumme Wege hat ihm nun eingegeben, jenes bereits vor Jahren gefaßte Projekt jetzt zu produziren, um durch unſere etwanige Genehmigung deſſelben zu erfahren, daß wir nichts Gefährliches

*) v. Blanckenburg.

1865 vorhaben. Ich habe ihm geschrieben, er müsse zunächst den
9. 7. Ablatus in petto nennen, den er neulich noch nicht gewußt.

Ueber das Projekt selbst zu sentiren, halte ich für überflüssig, da die Vortheile, Nachtheile und Schwierigkeiten der Ausführung auf der flachen Hand liegen. Ich hätte Sie überhaupt mit dem Schwindel nicht behelligt, wenn ich Senfft nicht gesagt, ich würde es Ihnen mittheilen. Also gelegentlich ein Wort darüber!

Ich bin am 5. hier eingetroffen und zwar wie S. Majestät Ihnen vielleicht mitgetheilt, nach Entgegennahme verschiedener Loyalitäts-Demonstrationen, die mir von Herrn von Elsner*) u. A. zubereitet waren. Hier, wo es sehr schön, wo Alles schön, außer meinem Zipperlein und Asthma, wird mir von den Loyalen viel vorgeklagt über den schlechten Einfluß der benachbarten Seehandlungs-Fabrik, welche zu besichtigen ich Bodelschwingh versprechen mußte.

Wie geht es Ihnen? Man sagte mir in Berlin, Sie hätten ein rheumatisches Bein? ich komme an manchen Tagen nicht von der Stelle.

In herzlicher Ergebenheit und vollkommener Resignation

Ihr

v. Roon.

224.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Carlsbad den 15 Juli 1865.

Durchlauchtigster Kronprinz
Gnädigster Herr

1865 aus dem anliegenden Auszuge wollen Eure Königliche Hoheit
15. 7. den wesentlichen Inhalt derjenigen Eröffnungen gnädigst ersehn,

*) Johann Gottfried Elsner, ein hervorragender schlesischer Landwirth.

welche Seine Majestät der König befohlen haben, theils am 11 d. M.*) theils am gestrigen Tage an das Wiener Cabinet zu richten. Die Kürze der Zeit und das Mißverhältniß der hiesigen Arbeitskräfte zu den laufenden Geschäften machen es unmöglich, dem Courier eine vollständigere Darstellung des umfangreichen Schriftwechsels mitzugeben, welcher in den letzten Tagen zwischen hier und Wien stattgefunden hat. Die Anlage enthält aber die Darstellung der daraus hervorgegangenen Situation. Um auf alle Eventualitäten, welche aus derselben sich entwickeln können, vorbereitet zu sein, wollen des Königs Majestät die Beschaffung der für eine etwaige Mobilmachung nöthigen Geldmittel, ohne Contrahirung einer Anleihe, anordnen und zugleich solche Verbesserungen der militärischen Ausrüstung, welche ohnehin in Aussicht standen, mit möglichster Beschleunigung ins Werk setzen lassen. Um in dieser Beziehung die nöthigen Beschlüsse zu fassen, wird in Regensburg am 21 d. M. eine Conseil-Sitzung abgehalten werden, zu welcher ich die Minister auf allerhöchsten Befehl heut einlade. Seine Majestät waren zwar der Meinung, daß die Entfernung Eurer Königlichen Hoheit die Betheiligung nicht gestatten werde; ich glaube indessen, Höchstdieselben, so schleunig als es in Ermangelung eines telegraphischen Chiffres möglich ist, von der Sachlage in Kenntniß setzen zu sollen. Sollten Eure Königliche Hoheit nicht nach Regensburg kommen, so bitte ich unterthänigst, nach dem Conseil und nach einer Unterredung, welche ich am Tage darauf mit Baron von der Pfordten haben soll, weiteren Bericht erstatten zu dürfen. Zugleich erlaube ich mir die ehrerbietige Anfrage, ob Eure Königliche Hoheit nicht befehlen, daß Höchstdenselben aus dem auswärtigen Ministerium ein Chiffre behufs sicherer telegraphischer Correspondenz übersandt werde. Die Benutzung desselben wird einem der Adjutanten Eurer König- 1865 15. 7.

*) Vgl. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs IV, 149.

1865 15. 7. lichen Hoheit gewiß bekannt ſein, und iſt auch ohne beſondere Anleitung nicht ſchwierig. Ich ſtelle unterthänigſt anheim, Höchſtdero Befehle in dieſer Beziehung direct an Herrn v. Thile gelangen zu laſſen.

Im politiſchen, wie beſonders im finanziellen Intereſſe, um das Sinken der Courſe der vom Staate zu verwerthenden Effecten zu verhüten, erlaube ich mir die Nothwendigkeit der ſorgfältigſten Geheimhaltung der Situation und der zu faſſenden Entſchließung ehrfurchtsvoll hervorzuheben.

In Ehrfurcht verharre ich

Eurer Königlichen Hoheit

unterthäniger Diener

v. Bismarck.

225.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Telegramm.

Erdmannsdorf, den 15. Juli 1865, 6 Uhr 40 Min. Vorm.
Ankunft 8 Uhr 40 Min. Vorm.

1865 15. 7. Meine Kur muß die Reiſe geſtatten; ich werde am 19ten oder 20ten in Regensburg eintreffen.

v. Roon.

226.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Berlin 14/12. 65.

1865 14. 12. Ich war heut ½ 1 an Ihrer Thür, nicht aber an Ihrem Bette, um Sie zu bitten, — vielleicht überflüſſigerweiſe — zum Freitag Abend und Sonnabend keine Staats-Miniſterial-Sitzung anzuſetzen, bei welcher meine Gegenwart etwa erwünſcht wäre, weil ich auf 36 Stunden verreiſen will.

Hoffentlich haben Sie so gut als lange geschlafen? — Se. Majestät scheinen geneigt, 2 Infanterie-Regimenter aus Schleswig zurückzuziehen. 1865 14. 12.

Ihr

v. Roon.

227.

Marquis Wielopolski an Bismarck.

Monsieur le Comte,

Depuis qu'il m'a été donné de faire la connaissance de Votre Excellence, je n'ai cessé de suivre avec un constant et sympathique intérêt les phases de votre noble et courageuse carrière. 1866 8. 5.

La nouvelle de l'attentat*) commis contre votre personne m'a vivement ému: je m'empresse de témoigner à Votre Excellence toute ma joie de la conservation de vos jours et de vous en féliciter sincèrement.

Avec tant d'autres je forme des voeux ardents pour que, Dieu aidant, votre grande oeuvre s'accomplisse, afin de devenir un abri de la vraie civilisation et un rempart de l'ordre social, que des menées anarchiques, pratiquées de côtés opposés tantôt dans les bas fonds de la société, tantôt à son sommet au nom d'un pouvoir aveuglé, font aujourd'hui chanceler sur ses bases.

Recevez, Monsieur le Comte, l'assurance de mon véritable et profond respect.

Dresde ce 8 Mai**) 1866.
(Ostra-Allée 11.)

Le M^quis^ Wielopolski.

---

*) Vom 7. Mai (Blind).
**) Orig.: Avril.

228.

Hofmarschall A. zu Eulenburg an Bismarck.

Adjutantur
Sr. Königlichen Hoheit
des Kronprinzen.

Neues Palais bei Potsdam,
den 24. Mai 66.

Hochgeborner Herr Graf!

1866 24. 5. Euer Excellenz soll ich Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Bedauern darüber aussprechen, daß Höchstderselbe Sie und Ihre Frau Gemahlin heute gar nicht begrüßt hat. Seine Königliche Hoheit sandte mich noch ab, um Euer Excellenz zu suchen, doch fuhr Ihr Wagen eben aus dem Palais.

In größter Hochachtung und Verehrung
Euer Excellenz
gehorsamster
A. Eulenburg.

229.

Freiherr Anton v. Gablenz an Bismarck.

Hochgeborner Herr Graf.

1866 21. 6. Die Depesche vom 4ten d., die mir als eine vertrauliche an Herrn von Savigny mitgetheilt wurde, lese ich jetzt veröffentlicht und finde zwei Momente darin, die muthmaßlich zu Reclamationen Veranlassung geben werden. Einmal heißt es: „von einer unpartheiischen Seite in Wien entgegennahm" ꝛc.*).

*) In der Depesche vom 4. Juni (Staatsarchiv XI, No. 2300 S. 72 ff., Hahn, Fürst Bismarck I, 431 ff.) heißt es: „Ich kann Euer Excellenz ... vertraulich mittheilen, daß zu derselben Zeit, als wir die oben erwähnte persönliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der König ... bereitwillig einen Vorschlag zur directen Verständigung von einer unparteiischen Seite in Wien entgegennahm und Sr. Majestät

Dieſer Satz könnte ſo verſtanden werden, als ob ich mich als ein von Wien Beauftragter gerirt hätte. 1866 11. 6.

Das iſt nun eben nicht der Fall geweſen und ich bitte dies eintretenden Falls aufzuklären. —

Sodann möchte ich fragen, ob, wenn von Ew. Excellenz die authentiſche Quelle zu nennen verlangt wird, ich genannt werde? ich muß allerdings vertreten, was ich auch vertraulich ſagte, ich muß es aber auf mich nehmen und darf Niemand compromittiren, deßhalb wünſchte ich es zu wiſſen, wie Ew. Excellenz derartige Anfragen beantworten werden. —

Ehrerbietungsvoll

Ew. Excellenz

ganz ergebenſter

Berlin Freiherr v. Gablenz.

den 11ten Juni 1866.

230.

Profeſſor Gelzer an Bismarck.

Sr. Excellenz

dem Herrn Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten

Grafen von Bismarck!

Excellenz!

Ew. Excellenz wiſſen, wie ich vorausſetze, daß ein rein confidentieller Auftrag an Se. Majeſtät den König mich hieher führte. Am Schluſſe der Audienz gab Se. Majeſtät mir an- 1866 18. 6.

dem Kaiſer von Oeſterreich, ohne Betheiligung des Miniſteriums mittheilte, um ſich zu vergewiſſern, ob Se. Majeſtät noch von dem Wunſche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorſchlag war, die Fragen über Schleswig-Holſtein und die Bundesreform gemeinſchaftlich zu verhandeln und durch dieſe Verbindung die Löſung beider zu erleichtern."

1866 heim, ob ich über den Gegenstand meiner Mission mich ver-
13. 6. traulich aussprechen wolle.

Anfangs hielt mich die Erwägung davon zurück, daß Ew. Excellenz inmitten der ungeheuren Spannung dieser Tage schwerlich eine Viertelstunde finden könnten zu einem ruhigen Gespräche, wie es allein mit der Natur meines Auftrages verträglich wäre.

Die vergleichsweise gegen heute idyllischen Tage unserer Neuenburger Conferenzen (Januar bis April 1857) haben nun einer ganz anderen Temperatur der Weltlage den Platz geräumt.

Dennoch glaubte ich schließlich es nicht unterlassen zu dürfen, wenigstens bei Ew. Excellenz anzufragen, ob Sie mich sehen wollen?

In schuldiger Ehrerbietung Ew. Excellenz Entscheidung entgegensehend — achtungsvoll

Dr. H. Gelzer
o. Professor der Geschichte an der Universität Berlin —
zur Zeit in Basel.

Berlin, 13. Juni 1866
Hôtel de Rome 24.

231.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee. H. Q. Görlitz d. 15. Juni 1866. Morgens 10 Uhr.

Eure Excellenz

1866 ich weiß bis zur Stunde nicht, welche Entschlüsse die Regierung
15. 6. gefaßt hat, namentlich ob am 16ten der Einmarsch in Sachsen nach erfolgter Kriegserklärung zu erfolgen hat. Ohne Zweifel werden mir heute noch die betreffenden Befehle und Mittheilungen zugehen.

Ebenso weiß ich nicht, ob wir auch an Baiern den Krieg erklären werden. In Bezug auf diesen Punkt richte ich an Sie diese Zeilen, die möglicher Weise übrig sind, wenn Sie schon das, was ich sagen werde, selbst gedacht haben. 1866 15. 6.

Im Falle wir an Baiern den Krieg erklären, halte ich es vom militairischen Standpunkte für wünschenswerth, daß wir Italien, das eine bedeutende Ueberzahl gegen Oestreich disponibel hat, dazu bewegen, eine möglichst starke Diversion nach dem bairischen Tyrol und nach Baiern überhaupt zu machen.

Eurer Excellenz

sehr ergebener Diener

Friedrich Karl.

232.

Prinz Friedrich Karl an Bismarck.

Ober Commando der 1. Armee. H. Qu. Görlitz d. 17. Juni 1866. Mittags.

Mein sehr geschätzter Herr Graf!

Heute früh erhielt ich Ihren Brief von gestern*), und gestern Nachmittag und Abend 2 Telegramme. 1866 17. 6.

Die Bevölkerung in Sachsen war sehr erstaunt über unser Einrücken, aber nichts weniger als feindlich. Sie war im höchsten Grade bereitwillig, wenn es sich um Einquartirung und um Requisitionen zum Wohle der Truppen handelte.

Es sind keine Befehle da, etwa Contributionen einzutreiben, was der Feind in unserm Lande jedenfalls thäte. Ich habe nur einige Kassen mit Beschlag belegen lassen.

Morgen wird der General Graf Bismarck (Ihr Vetter) mit dem Blücherschen Husaren- und 1. Pommerschen Ulanen

*) Concept nicht vorhanden.

1866 17. 6. Regiment No. 4 auf 3 Tage einen Streifzug über Bautzen gegen Dresden unternehmen, um falſche Nachrichten auszuſprengen, Kaſſen zu nehmen, meine frieden- und liebe-athmende Proklamation an die Sachſen überall anzuheften und um die Preußen überall zu zeigen.

Heute iſt General Boſe mit 3 Batt. 1 Esc. 1 Batterie nach Bautzen gerückt. Ich habe noch nicht Nachricht von ihm.

Die Eiſenbahn nach Löbau, reſp. Bautzen kann bis morgen hergeſtellt ſein.

Von den Oeſtreichern weiß ich nichts, als über Berlin.

Ich bin noch ohne Auftrag von Sr. Majeſtät, conzentrire mich aber immer mehr um Görlitz, ſo daß ich von übermorgen ab gleichmäßig für jeden mir etwa werdenden Auftrag bereitſtehe. Witterung für Marſch günſtig.

Es würde mich ſehr freuen, wenn Sie mir in der Perſon des Herrn von Radowitz einen diplomatiſchen Beiſtand ſchicken wollten. Er hält ſich jetzt in Paris für abkömmlich und wünſcht dieſe oder eine militairiſche Verwendung bei mir[1]). Auch letztere könnte ihm werden, weshalb ich nochmals recht dringend um ihn bitte.

Ich wünſchte, wir würden ſchnell mit Hannover und Kurheſſen fertig. Von Göben und Baier wiſſen wir hier nichts und von Manteuffel nur, daß er über Hamburg ins Hannoverſche eingerückt.

Ihr
ſehr ergebener Freund
und Diener
Friedrich Karl.

Ich bin der Meinung, daß ein großer Theil Baiern vor 14 Tagen uns gegenüberſteht, wahrſcheinlich ſüdlich des Erzgebirges, wenn Herwarth energiſch iſt.

Randbemerkung Bismarcks:

[1]) Ja.

233.

Fürſt Heinrich LXVII. Reuß an Bismarck.

Eure Excellenz

entſchuldigen gütigſt, wenn ich (in)*) der bedrängten, böſen Zeit Sie mit einigen Worten beläſtige. 1866 21. 6.

Ich als alter Preuße und treuer Anhänger des Königlichen Hauſes möchte mir doch die Frage erlauben: Eure Excellenz werden mir und meinem Lande nichts feindliches anthun wollen? was ich von meinem gnädigen Gönner, Sr. Majeſtät dem Könige, wohl überzeugt bin. Daß ich bey dem Bundestag nicht gegen Preußen geſtimmt habe, wird Eurer Excellenz bekannt ſeyn. Daß ich auf Befehl der damals noch beſtehenden Militärcommiſſion nach Raſtatt geſchickt habe, war wohl in der Ordnung, da ich immer gern dieſen Anordnungen Folge geleiſtet habe. Ich bitte und erwarte daher, daß nichts feindliches gegen mich und mein Land unternommen d. h. (dieſes)**) mit Einquartierung u. ſ. w. geſtraft werde und mein Bataillon ruhig in Raſtatt verbleiben kann.

Mit vollkommenſter Hochachtung

Eurer Excellenz

Gera, 21. Juni 1866.

ganz ergebenſter

Heinrich LXVII. Fürſt Reuß j. L.

234.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Heringsdorf 9. Aug. 1866.

Sie haben mir höchſt merkwürdige Kundgebungen napo- 1866
leoniſtiſchen Hungers zukommen laſſen. Indem ich beſtens für 9. 8.

*) Fehlt im Orig.

**) Ergänzung des Herausgebers.

1866 9. 6. die Anlagen danke, gestehe ich, daß ich solche unerhörte Forderungen unter den heutigen Umständen nicht für möglich gehalten hätte. Entweder denkt Napoleon nicht ernstlich an die Erreichbarkeit, oder er hat seiner Zeit nicht an Goltz das gesagt, was er wirklich zu thun oder zu unterlassen gedächte.

Sollte Napoleon auf seinem Rhein-Ufer-Gelüst beharren, so haben wir allen Grund ihm dankbar zu sein, daß er uns so rasch zur Erreichung der Vereinigung Deutschlands unter ein Oberhaupt verholfen hat. Denn wenn auch mit Widerstreben, so werden dann die Deutschen sicherlich nicht anders können als sich dem Norddeutschen Bund anzuschließen.

Die angedeutete Statthalter-Stellung billige ich im Prinzip. Nur gebe ich zu bedenken, ob gerade der Anfang mit Hannover und nicht besser mit Cassel zu machen wäre. Im Ersteren herrscht Haß und Feindschaft, im Letzteren sind diese Abneigungsgesinnungen weniger crass vorhanden. Man könnte vielleicht die Statthalterschaft für Hessen und Hannover einsetzen, ohne den Wohnort bestimmt vorzuschreiben, ein Alternat ankündigend. Zu früh dürfte unter allen Umständen wohl jene Thätigkeit nicht ins Leben treten, auch meine Thätigkeit zuvor genau präcisirt sein.

Sonntag den 12. treffe ich mit den Meinigen Mittags ein, und je nach dem, was ich vorfinden werde, gehe ich entweder die Nacht nach Erdmannsdorf weiter, um bald wiederzukommen oder aber ich bleibe gleich in Berlin und gehe dann ab und zu an „Ruhetagen" nach Schlesien.

Einer Andeutung Ihrerseits sehe ich am Sonntag entgegen.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm. KPz.

235.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

7 Uhr Abds.
12/8. 66.

Die Kronprinzessin würde sich freuen, Sie heute noch sprechen zu können, da sie Nachts 11 Uhr nach Schlesien weiter reist. Wenn nun Ihr Zustand Ihnen gestattet, um 8 Uhr zu mir zu kommen, so erwarte ich Sie in meinem Palais; fühlen Sie sich jedoch zu angegriffen, so komme ich zu Ihnen. 1866 12. 8.

Mündliche*) Antwort erbeten!

Friedrich Wilhelm KPz.

236.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18/2. 67.

Der König theilte mir heute durch Billet mit, daß er morgen nach Dresden reise, mich fragend, ob ich Lust hätte, ihn zu begleiten. Lust empfand ich allerdings nicht, glaube aber Recht zu thun, S. Majestät zu begleiten, zumal man in Sachsen zur Genüge weiß, wie ich über die Verträge denke, und ich keinen Groll nachtragen will, wo abgeschlossene Thatsachen vorliegen. 1867 18. 2.

Da die Reichstags-Eröffnung herannaht, auch wohl nächster Tage die Commissare ernannt werden, möchte ich Sie dringend auf den Minister v. Watzdorf**) als einen erziehlich***) empfehlenswerthen Candidaten für jene Functionen hinweisen. Ich

*) Zweimal unterstrichen.
**) Großherzogl. sächsischer Staatsminister.
***) d. h. für die nationale Erziehung der Minister anderer Staaten.

1867 18. 2. nehme nämlich an, daß auch etliche Nicht-Preußen als Commissare fungiren werden, und wüßte unter den Ministern des Norddeutschen Bundes kaum einen zweiten zu finden, dem 25jährige Erfahrung, Achtung und großes allseitiges Vertrauen so zur Seite stünden wie Watzdorf, über den Sie mit mir kürzlich noch mit lobenden anerkennenden Worten in Folge seines Verhaltens in Berlin gesprochen haben.

Ferner möchte ich Sie noch darauf aufmerksam gemacht haben, daß es des Eindrucks wegen gewiß gut wäre, wenn bei der Eröffnung aller Pomp entfaltet werde wie 1847 bei Eröffnung des 1ten vereinigten Landtags und 1861 nach meines Vaters Thronbesteigung bei der Eidesleistung, wo S. Majestät sich die Reichsinsignien vortragen ließ. Endlich, ob nicht gleich am Montag ein großes Diner im weißen Saal für sämmtliche Reichstagsabgeordnete die „Leute" gut stimmen würde.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

237.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 21. Februar 1867.

1867 21. 2. Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für die mir übersandte Denkschrift über die in unserer Besprechung vom 31. Januar cr. berührten Gegenstände*), und habe mich über die derselben zu Grunde gelegten Anschauungen aufrichtig gefreut. Denn ich stimme ganz damit überein, daß die Bildung eines großen, auch Süddeutschland umfassenden Gemeinwesens der Zielpunkt und Leitstern unserer Politik sei, so daß diesem Gesichtspunkt Alles, also auch die Behandlung der Sächsischen Frage untergeordnet werden muß.

*) Concept nicht vorhanden.

Ich finde auch in der Denkſchrift zu meiner Befriedigung 1867
einen großen Theil deſſen wieder, was Sie mir damals mündlich 21. 2.
ſagten, obſchon Sie meiner Erinnerung nach in jener Unterredung die Nothwendigkeit der nationalen Einheit und den bloß proviſoriſchen Charakter des Norddeutſchen Bundes u. ſ. w. ſtärker und entſchiedener betonten, als in der Denkſchrift geſchieht.

Da mir über den Abſchluß der militairiſchen Convention mit Sachſen nichts Zuverläſſiges bekannt geworden iſt, außer dem, was ich in ſächſiſchen Zeitungen gefunden habe, ſo vermag ich auch nicht mich über denſelben zu äußern. Ich kann nur wünſchen, daß Preußen ein gewichtiges Recht vorbehalten geblieben iſt, um ſeinen Einfluß auf die königlich ſächſiſchen Truppen zu allen Zeiten geltend zu machen, ſo daß im Großen und Ganzen der König von Preußen jenen Truppenkörper gleich den preußiſchen Armee-Corps in der Hand haben wird.

Es iſt unmöglich zu verkennen, daß die Gefahr für unſere Politik in der Mißgunſt und dem Ehrgeiz Frankreichs liegt. Dieſer Gefahr müſſen wir muthig ins Auge blicken, aber ſie iſt zu groß, als daß wir ſie provociren dürften. In dieſer Beziehung iſt mir beruhigend, daß Sie mir am 31ten Januar Ihren entſchiedenen Wunſch äußerten, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

Laſſen Sie mich nur noch die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihnen gelingen möge, jene Grundſätze nationaler Politik in der Behandlung unſeres Verhältniſſes zu Süddeutſchland und zu den ihrer Souverainetät müden kleinen Fürſten erfolgreich zur Anwendung zu bringen — nicht minder in der Lenkung des bevorſtehenden Reichstags, welche gewiß viel Geduld und vielleicht mitunter, um mich der Worte Ihrer Denkſchrift zu bedienen, den Verzicht auf die Befriedigung natürlicher Regungen der Empfindlichkeit von unſerer Seite in Anſpruch nehmen wird.

Im Hinblick auf den Reichstag beklage ich, daß Sie es

[illegible] für nothwendig gehalten haben, sich gegen das Gesetz zum Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstags-Verhandlungen zu erklären. Im Uebrigen aber sehe ich mit tiefer Bewegung dem bevorstehenden Tage der Eröffnung entgegen, mit der sicheren Zuversicht, daß aus den Berathungen dieses Reichstags ein fester Ausgangs-Punkt für die Geschicke unseres großen Vaterlandes entstehen muß!

Friedrich Wilhelm KPz.

238.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 13/5. 67.

[illegible] Ihnen bestens für Ihren Brief von Sonnabend*) dankend, bemerke ich, daß der König sich gestern, Sonntag, gegen eine unmittelbar bevorstehende Reise der Kronprinzessin äußerte, indem dies eine Art von empressement sein würde, die wir Napoleon nicht zu Liebe thun sollten.

Nun ist aber so lange schon die Rede von dem Besuch den wir Beide machen sollten, daß meiner Meinung nach das Zurückbleiben der Kronprinzessin gegenwärtig sehr auffällig wäre. Ferner wünschen wir mit dem 31. Mai den Aufenthalt in Paris zu beendigen, damit wir nicht mit den Russen zusammentreffen. Endlich war immer die Rede von einer nochmaligen Reise meiner Person zur Preisvertheilung im Juli, bei welcher Gelegenheit aber die Kronprinzessin nicht mitkommen kann, weil ihr ernstlich eine Seebadcur verordnet ist.

Diese Gesichtspunkte wollte ich Ihnen noch mitgetheilt haben, weil S. Majestät heute mit Ihnen Rücksprache nehmen wollte.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

---

*) Concept nicht vorhanden.

239.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg, d. 28. Mai 67.

Verehrteſter Chef,

In meinen offiziellen Berichten habe ich nicht erwähnt, 1867
mit welch regem Intereſſe die Großfürſtin Helene der letzten 28. 5.
politiſchen Phaſe gefolgt iſt und wie ſie es ſich hat angelegen ſein laſſen, ihren Einfluß in der ihr eigenen Weiſe zu unſeren Gunſten anzuwenden.

Sie machte ſich von Anfang an keine Illuſionen über die wenig freundlichen Abſichten des franzöſiſchen Cabinets und traut dem Frieden auch heut noch nicht ſonderlich. Die Idee der Reiſe des Kaiſers*) hat ſie nie gut geheißen und ließ ſie nur gelten, wenn die beiden Herren gleichzeitig reiſen würden. Sie war außer ſich, als die Reiſe des Königs compromittirt ſchien, und ich glaube, daß ſie den Kaiſer darin beſtärkt hat, ſo entſchieden auf die gleichzeitige Anweſenheit unſeres Allergnädigſten Herrn zu beſtehen, wie er es, wohl auch aus eigenem Antriebe gethan hat. Daher war ſie auch heute ſehr erfreut, als ich ihr erzählen konnte, daß ſich der König entſchloſſen hätte, am 5. in Paris zu ſein.

Ich komme nicht auf die vielen Wandlungen zurück, welche Fürſt Gortſchakow in dieſer ganzen Zeit durchgemacht hat; ich glaube, ich habe ſie in meinen Berichten getreu wiedergegeben. Jedenfalls glaube ich, daß er es jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünſchte, daß der Kaiſer nicht ohne unſeren König in Paris erſchiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unſerer Beziehungen, und dieſe Eventualität befürchtete er ſehr für ſeine orientaliſche Politik, beſonders da alle andern an-

*) Nach Paris zur Weltausſtellung.

1867 lungen, ihm den Rücken zu drehen: auch Italien, dem er tau-
M. 5. send Coquetterien gemacht hatte.

Trepoff*) theilte mir ein Raisonnement des großen Publikums mit, welches ich auch selbst oft über die Reise gehört habe und Ihnen doch nicht vorenthalten will. Man ist allgemein gegen die Reise des Kaisers. Da der König von Preußen aber mit dem Kaiser gehen will und Graf Bismarck dies dem König gerathen haben wird, so muß es nichts Dummes sein; also mag der Kaiser reisen.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener

H. VII. Pz. Reuß.

240.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg den 7. Juni 67.

Verehrtester Chef,

1867 Fürst Gortschakow trägt mir auf, Ihnen seine Theilnahme
7. 6. an Ihrem erneuten Unwohlsein auszusprechen. Er läßt Ihnen sagen, Sie möchten sich nicht zu viel über die Kammern ärgern; er behauptet, es sei ein viel besserer Stand für einen Minister, wenn er auf die gegen ihn und seine Politik gerichteten Angriffe öffentlich antworten könnte, als wenn er, wie ihm dies fortwährend passirte, sich im Dunkeln angegriffen fühlte, ohne sich wirklich vertheidigen zu können. Was unsere Finanz-Lage anbetrifft, so meint er, es sei gewiß sehr weise, nicht vom Capital leben zu wollen, bei unseren geordneten Zuständen und bei unseren Reserven würde er sich, wenn er Preußischer Minister wäre, die Sache nicht so zu Herzen nehmen.

---

*) Polizeidirector von Petersburg.

Der Fürſt gedenkt Anfangs Juli neuen Styles, auf Urlaub zu gehen und wahrſcheinlich in Baden Homburger Waſſer zu brauchen; dann will er einige Wochen ausruhen und zum Schluß eine Trauben-Kur vielleicht am Comer See brauchen. Anfangs October würde er dann wieder hier eintreffen. 1867 7. 6.

Man ſpricht hier von der Ernennung des Grafen Chotek zum öſtreichiſchen Geſandten, doch verlautet noch nichts, wen man nach Wien ſchicken dürfte. Schuwalow meint, Gortſchakow habe den jetzt im Auslande weilenden Miniſter Waloujeff für einen diplomatiſchen Poſten auserſehen, weil er deſſen Einfluß hier fürchte und in ihm einen Rivalen erblicke. Schuwalow möchte Waloujeff gern an die Stelle des alten Paul Gagarin als président du conseil haben. Der Herr hat aber trotz ſeiner 81 Jahre einen ſo guten Magen, daß an ſeinen Abgang oder an ſein Ende nicht zu denken iſt.

Mit den beſten Wünſchen für Ihre baldige Wiederherſtellung bin ich in aufrichtigſter Verehrung

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

241.

Unterſtaatsſecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 7. July 1867.

Verehrter Chef,

Ew. Excellenz Auftrage gemäß habe ich unterm 3. d. M. Savigny benachrichtigt, daß ſeine Ernennung zum Bundesvicekanzler beabſichtigt werde, und ihm dabei die geſchäftlichen und ſonſtigen Attributionen dieſer Stelle genau nach Ihren Worten veranſchaulicht, namentlich hervorgehoben, 1867 7. 7.

daß er die regelmäßigen Geſchäfte des Präſidiums erhalten würde und Ew. Excellenz nur die Contra-

1867 7. 7. signatur behielten, die niemand als der Minister-Präsident in den Ressorts der betr. Preußischen Minister üben könne.

So eben bringt mir der nach Carlsbad entsandte Kanzleidiener die anliegende Antwort Savignys 8 Quartseiten lang. Ob in diesem ausführlichen Erguß ein bestimmtes Ja oder Nein auf die ihm gemachte Offerte zu finden sey, wollen Sie geneigtest selbst prüfen. Jedenfalls ist Ihr Wunsch des „sans phrase“ nur unvollkommen erfüllt worden.

Getreulichst

Ihr

gehorsamster

Thile.

242.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin 17. July 1867.

Verehrter Chef,

1867 17. 7. Savigny ist gestern endlich eingetroffen und hat Ihren Brief entgegengenommen. Er war gestern Abend bei mir und sprach sich sehr verstimmt, aber gewissermaßen gehalten und feierlich aus. Den Gedanken der Vice-Kanzlerschaft weist er auf das entschiedenste von sich und wird Ihnen in diesem Sinne bald schreiben. Später gedenkt er sich zum Könige nach Ems zu begeben und noch später in Wiesbaden sich niederzulassen. Doch sind dies wohl nur vorläufige Gedanken. Die Unterredung mit ihm war mir natürlich peinlich.

Mit den besten Wünschen für Ew. Excellenz ländliche Erholung

Ihr

getreu ergebener

Thile.

243.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 1. Auguſt 1867.

So oft ich die Lage unſeres Staates für ernſt gehalten 1867
habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Anſichten 1. 8.
auseinanderzuſetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältniſſe halte ich für recht geſpannt und richte deshalb dieſe Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiederung zukommen zu laſſen.

Nach allem was ich leſe und höre, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall iſt und daß Süddeutſchland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unſer Anſehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leiſten den Intriguen die uns umgeben und ebenſo in Frankreich wie in Oeſterreich und auch in Dänemark geſponnen werden, willkommenen Vorſchub.

Im Innern des Landes wächſt die Unzufriedenheit über die Maßregeln Ihrer Collegen Eulenburg und Lippe, wozu namentlich die Verfolgung von Leuten wie Tweſten und Lasker beiträgt. Was jenen Beiden während der Reichstags-Sitzungen zu verdanken iſt, wiſſen Sie ebenſo genau wie ich, und kann ich nicht verſtehen, was es uns nützen ſoll, derartige Perſonen zu maßregeln und zu verletzen.

In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Juſtiz-Maßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreiſe perſönlich gekränkt worden ſein ſoll.

In Heſſen iſt die Behandlung der Frage des Staats-Schatzes, der Erſatz älterer Beamten durch junge Landräthe Gegenſtand vielfacher lauter Klagen.

In Frankfurt beklagt man sich über fortgesetzten Mangel an Rücksicht und über finanzielle Bedrückung der Stadt.

Wie viel an diesen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung sein mag, bin ich nicht im Stande gründlich zu erörtern. Leugnen läßt sich aber nicht, daß in den Kreisen, die uns zugethan waren, und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umschwung eingetreten ist, ja man hört vielfach sagen, daß es unerklärlich sei, warum nicht die neuen Landestheile sofort incorporirt wurden, statt eine einjährige königliche Dictatur über sie zu verhängen, die jetzt in Willkür ausartet und einschneidende Maßregeln aller Art vollzieht, welche den schlechtesten Eindruck machen.

Wie unzufrieden die Stimmung in Schleswig-Holstein bleibt, ist Ihnen ebenso bekannt wie auch der sich so häufig wiederholende Vorwurf, „daß es Preußen an organisatorischem Talente mangele". Endlich hört man vielfach sagen, daß die Anerkennung berechtigter Eigenthümlichkeiten, die man mit schonender Hand kundgeben wollte, zur leeren Phrase geworden sei, da nach kaum einem Jahre die Behandlung durchaus fehlerhaft betrieben werde, so daß Preußen sich völlig discreditire.

Was den Gang der Politik nach Außen betrifft, so sind Sie besser unterrichtet als ich. Die französische Regierung mag die Absicht gehabt haben, die Depesche über Nord-Schleswig abzuschwächen, ihren beunruhigenden Effect hat besagtes Acten-Stück wenigstens nicht verfehlt, und ich komme auf mein altes Thema zurück, warum haben wir nicht den Gränzstrich gezogen?

Um noch einmal auf Ihre Collegen zurückzukommen, muß es Ihnen doch erinnerlich sein, daß Sie seit dem Juli vorigen Jahres die Minister des Innern und der Justiz als schädlich und unfähig bezeichneten.

Mehr als je ist jetzt das Unheil, welches durch genannte Minister gestiftet ward, zu Tage getreten, nachdem selbst das Herrenhaus einsehen mußte, daß sich nichts zur Vertheidigung

Lippes mehr sagen ließ. Kann denn noch irgend etwas mit 1867
solchen Ministern zum Heil des engeren wie des weiteren 1. 8.
Vaterlandes unternommen werden, zumal es jetzt mehr wie je darauf ankommt, daß wir Friede im Innern haben, um gegen einen Angriff von Außen so stark zu sein als möglich, und wir Ansehen und Vertrauen wieder gewinnen müssen.

Dringend lege ich Ihnen diese gewichtigen Fragen ans Herz in der Ueberzeugung, daß, wenn es Ihr Wille ist, Sie eine Lösung für dieselben finden werden, und indem ich gern bereit bin, Ihnen meine Hülfe anzubieten, wenn Sie glauben derselben zu bedürfen, bin ich

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

244.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 2/8. 67.

Mein Brief von gestern war kaum abgegangen, als ich 1867
einen Aufsatz von dritter Hand zugeschickt erhielt, der von einem 2. 8.
eingebornen Hannoveraner verfaßt ist. Die klare Darlegung der augenblicklichen Verhältnisse wie auch der Mittel, durch welche den Mißständen abgeholfen werden könnte, trägt den Stempel der Wahrheit an sich und giebt auch Zeugniß von den preußischen Gesinnungen eines neuen Unterthanen. Aus den angeführten Gründen will ich nicht säumen, Ihnen Abschrift gedachten Aufsatzes*) zukommen zu lassen, den Sie nach Belieben Sr. Majestät mittheilen könnten.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Der Verfasser ahnt nicht, daß ich den Aufsatz besitze.

*) Nicht vorhanden.

1867 18. 2. nehme nämlich an, daß auch etliche Nicht-Preußen als Commiſſare fungiren werden, und wüßte unter den Miniſtern des Norddeutſchen Bundes kaum einen zweiten zu finden, dem 25jährige Erfahrung, Achtung und großes allſeitiges Vertrauen ſo zur Seite ſtünden wie Watzdorf, über den Sie mit mir kürzlich noch mit lobenden anerkennenden Worten in Folge ſeines Verhaltens in Berlin geſprochen haben.

Ferner möchte ich Sie noch darauf aufmerkſam gemacht haben, daß es des Eindrucks wegen gewiß gut wäre, wenn bei der Eröffnung aller Pomp entfaltet werde wie 1847 bei Eröffnung des 1ten vereinigten Landtags und 1861 nach meines Vaters Thronbeſteigung bei der Eidesleiſtung, wo S. Majeſtät ſich die Reichsinſignien vortragen ließ. Endlich, ob nicht gleich am Montag ein großes Diner im weißen Saal für ſämmtliche Reichstagsabgeordnete die „Leute" gut ſtimmen würde.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

237.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 21. Februar 1867.

1867 21. 2. Ich bin Ihnen zu Dank verpflichtet für die mir überſandte Denkſchrift über die in unſerer Beſprechung vom 31. Januar cr. berührten Gegenſtände*), und habe mich über die derſelben zu Grunde gelegten Anſchauungen aufrichtig gefreut. Denn ich ſtimme ganz damit überein, daß die Bildung eines großen, auch Süddeutſchland umfaſſenden Gemeinweſens der Zielpunkt und Leitſtern unſerer Politik ſei, ſo daß dieſem Geſichtspunkt Alles, alſo auch die Behandlung der Sächſiſchen Frage untergeordnet werden muß.

*) Concept nicht vorhanden.

Ich finde auch in der Denkſchrift zu meiner Befriedigung einen großen Theil deſſen wieder, was Sie mir damals mündlich ſagten, obſchon Sie meiner Erinnerung nach in jener Unterredung die Nothwendigkeit der nationalen Einheit und den bloß proviſoriſchen Charakter des Norddeutſchen Bundes u. ſ. w. ſtärker und entſchiedener betonten, als in der Denkſchrift geſchieht. 1867 21. 2.

Da mir über den Abſchluß der militairiſchen Convention mit Sachſen nichts Zuverläſſiges bekannt geworden iſt, außer dem, was ich in ſächſiſchen Zeitungen gefunden habe, ſo vermag ich auch nicht mich über denſelben zu äußern. Ich kann nur wünſchen, daß Preußen ein gewichtiges Recht vorbehalten geblieben iſt, um ſeinen Einfluß auf die königlich ſächſiſchen Truppen zu allen Zeiten geltend zu machen, ſo daß im Großen und Ganzen der König von Preußen jenen Truppenkörper gleich den preußiſchen Armee-Corps in der Hand haben wird.

Es iſt unmöglich zu verkennen, daß die Gefahr für unſere Politik in der Mißgunſt und dem Ehrgeiz Frankreichs liegt. Dieſer Gefahr müſſen wir muthig ins Auge blicken, aber ſie iſt zu groß, als daß wir ſie provociren dürften. In dieſer Beziehung iſt mir beruhigend, daß Sie mir am 31ten Januar Ihren entſchiedenen Wunſch äußerten, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden.

Laſſen Sie mich nur noch die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihnen gelingen möge, jene Grundſätze nationaler Politik in der Behandlung unſeres Verhältniſſes zu Süddeutſchland und zu den ihrer Souverainetät müden kleinen Fürſten erfolgreich zur Anwendung zu bringen — nicht minder in der Lenkung des bevorſtehenden Reichstags, welche gewiß viel Geduld und vielleicht mitunter, um mich der Worte Ihrer Denkſchrift zu bedienen, den Verzicht auf die Befriedigung natürlicher Regungen der Empfindlichkeit von unſerer Seite in Anſpruch nehmen wird.

Im Hinblick auf den Reichstag beklage ich, daß Sie es

1867 21. 2. für nothwendig gehalten haben, sich gegen das Gesetz zum Schutz wahrheitsgetreuer Berichte über die Reichstags-Verhandlungen zu erklären. Im Uebrigen aber sehe ich mit tiefer Bewegung dem bevorstehenden Tage der Eröffnung entgegen, mit der sicheren Zuversicht, daß aus den Berathungen dieses Reichstags ein fester Ausgangs-Punkt für die Geschicke unseres großen Vaterlandes entstehen muß!

Friedrich Wilhelm KPz.

238.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 13/5. 67.

1867 13. 5. Ihnen bestens für Ihren Brief von Sonnabend*) dankend, bemerke ich, daß der König sich gestern, Sonntag, gegen eine unmittelbar bevorstehende Reise der Kronprinzessin äußerte, indem dies eine Art von empressement sein würde, die wir Napoleon nicht zu Liebe thun sollten.

Nun ist aber so lange schon die Rede von dem Besuch den wir Beide machen sollten, daß meiner Meinung nach das Zurückbleiben der Kronprinzessin gegenwärtig sehr auffällig wäre. Ferner wünschen wir mit dem 31. Mai den Aufenthalt in Paris zu beendigen, damit wir nicht mit den Russen zusammentreffen. Endlich war immer die Rede von einer nochmaligen Reise meiner Person zur Preisvertheilung im Juli, bei welcher Gelegenheit aber die Kronprinzessin nicht mitkommen kann, weil ihr ernstlich eine Seebadcur verordnet ist.

Diese Gesichtspunkte wollte ich Ihnen noch mitgetheilt haben, weil S. Majestät heute mit Ihnen Rücksprache nehmen wollte.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

---

*) Concept nicht vorhanden.

239.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg, d. 28. Mai 67.

Verehrteſter Chef,

In meinen offiziellen Berichten habe ich nicht erwähnt, 1867
mit welch regem Intereſſe die Großfürſtin Helene der letzten 28. 5.
politiſchen Phaſe gefolgt iſt und wie ſie es ſich hat angelegen ſein laſſen, ihren Einfluß in der ihr eigenen Weiſe zu unſeren Gunſten anzuwenden.

Sie machte ſich von Anfang an keine Illuſionen über die wenig freundlichen Abſichten des franzöſiſchen Cabinets und traut dem Frieden auch heut noch nicht ſonderlich. Die Idee der Reiſe des Kaiſers*) hat ſie nie gut geheißen und ließ ſie nur gelten, wenn die beiden Herren gleichzeitig reiſen würden. Sie war außer ſich, als die Reiſe des Königs compromittirt ſchien, und ich glaube, daß ſie den Kaiſer darin beſtärkt hat, ſo entſchieden auf die gleichzeitige Anweſenheit unſeres Allergnädigſten Herrn zu beſtehen, wie er es, wohl auch aus eigenem Antriebe gethan hat. Daher war ſie auch heute ſehr erfreut, als ich ihr erzählen konnte, daß ſich der König entſchloſſen hätte, am 5. in Paris zu ſein.

Ich komme nicht auf die vielen Wandlungen zurück, welche Fürſt Gortſchakow in dieſer ganzen Zeit durchgemacht hat; ich glaube, ich habe ſie in meinen Berichten getreu wiedergegeben. Jedenfalls glaube ich, daß er es jetzt zuletzt ganz aufrichtig wünſchte, daß der Kaiſer nicht ohne unſeren König in Paris erſchiene. Es war ihm wirklich bange vor einem Erkalten unſerer Beziehungen, und dieſe Eventualität befürchtete er ſehr für ſeine orientaliſche Politik, beſonders da alle andern an-

*) Nach Paris zur Weltausſtellung.

1867 28. 5. fingen, ihm den Rücken zu drehen: auch Italien, dem er tausend Coquetterien gemacht hatte.

Trepoff*) theilte mir ein Raisonnement des großen Publikums mit, welches ich auch selbst oft über die Reise gehört habe und Ihnen doch nicht vorenthalten will. Man ist allgemein gegen die Reise des Kaisers. Da der König von Preußen aber mit dem Kaiser gehen will und Graf Bismarck dies dem König gerathen haben wird, so muß es nichts Dummes sein; also mag der Kaiser reisen.

Mit aufrichtiger Verehrung

Ihr sehr ergebener

H. VII. Pz. Reuß.

240.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

St. Petersburg den 7. Juni 67.

Verehrtester Chef,

1867 7. 6. Fürst Gortschakow trägt mir auf, Ihnen seine Theilnahme an Ihrem erneuten Unwohlsein auszusprechen. Er läßt Ihnen sagen, Sie möchten sich nicht zu viel über die Kammern ärgern; er behauptet, es sei ein viel besserer Stand für einen Minister, wenn er auf die gegen ihn und seine Politik gerichteten Angriffe öffentlich antworten könnte, als wenn er, wie ihm dies fortwährend passirte, sich im Dunkeln angegriffen fühlte, ohne sich wirksam vertheidigen zu können. Was unsere Finanz-Lage anbetrifft, so meint er, es sei gewiß sehr weise, nicht vom Capital leben zu wollen, bei unseren geordneten Zuständen und bei unseren Reserven würde er sich, wenn er Preußischer Minister wäre, die Sache nicht so zu Herzen nehmen.

---

*) Polizeidirector von Petersburg.

Der Fürst gedenkt Anfangs Juli neuen Styles, auf Urlaub zu gehen und wahrscheinlich in Baden Homburger Wasser zu brauchen; dann will er einige Wochen ausruhen und zum Schluß eine Trauben-Kur vielleicht am Comer See brauchen. Anfangs October würde er dann wieder hier eintreffen. 1867 7. 6.

Man spricht hier von der Ernennung des Grafen Chotek zum östreichischen Gesandten, doch verlautet noch nichts, wen man nach Wien schicken dürfte. Schuwalow meint, Gortschakow habe den jetzt im Auslande weilenden Minister Waloujeff für einen diplomatischen Posten ausersehen, weil er dessen Einfluß hier fürchte und in ihm einen Rivalen erblicke. Schuwalow möchte Waloujeff gern an die Stelle des alten Paul Gagarin als président du conseil haben. Der Herr hat aber trotz seiner 81 Jahre einen so guten Magen, daß an seinen Abgang oder an sein Ende nicht zu denken ist.

Mit den besten Wünschen für Ihre baldige Wiederherstellung bin ich in aufrichtigster Verehrung

Ihr

sehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

241.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 7. July 1867.

Verehrter Chef,

Ew. Excellenz Auftrage gemäß habe ich unterm 3. d. M. Savigny benachrichtigt, daß seine Ernennung zum Bundesvicekanzler beabsichtigt werde, und ihm dabei die geschäftlichen und sonstigen Attributionen dieser Stelle genau nach Ihren Worten veranschaulicht, namentlich hervorgehoben, 1867 7. 7.

daß er die regelmäßigen Geschäfte des Präsidiums erhalten würde und Ew. Excellenz nur die Contra-

1867 7. 7. signatur behielten, die niemand als der Minister-Präsident in den Ressorts der betr. Preußischen Minister üben könne.

So eben bringt mir der nach Carlsbad entsandte Kanzleidiener die anliegende Antwort Savignys 8 Quartseiten lang. Ob in diesem ausführlichen Erguß ein bestimmtes Ja oder Nein auf die ihm gemachte Offerte zu finden sey, wollen Sie geneigtest selbst prüfen. Jedenfalls ist Ihr Wunsch des „sans phrase“ nur unvollkommen erfüllt worden.

Getreulichst

Ihr

gehorsamster

Thile.

242.

Unterstaatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin 17. July 1867.

Verehrter Chef,

1867 17. 7. Savigny ist gestern endlich eingetroffen und hat Ihren Brief entgegengenommen. Er war gestern Abend bei mir und sprach sich sehr verstimmt, aber gewissermaßen gehalten und feierlich aus. Den Gedanken der Vice-Kanzlerschaft weist er auf das entschiedenste von sich und wird Ihnen in diesem Sinne bald schreiben. Später gedenkt er sich zum Könige nach Ems zu begeben und noch später in Wiesbaden sich niederzulassen. Doch sind dies wohl nur vorläufige Gedanken. Die Unterredung mit ihm war mir natürlich peinlich.

Mit den besten Wünschen für Ew. Excellenz ländliche Erholung

Ihr

getreu ergebener

Thile.

243.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 1. Auguſt 1867.

So oft ich die Lage unſeres Staates für ernſt gehalten 1867
habe, bin ich zu Ihnen gekommen, um Ihnen meine Anſichten 1. 8.
auseinanderzuſetzen und die Ihrigen zu hören. Die gegenwärtigen Verhältniſſe halte ich für recht geſpannt und richte deshalb dieſe Zeilen an Sie mit der Bitte, mir eine Erwiederung zukommen zu laſſen.

Nach allem was ich leſe und höre, wird es mir immer klarer, daß wir das Vertrauen der nationalen Partei verlieren, daß dies namentlich in den einverleibten Ländern der Fall iſt und daß Süddeutſchland weniger wie je Sympathien für uns hegen kann. Wir verlieren unſer Anſehen, zu dem uns die Siege von 1866 verholfen hatten, und leiſten den Intriguen die uns umgeben und ebenſo in Frankreich wie in Oeſterreich und auch in Dänemark geſponnen werden, willkommenen Vorſchub.

Im Innern des Landes wächſt die Unzufriedenheit über die Maßregeln Ihrer Collegen Eulenburg und Lippe, wozu namentlich die Verfolgung von Leuten wie Tweſten und Lasker beiträgt. Was jenen Beiden während der Reichstags-Sitzungen zu verdanken iſt, wiſſen Sie ebenſo genau wie ich, und kann ich nicht verſtehen, was es uns nützen ſoll, derartige Perſonen zu maßregeln und zu verletzen.

In Hannover kommt zu der ohnehin erbitterten Stimmung neue Gereiztheit über Juſtiz-Maßregeln, wie auch darüber, daß die Königin vor ihrer Abreiſe perſönlich gekränkt worden ſein ſoll.

In Heſſen iſt die Behandlung der Frage des Staats-Schatzes, der Erſatz älterer Beamten durch junge Landräthe Gegenſtand vielfacher lauter Klagen.

1867 1. 8. In Frankfurt beklagt man ſich über fortgeſetzten Mangel an Rückſicht und über finanzielle Bedrückung der Stadt.

Wie viel an dieſen Vorwürfen Wahres, wieviel Uebertreibung ſein mag, bin ich nicht im Stande gründlich zu erörtern. Läugnen läßt ſich aber nicht, daß in den Kreiſen, die uns zugethan waren, und bei denen wir Stützen gefunden hatten, ein entfremdender Umſchwung eingetreten iſt, ja man hört vielfach ſagen, daß es unerklärlich ſei, warum nicht die neuen Landestheile ſofort incorporirt wurden, ſtatt eine einjährige königliche Dictatur über ſie zu verhängen, die jetzt in Willkür ausartet und einſchneidende Maßregeln aller Art vollzieht, welche den ſchlechteſten Eindruck machen.

Wie unzufrieden die Stimmung in Schleswig-Holſtein bleibt, iſt Ihnen ebenſo bekannt wie auch der ſich ſo häufig wiederholende Vorwurf, „daß es Preußen an organiſatoriſchem Talente mangele". Endlich hört man vielfach ſagen, daß die Anerkennung berechtigter Eigenthümlichkeiten, die man mit ſchonender Hand kundgeben wollte, zur leeren Phraſe geworden ſei, da nach kaum einem Jahre die Behandlung durchaus fehlerhaft betrieben werde, ſo daß Preußen ſich völlig discreditire.

Was den Gang der Politik nach Außen betrifft, ſo ſind Sie beſſer unterrichtet als ich. Die franzöſiſche Regierung mag die Abſicht gehabt haben, die Depeſche über Nord-Schleswig abzuſchwächen, ihren beunruhigenden Effect hat beſagtes Acten-Stück wenigſtens nicht verfehlt, und ich komme auf mein altes Thema zurück, warum haben *wir* nicht den Gränzſtrich gezogen?

Um noch einmal auf Ihre Collegen zurückzukommen, muß es Ihnen doch erinnerlich ſein, daß Sie ſeit dem Juli vorigen Jahres die Miniſter des Innern und der Juſtiz als ſchädlich und unfähig bezeichneten.

Mehr als je iſt jetzt das Unheil, welches durch genannte Miniſter geſtiftet ward, zu Tage getreten, nachdem ſelbſt das Herrenhaus einſehen mußte, daß ſich nichts zur Vertheidigung

Lippes mehr ſagen ließ. Kann denn noch irgend etwas mit ſolchen Miniſtern zum Heil des engeren wie des weiteren Vaterlandes unternommen werden, zumal es jetzt mehr wie je darauf ankommt, daß wir Friede im Innern haben, um gegen einen Angriff von Außen ſo ſtark zu ſein als möglich, und wir Anſehen und Vertrauen wieder gewinnen müſſen. 1867 1. 8.

Dringend lege ich Ihnen dieſe gewichtigen Fragen ans Herz in der Ueberzeugung, daß, wenn es Ihr Wille iſt, Sie eine Löſung für dieſelben finden werden, und indem ich gern bereit bin, Ihnen meine Hülfe anzubieten, wenn Sie glauben derſelben zu bedürfen, bin ich

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

244.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 2/8. 67.

Mein Brief von geſtern war kaum abgegangen, als ich einen Aufſatz von dritter Hand zugeſchickt erhielt, der von einem eingebornen Hannoveraner verfaßt iſt. Die klare Darlegung der augenblicklichen Verhältniſſe wie auch der Mittel, durch welche den Mißſtänden abgeholfen werden könnte, trägt den Stempel der Wahrheit an ſich und giebt auch Zeugniß von den preußiſchen Geſinnungen eines neuen Unterthanen. Aus den angeführten Gründen will ich nicht ſäumen, Ihnen Abſchrift gedachten Aufſatzes*) zukommen zu laſſen, den Sie nach Belieben Sr. Majeſtät mittheilen könnten. 1867 2. 8.

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. Der Verfaſſer ahnt nicht, daß ich den Aufſatz beſitze.

*) Nicht vorhanden.

245.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Misdroy 7/8. 67.

1867 7. 8. Seit Absendung meiner letzten 2 Briefe habe ich abermals mehrere Mittheilungen erhalten, die ich Ihnen nicht vorenthalten kann.

Zunächst muß ich Ihnen meine Freude aussprechen über den günstigen Verlauf, den, wie es mir scheinen will, die Verhandlungen mit den hannöverschen Vertrauensmännern genommen haben. Man hatte wenig Erfolg beim Eintreffen in Berlin erwartet und ist dagegen voll Vertrauen auf die Einsicht und den guten Willen der Regierung von dort geschieden.

Der gute Verlauf, welchen die Verhandlungen nun genommen haben, sollte von selbst dazu führen, in ähnlicher Weise mit den Bewohnern der übrigen neu erworbenen Landestheile eine Verständigung anzubahnen. Je mehr die Stimmung derselben durch die letzten Maßregeln der Regierung, vornehmlich auf dem Gebiet der Justiz und der Finanzen erregt und verbittert ist, um desto mehr sollte man eilen, entgegenkommende Schritte zu thun.

So geschickt die Regierung in der Auswahl der hannöverschen Vertrauensmänner verfahren ist, so würde sich in der Provinz Hessen dennoch ein anderer Modus empfehlen. Das hessische Volk hängt mit der ihm eigenen Zähigkeit und Treue an der Verfassung des Jahres 1831, und es würde klug und geschickt sein, bei den einzuleitenden Verhandlungen an diese Verfassung und ihre Bestimmungen anzuknüpfen.

In Hessen besteht bekanntlich ein sogenannter ständiger Ausschuß des Landtags aus fünf Personen bestehend, die somit recht eigentlich eine Vertrauensstellung im hervorragendsten Sinne des Worts einnehmen. Wenn die Regierung diesen

Ausſchuß beauftragte, ſich aus Mitgliedern der Ständeverſamm- 1867
lung bis auf eine beliebig feſtzuſetzende Höhe zu ergänzen, ſo 7. 8.
würde ſie damit nicht allein einen Beweis ihrer Achtung vor den verfaſſungsmäßigen Zuſtänden des Landes geben, ſondern gleichzeitig ſehr klug handeln, da in der Sache ſelbſt nur dasſelbe Reſultat erreicht würde, welches jeder andere Modus für die Auswahl der Vertrauensmänner ebenfalls herbeiführen würde — d. h. es würden diejenigen Perſonen gewählt werden, welche auch die Regierung bei ganz einſeitigem und unabhängigem Vorgehen berufen müßte, um mit einiger Ausſicht auf Erfolg Verhandlungen eröffnen zu können.

Abgeſehen von den beklagenswerthen Verordnungen des Grafen Lippe, die einmal gegeben und nicht ohne Weiteres zurückzunehmen ſind, würden die heſſiſchen Vertrauensmänner zwei desideria vornehmlich betonen:

1. die Sicherſtellung des Staatsſchatzes und des Laudemialfonds.
2. die Bildung einer Provinzialvertretung.

Wenn finanzielle Gründe für die Einziehung des Staatsſchatzes und des Laudemialfonds ſprechen, ſo ſollten höhere politiſche Rückſichten doch eine andere Entſcheidung treffen laſſen. Zudem wäre es, was den letzteren Fonds betrifft, geradezu eine ſchreiende Ungerechtigkeit, ihn der Provinz zu entziehen.

Der Laudemialfonds aus Ablöſungs-Summen 2c. gebildet, hat nur durch den Eigenſinn des Kurfürſten nicht diejenige Verwendung gefunden, welche er finden mußte und auch in den alten Landestheilen zum Beſten communaler Zwecke gefunden hat. Ihn einzuziehen, hieße die Einwohner der Provinz *da noch ſtrafen*, wo ſie eigentlich Entſchädigung verdienten. Zudem dürfte man, wenn der Wunſch nach einer Provinzialvertretung erfüllt wird, wie kaum zu bezweifeln, dieſer nicht von Hauſe aus die Mittel zu einer erſprießlichen Wirkſamkeit entziehen.

Was die Bildung dieſer Provinzial-Vertretung betrifft, ſo

1867 7. 8. erſcheint es am angemeſſenſten für Heſſen ſowohl wie auch für Naſſau zwei Kommunallandtage und für die ganze Provinz einen gemeinſchaftlichen Provinziallandtag einzuſetzen. Es erſcheint dies mit Rückſicht auf die beſonderen und eigenthümlichen Verhältniſſe dieſer Landestheile um ſo unbedenklicher, als auch in einzelnen alten Provinzen noch heute ein ähnliches Verhältniß beſteht.

Ob es wünſchenswerth iſt, die heſſiſchen Vertrauensmänner durch Berufungen aus Naſſau zu verſtärken, muß dahin geſtellt bleiben. Es ſcheint faſt, als ob ein zwingender Grund dazu nicht vorhanden wäre, da die Befürchtungen der Naſſauer in Betreff einer ungünſtigen Ordnung der Domanial-Frage — und ſie iſt es hauptſächlich, welche Unruhe erregt — hoffentlich nicht gegründet ſind. Andererſeits aber wäre wohl zu wünſchen, daß die Regierung durch Auswahl geeigneter Perſönlichkeiten aus Naſſau wie aus Frankfurt einen Beweis wohlwollenden Entgegenkommens gäbe, der ſicherlich zur Beruhigung der mit Recht erregten Gemüther beitragen müßte.

Was die Verhältniſſe in Schleswig-Holſtein betrifft, ſo ſind dieſelben ſo eigenthümlicher Art, daß ſich ſchwer ſagen läßt, in welcher Weiſe und mit welchen Mitteln hier am Beſten in dieſer Frage vorzugehen wäre. Von der Regierung gewählte Vertrauensmänner dürften leicht nur das Vertrauen der Regierung, nicht das des Volkes beſitzen, während umgekehrt die vom Volke Gewählten wahrſcheinlich des Vertrauens der Regierung entbehrten. Am angemeſſenſten dürfte es ſein, über die Verhältniſſe, Wünſche und Bedürfniſſe der Herzogthümer ſich vorläufig mit einem der Abgeordneten derſelben zu benehmen, der durch ſeine Kenntniß des Landes, wie durch ruhige Anſchauung und die ertheilte Zuſtimmung zu der neuen Ordnung der Dinge eine Garantie dafür bietet, daß Parteileidenſchaften ſeinen Rath nicht beeinfluſſen. Als eine ſolche Perſönlichkeit darf der Geh. Rath Francke bezeichnet werden.

Wenn ich noch vor Abgang der Post es erlange, werde 1867
ich eine Abschrift eines Briefes einlegen, der sich über die 7. 8.
Lippeschen Maßregeln und einiges Andere ausläßt.

Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

P.S. mir wird sogar gesagt, daß wenn im angedeuteten Sinn in Hessen 2c. verfahren würde, binnen 14 Tagen die Stimmung sich wieder zu der alten vertrauenden umändern werde. Unter den obwaltenden Umständen könne man Sr. Majestät noch nicht rathen, Hessen zu besuchen.

246.

Kronprinz Albert von Sachsen an Bismarck.

Dresden, den 15. Dec. 1867.

Verehrter Herr Graf,

Ich kann es mir nicht versagen, Ihnen meinen wärmsten 1867
Dank für die Art auszusprechen, mit der Sie sich meiner an- 15. 12.
läßlich des unglücklichen Militärkalenders*) angenommen. Ich

*) „Sachsens Militärvereinskalender" hatte sich in Klagen darüber ergangen, daß ein Theil der sächsischen Infanterie auf Anordnung der jetzigen Machthaber das Symbol des Preußenthums, die Pickelhaube, hätte auf den Kopf stülpen müssen, daß ferner die noch geschmacklosere beknopfte Artilleriepickelhaube die Köpfe der braven sächsischen Kanoniere verunziere, daß bei der Generalität der schöne Treffenhut in Wegfall gekommen sei, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der erzwungene Eintritt in das Bundesverhältniß nur Sachsens nächste Zukunft binden könne. Der Abg. Wölfel brachte dieses Elaborat eines sächsischen

1867 15. 12. brauche es wohl nicht erſt zu verſichern, daß mir dieſe Sache ganz fremd, ja daß ich die Exiſtenz dieſes Machwerks kaum ahnte. Doch habe ich dem Redacteur meine Unzufriedenheit zu erkennen gegeben. Es iſt übrigens nichts dahinter zu ſuchen, als Reminiscenzen einer vergangenen Periode. Sie wiſſen, daß dergleichen in den untern Schichten des Volks noch zu haften pflegen, wenn die oberen längſt eines Beſſeren belehrt ſind. Erſtere auf unſern Standpunkt zu bringen, iſt jetzt unſere eifrigſte Sorge. Die Militärvereine ſelbſt ſind ſtreng loyale Körperſchaften, die viel zur Erhaltung conſervativer Geſinnung beitragen (ohne politiſche Zwecke zu verfolgen), daher aber auch gewiſſen Zeitungsſchreibern ein Dorn im Auge ſind. Ein ſolcher (der Redacteur der conſtit. Zeitung hier) war es auch, der dieſe Sache an die große Glocke hing, theils um mir als Mitglied unſeres Hauſes zu ſchaden, nächſtdem in der Hoffnung, das ſo glücklich erreichte Einvernehmen zwiſchen uns und Preußen zu ſtören. Dieſe Abſicht iſt aber an der bewährten und loyalen Haltung Ew. Excellenz gegen uns geſcheitert.

Indem ich daher um die Fortdauer dieſer Geſinnung gegen mein Vaterland und Ihres Wohlwollens gegen mich bitte, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, Kronprinz v. Sachſen.

Particulariſten im Reichstag am 9. December 1867 zur Sprache, doch Bismarck erklärte, daß Se. Königliche Hoheit ſehr gut Protector der Kriegervereine würde ſein können, ohne mit dieſem Kalender den mindeſten Zuſammenhang zu haben. Er ſei davon um ſo ſicherer überzeugt, als es ganz undenkbar ſei, daß Angeſichts der nationalen, patriotiſchen und vertragstreuen Haltung der Königlich Sächſiſchen Regierung irgend eine amtliche Stelle im ſächſiſchen Lande ſolche Ausdrücke, wie ſie dieſer Kalender über das Bundesverhältniß enthalte, ſanctioniren ſollte, Politiſche Reden III, 330 f.

247.

Bismarck an Kronprinz Albert von Sachsen.

Berlin 19 December 1867.

Durchlauchtigster Kronprinz,
Gnädigster Herr.

Eure Königliche Hoheit haben mir durch das gnädige 1867
Handschreiben vom 15 eine hohe Freude bereitet und wollen 19. 12.
Höchstdieselben mir gestatten, meinem unterthänigsten Danke durch diese Zeilen Ausdruck zu geben. Die gnädige Anerkennung, welche Eure Königliche Hoheit meinen Bemühungen zur Abwehr unberechtigter Insinuationen zollen, dient mir zur Ermuthigung in dem Bestreben, durch Kräftigung des gegenseitigen Vertrauens die Schwierigkeiten der neuen Situation zu überwinden. Ich sehe es als die nächste Aufgabe der Bundespolitik an, dahin zu streben, daß alle Bundesgenossen Preußens, namentlich aber der hervorragendste unter denselben, das Königreich Sachsen, es nicht bloß als eine Vertragspflicht, sondern als ein werthvolles Recht ansehen, dem Bunde anzugehören, ein Recht, welches von allen Betheiligten hoch genug angeschlagen wird, um im eignen Interesse für seine Erhaltung und Ausbildung einzutreten. Diese Bedeutung kann der Bund für seine hohen Genossen nur dann haben, wenn den Souveränen die Ueberzeugung bleibt, daß sie durch die Centralisirung eines Theiles ihrer Rechte in der Hand Eines unter ihnen eine nach menschlichen Begriffen sichere Bürgschaft für die Gesammtheit ihrer sonstigen Rechte erworben haben, und daß letztere gegen den Druck innerer Bewegung ebenso gewiß geschützt ist wie gegen äußere Gefahren. In diesem Sinne der Gegenseitigkeit und Solidarität unter den hohen Genossen des Bundes sehe ich es für eine Pflicht des Bundeskanzlers an, das Ansehn und die Rechte der Fürstlichen Häuser innerhalb des

1867 19. 12. Bundes mit ebenso gewissenhaftem Eifer zu wahren wie das des eignen Landesherrn. Dem Durchlauchtigen Hause Eurer Königlichen Hoheit gegenüber macht meine persönliche Verehrung mir diese Aufgabe zu einer Pflicht, die ich jederzeit mit freudiger Bereitwilligkeit erfüllen werde.

Indem ich Eurer Königlichen Hoheit den wiederholten Ausdruck meines unterthänigsten Dankes zu Füßen lege, verharre ich in tiefster Ehrerbietung

v. Bismarck.

248.

Bismarck an v. der Marwitz.

Berlin 24 Januar 1868.

Lieber Marwitz

1868 24. 1. Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile der Geschäfte, daß ich mich mit dem Dieſt'schen Antrage*) weder einverstanden erklärt habe, noch einverstanden erklären kann.

Es zeigt mir, daß die Organisation einer Regirung unbekannter ist, als man glauben sollte, wenn so viele Freunde einer Regirung anzunehmen im Stande sind, daß eine Gesetzesvorlage, welche ursprünglich auf einer Zusage an den Provinziallandtag beruht, welche demnächst im Staatsministerium und im Cabinett mit sorgfältiger Erwägung aller Gegengründe festgestellt, von Sr. Majestät genehmigt und vollzogen, von dem Gesammt-Ministerium mit Aufwendung aller Kräfte und Argumente in der Commission vertheidigt worden ist, von einem der Minister gewissermaßen unter 4 Augen und heimlich zurückgezogen werden könnte. Die Leichtigkeit, mit der man mißverstanden wird, scheint mir so groß, daß ich auch diesen Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieselben

*) Auf Zurückziehung des Gesetzentwurfs, betr. die Bildung eines hannöverschen Provinzialfonds.

keine Bedeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen Vorgänge, welche mich auch heut an der Vorlage festhalten ließen, sondern daß ich noch heut wie vor 4 Monaten das Princip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe, wenn es nicht schon geschehen wäre, noch heut aus eigner Ueberzeugung aufstellen und seine Verwerfung namentlich durch die konservative Partei und aus ihrem Standpunkte für einen politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der Entwickelung sowohl der hannöverschen wie der provinziellen Verhältnisse im Allgemeinen strafen würde. 1868 24. 1.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden Dir gut scheinenden Gebrauch machst.

v. Bismarck.

249.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Hochverehrter Herr Graf!

Aus den Berichten meines Cabinets-Rathes Friedländer ersehe ich zu meiner großen Freude, mit welcher Wärme Euer Excellenz Sich Rumäniens und meiner Interessen annehmen. Es liegt mir am Herzen, nicht zu zögern Ihnen dafür meinen herzlichsten Dank auszudrücken und Euer Excellenz zu bitten überzeugt zu sein, in welchem hohen Maße ich dieses zu würdigen weiß. — Aber auch Preußen wird stets in mir einen eifrigen Vertreter seiner Interessen im Oriente finden. — Graf Keyserlingk*), der sich mir mit größter Bereitwilligkeit stets zur Verfügung stellt, halte ich au courant aller Ereignisse, so daß er im Stande sein wird, Euer Excellenz immer vollständige Berichte zu liefern. — 1868 27. 1.

Ueber die unbefugte Indiscretion Demetre Bratiano's in Wien**) bin ich entrüstet, ich habe ihm bestimmte Ordres zugehen

*) Graf Heinrich K.

**) Bruder des rumänischen Ministers Joan Bratiano.

1868 27. 1. laſſen, ſtreng in den Grenzen ſeiner Miſſion zu verbleiben, die in der Behandlung der Conſular-Jurisdictions-Frage, Poſt und Patent-Angelegenheit beſteht. — Die Kammer, welche ſich nun conſtituirt hat, wird ihre Arbeiten beginnen und erwarte ich von derſelben unter der gewandten Leitung Bratiano's ein günſtiges Reſultat. —

Indem ich mich nun Euer Excellenz angelegentlichſt empfehle, verbleibe ich, Hochverehrter Herr Graf,

Ihr

Bucareſt, ergebener

15/27ten Jan. 1868. Carl*).

250.

v. der Marwitz an Bismarck.

Berlin den 3. Februar 1868.

Verehrter Freund!

1868 3. 2. Wahrſcheinlich ſind meine Andeutungen äußerſt überflüſſig; indeſſen, ich muß ſie los werden — geſtern Abend war es damit nichts.

Sollte es nicht bei der morgenden Debatte für Dich möglich ſein, darauf hinzuweiſen, daß die Gleichſtellung der alten Provinzen mit Hannover in Bezug auf den heilloſen Fond in Ausſicht genommen ſei? Dies würde noch manches kitzliche Gewiſſen, das durch die Aeußerung des Gold-Onkels**) Commiſſarius in der Commiſſion: für die alten Provinzen könne keine Zuſicherung gemacht werden, tangirt iſt, für die Stimmabgabe beruhigen.

Dein

treu ergebener

v. d. Marwitz.

*) Bismarcks Antwort vom 27. Februar ſ. Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien I, 248 f.

**) v. d. Heydt.

251.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Freitag 6/3 68.

Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde es mir lieb sein, Sie 1868
am Sonnabend zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags zu sprechen. 6. 3.

Da Sie mir neulich sagten, daß Morgen- und Abendstunden Ihnen jetzt frei zur Verfügung stünden, schlage ich Ihnen jene Zeit vor, bitte Sie aber mir aufrichtig zu sagen, ob Sie morgen etwa verhindert sind, weil ich dann in der nächsten Woche unsere Besprechung noch ansetzen möchte.

Ich komme zu Ihnen ins Haus.

Friedrich Wilhelm KPz.

252.

Professor Gelzer an Bismarck.

Ew. Excellenz

haben bei sehr verschiedenen Veranlassungen, seit mehr als elf 1868
Jahren, bei jeder persönlichen Begegnung, mir Wohlwollen 27. 5.
und — wenn ich meinen Eindrücken glauben darf — auch Vertrauen bewiesen. Dennoch hielt ich es für unpassend, so lange das Zollparlament noch versammelt war, durch eine förmliche Anmeldung mir den Anschein zu geben, als wollte ich auf die ohnehin seltenen freien Augenblicke Eurer Excellenz Anspruch machen; dies dürfte ich um so weniger, als ich durch keine bestimmten geschäftlichen Aufträge und Vollmachten hieher geführt wurde.

Was mich in erster Linie nach Berlin rief, ist dieselbe Lebensaufgabe, die seit meiner Berufung nach Preußen vor einem Vierteljahrhundert meine Seele erfüllt: das Studium

1868 27. 5. der politiſchen und der religiöſen Kriſe unſers Jahrhunderts, ein Studium, nicht allein aus Büchern und Handſchriften, ſondern aus der Mitte des bewegten Lebens, in unmittelbarer Berührung mit den handelnden Perſonen und den Ereigniſſen — getragen von dem unerſchütterlichen Glauben an den deutſchen Beruf Preußens und an den europäiſchen Beruf Deutſchlands. — Mir ſelber und denen, die auf mein Wort hören, Rechenſchaft zu geben von dieſem Glauben (privatim und öffentlich) in Wort und That: das iſt der leitende Gedanke meines Lebens und meiner Arbeiten. —

Eben darum wollte ich es nicht verſäumen, in dieſem Sinn Ew. Excellenz von meiner Anweſenheit in Kenntniß zu ſetzen, mit voller Bereitwilligkeit, über Alles was Ew. Excellenz von mir zu wiſſen wünſchen, wie früher, unumwunden Rede zu ſtehen. Mit Hochachtung und Ehrerbietung

Ew. Excellenz

Berlin, 27. Mai 1868. dienſtwillig ergebener

Am Jahrestag der Unterzeichnung des deutſchen Zollvereins in Berlin 1829! H. Gelzer.

Adreſſe: Profeſſor Dr. Gelzer Thiergarten-Hôtel, Potsdamer Platz.

253.

Präſident Simſon an Bismarck.

Hochgeborner Graf

Hochverehrter Herr Bundeskanzler und Miniſter-Präſident,

1869 31. 1. Des Königs Majeſtät haben, wie durch ein Telegramm des Herrn Juſtiz-Miniſters*) zu meiner Kenntniß gebracht wird,

*) Gerhard Adolf Wilhelm Leonhardt.

allergnädigst geruht, mich zum ersten Präsidenten des hiesigen Appellationsgerichts zu ernennen. 1869 31. 1.

Ich weiß sehr wohl, wem und wem allein ich diese Beförderung zu danken habe, die meiner amtlichen Laufbahn einen mich auf das Tiefste befriedigenden Abschluß gewährt. Ew. Excellenz haben, um Sich meiner zu diesem Behuf annehmen zu können, Manches wohlwollend in Betracht ziehn und Anderes großherzig vergessen mögen.

Um so unvertilgbarer wird in mir das Gefühl der tiefen Dankespflicht sein, die Ew. Excellenz mir auferlegt haben und die ich Ihnen gegenüber gern trage. Möchte ich zu — wie auch bescheidener — Mitwirkung bei den großen Plänen berufen bleiben, die Ihre Seele erfüllen und von denen wir einen ansehnlichen Theil in Bewunderung und Staunen sich bereits verwirklichen gesehen haben.

Mit den lebendigsten Wünschen für Ew. Excellenz und mit der Bitte, daß es Ihnen gefallen möge, mir Ihr Wohlwollen zu bewahren, verharre ich in tiefer Verehrung, Herr Graf,

Ew. Excellenz

Frankfurt a/O. 31. Januar 1869.

gehorsamster Diener
Präsident Simson.

254.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

25/2 69.

Wie ich vernehme, ist ernstlich davon die Rede Münchhausen, den Ober Präsidenten von Pommern, in gleicher Eigenschaft nach Ostpreußen zu versetzen. 1869 25. 2.

Bei den besonderen Beziehungen, die ich zur Provinz Pommern habe, werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich den Wunsch ausspreche, jene Versetzung nicht eintreten zu lassen.

1869 Münchhausen hat es in den zwei Jahren seiner Amts-
25. 2. führung verstanden, durch Verträglichkeit und Takt manche Schroffheit zu beseitigen und Verträglichkeit innerhalb der Parteiungen herbeizuführen.

Nach zweijähriger tüchtiger Einarbeitung in die Geschäfte und Orientirung innerhalb der Provinz wäre es dringend wünschenswerth, daß Münchhausen nun auch Gelegenheit hätte, während einer längeren Reihe von Jahren seine Kräfte dem Landestheile gänzlich zu widmen, den er so eben genau studirt hat, und in dem er sich warm fühlt.

Seiner Majestät habe ich umstehende Gründe vorgetragen und zustimmende Anerkennung gefunden, worauf ich ermächtigt ward, Sie von meinen Wünschen in Kenntniß zu setzen.

Schließlich erwähne ich noch, daß voraussichtlich mein Armee Korps in diesem Herbst Königs revue haben soll, folglich die Anwesenheit eines orientirten Ober Präsidenten dringend erforderlich ist.

Ihrer ernstlichen Berücksichtigung empfehle ich hiermit also die Belassung Münchhausens in Pommern.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm KPz.

Statthalter und Kommand. General von Pommern.

255.

Hofmarschall Graf A. Eulenburg an Bismarck.

H.Q. Schöneberg 10. Sept. 1869.

Abends ¾9 U.

1869 Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bedauert unendlich
10. 9. Euer Excellenz heute verfehlt zu haben, und wünscht Sie jedenfalls während des Manövers morgen zu sprechen.

Mit der Tour über Wien ist Höchstderselbe ganz ein- 1869
verstanden, hat aber gegen Rom ernste Bedenken. 10. 9.

In größter Verehrung

Euer Excellenz

ganz gehorsamster

A. Eulenburg.

256.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Königsberg i/P. 15/9 69.

Die Reise-Einleitungen sind jetzt im besten Gange, nach- 1869
dem ich mit Zustimmung Sr. Majestät den Admiral Jachmann 15. 9.
hierherberufen habe, um mündlich schleunigst Alles zu besprechen und anzuordnen. Ferner habe ich an Balan telegraphirt, man möchte mich zu Mitte October in Constantinopel anmelden. Wien und Cairo sind noch nicht benachrichtigt, und möchte ich Sie fragen, ob es nicht rathsam wäre, zunächst sich ganz vertraulich in der Kaiserstadt zu erkundigen, ob man mich auch haben will, eventualiter aber, wo der Hof zu Anfang October weilen wird.

Vorläufig habe ich meine Abreise auf den 5. October angesetzt, um nicht eine gar zu knappe Zeit für die Türkei und Palästina zu haben, ehe ich zu der auf den 17. November anberaumten Canal Eröffnung in Aegypten eintreffe.

Sie deuteten mir in Pansin einige bevorstehende Diplomaten Versetzungen an, ohne einen bestimmten Candidaten für Constantinopel zu nennen. Da nun doch wohl während meines Aufenthalts daselbst wenigstens ein des Orients kundiger Geschäftsträger sich anwesend befinden müßte, so möchte ich Graf Keyserlingk aus Bucharest in Vorschlag bringen. Derselbe war bereits länger im Orient thätig und wurde damals sehr

1869 25. 2. Münchhausen hat es in den zwei Jahren seiner Amtsführung verstanden, durch Versöhnlichkeit und Takt manche Schroffheit zu beseitigen und Versöhnlichkeit innerhalb der Parteiungen herbeizuführen.

Nach zweijähriger tüchtiger Einarbeitung in die Geschäfte und Orientirung innerhalb der Provinz wäre es dringend wünschenswerth, daß Münchhausen nun auch Gelegenheit hätte, während einer längeren Reihe von Jahren seine Kräfte dem Landestheile gänzlich zu widmen, den er so eben genau studirt hat, und in dem er sich warm fühlt.

Seiner Majestät habe ich umstehende Gründe vorgetragen und zustimmende Anerkennung gefunden, worauf ich ermächtigt ward, Sie von meinen Wünschen in Kenntniß zu setzen.

Schließlich erwähne ich noch, daß voraussichtlich mein Armee Korps in diesem Herbst Königs revue haben soll, folglich die Anwesenheit eines orientirten Ober Präsidenten dringend erforderlich ist.

Ihrer ernstlichen Berücksichtigung empfehle ich hiermit also die Belassung Münchhausens in Pommern.

Ihr

ergebenster

Friedrich Wilhelm KPz.

Statthalter und Kommand. General von Pommern.

255.

Hofmarschall Graf A. Eulenburg an Bismarck.

H.Q. Schöneberg 10. Sept. 1869.

Abends ¾9 U.

1869 10. 9. Seine Königl. Hoheit der Kronprinz bedauert unendlich Euer Excellenz heute verfehlt zu haben, und wünscht Sie jedenfalls während des Manövers morgen zu sprechen.

Mit der Tour über Wien ist Höchstderselbe ganz ein- 1869
verstanden, hat aber gegen Rom ernste Bedenken. 10. 9.

In größter Verehrung

Euer Excellenz

ganz gehorsamster

A. Eulenburg.

256.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Königsberg i/P. 15/9 69.

Die Reise-Einleitungen sind jetzt im besten Gange, nach- 1869
dem ich mit Zustimmung Sr. Majestät den Admiral Jachmann 15. 9.
hierherberufen habe, um mündlich schleunigst Alles zu besprechen und anzuordnen. Ferner habe ich an Balan telegraphirt, man möchte mich zu Mitte October in Constantinopel anmelden. Wien und Cairo sind noch nicht benachrichtigt, und möchte ich Sie fragen, ob es nicht rathsam wäre, zunächst sich ganz vertraulich in der Kaiserstadt zu erkundigen, ob man mich auch haben will, eventualiter aber, wo der Hof zu Anfang October weilen wird.

Vorläufig habe ich meine Abreise auf den 5. October angesetzt, um nicht eine gar zu knappe Zeit für die Türkei und Palästina zu haben, ehe ich zu der auf den 17. November anberaumten Canal Eröffnung in Aegypten eintreffe.

Sie deuteten mir in Pansin einige bevorstehende Diplomaten Versetzungen an, ohne einen bestimmten Candidaten für Constantinopel zu nennen. Da nun doch wohl während meines Aufenthalts daselbst wenigstens ein des Orients kundiger Geschäftsträger sich anwesend befinden müßte, so möchte ich Graf Keyserlingk aus Bucharest in Vorschlag bringen. Derselbe war bereits länger im Orient thätig und wurde damals sehr

1869 15. 9. gelobt. Vielleicht könnte die Abweſenheit des Fürſten aus Rumänien der Sendung Keyſerlingk's noch Erleichterung gewähren?

Schließlich möchte ich von hier aus Ihnen ein Wort zu Gunſten des Ober Präſidenten von Horn ſagen. In den ſtändiſchen Kreiſen wird in heftigſter und lauteſter Weiſe über ihn geklagt und Alles Mögliche ihm nachgeſagt. Ich aber habe mich perſönlich überzeugen können, daß die Animoſität gegen ihn wirklich ungerecht iſt und daß er für die Provinz Vieles und Tüchtiges leiſtet. Gelänge es ſeinen Gegnern ihn zu ſtürzen, ſo würde ein ſehr brauchbarer Beamter verloren gehen, der, ohne ihm manche Formfehler abſprechen zu wollen, für dieſe Provinz doch entſchieden ein Seegen werden wird. Laſſen Sie mich denſelben hiermit Ihnen warm empfohlen haben!

Ich bin Ihr

ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

257.

Oberhofmarſchall Graf Pückler an Bismarck.

Euer Excellenz

1869 28. 9. beeile ich mich in Verfolg der ſehr gütigen Zuſchrift ganz ergebenſt zu erwiedern, wie die ſehr dringenden Bitten der Herren Miniſter Seine Majeſtät den König bewogen haben, den Landtag in Perſon zu eröffnen und dazu am 6. wieder in Berlin zu ſein. Aus welchen Gründen die Herrn Miniſter den Plan geändert, da ſelbſt Miniſter von der Heydt Sr. Majeſtät gerathen hatte, zu der bevorſtehenden Eröffnung nicht nach Berlin zu kommen, kann ich nicht recht erfahren, da jeder der Herrn einen anderen Beweggrund angiebt.

Jedenfalls wollen Seine Majestät nach der Eröffnung wieder auf einige Wochen nach Baden zurückgehen. 1869 28. 9.

Daß Eure Excellenz auch die Königin bezaubert, freut mich sehr, und würden einige nichtssagende Aufmerksamkeiten hinreichen, dies gute Vernehmen zu erhalten.

Graf Beust hat Ihrer Majestät der Königin gar nicht gefallen.

Der König hat heute bestimmt, daß außer General v. Stosch noch der Flügeladjutant Graf Lehndorff den Kronprinzen auf der bevorstehenden Reise*) begleiten soll. Der Kronprinz gedenkt am 3. abzureisen, um in Baden von der Königin Abschied zu nehmen.

Mit den besten Wünschen für Dero Wohlergehen unterzeichne ich mich

Euer Excellenz

ganz ergebenster Diener

Pückler.

Berlin,
am 28ten Septembre
1869.

258.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Weinburg, 22ten Oct. 1869.

Euer Excellenz

suche ich in der ländlichen Ruhe mit meinen besten Grüßen auf, um Ihnen vor Allem meine Verbindung mit der Prinzessin Elisabeth zu Wied anzuzeigen. Bei dem so regen Interesse, das Euer Excellenz an meinem Schicksale und dem meines Landes nehmen, bin ich im Voraus von Ihren guten Wünschen 1869 22. 10.

*) Nach Egypten.

1869 22. 10. für dieſe Verbindung überzeugt, die um ſo bedeutungsvoller für mein Leben iſt, als ich ſie frei von allen politiſchen Combinationen, nur der Eingebung des Herzens folgend, eingegangen bin. — Auf meiner Reiſe habe ich die Ernennung des Grafen Keyſerlingk zum Geſandten in Conſtantinopel vernommen. — Wie ich einer Seits bedauere, dadurch einen treuen Rathgeber zu verlieren, freut es mich doch, die Beförderung des Grafen als eine Anerkennung ſeiner Thätigkeit in Bucareſt betrachten zu können, und hoffe ich, daß er auch in Conſtantinopel in ſeiner einflußreicheren Stellung mir ſeine treue Geſinnung bewahren wird, um, wenn es die Verhältniſſe erfordern ſollten, auch da meine Intereſſen nach Möglichkeit zu ſtützen und zu fördern. —

Was den jetzt vacanten Poſten in Bucareſt betrifft, ſo wäre es mir ſehr angenehm, wenn die Umſtände geſtatten ſollten, denſelben durch eine mir von früher her bekannte Perſönlichkeit beſetzt zu ſehen. Euer Excellenz erlaube ich mir deshalb Herrn v. Radowitz zu nennen, als einen Mann, der, wie ich glaube, alle Eigenſchaften beſitzt, um in Bucareſt die Preußiſche Regierung würdig zu vertreten und der zugleich ſeinem liebenswürdigen Character nach beſonders geeignet wäre die wärmſten Relationen zwiſchen der Regierung Sr. Majeſtät des Königs und der meinigen aufrecht zu erhalten.

Euer Excellenz verfehle ich nicht noch meine beſten und aufrichtigſten Wünſche für die völlige Wiederherſtellung Ihrer Geſundheit auszuſprechen und verbleibe in vorzüglichſter Hochachtung

Euer Excellenz ergebener

Carl.

259.

Minister Camphausen an Bismarck.

Berlin den 29. October 1869.

Euer Excellenz

geneigtes Schreiben vom 28. c.*) ist mir heute Abend zugegangen 1869
und hat mir dasselbe große Freude gemacht, wenngleich ich 29. 10.
das Vertrauen zu Ihrer Leitung nicht gerade auf alle meine nunmehrigen Collegen ausdehnen kann. Die Verständigung mit Sr. Majestät bot durchaus keine Schwierigkeiten, der König ließ mir gleich durch Graf Eulenburg sagen, daß er meinen politischen Standpunkt kenne und nicht anfechte, er hat mich am 27. aufs Gnädigste empfangen und Sich mit mir fast eine Stunde lang über die verschiedensten Punkte unterhalten.

In Bezug auf den Steuerzuschlag wurde gleich anerkannt, daß er nicht bewilligt werden würde (ich habe Werth darauf gelegt, diese Thatsache zu konstatiren) und daß man weder mir zumuthen könne, mit einem aussichtslosen Debut zu beginnen, noch den Mitgliedern der Regierungspartei, sich nutzlos ihren Wählern gegenüber zu kompromittiren. Es handelte sich daher um die Mittel zur Abhülfe. Ich verwies vor allen Dingen auf ein anderes System hinsichtlich der Tilgung der Staatsschulden, worüber ich im Frühjahre dem Minister v. d. Heydt ein leider völlig unbenutzt gebliebenes Promemoria vorgelegt habe. Ich verwies ferner auf die in Hannover und Nassau zu bewirkenden Verkäufe von kleinen, auf 3 bis 6 Jahre verpachteten und schlecht bewirthschafteten Ackerparcellen; dann auf die Thunlichkeit, einen mäßigen Betrag von Schatzanweisungen auszugeben, endlich erklärte ich, daß die Seehandlung ohne die geringste Beeinträchtigung ihres Geschäftsbetriebes mehrere Millionen abgeben könne. Einen präcisirten Vorschlag behielt

*) Concept nicht vorhanden.

1869 29. 10. ich mir vor, bis daß ich durch Rücksprache mit meinem Personal nähere Informationen eingezogen. Se. Majestät war mit Allem vollkommen einverstanden und beauftragte mich, Ihm persönlich über den weiteren Fortgang zu referiren, ich möchte dies aber vermeiden, bis ich vorab Euer Excellenz Einverständnisses versichert bin.

Sofort nach dem am 27. Nachmittags erfolgten Antritte meines Amtes habe ich meine Fragen gleich auf wunde Flecken gerichtet, sie setzten mich schon am 29. c. in den Stand, mündlich die Skizze eines Planes zu entwerfen, mit dem sich Graf Eulenburg überall einverstanden erklärte und den er gestern Abend Ihnen referirt haben wird, den ich indessen der Sicherheit halber hier wiederholen will.

1. Die Einnahmen des Staatsschatzes, welche bekanntlich von nun ab zur Bestreitung der laufenden Staatsausgaben verwandt werden müssen, werden sich pro 1870 in der Wirklichkeit um mindestens 1300000 Thlr., wahrscheinlich um 1500000 Thlr. höher herausstellen, als im Etat angenommen ist. Ich habe Auftrag ertheilt, mir das genau nachzuweisen, einstweilen muß ich mich auf die Angaben der Räthe verlassen.

2. In Bezug auf die Schuldentilgung wird es rathsam sein, zuerst mit der Umwandlung der dazu geeigneten 4½ %igen Anleihen vorzugehen, wodurch eine Minderausgabe von etwa 1½ Mill. Thaler sich erzielen läßt. Bei der günstigen Aufnahme, die meine heutige Andeutung im Abgeordneten-Hause fand, verdient die Frage noch eine sorgfältige Erwägung, ob man nicht sehr bald die Umwandlung der Staatsschuldscheine folgen läßt, was eine Minderausgabe von mehr als 2200000 Thlr. herbeiführen würde [1]).

3. Der vorgelegte Gesetzentwurf wegen Verbriefung der am 15. März, 1. April und 1. Mai k. J. fälligen Schatzanweisungen sollte, wie ich vernommen habe, dem Minister v. d. Heydt abgeschlagen werden. Man wird zugestehen müssen,

daß der jetzige Zeitpunkt für die Verbriefung nicht geeignet ist, 1869
es liegt aber im Regierungsintereſſe, die Befugniß zur Ver- 29. 10.
briefung — die von den bisherigen alljährlichen Bewilligungen unabhängig macht — zu erlangen, dergeſtalt, daß der Zeitpunkt, wann von dieſer Befugniß Gebrauch zu machen ſei, demnächſt unter Genehmigung Sr. Majeſtät des Königs lediglich ſeitens der Verwaltung zu beſtimmen iſt[1]). Zur Unterſtützung dieſer Anforderung hätte man die Unzweckmäßigkeit der jetzigen Schatzanweiſungen, die auf ein volles Jahr laufen und jedesmal in einem kurzen Zeitabſchnitte, zuletzt vom 15. März bis 1. Mai 1869 ausgegeben worden ſind, darzulegen, darauf hinzuweiſen, daß man Schatzanweiſungen auf ſechs Monate laufend ausgeben und die Begebung mehr auf das ganze Jahr vertheilen muß u. ſ. w. Dieſen 13 Millionen könnte man für die Deckung des Deficits 2—3 Millionen hinzufügen. Ob man der Verwaltung das Recht der Verbriefung zu einem geeigneten Zeitpunkte für immer oder für einen mehrjährigen Zeitraum bewilligen wird, ſteht dahin, ich würde Anſtrengungen machen, es zu erlangen. Würde es verſagt, ſo würde die derzeitige Abhängigkeit der Regierung nicht verſchlimmert, denn es iſt gleichgültig, ob 13 oder 15 Millionen zu bewilligen ſind, würde es bewilligt, ſo würde die Staatsregierung in eine unabhängigere Lage gerathen.

Euer Excellenz werden gleich wahrgenommen haben, daß alle 3 Vorſchläge darauf Bedacht nehmen, die Macht der Regierung nicht ſchmälern zu laſſen. Im Uebrigen beabſichtige ich ein Syſtem verſtändiger Sparſamkeit (nicht Knauſerei) einzuführen, das viel Geduld und nachhaltige Anſtrengung erfordern, aber auch am ſicherſten zu einem völlig geſunden Zuſtande zurückführen wird. Hierbei muß ich am meiſten auf Ihre kräftige Unterſtützung hoffen.

Die obige Skizze betrachte ich als einen völlig annehmbaren, aber nur vorläufigen Plan, indem ich es ſehr wohl für

1869 29. 10. möglich halte, noch beſſere Kombinationen aufzufinden, wenn ich erſt tiefer eindringen kann. Meine Thätigkeit zählt erſt nach Stunden, und von dieſen ſind recht viele durch Anforderungen aller Art in Anſpruch genommen worden. Es wird mir angenehm ſein, wenn Euer Excellenz baldigſt, vielleicht durch ein Telegramm, mir mittheilen, ob Sie mit den Grundzügen des Planes einverſtanden ſind, dann werde ich alsbald darüber im Staatsminiſterium und Sr. Majeſtät mündlichen Vortrag halten.

Mit vollkommener Hochachtung

Eurer Excellenz

ganz ergebenſter

Camphauſen.

Randbemerkungen Bismarcks:

[1]) ja.

[2]) läuft gegen die Politik der Oppoſition, ſchwerlich bewilligt.

260.

Bismarck an Präſident Delbrück.

Varzin 5 Nov. 1869.

Verehrteſter Herr Präſident

1869 5. 11. Der Carlsbader erlaubt mir nicht viel zu ſchreiben, ich ſchicke daher nur ein Fragment deſſen was ich ſagen möchte. Daß Camphauſen in den Bundesrath muß, ſehe ich ein, unabhängig von der Contraſignaturfrage. Ich möchte, daß ſein Eintritt nicht zu lange nach dem ins Miniſterium, alſo bald erfolgt, und würde der Kopfzahl wegen wünſchen, daß dafür eins der dem Finanzminiſterium entſtammenden Mandate zurückgezogen wird. Welches, darüber bitte ich um Ihre Meinung. Daß Camphauſen mit ſeinem Eintritt in den Bundesrath ein-

verſtanden iſt, ſetze ich voraus, erſuche Sie eventuell es zu conſtatiren und mir dann den ad regem zu richtenden Antrag entwerfen zu wollen. Die Motivirung könnte das Bedürfniß präciſerer Einheit der Bundesfinanz-Verwaltung mit der Preußiſchen hervorheben, und nebenher, für den König aber von durchſchlagendem Gewicht, die Erleichterung, die für mich daraus hervorgeht, daß der Finanzminiſter nicht durch mich, ſondern direct ſeine Verſtändigung mit dem Bunde und in demſelben bewirkt. Das letztre Motiv militirt auch vorzugsweiſe für Ihre eigne Betheiligung an den Sitzungen der Preußiſchen Miniſter. Die Maßregel muß nicht als eine politiſche, ſondern als Geſchäftserleichterung Sr. Majeſtät vorgetragen werden. Das principielle Einverſtändniß des Königs habe ich in dieſem Sinne auf mein Ihnen bekanntes Schreiben bereits erhalten. Um den formalen Antrag zu ſtellen, muß ich die Sache aber erſt im Staatsminiſterium zur Sprache bringen. Schwierigkeiten erwarte ich dort nicht, denn ſachlich könnte ja nichts dagegen eingewendet werden, wenn Sie als generell von mir ſubſtituirt in jeder Sitzung erſchienen. Daß der König Ihnen dabei den Titel als Staatsminiſter giebt, halte ich unentbehrlich, wegen Ihrer Stellung im Bundesrathe. Ich möchte, daß es dabei bliebe, daß Frieſen*), wenn er da iſt, präſidirt, und Sie, wenn er nicht da iſt. Zu dieſem Behufe müſſen Sie Sich aber, wenn mehre unſrer Miniſter eintreten, den Titulaturwechſel gefallen laſſen; der des Präſidenten des B.K.A.**), dem Sie einen ſo guten Namen gemacht haben, kann ja der übliche und geläufige bleiben, wird aber ein für alle Mal, wie ich glaube, eine miniſterielle Stellung werden müſſen, ein Miniſter für Bundesangelegenheiten. Ich denke mir, daß mit der Zeit der Kanzler für innere Bundesſachen eine Art von Mikado und der Präſident der Taikun werden wird.

1869 5. 11.

*) Kgl. Sächſiſcher Miniſter und Bevollmächtigter zum Bundesrath.
**) Bundeskanzler-Amts.

1869 5. 11. Inzwischen bitte ich also um Entwurf von Bericht und Ordre wegen Sachsen-Weimars Ernennung in den Bundesrath, und werde Ihnen in diesen Tagen mein Schreiben an das Staatsministerium wegen Ihrer Betheiligung zur vertraulichen Kenntnißnahme und Kritik einsenden.

v. Bismarck.

261.

Staatssecretär v. Thile an Bismarck.

Berlin, 8. Juli 1870.

Verehrter Chef,

1870 8. 7. Benedetti, der mir bei seiner Abreise (vor dem Platzen der spanischen Bombe) sagte, daß er auf der Fahrt nach Wildbad nur einen Tag in Coblenz bleiben wolle „pour se rendre à une ancienne invitation de la Reine“ scheint nach den Aeußerungen dort länger zu verweilen. Die Absicht ist klar.

Gehorsamst und getreulich

v. Thile.

262.

Heinrich VII. Prinz Reuß an Bismarck.

Petersburg, Januar 1871.

Verehrtester Chef,

1871 1. 1. Ihrem telegraphischen Auftrag gemäß habe ich heut Sr. Majestät dem Kaiser und der Großfürstin Helene Ihre Glückwünsche ausgerichtet. Seine Majestät trugen mir auf, Ihnen zu danken. Die Großfürstin antwortete mir durch ein sehr freundliches Billet. Ich lege es hier bei, weil es Ihnen Freude machen wird von ihrer Hand den Ausdruck ihrer treuen Gesinnungen zu lesen. Sie ist sich unverändert gleich geblieben.

Sie verſteht, warum wir Krieg führen, und weiß, daß wir dieſen Kampf nicht abbrechen können wie ein Theaterſtück. Sie iſt deshalb auch fern von allem ſchwächlichen Gewinſel, welches hier Mode iſt unter den Damen und wozu die Allerhöchſte den Ton angiebt. 1871 ? 1.

Der Kaiſer, wenn er auch den Frieden wiederhergeſtellt ſehen möchte, läßt ſich doch nicht von dieſen Klageweibern anſtecken und iſt korrekt. Er iſt noch unter dem traurigen Eindruck eines Unglücksfalles, der vor einigen Tagen auf der Jagd paſſirte. Vor ſeinen Augen wurde auf der Bärenjagd der Jäger-Meiſter Scariatin durch ſeine Unvorſichtigkeit unter dem Feuer erſchoſſen. Er kroch mit geſpannter Büchſe in der Deckung einem angeſchoſſenen Bären nach, wobei ſich das Gewehr wahrſcheinlich durch Streifen an einem Baum entlud. Der Kaiſer war ganz außer ſich und die ganze Epiſode ſehr traurig.

Von ganzem Herzen wünſche ich Ihnen gute Geſundheit im neuen Jahre und daß Sie bald Ihren Namen unter einen glorreichen Frieden ſetzen können.

In aufrichtigſter Verehrung

Ihr

ſehr ergebener

H. VII. P. Reuß.

263.

Kriegsminiſter v. Roon an Bismarck.

Gütergotz, 3. Juli 1872.

Das lange Dienſtſchreiben, mit dem ich Sie ſchon am 18. v. M. bedrohte und welches ich heute in Ihr Tusculum ſchleudere, ja ſchleudern muß, kann ich nicht abgehen laſſen, ohne Sie wegen dieſes Attentates gegen Ihre Ruhe und Ihr 1872 3. 7.

1872 8. 7. Behagen gründlichſt um Verzeihung zu bitten. Aber ich konnte mich der dazu drängenden Nöthigung nicht erwehren. Die Angelegenheit iſt für mich ernſt, ſehr ernſt, vielleicht auch ein wenig für Sie, mein durchlauchtiger alter Freund. Und weil ich Sie, Dank Ihrer Güte, ſo nennen darf, ſo werden Sie mir auch die Bitte um zwei Worte diktirter Rückäußerung nicht abſchlagen; ich bedarf ſolcher, um mich zu legitimiren. Wenn ich Ihnen ſage, daß eine Abſchrift meines Dienſtbriefes nach Ems geht, ſo werden Sie mich verſtehen. — In der That aber bin ich, ganz abgeſehen von jeder Rückſicht auf Allerhöchſte Anſichten, ſelbſt und perſönlich ganz eingenommen von der Ihnen vorgetragenen Nothwendigkeit. Alſo bitte eine Rückäußerung, die den Herrn — und kann es ſein — auch mich beruhigt.

Nun nur noch meinen herzlichen Gruß! Wie warm und aufrichtig meine Wünſche für Ihr Retabliſſement ſind und ſein müſſen, könnten Sie wiſſen. Möchten Sie meines heutigen Diktats wegen nur nicht daran zweifeln!

In etwa 10 Tagen muß ich nach Marienbad, wie der thörichte Böger will, der meine Frau dorthin ſchon vorausgeſagt hat. Jünger werde ich dort wohl auch nicht werden, aber vielleicht auch nicht älter.

Gott mit Ihnen und den verehrten Ihrigen! ich küſſe der Fürſtin die Hand, in tiefſter und wärmſter Verehrung. Möchten Sie doch alle recht friſch und gekräftigt zu der alten Marterbank zurückkehren! Denn wills Gott, ſo müſſen Sie daran noch eine Weile aushalten, bis wieder Einer da iſt, dem Ihre ausgetretenen Schuhe einigermaßen paſſen.

In treuſter Verehrung

Ihr

herzlich ergebener

alter

Roon.

264.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Berlin ce 15 Nov. 1872.

Cher Prince

Je ne saurais quitter Berlin sans Vous exprimer le regret 1872
de ne pas avoir pu vous y serrer la main et surtout celui de 15. 11.
la cause qui motive votre absence. Tous mes voeux sont pour un prochain rétablissement de votre santé. Personne comme homme privé et comme homme public n'en reconnaît d'avantage la valeur.

Je ne veux pas être indiscret en vous fatiguant; mais je n'aurai pas répondu à un besoin du coeur, si je m'étais refusé de réclamer par quelques lignes votre bon souvenir et de vous renouveler l'expression des sentiments invariables que je vous ai voués d'ancienne date.

Veuillez me mettre aux pieds de Madame la Princesse et me croire,

tout à vous

Gortschakow.

265.

Bismarck an Fürſt Gortſchakow.

Varzin ce 20 Nov. 1872.

Cher Prince

je vous remercie de tout mon coeur d'avoir pensé à moi en 1872
passant par Berlin; parmi les privations que m'impose l'état 20. 11.
de ma santé, celle de ne pas avoir pu vous serrer la main à votre passage m'est des plus sensibles. J'ai noué bien des relations officielles dans ma vie, mais celle avec vous, mon cher Prince, c'est la seule qu'il me tiendrait à coeur de con-

1872 20. 11. tinuer après la cessation des rapports officiels, et si Dieu nous donnait un temps de repos avant la mort, je serais bien heureux de le passer avec vous comme voisin à la campagne. Pardonnez-moi cette ébullition de sentimentalité allemande, car elle est sincère; vous êtes le seul homme d'État en Europe avec lequel je puisse retracer vingt ans d'affaires sans me souvenir d'un moment d'amertume. Il n'y avait pas toujours communauté d'intérêts, mais toujours droiture de gentilhomme et bienveillance. Ce n'est que dans la position de ministre surchargé d'affaires que j'ai appris à apprécier toutes les bontés et toutes les indulgences que vous avez eues pour moi quand j'étais à Pétersbourg, et parmi mes défauts je n'ai pas celui d'être ingrat.

Ma santé m'oblige toujours de me tenir en dehors des affaires, mais je suis convaincu que je pourrais y rentrer, si jamais mes collègues voulaient me laisser deux mois de repos sans interruption. Toujours j'espère que le Roi voudra bien accueillir ma demande de me dispenser en définitive de toute participation aux affaires intérieures de la Prusse et de restreindre mes occupations à la gestion des affaires étrangères et de celles de l'Empire Germanique. Les affaires intérieures sont celles qui usent mes forces parce qu'elles m'imposent une responsabilité sans autre autorité que celle de la prière et de la persuasion.

v. Bismarck.

266.

Botſchafter Graf H. v. Arnim an Bismarck.

Paris, den 17. Januar 1873.

1873 17. 1. Der Dr. Evans theilte mir mit, daß vor einigen Tagen ein von ihm gehegter Verdacht — daß Graf Cavour durch eine Cigarre vergiftet ſei — eine ganz poſitive Beſtätigung ge-

funden habe. Er ſei feſt von der Wahrheit ſeiner Behauptung überzeugt. — 1878 17. 1.

Auch glaube er aus einigen Aeußerungen, die er gehört habe, ſchließen zu müſſen, daß gewiſſe Fanatiker ſeiner Religion — Evans iſt Katholik — nicht abgeneigt ſeien, mit Ew. Durchlaucht dieſelbe Operation vorzunehmen. — Er bat mich ausdrücklich, Euer Durchlaucht nicht ungewarnt zu laſſen.

Die Aeußerung, welche er gehört habe, laſſe ihm keinen Zweifel darüber, daß es Perſonen gäbe, welche Ew. Durchlaucht „Lieblingsgewohnheit" zu Ihrer Tödtung benutzen wollten. — „Does Prince Bismarck smoke much?" fragte er mich. Auf meine bejahende Antwort ſagte er, daß er dann ganz ſicher ſei, daß die Cavourſche Cigarre eine Rolle ſpielen ſoll. Ich bemerke incidenter, daß vergiftete Cigarren auch in Liſſabon im Jahre 1872 bei den vielen Todesfällen in der Königsfamilie eine Rolle ſpielten.

Mir erſcheinen dergleichen Dinge immer ſehr unwahrſcheinlich. Indeſſen wäre das Kunſtſtück, Ihnen eine Kiſte vergifteter Cigarren zu ſchenken, nicht ſehr groß, namentlich wenn der Geber keine Scheu hat, gleichzeitig noch mehrere andre Perſonen aus Verſehen mit um das Leben zu bringen.

Dr. Evans ſchien ſelbſt von dem Ernſte ſeiner Befürchtungen überzeugt zu ſein. Daher habe ich es nicht auf mich nehmen wollen, die Sache unerwähnt zu laſſen.

Arnim.

267.

v. Scheele an Bismarck.

Berlin, 9. 4. 73.

Euer Durchlaucht

hoher Erwägung darf ich gehorſamſt anheimſtellen, ob Hochſie den Herrn Miquél zu Sich beſcheiden laſſen möchten, um 1873 9. 4.

1873 9. 4. ihn für Einbringung des Reichs-Eisenbahngesetzes — in der nunmehr beliebten abgekürzten — Form zu interessiren. Beide über das Reichseisenbahnwesen vom Reichstage angenommenen Anträge führen den Namen Miquél. Schon deßhalb möchte, von der unter den parlamentarischen Großwürdenträgern herrschenden Eifersucht ganz abgesehen Herr Miquél einen stärkern Anspruch auf ein freundliches Wort des Herrn Reichskanzlers haben, als Herr Bamberger, und ich glaube ausreichenden Grund zu der Befürchtung zu haben, daß ohne gemeinschaftliches Vorgehen Miquéls und Bambergers Euer Durchlaucht Absicht scheitern könnte.

Ehrerbietigst und
ganz gehorsamst
Scheele.

268.

Minister B. v. Bülow an Bismarck.

Klein Flottbeck, den 29. Juni 1873.

Verehrtester Fürst

1873 29. 6. Mit aufrichtigem Dank für die mir gewährte Frist kann ich Eurer Durchlaucht nunmehr anzeigen, daß ich Ihrer ehrenvollen Aufforderung Folge zu leisten bereit bin, sobald mir die von den Großherzogen von Mecklenburg zu erbittende Entlassung zu Theil geworden seyn wird. Ich enthalte mich auf die ernsten Bedenken zurückzukommen, welche Mißtrauen in die eigenen Kräfte und so manche andre Erwägung mir nahe legen: nach gewissenhafter Ueberlegung finde ich meine beste Beruhigung darin, daß Eure Durchlaucht jene Bedenken kennen und daß ich, wie viel mir auch sonst mangelt, doch den Werth von Eurer Durchlaucht Vertrauen und die Ehre zu schätzen weiß, unter Ihrer Leitung und in einer solchen Stellung Sr. Majestät dem Kaiser und dem Reich zu dienen.

Mit Rücksicht auf meine Entlassung darf ich bitten, mich zu verständigen, wann und ob mit Angabe der an mich ergangenen Aufforderung ich dieselbe nachzusuchen haben werde. Was den Zeitpunkt des Eintritts angeht, so war es mein Plan und ist im Hinblick auf eine arbeitvolle Zukunft fast eine Nothwendigkeit, von hier nach Marienbad zu gehen; indem ich um das Programm meines Eintritts und der nächsten Monate bitte, erlaube ich mir nur hinzuzufügen, daß etwas Freiheit ein dankbar anerkanntes Geschenk seyn wird, ich übrigens selbstverständlich zu Eurer Durchlaucht Disposition stehe. 1873 29. 6.

Genehmigen Eure Durchlaucht auch heute den Ausdruck der treuen Ergebenheit und Verehrung, in der ich bin

Eurer Durchlaucht

ganz gehorsamster

B. Bülow.

269.

Bismarck an Minister B. v. Bülow.

Varzin 7 Juli 1873.

Verehrter Freund

Mit verbindlichstem Dank habe ich Ihr Schreiben vom 29sten erhalten und bitte nun meinerseits um eine Frist Behufs der weitern Entwickelung, die durch meine Trennung von Sr. Majestät eine schwierige ist und eine Störung der eingetretenen Ferien herbeiführen kann, wenn Empfindlichkeiten explodiren. Wie ich Ihnen sagte, versagt der Kaiser die Ernennung Balans, nachdem der letztere seit fast einem Jahre die Geschäfte geführt hat. Ich habe zu starke andere Friktionen zu überwinden, um aus dieser von Sr. Majestät abhängenden Personalfrage eine Cabinetfrage zu machen. Aber ich möchte auch Balan, der das nicht verdient, nicht kränken, ich muß dies, 1873 7. 7.

1873 7. 7. soweit es geschieht, Sr. Majestät überlassen. Das Programm der nächsten Zeit würde sein: daß ich den Kaiser von dem Inhalte Ihres Schreibens benachrichtige, aber um Aufschub der Entscheidung bis zum 1 September bitte, wo ich Se. Majestät in Berlin zu sehen hoffe. Bis dahin würde Alles beim Alten bleiben. Geschieht früher etwas, so laufen Sie Gefahr, um Marienbad zu kommen, und ich, zum Kaiser nach Ems gehn zu müssen, weil Balan möglicher Weise die dabei zu Tage kommende allerhöchste Mißstimmung gegen seine Person, an die er bisher nicht glaubt und die er in der That nicht verdient, so empfindlich vermerkt, daß er den Abschied verlangt und die Geschäfte nicht fortführt. Ich werde also Sr. Majestät vorschlagen, die Dinge bis zur Beendigung der verschiedenen Badekuren im alten Gleise fortlaufen zu lassen. Sollte der Kaiser das nicht wollen, so benachrichtige ich Sie ohne Verzug, ich denke aber, Se. Majestät werden einsehn, daß für die nächsten Wochen Jedermann der Ruhe bedarf und Sie des Marienbades. Bis zum Eingang der allerhöchsten Antwort werden ohnehin 8 bis 14 Tage vergehn, und wenn ich remonstrire, nochmal so viel, so daß ich denke, wir können uns einstweilen noch beiderseits der Sommerfreiheit erfreuen.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen, bin ich in alter Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

270.

Fürst Karl von Rumänien an Bismarck.

Durchlauchtigster Fürst!

1873 26. 7. Auf meiner Reise in die Hohenzollernschen Lande habe ich die Marken Deutschlands nicht betreten können, ohne noch in

unmittelbarerer Weise als in der Ferne des Mannes zu ge- 1873
denken, der Deutschland zur Einheit und zu nie gekannter 26. 7.
Größe geführt hat. Diese Gefühle konnten in mir nicht rege werden, ohne gleichzeitig dem Wunsche Raum zu geben, Eure Durchlaucht auf dieser Reise zu begrüßen und Ihnen meine Verehrung persönlich auszudrücken. — Ich glaube als Fürst von Rumänien die Eigenschaften eines deutschen Fürsten nicht verläugnet zu haben und würde mich glücklich schätzen, mich mit Eurer Durchlaucht über die Verhältnisse an der unteren Donau unterhalten zu können. Der Macht-Einfluß Deutschlands hat, Dank der Politik Eurer Durchlaucht eine Peripherie erhalten, die weit über die Grenzen Rumäniens hinausliegt, und so dürften die Zustände des letzteren für Euere Durchlaucht von besonderem Interesse sein.

Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung verbleibe ich

Eurer Durchlaucht

Bad Imnau, ganz ergebener
26. Juli 1873. Carl.

Randbemerkungen Bismarcks:

Wo liegt Imnau?

Wie lange bleibt der Fürst in Deutschland, und wo?

Anlagen.

I.

Ganz gehorsamste Meldung.

Bad Imnau liegt in Hohenzollern-Hechingen, ist Post- 1873
station (nächste Eisenbahnstation Eyach). 4. 8.

Fürst Carl bleibt, nach Mittheilung seines Bruders, des Prinzen Friedrich v. Hohenzollern, noch 14 Tage bis 3 Wochen in Imnau und wollte dann die Rückreise nach Bukarest antreten.

4. Aug. 1873. Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

1873 4. 8. Ich bitte nach Maßgabe der Anlage womöglich zu ermitteln, was der Fürst beabsichtigt*), ob er erwartet, daß ich nach Ischl komme, was mir nicht möglich ist, ob er mir die Ehre erzeigen will, mich hier zu besuchen, oder ob er darauf rechnet, mich am 2 Sept. in Berlin zu sehen.

v. B.

II.

Ganz gehorsamste Meldung.

1873 11. 8. Fürst Carl von Rumänien ist gestern 10. August nach Sigmaringen gereist, wo er bis zum 21. d. M. bleiben will. Am 25. will der Fürst von Wien die Rückreise nach Rumänien antreten; er hatte nicht die Absicht, vorher nach Berlin zu kommen. Den Zeitungsnachrichten gemäß hatte der Fürst geglaubt, vielleicht in dieser Zeit Eurer Durchlaucht in Wien**) begegnen zu können.

11. August 1873. Radowitz.

Vermerk von Bismarcks Hand:

Bitte mir Antwort zu entwerfen, mit entsprechenden Redensarten und Bedauern, daß Gesundheit mich hier festhalte.

271.

Staatssecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, den 10. October 1873.

Eure Durchlaucht

1873 10. 10. wollen mir gestatten, der offiziellen Meldung meines Dienstantritts vor Allem die Bitte hinzuzufügen, mir das Vertrauen

*) Fürst Karl beabsichtigte den Rath Bismarcks wegen seiner geplanten Unabhängigkeits-Erklärung einzuholen, Aus dem Leben des Königs Karl von Rumänien II 338.

**) Beim Besuch der Weltausstellung.

zu bewahren, dem ich dieſe Stellung und das volle Heimathsrecht im Deutſchen Reiche danke. Herr v. Balan hat mich in dieſen Tagen ſehr zuvorkommend und ſehr inſtructiv in den Gang und die Pflichten der laufenden Geſchäfte eingeführt, — die Tage ſind mir aber beſonders deßhalb nützlich und lieb geworden, weil ich in der Werkſtatt ſofort Hand und Geiſt des Werkmeiſters in Action fand und in deren belebender und erleuchtender Erkenntniß meinen Weg ſchon finden werde. 1878 10. 10.

Der Großherzog von Schwerin hat mich bei meiner zweiten Anweſenheit ſehr gnädig und in der reichsfreundlichen Geſinnung, die der vortreffliche Herr immer hat und bewährt, entlaſſen. Ich danke dem Großherzog meine beſten Mecklenburgiſchen Erinnerungen und habe mich ſehr über die Worte gefreut, mit denen er mir beim Abſchied ſein Bild zum Andenken verſprach.

Beim hieſigen diplomatiſchen Corps ſcheint das mot d'ordre zu ſeyn, mich freundlich willkommen zu heißen — ich werde hoffentlich in den Beziehungen den rechten Weg finden. Ich habe meinen bisherigen deutſchen Collegen und den meiſten andern, namentlich Herrn v. Oubril und Bancroft*) Beſuche gemacht. Mr. de Gontaut-Biron hat mir aus Baden-Baden ein Paar Zeilen geſchrieben pour m'offrir tous les complimens à l'occasion de mes nouvelles fonctions — ich habe ihm ebenſo artig in allgemeinen Phraſen geantwortet — weniger angenehm war ein Beſuch des franzöſiſchen interimiſtiſchen Geſchäftsträgers Debains (den ich ſeit alter Zeit kenne und dem ich nicht traue) der mich auf der Treppe überfiel und von allem Möglichen zu reden ſuchte, übrigens ſehr in der Coloratur einer nahen Reſtauration. Herr v. Oubril ſagt mir, daß er aus allen Begegnungen mit Franzoſen, welcher Parthei ſie auch angehörten, in Baden wie in der Schweitz den Eindruck mitgebracht, daß

*) Geſandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

1873 10. 10. es sich nur noch darum handle, ob Henri V. in den nächsten Wochen oder zum Frühjahr proclamirt werde: er persönlich glaube mehr an das Interim einer Lieutenance-Générale nach Proclamirung der Monarchie, — ein solches Unding würde dann wohl dem Character des Prätendenten ansprechen, aber schwerlich seinen Hoffnungen: mir scheint undenkbar, daß die Franzosen so lange ruhig in einer Art Winterschlaf die Restauration erwarten sollten.

Mit aufrichtigstem Dank für die durch Herrn v. Radowitz übermittelten Grüße und Bestellungen darf ich mir die Anfrage erlauben, ob Ew. Durchlaucht mein Erscheinen in Varzin vor oder nach der Wiener Reise*) genehmer seyn werde? Ich bin jederzeit mit größter Freude bereit einer telegraphischen oder anderweitigen Bestimmung zu folgen, um so mehr, als sich mit jedem Tage des Lernens hier auch die Augenblicke mehren, wo ich gerne eine Frage frei hätte.

In treuer Verehrung verharre ich

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenster

B. Bülow.

272.

Kriegsminister Graf Roon an Bismarck**).

Neuhof bei Oeslau (Coburg) den 12. Octbr. 73.

1873 12. 10. Nachdem ich Sr. Majestät vor einigen Tagen meine Bitte um Enthebung von den mir anvertrauten Staatsämtern adressirt habe, wende ich mich, unter Anrufung unserer alten Freundschaft, an Sie, mein theurer Fürst, um Sie inständigst

*) Bismarcks zur Weltausstellung.

**) Nach einem Concept veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten Bd. III (4. Aufl.) S. 363 ff., hier genau nach dem Original, das einige kleine Abweichungen aufweist.

zu bitten, meinem Gesuche nach Kräften Vorschub zu leisten. 1878
Ich bin ganz fertig mit meinen geringen Fähigkeiten für den 12. 10.
öffentlichen Dienst und daher fest entschlossen, die mir obliegenden Amtsgeschäfte nicht wieder zu übernehmen; es widerstrebt meinem Ehrgefühl noch länger etwas zu scheinen, was ich nicht sein, wenigstens nicht mehr sein kann; es verstieße wider Pflicht und Gewissen, alle Ehren und Vorzüge meiner Stellung fortzugenießen mit dem Bewußtsein einer totalen Leistungsunfähigkeit wenigstens für jede amtliche Stellung, welche von ihrem Inhaber eine regelmäßige und andauernde Thätigkeit, nicht blos gelegentliche Impromptus oder irgend eine zufällige rhapsodische Leistung verlangt. — Auch habe ich die Ueberzeugung meiner Entbehrlichkeit — vielleicht schon zu spät — gewonnen; dafür ist dieselbe aber gegenwärtig so stark, daß ich ihr unmöglich untreu werden kann.

Ueberraschen wird mein Entschluß Niemand, Sie mein verehrter Freund, am wenigsten, der Sie meine wachsende Hinfälligkeit seit Jahren beobachten konnten, auch wenn diese Hinfälligkeit nicht durch meine 71 Jahre und die letzten 14 Jahre meiner Vergangenheit hinreichend motivirt wäre.

Ich habe Se. Majestät gebeten, den General v. Kameke an meiner Stelle zum Kriegsminister zu ernennen, da das Siamesenthum mit mir ihm je länger je unerträglicher werden mußte und jedes Provisorium je früher desto zweckmäßiger zu Ende gehen muß. — Zugleich aber habe ich auch dringend gebeten, das Minister-Präsidium von mir zu nehmen, welches von Anbeginn an den Stempel des Provisoriums gleichfalls vor der Stirn trug. Mag es sein, daß der Bestand des Ministerii aus politischen Gründen vor den Wahlen nicht alterirt werden sollte. Aber — selbst wenn ich deshalb auch noch kurze Zeit innerhalb des Staats-Ministerii mit meinem Namen figuriren müßte — ich bin außer Stande, die Geschäfte wieder zu übernehmen, und erbat daher von Sr. Majestät auch die Fortdauer

1873 meines Urlaubs, um dem Rathe der Aerzte folgend den Winter
12. 10. im Süden zuzubringen.

Vielleicht erscheinen meine Entschließungen Seiner Majestät erheblich genug, um mit Ihnen darüber zu conferiren, und erbitte ich daher von Ihrer Freundschaft meinen Standpunkt des non possum wohlwollend zu vertreten, weil ich den Herrn weder erzürnen noch kränken möchte, sondern den größten Werth auf die Erhaltung seiner gnädigen Gesinnungen lege. Wenn Se. Majestät das Widersinnige befehlen sollte, daß ein alter Diener verdienen soll, selbst wenn er es nicht kann wie ich: so werde ich natürlich auch meinen letzten Athem hergeben; einen andern Zweck hätte es aber nicht.

Zum Schluß dieser Zeilen, die Sie als amtliche nicht ansehen werden, denn sie sind par excellence privative und freundschaftliche — erlauben Sie mir, Ihnen aus vollem Herzen nochmals mein „Adelante adelantador atrevido!“ zuzurufen und Gottes Segen für Ihr ferneres gedeihliches und großartiges Wirken zu erflehen, und das werde ich immer thun, bis an mein vielleicht nicht mehr fernes Lebensende, gleichviel ob ich auf der Bühne oder im Zuschauerraum meinen Platz habe.

In aufrichtiger Treue

Ihr

v. Roon*).

273.

Finanzminister Camphausen an Bismarck.

Berlin, den 10. November 1873.

Eurer Durchlaucht

1873 zeige ich ehrerbietigst an, daß mir heute früh die Allerhöchste
10. 11. Ordre zugegangen ist, durch welche Se. Majestät auf Ihren

*) Bismarcks Antwort vom 20. November 1873 s. Bismarck-Jahrbuch III. 321 f.

Antrag mich zum Vicepräſidenten des Staatsminiſteriums zu ernennen geruht haben. Ich eile Ihnen für das Vertrauen, das Sie zur Stellung dieſes Antrages bewogen hat, wiederholt meinen aufrichtigen Dank zu ſagen und die Verſicherung hinzuzufügen, daß ich eifrig beſtrebt ſein werde, in dem erweiterten Wirkungskreiſe ſowohl Eurer Durchlaucht nationale Politik, ſoweit meine Kräfte reichen, zu unterſtützen als auch von den Laſten der Geſchäftsleitung ſo viel als thunlich Ihnen abzunehmen. 1873 10. 11.

Ich ſetze voraus, daß Eure Durchlaucht während des Aufenthaltes in Varzin mit den preußiſchen Geſetzentwürfen, wenn ſie nicht von beſonderer Wichtigkeit ſind, nicht behelligt zu werden wünſchen, und werde vorläufig bis auf anderweite Beſtimmung hiernach verfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

274.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 10. Nov. 1873.

12 Uhr 55 M. N.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

Désolé que santé et saison m'empêchent aller à Varzin. Si la vôtre ne s'y oppose, serais heureux de vous serrer la main à Dirschau. Pourrais y être jeudi matin. Veuillez me télégraphier, si cela vous convient. Si retard que je ne prévois pas surgissait, vous en préviendrai à temps par télégraphe. 1873 10. 11.

Gortschakow.

275.

Bismarck an Fürſt Gortſchakow.

Telegramm.

Varzin 10 11 1873.

Chancelier Prince Gortschacow

Berlin.

1873 10. 11. Depuis dix jours un mal de gorge assez pénible et même un peu suspect au dire du médecin me retient chez moi. A mon grand regret je suis pour le moment hors d'état de voyager et ne puis aller vous embrasser en route.

v. Bismarck.

276.

Fürſt Gortſchakow an Bismarck.

Telegramm.

Berlin, 11. Nov. 1873.
9 Uhr 30 M. V.

Chancelier Prince Bismarck

Varzin.

1878 11. 11. Je déplore perdre chance de vous serrer la main et garde conviction que nous continuerons à nous entendre même à distance. L'essentiel est qu'une santé aussi précieuse à l'état et à vos amis ne soit exposée à aucun risque. Je quitte Berlin demain soir. Veuillez faire mes sincères hommages à la princesse.

Gortschakow.

277.

König Albert von Sachſen an Bismarck.

Dresden, den 19. Nov. 1873.

Verehrter Fürſt,

1878 19. 11. Die Freundlichkeit, welche Sie mir ſeit dem Anfange unſerer Bekanntſchaft, beſonders aber in den Zeiten bewieſen

haben, wo es mir vergönnt war, wenn auch als unterer Werk- 1878
meiſter, an dem Werke unſerer Zeit, dem neuerſtandenen Deut- 19. 11.
ſchen Reiche, mitzuhelfen, bewegt mich in dem wichtigſten Ab-
ſchnitt meines Lebens, meinem Regierungsantritte, auch Ihnen
zu nahen.

Bei der ſchwierigen Stellung, ſchwieriger noch als Nach-
folger eines Königs, der außer der Liebe ſeines Volks ein
Anſehen und Einfluß genoß weit über ſeine Stellung hinaus,
bedarf ich der Unterſtützung, wohl auch des guten Raths. An
wen könnte ich mich wohl beſſer wenden als an den Kanzler
des Deutſchen Reichs, der ſo oft erklärt, er gehöre allen
Bundesfürſten gleichmäßig an. Mit vollem Vertrauen wende
ich mich daher an Sie, wenn ich der Hilfe gebrauchen ſollte,
wenn ich weiſen Rathes bedürfte. Seien Sie dagegen ver-
ſichert, auch ich werde Alles, was Sie zum Heile des Reichs
und deutſchen Volks unternehmen, ſo kräftig unterſtützen, als
es meine geringen Mittel erlauben, und hoffe ein werkthätiges
Mitglied, eine feſte Stütze des Gebäudes zu ſein, das mir
vergönnt war mit dem Schwerte aufrichten zu helfen.

Indem ich bitte, dieſe Zeilen nicht übel zu deuten, die Sie
vielleicht in Ihrem Tusculum ſtören, verbleibe ich

Ihr ergebener

Albert, K. v. Sachſen.

278.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Graf H. Bismarck.

B. 6. 7. 74.

Für alle Fälle, lieber Herr Graf, habe ich Sie benach- 1874
richtigen wollen, daß es nach einigen Details, die mir von 6. 7.
München über den im katholiſchen Franken künſtlich genährten
Fanatismus zugingen, gerathen erſchienen iſt, von dem An-

1874 6. 7. erbieten des Miniſters Pfeuffer Gebrauch zu machen, einen erfahrenen und umſichtigen Bayriſchen Polizeibeamten während Anweſenheit des Fürſten in Kiſſingen zu ſtationiren. Aus derſelben Rückſicht habe ich Herrn v. Madai veranlaßt, einen hieſigen zuverläſſigen Agenten dorthin zu ſenden — der Bayriſche heißt Gehret, der dieſſeitige iſt der rühmlich bekannte Polizei-Inſpector Weber. Die beiden Herren ſind angewieſen, ſich mit einander in Beziehung zu ſetzen, werden übrigens das rückſichtsvollſte Incognito beobachten. Se. Durchlaucht braucht die Anweſenheit derſelben nur, wenn die Umſtände Ihnen ſolches wünſchenswerth oder zweckmäßig machen, zu erfahren: ich gebe Ihnen aber anheim, Sich gelegentlich mit Weber in Beziehung zu ſetzen. Ich weiß genug von geheimer Polizei und den Stimmungen der katholiſchen Pfaffen, um Kiſſingen nicht für abſolut ungefährlich zu halten. Deus avertat und ſegne die Cur.

Mit allen guten Wünſchen und aufrichtig ergebenſt

B. Bülow.

279.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 9. Juli 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 9. 7. beehre ich mich über den Gang der mit dem Abgeordneten Dr. Friedenthal wegen Uebernahme des landwirthſchaftlichen Miniſteriums gepflogenen Verhandlungen eine ganz ergebenſte Mittheilung zu machen.

Gemäß der am 2. l. M. getroffenen Verabredung habe ich den Handelsminiſter Dr. Achenbach erſucht, ſich in geeigneter Weiſe, ohne vorläufig das Staatsminiſterium zu engagiren, mit dem p. Friedenthal zu benehmen, um zu erfahren, ob er bereit

ſein würde, das landwirthſchaftliche Miniſterium zu übernehmen. 1874
Die darüber geführte Korreſpondenz ergab das Reſultat, daß 9. 7.
Friedenthal überhaupt davon abrieth, derzeit einen beſondern landwirthſchaftlichen Miniſter zu ernennen, daß er vielmehr empfahl, die proviſoriſche Einrichtung der Verbindung mit dem Handelsminiſterium fortdauern zu laſſen, bis daß die Geſetzentwürfe über die Provinzialverbände u. ſ. w. feſtgeſtellt ſein würden. Die Antwort ergab, daß Friedenthal der Anfrage von Achenbach wohl eine allzu theoretiſche Deutung gegeben hatte, er wurde daher von Letzterem veranlaßt, ſich zu einer Unterredung mit ihm in Berlin einzufinden, was Friedenthal für den Abend des 7. Juli zuſicherte.

Am 7. Juli Morgens war bei mir ein Schreiben von Wilmowski eingetroffen, dem ich eine vorläufige Mittheilung von den wegen Friedenthal beabſichtigten Schritten mit dem ausdrücklichen Bemerken gemacht hatte, daß wir eine Anfrage an Se. Majeſtät erſt richten würden, wenn wir vorher der Bereitwilligkeit des Friedenthal verſichert wären. Wilmowski hat indeß Veranlaſſung genommen, Sr. Majeſtät von meiner Mittheilung Nachricht zu geben und bemerkt darüber wörtlich Folgendes:

„Se. Majeſtät erklärten Sich mit den Geſichtspunkten, welche für die Wahl eines Miniſters der landwirthſchaftlichen Angelegenheiten als maaßgebend erachtet worden ſind, vollſtändig einverſtanden; die Perſönlichkeit von Friedenthal war dem Könige nicht gleich genau gegenwärtig, erſt allmälig erinnerte er ſich ſeiner, wußte übrigens, daß er zur freikonſervativen Partei gehöre, und wird, wenn das Staatsminiſterium ihn als Kollegen aufnehmen will, ſeinerſeits kein Bedenken haben."

In einer vertraulichen Beſprechung, die das Staatsminiſterium vorgeſtern am 7. c. abhielt, habe ich hievon Mittheilung gemacht und wurde Achenbach dahin inſtruirt, in der Unterredung mit Friedenthal mit der Sprache mehr herauszugehen, *wenn* derſelbe ſich bereit zeige, den Miniſterpoſten an-

1874 9. 7. zunehmen, ſonſt aber nach wie vor nur als perſönlicher Freund zu verhandeln.

Die Anlage I. enthält in einem zur Einſendung an Eure Durchlaucht beſtimmten Schreiben von Achenbach Auskunft über die mit Friedenthal gepflogene Unterhaltung und deren Reſultat, ſie wird modificirt durch das in der Anlage II. beigefügte Schreiben des Miniſters Achenbach vom 8. I. M., wonach ſich Friedenthal der Sache nach noch eine Bedenkzeit von acht Tagen ausgebeten hat. Ich habe dieſe Schriftſtücke den wenigen hier anweſenden Mitgliedern des Staatsminiſterii geſtern Abend mitgetheilt, wir waren einig darüber, daß die von Friedenthal gewünſchte Friſt noch abgewartet werden müſſe, zugleich aber darüber, daß, wenn demnächſt eine Verſtändigung mit Friedenthal nicht gelingen ſollte, Verhandlungen mit dem Regierungspräſidenten von Puttkamer als demjenigen Kandidaten einzuleiten ſein möchten, den Eure Durchlaucht bereits neulich als eine geeignete Perſönlichkeit bezeichneten. Friedenthal ſcheint bis zum letzten Augenblick geglaubt zu haben, daß es ſich nur um einen eventualiter von Achenbach zu machenden Vorſchlag handle, indem er weder mich noch ein anderes Mitglied des Staatsminiſteriums mit ſeinem Beſuche beehrt hat. Nach ſeiner ganzen Haltung nehme ich an, daß er zur Zeit glaubt, nur unter großen pekuniären Opfern verſchiedene geſchäftliche Verbindungen abbrechen zu können, und daß er wahrſcheinlich die nächſten Tage zur Ueberlegung verwenden will, ob ſich das nicht doch ohne allzu große Opfer erreichen laſſen möchte.

Gegen die Ernennung von Schuhmann zum erſten vortragenden Rath im Staatsminiſterium hat Se. Majeſtät nichts eingewandt, indeſſen die Frage aufgeworfen, ob nicht demſelben ein beſonderer Titel zu verleihen ſei. In Folge deſſen haben wir für ihn den Titel „Unterſtaatsſecretair“ in Vorſchlag gebracht.

Eurer Durchlaucht wünſche ich von ganzem Herzen, daß die in Kiſſingen begonnene Kur einen guten Verlauf nehme.

Ich ſelbſt ſchmachte nun auch nach einiger Erlöſung und werde 1874
am Mittwoch früh den von Sr. Majeſtät bewilligten Urlaub 9. 7.
antreten, bis dahin wird Graf Eulenburg hierher zurückkehren
und die Geſchäfte eines ſtellvertretenden Miniſterpräſidenten
übernehmen. Eure Durchlaucht würden mich zu Danke ver-
pflichten, wenn Sie mir behufs der Mittheilung an Graf Eulen-
burg die beiden Schreiben des Miniſters Achenbach ſowie
etwaige Weiſungen bis zum Dienſtag zugehen laſſen wollten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

280.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 14. Juli 1874.

Euer Durchlaucht

wollen mir geſtatten, dem Wunſch der Beamten des Auswärtigen 1874
Amts entſprechend, deren ſo aufrichtigen wie ehrerbietigen Glück- 14. 7.
wunſch zu der Errettung aus unmittelbarer Lebensgefahr Euer
Durchlaucht darzubringen. Die bewegte Theilnahme aller An-
gehörigen war groß und allgemein: die Erregung der alten
Hausleute am Ergreifendſten. Je mehr ich mir die Details
vergegenwärtige und erfahre, je deutlicher ſcheint mir, daß dies
Mal wieder die Hand Gottes ſichtlich über Ihrem theuren
Leben gewaltet hat: es iſt das ein geſegnetes Vorzeichen für
Alles, was Gott Euer Durchlaucht noch zu leiſten und zu er-
reichen vorbehält.

Es war mir beſonders lieb, daß ich die Mittheilungen aus
Kiſſingen hier in Berlin empfing und ſofort das Entſprechende
veranlaſſen konnte. Auch die Depeſche, betr. die Maßregeln
gegen den Pfarrer Hauthaler, ging unverzüglich weiter und

1874 14. 7. heute früh kam ſchon die Antwort, daß um 9 Uhr in Wien Alles beſorgt ſei.

Der Eindruck iſt hier ganz allgemein der erwünſchte und richtige: Niemand zweifelt, daß die offenen und verſtreuten Hetzereien der Ultramontanen dem Mörder die Waffe an die Hand gegeben. Die Zeitungen haben ſich noch nicht äußern können. Das anliegende Urtheil der Engliſchen Preſſe wird Euer Durchlaucht willkommen ſeyn (die heutige National-Zeitung hatte noch kein Wort der Art, während die Londoner Morgenblätter ſich bereits ausſprechen).

Ich habe dies Mal die ganz beſtimmte Ahnung gehabt, daß Aehnliches kommen werde und in dieſer Empfindung mit Herrn v. Wertheim und Herrn von Madai verhandelt — aber was helfen Vorſichts-Maßregeln, wenn nicht die rechte Hülfe von Oben kommt! Vor ungefähr 14 Tagen habe ich einmal durch Legationsrath Aegidi eine Collection von Redensarten der Germania, auf Euer Durchlaucht Ende bezüglich, zuſammenſtellen laſſen: wie viel mehr der Art, was man nicht zu drucken wagte, wird geflüſtert und gepredigt ſeyn. Ich ſagte eben den Herrn Miniſtern mit Bezug darauf, daß von dem Gott wohlgefälligen Ereigniß zu dem Gott wohlgefälligen Werk und dem Anſtiften dazu der Weg für eine gewiſſe Sorte katholiſcher Prieſter nie weit geweſen iſt. Ueber die (morgen fortzuſetzende) Sitzung des Staatsminiſterii wollte der Vice-Präſident Euer Durchlaucht berichten: ich beſchränke mich daher auf die Bemerkung, daß der Vertreter des Grafen Eulenburg einen eigenthümlichen Eindruck von Apathie und Rathloſigkeit machte, Herr Camphauſen und Herr Friedberg recht gut und praktiſch und Herr Falk etwas zu juriſtiſch ſprachen, der Eindruck aber allgemein war, daß aus dieſer Schandthat eine entſchiedene Niederlage der Ultramontanen hervorgehen werde. Der zum Glück disponible Herr Teſſendorf wird Euer Durchlaucht guten Eindruck machen und nützen. Herr Friedberg wiederholte zwei-

mal und ohne Widerſpruch zu finden, daß ſein muthiges und 1874
erfolgreiches Vorgehen gegen die ſocialiſtiſchen Vereine Berlins 14. 7.
beim Miniſterio des Innern nur Hemmniß gefunden habe.

Die Mitglieder des diplomatiſchen Corps ſind in ihrer Mehrzahl hier geweſen, um Glück zu wünſchen, zum Theil ſchon im Namen ihrer Regierungen.

Darf ich noch hinzufügen, wie ſehr meine Frau und ich der Fürſtin gedenken und wie gern wir hoffen, daß Euer Durchlaucht trotz alledem und trotz den Feinden die Cur mit gutem Erfolg fortſetzen. Daß ſich ein Deutſcher zu dem Attentat verleiten ließ, iſt ein Schandfleck in unſerer Geſchichte: daß Gott es ſo lenkte, wird ſchließlich auch ein politiſches Glück ſeyn.

In alter und treuer Verehrung

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

B. Bülow.

281.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 19. Juli 1874.

Eure Durchlaucht

benachrichtige ich ganz ergebenſt, daß ich die Verhandlungen mit 1874
Friedenthal geſtern zu einem erwünſchten Abſchluß gebracht habe. 19. 7.
Friedenthal hat ſich bereit erklärt, gegen Mitte September und vielleicht, wenn ihm die Ordnung ſeiner Privatangelegenheiten raſcher gelingen ſollte, auch noch etwas früher das landwirthſchaftliche Miniſterium zu übernehmen. Ueber ſeine perſönlichen und geſchäftlichen Angelegenheiten, ſowie über die beabſichtigte Abwickelung der letzteren hat er mir die anliegende ſchriftliche Auskunft vom 18. l. M. ertheilt, die ich für den Fall anſchließe, daß Sie wünſchen ſollten, davon Kenntniß zu nehmen; ſie wird

1874 19. 7. bei Erſtattung des Immediatberichtes, der bis zum Anfang September auszuſetzen ſein dürfte, zu benutzen ſein. Sofern Eure Durchlaucht den Friedenthal vorab noch ſprechen wollen, wird er ſich auf ergehende Aufforderung einfinden. Für jetzt haben wir Sie damit verſchonen wollen.

Euer Durchlaucht haben die mittlerweile in Bezug auf die katholiſchen Geſellenvereine erlaſſenen Verfügungen erhalten, auch mit dem Grafen Eulenburg perſönlich über dieſe Angelegenheit konferirt.

Morgen will ich die bisher verſchobene Erholungsreiſe endlich antreten. Mögen Eure Durchlaucht die durch das abſcheuliche Attentat unterbrochene Kur mit beſtem Erfolge beenden! Dies wünſcht von ganzem Herzen

Ihr
treu ergebener
Camphauſen.

282.

Staatsſecretär B. v. Bülow an Bismarck.

Berlin, 4. Auguſt 1874.

Eurer Durchlaucht

1874 4. 8. darf ich für die gütige und gute Zuſchrift den herzlichſten und erfreuten Dank ausſprechen. Das Autograph, gerade drei Wochen nach dem Attentat wird als Schatz aufbewahrt werden und als Erinnerung an das, was damals geſchehen iſt und was ohne Gottes Beiſtand geſchehen ſeyn würde.

Eurer Durchlaucht ſucceſſive Aufträge ſind beſorgt oder doch in Gang geſetzt. Der Cultusminiſter dankt für die demſelben geſtern von mir gemachte Mittheilung, im Uebrigen träfen Eurer Durchlaucht Bemerkungen gerade den Punkt, der ihm am ſchwerſten auf dem Herzen liege: die Apathie oder gar Oppoſition des gläubigen Theils der evangeliſchen Geiſtlichkeit.

Besserung hoffe er, wenn auch nicht sehr zuversichtlich, von der Synodalverfassung und von der Erweckung des kirchlichen Interesses im Allgemeinen. Die negativen Elemente blieben dies nicht lange, sobald sie sich mit kirchlichen Fragen beschäftigten, und daher sei auch der Protestanten-Verein im Schwinden begriffen: seine guten Kräfte wendeten sich der Kirche wieder zu. Aber in vielen Pastoren stecke eben ein kleiner Papst und so lange als das gegenseitige Verketzern nicht aufhöre, werde auch die Evangelische Kirche als solche der römischen Organisation nicht gewachsen seyn. Ich erlaube mir hinzuzufügen, daß ein schlimmes Stück dieses Zustandes politischer Sauerteig ist, der unter der Maske der Orthodoxie die evangelische Kirche schädigt. In England wacht der alte Geist der Reformation lebhafter und erfreulicher auf, als leider in Deutschland der Fall ist. Doch fangen einzelne Gruppen, z. B. der hiesige sehr orthodoxe „Evangelische Anzeiger" an einzulenken, und die Jesuiten thun das Ihrige, um den Geist Luthers wieder aufzuerwecken. 1874 4. 8.

Mit den besten Wünschen für guten Fortgang und Schluß der Cur treu ergebenst und gehorsamst

B. Bülow.

283.

Bankpräsident v. Dechend an Bismarck.

Berlin 6. Januar 1875.

Eure Durchlaucht

haben mir bei der Besprechung der Bankfrage am 3. d. M. den Vorwurf gemacht, daß ich meine Bedenken gegen den Entwurf zum Bankgesetz nicht mit der nöthigen Energie geltend gemacht hätte. Um mich von diesem schweren Vorwurfe zu reinigen, bin ich genöthigt, Ew. Durchlaucht 1875 6. 1.

1875
6. 1.

1. ein für ſämmtliche Herren Staats-Miniſter beſtimmtes Promemoria, die Währungs- und die Bankfrage betreffend vom 19. Sept. v. J.,
2. Abſchrift meiner Immediat-Eingabe vom 12. Okt. v. J., worin ich mich über meine Nichtzuziehung zu den Staats-Miniſterial-Berathungen über die Bankfrage beſchwere,
3. Abſchrift des Beſcheides, welchen ich infolge dieſer Eingabe von meinem Herrn Chef unterm 15. October v. J. erhalten habe und worin mein Verlangen für unberechtigt erklärt wird,
4. Abſchrift meiner Antwort auf dieſen Erlaß vom 16. Oktober v. J.

zur hochgeneigten Kenntniß ganz gehorſamſt zu überreichen.

Das Promemoria unter No. 1. war, wie geſagt, für ſämmtliche Herrn Staats-Miniſter beſtimmt. Daß ſie daſſelbe nicht erhalten haben, liegt nicht an mir, ich bitte Ew. Durchlaucht aber ehrerbietigſt, nicht weiter in mich dringen zu wollen, warum die Abſendung unterblieben iſt, weil ich dadurch einem Manne ſchaden würde, der mir wohl will und in der beſten Abſicht gehandelt hat. — Die übrigen Schriftſtücke werden für ſich ſelbſt ſprechen, ſie haben aber weiter keine andere Folge gehabt, als daß ich von allen weiteren Verhandlungen über die Bankfrage ganz conſequent ferngehalten bin. Die alleinige Schuld hieran trägt nach meiner feſten Ueberzeugung der Herr Finanz-Miniſter, der mich nicht aufkommen laſſen will, weil er glaubt, daß ich die vielen und folgenſchweren Fehler, welche in der Bank- wie in der Münz-Politik unter ſeinem dominirenden Einfluß begangen worden ſind und uns in die jetzige mehr als bedenkliche Lage gebracht haben, ſchonungslos aufdecken werde, wenn ich dazu Gelegenheit erhalte.

v. Dechend.

284.

Prinz Albrecht von Preußen an Bismarck.

Hannover, den 1. April 1875.

Eure Durchlaucht

wollen mir gestatten Ihnen zur Vollendung Ihres 60. Lebens- 1875
jahres mit Allem dem Vielen und Großen, was darin und 1. 4.
namentlich in den letzten 10 oder 12 Jahren enthalten ist, meinen Glückwunsch auszusprechen. Ich fasse diesen dahin zusammen, daß es Eurer Durchlaucht vergönnt sein möge, das Vollendete sich zur Herrlichkeit entfalten zu sehen, das Begonnene unter Gottes Beistand durch alle Schwierigkeiten und Kämpfe glücklich hindurchzuführen zu Heil und Frommen von Preußen, von Deutschland, ja der ganzen Christenheit und zivilisirten Menschheit. — Was Preußen erobert, hat Deutschland gewonnen — so hieß es bisher. Was Deutschland aussicht, kommt der ganzen Christenheit zu gut — so heißt es jetzt. Möchten Eure Durchlaucht uns noch lange auf dieser Bahn fördern.

Albrecht,
Prinz von Preußen.

285.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

$\frac{8}{4}$ 75.

Falls bereits irgend etwas von Bedeutung wegen der 1875
italienischen Reise mit Sr. Majestät festgestellt ward, möchte 8. 4.
ich Sie bitten direkt zu mir zu kommen.

Friedrich Wilhelm KPz.

286.

Miniſter v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 7. Juni 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 7. 6. bitte ich ganz ergebenſt, mir geſtatten zu wollen, unmittelbar und in privater Weiſe gegen Hochdieſelben über einen Gegenſtand mich auszuſprechen, bezüglich deſſen ich mit meinen Collegen im diplomatiſchen Ausſchuß des Bundesraths ohne Vorwiſſen Ew. Durchlaucht mich nicht ins Benehmen ſetzen möchte.

Die Thatſache, daß, während in jüngſter Zeit Kriegsbefürchtungen in ſo eigenthümlicher Weiſe Europa beunruhigt haben, die deutſchen Bundesregierungen in ihrer Kenntniß von Exiſtenz, Grund und Tragweite einer Kriſe auf nicht zuverläſſige Zeitungsnachrichten ſich beſchränkt ſahen, dürfte es rechtfertigen und nicht als unbeſcheiden oder vordringlich erſcheinen laſſen, wenn die Vertreter der Regierungen ſich die Frage vorlegen, ob ein ſolches Verhältniß nicht der Beſſerung bedürftig und fähig und ob ſie nicht einen Anſtoß hiezu zu geben befugt und verpflichtet ſeien.

Deutſchland ſetzt das größte, ein nie dageweſenes Vertrauen in die völkerrechtliche Vertretung des Reichs durch Se. Majeſtät den Kaiſer, in die Leitung der deutſchen Politik durch Ew. Durchlaucht feſte und glückliche Hand. Immerhin iſt zur Erklärung des Kriegs im Namen des Reichs, wenn deſſen Gebiet nicht durch einen Angriff bedroht, die Zuſtimmung des Bundesraths erfordert und beſteht im offenbaren Zuſammenhang hiermit im Bundesrath ein beſonderer Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten.

Gewiß iſt dieſer Ausſchuß nicht zu eigentlicher Theilnahme an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten berechtigt

und werden ihm auch Mittheilungen über Verwickelungen oder Verhandlungen nicht ausnahmlos und nicht in jedem Stadium derſelben gemacht werden können. Angeſichts der zu Tag liegenden Unmöglichkeit aber, ſämmtliche Bundesregierungen auf ſchriftlichem Wege oder durch diplomatiſche Agenten in Kenntniß über die äußere Politik des Reichs — gerade in Zeiten eintretender Verwickelungen — zu erhalten, dürfte jener Ausſchuß vielleicht doch als ein brauchbares Mittel erachtet werden, zu Erreichung des Zwecks, den im Ausſchuß Sitz und Stimme habenden Regierungen in Vertretung aller entſprechende Mittheilungen zugehen zu laſſen und unter Umſtänden Gelegenheit zur Darlegung ihrer Anſichten zu geben in Augenblicken, in welchen die Geſchicke der Nation ſich entſcheiden. Nur wenn die Regierungen von Entſtehung und Verlauf einer Verwickelung rechtzeitig die Kenntniß erhielten, welche ſie infolge der eingetretenen Beſchränkung ihrer eignen diplomatiſchen Verbindungen anderwärts ſich nicht verſchaffen können, vermag der Bundesrath von ſeinem Votum über Krieg und Frieden wirklichen Gebrauch zu machen. Nur dann trifft auch die Verantwortung Alle, nicht bloß die allein eingeweihten Leiter der Politik. Gewiß würden auf den Ruf Ew. Durchlaucht die Miniſter der in dem Ausſchuß vertretenen Regierungen ſelbſt in demſelben zu erſcheinen ſich beeilen und würde der eigenthümliche Umſtand, daß Preußen nicht eigentliches Mitglied des Ausſchuſſes iſt, einer angemeſſenen Geſchäftsbehandlung nicht im Wege ſtehen. 1875 7. 6.

Ich weiß nicht, inwiefern die Anregung dieſes Gegenſtandes Ew. Durchlaucht von deren Standpunkt aus begründet und jetzt gerade angemeſſen erſcheint, ob Ew. Durchlaucht den Gedanken für ausführbar halten und den in Betracht kommenden Perſonen das erforderliche Vertrauen ſchenken. Ihn in der Weiſe wie geſchehen zur Sprache zu bringen, glaubte ich wagen zu dürfen, da ich aus Erfahrung weiß, daß Ew. Durchlaucht für An-

1875 7. 6. liegen und Wünſche der Bundesregierungen ein offenes und geneigtes Ohr haben.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Verſicherung meiner verehrungsvollſten Geſinnungen.

Mittnacht.

287.

Bismarck an Miniſter v. Mittnacht.

Varzin 16 Juni 1875.

Verehrteſter Herr College

1875 16. 6. Ihr gefälliges Schreiben vom 7 c. bietet mir einen willkommenen Anlaß zu einer Ausſprache, die umgehend erfolgt ſein würde, wenn ärztliche Rückſichten mir nicht hinderlich geweſen wären. Ich ſehe in Ihrem Schreiben einen Ausdruck reichsfreundlichen Vertrauens, von dem ich bedaure, daß er nicht auch von anderer Seite ſtattgefunden hat. Das Deutſche Reich kann keine Politik erfolgreich treiben, die nicht von den im Innern maßgebenden Factoren, dem Bundesrath und dem Reichstage, für richtig erkannt wird. Um die letzteren zur Beurtheilung derſelben im Stande zu erhalten, iſt eine fortdauernde Fühlung der durch ſie vertretenen Nation mit der Reichspolitik nothwendig, und dieſe Fühlung wird, ſoweit ſie der actenmäßigen Grundlage entbehrt, falſch beeinflußt durch die Publiciſtik, auf deren Gebiet die Reichspolitik ſich nicht derſelben zuverläſſigen Unterſtützung erfreut, deren die Regirungen andrer Länder bezüglich ihrer Stellung zum Auslande in der Regel ſicher ſind.

Während der in den letzten Monaten von allen Gegnern des Reichs in und außer Deutſchland verſuchten Fälſchung der europäiſchen Situation bin ich wiederholt in Verſuchung geweſen, dem gerade verſammelten Preußiſchen Landtage die wirkliche Situation und den wahrſcheinlichen Urſprung der Entſtellung

derſelben klar zu legen, um auf dieſem immerhin authentiſchen Wege in die Verlogenheit unſerer Gegner einzugreifen. Ich habe davon Abſtand genommen, weil ich nicht für Preußen ein Beiſpiel geben wollte, dem zu folgen jeder Miniſter eines Bundesſtaates ſeinem Landtage gegenüber daraus das Recht hätte herleiten können. Es wäre mir erwünſcht geweſen, wenn ich damals von einer der Stellen, welche in der letzten Entwicklung der deutſchen Politik eine maßgebende Stimme haben, interpellirt worden wäre, um in meiner Antwort die wahre Sachlage zum Ausdruck bringen zu können. Der diplomatiſche Ausſchuß des Bundesraths iſt eine verfaſſungsmäßige und wie ich glaube bei allſeitiger Richtigſtellung ſeiner Beziehungen zur Reichsgewalt und ſeiner Zuſammenſetzung, auch in hohem Grade nützliche Inſtitution des Reiches. Wenn ich das Recht hätte denſelben zu berufen, ſo würde ich von dieſem Rechte vor 4 oder 6 Wochen gewiß Gebrauch gemacht haben. Ich will damit nicht ſagen, daß ich die gegenwärtige verfaſſungsmäßige Einrichtung des Ausſchuſſes ganz geeignet hielte, um mir von ſeiner Mitwirkung die Erfolge zu verſprechen, die eine analoge Inſtitution meines Erachtens im Intereſſe der Reichspolitik haben könnte, wenn ſie einigen Reformen unterzogen würde. Ich kann nur ſagen, daß ich mich bei verantwortlichen Entſchließungen in wichtigen Fragen, bevor ich Sr. Majeſtät dem Kaiſer Vortrag halte, des ſachkundigen Rathes befreundeter Staatsmänner gern bedienen würde und daß ich mich des Zeugniſſes derſelben bedürftig fühle, wenn es ſich darum handelt, den Entſtellungen entgegenzutreten, welche von den Gegnern des Reichs und von gewerbsmäßigen Correſpondenten in gewinnſüchtiger Abſicht oder im Dienſte einzelner Diplomaten öffentlich accreditirt werden. Ich würde Eurer Excellenz und Ihren Collegen im Reich in mündlicher Beſprechung nähere Auskunft und den Beweis geben können, wie weit Se. Majeſtät der Kaiſer von jeder Verſuchung entfernt iſt, eine Politik nach außen zu verfolgen, die nicht den Geboten

1875
16. 6.

1875 16. 6. der friedlichen Reichsintereſſen und alſo auch den Intentionen aller hohen Reichsgenoſſen entſpräche. Eine offene Ausſprache über die Ziele und die Maßnahmen der Reichspolitik wird meinerſeits mit Genehmigung Sr. Majeſtät des Kaiſers jedesmal ohne Anſtand ſtattfinden, wenn ſie den leitenden Miniſtern der im diplomatiſchen Ausſchuß vertretenen Souveräne gegenüber erfolgen kann; es würde ſich nur um die Herbeiführung der Begegnung handeln. Unter welchen Modificationen der beſtehende diplomatiſche Ausſchuß dazu förderlich werden kann, darüber würde ich gern auf jeden Vorſchlag erwägend eintreten, namentlich wenn er von Eurer Excellenz oder von einer ſo wohlvertretenen Regirung wie die Kgl. Württembergiſche, auch durch deren ſtändigen Geſandten zunächſt vertraulich an mich gelangte. Jedenfalls bin ich Eurer Excellenz amtlich und perſönlich dankbar für die freundliche Anregung des für die Fortbildung der Reichseinrichtungen ſo wichtigen Gegenſtandes.

Genehmigen Eure Excellenz die Verſicherung meiner Verehrung und Ergebenheit.

v. Bismarck.

288.

Miniſter v. Mittnacht an Bismarck.

Stuttgart 11. Juli 1875.

Ew. Durchlaucht

1875 11. 7. hochverehrliches Schreiben vom 16. vor. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich ſage vor Allem meinen ganz ergebenſten Dank für daſſelbe.

Am 7. d. Mts. und heute hatte ich Gelegenheit, den Gegenſtand im Allgemeinen mit dem Kgl. Bayriſchen Staatsminiſter Herrn v. Pfretzſchner, der im Wildbad eine Cur gebrauchte und heute zurückreiſte, zu beſprechen. Herr v. Pfretzſchner ſagte mir, die Nichtactivität des diplomatiſchen Ausſchuſſes werde in der neu

zu wählenden bayrischen Abgeordnetenkammer nach deren Zu- 1875
sammentritt im Monat October einen Hauptangriffspunkt gegen 11. 7.
ihn bilden, und es würde ihm in hohem Grade zu Statten kommen, wenn bis dahin [1]) zur Belebung der Einrichtung etwas geschehen könnte, wenn auch nur insoweit, daß er auszusprechen in der Lage wäre, es seien Schritte in dieser Richtung gethan [2]). Herr v. Pfretzschner wünscht keine Aenderung der Reichsverfassung, welche Bayern das Recht des Vorsitzes im Ausschuß zuweist. Er würde aber zu einer Gestaltung der Einrichtung dahin bereit sein, daß der Reichsgewalt neben Bayern das Recht, den Ausschuß zu berufen, zustände, daß in diesem Fall die leitenden Minister erscheinen würden, daß der Ausschuß auch in der Zeit, zu welcher der Bundesrath nicht berufen ist, fungiren könnte und daß er in den dazu geeigneten Fällen nicht gehalten wäre, an das Plenum des Bundesraths über die Vorgänge in seinem Schoße zu berichten [3]).

Herr v. Pfretzschner will nun zunächst den Ausfall der bayrischen Wahlen abwarten. Am 30. d. Mts. werde ich von einer demnächst anzutretenden kleinen Reise zurückkehren. In den ersten Tagen des August beabsichtigt sodann Herr v. Pfretzschner an Ew. Durchlaucht mit der allgemeinen Bitte, dem diplomatischen Ausschuß zum Leben zu verhelfen, unter Berufung auf die besondere Lage des bayrischen Ministers schriftlich sich zu wenden. Um die Zeit der Einweihung des Armindenkmals werde ich vermuthlich eine Reise nach Norddeutschland machen. Wäre es Ew. Durchlaucht genehm [4]), so würde ich an jedem von Ew. Durchlaucht bestimmten Orte [5]) zu einer Besprechung mich zur Verfügung stellen. Ich bin auch bereit, in anderer Weise thätig zu werden und erbitte mir nur die diesfälligen Befehle Ew. Durchlaucht.

Genehmigen Ew. Durchlaucht die Versicherung meiner verehrungsvollsten Gesinnungen.

Mittnacht.

1875 11. 7. Randbemerkungen Bismarcks:

[1]) schwerlich. [2]) Dann muß er sie thun. [3]) Ohne Verfassungsänderung? [4]) ja! [5]) hier.

289.

Minister v. Pfretzschner an Bismarck.

Durchlauchtiger Fürst,

Hochverehrtester Herr Reichskanzler!

1875 12. 8. Wie Ew. Durchlaucht ermessen können, hat die bekannte Frage des Bundesrathsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten mich schon vielfach beschäftigt. Ich habe auch im vorigen December gelegentlich meiner Anwesenheit in Berlin mit dem Herrn Staatssecretär v. Bülow einen Meinungsaustausch hierüber gepflogen.

Es ist nun mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß bei den Verhandlungen des bevorstehenden bayrischen Landtags, welche für die Kgl. Regierung unter den eigenthümlichen Parteiverhältnissen des Landes mehrfache Schwierigkeiten in Aussicht stellen, auch die Frage jenes Ausschusses wieder zur Sprache kommen wird und aus der bisherigen geringen Thätigkeit desselben Angriffe und Vorwürfe für die Regierung und speciell für meine Person, werden abgeleitet werden.

In der That hat der 8. Ausschuß während der letzten Jahre vollständig geruht, so daß ich einer derartigen Discussion gegenüber mich ohne Zweifel in einer schwierigen Stellung befinden werde. Denn mit so lebhaftem Danke ich auch die von der bundesfreundlichen Gesinnung Ew. Durchlaucht ins Leben gerufenen Depeschenmittheilungen erkenne, so muß ich doch bezweifeln, ob die Gegner im Landtage zugeben werden, daß in diesen Mittheilungen ein ausreichender Vollzug der betr. Verfassungsbestimmung oder ein genügender Ersatz hierfür zu erblicken sei.

Die hier angedeutete, in der Eigenthümlichkeit unſerer inneren Lage begründete Schwierigkeit veranlaßt mich den gegenwärtigen Augenblick zu wählen, um Ew. Durchlaucht Augenmerk auf dieſe Angelegenheit zu lenken und Hochdero geneigter Erwägung anheimzugeben, in welcher Weiſe wohl die fragliche vertrags- und verfaſſungsmäßig beſtehende Einrichtung fernerhin zu einer entſprechenden Wirkſamkeit gebracht werden könne. 1875 12. 8.

Ew. Durchlaucht erleuchtetem Blicke darf ich durch Detailvorſchläge in der angegebenen Richtung nicht vorgreifen und ich erlaube mir überhaupt Hochdieſelben ganz ergebenſt zu bitten, dieſe meine vertrauensvolle Anregung vorerſt als eine privative geneigteſt betrachten zu wollen. In dieſer Begrenzung aber glaube ich nicht unterlaſſen zu dürfen, meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß es möglich und wünſchenswerth ſein dürfte, ſich über Modalitäten zu verſtändigen, welche geeignet ſein könnten, eine gedeihliche Mitwirkung jenes Ausſchuſſes im Dienſte der gemeinſamen nationalen Intereſſen und ohne Beeinträchtigung der nothwendigen Freiheit der auswärtigen Politik des Deutſchen Reichs ins Leben zu rufen.

Aus dem mir ſo vielfach bezeigten Entgegenkommen Ew. Durchlaucht darf ich die Hoffnung ſchöpfen, daß auch dieſe Zeilen, mit welchen ich Hochdero ländliche Zurückgezogenheit zu durchbrechen wage, eine freundliche Aufnahme finden und zur Klärung einer Angelegenheit beitragen werden, auf deren allſeitig befriedigende Löſung von Sr. Majeſtät dem König, meinem allergnädigſten Herrn, ein beſonderes und hohes Gewicht gelegt wird.

Genehmigen Ew. Durchlaucht auch bei dieſem Anlaſſe den erneuten Ausdruck der ausgezeichnetſten Hochachtung und wärmſten Verehrung, mit welcher ich beſtehe

Ew. Durchlaucht

ganz ergebenſter

München, den 12. Auguſt 1875. v. Pfretzſchner.

290.

Bismarck an Minister v. Pfretzschner.

Varzin 27 August 1875.

Geehrter Herr College

1875 27. 8. Auf Ihr gefälliges Schreiben bezüglich des diplomatischen Ausschusses beehre ich mich in derselben privativen Form und vorbehaltlich mündlicher Besprechung einstweilen zu erwidern, daß ich gern jeder Entwicklung unserer gemeinsamen Institutionen förderlich sein werde, welche den Wünschen der hohen Regirungen und den nationalen Interessen entspricht. In dieser Richtung würde ich auch der Frage des diplomatischen Ausschusses bereitwillig näher treten, sobald sich Gelegenheit bietet, dieselbe mit Eurer Excellenz und andern Collegen vertraulich und mündlich zu erörtern. Die Schwierigkeiten, welche dabei zur Sprache kommen, sind von der Natur, daß ich schriftliche und zu weiterer Besprechung geeignete Vorschläge meinerseits nicht machen kann.

Daß die Frage auf dem bayrischen Landtage von Seiten der Gegner der Regirung mit Erfolg wird ausgebeutet werden können, glaube ich kaum. Die Herrn, welche sie anregten, würden ihren nationalen Gegnern einen günstigen Kampfplatz eröffnen. Dieselben würden geltend machen, daß Art. 8 der Verfassung dem Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten keine andre Aufgabe stellt, als den anderen Ausschüssen, d. h. die der Berichterstattung, welche der Bundesrath über die aus dem Geschäftskreise des Ausschusses an ihn gelangenden Vorlagen und Anträge erfordert. Diese Aufgabe tritt in ihrer vollen Wichtigkeit zu Tage, wenn der Fall des Art. 11, Alin. 2 eintritt, der bisher glücklicherweise nicht vorgelegen hat*); sie kann auch in Folge der Alin. 3 Art. 11 an den Ausschuß herantreten, es sind aber bisher Verträge mit dem Auslande

*) Kriegserklärung ohne vorausgegangenen feindlichen Angriff.

weſentlich nur über ſolche Gegenſtände aus Art. 4 zur Be- 1875
ſchlußnahme gelangt, in Betreff deren die Verfaſſung auf 27. 8.
Bayern keine Anwendung findet. Der bayriſche Landtag wird alſo nicht in der Lage ſein, der Kgl. Regirung irgend einen Vorwurf wegen Nichtberufung des Ausſchuſſes zu machen.

Wohl aber iſt zu beſorgen, daß die Discuſſion, wenn ſie ſtattfindet, die Majorität des Reichstags mißtrauiſch gegen jede über das im Wortlaut der Verfaſſung gegebene Maß hinausgehende Betheiligung des Ausſchuſſes an auswärtigen Geſchäften machen und die factiſche Herbeiführung einer ſolchen erſchweren würde, zu der ich gern die Hand zu bieten bereit bin, ſoweit es ſachlich thunlich ſein wird.

In freundſchaftlicher Verehrung bin ich, geehrter Herr College,

Eurer Excellenz ganz ergebenſter

v. Bismarck.

291.

Bismarck an Miniſter Visconti Venoſta.

Varzin 13 Octobre 1875.

Son Excellence
Monsieur Visconti Venosta,
Ministre des Affaires Etrangères de S. M. le Roi d'Italie.

Monsieur le Ministre.

Il m'a été très-pénible de devoir renoncer à l'honneur 1875
d'accompagner Sa Majesté l'Empereur et Roi, mais mon médecin 13. 10.
que j'ai fait venir de Berlin, dans l'espoir de trouver dans son avis l'encouragement que me refusaient ses collègues d'ici, trouve comme eux dans l'état actuel de ma santé des raisons peremptoires pour s'opposer à mon voyage, et l'état où je me trouve, me force à me soumettre à sa décision. C'est avec

1875 13. 10. un profond regret que je renonce à l'espoir, caressé jusqu'au dernier moment, d'accompagner mon auguste Maître, de rendre mes hommages à Sa Majesté le Roi, de renouer les relations politiques et personnelles avec Votre Excellence et de revoir Votre beau pays. Aussi dans le désir, que Vous me connaissez, de cultiver les relations amicales qui existent entre l'Allemagne et l'Italie et dont le maintien est d'un si grand prix pour les deux pays, ne puis-je me désister que difficilement d'une entrevue avec Votre Excellence.

Je vous prie d'être auprès de S. M. le Roi l'interprète de mes sentiments et d'agréer l'assurance renouvelée de ma considération la plus distinguée.

v. Bismarck.

292.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

5 Dez. 75.

1875 5. 12. Die Kronprinzeſſin und ich bitten Sie Ihrer Tochter in unſerer Beider Namen zu ſagen, daß wir ihr aus tiefſtem Mitgefühl nachempfinden, wie ſchwer ſie an dem ſo unerwartet und plötzlich eingetretenen Tode ihres Bräutigams*) zu leiden hat.

Nach den bangen Wochen abwechſelnden Zagens und Hoffens tritt die erſchütternde Wirklichkeit eines ſolchen Verluſtes wahrhaft grauſam an das jugendliche Gemüth der Braut heran!

Aber auch Ihrer und der Fürſtin gedenken wir mit aufrichtiger Theilnahme und verſetzen uns in die bekümmerte Stimmung, die ſich Ihrer bemächtigen muß, nachdem ſo ſchöne, frohe Hoffnungen für das Wohl der geliebten einzigen Tochter nun geſchwunden ſind.

*) Des Grafen Wendt zu Eulenburg.

Das Freudenfeſt der Chriſtenheit, dem wir entgegengehen, 1875
wird jetzt Ihr Haus und das des Heimgegangenen in tiefſter 5. 12.
Trauer antreffen. Möchte aber dafür wenigſtens von dem
Stärkung zum Tragen dieſes Kreuzes Ihnen Allen zu Theil
werden, der das einzige, wahre Licht in bekümmerte Seelen
zu bringen vermag!

Ihr
ſehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

293.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 17. Dezbr 75.

Ich erſehe aus verſchiedenen mir zu Ohren gekommenen 1875
Mittheilungen, daß Sie den Uebergang ſämmtlicher Eiſenbahnen 17. 12.
Deutſchlands auf das Reich in Anregung bringen. Gern
möchte ich mich über dieſe wichtige, die Intereſſen und die
Machterweiterung des Reichs weſentlich fördernde Frage genauer
unterrichten und erſuche Sie daher, mir einen Ihrer Beamten
zu bezeichnen, welcher mir Vortrag über dieſelbe halten kann.

Ihr
ſehr ergebener
Friedrich Wilhelm KPz.

294.

Fürſt Chl. zu Hohenlohe an Bismarck.

Kaiſerlich
deutſche Botſchaft Paris d. 1. Januar 1876.
in Frankreich.

Durchlauchtigſter Fürſt.

In ultramontanen Kreiſen wird die Erzählung colportirt, 1876
die auch den Weg in einzelne öffentliche Blätter gefunden hat, 1. 1.

1876 1. 1. daß ich mich entſchieden gegen den ſ. g. Arnimparagraphen der Strafgeſetznovelle*) ausgeſprochen habe. Ich lege zu großen Werth auf das Vertrauen, mit dem Euer Durchlaucht mich zu beehren die Güte haben, um dasſelbe der Gefahr auszuſetzen, durch böswilliges Gerede erſchüttert zu werden. Ich erlaube mir daher zu erklären, daß jene Erzählung auf Erfindung beruht.

Ich betrachte den fraglichen Artikel mit großem Gleichmuth. Wäre das nicht der Fall, ſo würde ich mir geſtattet haben, meine Bedenken Euer Durchlaucht gegenüber ſelbſt zum Ausdruck zu bringen. Ich kenne und würdige die Motive, welche Euer Durchlaucht veranlaßt haben, den fraglichen Geſetzesvorſchlag vorzulegen. Das was dieſer Artikel für die Beamten des auswärtigen Amtes Bedrohliches haben mag, berührt mich nicht, da ich ſtets von dem Grundſatze geleitet werde, ein Botſchafter dürfe nur ſolange im Amte bleiben, als er das Vertrauen des Kaiſers und des leitenden Staatsmannes beſitzt.

Vielleicht iſt dieſe Darlegung überflüſſig. Euer Durchlaucht wollen indeſſen daraus erſehen, wie groß der Werth iſt, den ich auf Ihr mir ſtets erwieſenes Wohlwollen lege. Ich bitte darum auch für die Zukunft und ſchließe, indem ich Euer Durchlaucht meine aufrichtigen Glückwünſche zum Neuen Jahre darbringe. Möge Gott Ihnen Kraft und Freudigkeit erhalten, das ſchwere Amt auch ferner zum Heile von Kaiſer und Reich fortzuführen.

Mit unveränderter Verehrung

Euer Durchlaucht

treu ergebenſter

C. F. v. Hohenlohe.

---

*) Vgl. Bismarcks Politiſche Reden VI, 318 Anm. 1.

295.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 5. Januar 1876.

Ich sprach heute längere Zeit mit dem auf wenige Tage 1876
hier weilenden Prof. Dr. Geffcken aus Straßburg über sein 5. 1.
auch Ihnen wohl bekannt gewordenes Buch „Staat und Kirche". Die Ansichten, welche er dabei entwickelte, dürften Sie interessiren, da Geffcken ein Mann ist, der reiflich nachdenkt und viel Erfahrungen sammelte; ich möchte Sie deshalb auf ihn aufmerksam gemacht haben, falls Sie ihn sprechen wollen.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

296.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Berlin 8 Januar 1876.

Durch Eurer Kaiserlichen Hoheit gnädiges Handschreiben 1876
veranlaßt, habe ich aus den Acten des auswärtigen Amtes 8. 1.
einen Theil der über Dr. Geffcken darin enthaltenen Notizen in der Anlage zusammenstellen lassen, und füge außerdem die No. 187 der vorjährigen National-Zeitung unterthänigst bei.

Dr. Geffcken gehört der Richtung der evangelischen Kirche an, welche, ähnlich wie Präsident von Gerlach und einige andere Protestanten, der Centrums-Partei und den Jesuiten affilirt ist, und allen Entwickelungsphasen des Deutschen Reichs feind-

1876 8. 1. lich gegenüberſtand und noch ſteht. Bei den Verhandlungen, welche im letzten Sommer bei mir angeregt wurden, iſt mir von ultramontaner Seite grade der Dr. Geffcken als der Mann angedeutet worden, der eventuell die ultramontanen Wünſche und Intereſſen zu vertreten beſtimmt ſei. Ueber ſein Buch kann ich ziemlich unbefangen urtheilen, denn ich habe den ſpeciellen Inhalt der Maigeſetze, den ich damit nicht tadeln will, nicht zu verantworten; ich war damals an den Arbeiten des Preußiſchen Miniſteriums nicht betheiligt und namentlich weder Cultusminiſter noch Miniſterpräſident. Um ſo unpartheiiſcher kann ich conſtatiren, daß in den mir bekannten Kreiſen der Fachmänner Dr. Geffckens Buch als eine ſeichte Compilation bezeichnet wird, wie ſeine Kritik der Falkſchen Geſetze jedenfalls von dreiſter Anmaßung, aber nicht von ſachlicher Prüfung Zeugniß giebt.

Ich habe Herrn Geffcken auf ſeinen Wunſch zur Profeſſur in Straßburg vorgeſchlagen, in dem guten Glauben, daß es ihm um wiſſenſchaftliche Thätigkeit ehrlich zu thun ſei, und daß ſein Auguſtenburgiſcher und Hanſeatiſcher Particularismus durch die Herſtellung des Reiches verſöhnt ſein werde. Ich habe mit Bedauern gehört, daß ich mich darin geirrt habe, und er ſelbſt an einem ſo wunden Punkte wie im Elſaß die Reichsintereſſen befeindet.

Es würde mich das Alles nicht abhalten, ihn, wie ſo manchen Gegner, zu ſehn, wenn ich nicht eine Unterredung ohne Zeugen mit ihm ſcheute, und wenn ich nicht fürchten müßte, daß jeder Verkehr mit dieſem Werkzeug confeſſioneller Intriguen das Mißtrauen der öffentlichen Meinung und insbeſondre das meiner Collegen gegen mich wecken müßte.

v. Bismarck.

297.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 12. Januar 1876.

Ich danke Ihnen für die Mittheilung der Gründe, welche 1876
Sie bestimmt haben, den Professor Dr. Gefficken nicht zu em- 12. 1.
pfangen, sowie für die Ihrem Schreiben beigefügten, den Acten des Auswärtigen Amtes entnommenen Notizen. Ich gestehe gern, daß ich Ihnen nicht zugemuthet haben würde, meinen ehemaligen Studiengenossen von der Bonner Hochschule zu sehn, wenn mir Ihre Ansichten über ihn bekannt gewesen wären. Bei meinen langjährigen, wenn auch häufig unterbrochenen Beziehungen zu Dr. Gefficken habe ich bei demselben weder eine Hinneigung zum Katholicismus noch eine grundsätzliche Gegnerschaft zu Preußen jemals wahrgenommen. Vielmehr konnte ich aus seiner ganzen Haltung, wie aus seinen oftmaligen Aeußerungen nur entnehmen, daß an seiner eifrig protestantischen Gesinnung ebensowenig zu zweifeln sei, wie an seinem Patriotismus, wenn auch die Neigung zu abfälligen Kritiken ihn hin und wieder der Gefahr auszusetzen schien, wider seine Absicht zu den Feinden der Reichsregierung gezählt zu werden.

Ich konnte daher immerhin glauben, daß es Ihnen von Interesse sein möchte, über eine Frage, welche in ihrer weitreichenden Bedeutung Sie fast täglich in Anspruch nimmt, die Ansichten eines Mannes zu hören, den ich freilich als Gegner unserer gegenwärtigen Kirchenpolitik kannte, dessen Ansichten über dieselbe auch ich zu theilen keineswegs geneigt war, von dem ich aber nach seinen eigenen Versicherungen annehmen mußte, daß er mit noch größerer Entschiedenheit als Gegner der Ultramontanen betrachtet werden durfte. Um so überraschender ist mir daher die Mittheilung gewesen, daß Ihnen Dr. Gefficken von betheiligter Seite als derjenige angedeutet

1876 12. 1. worden ist, welcher eventuell bestimmt sei, die ultramontanen Wünsche und Interessen zu vertreten, und ich brauche kaum zu sagen, daß ich unter diesen Umständen, wie sehr ich auch an der Hoffnung festhalte, daß diese Andeutung ohne sein Vorwissen erfolgt ist und auf einer völligen Verkennung seiner Gesinnungen beruht, doch die Bedenken für zutreffend erachten muß, welche Sie einer Unterredung mit ihm entgegengesetzt haben.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

298.

Graf v. Roon an Bismarck*).

Crobnitz bei Reichenbach Oberlausitz,
den 15. Februar 1876.

Hochverehrter Freund!

1876 15. 2. Mit dieser meiner Empfindung für Sie entsprechenden Anrede will ich Ihnen auch heute nahen, da nur der Titel alter Freundschaft mich allenfalls berechtigt, den vielbeschäftigten Reichskanzler zu belästigen.

Meinen herzlichen Glückwunsch zur leidlichen Wiederherstellung Ihrer Gesundheit und zur würdigen Verabschiedung des fast unleidlichen Reichstages zuvor! Mögen beide corpora sich gesunder wiederfinden!

Der Zweck dieser Zeilen ist indeß weder, Ihnen meine selbstverständliche Theilnahme zu bezeugen, noch über politische Geschäfte zu sprechen, deren volles Verständniß mir auf meinem Lausitzer Pelikanhemel vielleicht nicht möglich, sondern vielmehr,

*) Theilweise veröffentlicht in Roons Denkwürdigkeiten III, S. 426 f.

um Sie an ein mir bei unſerem letzten perſönlichen Erſehen im Novbr. 74 freundlich gegebenes Verſprechen zu erinnern in Betreff meines Schwiegerſohnes Brauchitſch. 1876 15. 2.

Mag man gleich Nepotismus und Stellenjägerei verwerflich finden wie ich: dennoch kann man ſich bei einiger Welterfahrung der Thatſache nicht verſchließen, daß perſönliche Rückſichten bei der Vertheilung der Rollen in dieſer Welt oft großen Einfluß üben, und daß man mit catoniſchen Grundſätzen vielleicht die Anerkennung Gleichgeſinnter, ſelten aber praktiſche Erfolge erreicht.

Erlauben Sie daher, das Ihnen einſt mündlich Vorgetragene zu wiederholen, daß Brauchitſch, früher Landrath in Genthin, ſeit 4½ Jahren aber Regierungsrath in Potsdam, während des franzöſiſchen Krieges Präfect in Verſailles, in allen dieſen Stellungen, namentlich in der letztgenannten, unter Ihren eigenen Augen dargethan, daß er für höhere, auch für ſelbſtſtändige Verwaltungsſtellen wohl geeignet iſt. Sie meinten daher auch, daß der Genannte längſt in eine Präſidenten-Stelle gerückt ſei, und verſprachen dafür zu ſorgen, daß bisher Verſäumtes bald nachgeholt werde.

Das in widernatürlicher Ehe mit der amtlichen Erzeugung von Präſidenten, Vicepräſidenten ꝛc. betraute und — wie Sie wiſſen — mir immer ſehr ungeneigte Miniſter-Paar vereinigt ſich aber viel leichter über dasjenige, was zu unterlaſſen als über das, was zu thun ſei; ſo haben ſie ſich bislang immer darin einig gefunden, daß Brauchitſch *nicht* zu berückſichtigen ſei.

Sollte dies nun wohl auch ferner ſo bleiben, wenn der Reichskanzler und Miniſterpräſident wirklich das Verlangen äußern ſollte, daß Brauchitſch nächſtens hervorzuziehen ſei? — Kaum glaublich! —

Nun ſind, ſoviel ich erfahren, zunächſt die Vicepräſidenten-Stellen in Caſſel und in Schleswig zu vergeben. — Der Soldat hat zwar ohne Murren dahin zu gehen, wohin er geſchickt wird;

1876 15. 2. in der Beamtenwelt ist man indeß erfahrungsmäßig nicht so strenge.

Wenn ich nun anführe, daß meine Tochter im vergangenen Sommer an acutem Gelenk-Rheumatismus lebensgefährlich erkrankte und davon noch nicht ganz wiederhergestellt ist, so ist es begreiflich, daß ich die Versetzung nach dem nordischen, von Wasser umgebenen und von rauhen Winden umbrausten Schleswig nicht wünschen kann, daß ich mich dagegen über die Versetzung meines Eidams nach Cassel herzlich freuen würde.

Und damit bin ich fertig. Die Supplik ist mir nicht ganz leicht geworden. Möglich erschien mir eine solche überhaupt nur Ihnen gegenüber. Sollte diese Bitte eines erprobten alten Freundes keinen Wiederhall finden? — Zwar bin ich jetzt nicht einmal mehr die Ziska-Haut auf der Trommel, aber genug! — Selbstanpreisung wäre entweder überflüssig oder — lächerlich. —

Mögen Sie schließlich noch wissen, daß Ihr alter ausrangirter Gefährte wie ein absterbender Cactus in seinem windsicheren Glashauswinkel vielleicht noch eine Weile fortvegetiren dürfte, bis der an der Wurzel nagende Todeswurm auch die letzten Fasern zerschnitten haben wird. Aber zu produziren und zu brauchen ist er nicht mehr, denn mit den mageren Blüthen sind auch die scharfen Stacheln abgefallen. In dieser rein vegetirenden Gegenwart freue ich mich doch meiner Vergangenheit, so viele beschmutzte, leere und zerrissene Blätter es auch darin geben mag; hoffe ich doch auf eine Gottes gnädigen Verheißungen entsprechende Zukunft, in welcher Glück und Glanz dieser Erde nur noch wie Schlacken, wie Ueberbleibsel erscheinen, die von belebender Wärme oder auch von verzehrender Gluth Zeugniß ablegen. Aber verzeihen Sie diesen Nachmittagsprediger-Ton, den Sie, der Sie noch mitten in dem Getriebe der Welt stehen, wie die treibende Feder in der Zeituhr, natürlich abgeschmackt finden werden. Aber innigst hoffe und

wünſche ich, daß Sie neben oder nach den Mühen und 1876
Leiden Ihrer großen Rolle das Bewußtſein Sich erhalten reſp. 15. 2.
wieder beleben, daß alle Triumphe und Erfolge menſchlicher Größe, daß alle Freude, aller Glanz und Schimmer unſeres fröhneriſchen dunſtigen Erden-Daſeins Nichts ſind im Vergleich mit der uns in Jeſu Chriſto verheißenen ewigen Herrlichkeit.

Das wünſche ich Ihnen von ganzem Herzen und mit dem Ihnen ſeit einem Decennium in unverbrüchlicher Treue gewidmeten Intereſſe, mit dem ich bin und bleibe

Ihr
treu ergebener alter Freund
v. Roon.

299.

Kardinal G. v. Hohenlohe an Bismarck.

Rom 5. März 76.

Nachdem Cardinal Ledochowski vorgeſtern ankam, und ſeine 1876
Audienz bei Sr. Heiligkeit denſelben Abend hatte, auch vom 5. 3.
päbſtlichen Hofſtaat begrüßt worden war, kam er geſtern Abend zur Fürſtin Odescalchi (geb. Branicka), woſelbſt einige Leute eingeladen waren; Cardinal Ledochowski ſprach ſich daſelbſt ſehr anerkennend aus, wie ſchonend man ihn in Oſtrowo behandelt habe, welch' hübſchen Garten zum Spazierengehen ꝛc. ꝛc.; auch ſagte er: man würde in Berlin nicht weiter vorgehen gegen die katholiſche Kirche, und wenn auch nicht gleich, ſo würde doch ſpäter wohl der Fürſt Reichskanzler Frieden machen mit der katholiſchen Kirche. Ich ſagte dem betreffenden hohen Herrn, der mir dies erzählte, „dann möchte man doch den Cardinal Ledochowski als Legat nach Berlin ſenden". Da antwortete man mir, das ſey doch noch Etwas zu früh (troppo presto). Uebrigens wäre man ja jetzt ſchon milder hier geſtimmt, und es würden

1876 5. 8. keine Reden und Allocutionen gegen dieſe „Pruſſia“ mehr gehalten werden. Ich antwortete: „wir wollen es hoffen, und namentlich ſollte man auch der Centrumsfraction das Handwerk legen; und dann den Biſchöfen in Deutſchland Inſtructionen geben, daß ſie, wo immer möglich, ſich mit der Regierung verſtändigen, und dies einſtweilen von hier aus toleriren“.

Dies wurde mir von dem hohen einflußreichen Herrn in Ausſicht geſtellt, — aber ob es dazu kommt, iſt eine andre Frage. — Das ganze Uebel, meinte der hohe Herr, datire vom verſtorbenen Cardinal Reiſach, der bei Pabſt und Antonelli ſtets gegen die „Pruſſia“ gehetzt habe, und den Keim zu All' dem gelegt, was heute zu ſo großem Schaden aufgewachſen ſey.

Eine klare Darſtellung der hieſigen Situation zu geben, iſt ſchwer, ich beſchränke mich daher auf die Citirung obiger Facta, und verbleibe mit beſten Wünſchen für Dero Wohlſeyn

G. Cardinal von Hohenlohe.

300.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 9. Mai 1876.

1876 9. 5. Bevor Zar und drei Kanzler ſich in Berlin verſammeln, möchte ich Sie gern noch einmal, und zwar wenn es Ihnen paßt, Mittwoch den 10. Mai Abends halb neun Uhr beſuchen. Wünſchen Sie einen andern Tag oder eine andere Zeit, ſo laſſen Sie es ja wiſſen

Ihren

ſehr ergebenen

Friedrich Wilhelm KPz.

301.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

12. Mai 1876.

Nach reiflicher Ueberlegung des mit Ihnen geführten Ge- 1876
sprächs am 10. d. Mts. Abends, kann ich den Gedanken, Fried- 12. 5.
berg das in Aussicht stehende Reichs-Sekretariat für Justiz-Angelegenheiten zu übertragen, nicht lebhaft genug empfehlen.

Sollte, wie Sie es vermuthen, der Kaiser die bekannten Bedenken gegen Friedberg erheben, so möchte ich Sie auf eine, gewiß ins Gewicht fallende Thatsache aufmerksam machen, daß er es nämlich gerade war, welcher seiner Zeit mir dringend abrieth, meine von den Regierungs-Maßregeln abweichenden politischen Ansichten bekannt werden zu lassen, während S. Majestät umgekehrt Friedberg für den Rathgeber in jenem Sinn zu betrachten scheint.

Ich stelle Ihnen anheim, von dieser Mittheilung S. Majestät gegenüber jeden Ihnen etwa geeignet oder wünschenswerth erscheinenden Gebrauch zu machen.

Bülow sprach ich heute nach dem Diner, nachdem schon Fürst Gortschacow mir Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen gemacht hatte. Wenn Ersterer mich von dem weiteren Gange der Angelegenheiten unterrichten könnte[1]), wäre sehr dankbar

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

Randbemerkung Bismarcks:

[1]) fiat.

302.

Finanzminiſter Camphauſen an Bismarck.

Berlin den 17. Mai 1876.

Euer Durchlaucht

1876 erlaube ich mir ganz ergebenſt anzuzeigen, daß der geſtrige
17. 5. Meinungsaustausch mich beſtimmt hat, von dem in Ausſicht genommenen Entlaſſungsgeſuch abzuſehen, daß ich ferner heute ſämmtliche hier anweſende preußiſche Miniſter — von Kameke und Leonhardt ſind abweſend — zu einer vertraulichen Beſprechung verſammelte, und daß wir einſtimmig beſchloſſen haben, den von Ihnen für nöthig erachteten Vorſchlägen wegen Bülow und Hermann unſererſeits nicht entgegenzutreten.

Möge die ſonach gefundene Einigung der Ausgangspunkt für weiteres gemeinſchaftliches Wirken zum Wohle des Reiches und unſeres engeren Vaterlandes ſein!

Mit vorzüglicher Hochachtung

Euer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Camphauſen.

303.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 30. Juni 1876.

1876 Bevor ich Potsdam verlaſſe, um mich für längere Zeit
30. 6. auf Reiſen zu begeben, möchte ich im Intereſſe des Unter-Staatsſekretärs Dr. Friedberg einige Worte an Sie richten, um einer Pflicht zu genügen, welche ich dieſem Manne ſchuldig bin, der ſich durch langjährige, oft mit Schwierigkeiten und Opfern verbundene, immer aber mit gleicher Hingebung mir geleiſtete Dienſte Anſpruch auf meine Dankbarkeit erworben hat.

Wohl weiß ich, daß Sie bei der eventuellen Uebernahme des p. Friedberg in den Reichs-Dienſt ſowohl der Frage ſeiner dienſtlichen Wirkſamkeit und der Einrichtung des ihm anzuvertrauenden Amtes, als ſeiner perſönlichen Stellung Ihre eingehende und wohlwollende Aufmerkſamkeit zuwenden werden. Aber ich hoffe, Sie werden es dennoch natürlich finden, wenn ich gerade in Betreff der Letzteren mir nicht verſagen mag, dem lebhaften Wunſche Ausdruck zu geben, daß dem p. Friedberg ſeiner Zeit eine Rangerhöhung zu Theil werde, welche nicht nur ſeiner Stellung an der Spitze der deutſchen Reichsjuſtiz-Angelegenheiten zumal mit Rückſicht auf die Juſtiz-Miniſter der Einzelſtaaten entſpricht, ſondern auch geeignet iſt, ihm eine wohlverdiente Genugthuung zu gewähren. Ich möchte deshalb Ihrer Erwägung anheim ſtellen, ob ſich — was ich für das Wünſchenswertheſte halten würde — die Verleihung des Ranges und Titels eines Staatsminiſters an den p. Friedberg nicht empfehlen dürfte? Sollten hiergegen Gründe ſprechen, welche ich nicht zu überſehen vermag, ſo würde die Ernennung zum wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädicat Excellenz doch kaum irgend welchen Bedenken begegnen können. 1876 30. 6.

Was aber den ihm zu verleihenden Amts Titel betrifft, ſo würde mir in beiden Fällen die Wahl des Titels eines „Staats Sekretärs für die Reichsjuſtiz-Angelegenheiten" als eine zutreffende und glückliche erſcheinen.

Ich würde es mit aufrichtigem Danke erkennen, wenn Sie dieſer Angelegenheit, welche außer ihrer perſönlichen Seite, auf die ich mich beſchränke, doch auch eine nicht minder ſachliche Bedeutung hat, ein freundliches Intereſſe ſchenken wollten.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

304.

Bismarck an Botschafter Graf Münster.

Kissingen 6 Juli 1876.

Geehrter Freund

1876 6. 7. Der Kaiser schreibt mir heut über den Inhalt Ihrer Immediatberichte und wünscht in einigen Tagen meinen mündlichen Vortrag darüber. Aus der Umgebung wird mir geschrieben, daß Se. Majestät durch Ihren ersten Bericht sehr bewegt und erregt worden, und diese Erregung sich dem Kaiser Alexander mitgetheilt und dessen Mißtrauen gegen England gesteigert habe. Auch Ihre Majestät die Kaiserin hat davon Veranlassung genommen an Ihre Majestät die Königin Victoria zu schreiben. Ich ersehe daraus mit Beruhigung, daß der auswärtige Dienst durch den Ausfall meiner Mitwirkung nichts an Thätigkeit verliert. Ich werde auch im mündlichen Vortrage nicht im Stande sein, Sr. Majestät über den Inhalt Ihrer Berichte etwas Erhebliches sagen zu können, da nur die Zukunft selbst entscheiden kann, ob und inwieweit Vorhersagungen eintreffen.

Der Bruch zwischen England und Rußland wäre eine große Calamität und ein europäisches Unglück; für uns speciell wäre der zwischen Oesterreich und Rußland noch gefährlicher. Nach den Allerhöchsten Randbemerkungen vermuthe ich, daß Se. Majestät Sie beauftragen wird, beruhigend auf England zu wirken, dessen Kriegslust Sr. Majestät in analogem Lichte erscheint, wie die Napoleons 1870. Wenn sie wirklich zum Ausbruch käme, so würde, wie ich glaube, das Urtheil unseres Allergnädigsten Herrn bei allen mit der Sachlage Vertrauten das allgemeine sein. Wenn Se. Majestät Beruhigungsvorstellungen an England befiehlt, so könnten Sie Sich ziemlich an den Text des gegen uns gerichteten englischen Circulairs vom Frühjahr 75 halten.

Ich benutze einen Courier, um Ihnen vorläufig diese Privat- 1876
information über die Allerhöchsten Intentionen zu geben. Ge- 6. 7.
statten Sie mir damit eine freundschaftliche Bitte zu verbinden. Der Kaiser schreibt mir, daß Ihre Berichte ihm direct, nicht durch das Ministerium zugehn und die mir von Sr. Majestät übersandten tragen in der That nur das Allerhöchste „Präsentirt". Es ist das Sr. Majestät vielleicht persönlich angenehm, so lange nicht Mißhelligkeiten daraus entstehn, die den Monarchen in Mitleidenschaft ziehn, wie die Arnimschen, und das ist zwischen uns ja Gott sei Dank nicht möglich. Aber es ist in Widerspruch mit der dienstlichen Praxis und mir außer Arnim in 14 Jahren kein Fall bekannt, daß es geschehe. Wir sind zu alte Freunde, um dergleichen pointilliös zu nehmen; aber Bülow würde, wenn er jetzt im Dienst wäre, wohl eine Cabinetsfrage daraus machen.

Nehmen Sie mir nicht übel, daß ich der Sache erwähne, aber als Regel geht es wirklich nicht, so gern der Allerhöchste Herr es persönlich auch sieht. Bitte mich der Comtesse zu empfehlen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

305.

Minister v. Nostitz-Wallwitz an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich anzuzeigen, daß Seine Majestät der König, mein 1876
gnädigster Herr, in Folge des Ausscheidens des Herrn Staats- 1. 11.
ministers Freiherrn von Friesen aus dem öffentlichen Dienst, mir neben dem Ministerium des Innern die Leitung der Behörde zu übertragen geruht hat, welche nach der Nomenklatur der Sächsischen Verfassungsurkunde noch den Namen des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten führt und welcher

1876 die Vermittelung der Correſpondenz der Königlich Sächſiſchen
1. 11. Regierung mit den Reichsbehörden zufällt.

Ich würde mich glücklich ſchätzen, wenn es mir gelingen ſollte, mir Seiten Eurer Durchlaucht das Vertrauen zu erwerben, von welchem meinem Vorgänger ſo werthvolle Beweiſe zu Theil geworden ſind, und bitte mir zu geſtatten, der Bitte um daſſelbe noch neben der dem auswärtigen Amte gemachten officiellen Mittheilung Ausdruck zu geben.

Genehmigen Eure Durchlaucht hierbei die Verſicherungen der ausgezeichnetſten Hochachtung, welche ich Eurer Durchlaucht nach Ihrer Rückkehr nach Berlin noch mündlich darbringen zu dürfen hoffe, und mit welcher ich zu zeichnen die Ehre habe als

Eurer Durchlaucht

Dresden
den 1. November
1876.

ganz ergebenſter
v. Noſtitz-Wallwitz
K. Sächſ. Staatsminiſter.

306.

Bismarck an Miniſter v. Noſtitz-Wallwitz.

Varzin 18 November 1876.

Eurer Excellenz

1876 danke ich verbindlichſt für die freundlichen Worte, mit denen
18. 11. Sie mich bei Uebernahme Ihrer erweiterten Functionen begrüßt haben, und werde ich mich glücklich ſchätzen, die vertrauensvollen Beziehungen, in denen ich mit Ihrem Herrn Vorgänger ſeit der Begründung der neuen Reichseinrichtungen zu ſtehn die Freude hatte, mit Ihnen fortzuſetzen. Wenn auch meine Geſundheit mir leider die ununterbrochne Betheiligung an unſern gemeinſamen Arbeiten nicht mehr geſtattet, ſo hoffe ich doch, daß es mir gelingen werde, mir die gnädige Geſinnung,

mit der Seine Majestät der König von Sachsen mich bisher 1876
beehrt hat, bis über die Zeit hinaus zu erhalten, während 18. 11.
deren ich bei den Reichsgeschäften noch mitzuwirken im Stande sein werde.

In der Hoffnung, Sie bald persönlich in Berlin begrüßen zu können, bitte ich Sie die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen, mit der ich bin

Eurer Excellenz
ganz ergebenster
v. Bismarck.

307.

Bankpräsident v. Dechend an Bismarck.

Berlin 1. Dezember 1876.

Ew. Durchlaucht

kann ich nach reiflichster Erwägung nur ganz ergebenst anheim- 1876
stellen, den wieder angeschlossenen Entwurf zu der Verfügung 1. 12.
an das Reichsbank-Direktorium mit den Bleiänderungen im Eingange, aber mit Weglassung der in dem vorletzten Satze eingeklammerten und angestrichenen Worte hochgeneigtest zeichnen zu wollen.

Freilich bin ich darüber nicht zweifelhaft, daß der Verfasser des Entwurfs etwas ganz Anderes will als Ew. Durchlaucht. Wenn es auf ihn ankäme, so würde an dem bisherigen Verfahren bei den Silberverkäufen, das ich hauptsächlich deshalb höchst bedenklich finde, weil sich das Reich durch das Ausbieten des Silbers an verschiedenen Orten selbst eine Konkurrenz schafft, nicht das Mindeste geändert werden. Der ganze Unterschied würde darin bestehen, daß die Reichsbank künftig die unbedeutenden Handlangerdienste leisten müßte, zu welchen bis dahin die Deutsche Bank benutzt worden ist. — Wird der

1876 Schlußſatz aber, wie ich mir vorzuſchlagen erlaubt habe, ge-
1. 12. ändert, ſo befindet ſich die Bankverwaltung in der Lage, die Gründe, welche es bedenklich erſcheinen laſſen, auf dem bisherigen Wege fortzuſchreiten, darzulegen und die Bedingungen, unter welchen ſie die Verkäufe übernehmen will, klar und unbefangen zu formuliren.

Ew. Durchlaucht werden dann am beſten urtheilen können, ob dieſer Weg beſſer zum Ziele führt und danach die ſchließliche Entſcheidung treffen.

v. Dechend.

308.

Bismarck an Graf Holnſtein.

Berlin 27 Januar 1877.

Verehrter Graf

1877 Ihr Schreiben vom 25 c. habe ich mit verbindlichſtem
27. 1. Danke erhalten, und bitte Sie, wenn Sie glauben, daß es gnädige Aufnahme findet, Seiner Majeſtät dem Könige meinen ehrfurchtsvollen Dank für dieſe gnädige und geſchäftlich beiderſeits nützliche Entſchließung*) zu Füßen zu legen.

Wenn ich Sie bitte, meine Frau und mich der Frau Gräfin zu empfehlen, ſo kann ich dabei nach eigner Erfahrung und nach dem Urtheil beſſerer Kenner, meine bewundernde Anerkennung bayriſcher Obſtzucht nicht unterdrücken.

In der Politik ſcheinen, nach Beſeitigung der nächſten Türkengefahr, der negative Pol in Paris und der poſitive in Petersburg eine gewiſſe Anziehung für einander zu empfinden, doch hoffen wir, daß Kaiſer Alexander aus dieſem electriſchen Strome iſolirt bleiben wird. Der nächſte Druck der Combi-

*) Die Ernennung v. Rudharts zum bayriſchen Geſandten an Stelle des Freiherrn v. Perglas.

nation ſcheint ſich allerdings gegen Oeſtreich zu richten oder 1877
richten zu wollen; auch die ruſſiſchen Truppenaufſtellungen 27. 1.
laſſen das vermuthen, indem ſie neuerdings mehr Chotim als Kiſchenew zum Pivot nehmen. Unter ſolchen Anzeichen möchte ich hier gern jemand haben, durch den ich S. Majeſtät den König Ludwig mit vollem Vertrauen regelmäßig in Kenntniß halten könnte, und beabſichtige zunächſt Baron Werthern zu vorläufiger Beſprechung hierher zu berufen.

Mit herzlichen Grüßen von den Meinigen und mir

der Ihrige

v. Bismarck.

309.

Gambetta—Bismarck.
1877. 1878.

I. Graf Guido Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt!

Ew. Durchlaucht verfehle ich nicht für den Fall dies von 1877
Werth für Ihre Dispoſitionen ſein ſollte, ergebenſt mitzutheilen, 17. 10.
daß ich zu Gambetta in derartigen Beziehungen bin, daß er hierher auf das Land Beſuch machen kommt. Bei der Redſeligkeit des Südländers iſt weit mehr Gelegenheit zu hören, wie zu ſprechen. Uebrigens iſt es der einzige Franzoſe, welcher über deutſche Verhältniſſe zuverläſſig und genau informirt iſt, und zwar auf Grund eigner in den letzten Jahren wiederholten Anweſenheiten in Deutſchland, bei welchen er die Augen nach allen Richtungen offen gehalten hat und die ihm Gegenüberſtehenden wohl meiſt nicht gewußt haben dürften, mit wem ſie es zu thun hatten. Kann Ew. Durchlaucht Jemand, der ſich im Schatten zu halten weiß, und Ihnen von Grund der Seele

1877 17 10. ergeben ist, hierbei von Nutzen sein, so stehe derselbe Ihnen wie immer ganz zu Diensten.

Ende August ersuchte ich Radowitz, Ew. Durchlaucht zu melden zu thun, daß ich zuverlässig übersehen könne, daß die [illegible] Wahlen eine gleiche Zusammensetzung der [illegible] bei einer Verringerung der republikanischen Majorität von mindestens 20 Stimmen ergeben würden. Damals wurde ein derartiger Ausfall der Wahlen lebhaft bestritten und nur zwei Eventualitäten — Erfolg der préfets à poigne oder Verringerung der republikanischen Majorität — für möglich erachtet. Die Wahlen haben inzwischen meine Angaben bewahrheitet.

In bekannter Verehrung

Ew. Durchlaucht

aufrichtig ergeben

Henckel Donnersmarck.

Château de Pontchartrain (Seine et Oise)
den 17. October 1877.

II. Graf Herbert Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 30. October 1877.

Verehrter Herr Graf!

1877 80. 10. Mein Vater hat Ihren freundlichen Brief vom 17ten d. M. vor einigen Tagen mit verbindlichstem Danke erhalten. Er bittet Sie, es entschuldigen zu wollen, wenn er Ihnen nicht eigenhändig darauf antwortet, und durch mich dies besorgen läßt; bei dem schonungsbedürftigen Zustande seiner Gesundheit ist aber jedes Schreiben leider immer noch eine angreifende Aufregung für seine Nerven.

Die Beziehungen, welche Sie mit Gambetta unterhalten, sind meinem Vater sehr interessant. Demselben eigentliche direkte Aufträge oder Mittheilungen, sei es auch durch Ihre

Vermittlung, von hier zukommen zu lassen, hält mein Vater 1877
aber für Gambetta selbst nicht nützlich und rathsam. Wenn es 30. 10.
in Frankreich oder auch nur bei den dortigen Republikanern bekannt würde, daß Gambetta irgend welche Verbindung mit dem deutschen Reichskanzler hätte, so würde ihm das voraussichtlich nicht nur bei seinen Landsleuten im Allgemeinen, sondern auch bei seiner Partei schaden, und er selbst würde es vielleicht bald als lästig und drückend empfinden, wenn er durch solche vermittelte Berührungen mit dem prussien Bismarck in mancher Hinsicht sich dem ascendant des letzteren nicht mehr entziehen könnte.

Die Eindrücke, welche Gambetta auf Grund seiner wiederholten Anwesenheiten in Deutschland gewonnen hat, und nach welchen er sich überzeugt zu haben scheint, daß das ganze deutsche Volk den Frieden wünscht, findet mein Vater sehr erfreulich; es kann für die Entwickelung und das Gedeihen beider Nachbarländer nur vortheilhaft sein, wenn ein so einflußreicher und überlegter Politiker wie Gambetta diese Ueberzeugung in sich befestigt und seinen Landsleuten nach Möglichkeit mitzutheilen sucht. Wie Ihnen, verehrter Graf, wohl bekannt sein wird, ist mein Vater der Ansicht, daß die republikanische Staatsform, wie sie sich bis zum 16. Mai ruhig entwickeln konnte, die einzige in Frankreich ist, welche eine friedliche Gestaltung seiner Beziehungen zu Deutschland dauernd ermöglichen kann. Die Masse des Volkes ist, wie in allen Ländern der Welt, so auch in Frankreich und Deutschland, friedliebend, und wenn man von den Parisern und den jesuitischen Elementen absieht, kann man wohl dreist behaupten, daß die französische Nation einer neuen kriegerischen Verwickelung ebenso abgeneigt ist, als die deutsche. Mein Vater glaubt deshalb nicht, daß wir durch den Nationalhaß und das Revanchebedürfniß unserer westlichen Nachbarn allein in die Lage gebracht werden würden, in naher Zeit einen neuen französischen Angriff abwehren zu müssen,

1877 30. 10. wenn nicht ein anderes Agens noch hinzutritt. Die Gefahr läge nur darin, daß nach einem etwa gelungenen Staatsſtreich die franzöſiſche Armee im Dienſte des Vaticans zu einem Kreuzzuge gegen Deutſchland aufgeboten würde, ſei es noch unter den jetzigen Machthabern, ſei es unter einem an die Spitze gekommenen Prätendenten. Von den letzteren würde — falls die Thronbeſteigung eines derſelben durch einen Gewaltſtreich erzwungen wäre — ſich keiner lange ſicher fühlen gegen die Anfeindungen der zurückgedrängten anderen monarchiſchen Parteien und die aller Republikaner. Einmal zur Macht gelangt, würde aber jeder Prätendent, ehe er die Karten unter den Tiſch würfe, lieber verſuchen, der inneren Gährung durch eine Diverſion nach außen Luft zu ſchaffen, und mit uns Händel anfangen. Eine ultramontane Regierung — möge ſie heißen, wie ſie wolle — wäre an ſich gar nicht im Stande, einen Krieg mit uns *nicht* zu führen, ſobald die Jeſuiten es für zweckdienlich hielten, daß er geführt werde. Auf die Wünſche und Dispoſitionen einer ſolchen Regierung käme es nicht an, denn ſie müßte eben den von Rom kommenden Weiſungen gehorchen; unter einem clericalen Regime iſt die franzöſiſche Armee nichts anderes, als „Soldaten des Papſtes“, die auf ſeinen Befehl marſchiren werden, wohin die Jeſuiten ſie dirigiren wollen.

Aehnliches haben wir im Sommer 1870 ſchon einmal erlebt. Das Eintreten einer ſolchen Möglichkeit zu verhüten liegt aber in den Zielen der Politik meines Vaters — ſoweit wir das können, ohne uns in innere franzöſiſche Angelegenheiten zu miſchen. Er glaubt, daß ſich dieſes Ziel erreichen läßt, und gehört keineswegs zu denen, welche bei uns ſagen „ein Krieg mit Frankreich muß in den nächſten Jahren doch geführt werden, alſo iſt es beſſer, ihn ſo bald als möglich zu führen, ſo lange Frankreich noch ſchwach iſt, und wir es ſicher wieder ſchlagen“. Es iſt dies das Raiſonnement einer gewiſſen — ſo zu ſagen — Militärpartei, welche wohl Gehör, aber keine Macht hat.

Mein Vater ist dieser Art zu raisonniren immer entgegengetreten; einmal hält er es durchaus nicht für unumstößlich, daß ein Krieg mit Frankreich in den nächsten Jahren unvermeidlich wäre — niemand könne Vorsehung spielen und wissen, wie die Welt in einigen Jahren aussehen würde; daß jeder Krieg, selbst ein siegreicher, ein Unglück ist, steht aber fest, und so lange er nicht wirklich ganz unvermeidlich, wird mein Vater nicht dazu rathen. Es wäre ein zu gefährliches Spiel, den Teufel durch Beelzebub austreiben zu wollen. Einen Krieg anzufangen, wäre nicht so schwer; wie er enden würde, könnte man aber nie bestimmt wissen. Das Kriegsglück ist wandelbar, und die einsichtigsten Militairs täuschen sich mitunter in ihren Voraussetzungen und Berechnungen. Man hat dafür gerade jetzt ein schlagendes Beispiel in Bulgarien. Wir brauchen und wollen keinen Krieg mit Frankreich, glauben auch, daß er nicht nothwendig hereinbrechen muß, so lange der Papst dort nicht unbedingt befiehlt. Tritt letzteres einmal ein, so ist an langen Frieden allerdings kaum mehr zu glauben. 1877 30. 10.

In Vorstehendem habe ich mich bemüht, Ihnen dem Sinne nach einige Aeußerungen meines Vaters wiederzugeben. Er ermächtigte mich, dies zu thun und bemerkte dazu, Sie könnten beliebigen Gebrauch davon machen.

Mein Vater läßt sich Ihnen vielmals empfehlen und ich bin, mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster

Graf Herbert Bismarck.

III. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürst,

Die geheime Geschichte der Sinnesänderung Mac Mahons ist in ihren kuriosen Details Ew. Durchlaucht sicher schon be- 1877 23. 12.

1877 kannt, ebenso wie, daß Gambetta den Achtzehner Ausschuß in
23. 12. allein maßgebender Weise leitete, obwohl er sorgfältig vermied hervorzutreten.

Vorgestern ließ mir Gambetta durch sichere Gelegenheit wissen, Mitte November habe ich ihm meine persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, der Reichskanzler werde nie an die Aufrichtigkeit einer französischen Regierung Deutschland gegenüber glauben, so lange dessen auswärtige Politik in klerikalen Händen und Contant Botschafter in Berlin sei; er habe mir damals geantwortet, bis Jahresschluß würden diese Hindernisse nicht mehr existiren; die Ernennung eines Protestanten an die Spitze der auswärtigen Politik Frankreichs*) und der Ersatz Contants durch St. Vallier, welcher von Hohenlohe als eine Deutschland sympathische und genehme Persönlichkeit bezeichnet worden sei, seien inzwischen erfolgt als Manifestationen des Verlangens Frankreichs, in gute Beziehungen zu Deutschland zu treten; ob dagegen wohl eine Sympathiebezeugung offizieller Art gegenüber der heutigen französischen Regierung, vielleicht unter Bezugnahme auf die bevorstehende Ausstellung, wenn auch unter Aufrechterhaltung unserer Nichtbetheiligung erhofft werden könne; es würde eine derartige Kundgebung dem Ministerio im heutigen Moment sehr willkommen sein.

Ich antwortete ihm heute, ich sei nicht in der Lage dies zu übersehen; jedenfalls sei eine entschiedene Haltung gegen Rom das sicherste Mittel weiterer Annäherung.

Ende Oktober ließen mir Ew. Durchlaucht durch Ihren Herrn Sohn schreiben, es werde Gambetta offenbar bei seinen Landsleuten schaden, wenn er irgend welche Beziehungen zum Prussien Bismarck unterhielte; demgegenüber kann ich nur erklären, daß Gambettas Prestige in seiner Partei ein unbedingtes ist und der Diktator von Tours in derselben Autokrat blieb.

---

*) Waddington.

Wenn Sie mir die Erlaubniß dazu ertheilen, würde ich es auf mich nehmen, Gambetta zu Ihnen nach Varzin zu bringen und zwar ganz nach Ihrer Bestimmung entweder öffentlich oder ohne daß es Jemand erfährt. Es bedarf hierzu nur Ihres Winkes. Entgegenkommen und Mitwirkung Frankreichs wird der pater Joseph der heutigen Regierung, der Träger der Majorität der assemblée générale und eines congrès der beiden parlamentarischen Körperschaften Ihnen in weitester Ausdehnung bieten, um das, was er für nothwendig hält zur Herstellung geordneter vertrauender Beziehungen in Europa, zur Beseitigung des kommerziellen und industriellen Nothstandes zu erreichen — nämlich gemeinsame Stellungnahme Deutschlands und Frankreichs gegen Rom, Wiederherstellung des Vertrauens zwischen beiden Nationen, beiderseitige Verständigung über das Militärbudget. 1877 23. 12.

In aufrichtigster Verehrung

Ew. Durchlaucht

treuergebenster

Henckel Donnersmarck.

Neudeck, 23. Decbr. 77.

IV. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Varzin 28 Dezember 1877.

Verehrter Graf

Ihren Brief vom 23 d. M. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und mit vielem Interesse gelesen. 1877 28. 12.

Ueber den Wechsel in der Person des französischen Botschafters habe ich mich außerordentlich gefreut; wenn irgend etwas geeignet war, bei uns das Vertrauen in die friedlichen Gesinnungen Frankreichs zu fördern, so war das die Zurück-

1877 28. 12. berufung Gontauts, der ſich mit allen dem Reiche feindlichen Beſtrebungen in enge Beziehungen geſetzt hatte, und wenn ſich irgend etwas Ausführbares finden ließe, unſere Freude darüber äußerlich zu bethätigen, ſo würde das meinen Wünſchen ganz entſprechen. Die Frage der Ausſtellung wieder aufzunehmen würde materiell die Zeit für unſere Ausſteller fehlen — damit geht es alſo nicht — ich hoffe aber, daß Gambetta auch ohnedem über unſere Abſichten vollſtändig beruhigt iſt. Mit letzterem in perſönliche Beziehungen zu treten, würde mir ganz erwünſcht ſein, — für den Augenblick würde das aber den Kaiſer ſehr erſchrecken, da Seine Majeſtät durch Gontaut und andere Einflüſſe in Bezug auf republikaniſche Propaganda wohl ſehr bearbeitet und mißtrauiſch gemacht iſt. Außerdem würde ich es aber in Gambetta's eigenem Intereſſe auch für verfrüht halten, wenn er leichtſinnig genug wäre, ſich mit mir zu compromittiren; mir liegt an der Schonung ſeiner Autorität zu viel, um ihm eine Erſchütterung derſelben zu erleichtern. Er iſt eine der wenigen in Frankreich noch exiſtirenden autoritativen Naturen, und bei ſeiner friedlichen Geſinnung und der immer noch großen Macht der ihm entgegenſtehenden Parteien glaube ich, daß das Capital, welches in ihm ſteckt, vorläufig geſchont werden muß. Jedenfalls bin ich Ihnen ſehr verbunden, daß Sie auf dieſe Weiſe indirekte Beziehungen hergeſtellt haben, die ich gern benutzen und pflegen werde. Ich freue mich, daß Sie meiner wohlwollend gedenken, und bitte Sie, auf meine Gegenſeitigkeit zu rechnen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

V. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

(Telegramm.)

Aufgegeben in Paris am 12. 4. 1878 2 Uhr 20 Min. Nachm.
Angekommen in Berlin am 12. 4. 1878 3 Uhr 50 Min. Nachm.

Prince Bismarck

Berlin.

1878 12. 4. Primeurs demandées pour le moment introuvables malgré recherches minutieuses. Envoi ne pourra arriver avant huitaine. — Détails partent ce soir.

Henckel.

VI. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürst.

1878 12. 4. Angesichts der morgen beginnenden Reichstagsferien sandte ich Ew. Durchlaucht nachstehendes Telegramm

Primeurs (etc. wie oben).

heute zu und beehre mich folgendes ergeben zu berichten.

Sofort bei meinem Eintreffen hierselbst den 6ten Abend sandte ich zu der in Rede stehenden Persönlichkeit, erhielt aber die Antwort, Gambetta sei in Folge Todes seiner Tante nach Nizza gefahren und werde mindestens bis Ende dieser Woche abwesend bleiben; niemand wisse seine Adresse.

Den nächsten Morgen (Sonntag) veranlaßte ich einen seiner nächsten Freunde, welcher ihn seiner Zeit mir zugeführt hatte, festzustellen, wohin ihm Briefe oder Depeschen zu senden seien oder falls sein Aufenthalt unbekannt bleiben solle, ob deren Beförderung vermittelt werden könne. Nach Ermittelungen bei seinen intimsten Freunden ergab sich, daß Niemand weiß, wo er weilt; jedenfalls ist er nicht in Nizza und wahrscheinlich der Erholung wegen irgendwo geborgen. Sobald derselbe hier

1878 12. 4. eintrifft, werde ich das Erforderliche vereinbaren und über den Tag des Eintreffens in Berlin ſogleich Mittheilung machen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebener

Henckel Donnersmarck.

Paris 25 avenue des champs Elysées
den 12. April 78.

VII. Bismarck an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin den 14 April 1878.

Verehrter Freund

1878 14. 4. ich danke verbindlichſt für Ihre Mittheilungen und werde mich jederzeit freuen, wenn wir unſern Verabredungen weitere Folge geben können. Ich würde ohne Rheumatismus heut ſchon in Friedrichsruh ſein, gehe dahin, ſobald ich reiſefähig bin, und bleibe dort bis zum 1 Mai, wenn die Durchreiſe des Königs von Schweden mich nicht veranlaßt, einen Tag, ich glaube, es iſt der 20 cr., in Berlin zuzubringen. Die Fahrt iſt nur 4 Stunden, ich würde daher auch auf Ihren Wunſch mich vor dem 1 Mai jederzeit auf den Berliner Zug ſetzen und zur Nacht wieder zu Hauſe ſein können. Ob meine Frau mir folgt, weiß ſie noch nicht, jedenfalls aber iſt ſie ſehr dankbar und erfreut und jeder Kundige imponirt bei dem Anblick der wundervollen Marſchall Niel*), die Ihr polyglotter Europäer von Garteninſpector hier unbeſchädigt und in voller Blüthenpracht abgeſetzt hat. In freundſchaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

---

*) sc. Roſen.

VIII. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 22 avril 1878.

Mon cher Comte. Je suis bien confus d'avoir pu vous causer l'embarras de m'écrire le 6 avril sans pouvoir recevoir de réponse. Je vous prie de m'excuser, la perte douloureuse qui m'avait atteint, m'a tenu éloigné de Paris pendant trois semaines sans communication avec personne. Je désire vous voir demain entre une heure et deux de l'après-midi soit 1 ½ h. pour vous faire agréer mes regrets et causer avec vous comme vous le désirez. 1878 22. 4.

Croyez à mes meilleurs sentiments

L. Gambetta.

IX. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Paris 23 Avril 1878.

Fuerst Bismarck

Friedrichsruh Lauenburg.

Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, sera mardi à votre disposition, détails suivent. 1878 23. 4.

Henckel.

X. Graf Henckel Donnersmarck an Bismarck.

Hochverehrter Fürſt,

Das geneigte Schreiben vom 14. April habe ich die Ehre und Freude gehabt zu erhalten. Gambetta, welcher geſtern Abend hier eintraf, verläßt mich ſoeben, und ſandte ich folgendes Telegramm nach Friedrichsruh: 1878 23. 4.

> Envoi part dimanche, arrive Berlin lundi soir, sera mardi matin à votre disposition, détails suivent.

1878 23. 4. Gambettas Tante, welche seine Ausbildung mit eigenen Entbehrungen veranlaßte und an welcher er mit inniger Liebe hing, starb ohne vorangegangene Krankheit vom Schlage getroffen. Der Tod erschütterte ihn derart, daß er einige Wochen sich von Jedermann abschließen wollte und sich einsam verborgen hielt. Er ist bereit, ganz zu der Ew. Durchlaucht convenirendsten Zeit nach Berlin zu kommen; erwünscht wäre es ihm, nach Wiederbeginn der Sitzungen (29. April) der assemblée nationale nicht zu lange zu fehlen. Um die unnöthige Fahrt von Friedrichsruh nach Berlin und zurück zu vermeiden, habe ich geglaubt in Ihrem Sinn zu handeln, wenn ich unsere Abfahrt von hier auf Sonntag Abend, unser Eintreffen in Berlin Kaiserhof auf Montag den 29. Abends vereinbarte. Den 30ten, an welchem Tage auch die Reichstagssitzungen beginnen, steht Gambetta zur Disposition und erwarte ich Bestimmung Kaiserhof über die Ihnen convenirende Stunde. Selbstredend bleibt die Sache hier vollständig verschwiegen.

Zu meiner Ehre

Ew. Durchlaucht

treu ergebenster

Paris 23. April 1878 Henckel Donnersmarck.

25 champs Elysées.

XI. Gambetta an Graf Henckel Donnersmarck.

Paris ce 24 avril 1878

Cher Monsieur de Henckel.

1878 24. 4. L'homme propose . . . le parlement dispose. Quand j'ai accepté hier avec empressement, je n'avais pas compté avec l'imprévu, qui nous tient tous en l'échec.

Les questions relatives au ministère de la guerre ont pris les proportions les plus considérables. On me prévient qu'un

grand débat sera ouvert sur le ministère de la guerre dès la réunion des chambres. 1878 24. 4.

Je ne peux abandonner mon poste parlementaire en un pareil moment et laisser derrière moi un incident aussi gros de conséquence.

Je me trouve donc dans la dure nécessité d'ajourner tout au moins après la session, qui sera probablement très courte, l'exécution d'un projet à la réalisation duquel vous avez prêté un concours si efficace et si sympathique. J'en conserve un vif sentiment de reconnaissance et après la séparation des chambres vous me permettrez, s'il est toujours temps, de faire appel à votre intervention.

Veuillez agréer avec tous mes regrets l'assurance de mes sentiments dévoués.

L. Gambetta.

XII. Telegramm an Graf Henckel Donnersmarck.

Berlin 24. April 1878.

Comte Henckel champs Elysées Paris.

Adreſſat Ihres geſtrigen Telegrammes iſt krank und läßt Ihnen ſagen, daß er nach Anſicht der Aerzte erſt in zehn oder vierzehn Tagen nach Berlin wird zurückkehren können*). 1878 24. 4.

*) Eine Zuſammenkunft des Fürſten Bismarck mit Gambetta iſt ſpäter nicht wieder angeregt worden und hat daher nicht ſtattgefunden; jedoch iſt Gambetta nach Mittheilung eines ſeiner näheren Freunde ſpäter incognito als Touriſt in Abweſenheit des Fürſten Bismarck in Friedrichsruh geweſen und hat ſich das Innere des Hauſes zeigen laſſen.

Bei dieſer Gelegenheit kann zugleich feſtgeſtellt werden, daß die vom Pariſer „Figaro" im Juli 1901 verbreitete Verſion über einen Beſuch des Grafen Henckel-Donnersmarck im Jahre 1887 gelegentlich des Schnäbele-Falles auf der Redaction der „République française" nicht zutrifft. Der jetzige Fürſt Donnersmarck hat die Redactionsräume jenes Blattes nie betreten, auch zu Niemandem die Aeußerung gethan, daß er

310.

Bismarck an Fürst Chl. zu Hohenlohe.

Varzin d. 1 Januar 1878.

Eurer Durchlaucht

1878 1. 1. möchte ich im Anschluß an meinen Ihnen schon en clair ausgesprochenen Glückwunsch zum neuen Jahre noch meinen herzlichsten Dank für die so einsichtige und tapfre Unterstützung sagen, welche Sie mir, wie in allen Fällen, so auch in den letzten schwierigen Monaten in der nachhaltigsten und erfolgreichsten Weise geliehen haben. Leider finde ich das Geschick und den loyalen Willen zur Vertretung unsrer Politik nicht immer vereinigt und bin deshalb um so dankbarer für die Ausnahmen, in denen es der Fall ist. Ich werde es stets dankbar erkennen, daß ich während der ganzen Zeit unsres Zusammenarbeitens immer auf Eurer Durchlaucht sichre und erfolgreiche Mitwirkung zählen durfte, ohne die es bei allen Anfeindungen und Intriguen, deren Ziel ich bin, nicht möglich wäre, das Unentbehrliche zu erreichen und das Gefährliche unschädlich zu machen.

Ich bin seit einigen Tagen leider krank und darf mein Zimmer nicht verlassen. Bei der geringen Schonung, mit der man mich in geschäftlicher Hinsicht behandelt, kann ich mich von den Folgen einer an sich unbedeutenden Erkältung noch nicht erholen.

---

mit Aufträgen des Fürsten Bismarck in Paris sei. Fürst Donnersmarck hat vielmehr einem Besucher aus dem Gambetta'schen Lager, in welchem er mehrere gute Bekannte hatte, auf dessen Frage, ob er den Fall für bedenklich oder gar gefährlich halte, erwidert, er kenne die Sache lediglich aus den Zeitungen, seine Ueberzeugung sei aber, daß sie keinerlei Folgen haben und sich binnen kürzester Frist in befriedigender Weise aufklären werde. Darauf hat sich die Antheilnahme des damaligen Grafen Henckel-Donnersmarck beschränkt.

Indem ich Eure Durchlaucht bitte, mich der Frau Fürstin zu Füßen legen zu wollen, bin ich in 1878 1. 1.

bekannter Gesinnung

der Ihrige.

v. Bismarck.

311.

Fürst Hohenlohe an Bismarck.

München den 5. Januar 1878.

Durchlauchtigster Fürst.

Die freundlichen Worte, welche Euer Durchlaucht zum Beginne des Jahres an mich zu richten die Güte hatten, habe ich hier zu erhalten die Ehre gehabt. Ich sage Ihnen dafür meinen herzlichen Dank. Euer Durchlaucht haben mir damit eine große Freude gemacht. Je weniger ich selbst mit den Leistungen meiner politischen und diplomatischen Thätigkeit zufrieden zu sein pflege, um so wohlthuender ist mir die überaus liebenswürdige Anerkennung, die Euer Durchlaucht mir zu Theil werden lassen. Ich werde den Brief als das werthvollste Dokument meines Hauses Kindern und Enkeln aufbewahren. 1878 5. 1.

Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Euer Durchlaucht auch in Zukunft stets auf meine volle und unbedingte Mitwirkung zählen können. Ich kenne die Anfeindungen, welchen Sie ausgesetzt sind, mehr als mancher Andere, da Ihre Feinde stets die meinigen waren und es auch bleiben werden. Soweit meine Kräfte reichen, werde ich den Kampf fortsetzen und stolz darauf sein, unter Ihrer Leitung wirken zu dürfen. Möge Gott Ihnen Gesundheit geben und die Kraft erhalten, noch eine Reihe von Jahren die Leitung der Geschäfte Deutschlands und Preußens zum Heile des Vaterlandes zu führen.

1878 5. 1. Mit dem erneuerten Wunſche, daß das beginnende Jahr Ihnen und den Ihrigen ein recht glückliches ſein möge, habe ich die Ehre in aufrichtiger Verehrung zu ſein

Euer Durchlaucht

gehorſamſt ergebenſter

C. F. v. Hohenlohe.

312.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Berlin 28ten Januar 1878.

1878 28. 1. Die Anlage enthält den politiſchen Theil meines Berichts an S. Majeſtät über meine Sendung nach Rom aus Anlaß des Todes König Victor Emanuel's und glaube ich, daß gerade dieſer Abſchnitt Ihnen Anziehendes darbieten dürfte.

Mit der Beſchreibung der Cérémonien bin ich noch nicht fertig geworden, was nicht viel ausmacht, da die Zeitungen viel genauer wie ich berichteten, mithin meine Ausarbeitung nur Acten Werth haben kann.

Mein Eindruck von der in ſo überaus kurzer Zeit angeordneten und demnächſt unternommenen Reiſe iſt der, daß es richtig war, mich unter ſo ganz ausnahmsvollen Umſtänden nach Rom zu ſchicken.

Die Italiäner fühlen ſich geſchmeichelt, der Hof iſt ſehr geehrt und der junge König hat einen gewichtigen Grund mehr, ſich klar zu machen, wo er einen Freund zu finden weiß. Franzöſiſches Ungeſchick und jeſuitiſche Wuthausbrüche leiſteten meinem Erſcheinen in der ewigen Stadt bedeutenden Vorſchub, wie auch die Zurückweiſung der Königin von Portugal und des Erzherzogs Rainer ſeitens des Papſtes.

Hohenlohe*) ließ mich verſtehen, daß er zu Befehl ſtände,

*) Der Kardinal.

jedoch durch eine Begegnung mit mir Schaden erleiden könne — 1878
Grund genug, ihn nicht zu sehen, ich ließ ihm nur sagen, daß 28. 1.
er bei Gelegenheit dem Papste mittheilen könne, wie ich stets gern an des alten Herrn Güte und Liebenswürdigkeit für meine Frau und mich zur Zeit unserer Aufenthalte in früheren Jahren dächte, und daß ich diesmal weder St. Peter noch die Vaticanischen Gallerien betreten werde, auch bedauere ihn schwer leidend zu wissen.

König Umberto erwartet vom Conclave einen alten, schroffen Italiäner, Crispi deutete auf Ihre Anfrage 1870: „ob wir auf ihn und seine Partei rechnen könnten", mit Nachdruck hin, wie auch auf seine Begegnung mit Ihnen in diesem Herbst. Der alte blinde Duca di Sermoneta machte kein Hehl von seinen Sympathien für uns, und Depretis trotz seiner geringen Gesprächigkeit schien mir für uns sehr gut disponirt zu sein.

Der Prince Napoléon (Jérome) ist von Friedensliebe beseelt, und sprach ebenso unbefangen über die Kriegs Ereignisse von 1870/71 wie Canrobert; Letzterer haßt die Republik.

Hoffentlich auf baldiges Wiedersehen.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

313.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

17/2 78.

Wenn es Sie nicht zu sehr stört, möchte ich heute noch 1878
den 17ten Abends acht Uhr zu Ihnen kommen, um noch vor 17. 2.
dem Festes Rausch mich informirt zu haben.

1878 17. 2. Um 9 Uhr fahre ich dann den Belgiſchen Majeſtäten entgegen bis Potsdam, welche 10¼ eintreffen ſollen.

Nach jener Abendfeierlichkeit noch mich zu Ihnen begeben, wäre ſchier ein Frevel!

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

314.

Graf H. Bismarck an Graf Holnſtein.

Berlin 22. Febr. 78.

Verehrter Gönner,

1878 22. 2. geſtern hat die Abſtimmung über die Vertretungsvorlage im Bundesrath ſtattgefunden, über deren Ausgang Du ſchon unterrichtet ſein wirſt. Die Vorlage iſt ſo, wie ſie aus der Ausſchußberathung hervorgegangen war, mit voller Einſtimmigkeit angenommen. Um die Unanimität zu erreichen, hat mein Vater die urſprüngliche Faſſung des Geſetzentwurfs geopfert: er hat an dem, was die Vorlage jetzt giebt, das was er geſchäftlich braucht. Mehr erſtrebt er nicht und Herr von Pfretzſchner hat ihm ſeinen beſondern Dank für das Eingehen auf die Ausſchußanträge ausgeſprochen.

Die ganze Sache, die jetzt ihren bundesräthlichen Abſchluß gefunden, hat ſo viel Zeitungsartikel und daher Mißverſtändniſſe hervorgerufen, daß wirklich eine Menge Schwierigkeiten — wenn auch nur eingebildete — ſich dagegen erheben zu wollen ſchienen. Viele Leute haben ſich ganz etwas anderes dabei gedacht, als die Vorlage wirklich bedeutet, und mein Vater hat große Mühe gehabt, den wirklichen Kern der Sache darzulegen. Um ſo dankbarer iſt er Deinem erhabenen Herrn, Allerhöchſtdeſſen huldreiches Vertrauen ihm ermöglicht hat, im

Bundesrathe die Einstimmigkeit der Regirungen herbeizuführen, 1878
die dem Reichstage gegenüber unentbehrlich ist, wenn er in 22. 2.
Schranken bleiben soll. Mein Vater hält unentwegt an dem Gedanken fest, daß nur in dem föderativen Bande des Reichsvertrages die sichre Grundlage der Einheit gegeben ist, weil nur auf diesem Boden die dynastischen und Stammesinteressen ihre Vermittlung mit der Einheit nach außen finden, ohne welche wir einheitlichen Nachbarvölkern nicht gewachsen sind. Seine Ansichten über die Entwickelung des Reiches sind und bleiben dieselben, die er Seiner Majestät während des letzten Sommers von Kissingen aus dargelegt hat*). Die ganze Stellvertretungsvorlage hat mit Reichsministerien auf eigne Verantwortung gar keinen Zusammenhang. Die Rechte des Bundesrathes bleiben unberührt, mögen die Befugnisse des Kanzlers übertragbar sein oder nicht, seine Vertreter können niemals mehr Rechte haben als der Kanzler allein bisher hat.

Es ist in den Zeitungen sehr viel gefabelt worden über Pläne, die Niemand hat und die nach der Reichsverfassung nicht möglich sind. Mein Vater verlangt weiter nichts als die Möglichkeit vertreten zu werden und Urlaub zu haben, resp. Erleichterung im laufenden Geschäft.

Verfassungsänderung und Schmälerung der Rechte des Bundesrathes sind nicht möglich, und wenn sie möglich wären, würde mein Vater sich der Ausführung dieser unreifen Idee, welche die ganze Verwaltungsmaschine des Reiches und der Einzelstaaten in feindlichen Gegensatz oder zum Stillstand bringen müßte, immer auf das Entschiedenste widersetzen. In allen Aktenstücken ist immer nur das ausgesprochen, daß die Möglichkeit der Stellvertretung für den Reichskanzler eine Nothwendigkeit wäre.

---

*) S. Gedanken und Erinnerungen I, 361 f.

1878 22. 2. Ich bin in der Lage gewesen, von Varzin aus im Auftrage meines Vaters Briefe an den Staatsminister Bülow zu schreiben, in welchen genau definirt war, daß es sich allein um die Vertretbarkeit handelt, und weshalb es sich jetzt um weiter nichts handeln kann. Mein Vater hat mich auch ermächtigt, Dir das Vorliegende mitzutheilen, weil er Gewicht darauf legt, daß Du darüber orientirt bist. Ich kann Dir danach nur wiederholen, daß mein Vater nach wie vor mit Reichsministerien nichts zu thun hat, und daß die Unterstützung, die er dabei für seinen Standpunkt findet, ihm jederzeit willkommen ist. Es ist auch gar kein Gedanke daran, daß die gegenwärtige Vorlage etwa später eine Brücke zu Reichsministerien werden könnte. So lange die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrathes nicht gekränkt oder verringert werden, sind solche in der Phantasie der Journalisten vegetirenden Ministerien einfach unmöglich.

Die unbezweifelte Möglichkeit vertreten zu werden, muß mein Vater aber haben — sonst kann er nicht Kanzler bleiben, und Niemand wird im Stande sein, es an seiner Stelle zu werden. Neben diesem einen Hauptpunkt sind ihm die Specialitäten, welche in den Gesetzentwurf gebracht werden, ziemlich egal. Das hat er ja gestern auch bewiesen, indem er die im Schooße des Bundesrathes entstandenen Aenderungen bereitwilligst acceptirte.

In den 8 Tagen, die wir hier sind, hat mein Vater wieder gewaltig arbeiten müssen — nach Innen wie nach Außen — und spürt leider schon nachtheilige Folgen für seine Gesundheit davon. Letztre ist grade wegen der Unmöglichkeit der Vertretung schlechter als vor 10 Monaten. Da er alle Sachen im Urlaub und im Bade wie in Berlin schriftlich bearbeiten mußte, so hat er keine Erholung haben können. Die auswärtige Politik nicht bloß lag ihm allein ob. Sein Bestreben ist darauf gerichtet, den Frieden zu erhalten, und wenn

er darin auch nicht von allen uns befreundeten Mächten in dem Maße unterstützt wird, wie er es wohl erwarten könnte, hat er doch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß wir wenigstens in Frieden bleiben. 1878 22. 2.

Meine Eltern lassen sich Dir und Deiner Frau empfehlen.

H. Bismarck.

315.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

18. April 1878.

Dringend möchte ich Sie noch einmal vor Besetzung des Wiener Botschafterpostens wie auch vor einem „Diplomaten Revirement", das in Aussicht stehen soll, gesprochen haben. 1878 18. 4.

Auch wäre es mir lieb das zuletzt besprochene „Vorhaben", dessen die Presse sich jetzt stark bemächtigt, wieder einmal zu berühren.

Nicht wissend, wie Sie mit den Ihrigen die Oster Tage, von heute ab, begehen, bemerke ich meinerseits, daß zu der bisher gewohnten Stunde Abends, ich die nächsten Tage frei bin.

Ihr

sehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

316.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien den 14ten Mai 1878.

Eurer Durchlaucht

beehre ich mich auf die durch den Grafen Herbert Bismarck mir zugegangene Mittheilung vom 11. d. M.*) ganz ergebenst 1878 14. 5.

*) Concept nicht vorhanden.

1878 14. 5. zu erwidern, daß ich Ihrem Wunſche entſprechend die Frage wegen der Dauer meines Hierbleibens heute mit dem Grafen Andráſſy vertraulich beſprochen habe. Derſelbe äußerte, wie ich im Voraus bei mir vermuthete, den dringenden Wunſch, daß ich noch ſo lange hier bleiben möchte, bis die Frage, ob der Congreß überhaupt zu Stande komme oder eine andere Löſung in Ausſicht genommen werden müſſe, ſich entſchieden haben werde, und ſprach dabei die Anſicht aus, daß hierüber innerhalb etwa vierzehn Tagen doch Klarheit zu gewinnen ſein müſſe, da die Reiſe des Grafen Schuwaloff nach St. Petersburg die letzte Phaſe der Vorverhandlungen zu bedeuten ſcheine. Graf Andráſſy fügte bei, daß wenn dieſer Zeitpunkt erſt eingetreten ſey, er ja auch mit einem anderen weiter verhandeln könne, daß er aber bis dahin den allergrößten Werth darauf lege, mich perſönlich hier zu haben, und bat mich dieſen Wunſch Eurer Durchlaucht angelegentlichſt ans Herz zu legen. Was mich ſelbſt betrifft, ſo habe ich, nachdem einmal die Frage meiner Ueberſiedlung nach Berlin im Princip entſchieden iſt, und ich jetzt nicht mehr riskire, gleich Anfangs mit dem Reichstage zu thun zu haben, keine beſonderen Ideen und Wünſche bezüglich des Zeitpunkts meines Abgangs, würde ihn nur gern ungefähr acht Tage vorher wiſſen, um hier inſoweit abzuſchließen, als meine Anweſenheit dabei nothwendig iſt. Politiſch halte ich eine möglichſte Berückſichtigung des Andráſſyſchen Wunſches für zweckmäßig, da bei ihm die Perſönlichkeiten, mit denen er zu thun hat, ſowie ſeine Bekanntſchaft und Vertrautheit mit ihnen eine beſonders große Rolle ſpielen.

Die von neuem aufgetretene Schwierigkeit wegen der Stellung des Miniſters Falk erſcheint mir ſehr unerwünſcht. In Bezug auf evangeliſche Kirchenſachen, denen er überhaupt jetzt indifferenter gegenüberſtehen ſollte, und auf Unterrichtsweſen halte ich zwar Falk für kein Ideal eines Cultusminiſters, glaube vielmehr — ſoweit ich die Verhältniſſe als jetzt mehr entfernter

Zuschauer beurtheilen kann — daß seine kirchlich ziemlich libe- 1878
ralen Anschauungen und seine ausgesprochene Neigung zur natio- 14. 5.
nalliberalen Partei (die er mir offen zugestanden hat) manches Bedenkliche haben. Trotzdem würde ich es bedauern, wenn er jetzt abginge, ehe der Kampf mit der römischen Hierarchie zu einem Abschluß gelangt ist; ich selbst habe kein Bedenken, mit ihm zu arbeiten, würde hoffen, mit ihm mich zu verständigen in vielen Fragen oder wenigstens einen Bruch zu vermeiden.

Die mir mitgetheilten schriftlichen Aeußerungen Seiner Majestät sind in ihren ersten Sätzen wohl unanfechtbar. Auch ich bin der Ansicht, daß die Aemter des Kirchenregiments mit positiver gesinnten Männern zu besetzen sind, und ich glaube, daß sich auch solche finden lassen werden, welche gleichzeitig die nöthige Weisheit und Tact besitzen, um nicht mit dem Kopf durch die Wand zu rennen und nicht das Gegentheil von dem zu erreichen, was zum Besten des Christenthums erstrebt werden muß. Aber dies ist nicht dasselbe, als wenn jetzt mit größter Energie eine Action eröffnet werden soll, deren Zweck ist, alle Personen hinauszuwerfen, die dem angelegten Maßstabe nicht genau entsprechen. Damit würde man nur alles verderben.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Bemerkungen, da ich den speciellen Fall nicht kenne, welcher jetzt Herrn Falk bewogen hat, seinen Abschied zu erbitten; erst eine nähere Kenntniß desselben würde es ermöglichen, bestimmte Stellung dazu zu nehmen, ob Sr. Majestät mit gutem Gewissen dazu gerathen werden kann, von den bestimmten concreten Wünschen zurückzutreten, und anderer Seits, ob die Sache der Art ist, daß der Cultusminister wirklich eine Cabinetsfrage daraus zu machen berechtigt ist. In dieser Beziehung glaube ich, daß an eine principielle Verständigung zwischen dem Kaiser und dem Minister Falk im Allgemeinen überhaupt nicht zu denken ist, sondern

1878 14. 5. daß es ſich nur darum handeln wird, im einzelnen Falle vielleicht eine Ausgleichung herbeizuführen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu ſein

Eurer Durchlaucht

ganz ergebenſter

Otto Graf Stolberg.

317.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam 14. Mai 1878.

1878 14. 5. Da ich zu meinem lebhaften Bedauern darauf verzichten muß, Sie vor meiner Abreiſe nach England noch zu ſehen, während meiner Abweſenheit von Berlin aber die Elſaß Lothringiſche Angelegenheit möglicherweiſe in ein weiteres Stadium rücken könnte, ſo halte ich mich verpflichtet, Ihnen gegenüber die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß falls die Entſchließung Seiner Majeſtät für meine Berufung zu der in Frage ſtehenden Stellung*) ausfallen ſollte, ich mit Freuden bereit ſein würde, einem an mich ergehenden Rufe zu folgen.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

318.

Graf Otto Stolberg an Bismarck.

Wien, den 28ten Mai 1878.

Euer Durchlaucht

1878 28. 5. durch das Schreiben des Grafen Herbert Bismarck vom 24ten d. M. an mich gerichtete Mittheilung habe ich geſtern Nachmittag richtig erhalten.

---

*) Des Statthalters.

Was das Entlassungsgesuch des Ministers Falk betrifft, 1878
so kann ich nur wiederholen, daß es auch mir wünschenswerth 28. 5.
erscheint, ihn im jetzigen Augenblick zu erhalten, ich bin daher gern bereit, in dieser Beziehung nach Kräften thätig zu sein, falls er nicht unerfüllbare Bedingungen stellt. Was die von ihm selbst in seinem Immediatschreiben angeführten Gründe betrifft, so bin ich erstaunt, daß sie ihn jetzt zu diesem Antrag treiben, da er mir bei meiner letzten Anwesenheit dieselben Vorgänge, ohne daraus denselben Schluß zu ziehen, mitgetheilt hatte; nur die Ernennungen für die Provinzial-Synoden, unter denen ich mich übrigens auch befunden habe, sind seitdem hinzugetreten.

Für die Uebersendung der mit I bis VI bezeichneten Anlagen, die ich anliegend wieder beischließe, bin ich sehr dankbar, ich habe mir daraus einige Klarheit über die früheren Vorkommnisse zu bilden vermocht. Mit Eurer Durchlaucht Auffassung, daß das jetzige Kirchenregiment nicht für die im christlichen resp. kirchlichen Leben neuerdings mehr hervorgetretenen Schäden allein verantwortlich zu machen sey, daß es vielmehr den evangelischen Geistlichen vielfach an dem rechten evangelischen Geiste und an der Fähigkeit, die durch die neue Kirchenordnung ihnen gebotenen Handhaben richtig zu benutzen, fehle, bin ich ganz einverstanden, aber ich möchte doch darauf aufmerksam machen, daß auch das Kirchenregiment und namentlich der professorenmäßige Eigensinn des abgegangenen Präsidenten Herrmann, es vielfach versehen und namentlich nicht verstanden hat, sich nur einiges Vertrauen in den kirchlichen Kreisen zu verschaffen. Nur so ist es zu erklären, daß viele gute Elemente — weltliche wie geistliche — die allen hierarchischen Gelüsten fremd sind und von jeher synodale Einrichtungen im Gegensatz zur confessionellen Partei erstrebt haben, jetzt die Opposition vermehren und daß die Partei des Oberkirchenraths auf den jetzt versammelten Provinzial-Synoden, trotzdem sie auf

1878 28. 5. den Wechsel beruhen, die mit der von Falk besonders betriebenen bedeutenden Vermehrung des sogenannten Laien-Elements hervorgerufen haben, fast überall sich in der Minorität befindet, während auf den letzten Provinzial-Synoden und der General-Synode das Gegentheil der Fall war. Ich bin weit entfernt, aus dem Vorhandensein einer Majorität oder Minorität sichere Schlüsse auf die Richtigkeit der geltenden Richtung zu ziehen, aber ich darf diese Erscheinung als ein Symptom dafür ansehen, daß das Kirchenregiment nicht gerade glänzende Proben von seinem Talent, in den christlich gesinnten und für kirchliche Fragen interessirten Kreisen immer mehr festen Fuß zu fassen, abgelegt hat.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Euer Durchlaucht

ganz ergebenster

Otto Graf Stolberg.

319.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Telegramm.

Partenkirchen 30./9. 1878
4 Uhr 40 Min. Nachm.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck
deutscher Reichskanzler Berlin.

1878 30. 9. Zu dem hocherfreulichen Familienereignisse*), bei welchem ich, wie an Allem, was Sie, mein lieber Fürst, und Ihr Haus betrifft, den lebhaftesten Antheil nehme, spreche ich meine wärmsten und aufrichtigsten Glücks- und Segenswünsche aus.

Ludwig.

---

*) Verlobung der Gräfin Marie von Bismarck mit Graf Kuno zu Rantzau, 22. September 1878.

320.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

10./10. 78.

1878 10. 10. Beifolgend meine in Süddeutschland und am Rhein gesammelten Eindrücke, die zu Ihrer Verfügung bleiben.

Eins vergaß ich neulich Abend zu erwähnen, nämlich, ob nicht der Präsident des Appellations Gerichts zu Frankfurt a/O Simson die geeignete Persönlichkeit wäre für den künftigen Posten eines Präsidenten des Obersten Reichs Gerichts zu Leipzig. Noch eilt die Sache nicht, aber ich will bei Zeiten meinen Kandidaten genannt und dringend empfohlen haben.

Eine Persönlichkeit von solcher Vergangenheit und von so viel politischem Gewicht hat gewiß auch die richtige Begabung, um unser Oberstes Gericht einzusetzen und alsdann zu leiten!

Ihr

Friedrich Wilhelm KPz.

321.

Fürst Chl. zu Hohenlohe an Bismarck.

Paris 10. Dezember 1878.

Durchlauchtigster Fürst.

1878 10. 12. Die Allerhöchste Cabinetsordre, mit welcher Seine Majestät der Kaiser mir die Insignien des Schwarzen Adler-Ordens zu senden die Gnade hatte, ist, unter Bezugnahme auf meine dienstlichen Leistungen, in so schmeichelhaften Worten abgefaßt, daß ich nicht unterlassen darf, Euer Durchlaucht, hochderen freundlicher Gesinnung ich diese kaiserliche Anerkennung zuschreiben muß, meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Wenn es mir gelungen ist, in der Zeit meiner bisherigen Amtsführung die Zufriedenheit des Kaisers und Euer Durch-

1878 laucht zu erwerben, so verdanke ich es in erster Linie der
10. 12. Nachsicht und dem Wohlwollen, mit dem Sie mich vom Beginne meiner Thätigkeit zu beurtheilen die Güte hatten. Das hat mir den Muth und das Selbstvertrauen gegeben, dessen ich bedurfte.

Indem ich Euer Durchlaucht bitte, mir Ihr Wohlwollen auch ferner zu erhalten, verharre ich in aufrichtiger Verehrung

Euer Durchlaucht

ergebenster Diener

E. F. v. Hohenlohe.

322.

Präsident Simson an Bismarck.

Frankfurt a/O. 19. März 1879.

Durchlauchtigster Fürst,
Hochgebietender Herr Reichskanzler.

1879 Die Argumente, welche Ew. Durchlaucht mir gestern zu
19. 3. Gemüthe geführt, haben mich auf das Tiefste getroffen: in der mir nachgelassenen Unterredung mit den Meinigen hat sich kein Anhalt für meine Bedenken gefunden: — ich stelle mich rückhaltlos zu Ew. Durchlaucht Verfügung*).

Wie sehr wünschte ich einiger Maaßen ausreichend den Dank aussprechen zu können, von dem meine Seele für das Wohlwollen erfüllt ist, dessen Ew. Durchlaucht mich auch bei diesem Anlaß würdigen!

Der ich in tiefer und treuer Verehrung verharre

Durchlauchtigster Fürst

Ew. Durchlaucht

gehorsamster

App.-Gerichts-Präsident Simson.

---

*) Für das Amt eines Präsidenten des Reichsgerichts.

323.

Kaiser Wilhelm an Staatssecretär v. Bülow.

Babelsberg, 29. August 1879.

Zu meinem Erstaunen sehe ich, daß Andrássy gestern schon 1879
nach Gastein gereiset, noch ehe er entlassen und Haymerle er- 29. 8.
nannt ist. Sie wollen daher folgendes an den Fürsten Bismarck telegraphiren:

An den Fürst Bismarck in
Gastein.

Mit Allem einverstanden und Manteuffel expedirt. Nur eine Reise nach Wien für jetzt unmöglich, selbst wenn Warschau günstig abläuft.

zu zeichnen:
Wilhelm.

Wenn auch diese Weisung zu spät kommt, um einer Mittheilung jenes Reiseprojects an Andrássy vorzubeugen, so ist sie doch unumgänglich nöthig.

Wilhelm.

324.

Bismarck an Staatssecretär v. Bülow.

(Telegramm.)

Gastein, den 30ten August 1879, 8 Uhr 5 Min. V.

Telegramm erhalten.

Ich bitte Sr. Majestät vortragen zu wollen, daß ich Graf 1879
Andrássy versprochen habe, ihm meinen Gegenbesuch auf der 30. 8.
Rückreise in Wien zu machen. Soll ich ihm nun schreiben, daß mir das von Seiner Majestät verboten sei? Politisch vermag ich die Consequenzen einer solchen Erklärung nach

1879 30. 8. Wien in der jetzigen Situation nicht auf meine Verantwortung zu nehmen. Ich glaube daher in 14 Tagen meine Rückreise über Wien machen zu müſſen.

v. Bismarck.

325.

Staatsſecretär v. Bülow an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin, den 30. Auguſt 1879.

1879 30. 8. Vortrag heute Abend erſtattet. Seine Majeſtät beauftragen mich Eurer Durchlaucht zu ſagen, daß er nach gegebenen Erläuterungen gern mit Gegenbeſuch in Wien nach Beendigung der Cur in etwa 14 Tagen einverſtanden. Telegramm habe ſich mit Allerhöchſtem Handſchreiben gekreuzt, das Motive der bisherigen Bedenken enthalte. Ueber Anmeldung des Zar zum 3. lag nur das Eurer Durchlaucht übermittelte Telegramm vor. Kaiſer ſagte, er habe nicht ablehnen können, der Nähe wegen und da eben Kaiſer Franz Joſeph empfangen.

v. Bülow.

326.

Graf Andrássy an Bismarck.

Schönbrunn, den 1. Sept. 1879.

Verehrter Fürſt!

1879 1. 9. Ich habe meinem gnädigſten Herrn, der ſich von Prag direct nach Bruck begab, noch von Gaſtein aus „in nuce“ die Tendenz und das vorläufige Reſultat unſerer Beſprechung telegraphiſch mitgetheilt. Ich hob beſonders hervor, daß es ſich gegenüber den Rüſtungen und der comminatoriſchen Sprache, die abwechſelnd wir und Deutſchland zu hören bekommen, um ein

Defensiv-Abkommen, eine Gattung Assecuranz zwischen unseren beiden Souverainen in dem Sinne handle, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinsam abzuweisen, sowie daß der Casus foederis auch in dem Falle eintreten soll, wenn eines der beiden Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieser cooperiren würde*). 1879 1. 9.

Ich habe auch betont, daß ich diese Combination mit aller Wärme befürworte, die Entscheidung Sr. Majestät jedoch durchaus nicht präjudicirt habe.

Hierauf erhielt ich bei meiner Ankunft ein aus Prag datirtes Telegramm, in welchem der Kaiser mir erklärt, der Tendenz und den vorläufigen Resultaten unserer Zusammenkunft aus vollster Ueberzeugung beizustimmen, und mich einladet, Ihn in dem Lager von Bruck aufzusuchen. Gestern nun war ich in Bruck, wo ich detaillirten Vortrag zu erstatten Gelegenheit hatte.

Ich fand den Kaiser so durchdrungen von der Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit einer solchen Abmachung, daß jede weitere Motivirung sich als überflüssig herausstellte. Seine Majestät sieht darin nicht nur keine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwischen den drei Reichen zu erhalten, sondern heute die einzig mögliche Art, das Damocles-Schwert, welches über unseren Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der Beiden, sondern auch zum Wohle des Dritten praktisch sicher zu stellen.

Daß sich mein Kaiser stets freut, und sich jetzt besonders freuen wird, Sie hier zu sehen, ist selbstverständlich. Mittlerweile bin ich ermächtigt, sobald Sie das principielle Einverständniß Sr. Majestät des Kaiser's Wilhelm constatiren können, eine Textirung entgegenzunehmen und auch meinerseits eine solche zu versuchen.

*) Vgl. den Text des deutsch-österreichischen Bündnißvertrags, Politische Reden XII, 486 ff.

1879 1. 9. Ich würde bis zur Erledigung dieser Sache im Amte bleiben. Mein Nachfolger würde erst nach geschlossener Uebereinkunft das Amt übernehmen. Er ist übrigens durch mich eingeweiht und vollkommen einverstanden.

Ich hege keine Zweifel in die persönlichen Absichten des Kaisers Alexander. Ich bin überzeugt, er will heute keinen Krieg. Aber als Minister eines Nachbarstaates kann ich nicht vergessen, daß er auch den Krieg nicht gewollt hat, der eben zu Ende ist, und daß Er vom Anfang bis zu Ende vergeblich versucht hat, der Richtung Herr zu werden, die Seiner immediaten Umgebung entsprungen war.

Daß diesen Gefahren irgend wie vorgebeugt werde, halte ich für eine europäische Nothwendigkeit, und so schwer ich die Ausführung meines schon offenkundigen Rücktrittes jetzt aufschiebe, so wäre es mir als Diener meines Kaisers und meines Landes ein erhebendes Gefühl, mit Ihnen, verehrter Fürst, eine solche Garantie für die Zukunft beider Reiche unterschreiben zu können.

Oesterreich hat seiner Zeit den Fehler begangen, Anerbietungen Deutschlands, welche die beiderseitigen Interessen gesichert hätten, abzulehnen. Es thut mir wohl constatiren zu können, daß man bei uns diesmal den gleichen Fehler nicht begehen wird.

In aufrichtiger Freundschaft und wahrer Verehrung

Ihr ergebenster

Andrássy.

327.

Bismarck an Graf Andrássy.

Gastein 3 September 1879.

Verehrter Graf,

1879 3. 9. mit großer Freude und Genugthuung habe ich Ihr Schreiben vom 1 gestern Abend erhalten und beeile mich die Rückkehr des

Herrn Ueberbringers zu einer einstweiligen Antwort zu benutzen. 1879
Zunächst bitte ich Sie, Sr. Majestät dem Kaiser meinen ehr- 8. 9.
furchtsvollen Dank zu Füßen legen zu wollen für die gnädige Art, in welcher S. Majestät meiner Absicht, nach Wien zu kommen, gedacht hat. Ich freue mich, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, daß unser Plan den einen Fuß im Bügel hat und zweifle nicht, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen wird, ihn vollständig sattelfest zu machen. Leider liegt es in der Natur der Dinge, geographisch und politisch, daß meine Seite der Aufgabe so schnell nicht lösbar ist wie die Ihrige. Der mündliche Vortrag hat nicht nur den Vorsprung der Geschwindigkeit, sondern auch den der Einschränkung auf die Beantwortung der Fragen, welche Allerhöchsten Ortes wirklich aufgeworfen werden. In der schriftlichen Darlegung aber muß ich alle die Mißverständnisse vorbeugend besprechen, von denen ich befürchten kann, daß sie möglich sind. Ich bin in die Lage gekommen, meinem Sohne, der nach Ihrer freundlichen Erlaubniß auch dieses schreibt, genau 60 Bogenseiten zu dictiren und den Inhalt durch telegraphische freiwillige oder geforderte Zusätze dennoch ausgiebig erläutern zu müssen. Demungeachtet ist es mir trotz aller Sorgfalt, nicht geglückt, das Mißverständniß vollständig zu verhüten, als ob in unserm friedlichen Plane irgend ein Hintergedanke aggressiver Tendenz stecken müsse. Dieser Gedanke ist natürlich einem mehr als 82jährigen Herrn ein unsympathischer, aber ich darf hoffen, daß seine vollständige Beseitigung mir möglich sein wird, wenn es mich auch ein ziemlich umfängliches Postscriptum zu jenen 60 Seiten kosten wird. Weniger Feld für meine Thätigkeit bietet mir die im Temperamente meines Herrn liegende Abneigung gegen ein rasches Eingehn auf neue Situationen. Für Allerhöchstdenselben ist das jüngste Verhalten des Kaisers Alexander die erste mehr blitzartige Beleuchtung einer Situation, die ich in den letzten Jahren mir schon öfter zu vergegenwärtigen genöthigt war... Dazu kommt

1879 nun, daß der Kaiser Alexander — ich weiß nicht, ob auf Einfluß
2. 2. oder aus eigenem Entschluß — den Jupiter tonans durch schnellen Uebergang zum Sonnenschein wieder in den Hintergrund zu schieben bestrebt ist. In diesem Sinne folgte schon innerhalb 8 Tagen auf die letzten drohenden Aeußerungen eine freundliche Einladung um Entsendung von preußischen Offizieren nach Warschau. Mein Kaiser entsprach derselben durch Anmeldung des Feldmarschall Manteuffel mit Begleitung, ohne daß ich von dieser als einer militärischen Maßregel vorher Kenntniß erhielt. Baron Manteuffel hat in Warschau ein sehr weitgehendes, persönliches und politisches Entgegenkommen gefunden ... Ob die für heute beabsichtigte Zusammenkunft in Alexandrowo auf seine oder auf russische Anregung eingeleitet worden ist, weiß ich bisher nicht. Die diesseitigen Bedenken gegen eine Zusammenkunft auf russischem Gebiet sind durch Hinweisung auf die außerhalb Rußlands so schnell nicht zu beschaffenden Vorkehrungen für die persönliche Sicherheit des Kaisers Alexander entwaffnet worden. Diese Zusammenkunft findet, soviel ich weiß, heute statt; unser Kaiser ist dabei nur von Seinen Flügeladjutanten begleitet und nach des Ministers v. Bülow Meinung hauptsächlich von der Absicht beseelt, Erklärungen des Kaisers Alexander über seine bedrohliche Haltung zu erlangen.

Ich darf nicht erwarten, daß ich vorher Antwort auf meine erst am 2ten dem Kaiser vorgetragene und mir bisher nur durch Bülow telegraphisch beantwortete Berichterstattung erhalten werde. Aus Bülows Telegramm geht aber schon das Einverständniß des Kaisers damit hervor, daß ich in Wien meine ihm berichteten Besprechungen mit Ihnen, verehrtester Freund, wiederaufnehme, aber „Nichts ohne Seine Genehmigung abmache". Das Letztere ist ja selbstverständlich, und Sie werden darüber nicht ungeduldig werden, wenn der Herr zu Seinen Entschließungen die Zeit beansprucht, welche Seine Jahre,

Seine Gewohnheiten und die Neuheit der Perspektive mit sich bringen. Dazu kommt, und zwar als ein unserm Plane günstiges Moment, daß Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Seinem Herrn Vater zugezogen ist und also Ideen-Austausch beider hohen Herren erforderlich ist. 1879 8. 9.

... Wie bei Ihnen, so auch bei mir, befestigt sich mit jedem Tage längerer Ueberlegung meine Ueberzeugung von der Heilsamkeit, von der Nothwendigkeit des von uns unternommenen Werkes, und ich hoffe, daß es uns von Gott gegeben sein wird, unsern beiden großen Reichskörpern die erstrebte Bürgschaft des äußern und des innern Friedens zu sichern. Ich habe für meine Pflicht gehalten, Sie von dem Stadium, bis zu welchem ich in meiner Arbeit gelangt bin, in Kenntniß zu setzen und werde damit fortfahren, sobald mir die versprochene eingehendere Aeußerung meines Herrn zugeht. Wenn Allerhöchstderselbe dazu gelangt, sie schon am 4 in Königsberg niederzuschreiben, so kann ich am 7 spätestens 8 im Besitz derselben sein. Ich war in großer Versuchung, nach Ihrer Abreise in Person nach Berlin zu gehn, um unsere Sache mündlich zu plaidiren; aber der Stand meiner Gesundheit und Kraft war zu niedrig für diese Anstrengung und meine Erfahrung sagt mir außerdem, daß ich wichtige und schwierige Verständigungen mit meinem hohen Herrn im schriftlichen Verkehr zwar nicht schneller, aber sicherer erreiche, als im mündlichen, und daß letzterem mitunter Schwierigkeiten hinzutreten, welche nicht nothwendig in der Sache liegen.

Mit meiner hiesigen Kur hoffe ich zum 15 oder 16 fertig zu werden und dann dem nächsten Winter wieder gewachsen sein.

In der Hoffnung auf unser baldiges Wiedersehn verbleibe ich in freundschaftlicher Verehrung von Herzen

Ihr

ergebenster

v. Bismarck.

328.

Bismarck an Graf Andrássy.

Gastein 20 9 79.

Verehrter Graf,

15.9 21.9 In Anknüpfung an mein ergebenstes Schreiben vom 3 d. M. beehre ich mich meine durch dasselbe vorbereitete Beantwortung des gefälligen Schreibens Eurer Excellenz vom 1 d. M. nunmehr zu vervollständigen. Ich habe über die Situation nach Maßgabe des Inhalts unsrer hiesigen Besprechungen wiederholt und ausführlich Bericht erstattet und die Uebereinstimmung meiner mich vertretenden Collegen mit meinen Eurer Excellenz bekannten Ansichten hat es mir ermöglicht, die Schwierigkeiten, welche durch die geographische Entfernung und durch entgegengesetzte Einwirkungen von andrer Seite hervorgebracht wurden, insoweit zu überwinden, daß ich die Uebereinstimmung Sr. Majestät des Kaisers mit der Auffassung, welche mich bei unsern jüngsten Besprechungen geleitet hat, im Princip habe feststellen können. Nach Mittheilung meines Stellvertreters, des Grafen Stolberg-Wernigerode ist der Kaiser bereit, einer Verabredung zuzustimmen, vermöge deren beide Mächte sich gegenseitig versprechen auch ferner für die Erhaltung des Friedens und namentlich für die Pflege ihrer friedlichen Beziehungen mit Rußland einzutreten, in dem Fall aber, daß eine von ihnen von einer oder von mehreren Mächten angegriffen werden sollte, diesen Angriff mit ganzer Macht gemeinsam abzuwehren*).

Ich bin hiernach von meinem allergnädigsten Herrn ermächtigt, eine Defensiv-Allianz zwischen Oestreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bedingungslos und mit oder ohne bestimmte Zeitdauer vorzuschlagen. Ich bitte Eure Excellenz ergebenst, über diesen Vorschlag in mündliche Besprechung mit mir ein-

*) S. a. S. 533.

treten zu wollen. Das Ergebniß unſrer Verhandlungen würde 1879
ich meinem allergnädigſten Herrn zur Genehmigung zu unter- 20. 9.
breiten haben. An dieſer Genehmigung beſteht für mich kein Zweifel, wenn Eure Excellenz in der Lage ſind, dem dieſſeitigen Vorſchlage in der Einfachheit und Allgemeinheit, wie er gemacht wird, im Namen Sr. Majeſtät des Kaiſers Franz Joſeph zuzuſtimmen.

Jedenfalls werde ich mich glücklich ſchätzen, wenn unſre Beſprechungen dieſes oder jedes andre den übereinſtimmenden Intereſſen beider Reiche und dem Frieden Europas förderliche Reſultat herbeiführen.

In freundſchaftlicher Verehrung verbleibe ich von Herzen

Ihr ergebenſter

v. Bismarck.

329.

Kardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck.

Mein gnädiger Herr

Eurer Hochfürſtlichen Durchlaucht erlaube ich mir wieder 1879
einmal zu ſchreiben. Man ſagt mir hier, daß die Friedensver- 26. 11.
handlungen mit Cardinal Jacobini einen guten Fortgang haben, und ich danke Gott für dieſe gute Wendung der Dinge. Indeß ſchmeicheln ſich gewiſſe „clericale Heißſporne", daß man die Jeſuiten wieder in Preußen einſchmuggeln wird mit einem Paſſus etwa wie folgt: religiöſe Vereine und Geſellſchaften haben freien Eingang „in Preußen".

Wenn nur die Jeſuiten nicht genannt werden, ſchmeichelt man ſich, daß der Paſſus durchgehen und die Jeſuiten nachkommen werden. Glückliche Naivität! Gut iſt es immer, unſer Vaterland vor dieſer Landplage zu hüten.

1879 26. 11. Mit herzlichſten Wünſchen für Dero Wohlergehen, und in tiefſtem Reſpect und Verehrung Eurer hochfürſtlichen Durchlaucht

ergebenſter Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe Biſchof v. Albano.

Rom 26. November 1879.

330.

Graf Lehndorff an Bismarck.

Telegramm.

Berlin 15. Dezember 1879
10 U. 9 M. V.-Mittags.

Seiner Durchlaucht dem Fürſten von Bismarck

Varzin.

1879 15. 12. Seiner Majeſtät dem Kaiſer und Könige ſind verſchiedene, theilweiſe ſich widerſprechende Gerüchte über das Befinden Eurer Durchlaucht zugekommen und beunruhigten Allerhöchſtdieſelben ſo ſehr, daß der dringende Wunſch nach directer telegraphiſcher Nachricht entſtand. Um ſo mehr iſt der Kaiſer beſorgt, als Euer Durchlaucht in den letzten Tagen die Beſuche zweier wichtigen Perſönlichkeiten*) durchzumachen hatten, und ſieht mit noch ganz beſonderer Spannung und Theilnahme der Beruhigung darüber entgegen, daß die damit verbundene geiſtige Anſtrengung nicht ſchädlich eingewirkt haben möge. Daß es ſo ſei, wünſchen und hoffen Seine Majeſtät von ganzem Herzen; und ſenden Eurer Durchlaucht die beſten Grüße.

Graf Lehndorff, Flügeladjutant vom Dienſt.

*) Des Grafen Peter Schuwalow und des engliſchen Botſchafters am ruſſiſchen Hofe Lord Dufferin.

331.

Bismarck an Graf Lehndorff.

Telegramm.

Varzin 15 Dezember 1879.

Herrn General Grafen Lehndorff
Berlin
Königliches Palais.

Ich bitte Sie, Seiner Majestät meinen ehrfurchtsvollen 1879
Dank für die gnädige Theilnahme zu Füßen zu legen. 15. 12.

Ich bin noch sehr matt und erhole mich langsam; Besuche, wie die jüngsten, halten diese Erholung wohl auf, aber ich habe geglaubt, sie im Interesse des Dienstes nicht abweisen zu können: Gefahr für Rückfälle bringen sie mir nicht, da mein Verkehr mit diesen beiden Herrn keine Art Sorge oder Gemüthsbewegung mit sich bringt, und ich nur letztere nach Meinung der Aerzte hauptsächlich zu vermeiden habe. Näheres schriftlich.

v. Bismarck.

332.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürst von Bismarck.

Sie hatten die Aufmerksamkeit, mir mit Schreiben vom 1880
28. April Ihren auf die Kirchenfrage bezüglichen Erlaß an 2. 5.
den Prinzen Reuß vom 20. desselben Monats*) mitzutheilen. Ich habe von dem Inhalte desselben mit großem Interesse

*) Politische Reden XII, 25 ff.

1880 2. 5. Kenntniß genommen und ſpreche ich Ihnen für die Einſendung wärmſten Dank aus, der ich mit beſonderer Werthſchätzung bin

Ihr

aufrichtiger Freund

München, Ludwig.

den 2. Mai 1880.

333.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürſt von Bismarck!

1880 17. 5. Ich habe mit großem Intereſſe von der Vorlage, welche dem preußiſchen Landtage bezüglich der Kirchengeſetze zugehen ſoll*), Kenntniß genommen und danke Ihnen auf das Wärmſte für die Ueberſendung derſelben, welche Sie mit einer ſo lichtvollen Darlegung der Verhältniſſe begleiteten. Zu meinem aufrichtigſten Schmerze haben Sie, mein lieber Fürſt, hieran die Mittheilung einer beabſichtigten Zurückziehung von den Geſchäften gereiht. Sie kennen das Maß der aufrichtigen Verehrung und des unbedingten Vertrauens, welches ich für Sie unauslöſchlich im Herzen trage, um zu erfaſſen, wie ſchwer ich die Verwirklichung Ihres Vorhabens empfinden müßte. Wenn auch die Geſtaltung der Umſtände im Reichstage nicht immer die erfreulichſte iſt, ſo wird doch der Bundesrath Ihnen, mein lieber Fürſt, auf der föderativen Grundlage der Reichsverfaſſung in unveränderter Weiſe ſtets freudig zur Seite ſtehen. Meine Regierung, welche in keinem Augenblicke von jener Grundlage weicht, war immer von dem ſie ſtützenden Bewußtſein durchdrungen, daß ſie ſich hierbei einig mit dem Manne weiß, deſſen erhabenem ſtaatsmänniſchem Blicke und Wirken Deutſchland ſeine neu erſtandene Größe auf einem Wege dankt,

*) Politiſche Reden XII, 37 ff.

welcher die nothwendige Selbständigkeit und Stärke der Einzel- 1880
staaten nicht aufgehoben oder gelähmt, sondern in bundesstaat- 17. 5.
licher Vereinigung erhöht hat. Die Forterhaltung gleicher Grundsätze sichert dem gemeinsamen Vaterlande Zeiten des Friedens und der Macht. Je sehnlicher ich dieß wünsche und je mehr ich entschlossen bin, hierfür meinerseits immerdar einzutreten, um so weniger kann ich mich von der Hoffnung trennen, daß ich und mit mir ganz Deutschland noch lange Jahre die Geschäfte unter Ihrer niemals zu ersetzenden Führung finden werde.

Empfangen Sie, mein lieber Fürst, die erneute Versicherung besonderer Werthschätzung, mit der ich bin

Ihr

aufrichtiger Freund

Schloß Berg Ludwig.
den 17. Mai 1880.

334.

König Ludwig II. von Baiern an Bismarck.

Mein lieber Fürst von Bismarck!

Mit wärmstem Danke erwidere ich Ihr Schreiben vom 1880
9. dieses Monats*), dessen Beilage mir von größtem Interesse 15. 6.
war. Ich weiß Ihre Mittheilungen sowohl dem schwer wiegenden Inhalte nach wie auch als Zeichen liebenswürdiger Aufmerksamkeit hoch zu schätzen und sehe der Fortsetzung derselben gerne entgegen. Wie ich höre, werden Sie demnächst in Kissingen eintreffen. Sie kennen, mein lieber Fürst, die aufrichtigen warmen Wünsche, welche ich für Ihr Wohlergehen im Herzen hege; ihre Erfüllung wird mir stets zur innigsten

*) Concept nicht vorhanden.

1880 15. 6. Freude gereichen, denn mit wahrer Hochachtung und huldvollſter Geſinnung bin ich ſtets

Ihr

aufrichtiger Freund

Schloß Berg, den 15. Juni 1880. Ludwig.

335.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Wiesbaden 18/11 1880.

1880 18. 11. Bald nach meiner Rückkehr aus St. Petersburg ſetzte ich meine daſelbſt empfangenen Eindrücke auf, ward aber ſo häufig dabei unterbrochen, daß ich die Fertigſtellung meiner Ausarbeitung bis zum Spätherbſt zu verſchieben beſchloß.

Dieſes iſt zwar geſchehen, da ich mich aber verleiten ließ, mit Umdruckfinte zu ſchreiben, um gedachte Niederſchrift nicht Abſchreibern in die Hand zu geben, ſo entſtand ein Product, welches unter keine Rubrik der Gewerbefreiheit gehören kann.

Da das Uebel nun aber einmal geſchehen war, rechnete ich auf Ihre Nachſicht, ſtatt mich mit calligraphiſchen Verbeſſerungen abzugeben, und ſo wird denn jener Reiſebericht bitten, mehr auf den Inhalt als auf Tintenfarbe, Handſchrift und Ausſtattung achten zu wollen.

Jenes merkwürdige Exemplar ſteht zu Ihrer Verfügung, und ergänzt das Geſpräch, welches ich einige Zeit nach meiner Rückkehr aus Rußland mit Ihnen führte. Auf meine Unterredung mit dem Thronfolger dürfte ich vielleicht im Lauf der Jahre bisweilen zurückzukommen Gelegenheit finden!

Auf Wiederſehen wohl zur Jahreswende!

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

336.

Kardinal Guſtav v. Hohenlohe an Bismarck.

Durchlauchtigſter Fürſt

Erlauben mir Eure Hochfürſtlichen Durchlaucht zu Dero Geburtstage meine innigſten Glückwünſche darzubringen. Jeder anſtändige Deutſche muß an dieſem Tage Gott danken, daß er Sie, mein gnädiger Herr, dem Vaterland gegeben, und für Sie beten, daß Sie noch viele viele Jahre leben möchten und viel Troſt und Freude erleben, nach ſo vielen Sorgen, Mühen und Unannehmlichkeiten. Ich thue dies täglich; an Ihrem Geburtstag werde ich beſonders für Sie beten und beten laſſen in meiner Diöceſe Albano, wohin ich nun auf längere Zeit gehen werde, und den Vatican ſich ſelbſt zu überlaſſen gedenke, damit er nach und nach zu ſich kommt, und ſich mehr und mehr der Deutſchen Regierung nähere. 1881 25. 3.

Mit der Bitte, mich der Fürſtin zu Gnaden zu empfehlen, und mit der Verſicherung wahrer Anhänglichkeit und Freundſchaft habe ich die Ehre zu ſeyn

Eurer Hochfürſtlichen Durchlaucht

ergebenſter Diener

G. Cardinal v. Hohenlohe.

Villa d'Eſte 25. März 1881.

337.

Lord Ampthill an Bismarck.

Private and Personal

British Embassy.

Berlin 1. April 1882.

Dear Prince Bismarck,

My wife and I join in heartily wishing you many happy returns of your birthday with health and prosperity to enjoy 1882 1. 4.

1882 1. 4. them to the joy of your family, and the happiness of your great Fatherland.

On your birthday I think I may venture to commit an indiscretion and submit privately to you a few extracts of a private Letter just received from Lord Granville.

He says: „Count Herbert Bismarck goes tomorrow and „there is a rumour that he is likely not to return at all,— „or at all events only for a short time.

„This we must sincerely regret. He has made himself „exceedingly popular, and there are many, certainly including „Lady Granville and myself, who would be very sorry indeed „to lose him.

„He has been successful in circles where success was „difficult and not absolutely to be reckoned upon.—He „shows great interest and is energetic in making acquaintance „with all classes of people,—but as you know it requires „some time to get hold of the kernel, and as he is likely to „play a very considerable part in the politics of his own „Country, and as one of the obstacles to the better understand- „ing of the two nations, has been the want of knowledge of „each, which some politicians display,—I venture to think „his early departure a mistake, and to entertain the earnest „hope that he may return and dwell among us as long as „possible."

In thus committing an indiscretion my object is to show how much Count Herbert has been appreciated in England.

With every good wish believe me, dear Prince Bismarck

yours gratefully

Ampthill.

338.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

(Telegramm.)

Berlin 7. 5. 1882 1 Uhr 20 N. M.

Reichskanzler Fürst Bismarck

Friedrichsruh.

Prinzessin Wilhelm glücklich von einem Sohn entbunden. 1882 7. 5.

Friedrich Wilhelm Kronprinz.

339.

Bismarck an Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Eurer Kaiserlichen Hoheit danke ich ehrfurchtsvoll für die huldreiche Mittheilung und bitte meinen unterthänigsten Glückwunsch zu diesem für das Kaiserliche Haus und für das ganze Land so hoch erfreulichen Ereigniß in Gnaden entgegenzunehmen. 1882 7. 5.

Bismarck.

340.

Präsident Simson an Bismarck.

(Ohne Datum.)

Durchlauchtigster Fürst,
Hochgebietender Herr Reichskanzler,

Eurer Durchlaucht verfehle ich nicht meinen ehrfurchtsvollen Dank für die hochgeneigte Mittheilung abzustatten, mit welcher Hochdieselben mich aus Anlaß der von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserem allergnädigsten Herrn, mir 1883 ? 1.

1883 unter dem 18. dieſes Monats zu Theil gewordenen — mich
F. 1. im eigentlichſten Sinne überwältigenden — Anerkennung*) beehrt haben.

Eure Durchlaucht haben die Gnade gehabt, dieſer Mittheilung einen Glückwunſch zu der mir beſchiedenen Auszeichnung hinzuzufügen. Mir iſt, als hätte Euerer Durchlaucht ich bei dieſem Anlaß nicht allein für den Glückwunſch zu der vollzogenen Thatſache zu danken und die Worte ſind mir in die Gedanken gekommen, welche ich am 18. Dezember 1870 in Verſailles bei einem ähnlichen Anlaß Hochdenenſelben habe ausſprechen dürfen.

Bewahren Eure Durchlaucht mir Ihre Gewogenheit, der ich ſoviel ſchuldig geworden bin! Ich habe Nichts dagegen zu bieten als unvergängliche treue dankbare Verehrung. Gott erhalte den Kaiſer!

Dr. Simſon
Präſident des Reichsgerichts.

341.

Graf v. Seckendorff an Bismarck.

Eurer Durchlaucht

1883 beehre ich mich beifolgend im Höchſten Auftrage Ihrer Kaiſer-
28. 1. lichen Hoheiten des Kronprinzen und der Frau Kronprinzeſſin eine Gedenkmünze an den heutigen Feſttag**) — 25. Januar 1883 — mit der Bitte zu überſenden, Eure Durchlaucht möchten Höchſtdenſelben die Freude bereiten, die Münze als Zeichen höchſten Wohlwollens und unbegrenzter Dankbarkeit entgegenzunehmen.

*) Ernennung zum Wirkl. Geheimen Rath?
**) Silberne Hochzeit.

Genehmigen Eure Durchlaucht den Ausdruck vorzüglicher Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu ſein 1883 25. 1.

Eurer Durchlaucht

Berlin
25. Januar
1883.

gehorſamſter
Graf Seckendorff
Königl. Kammerherr.

342.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Bismarck.

Potsdam Neues Palais 14. Mai 1884.

Mit vielem Dank für die Ueberſendung der Reinſchrift in der Schleswig-Holſteinſchen Angelegenheit verbinde ich die Anfrage, ob wir Sie hier im neuen Palais oder in Berlin über andere Fragen ſprechen können. 1884 14. 5.

Sollten Sie hierher kommen wollen, ſo will ich nur bemerken, daß zwei Uhr unſere Mittagsſtunde, acht Uhr diejenige des ſogenannten Thés iſt.

Sollten Sie lieber keine „Nahrung“ bei uns zu ſich nehmen, ſo laſſen Sie uns nur wiſſen, welche Ihrer freien Stunden Sie auf dem Lande bei uns zubringen können.

Morgen Donnerſtag den 15ten Mai aber könnten wir zwiſchen zwölf Uhr und $^3/_4$ auf eins Sie in Berlin in unſerem Hauſe empfangen.

Es liegt mir außerordentlich daran, angeſichts des bevorſtehenden Geſandten „Reviements“ Sie ganz vertraulich über Beſetzung eines deutſchen Poſtens zu ſprechen, ehe die wohl unmittelbar bevorſtehenden Ernennungen erfolgt ſind.

Ihr

ſehr ergebener

Friedrich Wilhelm KPz.

343.

General v. Albedyll an Bismarck.

Euer Durchlaucht

1885 7. 7. glaube ich von dem Inhalt einer Unterredung Kenntniß geben zu ſollen, welche ich geſtern mit Sr. Kaiſerlichen Hoheit dem Kronprinzen gehabt habe.

Veranlaſſung zu derſelben war ein Bericht, den ich Sr. Kaiſerlichen Hoheit vor 14 Tagen über den Ohnmachts-Anfall Sr. Maj. des Kaiſers nach der Ankunft in Ems erſtattet habe.

Es ſcheinen infolge deſſen doch ſehr ernſte Erwägungen im Kronprinzlichen Hauſe ſtattgefunden zu haben, deren Reſultat mir in den Aeußerungen Sr. Kaiſerlichen Hoheit des Kronprinzen bei der geſtrigen Unterredung entſchieden dahin entgegengetreten iſt, daß man dort im Falle des Thronwechſels eingeſehen hat, auf alle Neuerungen durchaus verzichten und auf den gegenwärtigen Regierungswegen bleiben zu müſſen.

Der Kronprinz ſprach dies ganz entſchieden aus in einer Weiſe, die durchaus klar ſtellte, daß es nicht allein ſeine Anſicht, ſondern eine mit der Frau Kronprinzeſſin erwogene Sache ſei, von welcher mir auch anderweit Aeußerungen in demſelben Sinne bekannt geworden ſind.

Ganz beſonders und vor Allem ging durch das, was der Kronprinz ſagte, der Gedanke des Arrangements und der Verſtändigung mit Euer Durchlaucht. Er ſprach wiederholt aus, daß er dieſe Verſtändigung dringend wünſche und daß er dieſelbe für ſeine künftige Regierung als eine durchaus nothwendige und unerläßliche Bedingung anſehe.

Auf fragende Aeußerungen: wie ich glaube, daß Euer Durchlaucht ſich hierzu ſtellen würden — habe ich nur antworten

können, daß ich außer Stande sei, hierüber eine auch nur einigermaßen begründete Ansicht zu äußern. 1885 7. 7.

Auf alle weiteren Erörterungen Sr. Kaiserlichen Hoheit glaube ich hier nicht weiter eingehen, sondern Eure Durchlaucht einfach nur darüber informiren zu sollen, welche Ansichten zur Zeit bei den Kronprinzlichen Herrschaften bestehen.

Euer Durchlaucht sind heute, wie mir S. Kaiserliche Hoheit sagte, im neuen Palais und werden aus den dort gewonnenen Eindrücken gewiß meine vorstehenden Mittheilungen bestätigt finden. Ebenso werden Euer Durchlaucht ja auch erwägen, welchen Standpunkt hochdieselben den jedenfalls zu erwartenden Annäherungsversuchen der Kronprinzlichen Herrschaften gegenüber angemessen erachten; ich lebe und sterbe — wie Euer Durchlaucht wissen — der Ueberzeugung, daß eine Zukunft ohne das Gelingen einer solchen Verständigung undenkbar ist, und habe mich durch diese Ueberzeugung vermehrt verpflichtet erachten müssen, das Umstehende zu Euer Durchlaucht Kenntniß zu bringen.

Mein erster Gedanke war, nach Berlin zu kommen, um Euer Durchlaucht selbst zu sprechen, ich habe denselben aber, weil zu auffallend, aufgegeben und glaube ich auch, daß Euer Durchlaucht wohl wesentlich und wichtig sein möchte zu erfahren, welche Auffassungen zur Zeit bei den Kronprinzlichen Herrschaften bestehen.

Sr. Majestät dem Kaiser geht es hier übrigens andauernd täglich besser; etwas verringerte Bewegungsfähigkeit und öfter eintretende Ermüdung ist das einzige, was als Veränderung gegen früher noch bemerklich ist; es ist auch in keiner Weise zu sagen, daß bestimmte Befürchtungen über die Wiederkehr solcher Ohnmachtsanfälle begründet sein könnten — aber ich kann doch nicht anders sagen, als daß der letzte Ohnmachtsanfall mir einen sehr tiefen Eindruck hinterlassen hat, zumal derselbe ganz ohne jedes vorherige Anzeichen kam, und daß der Anfall ein

1885 7. 7. ſehr ſchwerer und ſehr nahe an dem Augenblick war, wo ein Zurückrufen ins Leben nicht mehr möglich geweſen wäre.

In aufrichtigſter Anhänglichkeit, in größter Verehrung

Euer Durchlaucht

Ems 7. Juli 1885. gehorſamſter

v. Albedyll.

344.

Bismarck an General Albedyll.

(Concept.)

Varzin den 16 Juli 1885.

1885 16. 7. Ich bin, wie Sie richtig vorausſetzten, am 7 im Neuen Palais geweſen und Se. Kaiſerliche Hoheit hat Sich zu mir in demſelben Sinne wie zu Ihnen in ſehr gnädiger Form und mit rückhaltloſem Vertrauen auf einem Spaziergange im Garten ausgeſprochen. Ich freute mich von Herzen über das Wohlwollen, welches Er mir bewies, war aber doch etwas in Verlegenheit geſetzt. Einmal ſind ſolche Beſprechungen für mein perſönliches Gefühl dem Kaiſer gegenüber peinlich; ich ſage mir, daß ſie in der Gegenwart des Herrn nicht geführt werden könnten, und ich kann nicht ohne Weiteres annehmen, daß ich Se. Majeſtät überleben werde. Ich bin jünger, aber ſtruppirter. Dann aber bin ich ſchon jetzt mit meiner Arbeitskraft der Plage nicht gewachſen; ich zehre vom Capital. Meinem alten Herrn kann ich nicht gegen Seinen Willen und in Ungnaden aus dem Dienſte laufen; das iſt mir klar geworden, als ich ihn mit Nobilings Schrotſchuß liegen ſah. Mein und meiner Frau Hoffnung war aber, daß ich, wenn ich nach Gottes Willen den Kaiſer überlebe, den Reſt meiner Tage auf dem Lande zubringen und wie ein penſionirter Hofſchauſpieler von der Bühne ins Parquet übergehen würde. Auf der andern

Seite iſt der Kronprinz, wenn ich ſeine Regierung erlebe, mein König. Einem ſolchen kann ich nach meiner Denkungsweiſe auch den letzten Reſt, der mir an Arbeitskraft bleibt, nicht verſagen, wenn Er meiner Dienſte zu bedürfen glaubt und ſie von mir verlangt, ohne mir Handlungen zuzumuthen, die dem Lande, der Dynaſtie oder meiner Ehre ſchädlich ſind. Mich hat die herzliche Art, wie der Kronprinz mir Sein Vertrauen ausſprach, gefreut, aber das Gefühl, ſehr viel abgenutzter zu ſein, wie der Herr und die Welt mit ihm glaubt, iſt ſtark in mir. Nach der Kräftigung des Kaiſers, die ſeit Ems eingetreten, darf ich hoffen, daß Gott ihn uns noch länger läßt, und mir das ultra posse erſpart. 1885 16. 7.

In alter Freundſchaft der Ihrige

v. Bismarck.

345.

Kronprinzeſſin Victoria an Bismarck.

Berlin d. 24. (Dez.) 1885.

Verehrter Fürſt,

Als Sie neulich hier ſpeiſten, fanden Sie Geſchmack an dem Moſel Wein, der ſervirt wurde, und würde es uns freuen, wenn Sie zu Weihnachten einige Flaſchen von uns annehmen wollten. 1885 24. 12.

Wir haben lebhaft bedauert zu hören, daß Sie leidend geweſen ſind, — und hoffen nur, daß es nicht eine Folge der Ermüdungen Ihres neulichen Ausgangs war.

Mit den beſten Grüßen an die Fürſtin

Ihre

V. Kronprinzeſſin.

346.

Flügeladjutant v. Pleſſen an Bismarck.

Palais, den 15. 5. 86.

Euer Durchlaucht

1886 15. 5. melde ich pflichtmäßig, daß Seine Majeſtät der Kaiſer und König geſtern Abend beim Thee mit der Kaiſerin, der Großherzogin und dem Prinzen Ludwig von Baden um 9½ Uhr eine Art Lähmungszuſtand — Verworrenheit und ſtockende, ſchließlich verſagende Sprache bekommen haben. — Zu Bett gebracht kam Klarheit und Sprache ſehr bald wieder. Die Nacht war gut. Heute früh 7 Uhr nahm der Kaiſer Thee im Bett und war ganz klar. Beim Aufſtehen um 9 Uhr trat wieder etwas Unklarheit und eine gewiſſe unnatürliche Erregtheit ein. Im Laufe des Vormittags hat ſich der Zuſtand anſcheinend gebeſſert; — der Kaiſer iſt ruhiger, aber er klagt über Kopfweh und fühlt ſich angegriffen.

Euer Durchlaucht erhalten heute Abend abermals Nachricht.

Euer Durchlaucht

ganz gehorſamer

v. Pleſſen.

Flügeladjutant vom Dienſt.

347.

Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck.

Berlin 4. 3. 88. 5 Uhr NM.

Ew. Durchlaucht

1888 4. 3. melde ich ganz gehorſamſt, daß Seine Majeſtät der Kaiſer und König heute das Bett nicht verlaſſen haben und an wechſelnden Schmerzempfindungen leiden, die von Blaſenbeſchwerden

herrühren. Alles läßt leider vermuthen, daß dieſelbe Kriſis 1888
abzuwarten und durchzumachen ſein wird, die ſich in den ver- 4. 3.
floſſenen Monaten mehrfach wiederholt hat. Betäubende Mittel ſind noch nicht angewendet und bei dem Maße von Schmerzen auch noch nicht in naher Ausſicht; ſehr wünſchenswerth erſcheint, daß ſolche recht ſpät zur Anwendung kommen mögen, wenn ſie auch nicht ganz zu vermeiden ſein werden. Der Kaiſer iſt nicht ſehr mißgeſtimmt und durchaus noch nicht matt; der Beginn des Mißbehagens war ſchon ſeit faſt 2mal 24 Stunden bemerkbar. —

Ihre Majeſtät die Kaiſerin befiehlt mir Ihnen zu ſagen, Alles was dieſe Zeit brächte, laſtete ſo recht ſchwer auf Ihr; und Sie ſei überzeugt, daß Sie das ſo recht mit ihr empfänden.

Ew. Durchlaucht
gehorſamſter
Graf Lehndorff.

348.

Flügeladjutant Graf Lehndorff an Bismarck.

Berlin 5./3. 88. 10 Uhr 10 V.

Seine Majeſtät haben den Reſt des geſtrigen Tages 1888
ziemlich günſtig verbracht, wenn auch mit ſtoßweiſen Schmerz- 5. 3.
empfindungen. Die letzteren haben heut Nacht 5 Uhr eine Injection von Morphium erforderlich gemacht; doch hat der Kaiſer vor und nachher nicht unbeträchtlich geſchlafen und iſt die Nacht nicht als eine ganz ſchlechte zu rechnen. Heut früh hat der gehorſamſt unterzeichnete längere Zeit mit Seiner Majeſtät verhandelt, und war überraſcht, wie gut Ausſehn und Stimmung war im Vergleich mit ſonſtigen Fällen.

Hoffentlich iſt dieſer günſtige Umſtand nicht nur der Nachwirkung des Morphium zuzuſchreiben, jeden Falls aber

1888 war die Erſcheinung ſehr erfreulich und darf erwähnt werden.
5. 8. Darüber wie weit die Anwendung der Injection ſich beſchränken laſſen wird, fehlt noch jedes Urtheil. Der Appetit iſt jetzt noch ziemlich gut, ſonſtige Krankheitserſcheinungen nicht vorhanden.

Graf Lehndorff.
Flügeladjutant vom Dienſt.

349.

Flügeladjutant v. Broſigke an Bismarck.

Palais 6./3. 88.

1888 Se. Majeſtät der Kaiſer und König haben den Nachmittag
6. 8. nicht zur Zufriedenheit der Aerzte verbracht. —

Se. Majeſtät haben ſehr wenig gegeſſen, ſchlafen aber meiſtens ruhig.

Morphium iſt Tages über nicht gegeben worden, ob es zur Nacht nöthig wird, iſt noch fraglich.

C. Broeſigke
Fl.-Adjutant vom Dienſt.

350.

Flügeladjutant v. Broſigke an Bismarck.

Palais 8./3. 1888.

1888 Die Nacht hat den von den Aerzten erhofften ſtärkenden
8. 8. Schlaf nicht gebracht. —

In Folge deſſen iſt der Kräftezuſtand und der Puls nicht beſſer geworden, ſo daß der Ernſt der Lage fortdauert.

C. Broeſigke.

351.

Flügeladjutant v. Lippe an Bismarck.

8. März 1888 8^{10} früh.

Der Schwächezuſtand bei Seiner Majeſtät nimmt ſehr zu; Puls ſetzt zuweilen aus. 1888 8. 3.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm iſt auf Anſuchen der Aerzte ins Palais geholt.

v. Lippe.
Flügeladjutant.

352.

Flügeladjutant v. Petersdorff an Bismarck.

Palais 2^{55} Uhr 9. III. 88.

Das Befinden Seiner Majeſtät neigt dem Ausſpruch der Aerzte nach wiederum zum Schlechten, ſo daß die höchſten Herrſchaften ſoeben avertirt worden ſind. 1888 9. 3.

von Petersdorff.
Flügeladjutant vom Dienſt.

353.

Hofmarſchall Graf Radolinski an Bismarck.

Telegramm.

Aufgegeben in Landshut B. am 11. März 1888 um 11 Uhr Nachm.
Angekommen in Berlin um 11 Uhr 13 Min. Nachm.

Reichskanzler Fürſt Bismarck
Berlin.

Seine Majeſtät haben mir nochmals befohlen, Eure Durchlaucht zu bitten, den Herren Miniſtern ſagen zu wollen, 1888 11. 3.

1888 11. 8. daß, wer von den Herren Seine Majeſtät begrüßen wollte, nach Leipzig entgegenfahren möchte, da von Bitterfeld aus Seine Majeſtät Niemand mehr ſehen darf. Euer Durchlaucht allein bleibt es überlaſſen, auf welcher Station, Leipzig oder Bitterfeld, Sie Seine Majeſtät begrüßen wollen. Alle Herren werden gebeten, in kleiner Uniform zu erſcheinen. In Charlottenburg iſt jeder Empfang und Verabſchiedung ausgeſchloſſen.

Radolinski.

Register

(Die Zahlen beziehen sich auf die Seiten)

A

Aberdeen, George Hamilton Gordon, Graf v., englischer Premierminister 146.

Achenbach, Heinrich, preußischer Handelsminister 454. 455. 456. 457.

Adalbert, Prinz 123.

Adel, preußischer. Klage über den Rückgang des p. A.s 216.

Adolph, Fürst von Schaumburg-Lippe 364.

Aegidi, Ludwig Karl, Wirklicher Legationsrath 458.

Albedyll, Emil Heinrich Ludwig v., preußischer General d. Cavallerie 540. 542.

Albert, Kronprinz (König) von Sachsen 417. 418. 419. 452. 458. 489. 491.

Albrecht, Prinz 319. 468.

Alexander II., Kaiser von Rußland 253. 298. 302. 303. 304. 309. 315. 316. 318. 319. 330. 336. 367. 370. 407. 408. 436. 437. 484. 488. 492. 522. 524. 525. 526.

Alexander, Großfürst von Rußland (A. III.) 534.

Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Rußland 56.

Alexandrine, Prinzessin von Hanau, Gemahlin des Prinzen Felix von Hohenlohe-Oehringen 186.

Alexandrowo 526.

Alvensleben, Albrecht, Graf v., preußischer Staatsminister 94. 171. 176. 188. 191. 192. 196. 197. 198. 228. 237.

Alvensleben, Gustav v., preußischer General der Infanterie 274. 294. 295.

Alvensleben, Gustav Hermann v. 364.

Ampthill, Lord Odo William Leopold (Lord O. Russell), englischer Staatsmann 535. 536.

Andrássy, Gyula (Julius), Graf, österreichischer Minister des Auswärtigen und des Kaiserlichen Hauses 514. 521. 522. 524. 528.

Antonelli, Giacomo, Cardinalstaatssecretär 484.

Arnim-Boytzenburg, Adolph Heinrich, Graf v. 387. 388.

Arnim-Criewen, Carl Otto Friedrich v. 12.

Arnim-Heinrichsdorf-Werbelow, Heinrich Friedrich, Graf v., preußischer Gesandter in Wien 17. 36. 63. 84. 89. 90. 104. 106. 107. 108. 113. 228. 229.

Arnim-Kröchlendorff, Oscar v. 226. — Frau Malwine v. A.-K., geb. v. Bismarck 228. 280.

Arnim-Suckow, Harry Karl Curt Eduard, Graf v., preußischer Diplomat 307. 440. 441. 489.

Arnimparagraph 476.

Arnold, Bischof von Trier 376.

article additionel Rußlands zum syrischen Tractat 313.
Auerswald, Rudolph, preußischer Staatsminister 342.
Augusta, Prinzessin (Königin, Kaiserin) 182. 186. 370. 429. 436. 488. 544. 545.
Augustenburger. Herzog Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg 16. 27. 28. 29. 110. 111. 379. — Erbprinz Friedrich (Herzog Friedrich VIII.) 366. — Augustenburger Angelegenheit 135. Ansprüche der A. auf Schleswig und Holstein 357. — Rechtsbeständigkeit der Entsagung des Herzogs Christian August 379.
Ausstellung, Pariser. Betheiligung Deutschlands an der P. A. 498. 500.

B

Bach, Alexander, Freiherr v., österreichischer Staatsmann 172. 201.
Baden-Baden. Zusammenkunft des Kaisers Napoleon III. mit dem Prinzregenten von Preußen in B. 310 f.
Baier, preußischer General 400*).
Balan, Hermann Ludwig v., preußischer Staatsmann 272. 427. 443. 444. 447.
Bamberger Conferenz der Mittelstaaten (1854) 175. 176. 182. 184. 198. 200. Die „Bamberger" 178. 180. 181. 182. 184. 290. 442.
Bancroft, George, Gesandter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin 447.
Bankfrage 461.
Baraguay d'Hilliers, Achille, französischer Marschall 144. 188.
Barez, Geheimer Obermedicinalrath, Arzt 3. 125.
Baumbach, Moritz v., kurhessischer Minister 102.
Bayern. Feindliche Haltung B.s gegen Preußen 291. 292.
Becker, Heinrich Hermann, Abgeordneter 387.
Beitzke, Heinrich Ludwig 379.
Belly, v. 186.
Below, Albert v. 1.
Benedetti, Vincenz, Graf v., französischer Diplomat 436.
Bentinck, Graf v. 208.
Berliner Congreß 514.
Bernstorff, Graf Albrecht v. 114. 229. 336. 343.
Bernuth, Otto Friedrich Karl v., Polizeipräsident von Berlin 353.
Bethmann-Hollweg, Moritz August v. 16. 59. 98. 101.
Beust, Friedrich Ferdinand, Freiherr (Graf) v. 14. 25. 30. 31. 84. 146. 178. 184. 269. 297. 363. 429.
Biegeleben, Ludwig Maximilian, Freiherr v., österreichischer Diplomat 270.
Bille-Brahe, Graf, dänischer Gesandter in Berlin 55.
Bismarck, Otto Eduard Leopold v. (Graf, Fürst). B.s Ernennung zum Bundestagsgesandten 8. B.s Ernennung zum einstweiligen Gesandten in Wien 63. Amtliche Desavouirung der an die Wiener Mission geknüpften Gerüchte von Ueberschreitung der Instructionen 82. B.s Versetzung nach Petersburg 286. Klagen B.s über die deutschen Diplomaten in Petersburg 296 f. Verleihung des Schwarzen Adlerordens 378. B.—Virchow 379—389. B.s Bestreben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden 405. 496.

*) Vermuthlich ist in dem Briefe des Prinzen Friedrich Karl mit dem General Baier der General Gustav Friedrich von Beyer zu verstehen, der Befehl erhalten hatte, in Kassel einzurücken.

Bismarck, Frau Johanna v. 17. 18. 44. 50. 83. 92. 98. 101. 107. 147. 152. 153. 164. 170. 190. 212. 215. 225. 226. 228. 248. 251. 263. 278. 282. 284. 294. 319. 379. 396. 438. 439. 459. 474. 492. 502. 535. 542.
Bismarck, Herbert, Graf v. 453. 494. 497. 498. 510. 513. 525. 536.
Bismarck, Wilhelm, Graf v. 85. 91. 92.
Bismarck, Marie, Gräfin v. 474. 518.
Bismarck-Bohlen, Friedrich Alexander, Graf v. 399.
Blanckenburg, Moritz v. 391.
Blindſches Attentat (7. Mai 1866) 395.
Blome, Baron v. 258.
Bloomfield, John Arthur Douglas, Lord, engliſcher Diplomat 55. 166. 229.
Bluhme, Chriſtian Albrecht, däniſcher Miniſter 29.
Bock, Graf 187.
Bockelberg, v., preußiſcher Geſandter in München 178. 258.
Bode 33.
Bodelſchwingh, Karl v., preußiſcher Finanzminiſter 6. 30. 122. 123. 159. 353. 360. 361.
Böger, Generalarzt 438.
Bonin, Eduard v., preußiſcher General der Infanterie, Kriegsminiſter 123. 163.
Boſe, Julius Friedrich Wilhelm, Graf v., preußiſcher General der Infanterie 400.
Bothmer, Friedrich, Freiherr v., hannöverſcher Geſandter am Bundestag 131 (Charakteriſtik) 140.
Bourqueney, Baron v., franzöſiſcher Diplomat 194.
Brandt, Bürgermeiſter von Brandenburg 12.
Bratiano, Demeter 422.
Bratiano, Joan, rumäniſcher Miniſter 422.
Brauchitſch, Heinrich v., Regierungsrath (ſp. Regierungspräſident) 481.
Braun, Ritter v., Legationsrath bei der öſterreichiſchen Bundestagsgeſandtſchaft 118.
Bray-Steinburg, Otto Camillus Hugo, Graf v., bayeriſcher Staatsmann 315.
Brenner-Felſach, Freiherr v., öſterreichiſcher Legationsrath und Director der Bundeskanzlei 207.
Breslau als Ort der Zuſammenkunft des Zaren Alexander II. und des Prinzregenten von Preußen 302. 303. 305.
Bröſigke, v., Flügeladjutant 546.
Bruck, Karl Ludwig, Freiherr v., öſterreichiſcher Staatsmann 26.
Brunnemann, preußiſcher Regierungsrath 345.
Brunnow, Philipp, Graf v., ruſſiſcher Diplomat 173. 215.
Budberg, Andreas v., ruſſiſcher Diplomat 22. 55. 66. 71. 146. 153. 219. 270. 298. 301. 302. 304. 305. 317. 321. 322. 347.
Bülow, Bernhard Ernſt v., däniſcher Kammerherr und Geſandter am Bundestag für Holſtein und Lauenburg (nachmals deutſcher Staatsmann) 26. 134. 135. 140. 198. 442. 443. 446. 448. 453. 454. 457. 459. 460. 470. 485. 486. 489. 512. 521. 522. 526.
Bund, Deutſcher. Gründe gegen die Theilnahme des Bundes an den Londoner Conferenzen 51 f. Ein Uebergriff der Bundesmilitärcommiſſion 285.
Bundesrath. Der diplomatiſche Ausſchuß des B.s 464 ff. 467. 468 f. 470 f. 472 f. — Verfaſſungsmäßige Rechte des B.s 511. 512.

Bundestag, deutscher — die lederne Tretmühle in der Eschenheimer Gasse 25. — Der B. vermag aus Deutschland nichts zu machen, kann aber den inneren Zerfall noch verdecken 38. Friedrich Wilhelm IV. und der B. 104.
Bunsen, Christian Karl Josias, Freiherr v., preußischer Diplomat 57. 145. 164. 169. 185.
Buol-Schauenstein, Karl Ferdinand, Graf v., österreichischer Staatsmann 27. 67. 69. 70. 75. 76. 80. 81. 88. 89. 104. 105. 108. 145. 171. 175. 176. 177. 178. 188. 194. 198. 199. 201. 218. 230. 231. 235. 277.
Burg, v. d. 378.
Burghausen, Graf v. 62.
Burstian, Freiherr v. 185.
Burtschava (oder Burtschova?) 194.

C

Camphausen, Otto, preußischer Finanzminister 431. 434. 436. 450. 451. 454. 457. 458. 459. 462. 486.
Canitz und Dallwitz, Karl Wilhelm, Freiherr v., preußischer Diplomat 44. 86. 93. 288.
Canrobert, François Certain de, französischer Marschall 509.
Carlowitz, Albert v. 297.
Cavour, Camillo Benso di, Graf, italienischer Staatsmann 440.
Chotek, Bohuslaw, Graf v., österreichischer Diplomat 409.
Christian, Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (Christian IX., König von Dänemark) 28. 357. 366.
Clarendon, George William Frederick Villiers, Graf v., englischer Staatsmann 146.
Conferenzen, europäische. Vortheile und Nachtheile europäischer C. 333.
Constantin, russischer Großfürst 260. 327.
Constitution. Krokodileier des Constitutionalismus 3. Mit keiner C. kann man eine demokratische Bewegung beschwören 16.
Convention, italienisch-französische 376.
Costenoble, Vortragender Rath im Staatsministerium 6.
Coudenhove, Franz, Graf v. 262.
Cowley, Henri Richard Charles Wellesley, Graf, englischer Diplomat 27.
Crispi, Francesco, italienischer Staatsmann 509.
Croy, Prinz Georg, preußischer Legationssecretär 307. 326. 329. 331. „Ritter de Lorge" 332.
Crüger, Geheimer Regierungsrath 129.

D

Dalwigk, Karl Friedrich Reinhard, Freiherr v., Großherzogl. hessischer Minister 108. 110. 134. 215.
Dänemark, dänische Frage 29. 271. 272. 330. 332 f.
Dannhauer, Generalmajor, preußischer Bevollmächtigter zur Bundesmilitärcommission 285.
Danziger Episode 345.
Darmstädter Conferenzen der Mittelstaaten 1852: 59. Darmstädter Coalition 81. „Darmstädter" 67. 72. Hinneigung der „Darmstädter" zu Frankreich 68 f. — Darmstädter Coalition 1854: 133. 172. 218.
Debains, französischer Diplomat 447.
Dechend, v., Präsident der Reichsbank 461. 462. 491. 492.

Deficit, preußisches. Vorschläge Camphausens zur Deckung des D.s 431 ff.
Delbrück, Martin Friedrich Rudolph, preußischer bez. deutscher Staatsmann 30. 434.
Delorge, Emmerich, Duc de 329.
Demokratische Conspirationen in Frankfurt a. M. 35.
Depeschendiebstahl, Berliner 353.
Depretis, Agostino, italienischer Staatsmann 509.
Deutsch-österreichischer Bündnißvertrag (1879) 522 ff. 528 ff.
„Deutsch" für „Preußisch" 293.
Deutschland — eine unrichtige Bezeichnung für den mitteleuropäischen Staatenbund 48.
Dieß-Daber, Antrag D.-D. 420.
Diplomatie, kleindeutsche. Erbärmlichkeit der k. D. 251.
Drouyn de L'Huys, Edouard, französischer Staatsmann 144. 347.
Duesberg, Oberpräsident von Westphalen 6.
Dufferin, Frederick Temple Hamilton Blackwood, Graf (Marquis), englischer Diplomat 530.
Dufour, Wilhelm Heinrich, schweizerischer General 257.
Duncker, Max, vortragender Rath des Kronprinzen von Preußen 345.
Dungern, Freiherr v., Bundestagsgesandter für Braunschweig und Nassau 136 (Charakteristik). 140.

E

Eduard, Prinz von Wales 339.
Eisenbahnen. Uebergang der E. ans Reich 475.
Eisendecher, Wilhelm v., oldenburgischer Bundestagsgesandter 137 f. (Charakteristik). 140.
Elisabeth, Königin von Preußen 6.
Elisabeth, Prinzessin zu Wied 429.
Elsaß-Lothringen. Zur Frage der Statthalterschaft des Kronprinzen in E.-L. 516.
Elsner, Johann Gottfried 392.
Emil, Prinz von Hessen 134.
entente cordiale — nicht Bündniß — zwischen Frankreich-Rußland-Preußen 309 f.
Epicier. Feige Friedensliebe des Louis-Philippeschen E.s 216.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha 303.
Ernst August, König von Hannover 18. 24. 32. 39.
Esterhazy, Moritz, Graf v., österreichischer Diplomat 166. 229. 245.
Eugenie (Gräfin von Montijo), Kaiserin der Franzosen 319. 370.
Eulenburg, August, Graf zu, Hofmarschall 396. 426. 427.
Eulenburg, Friedrich, Graf zu, preußischer Minister 352. 354. 383. 388. 389. 411. 412. 431. 432. 457. 458. 460.
Eulenburg, Wendt, Graf zu 474.
Evans, Arzt 440. 441.

F

Falk, Paul Ludwig Adalbert, preußischer Cultusminister 459. 460. 478. 514. 515. 517. 518.
Festungsviereck. Strategische Bedeutung des F.s 324.
Firmenich, Dr., Publizist 97. 98.
Fischer, Hannibal, oldenburgischer Staatsrath 45. 47. 386.
Flahault, Graf, Oberstallmeister 369.
Flotte, deutsche, von 1848: 36. 386.
Flottwell, Eduard Heinrich v., preußischer Staatsminister 277.

Fonton, v., russischer Staatsmann 70.
Forckenbeck, Max v., 382. 383.
Francke, Karl Philipp, Geheimer Rath 416.
Frankfurt — das erste Klatschnest der Welt 251. Unzufriedenheit in F. mit Preußen 412.
Frankreich. Möglichkeit einer französischen Invasion in Süddeutschland 242. Abneigung des französischen Volkes gegen den Krieg mit Deutschland 495.
Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich 18. 45. 46. 64. 65. 67. 68. 85. 114. 145. 171. 172. 176. 177. 194. 221. 263. 263. 302. 356. 397. 522. 523. 525. 529.
Fräuleinstift in der Lausitz 353.
Freihandel 47.
Friedberg, Heinrich, Staatssecretär des Reichsjustizamtes, preußischer Justizminister 458. 485. 486. 487.
Friedenthal, Karl Rudolph, preußischer Staatsminister 454. 455. 456. 459. 460.
Friedländer, rumänischer Cabinetsrath 422.
Friedrich II. der Große 314. 315. 378.
Friedrich III., Deutscher Kaiser 547. 548. Vgl. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
Friedrich, Prinz von Baden 61. 250.
Friedrich VII., König von Dänemark 256.
Friedrich, Prinz von Hessen 357.
Friedrich, Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen 445.
Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 366.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin 442. 447.
Friedrich Karl, preußischer Prinz 398. 399. 400.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen 58.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 3. 7. 10. 11. 14. 15. 16. 18. 22. 28. 29. 32. 39. 40. 43. 44. 51. 52. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 63. 64. 65. 66. 69. 73. 77. 91. 93. 100. 104. 109. 113. 115. 116. 120. 125. 129. 142. 143. 146. 156. 157. 158. 159. 163. 164. 165. 166. 170. 175. 179. 181. 182. 192. 194. 199. 210. 211. 222. 223. 224. 225. 227. 228. 231. 233. 234. 237. 238. 239. 252. 261. 264. 273. 274. 276. 277. 302. 303. 304.
Friedrich Wilhelm I., Kurfürst von Hessen 6. 102. 103. 186. 370. 415.
Friedrich Wilhelm, Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 442.
Friedrich Wilhelm, Prinz (Kronprinz von Preußen) 224. 263. 264. 307. 337. 338. 339. 341. 342. 343. 344. 345. 349. 351. 352. 354. 355. 356. 361. 362. 364. 366. 367. 375. 378. 389. 390. 391. 392. 396. 401. 402. 403. 404. 406. 411. 413. 414. 417. 423. 425. 426. 427. 428. 429. 463. 464. 474. 475. 477. 479. 480. 484. 485. 486. 487. 508. 509. 510. 513. 516. 519. 527. 534. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543.
Friesen, Richard, Freiherr v. 435. 489.
Fritsch, Karl Friedrich, Freiherr v., Großherzogl. sächsischer Bundestagsgesandter 135 (Charakteristik). 136. 140.
Fürstenberg, Graf 59.

G

Gablenz, Freiherr Anton v. 396. 397.
Gaeta. Capitulation von G. 329. Gaeta-Ceremonie 331.

Gagarin, Paul, Fürſt 409.
Gagern, Heinrich, Freiherr v. 185.
Gagern, Max, Freiherr v. 185.
Galizien 202.
Gambetta, Léon, franzöſiſcher Staatsmann 493. 494. 495. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505.
Garlieb, däniſcher Conferenzrath 111.
Geſſcken, Friedrich Heinrich, Profeſſor der Staatswiſſenſchaften 477. 478. 479.
Gehret, Polizeiagent 454.
Geiſtliche, evangeliſche 460 f. 517.
Gelzer, Johann Heinrich, Profeſſor der Geſchichte 397. 398. 423. 424.
Georg, Herzog von Mecklenburg-Strelitz 163.
Georg V., König von Hannover 24. 89. 90.
Gerlach, Leopold v., preußiſcher General 4. 5. 16. 46. 61. 117. 142. 143. 152. 153. 168. 170. 210. 211. 218. 225. 233. 252. 253. 260. 261. 274.
Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräſident 379. 380. 477.
Germersheim. Antrag Preußens auf Uebertragung der Qualität einer Bundesfeſtung von Landau auf G. 265. 266. 267. 268.
Glinka, Dmitry Grigorjewitſch, ruſſiſcher Geſchäftsträger am Bundestag 57.
Goeben, Auguſt Karl Friedrich Chriſtian v., preußiſcher General der Infanterie 400.
Goltz, Graf Karl Friedrich v. d., preußiſcher General der Cavallerie 99. 262. 263. 273. 274.
Goltz, Graf Robert Heinrich Ludwig v. d., preußiſcher Diplomat 16. 57. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 215. 217. 253. 301. 336. 343. 347. 402.
Gontaut-Biron, Vicomte de, franzöſiſcher Botſchafter in Berlin 447. 498. 500.
Gortſchakow, Fürſt Alexander Michailowitſch, ruſſiſcher Staatsmann 222. 234. 235. 270. 272. 287. 295. 296. 298. 303. 306. 308. 309. 310. 313. 314. 315. 316. 317. 336. 367. 368. 407. 408. 409. 439. 451. 452. 485.
Gortſchakow, Fürſt Michail, ruſſiſcher General 181.
Grabow, Wilhelm, Präſident des Abgeordnetenhauſes 382. 384.
Granville, George Leveſon-Gower, Graf, engliſcher Staatsmann 536.
Gröben, Karl Joſeph, Graf v. d., preußiſcher General der Cavallerie 163. 164.
Grotius, Hugo 317.
Grundſteuer 331.
Gruner, Juſtus v., Wirklicher Geheimer Rath und Unterſtaatsſecretär im Miniſterium des Auswärtigen 285. 287. 301.
Grünne, Graf Karl Ludwig, öſterreichiſcher General der Cavallerie 67.
Gundlach, v., preußiſcher Regierungsaſſeſſor 227.

H

Hahn, Feldjäger 287.
Hall, Karl Chriſtian, däniſcher Staatsmann 332.
Hamilton, Herzogin v. 370.
Handelsvertrag zwiſchen Frankreich und dem Zollverein (2. Aug. 1862) 371. 372.
Hannover. Vertrag zwiſch. Preußen und Hannover vom 7. September 1851: 21. 23. 24. 25. 26. 30. 32. 67. 72. 74. 78. 85. 102. Haltung H.s in der Zollvereinskriſis 108 f. 125. Klagen in Hannover über

Preußen 411. Der hannöv. Provinzialfonds 420 f.
Hansemann, David, preußischer Finanzminister 1. 2.
Harnier, Dr., Senator und Syndicus, erster Bürgermeister von Frankfurt a. M. und Vertreter Frankfurts am Bundestage 139. 140.
Hassenpflug, Hans Daniel Ludwig Friedrich, Kurfürstlich hessischer Staatsmann 6. 101. 102. 103. 133. 189.
Hatzfeldt, Maximilian, Graf v., preußischer Diplomat 166. 229. 261.
Haugwitzsche Politik 204.
Hauthaler, katholischer Pfarrer 457.
Haymerle, Heinrich, Freiherr v. 521. 524.
Heeckeren, Georges Charles d'Anthes, Baron v., französischer Senator 348.
Heimbruch, v., hannöverscher Bundestagsgesandter 269.
Heinrich V., (Titular-)König von Frankreich 448.
Heinrich LXVII., Fürst von Reuß-Gera 401.
Helene, russische Großfürstin 318. 407. 436.
Henckel-Donnersmarck, Graf (Fürst) Guido v. 188. 493. 494. 497. 499. 501. 502. 503. 504. 505. 506.
Hennig, v. 384. 385. 386. 387.
Herrmann, Emil, Präsident des preußischen Oberkirchenraths 517.
Herwarth v. Bittenfeld, Karl Eberhard, preußischer General (Feldmarschall) 116. 400.
Heß, Heinrich Hermann Joseph, Freiherr v., österreichischer Feldmarschall 162. 163. 194. 236.
Hessischer Staatsschatz 411. 415.
Heydt, August, Freiherr v. d., preußischer Staatsmann 163. 341. 342. 345. 346. 421. 431. 432.
Hinckeldey, Karl Ludwig Friedrich v., Polizeipräsident von Berlin 33. 68. 122. 211.
Hirsch 83.
Hock, Ritter v., österreichischer Ministerialrath 26.
Hofmann, Karl v., deutscher Staatsmann 486.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Karl Victor, Fürst zu, deutscher Staatsmann 475. 476. 498. 506. 507. 508. 519. 520.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Gustav Adolph, Prinz zu, Cardinal der römischen Kirche 483. 484. 508. 529. 530. 535.
Hohenlohe-Ingelfingen-Oehringen, Prinz Felix 185. 186.
Hohenlohe, Fürst 49.
Hohenzollern, Karl Anton, Fürst v. 294. 320. Prinz Friedrich 445.
Holnstein, Max Karl Theodor, Graf v., Kgl. bayerischer Oberststallmeister 492. 510.
Holsteinische Frage 255 f. 258. 269. 277. 328. 330. 332. Einführung des dänischen Commandos beim holsteinischen Contingent 113.
Holzhausen, Adolph, Freiherr v., Bundestagsgesandter für beide Reuß, Lippe, Waldeck und Hessen-Homburg 138 f. (Charakteristik). 140.
Hopfgarten, General 321.
Horn, Oberpräsident 352. 428.
Hortense, Königin 369.
Hübner, Joseph Alexander, Freiherr v., österreichischer Diplomat 145. 171.
Hügel, Karl, Freiherr v., württembergischer Minister d. Kgl. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten 269.
Hühnerpascha (Hinckeldey) 211.
Huldigungsfrage 334.
Humbert, König von Italien 508. 509.

J

Jachmann, Eduard Karl Emanuel, deutſcher Admiral 427.
Jacobini, Ludovico, Cardinalſtaatsſecretär des apoſtoliſchen Stuhles 529.
Jahdebahn 259.
Jahdehafen 146.
Jasmund, J. v., Dr., Publiciſt 97. 98. 99.
Ida, Prinzeſſin von Waldeck und Pyrmont 365.
Jeſuiten 529.
Immediatberichte. Trennung der Materien in J.n 314.
Johann, Prinz (König) von Sachſen 14. 237. 238. 239. 453.
Joſeph. „Pater J.“ 499.
Joſica, Nicolaus, Freiherr v., Kanzler von Siebenbürgen 85.
Italien. Bildung des Königreichs J. 322. 324.
Jütland. Beſetzung J.s 360. 361. 362.

K

Kalergis, Johann v. 262.
Kameke, Arnold Karl Georg v., preußiſcher General der Infanterie, Kriegsminiſter 449. 486.
Kammer, Erſte 57. 58. 59. 60. 61. 62. 218.
Karl, Herzog v. Schleswig-Holſtein-Sonderburg-Glücksburg 366.
Karl I., Fürſt (König) von Rumänien 422. 428. 429. 430. 444. 445. 446.
Karl, Prinz 125. 189. 191. 319. — Prinzeß Karl 273.
Karl Anton, Fürſt von Hohenzollern-Sigmaringen 294. 320.
Károlyi, Graf Aloys, öſterreichiſcher Diplomat 296. 298.
Kehler, v., Vortragender Rath im Miniſterium 278.
Kehner, Journaliſt 118.
Kelchner, Hofrath, Vorſtand der preußiſchen Bundeskanzlei in Frankfurt a. M. 27.
Keſſel, v., preußiſcher Oberſt, Commandeur der preußiſchen Truppen in Frankfurt a. M. 92.
Ketteler, Wilhelm Emanuel, Freiherr v. 148.
Kettenburg, Kuno, Freiherr v. d., mecklenburgiſcher Kammerherr 126. — Kettenburgſche Frage 132.
Keudell, Robert v., deutſcher Diplomat 384. 385.
Keyſerling, Alexander, Graf v. 246. 248.
Keyſerling, Heinrich, Graf v. 422. 427. 428. 430.
Keyſerling, Hermann, Graf v. 283.
Kielmansegge, Graf v., hannöverſcher Bundestagsgeſandter 185. 197. 214. 215. 250.
Kirchenpauer, Guſtav Heinrich, Bürgermeiſter von Hamburg 139. 140.
Kirchenſtreit, oberrheiniſcher 147 ff.
Kiſſelew, Nicolai, Graf v., ruſſiſcher Diplomat 260. 322.
Kleiſt, Adolph v., Appellationsgerichtspräſident 379. 380.
Kleiſt-Retzow, Hans v., Oberpräſident der Rheinprovinz 92. 153.
Klenze, hannöverſcher Generalſteuerdirector 21. 22. 28. 88. 90.
Klindworth, v., württembergiſcher Staatsrath 65. 73. 95. 104.
Klützow, v., Director im preußiſchen Miniſterium des Innern 8. 13. 34.
Koller, Baron v., öſterreichiſcher Diplomat 263. 292.
Köln-Trierer Biſchofswahl 376.
Könneritz, Hans Heinrich, Freiherr (Graf) v., ſächſiſcher Diplomat 72. 297.
Kowalewsky, ruſſiſcher Oberſt 185.
Kreuzzeitung 291. Haltung der

K.-Z. in der Frage der ständischen Organisation 9, gegenüber der Heirath Napoleons III. 117.
Kübeck, Karl Friedrich, Freiherr v., österreichischer Staatsmann 106.
Kühne, preußischer Generalsteuerdirector 98. 100.
Kurhessischer Verfassungsstreit 3. 189.

L

Lackenbacher, v. 105.
Lamarmora, Alfonso Ferrero, Marchese di, italienischer General und Staatsmann 338. 339.
Landau 265. 266. 267.
Lartisch, v. 278.
Lasker, Eduard 411.
Laudemialfonds, kurhessischer 415.
Lauer, v., Regierungspräsident 365.
Layard, Austen Henry 246.
Lecoq, v., Geheimer Rath im Ministerium des Auswärtigen 277. 357. 358.
Ledochowski, Mieczyslaw, Graf v., Cardinal der römischen Kirche 483.
Lehmkuhl 98.
Lehndorff, Heinrich Ahasver Emil August, Graf v., preußischer General der Cavallerie, Generaladjutant 429. 530. 531. 544. 545. 546.
Leiningen-Westerburg, Graf Christian Franz 6.
Lenthe, v., hannöverscher Minister des Auswärtigen 175.
Leonhardi, Freiherr v. 139.
Leonhardt, Gerhard Adolph Wilhelm, preußischer Justizminister 486.
Leopold I., König der Belgier 185.
Leopold II., König der Belgier 510.
Linde, Dr., Bundestagsgesandter für Liechtenstein 214.
Linden, v., württembergischer Staatsmann 68.
Lippe, Leopold, Graf zur, preußischer Justizminister 411. 412. 413. 415. 417.
Lippe, v., Flügeladjutant 547.
Listenwahl 376 f.
Losn, Freiherr v., preußischer Militärbevollmächtigter in St. Petersburg 303. 304. 367.
Londoner Conferenzen (1851/52): 51. 53. 109.
Loucadou, v., preußischer Officier 346.
Louis Napoleon 42. 43. 109. 117; vgl. Napoleon III.
Louis Philipp, König von Frankreich 216.
Lüders, Alexander Nicolajewitsch, russischer General 181.
Ludwig, Prinz von Baden 544.
Ludwig I., König von Bayern 36. 186.
Ludwig II., König von Bayern 471. 492. 493. 510. 518. 531. 532. 533. 534.
Ludwig IV., Großherzog von Hessen 215. 244.
Luhdorf, Kaufmann aus Elberfeld 327.
Luise, Großherzogin von Baden 544.
Luise, Prinzessin von Hessen-Kassel 28.
Lütcken, v., hannöverscher Ministerpräsident 175. 212.
Luther, Martin 461.
Luze, de 246.
Lynar, Graf Ottokar v., Attaché bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft 27.

M

Mac Mahon, französischer Marschall 497.
Madai, Guido v., Polizeipräsident von Berlin 454. 458.

Maigesetze 478.
Mainz. Pulverexplosion, preußische Anträge auf Erweiterung der Festungsanlagen 265. 268.
Majorisirung Preußens am Bundestag 290 f.
Malet, Alexander, englischer Gesandter am Bundestag 187.
Manteuffel, Karl Rochus Edwin, Freiherr v., preußischer Generalfeldmarschall, Statthalter von Elsaß und Lothringen 4. 5. 191. 194. 238. 346. 356. 400. 521. 526.
Manteuffel, Karl, Freiherr v., Unterstaatssecretär im Ministerium des Innern 11. 14. 32. 34. 40. 62. 187.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., preußischer Ministerpräsident, Minister des Auswärtigen 2. 4. 5. 6. 7. 10. 11. 13. 14. 16. 17. 18. 20. 21. 23. 24. 26. 27. 28. 29. 30. 33. 34. 35. 36. 39. 40. 41. 44. 51. 52. 53. 54. 56. 58. 60. 61. 62. 63. 64. 68. 69. 71. 74. 75. 76. 80. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 103. 107. 111. 112. 113. 114. 116. 117. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 126. 142. 143. 144. 147. 152. 153. 154. 163. 166. 167. 168. 170. 171. 173. 175. 178. 179. 182. 186. 187. 188. 189. 194. 195. 203. 205. 206. 212. 213. 215. 218. 219. 222. 223. 224. 227. 228. 230. 231. 232. 233. 234. 236. 238. 239. 242. 244. 248. 249. 250. 251. 252. 255. 256. 261. 265. 270. 271. 272. 273. 274. 276. 278. 342. — Frau v. Manteuffel 7. 10. 18. 22. 30. 40. 41. 44. 56. 58. 74. 83. 93. 107. 125. 147.
Maria, Königin von Bayern 64.
Maria, Königin von Hannover 411.
Maria Theresia, Kaiserin 117.
Marschall von Bieberstein, Adolph Ludwig, Freiherr v., Großherzoglich badischer Kammerherr, badischer Bundestagsgesandter 132 (Charakteristik). 140. 198. 244.
Marwitz, v. d. 420. 421.
Matthies, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrath 96. 97. 98. 99. 100. 101.
Maximilian II., König von Bayern 55.
Meinung, öffentliche 291.
Menzikow, Alexander Sergewitsch, Fürst, russischer Admiral, Generaladjutant des Kaisers Nicolaus I. 258.
Menzikow, Fürstin 335. 336.
Metternich, Fürst Clemens, österreichischer Staatskanzler 177.
Metternich, Fürst Richard, österreichischer Diplomat 348.
Metz, A., Advocat 306.
Meusebach, Freiherr v., preußischer Consul in Bukarest 83. 169.
Meyendorff, Peter, Freiherr v., russischer Diplomat 43. 84. 106. 107. 145. 178.
Meyer, Staatsanwalt 85.
Meysenbug, Wilhelm Rivalier, Freiherr v., Großherzoglich badischer Staatsmann 245. 251. 269.
Meysenbug, Freiherr v., österreichischer Hof- und Ministerialrath 270.
Michael Nicolajewitsch, russischer Großfürst 319.
Mikado-Taikun = Kanzler und Präsident des Bundeskanzleramts 435.
Mikrokosmus, bundestäglicher 280.
Militärbudget, preußisches 381.
Militärvereine. Bedeutung der M. 418.
Minden-Jahdebusen, Eisenbahn 259.
Minutoli, Julius, Freiherr v., Polizeipräsident von Berlin 325.

Miquel, Johannes 441. 442.
Mißheirathen der Auguſtenburger und Glücksburger 357.
Mittelſtaaten, deutſche. Feindſchaft der d.n M. gegen Preußen 204. 288 f.
Mittnacht, Hermann v., württembergiſcher Miniſterpräſident 464. 466. 468. 469.
Mohrenheim, v., ruſſiſcher Diplomat 333.
Montebello, Napoléon Auguſte, Herzog v., franzöſiſcher Geſandter in St. Petersburg 328.
Montgelas, Ludwig Max Joſeph, Graf v., bayeriſcher Diplomat 297. 315.
Morny, Herzog v. 368. 369.
Motley, John Lothrop, amerikaniſcher Diplomat und Geſchichtſchreiber 281. 285.
Mouſtier, Marquis de, franzöſiſcher Staatsmann 166. 178. 229. 248. 251.
Mugurilli 181.
Müller, Andreas, Profeſſor 320.
Münch-Bellinghauſen, Eduard Joachim, Graf v., öſterreichiſcher Bundestagsgeſandter 128. 133.
Münch-Bellinghauſen, Freiherr v., Großherzoglich heſſiſcher Bundestagsgeſandter 26. 133 f. (Charakteriſtik). 140. 196. 214.
Münchhauſen, Alexander, Freiherr v., hannöverſcher Miniſter des Kgl. Hauſes und der auswärtigen Angelegenheiten 21. 23. 24. 30. 31.
Münchhauſen, Freiherr v., Oberpräſident der Provinz Pommern 425. 426.
Münſter, Graf Hugo v., preußiſcher Militärbevollmächtigter in St. Petersburg 181. 253. 300.
Münſter-Lebenburg, Georg Herbert, Graf zu, hannöverſcher (deutſcher) Staatsmann 297. 488.

N

Nakhimow, ruſſiſcher Admiral 144.
Napoleon III., Kaiſer der Franzoſen 42. 43. 109. 232. 261. 298. 306. 309. 311. 321. 346. 347. 348. 368. 369. 370. 402. 406. 488. — Napoleoniſtiſcher Hunger 401.
Napoleon, Prinz (Jérôme, Plon-Plon) 260. 261. 262. 509.
Nationalverein 303.
Natzmer, v. 380. 381.
Neſſelrode, Karl Robert, Graf v., ruſſiſcher Reichskanzler 26. 29. 38. 56. 69. 70. 71. 82. 83. 105. 326. 327.
Neſſelrode-Ereshoven, Gräfin Marie v. 262.
Neuenburger Frage 256. N. Conferenzen 398.
Nicolaus I., Kaiſer von Rußland 3. 38. 55. 56. 63. 83. 144. 145. 179. 182. 219. 249. 300. 335.
Niebuhr, Marcus Carſten Nicolaus v., preußiſcher Geheimer Cabinetsrath 190. 208. 212.
Nobiling, Karl Eduard 542.
Norddeutſcher Bund. Proviſoriſcher Charakter des N. B.es 405.
Nordſchleswigſche Frage 412.
Noſtitz, Auguſt Ludwig Ferdinand, Graf v., preußiſcher General der Cavallerie, preußiſcher Geſandter in Hannover 24. 29. 30. 32. 52. 53. 94. 173. 269. 378. 388.
Noſtitz und Jänckendorf, Julius Gottlob v., Wirkl. Geheimer Rath, Kgl. ſächſiſcher Bundestagsgeſandter 27. 37. 129 (Charakteriſtik). 130. 140. 182. 197. 243.
Noſtitz-Wallwitz, Hermann v., Kgl. ſächſiſcher Miniſter 489. 490.

O

Obernitz, v., Oberſtlieutenant 343.
Obolenski, Fürſtin v. 305.

Odescalchi, Fürstin v. 483.
Officiere, preußische. Besoldungsverhältnisse der p.n O. 4.
Olfers, v., Generaldirector der Museen 315.
Oppermann 33.
Orlow, Alexei, Fürst, Vertreter Rußlands auf dem Pariser Congreß 261.
Oertzen-Leppin, v., Geheimer Rath, mecklenburgischer Bundestagsgesandter 26. 136 f. (Charakteristik). 140. 198. 207. 243.
Oscar II., König von Schweden 502.
Osman Pascha 144.
Osnabrück-Oldenburger Bahn 259.
Oesterreich fordert Preußen zum Verfassungsbruche auf 15. 18 ff. Oesterreich — ein wunderbarer Gesell 37. Oe.s Intriguen gegen Preußen am Bundestag 42. Oe.s Wunsch nach Zolleinigung mit Preußen und dem Zollverein 48. 69 f. 75 ff. 107 ff. 376. Oe. hetzt Preußen gegen England 120 f. 125. Oe.s Ausschluß aus Deutschland bricht dem Katholicismus das Genick 49. Oe.s Vertrag mit Frankreich (1854) 154. Welche Vortheile bietet Oe. die Herstellung Polens? 202. Oe.s Anschluß an die Westmächte 225. 227. 229. Oe. beantragt beim Bunde die Mobilmachung gegen Rußland 282. 285. Oe.s Uebergewicht im Bunde 287 f. Beeinflussung der deutschen Presse durch österreichische Gelder 291 f. Oe. gegen Ernst II. von Coburg 303 f. 305.
Ostseeprovinzen, preußische. Austritt der p.n O. aus dem Bunde 14. 18.
Otterstedt, Freiherr v., preußischer Diplomat 167.
Otto, König von Griechenland 85.
Oubril, Paul v., russischer Diplomat 270. 367. 368. 447.

P

Palmerston, Henry John Temple, Viscount, englischer Staatsmann 43. 261.
Paskiewitsch, Iwan Feodorowitsch, Graf Eriwanski, Fürst von Warschau, russischer Feldmarschall 6.
Pergler v. Perglas, Maximilian Joseph, Freiherr v., bayerischer Diplomat 259. 492.
Perponcher-Sedlnitzky, Wilhelm, Graf v., preußischer Diplomat 307. 308.
Petersdorff, v., Flügeladjutant 547.
Pfeuffer, v., bayerischer Minister 454.
Pfordten, Karl Heinrich Ludwig v. d., bayerischer Staatsmann 55. 68. 84. 124. 178. 184. 218. 219. 257. 258. 269. 292. 393.
Pfretzschner, Adolph, Freiherr v., bayerischer Staatsmann 468. 469. 470. 471. 510.
Philipsborn, v., Director im preußischen Ministerium 66.
Pia, Königin von Portugal 508.
Piepmeierei, allgemeine 292.
Pius VII., Papst 147.
Pius VIII., Papst 147.
Pius IX., Papst 483. 508. 509.
Platen-Hallermund, Adolph, Graf v., hannöverscher Staatsmann 68. 81. 82. 84. 85. 86. 254. 255. 258. 259. 268. 270.
Plessen, v., Flügeladjutant 544.
Plessen, Baron Otto v., dänischer Diplomat 271.
Plombplomb (Plon-Plon) s. Napoleon, Prinz.
Polen. Pläne zu einer Herstellung Polens 201 f. Grund der fran-

zösischen Einmischung in die polnischen Angelegenheiten 347.
Politik, eine pessimistische, bleibt immer eine schlechte 122.
Pommer-Esche, v. 353.
Pommern. Senfft v. Pilsachs Antrag, den Kronprinzen zum Oberpräsidenten von P. zu ernennen 390 ff.
Pourtalès, Albert, Graf v., preußischer Diplomat 98. 101. 145. 146. 321.
Presse. Beeinflussung der deutschen P. durch österreichische Zwanziger 291 f. — Preßverordnungen vom 1. Juni 1863: 345. Protest des Kronprinzen gegen die P.-V. 349 ff.
Preußen. Besoldungsverhältnisse der preußischen Officiere 4 f. Das specifische Preußenthum steht der Legitimität und dem deutschen Rechtssinn feindlich gegenüber 47. Preußen der „Parvenu" 117. Preußens Stellung zu Oesterreich und den Mittelstaaten 124. Welche Haltung hat Preußen im Krimkriege gegenüber Oesterreich und Rußland einzunehmen? 154 f. 156 f. 160 ff. — Preußisch-österreichischer Vertrag vom 20. April 1854: 162. 168 f. 170. 171 f. 174. 176. 179 f. 183. 199. 210. 235. Beitritt des Bundes zum Vertrag 183 f. 186 f. 195. 203. 205 f. 207. Absicht Friedrich Wilhelms IV., den Vertrag durch einen article unique zu ersetzen 210. Zusatzartikel vom 26. November 1854: 220 f. — P. verdankt seine Stellung als Großmacht seinem guten Schwerte 209. Der deutsche Bund für Preußen eine Fessel und ein Gebrechen 287 ff. Preußens Mobilmachung 1859: 299. Der Mangel der Politik P.s die Unwahrhaftigkeit gegen P. selbst 209. Beziehungen P.s zu Rußland 309. 310 f. P. hat nicht den Beruf, den Don Quixote der Legitimität zu machen 325. Unzufriedenheit mit P. in den annectirten Ländern 411 f. 413. 414 ff.
Preußisches Wochenblatt 16. Artikel über die Luxemburger Verfassungsangelegenheit 95 ff. 97. 98 ff.
Prokesch-Osten, Anton, Freiherr (Graf) v., österreichischer Diplomat 15. 17. 18. 20. 25. 66. 72. 83. 91. 104. 107. 113. 114. 115. 116. 118. 119. 120. 121. 125. 126 (Charakteristik). 129. 141. 142. 144. 189. 203. 205. 206. 213. 214. 235. 236. 243. 248. 250.
Pückler, Graf, Oberhofmarschall 346. 428. 429.
Pufendorf, Samuel, Freiherr v. 317.
Punkte, vier, von 1854: 219, von 1860: 328.
Puttkamer, Bernhard v. 381. 387.
Puttkamer, Heinrich v. 212.
Puttkamer, Robert Victor v., Regierungspräsident (nachmals Minister) 456.

Q.

Q. (?), Regierungsrath 184.
Quehl, Rino, Referent der Centralstelle für Preßangelegenheiten in Berlin, später preußischer Generalconsul 9. 83. 120. 184.

R

Radetzky, Joseph Wenzel, Graf v., österreichischer Feldmarschall 264.
Radolinski, Graf Hugo, Oberhofmarschall 547. 548.
Radowitz, Joseph Maria v., preußischer General und Staatsmann 91. 92. 97. 124.

Radowitz, Joseph Maria v., deutscher Diplomat 400. 430. 445. 446. 448. 494.
Rainer, österreichischer Erzherzog 508.
Rantzau, Graf Cuno zu 518.
Rastatt 267. 277.
Rechberg, Johann Bernhard, Graf v., österreichischer Staatsmann 104. 248. 250. 265. 268. 269. 303. 304.
Rechenberg, Julius, Freiherr v., preußischer Legationsrath 286.
Reedz, dänischer Minister 6.
Regensburg. Conseil in R. (21. Juli 1865) 393.
Regentschaft des Prinzen Wilhelm 274 ff.
Reich, Deutsches. Föderative Grundlage des R.s 511. 582. Reichsminister sind nach der Verfassung des Deutschen R.s unmöglich 511. 512.
Reichensperger, August und Peter 134.
Reinhard, v., Geheimer Legationsrath, württembergischer Bundestagsgesandter 131 (Charakteristik). 140. 186. 187. 197. 243. 269.
Reisach, Cardinal der römischen Kirche 484.
Reitzenstein, Freiherr v., preußischer General 230.
Reumont, Alfred v. 253.
Reuß, Prinz Heinrich VII., preußischer (deutscher) Diplomat 346. 349. 364. 366. 369. 370. 401. 408. 409. 436. 437. 531.
Reutern, v., russischer Staatssecretär 326.
Rochow, Theodor Heinrich Rochus v., preußischer General und Diplomat 3. 5. 8. 10. 25. 27. 38. 56. 73. 146.
Röder, Eugen v. 229.
Roon, Albrecht Theodor Emil, Graf v., preußischer Generalfeldmarschall und Kriegsminister 346. 353. 358. 360. 381. 382. 383. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 392. 394. 395. 437. 438. 448. 450. 480. 483.
Rosenberg, Freiherr v., preußischer Diplomat 95. 105. 162. 223. 225. 227. 228. 260. 262.
Rothan, Geh. Legationssecretär bei der französischen Gesandtschaft in Berlin 261.
Rothschild, Mayer Karl, Baron v. 111. 112.
Rudhart, v., bayerischer Gesandter in Berlin 492.
Rudloff, preußischer Assessor (Regierungsrath) 2. 9. 27.
Rüdt v. Collenberg-Hainstadt, Franz, Freiherr v., badischer Minister des Innern 240.
Rußland. Haltung R.s gegenüber dem Kaiserthum Napoleons III. 114. R.s Niederlage im Krimkriege 181. R.s Flotte im Schwarzen Meere 253. Gedanke einer entente zwischen R. und Frankreich 309 f. Russische Truppenaufstellung (1877) 492 f.

S

Sachsen. Verträge mit S. im Jahre 1866: 403. 405.
Saint Vallier, Charles Raymond de la Croix de Chevrière, Graf v., französischer Diplomat 498.
Savigny, Karl Friedrich v., preußischer Diplomat 100. 105. 106. 148. 240. 242. 244. 245. 248. 249. 250. 396. 409. 410. — Frau v. S. 242. 245.
Scandinavische Union 256.
Scariatin, Jägermeister 437.
Scheel, dänischer Minister 255. 256.
Scheele, v. 441. 442.
Schele v. Schelenburg, Eduard Friedrich August v., hannöver-

ſcher Staatsmann 22. 26. 44. 45. 58. 71. 72. 87. 88. 89. 109.
Schellwitz, v. 33.
Scherff, v., niederländiſcher Bundestagsgeſandter für Luxemburg und Limburg 101. 135 (Charakteriſtik). 140.
Schilder, ruſſiſcher General 181.
Schlegell, v., preußiſcher General 241.
Schleinitz, Alexander Guſtav Adolph, Freiherr v., preußiſcher Staatsminiſter (Hausminiſter) 278. 279. 280. 281. 286. 287. 294. 295. 301. 304. 305. 306. 308. 312. 315. 316. 318. 320. 323. 326. 328. 329. 331. 332. 334.
Schleswig-holſteiniſche Frage (1863 bis 1864) 379. Klagen der Schleswig-Holſteiner über preußiſches Ungeſchick 412. 416. Vgl. däniſche Frage, holſteiniſche Frage.
Schlieffen, Albert Hermann Alexander, Graf v., preußiſcher Geheimer Rath im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten 17. 189. 190.
Schlözer, Curd v., deutſcher Diplomat 332.
Schmerling, Joſeph, Ritter v., öſterreichiſch. Militärbevollmächtigter in Frankfurt a. M. 285.
Schnäbele 505.
Schönborn, Graf v. 298.
Schönburg, Fürſtin 85.
Schrenck, Karl, Freiherr v., bayeriſcher Staatsmann 121. 129 (Charakteriſtik). 140. 182. 195. 197. 214. 236. 257. 292.
Schuhmann, Vortragender Rath im Staatsminiſterium 456.
Schulenburg, v. d., preußiſcher Diplomat 101. 103. 105.
Schutzzoll 47.
Schuwalow, Graf Peter, ruſſiſcher Staatsmann 409. 514. 530.
Schwarck-Stieber 322. 326.
Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich, Fürſt v., öſterreichiſcher Staatsmann 17. 18. 20. 25. 36. 38. 42. 43. 45. 46. 52. 53. 54. 80. 201.
Schweinitz, Hans Lothar v., General, deutſcher Botſchafter in Wien bez. Petersburg 337. 338. 339. 378.
Schwerin-Putzar, Maximilian, Graf v. 234.
Schwurgerichtshöfe. Hannöverſches Geſetz, betr. die Beſchränkung der Zuſtändigkeit der Sch. 254.
Sebaſtopol 232. 234.
Seckendorff, Götz Burkhard, Graf v., Kgl. preußiſcher Kammerherr und Oberhofmeiſter 538. 539.
Seiffarth, Director der Oberrechnungskammer 358.
Seinsheim, Maximilian Joſeph Erlinger, Graf v., bayeriſcher Reichsrath 298.
Semnitza 181.
Senfft v. Pilſach, Ernſt, Freiherr v., Oberpräſident der Provinz Pommern 41. 344. 345. 390. 391. 392.
Sermoneta, Michel-Angelo Principe di Teano, Duca di 509.
Seutter v. Lötzen, Freiherr v., badiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion 240.
Silberverkäufe des Reichs 491.
Simons, preußiſcher Juſtizminiſter 163.
Simſon, Martin Eduard, Präſident des Appellationsgerichts in Frankfurt a. O., ſeit 1879 Präſident des Reichsgerichts 424. 425. 519. 520. 537. 538.
Sinope. Seeſchlacht bei S. (30. Nov. 1853) 144. 253.
Solferino. Schlacht bei S. (24. Juni 1859) 300.
Sophie, Königin von Holland 305.

Sophie, Erzherzogin von Oeſterreich 45.
Soutzo, Fürſt 296.
Spiegel, v., Erzbiſchof von Köln 377.
Spiegel, v., Oberſt, Kgl. ſächſiſches Mitglied der Bundesmilitärcommiſſion 285.
Spitta, Kämmerer in Brandenburg a. H. 12.
Stackelberg, Freiherr v., ruſſiſcher Diplomat 329.
Statut organique 335.
Steinberg, v., hannöverſcher Geſchäftsträger in Berlin 21. 30. 31.
Stellvertretung des Reichskanzlers 510 ff.
Steuerverein 31.
Stockhauſen, v., preußiſcher Kriegsminiſter 4.
Stolberg-Wernigerode, Graf Anton zu, Oberſtkämmerer 50. 51. 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Eberhard zu 152. 153.
Stolberg-Wernigerode, Graf Otto zu, deutſcher Staatsmann 513. 516. 518. 528.
Stolberg-Wernigerode, Graf Theodor zu, Attaché bei der preußiſchen Bundestagsgeſandtſchaft 39. 51. 113.
Stoſch, Albrecht v., preußiſcher General 429.
Stroſſer, Bürgermeiſter von Herford 353.
Suezcanal 427.
Syriſche Frage 330. — Syriſcher Tractat 313.

T

Taddel, Abgeordneter 387.
Tallenay, Marquis v., franzöſiſcher Diplomat 206.
Tann-Rathſamhauſen, Ludwig Samſon, Freiherr v. und zu der, bayeriſcher General 364.
Teplitzer Zuſammenkunft (26. Juli 1860) 312. 313.
Teſſendorf, Staatsanwalt 458.
Thile, Hermann v., preußiſcher Staatsmann 283. 370. 375. 394. 409. 410. 436.
Thouvenel, Edouard Antoine, franzöſiſcher Staatsmann 323. 347.
Throncandidatur, ſpaniſche 436.
Thun und Hohenſtein, Graf Friedrich v., öſterreichiſcher Staatsmann 3. 15. 26. 27. 37. 44. 96. 104. 125. 153. 166. 189. 228. 306.
Titoff, v., ruſſiſcher Diplomat 187.
Trepoff, Polizeidirector von Petersburg 408.
Trott, v., Kurfürſtlich heſſiſcher Bundestagsgeſandter 133 (Charakteriſtik). 140. 198.
Turgot, franzöſiſcher Miniſter des Auswärtigen 42. 144.
Turnu 181.
Turtukai 181.
Tweſten, Karl 243.

U

Ugolino 310.
Uhden, Karl Alexander v., preußiſcher Staatsmann 6. 189.
Ungarn. Streben U.s nach Perſonalunion mit Oeſterreich 330.
Unruh, Hans Victor v. 303. 305.
Uſedom, Karl Georg Ludwig Guido, Graf v., preußiſcher Diplomat 231. 237. 241. 286.

V

Varennes, franzöſiſcher Diplomat 114.
Vatel, Lehrer des Völkerrechts 317.
Venetien. Werth V.s für Deutſchland 324.

Verfassung, preußische. Artikel 99 der p.n V. 340.
Vicari, Erzbischof von Freiburg 147. 149.
Victor Emanuel II., König von Italien 473. 474. 508.
Victoria, Königin von England 185. 231. 318. 488.
Victoria, princess royal, Kronprinzessin von Preußen und des Deutschen Reichs 263. 264. 338. 391. 403. 406. 474. 509. 538. 540. 543.
Victoria Augusta, Prinzessin 537.
Villers, Ludwig Victor, Marquis v., Kgl. preußischer Regierungspräsident 353.
Vincke, Ernst Friedrich Georg, Freiherr v. 1. 50. 226. 328.
Vincke-Olbendorf, Karl Friedrich Ludwig, Freiherr v., Oberstlieutenant 340.
Virchow, Rudolph 379—389.
Visconti-Venosta, Emilio, Marchese di, italienischer Staatsmann 473.
Vrints, Frau v. 27.

W

Waddington, William Henry, französischer Staatsmann 498.
Wagener, Hermann, Redacteur der Kreuzzeitung, nachmals Geheimer Regierungsrath 258.
Waldersee, Friedrich, Graf v., preußischer Kriegsminister 27. 190.
Walewski, Alexandre Florian Joseph Colonna, Herzog, französischer Staatsmann 256. 257. 261.
Walujew, Peter Alexandrowitsch, Graf, russischer Minister 409.
Warschauer Zusammenkunft (1851): 8. (1859): 302. 303. (1860): 316. 321. 322. 328. — W. Unruhen (1861) 330.
Watzdorf, Bernhard v., Großherzogl. sächsischer Staatsminister 403. 404.
Weber, Polizeiinspector 454.
Weck, Kaufmann 56. 57.
Wedell, v. 239. 241.
Wentzel, Otto Albert Friedrich Robert v., preußischer Legationsrath 27. 95. 141. 147. 164. 188. 190. 205. 207. 208. 212. 218. 228. 235.
Werner, v., Unterstaatssecretär im österreichischen Ministerium des Auswärtigen 270.
Wertheim, v. 458.
Werther, Wilhelm, Freiherr v., Oberstmarschall 146.
Werther, Karl, Freiherr v., preußischer (deutscher) Diplomat 170. 222. 270. 271.
Werthern, Freiherr v., preußischer Diplomat 67. 307. 493.
Werthern, Friedrich Karl Anton, Freiherr v., Regierungsvicepräsident in Stettin 391.
Westmorland, John Fane, Graf v., englischer Diplomat 18.
Westphalen, v., preußischer Minister des Innern 8. 13. 33. 34. 107. 276.
Westphälische Gemeindeordnung 146.
Wheaton, Henry, amerikanischer Staatsmann 317.
Wielopolski, Marquis Alexander 395.
Wiener Conferenzen (1854) 156. 157. 160. 195. 197. 231. 235. 237. Bedenken gegen die Betheiligung des Deutschen Bundes an den W. C. 197. 209. W. Protokolle 157. 161. 163. 173.
Wilhelm, Prinz v. Preußen 36. 98. 99. 124. 135. 142. 143. 154. 164. 165. 166. 167. 170. 223. 224. 227. 248. 263. 268. 273. 274. 276. 277. 278. 281. 290. 294. 295. 298. 300. 302. 303. 304. Prinzregent: 311. 314. 315. 316. 318. 322.

König (Kaiser) W. I.: 328. 329. 331. 334. 336. 337. 338. 340. 349. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 358. 365. 366. 368. 369. 370. 376. 378. 379. 380. 390. 392. 393. 395. 396. 397. 400. 401. 403. 404. 406. 407. 408. 410. 413. 417. 420. 424. 426. 428. 429. 431. 432. 433. 434. 435. 440. 443. 444. 449. 450. 455. 457. 463. 464. 467. 468. 473. 485. 488. 489. 508. 515. 521. 522. 523. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 538. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547.
Wilhelm III., König der Niederlande 135.
Wilhelm I., König von Württemberg 65. 66. 73. 93. 131. 132.
Wilhelm, Herzog von Braunschweig 136.
Wilhelm, preußischer Prinz (Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III.) 22.
Wilhelm, preußischer Prinz (Kaiser Wilhelm II.) 537. 547.
Wilhelmshaven 146.
Willisen, General v. 241. 245.
Wilmowski, v., Chef des Civilcabinets 455.
Windischgrätz, Alfred Candidus Ferdinand, Fürst v., österreichischer Feldmarschall 45. 46.
Wintzingerode, Friedrich Gerhard, Freiherr v., Herzogl. nassauischer Staatsminister 63. 66.
Witzleben, v., Oberpräsident der Provinz Sachsen 6. 353.
Wölfel, Abgeordneter 417.
Wolkenstein, Graf v. 49.
Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst, Graf v., preußischer Generalfeldmarschall 358.
Wrschowetz, Graf v. 191.
Wurmbrandt, Graf v. 45. 46. 47.

Y

Ysenburg-Birstein, Fürstin Maria v. 185.
Ysenburg, Prinz, preußischer Diplomat 278.

Z

Zimmermann, Generaldirector des hannöverschen Gesammtministeriums 268. 278.
Zitelmann, preußischer Regierungsrath 105. 215. 231. 387.
Zollverein. Intriguen gegen den Zollverein Preußens mit Hannover 81. Politische Bedeutung des Zollvereins 75. 76 ff. 78. Zollvereinskrisis von 1852: 65 ff. Zollconferenzen, Berliner 1852: 55. 73. 93. 94 (Münchener Erklärung). Wiener Zollconferenzen 57. 77. 105. 107 f. Verhandlungen im Z. über Einführung des neuen Tarifs 371 ff. Antrag Englands auf Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrags mit dem Z. 372 f.

Druck der
Union Deutsche Verlagsgesellschaft
in Stuttgart

LB 6 1946